Vojin Saša Vukadinović (Hg.) Randgänge der Neuen Rechten Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft



und die Open Library Community Politik 2022 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollsponsoren: Freie Universität Berlin - Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn Staats- und Universitätsbibliothek Bremen Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Frankfurt am Main | Justus-Liebig-Universität Gießen | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Technische Informationsbibliothek (TIB Hannover) Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek der

Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universität der Bundeswehr München | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek Wuppertal | Universitätsbibliothek Wuppertal | Vorarlberger Landesbibliothek | Universität Wien Bibliotheks- und Archivwesen | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek St. Gallen | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Bibliothek | Landesbibliothek Oldenburg | Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Hochschulbibliothek | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek

Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Vojin Saša Vukadinović ist Historiker und promovierte an der Freien Universität Berlin mit einer Studie zur politischen Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat zum Linksterrorismus, der Geschichte der Neuen Frauenbewegung und migrationspolitischen Belangen publiziert.

Vojin Saša Vukadinović (Hg.)

Randgänge der Neuen Rechten

Philosophie, Minderheiten, Transnationalität

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non-Commercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium ausschliesslich für nicht-kommerzielle Zwecke.

(Lizenztext: https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de)

Um Genehmigungen für die Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld © Vojin Saša Vukadinović (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Lektorat: Übersetzungs- und Korrekturbüro BRAUN Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5996-2 PDF-ISBN 978-3-8394-5996-6 EPUB-ISBN 978-3-7328-5996-2

https://doi.org/10.14361/9783839459966

Buchreihen-ISSN: 2702-9050 Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Besuchen Sie uns im Internet: https://www.transcript-verlag.de

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

R andbewusstsein Die Neue Rechte auf der Höhe der Zeit	
ojin Saša Vukadinović	9
. Philosophie	
Jom Syndikalismus zur Nouvelle Droite Georges Sorel als linker Wegbereiter der Konservativen Revolution	
1oritz Pitscheider3	9
Reaktionäre Erbschaften und restaurative Sehnsüchte Bernard Willms' letztes Aufgebot zur Renationalisierung Deutschlands	
Panagiotis Koulaxidis	5
1etapolitik bis zum »Tag X«	
Thor von Waldsteins Gramscianismus Sabri Deniz Martin9	9
1onument des Degout	
Volfgang Gedeon als Heimphilosoph /ojin Saša Vukadinović	9
Benedikt Kaiser: »Lernen von links«	
Tine Analyse zur Philosophie einer Produktpiraterie	51

II. Minderheiten

»Aufstand gegen die Natur und gegen die Wirklichkeit« Zum Homosexuellenhass in der AfD und zur Unredlichkeit ihrer Kritiker
Steffen Stolzenberger
Dialogbereitschaft in der Endkampflogik Denken und Selbstinszenierung neurechter Frauen am Beispiel Caroline Sommerfeld Marco Ebert
Die jungen Gesichter der Neuen Rechten »Identität« als Dreh- und Angelpunkt des rechten politischen Nachwuchses
Hannah Kassimi
Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein Neurechte Projektionen auf Israel, Angstlust und Sehnsüchte nach einer starken Nation
Nikolai Schreiter253
Dem Eigenen fremd, dem Anderen vertraut
Über neurechte Perspektiven auf Islam und Muslime Matheus Hagedorny
III. Transnationalität
Strahlkraft der Kriegsverbrecher Das multiethnische Jugoslawien und sein Zerfall als posthume Projektionsfläche der Neuen Rechten Krsto Lazarević
Nicto Lazaronici III

Die »wahren Konservativen« und die kulturelle Hegemonie Ideologische und diskursstrategische Verbindungen zwischen der Neuen Rechten in Deutschland und dem Orbán-Regime	
Eszter Kováts	341
Der absolute Feind	
Antiamerikanische Leitmotive in außenpolitischen Debatten in der Neuen Rechten am Beispiel <i>Sezession</i>	
Anselm Meyer	367
Deutsche Schuld und planetarischer Größenwahn Die Neue Rechte und der Störfaktor Israel	
Fabian Weber	387
»Das Neue an der Neuen Rechten ist, dass man sich instrumentalisierend auf die Shoah beziehen kann.«	
Ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpacı	
Vojin Saša Vukadinović	417
Autorinnen und Autoren	429

Randbewusstsein

Die Neue Rechte auf der Höhe der Zeit

Vojin Saša Vukadinović

Als Manuel Ochsenreiter 2021 unerwartet in Moskau starb, erfuhren der politische Werdegang und die weit verzweigten internationalen Kontakte des rechtsextremen Journalisten kurzzeitig größere mediale Aufmerksamkeit.¹ Bis dato war der einstige Redakteur der Jungen Freiheit und Vertreter der sogenannten »89er«-Pseudogeneration vorwiegend denjenigen ein Begriff gewesen, die das einschlägige Milieu gut kennen: als Chefredakteur von Zuerst! und der Deutschen Militärzeitschrift, als Autor der Sezession, zuletzt als Referent des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier.² Der unermüdliche Aktivist, der häufig Osteuropa bereist hatte und dort mit Vertretern lokaler neonazistischer Bewegungen zusammengetroffen war, galt nicht nur als »Schlüsselfigur«³ der prorussischen Rechten in Deutschland, sondern war der Antisemitismus-Forschung auch »als Verbindungsmann der deutschsprachigen rechtsradikalen Szene zum iranischen Regime und insbesondere zur libanesischen Hisbollah«⁴ bekannt, deren Umfeld nach seinem Tod prompt Trauerbekundungen absetzte.⁵

¹ Vgl. etwa Paul Middelhoff/Yassin Musharbash, »... aber unsere Liebe nicht«, in: Die ZEIT, Nr. 19/2022, 05.05.2021.

Siehe dazu Christian Jakob/Sabine am Orde/Christina Schmidt, »Brandstifter und Biedermänner«, in: taz, 18.02.2019.

³ Malene Gügen/Patricia Hecht/Nina Horaczek/Christian Jakob/Sabine am Orde, Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus, München 2019, S. 174.

⁴ Stephan Grigat, »Antisemitismus im Iran seit 1979. Holocaustleugnung und Israelhass in der ›Islamischen Republik‹«, in: Marc Grimm/Bodo Kahmann (Hg.), Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/ Boston 2018, S. 199–223, hier: S. 213.

⁵ Vgl. Paul Middelhoff/Yassin Musharbash, »... aber unsere Liebe nicht«.

In Ochsenreiters Biografie verdichten sich einige Aspekte, an denen sich sowohl Kontinuitäten des deutschen Rechtsextremismus wie entscheidende »Metamorphosen von rechts«⁶ nachweisen lassen. Bereits 2005 hatte er der Website Muslim-Markt, die von den zur Schia konvertierten Islamisten Yavuz Özoğuz und Gürhan Özoğuz betrieben wird, ein aufschlussreiches Interview gegeben, in dem er darlegte, dass »Rechte und Muslime« einiges gemeinsam hätten: »Beide stehen kritisch der Ideologie des Liberalismus gegenüber, die smart als >Freiheit daherkommt, in Wirklichkeit aber Auflösung, Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit bedeutet.«7 Unverhohlen bewarb er bei dieser Gelegenheit die in Deutschland lange tabuisierten Sympathien zwischen Nationalsozialismus und Islam.⁸ Ein »echter Rechter [...] denkt vor allem geschichtsbewusst und weiß zu abstrahieren«, erläuterte er: »Schließlich kämpften im Zweiten Weltkrieg zahlreiche muslimische Freiwillige Seite an Seite mit deutschen Soldaten. Ich hole so weit aus, um aufzuzeigen, dass es ein geschichtlich gewachsenes Verhältnis von Muslimen und Christen in Deutschland gibt.«9 Dass die »geschichtlichen Wahrheiten«10, wie Ochsenreiter die alte Liaison umschrieb, die Zusammenarbeit bei der Vernichtung der europäischen Juden und andere Gräueltaten, insbesondere in Jugoslawien, meinten, wurde zwar nicht expliziert, dürfte bei den Lesern von Muslim-Markt jedoch angekommen sein - und ebenso, dass der Verweis auf »ein geschichtlich gewachsenes Verhältnis« zwischen den Anhängern der beiden Religionen

⁶ Diese Formulierung ist einem Titel von 2003 entlehnt, vgl. Mathias Brodkorb, Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus, Münster 2003.

⁷ o. A. [Yavuz Özoğuz/Gürhan Özoğuz], »Muslim-Markt interviewt Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der DMZ«, muslim-markt.de, 17.05.2005, www.muslim-markt.de/interview/2005/ochsenreiter.htm (letzter Abruf: 02.02.2022). Siehe dazu auch Andreas Speit, »Allianz zwischen Rechten und Islamisten«, in: taz, 02.01.2006; Anton Maegerle, »Solidarität mit Ahmadinedschad«, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 3/2009, Heft 191, S. 96–106.

⁸ Siehe dazu u.a. Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006; Jeffrey Herf, Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven 2009; David Motadel, Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich, Stuttgart 2017; Matthias Künzel, Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand, Berlin/Leipzig 2019.

⁹ o. A. [Yavuz Özoğuz/Gürhan Özoğuz], »Muslim-Markt interviewt Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der DMZ«.

¹⁰ Ebd.

nur meinen konnte, dem Antisemitismus erneut gemeinsam auf die Sprünge zu helfen.

An den Überlegungen dieses deutschen Rechtsextremisten zeigt sich, dass zum vermeintlichen Geschichtsbewusstsein, das nichts anderes als den unverfrorenen Rekurs auf die Jahre 1933 bis 1945 meint, ein Randbewusstsein getreten ist. Die nationalsozialistische Vorstellung einer nordischen »Herrenrasse« mit Weltherrschaftsanspruch – die in neonazistischen Kreisen eher zombiehaft denn modernisiert als white supremacy fortlebt¹¹ – wich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dem Ethnopluralismus. Mit dem intellektualisierten Ansinnen, »kulturelle« Eigenheiten verschiedener »Völker« zu wahren, »distanzierte man sich formal vom Rassismus und sprach allen Ethnien die gleiche Wertigkeit zuw¹², wie Armin Pfahl-Traughber hervorhebt. Dies implizierte unweigerlich eine Pluralisierung von Perspektiven, wodurch das rechtsreaktionäre Weltbild zunehmend ein Verständnis für Ränder entwickelte: sei es für die politische Marginalität des eigenen Denkens, für den sozialen Platz von Minderheiten oder für den Blickwinkel der kontinentalen Peripherie.

Dass letzterem heute ein besonderes rechtextremistisches Interesse zuteilwird, ist alles andere als selbstverständlich. Dem angeblichen »Volk ohne Raum«¹³ galten Europas östliche Weiten in den 1920er und 1930er Jahren als völkische Verheißung¹⁴; der nachfolgende, rassistisch legitimierte deutsche Vernichtungskrieg kostete allein in der Sowjetunion 20 Millionen Menschen das Leben.¹⁵ Einhundert Jahre später ist Russland kein geografischer Sehnsuchtsort für neurechte Ideologen aus Deutschland, sondern ein politischer.

¹¹ Die Folgen dieser erneuerten Idee sind gleichwohl mörderisch, vgl. Daniel Byman, Spreading Hate. The Global Rise of White Supremacist Terrorism, Oxford 2022.

¹² Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 115.

¹³ Vgl. den stichwortgebenden Roman von Hans Grimm, Volk ohne Raum, München 1926.

¹⁴ Allerdings bestanden in der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 weder Vorstellungen dessen, was mit Russland im Kriegsfalle geschehen solle, noch neben solchen, die dafür plädierten, dass Deutschland und Russland koexistieren sollten. Siehe dazu Norbert Kapferer, »Der ›Totale Krieg« gegen den ›jüdischen Bolschewismus«. Weltanschauliche und propagandistische Einlassungen der NS-Elite und deren Interpretation durch Carl Schmitt«, in: Uwe Backes (Hg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 159–192.

¹⁵ Hier sei erneut an die wegweisende Wehrmachtsausstellung erinnert, die ab 1995 in zahlreichen deutschen Städten zu sehen war und zum Ziel neonazistischer Proteste wie Anschläge wurde. Vgl. Ulrike Jureit (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, dritte Auflage, Hamburg 2021.

Stichworte und Konzepte beziehen sie mittlerweile wie selbstverständlich vom 1962 geborenen Philosophen Alexander Dugin, der sich noch zu Sowjetzeiten einer antisemitischen Organisation angeschlossen hatte und lange in Moskau lehrte. 16 Seine Schriften sind Sammelsurien irrationaler Versatzstücke, die von Mythologischem bis zu Überlegungen des Nationalsozialisten Martin Heidegger reichen, und strahlen heute von Europas östlichem Rand gen Westen. Zu seinem Konzept »Eurasien«, das Dugin zu Beginn des 21. Jahrhunderts als räumlich-politisches Gegenmodell zum Individualismus popularisierte und das sich im Wesentlichen darauf beläuft, Russland müsse Europa von »den Amerikanern« befreien¹⁷, erklärte er einmal, dass nach dem »westlichliberalen Kosmopolitismus«, dem Nationalismus und dem Sozialismus, die allesamt nicht zu Russland passten, die Zeit für einen vierten Heilsentwurf sei: »Die eurasische Idee ist daher ein realistisches und idealistisches Konzept. Es ist nicht nur irgendeine romantische Idee, es ist ein technisches, geopolitisches und strategisches Konzept, welches von all jenen Russen unterstützt wird, die verantwortungsbewusst denken.«18 Als 2013 Dugins Abhandlung Die Vierte Politische Theorie auf Deutsch erschien, waren die rechtsextremen Verbindungen, die von Deutschland nach Russland und von Russland nach Deutschland wiesen, längst kein Geheimnis mehr. 19 Allerdings ist hier hervorzuheben, dass solche Verbindungen auch in die Ukraine existierten, was in den kommenden Jahren deutlich weniger interessierte.²⁰

Dass der ukrainische Staat aufgrund seiner Westorientierung, geografischen Lage und geteilten Vorgeschichte innerhalb der Sowjetunion dem eura-

¹⁶ Vgl. Stephen E. Atkins, Encyclopedia of Modern Worldwide Extremists and Extremist Groups, Westport/London 2004, S. 81–82. Für eine ausführliche Darstellung siehe Vladimir Ivanov, Alexander Dugin und die rechtsextremen Netzwerke. Fakten und Hypothesen zu den internationalen Verflechtungen der russischen Neuen Rechten, Stuttgart 2012.

¹⁷ Ausführlich dazu Stefan Wiederkehr, »>Kontinent Evrasija«. Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins«, in: Markus Kaiser (Hg.), Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa, Bielefeld 2004, S. 125–138.

¹⁸ Zitiert nach Micha Brumlik, »Der Philosoph hinter Putin«, in: taz, 04.03.2022.

¹⁹ Vgl. Alexander Dugin, Die Vierte Politische Theorie, London 2013.

²⁰ Vgl. Sabri Deniz Martin/Simon Hemmers, »Wie ein rechtsextremes Freiwilligenregiment mit Black Metal Nachwuchs rekrutiert«, Belltower News, 12.08.2020, https://www.belltower.news/ukraine-wie-ein-rechtsextremes-freiwilligenregiment-mit-black-metal-nachwuchs-rekrutiert-102385/ (letzter Abruf: 01.02.2022)

sischen Plan als erheblicher Störfaktor gilt, war spätestens seit 2014 bekannt. ²¹ Die FAZ nannte Dugin in jenem Jahr »Putins Flüsterer« ²², die volle Tragweite dieser Einschätzung erschloss sich jedoch erst 2022. Mit Russlands Überfall auf die Ukraine erfuhr die rechtsextreme Vernetzung zwischen West- und Osteuropa und die zugehörige Ideologie dann einige Aufmerksamkeit: Zum einen wurde Dugins Rolle als möglicher Stichwortgeber für den russischen Präsidenten Vladimir Putin weitaus breiter thematisiert, zum anderen die transnationale Rolle der AfD in dieser Angelegenheit so stark hervorgehoben, dass Bundeskanzler Olaf Scholz sie nach einigen Kriegsmonaten im Bundestag als »Partei Russlands« ²³ bezeichnete. Über eine etwaige Einflussnahme Moskaus auf Deutschlands Außen- wie Innenpolitik zeichnete sich zudem noch die Ausreise deutscher Rechtsextremisten in die Ukraine ab, die die Gefahr birgt, dass diese mit erprobtem Kampfwissen zurückkehren. ²⁴ Im Sommer 2022 starb Dugins Tochter Darja Alexandrowna Dugina bei einem Anschlag, der offenbar ihrem Vater galt. ²⁵

Dem Moskau zugeneigten Teil der AfD zum Trotz verlaufen die Linien jedoch nicht so klar, wie sich viele Beteiligte dies wünschen dürften. »Die AfD steckt in einem Dilemma«²6, räumte deren Thüringer Vizeparteichef, Torben Braga, ein: Denn weder identifiziert sich die Wählerschaft der Partei uneingeschränkt mit Russland, noch befürwortet sie geschlossen den Krieg, welchen die Bundestagsfraktion in einem Positionspapier als »völkerrechtswidrig«²7 verurteilt hat. Die öffentlich eingenommenen Haltungen der Abgeord-

²¹ Vgl. Anton Shekhovstov, »Alexander Dugin's Neo-Eurasianism and the Russian-Ukrainian War«, in: Mark Bassin/Gonzalo Pozo (Hg.), The Politics of Eurasianism. Identity, Popular Culture and Russia's Foreign Policy, London 2017, S. 181–200, hier: S. 192.

²² Vgl. Luisa Maria Schulz, »Putins Flüsterer«, in: FAZ, 29.05.2014.

²³ Vgl. o. A., »Scholz nennt AfD »Partei Russlands«, faz.net, 06.07.2022, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/olaf-scholz-nennt-afd-partei-russlands-im-bundestag-181 53602.html (letzter Abruf: 06.07.2022)

Vgl. die diesbezügliche Bemerkung von Matthias Quent in o. A., »Forscher: Rechte Szene bei Ukraine-Krieg teils unsicher«, merkur.de, 07.03.2022, https://www.merkur.de/deutschland/sachsen-anhalt/forscher-rechte-szene-bei-ukraine-krieg-teils-unsicher-zr-91392600.html (letzter Abruf: 01.04.2022)

²⁵ Vgl. Viktor Jerofejew, »Tod durch Hassphilosophie«, in: FAZ, 26.08.2022.

²⁶ Zitiert nach Niklas Liebetrau, »Von Impfgegnern zu Putin-Verstehern?«, in: Die ZEIT, Nr. 12/2022, 20.03.2022.

²⁷ Vgl. ebd.

neten unterscheiden sich in dieser Frage ebenfalls erheblich. ²⁸ Gespalten ist man auch rechts der AfD: »Werte Leser, können Sie verstehen, daß wir uns in der Ukraine-Frage über das Lapidare hinaus nicht zu Wort melden? Ich denke schon«, informierte Götz Kubitschek am 1. März 2022 das Publikum der *Sezession*, um letztlich einzuräumen: »die Rechte ist sich uneins.«²⁹

Dies ist jedoch kein Indiz für Schwäche, sondern eher schon als Ausdruck der gesellschaftlichen Selbstanpassung der Neuen Rechten zu verstehen. Unter der weltpolitischen Frage des Ukraine-Krieges bleibt es derweil beim Alten. Dass es sich um einen »Angriff der Antidemokraten«³° handelt, wie Samuel Salzborn das Phänomen bündig umschreibt, dürfte sich von selbst verstehen, ebenso, dass es sich insofern um ein gesamteuropäisches Problem handelt, als es längst auch in anderen Ländern Gestalt angenommen hat.³¹ Dennoch können die bisweilen ungewohnten Erscheinungsformen nicht darüber hinwegtäuschen, dass vieles daran eben doch neu ist. Dies betrifft nicht nur das »Design«³² der Neuen Rechten, dessen Merkmale bereits hervorgehoben worden sind, sondern vor allem ihre veränderten Bezüge und Bündnisse, Vorstellungen und Visionen.

Vgl. o. A., »Streit in AfD-Spitze über Russland-Kurs«, zeit.de, 31.03.2022, https://w ww.zeit.de/news/2022-03/31/streit-in-afd-spitze-ueber-russland-kurs (letzter Abruf: 01.04.2022)

²⁹ Götz Kubitschek, »Krieg in der Ukraine – Kühle Scham«, sezession.de, 01.03.2022, https://sezession.de/65530/krieg-in-der-ukraine-kuehle-scham (letzter Abruf: 01.04.2022)

Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017. Siehe dazu auch Lynn Berg/Jan Üblacker (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld 2020; Johannes Hillje, Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten unsere Demokratie angreifen, Bonn 2021.

³¹ Vgl. u.a. Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015; Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, zweite, überarbeitete und ergänzte Auflage, Bonn 2017; Sonja A. Strube et al. (Hg.), Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation, Bielefeld 2020; Uwe Backes/Patrick Moreau, Europas moderner Rechtsextremismus. Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen und Gefährdungspotenziale, Göttingen 2021.

³² Vgl. Daniel Hornuff, Die Neue Rechte und ihr Design. Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft. Bielefeld 2019.

Allerhand Anleihen

Zu den mitunter auffälligsten Verschiebungen der letzten Jahrzehnte gehört, dass sich rechtsreaktionäre Publikationen bisweilen nicht sonderlich von gefühlslinken akademischen Veröffentlichungen unterscheiden, was zentrale Begriffe, Konzepte und politische Vorstellungen anbelangt – oder aber, dass sie solchen Veröffentlichungen ohnehin explizit zustimmen.

In einem Artikel, der 2018 in der Online-Zeitschrift kultur & geschlecht der RUB veröffentlicht und später preisgekrönt wurde³³, simulierten die in den Gender Studies jener Hochschule tätigen Nachwuchswissenschaftlerinnen Jasmin Degeling und Sarah Horn eine Auseinandersetzung mit dem Sammelband Beißreflexe, den die Geschlechterforscherin Patsy l'Amour laLove im Vorjahr herausgegeben hatte.³⁴ Dessen Beiträge galten den Engführungen, den Abwegen und dem Autoritarismus einer sich für offen, divers und tolerant haltenden akademischen wie aktivistischen Szene; was folgte, ist bekannt.35 Bar jedweden Nachweises, aber mit viel Fantasie kolportierten die beiden Autorinnen, dass die Kritik an theoretischen Irrungen der Gegenwart, die Beißreflexe am Queer-Aktivismus exemplifiziert hat, sowie eine nicht näher spezifizierte »Inanspruchnahme schwuler Bewegungsgeschichte« sich durch »eine gefährliche Nähe zur sogenannten ›Neuen Rechten‹« auszeichnen würden: »Plötzlich klingt die Verteidigung der Aufklärung aus der Perspektive der Kritischen Theorie wie die Verteidigung des Abendlandes aus der Perspektive der populistischen Rechten - einer neuen, »identitären Bewegung« übrigens.«36 Da einer universitären Publikation eigentlich die Aufgabe zukommt, darzulegen, wie sich ähnlich ›Klingendes‹ tatsächlich zueinander verhält, während Forscherinnen mit dem »inhaltsleeren Etikett des ›Rechtspopulismus««37 ohnehin achtsam umgehen sollten, wie Samuel Salzborn

³³ Vgl. Jasmin Degeling/Sarah Horn, »Queer aufs Spiel gesetzt. Über Beißreflexe, queere Bewegungsgeschichte und gegenwärtige Affektkulturen«, in: kultur & geschlecht, Nr. 21, 2018, S. 1–42.

³⁴ Vgl. Patsy l'Amour laLove (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017.

³⁵ Ausführlich dazu Sabri Deniz Martin, »Diffamierung als Selbstentblößung. Ein Rückblick auf die Beißreflexe-Debatte«, in: Till Randolf Amelung (Hg.), Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik, Berlin 2020, S. 44–86.

³⁶ Jasmin Degeling/Sarah Horn, »Queer aufs Spiel gesetzt«, S. 28.

³⁷ Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Baden-Baden 2020, S. 44.

richtig betont, veranschaulicht Degelings und Horns Kolportagetechnik das, was Sabri Deniz Martin »Diffamierung als Selbstentblößung« nennt: die zur Selbstprofilierung im eigenen universitären Milieu betriebene Denunziation Dritter, mit deren Positionen man sich argumentativ nicht auseinandersetzen möchte, während die angespielte rechtsreaktionäre Präsenz in Deutschland überhaupt nicht interessiert. Dass die beiden Autorinnen keinerlei Publikationen zur Neuen Rechten oder zu deutschlandspezifischem Rassismus vorzuweisen haben, unterstreicht dies ebenso wie der Umstand, dass die Konfrontation des Antisemitismus, die sich nahezu stringent durch die Artikel in Beißreflexe zieht, von ihnen noch nicht einmal erwähnt wird. Stattdessen fällt der Begriff bei ihnen lediglich einmal, und zwar in der aufschlussreichen Formulierung »Kritik eines Antisemitismus«³⁸, als ob es davon mehrere gäbe; auffällig ist ebenfalls, dass sie Anführungszeichen verwenden, wenn sie auf die Neue Rechte verweisen. Hieran lässt sich ablesen, dass die beiden Autorinnen weder das Material durchdrungen haben, mit dem sie sich zu beschäftigen vorgeben, noch dass sie die notwendigen analytischen Kompetenzen vorzuweisen haben, um Urteile über angebliche politische Ähnlichkeiten zu fällen - von einer wissenschaftlichen Bewertung des Rassismus ganz zu schweigen, der sie als solcher offenkundig überhaupt nicht interessiert.

Entscheidend ist nun, dass die von Degeling und Horn monierte »Schatzkiste populistischer Rhetoriken«³9, die *Beißreflexe* bedient haben soll, unfreiwillig eine akkurate Beschreibung der herkömmlichen Verachtung des Staates Israel ist, die sich in gender- und queertheoretischen Abhandlungen wie auch in aktivistischen Pamphleten findet. Denn genau hier zeigen sich bemerkenswerte Parallelen zur »antisemitische[n] Basisideologie der Neuen Rechten und des politischen Islam«⁴°. Während beispielsweise die rechtsextremistische Partei Die Rechte im Europawahlkampf 2019 mit der Losung »Zionismus stoppen« hausieren ging⁴¹, werben deutsche Akademikerinnen und Akademiker

³⁸ Ebd., S. 33.

³⁹ Jasmin Degeling/Sarah Horn, »Queer aufs Spiel gesetzt«, S. 30.

⁴⁰ Vgl. Philipp Markgraf/Johanna Zeevaert, »Die antisemitische Basisideologie der Neuen Rechten und des politischen Islam«, in: Markus Baum/Julia Maria Breidung/Martin Spetsmann-Kunkel (Hg.), Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen, Opladen/Berlin/Toronto 2021, S. 61–96.

⁴¹ Vgl. Richard Rohrmoser, Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute. München 2022. S. 164.

standesgemäßer mit Israel-Boykott - insbesondere in Gestalt der mittlerweile vom Bundestag als antisemitisch verurteilten BDS-Bewegung⁴², die von etlichen prominenten Repräsentantinnen des Gender-Paradigmas und der Queer Theory unterstützt wird, darunter Judith Butler und Jasbir Puar. 43 Hinzu kommt, dass der Antizionismus eines der wenigen klar benennbaren politischen Ziele ist, dem sich das angeblich geschlechtersensible Milieu verschrieben hat. Wie die Anekdote um Degeling und Horn zeigt, scheint es in diesen Kreisen derweil grundsätzlich wichtiger, anderen mit moralischer Verve eine »gefährliche Nähe« zur Neuen Rechten zu unterstellen, als sich mit dem Phänomen an sich zu befassen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass hierfür Empirie, Methode und Geschichtskenntnisse unabdingbar sind, zum anderen aber auch damit, dass sich der neurechte Antizionismus vom gender- und queertheoretischen im Vokabular unterscheiden mag, mit diesem jedoch das Ziel der Abschaffung Israels teilt, sodass sich hier eine wesentliche Gemeinsamkeit auftut, die allen sofort ins Auge sticht, die sich mit beiden gesellschaftlichen Strömungen befassen. Zudem galt neurechter Applaus bereits ausdrücklich einer in den Gender Studies entstandenen Arbeit, was die rhetorische Selbstabgrenzung der beiden Autorinnen wie auch ihrer zugehörigen akademischen Szene nach rechts fragwürdig macht.

2011 erschien in der *Sezession* ein Beitrag von Ellen Kositza, der mit »Kopftuchmädchen« betitelt war.⁴⁴ Darin bezog sich die neurechte Publizistin, die gemeinsam mit ihrem politischen Weggefährten und Ehemann Götz Kubitschek von Schnellroda u.a. das einschlägige Gedankengut des Verlags Antaios verbreitet, affirmativ auf Überlegungen von Christina von Braun und Bettina Mathes.⁴⁵ Vier Jahre zuvor hatten die beiden Genderforscherinnen versucht, eine vermeintlich kultursensible Deutung des islamischen Kopftuchs zu formulieren, die geradewegs kulturrelativistisch ausfiel und für diese rassistische Projektionsleistung gründlich kritisiert worden ist.⁴⁶ Fathiyeh Naghibzadeh,

⁴² Vgl. Alex Feuerherdt/Florian Markl, Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand, Leipzig 2020.

⁴³ Siehe etwa Judith Butler, Am Scheideweg. Judentum und die Kritik am Zionismus, Frankfurt a.M./New York 2013; GLQ, Vol. 16, Issue 4, 2010: Queer Politics and the Question of Palestine/Israel; Jasbir K. Puar, The Right to Maim. Debility, Capacity, Durham 2017.

⁴⁴ Vgl. Ellen Kositza, »Kopftuchmädchen«, in: Sezession, Nr. 40, 2011, S. 22–26.

⁴⁵ Ebd., S. 24.

⁴⁶ Vgl. Christina von Braun/Bettina Mathes, Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen, Berlin 2007. Eine ausführliche Kritik an dieser Schrift findet sich bei Bernd Martin, Aufgeklärte Vernunft und konkurrierende Handlungsrationalitäten am Ende

die als Jugendliche in Teheran gegen die im Zuge der Islamischen Revolution von Ayatollah Chomeini verordnete Zwangsverschleierung aller Frauen im Iran protestierte⁴⁷, später in die Bundesrepublik floh und an der Humboldt-Universität zu Berlin Gender Studies studierte, hat rückblickend zu dieser Publikation bemerkt: »Nicht in meinen schlimmsten Albträumen hätte ich mir vorstellen können, dass in meinem Fachbereich ein akademisches Plädover zur Verteidigung des Kopftuches erscheinen könnte, das diese Monografie zweifelsohne ist.«48 Da Kulturrelativismus eine gesellschaftlich akzeptierte Form von Rassismus ist, die zeitgemäße Mythen über »Andere« generiert, deren Kollektivzuschreibungen sich von traditionell rechter Fremdenlehre kaum unterscheiden, erstaunt es nicht, dass sich Kositza im Duktus Brauns und Mathes' für die Sittsamkeit repräsentierende Kopfbedeckung begeisterte. Während Degeling und Horn anderen also »eine gefährliche Nähe zur ›Neuen Rechten« andichten, schweigen sie zum tatsächlichen Zuspruch, den ein Produkt ihres eigenen akademischen Milieus in der Neuen Rechten erfährt – woran sich nicht nur einiges über den Zustand der Geistes- und Sozialwissenschaften ablesen lässt, sondern auch ein verkanntes Rassismusproblem an den deutschen Hochschulen erkennbar wird, zumal sich Sabri Deniz Martins

des 20. Jahrhunderts. Sozialtheorie zwischen prädisponiertem Nutzenkalkül, Werterelativismus und den Vorzeichen islamischen Absolutismus, Bamberg 2013, S. 333–351.

⁴⁷ Vgl. die autobiografische Auskunft bei Antje Schippmann, »Freiheit statt Heimat«, in: Die WELT, 08.09.2014.

⁴⁸ Fathiyeh Naghibzadeh, »Freiheit ist weder östlich noch westlich, sondern universal«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 348–360, hier: S. 352f.

Überlegungen bezüglich »Diffamierung als Selbstentblößung« an einer Reihe weiterer Publikationen herkunftsdeutscher Autorinnen verifizieren lassen. ⁴⁹

Eine neurechte Publizistin nun, die erklärt, eine gendertheoretische Schrift mit Gewinn zu lesen, mag manchen auf den ersten Blick skurril anmuten, angesichts der Rede vom sogenannten »Genderwahn«⁵⁰, der rechtsreaktionären Skandalisierung der Gender Studies, der Mobilisierungsversuche

50

So etwa anhand der Dissertation von Lea-Sophie Schiel, in der sich gleich eingangs 49 die Bemerkung findet, in Beißreflexe sei »die Rassismusdebatte innerhalb der (bundesdeutschen) queeren Community in der Manier eines >klassischen« weißen Abwehrmechanismus kritisiert« worden - selbstredend ohne darauf hinzuweisen, dass die migrantischen Beitragenden des Sammelbandes über Rassismus geschrieben bzw. gesprochen haben, was der Autorin wohl deshalb entgangen sein dürfte, weil sie einem trivialen Rassismusverständnis anhängt. Hier treten ihre Abwehrmechanismen, sich mit dem Rassismus ihres eigenen akademischen Milieus zu befassen, deutlich hervor: dass Schiel keinerlei Publikationen zu deutschlandspezifischem Rassismus bzw. zur Neuen Rechten vorzuweisen hat, unterstreicht dies nur. Ähnlich verhält es sich im Falle eines Aufsatzes von Heike Mauer, die sich in einem Sammelband zum Stand der Populismusforschung immerhin der AfD gewidmet hat, bei dieser Gelegenheit jedoch kolportierte, dass ein auf Beißreflexe basierender Artikel, der in einer feministischen Zeitschrift erschien, den »rechtspopulistischen Angriffen sowie der pseudowissenschaftlichen ›Kritik‹ an Geschlechterforschung nicht unähnlich« sei. Den Nachweis blieb sie freilich schuldig, was auch hier einem seichten Rassismusbegriff geschuldet gewesen sein dürfte – abzulesen vor allem am konventionell anmutenden Desinteresse der Autorin, sich mit Rassismus innerhalb der Gender Studies zu befassen, der längst nachgewiesen ist. Dass es hingegen mit Sabri Deniz Martin ein migrantischer Nachwuchswissenschaftler ist, der auf die reaktionären Tendenzen und Verhaltensweisen dieses herkunftsdeutschen Milieus hinweist, dessen Abneigung sich eben zielgenau gegen migrantische Nachwuchswissenschaftler richtet, die Unliebsames aussprechen, wie die Psychologin und Beißreflexe-Autorin Caroline A. Sosat hervorgehoben hat, komplettiert den Gesamteindruck, dass es sich bei diesem Komplex um ein Rassismusproblem in den Geistes- und Sozialwissenschaften handelt, das diese selbst hervorgebracht haben und das noch systematisch zu analysieren ist. Vgl. Lea-Sophie Schiel, Sex als Performance. Theaterwissenschaftliche Perspektiven auf die Inszenierung des Obszönen, Bielefeld 2020, S. 11 (Hervorhebung im Original); Heike Mauer, »Nichts als Wahn oder Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen«, in: Seongcheol Kim/Veith Selk (Hg.), Wie weiter mit der Populismusforschung?, Baden-Baden 2021, S. 271–292, hier: S. 286f., FN 8; Caroline A. Sosat, »Grüsse von der Gender-Front«, in: NZZ, 10.11.2017.

Siehe dazu Uwe Backes/Patrick Moreau, Europas moderner Rechtsextremismus, S. 33-35.

wider das Studienfach⁵¹ oder der bekannten Entwicklungen in Ungarn⁵² vielleicht auch wie eine einmalige Abweichung erscheinen. Dennoch handelt es sich keineswegs um eine zufällige Übereinstimmung. Vielmehr zeigt sich hieran, dass neurechtes Denken insofern mit allerhand Anleihen aufzuwarten weiß, als es sich nunmehr auf gesellschaftlich Vorformuliertes stützten kann.

Ein weiteres Beispiel illustriert dieses Problem. 2021 veröffentlichte der in den USA lehrende Historiker A. Dirk Moses auf dem Zürcher Blog Geschichte der Gegenwart einen Beitrag namens »Der Katechismus der Deutschen«. 53 Darin präsentierte er fünf angebliche Glaubensgrundsätze, die die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden mit einem moralischen Schwur belegen würden – darunter etwa der Fakt, dass es sich bei der Shoah um ein singuläres Verbrechen der Menschheitsgeschichte handelt; die Vorstellung, dass die »Erinnerung an den Holocaust als Zivilisationsbruch das moralische Fundament der deutschen Nation, oft gar der Europäischen Zivilisation« bilde; das Wissen darum, dass es sich bei Antizionismus um Antisemitismus handelt.⁵⁴ Zwei Tage später lobte Martin Sellner, bekannteste Stimme der Identitären Bewegung im deutschsprachigen Raum, Moses' Pamphlet auf der Website der Sezession als »absolut lesenswert«; die einzelnen Punkte der angeblichen »Schuldreligion« seien »treffend« zusammengefasst und Resultat einer »scharfen Analyse«.55 Der Zuspruch war folgerichtig: Moses schrieb mit pseudorebellischem Gestus, der sich für einen Historiker reichlich albern ausnimmt, einer politischen Klientel jedoch, die sich ebenfalls in einer Revolte wähnt, etwas signalisierte, das umgehend verstanden wurde. Nach vehementer Kritik an seinen Behauptungen schwang sich der weit rechts bejubelte Akademiker wenige Wochen später

Siehe dazu Annette Henninger et al. (Hg.), Mobilisierungen gegen Feminismus und >Gender« Erscheinungsformen, Erklärungsversuche und Gegenstrategien, Opladen/Berlin/ Toronto 2021.

Vgl. Eszter Kováts, »Post-Socialist Conditions and the Orbán Government's Gender Politics between 2010 and 2019 in Hungary«, in: Gabriele Dietze/Julia Roth (Hg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 75–100.

Vgl. A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«, Geschichte der Gegenwart, 23.05.2021, https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/ (letzter Abruf: 31.12.2021)

⁵⁴ Ebd. Zu den Folgen dieser Debatte siehe Saul Friedländer/Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Dan Diner, Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust, München 2022.

Martin Sellner, »Postkoloniale Angriffe auf den ›Auschwitz-Mythos«, sezession.de, 21.05.2021, https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-my thos (letzter Abruf: 31.12.2021)

in einem Beitrag für den Blog *New Fascism Syllabus* zur These auf, möglicherweise Zeuge einer »Israelifizierung Deutschlands« geworden zu sein. ⁵⁶

Auch dies zeugt von Resonanzen, im Gegensatz zu Sellners Beifall handelte es sich nun allerdings um undeklarierte Kongruenzen. Vor Moses hatte etwa Wolfgang Gedeon vor einer »Zionisierung Deutschlands«⁵⁷ gewarnt. Dass der baldige AfD-Politiker in seiner 2012 erschienenen Schrift Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten⁵⁸ die Shoah eine »Zivilreligion des Westens« genannt hat, war über die Jahre hinweg immer wieder in der Presse thematisiert worden⁵⁹; tatsächlich tauchte dieser Begriff bereits im dreibändigen Werk Christlich-europäische Leitkultur von 2009 auf, das der Hobbyphilosoph unter dem Namen »W. G. Meister« veröffentlichte. 60 Spiegelbildlich ziehen sich dieselben Vorstellungen durch die Traktate beider Autoren. Moses sieht »Hohepriester« am Werk, die den angeblichen Katechismus »bewachen«61, Gedeon wiederum raunt von »Glaubenswächtern«, denen es gelungen sei, »das geistige Klima zu bestimmen.«⁶² Spricht letzterer von einem angeblichen »Zionismus durch die Hintertür«63, der aus sinisterer Motivation das politische Bewusstsein der Mehrheit manipuliere, was die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden angehe, drückt er eine verschwörungstheoretische Nuance selbstbewusster aus, was ersterer mit modischerem Vokabular umschreibt. So schloss Moses sein Plädoyer gegen den angeblichen »Katechismus« mit der Bemerkung, dass es an der Zeit sei, »die Forderungen nach historischer Gerechtigkeit auf eine Weise neu zu verhandeln, die alle Opfer des deutschen Staats und alle Deutschen – auch BPoC, inkl. Juden und Jüdinnen und Muslime und Muslimas, Einwander:innen und ihre Nachfahren –

⁵⁶ Im englischen Original »Israelification of Germany«. A. Dirk Moses, »Dialectic of Vergangenheitsbewältigung«, New Fascism Syllabus, 21.06.2021, http://newfascismsyllabus.com/opinions/dialectic-of-vergangenheitsbewaltigung/ (letzter Abruf: 31.12.2021)

⁵⁷ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band II: Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik, Frankfurt a.M. 2009, S. 432.

⁵⁸ Wolfgang Gedeon, Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten, Frankfurt

⁵⁹ Siehe etwa Frank Jansen, »Antisemit Gedeon rausgeworfen – »Flügel« womöglich vor Auflösung«, in: Der Tagesspiegel, 20.03.2020.

⁶⁰ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 424.

⁶¹ A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

⁶² W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 432.

⁶³ Wolfgang Gedeon, Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten, S. 272.

respektiert.«⁶⁴ Hierfür bemühte er nicht nur die beachtliche rassistische Projektion, dass migrantische Individuen a priori so denken würden wie er, sondern sich obendrein über seine ideologische Eingemeindung freuen müssten – hielte man sie im Rahmen einer »neue[n] Zivilisierungsmission« doch angeblich dazu an, »sich mit dem deutschen Katechismus zu identifizieren«, um »nicht nur formell, sondern auch moralisch zu deutschen Staatsbürgern zu werden.«⁶⁵ Demnach seien die Aufgezählten schlichtweg aufgrund ihres Minderheitenstatus für sogenannte »Israelkritik«⁶⁶ empfänglich: »Man fragt sich, wie diese Migrant:innen und ihre Nachfahren den deutschen Sinn für historische Gerechtigkeit empfinden, wenn er die Verteidigung einer seit mehr als fünfzig Jahren herrschenden Militärdiktatur, unter der die Palästinenser:innen zu leben haben, mit einschließt.«⁶⁷

Bei dieser pseudo-einfühlsamen Bemerkung handelt es sich um eine ordinäre rassistische Beleidigung migrantischer Individuen, deren Engagement gegen Antisemitismus bzw. für den jüdischen Staat nicht nur entwertet, sondern nachgerade negiert wird, weil es nicht in die rassistische Phantasie passt, die sich ihr Urheber von migrantischen Menschen macht. ⁶⁸ Angesichts

⁶⁴ A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Siehe dazu Sandra Rokahr, »Verblümter Antisemitismus. Israelkritik als Ticketmentalität«, in: Samuel Salzborn (Hg.), Antisemitismus seit 9/11, Baden-Baden 2019, S. 89–108.

⁶⁷ A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

Um nur einige Individuen zu nennen, deren Arbeit gegen Antisemitismus bzw. deren 68 Einsatz für Israel Moses und Gleichgesinnten offenkundig entgangen ist: Annette Seidel-Arpacı (RIAS Bayern), Sabri Deniz Martin (Freundeskreis der Auschwitzer e.V.), Burak Yılmaz (Junge Muslime in Auschwitz), Ronya Othmann (Schriftstellerin), Saba-Nur Cheema (Bildungsstätte Anne Frank), Ahmad A. Omeirate (Wirtschaftswissenschaftler), Naïla Chikhi und Fatma Keser (Migrantinnen für Säkularität und Selbstbestimmung), Sama Maani (Psychoanalytiker), Kacem El Ghazzali (Menschenrechtsaktivist), Ali Ertan Toprak (Alevitische Gemeinde Deutschland), Fathiyeh Naghibzadeh (Mideast Freedom Forum), Aras-Nathan Keul (Junges Forum der DIG), Ibrahim Naber (Journalist), Güner Balcı (Integrationsbeauftragte Berlin-Neukölln), Ali Tonguç Ertuğrul (Ideologiekritiker). Dass sich deren Arbeit, ihre jeweilige politische Position und der zugehörige Anspruch gleichwohl sehr voneinander unterscheidet, sei angesichts Moses' impertinenter Projektionsleistung bezüglich »diese[r] Migrant:innen«, die offenbar schon qua Migrantisch-Sein allesamt gleicher Meinung sein sollen, hervorgehoben. So verdeutlicht auch die Episode um den angeblichen »Katechismus der Deutschen« das akute Rassismusproblem sich progressiv wähnender geistes- und sozialwissenschaftlicher Areale, welches sich als vermeintliche Rassismus-Sensibilität manifestiert.

solcher Zeilen fragt »man« sich unweigerlich, für wie dumm diejenigen, denen hier angeblich Gehör verschafft werden soll, tatsächlich gehalten werden. Dass Moses und die für die Verbreitung seines Pamphlets Verantwortlichen die Kritik an diesem linkspaternalistischen Rassismus⁶⁹ ausschwiegen, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen, spricht für sich. Auf Geschichte der Gegenwart bemühte Johannes von Moltke eilig den Einwand, dass der neurechte Applaus für den postkolonial intonierten Aufruf zum Abfall vom »Katechismus« einem oberflächlichen Verständnis geschuldet sein müsse, da Sellner »nicht Inklusion, Anerkennung oder Solidarität über mehrere Identitätsgruppen hinweg, sondern ethnonationalistische Eingrenzung« zum Ziel habe; seine »Ausrichtung« sei »letztlich, wenn auch kontraintuitiv, auf einer Linie mit ebenjenen >Priestern<, die Moses wegen ihrer Kontrollfunktion herausgefordert hatte.«⁷⁰ Dies ist ausgesprochen dürftige Schadensbegrenzung. Schwerlich ist eine »ethnonationalistischere Eingrenzung« Anderer vorstellbar als die, migrantische Individuen einzig über ihr Migrantisch-Sein zu definieren, um damit den eigenen Thesen den Anstrich ›kultureller‹ Sensibilität zu verleihen. Dass die rassistische Projektionsleistung, auf die »Der Katechismus der Deutschen« explizit zuläuft, Moltke nicht aufgefallen ist und das Wort »Antisemitismus« in seinen Überlegungen einzig innerhalb eines Sellner-Zitats auftaucht, zeigt musterhaft, auf welchem Niveau sich diese Diskussion bewegte. Die antirassistische Attitüde der anderen Artikel und Stellungnahmen, die dem vermeintlichen Rebellen beisprangen, macht durchweg einen aufgesetzten Eindruck, während ihre antizionistischen Verdrehungen absolut konventionell ausfielen. 71 Und genau diese Konventionalität ist das Problem: Jenny Hestermann und Johannes Becke haben zur Diskussion um Moses' Pamphlet vermerkt, dass »der argumentative Schulterschluss zwischen der postkolonialen Linken und der völkischen Rechten Anlass zu großer Sorge« ist, wendet er sich doch »an ein wachsendes Unwohlsein unter linken deutschen Intellektuellen, die auf dem Weg zum ›Europäer‹ oder gar zum ›Weltbürger‹ ihre

⁶⁹ Vgl. Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović, »Linkspaternalistischer Rassismus«, in: Jungle World, Nr. 28/2021, 15.07.2021.

⁷⁰ Johannes Moltke, »Polemik und Provokationen«, Geschichte der Gegenwart, 06.11.2021, https://geschichtedergegenwart.ch/polemik-und-provokationen/ (letzter Abruf: 31.12.2021)

⁷¹ Siehe dazu Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović, »Dirk Moses und die ›Pluralisierung‹ von Erinnerungskultur. Eine antizionistische Geschichte der Gegenwart«, in: Stella Leder (Hg.), Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur, Berlin/Leipzig 2021, S. 130–142.

eigene Familiengeschichte zunehmend als Ballast empfinden – wie befreiend mag es da sein, den Nationalsozialismus als eines von vielen Kolonialprojekten zu verstehen, um ihn anschließend mit derselben Selbstverständlichkeit ablehnen zu können wie das zionistische Projekt«.⁷²

An diesen beiden Beispielen – eine neurechte Publizistin, die misogynrassistischen Gender-Studies-Projektionen bezüglich der islamischen Frauenverschleierung beipflichtet; ein an postkolonialer Theorie geschulter Historiker, dessen Sorge vor einer »Israelifizierung Deutschlands« mit der Warnung eines AfD-Politikers vor einer »Zionisierung Deutschlands« korrespondiert – zeigt sich, dass Heimat, Gemeinschaftsgefühl, Identität oder Ursprünglichkeit keineswegs Sehnsüchte sind, die sich auf neurechte Kreise beschränkten. Während hieraus Schlüsse über den Zustand der akademischen Linken zu ziehen sind, die beispielsweise Ingo Elbe erörtert hat 73, tangiert dies selbstredend zuvörderst die Analyse jener Ideen, der das Personal der Neuen Rechten anhängt.

Neues an den ideologischen Rändern

Dass es sich bei der Neuen Rechten um eine »Grauzone« zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus handelt, ist bereits vor Jahrzehnten festgestellt worden. Der Aufstieg der 2013 gegründeten, damals insbesondere mit Euro-Skepsis für sich werbenden Alternative für Deutschland firmierte anfänglich noch als »neokonservative Mobilmachung «75". Die Pegida-Proteste ab Ende des Folgejahres bescherten allerdings rasch der Einschätzung Auftrieb, dass rechts der CDU/CSU eine ideologische Rettung des »Abendlandes «76" versucht würde. Die Parteinahme des Instituts für Staatspolitik um Götz Kubitschek für jenen als »Flügel« bekannten AfD-Teil, der sich u.a. um Björn Höcke gruppiert, sowie

⁷² Jenny Hestermann/Johannes Becke, » Die Linke und der neue Historikerstreit«, in: Jüdische Allgemeine, Nr. 29/2021, 29.07.2021.

⁷³ Vgl. etwa Ingo Elbe, »...>it's not systemic«. Antisemitismus im akademischen Antirassismus«, in: Till Randolf Amelung (Hg.), Irrwege, S. 224–260.

⁷⁴ Vgl. Susanne Mantino, Die »Neue Rechte« in der »Grauzone« zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M. 1992.

⁷⁵ Vgl. Sebastian Friedrich, Die AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin 2015

⁷⁶ Siehe dazu Philipp Becher/Christian Begass/Josef Kraft (Hg.), Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße, Köln 2015.

die Sorge vor der »Enthemmung ihrer Anhänger«⁷⁷, Phänomene wie der »subkulturell gestylte Politaktionismus«⁷⁸ der Identitären Bewegung⁷⁹ oder Waffen hortende »Reichsbürger«⁸⁰ lösten dann Mitte der 2010er Jahre breite und anhaltende gesellschaftliche Debatten aus – auch, weil der Schock des 2011 enttarnten rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds und dessen ungeklärte Verbindungslinien in die Legalität wie auch in staatliche Institutionen nachwirkten.⁸¹

Die seither vorgelegten Publikationen zur Neuen Rechten sind mittlerweile kaum mehr überschaubar. Bei Die Veröffentlichungen reichen von Allgemeindarstellungen bis hin zu spezialisierten Studien, die auf einzelne Protagonisten zugeschnitten sind oder geschlechterrelevante Aspekte hervorheben, solche, die mit lokalen Ausprägungen mit Netzwerken oder mit besonderen Ideologemen befasst sind, die sich wiederum mit jenen

⁷⁷ Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017, S. 206.

⁷⁸ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 118.

⁷⁹ Vgl. Judith Goetz/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitärens, Hamburg 2017; Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl, Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Münster 2017; José Pedro Zúquete, The Identitarians. The Movement against Globalism and Islam in Europe, Notre Dame 2018.

⁸⁰ Siehe dazu Andreas Speit (Hg.), Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr, Berlin 2017.

⁸¹ Vgl. Matthias Quent, Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/Basel 2016.

⁸² Für Publikationen, die neben Volker Weiß' Abhandlung Die autoritäre Revolte breitere Beachtung gefunden haben, siehe etwa Helmut Kellershohn, Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016; Klaus-Peter Hufer, Neue Rechte altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim 2018; Holger Oppenhäuser, Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten. Parteien, Militante und Intellektuelle im Kampf gegen die One World, Wiesbaden 2020.

⁸³ Vgl. Hajo Funke, Die Höcke-AfD. Vom gärigen Haufen zur rechtsextremen »Flügel«-Partei. Eine Flugschrift, Hamburg 2020.

⁸⁴ Vgl. Julia Haas, »Anständige Mädchen« und »selbstbewusste Rebellinnen«. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Hamburg 2020.

⁸⁵ Vgl. Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020.

⁸⁶ Vgl. Andreas Speit, Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn 2018.

anderer politischer Phänomene decken⁸⁷ oder aber emotional zu mobilisieren wissen⁸⁸, Darstellungen zum neurechten Sprachgebrauch⁸⁹ und einiges mehr. Auch im englischsprachigen Raum sind die Entwicklungen in Deutschland zum eigenständigen Forschungsgegenstand aufgerückt.⁹⁰ Vieles, das hierzu in jüngerer Zeit veröffentlicht wurde, entstand vor dem Eindruck der AfD-Wahlerfolge im gesamten Bundesgebiet⁹¹ und fokussiert die zugehörigen Ereignisse, Personen und Begleiterscheinungen, die angesichts der parlamentarischen Reichweite tatsächlich dringlich sind. Die Konzentration auf die Wirkmächtigkeit unterkomplexer Denkformen und ihres Mobilisierungspotenzials – siehe die verrohten bis gewaltbejahenden Parolen und Forderungen beispielsweise bei den Pegida-Protesten⁹² – bleibt relevant, ebenso die Beschäftigung mit Hass auf Angehörige von Minderheiten, der real ist, sowie die Analyse rassistischer Träume von einem homogenen »Volkskörper«, die nach wie vor existieren. Dennoch verhält es sich komplizierter, als bislang häufig angenommen.

Im Einzelnen betrifft dies *erstens* den Umstand, dass sich die Neue Rechte bekanntlich auf lange Linien rechtskonservativer wie rechtsreaktionärer Denktraditionen in Deutschland stützen kann, was sie merklich von den subkulturell-klandestin orientierten Ausprägungen des Neonazismus unter-

⁸⁷ So z.B. Jennifer Schellhöh et al. (Hg.), Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld 2018.

⁸⁸ Vgl. Thomas Wagner, Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte, Berlin 2017.

⁸⁹ Vgl. Heinrich Detering, Was heißt hier »wir«? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Ditzingen 2019.

⁹⁰ Vgl. Jay Julian Rosellini, The German New Right. AfD, PEGIDA, and the Re-imaging of National Identity, London 2019; Rebecca Pates/Julia Leser, The Wolves Are Coming Back. The Politics of Fear in Eastern Germany, Manchester 2021.

⁹¹ Vgl. etwa Matthias Quent, Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, Piper 2019; Christian Fuchs/Paul Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek 2019; Katja Bauer/Maria Fiedler, Die Methode AfD. Der Kampf der Rechten: im Parlament, auf der Straße – und gegen sich selbst, Stuttgart 2021.

⁹² Siehe dazu Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz//Tino Schlinzig (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld 2016; Tino Hein, Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017.

scheidet. ⁹³ Sie »gibt sich intellektuell« ⁹⁴ – eine treffliche Formulierung, welche die bisweilen auffallend unbeholfene Philosophie erklärt, die dieses politische Milieu hervorgebracht hat, aber auch den taktischen Gebrauch eines Stils, der das autoritäre Anliegen kaschiert. Zahlreiche ideologisch gewichtige Schriften werden von der weitaus grelleren Rhetorik der populistischeren Formate ⁹⁵ verdeckt, obwohl sich gerade erstere auf eine Einflussnahme auf das Denken konzentrieren und mit der Taktik stillen Terraingewinns operieren, der auf Langfristigkeit angelegt ist.

Zweitens: Auch die Annahme, dass in diesem politischen Milieu Ressentiments gegen Minderheiten geschürt würden – sei es in Form von Vorbehalten gegen Sexualaufklärung, sei es als Hass auf Angehörige »anderer« Religionen –, wofür beispielsweise der »Kampf gegen die Gleichstellung Homosexueller« Petens mancher AfD-Mitglieder oder Proteste gegen Moschee-Neubauten als Beleg herangezogen werden, deckt sich nicht zu Genüge mit der empirisch feststellbaren Lage. Vielmehr ist ein reger Rekurs der Neuen Rechten auf Minderheiten auszumachen, wofür sinnbildlich eine Bemerkung der AfD-Politikerin Alice Weidel steht, welche diese 2016 in einem Kommentar für die Junge Freiheit machte:

»Ich möchte diese archaische Kultur und die entwürdigende Sicht auf die Frau nicht in meinem Land verankert wissen. Wo alle Feministinnen, Grünen und linken Gutmenschen kläglich versagen, setze ich mich gegen die Unterdrückung der Frau, der Homosexuellen, der Juden, der Christen und anderer Religionsgruppen, die in den Augen des Islams minderwertig sind, ein.«98

⁹³ Siehe dazu die bis heute relevanten Beiträge in Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004.

⁹⁴ Amadeu Antonio Stiftung, »Alter Rassismus in neuem Gewand: die ›neue‹Rechte«, Flyer zur Frankfurter Buchmesse 2017.

⁹⁵ Siehe dazu Enno Stahl, Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien, Stuttgart 2019; Henning Lobin, Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert, Berlin 2021.

⁹⁶ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 83.

⁹⁷ Vgl. etwa Patrick Fels/Hans-Peter Killguss/Hendrik Puls (Hg.), Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte, Köln 2012.

⁹⁸ Alice Weidel, »Kein Zurückweichen«, *jungefreiheit.de*, 11.10.2016, https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2016/kein-zurueckweichen/ (letzter Abruf: 31.12.2021)

Dieser Rekurs auf Minderheiten wird bisweilen zwar wissenschaftlich registriert⁹⁹, fällt wegen mangelnder Begriffsschärfe allerdings oftmals unpräzisen Urteilen zum Opfer.¹⁰⁰

Selbiges gilt *drittens* für die Reduktion des Phänomens auf etwas Deutschlandzentriertes, dem es um das »alte« Anliegen einer Gleichsetzung von Volk und Nation und die politische Verwirklichung dieser Gleichsetzung gehe. ¹⁰¹ Dem widerspricht bereits die wechselseitige, über den Kontinent zu verzeichnende Bezugnahme und Zusammenarbeit nationalpopulistischer Parteien und Protagonisten sowie die internationale Strahlkraft der Alt-Right-Bewegung¹⁰², die durchaus Rückschlüsse darüber erlaubt, dass die Phänomene in Deutschland, in West- und Osteuropa sowie in Nordamerika allein schon deshalb in transnationaler Hinsicht zu untersuchen sind, weil sie sich als länderübergreifende Kräfte begreifen – auch wenn sie den Begriff »transnational« niemals verwenden würden – und damit nicht nur einen europäischen, sondern einen globalen Anspruch¹⁰³ geltend machen, der den aggressiven vorrangigen Gebrauch von Kategorien des Nationalen wie »deutsch« abgestreift hat, wiewohl »die alteuropäischen nationalistischen Bruchlinien«¹⁰⁴ bisweilen fortgeführt werden.

Vgl. etwa Patrick Wielowiejski, »Identitäre Schwule und bedrohliche Queers. Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus«, in: Feministische Studien, 36. Jahrgang, Nr. 2/2018, S. 347–356.

¹⁰⁰ Kritisch dazu Moritz Pitscheider, »Der Westen und das Laster. >Homonationalismus« und Flucht«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020, S. 163–182.

¹⁰¹ Siehe dazu nochmals die an Helmut Kellersohn anschließende Zusammenfassung bei Alice Brauner-Orthen, Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen, Opladen 2001, S. 49.

¹⁰² Vgl. dazu u.a. Patrik Hermansson (Hg.), The International Alt-Right. Fascism for the 21st Century?, Abingdon/New York 2020.

¹⁰³ Der 2022 veröffentlichte Sammelband Contemporary far-right thinkers and the future of liberal democracy wird dem insofern gerecht, als er zentrale Figuren aus Nordamerika, West- und Osteuropa sowie Australien und deren Agitation vorstellt. Dass darunter allerdings auch das libertäre Online-Magazine Quillette fällt, verdeutlicht, dass die wissenschaftliche Auslegung von »weit rechts« bisweilen auf unpräzisen oder irrigen Definitionen fußt. Vgl. A. James McAdams/Alejandro Castrillon (Hg.), Contemporary farright thinkers and the future of liberal democracy, London/New York 2022.

¹⁰⁴ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 28.

An der Geschichtsumdeutung hat sich derweil nichts geändert.¹⁰⁵ »Das politische Ziel der ›Neuen Rechten‹ lässt sich im Wesentlichen unter zwei Schlagworten zusammenfassen«, wie Samuel Salzborn vermerkt: »die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ›kulturellen‹ Hegemonie.«¹⁰⁶ Diese bündige Einschätzung ist dahingehend zu ergänzen, dass diejenigen, die hegemonial werden wollen, auf den Zeitgeist nicht verzichten können; dass sich die Neue Rechte im Zuge dieser Akklimatisierung an die Verhältnisse selbst verzeitgeistigt hat, mag ihrem eigenen Personal noch nicht aufgefallen sein. Doch an den Rändern ihres traditionellen thematischen Spektrums zeichnet sich der Wandel unverkennbar ab.

Zu diesem Sammelband

Die hier zusammengeführten Aufsätze gelten der Analyse des neurechten Verständnisses von Philosophie, Minderheiten und Transnationalität. Sie reagieren damit auf jene Tendenzen innerhalb der Neuen Rechten, mit denen diese ihren Einflussbereich ganz im Sinne des metapolitischen Anspruchs und abseits der öffentlichen Wahrnehmung auszuweiten vermochte. Diese Randgänge zu beleuchten, ist vorrangiges Anliegen des Sammelbands. Trotz besagter Publikationsdichte zum Sujet soll hier vor allem das erhellt werden, was noch immer im Schatten anderer Aspekte steht, um den wissenschaftlichen Beitrag zur jüngeren Diskussion um Antisemitismus, Rassismus, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Neonazismus am Gegenstand zu vertiefen. 107

¹⁰⁵ Siehe dazu die Beiträge in Andreas Audretsch/Claudia Gatzka (Hg.), Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen, Bonn 2020.

¹⁰⁶ Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, dritte Auflage, Baden-Baden 2018, S. 75.

¹⁰⁷ Zu diesen Aspekten sei an dieser Stelle u.a. verwiesen auf Wolfram Stender (Hg.), Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden 2016; Martin Jander/Anetta Kahane (Hg.), Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2020; Samuel Salzborn, »Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland«, in: ders. (Hg.), Antisemitismus seit 9/11, S. 197–216; Olaf Kistenmacher, Ausgesprochen unausgesprochen. Latenter Antisemitismus und Erinnerungsabwehr in der Neuen Rechten, Hamburg 2021; Klaus Holz/Thomas Haury, Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021, S. 305–350; Z. Ece Kaya/Katharina Rhein (Hg.), Rassismus, Antisemitismus und An-

Die drei Oberbegriffe sind in drei Sektionen gruppiert: Die erste ist mit neurechter Philosophie befasst, was die Vergangenheit wie die Gegenwart jener Denkformen meint, die Identitäres zum Dreh- und Angelpunkt haben, wozu aber auch die Übernahme von Ideen zählt, die der politischen Linken entstammen. Die zweite Sektion widmet sich dem neurechten Verhältnis zu reellen wie zu symbolischen Minoritäten. Entgegen Wolfgang Gedeons Rede von der »Diktatur der Minderheiten«¹⁰⁸, die angeblich in Deutschland walte, ist zu zeigen, dass diese für die Neue Rechte mittlerweile selbst von eminentem Interesse sind. Die dritte Sektion schließlich geht Transnationalität als Selbstmodernisierungsleistung dieses Spektrums nach, das sich auch hierüber von manch valten rechten Vorstellungen emanzipieren konnte.

Der erste Teil beginnt mit einer philosophiehistorischen Erinnerung. Eine zentrale strategische, aber auch ideologische Ausrichtung der Neuen Rechten besteht darin, sich auf eine sehr breit gefächerte und teils unkonventionell zusammengestellte Tradition politischer Philosophie zu berufen. Die Losungen der »Neuen« Rechten sind eben auch deshalb neu, weil man sich unter ihnen nicht nur mit explizit faschistischer Theorie schmückt, sondern sich gleichermaßen der Philosophie solcher Denker bedient, die historisch zunächst nicht der politischen Rechten zuzuordnen wären. Eines der schillerndsten Beispiele hierfür ist Georges Sorel, wie Moritz Pitscheider darlegt. Sein Artikel geht der Frage nach, wie das Denken des französischen Sozialphilosophen und Syndikalisten die Neue Rechte in Deutschland bis heute beeinflusst. Mit seiner anarchistisch anmutenden Idee der »Propaganda der Tat« und seiner Verachtung für die Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft hat Sorel vor allem kulturpessimistische Schlagworte geprägt. Diese Motive, die bis heute zu den ideologischen Kernelementen dieses politischen Milieus gehören, stellen hier mittels einer Auseinandersetzung mit der neurechten Rezeption Sorels den Gegenstand der Analyse dar.

Im Anschluss sondiert Panagiotis Koulaxidis einen kategorischen Bezugspunkt der Neuen Rechten, den Begriff »Identität«. Während Fragen nach den Bedingungen und der Gestalt kollektiver Identitäten in rechten Debatten prominent auftauchen, werden sie zugleich vor dem Hintergrund partikularer Weltanschauungen sowie nationaler und völkischer Grenzen diskutiert. Dabei wird der Begriff der »kollektiven Identität« auf passive Identitätsmodelle

tiziganismus in der postnationalsozialistischen Gesellschaft. Erziehungswissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzungen, Weinheim/Basel 2021.

¹⁰⁸ Wolfgang Gedeon, Der grüne Kommunismus, S. 13.

reduziert, die sich fernab liberaler Paradigmen bewegen. Ethnokulturelle Identitäten werden als vorbestimmte Kategorien beschrieben und die Unhintergehbarkeit individueller Freiheit und universelle Rechte angezweifelt, was der Legitimation einer unbedingten, nationalen Interessenspolitik dienen soll. Dies wird am Beispiel der Schriften des 1991 verstorbenen neurechten Philosophen Bernard Willms erläutert.

Anschließend geht Sabri Deniz Martin den Versuchen neurechter Adaptionen linker Revolutionsvorstellungen nach, die auf entsprechende Lektüren und Vereinnahmungen von Antonio Gramsci zurückgeführt werden können. In Thor von Waldsteins Abhandlung *Metapolitik*, die 2015 beim Verlag Antaios erschienen ist, wird der Versuch unternommen, ein konzises Programm für einen »Sprung in der Geschichte« vorzubereiten, was hier einer philosophischen wie politischen Analyse unterzogen wird.

Der nachfolgende Beitrag konzentriert sich ebenfalls auf ein Werk neurechter Philosophie, und zwar auf die dreibändige Schrift *Christlich-europäische Leitkultur* des einstigen Linksradikalen und vormaligen AfD-Politikers Wolfgang Gedeon, der unter dem Namen »W. G. Meister« versucht hat, Deutschland bzw. Europa als Opfer einer zionistischen wie islamischen Umklammerung zu zeichnen, aus der es sich kollektiv zu befreien gelte. Damit bediente Gedeon einerseits traditionelle Topoi aus dem Areal antisemitischer Verschwörungstheorien, die er gleichwohl in den Rang des Philosophischen zu rücken versuchte.

Armin Pfahl-Traughber beschäftigt sich in seinem Artikel mit Benedikt Kaiser, einem der prominenteren jüngeren Proponenten der Neuen Rechten, der beispielsweise mit einem politisch-philosophischen Plädoyer für eine rechte Marx-Lektüre in Erscheinung getreten ist und nicht nur aufgrund seines Alters als wichtiger Modernisierer dieses Spektrums gilt. Der Beitrag widmet sich Kaisers Versuch einer »Produktpiraterie« anderer politischer Überzeugungen als langfristiger Strategie für die eigenen Zwecke.

Der zweite Teil gilt dem neurechten Verhältnis zu Minderheiten. Der Artikel von Steffen Stolzenberger nimmt die hinlänglich geäußerte Kritik, dass die AfD die Interessen von Homosexuellen für ihre rassistische Hetze gegen Minderheiten instrumentalisiere, in korrigierender Weise auf. Indem etwas Alice Weidel behauptet, die AfD sei die einzige Partei, die sich noch ernsthaft für den Schutz der Minderheit homosexueller Menschen einsetze, betreibt sie eine direkt auf die partikularen Interessen einer Minderheit gerichtete Form der Identitätspolitik. Gegen bereits formulierte Kritiken an der AfD wird gezeigt, dass die bloße Kritik an Hetze gegen Minderheiten nicht ausreichend ist, gera-

de wo sie selbst aus der Position von Identitätspolitik – dieses Mal in linker Variante – formuliert wird. Identitätspolitik eignet grundsätzlich das Problem, dass sie das Wesen der Sexualität verkennt: Das sexuelle Begehren hat weder einen sittlichen noch einen politischen Ort. Erst wenn das vernachlässigt wird, kann der abstrakte Terminus »Minderheit« eingesetzt werden, der nichts erklärt – auch nicht, warum sich etwa Homosexuelle jener Partei anschließen. Aus diesem Grund entwickelt der Beitrag durch die Analyse des Verhältnisses von Sexualität, Bewusstsein und Politik eine bestimmte Kritik an der AfD.

Marco Ebert wiederum befasst sich mit einer symbolischen Minderheit: Frauen. Wie die Neue Rechte über diese denkt, soll dabei weniger soziologisch eruiert als an einem prominenten Beispiel dargelegt werden, nämlich an der Publizistin Caroline Sommerfeld, die als eines der weiblichen Aushängeschilder der Bewegung gilt. Während Frauen in rechtsextremen Parteien wie der NPD mittlerweile Thema geschichtswissenschaftlicher Analysen sind¹⁰⁹, lässt sich an Sommerfeld, die gemeinsam mit dem neurechten Internet-Aktivisten und Autoren Martin Lichtmesz die Streitschrift *Mit Linken leben*¹¹⁰ verfasst hat, zum einen darlegen, wie in diesem Milieu die Figur der politischen Denkerin in Szene gesetzt wird, zum anderen, wie Frauen dort als ein das eigene Anliegen potenzierender kollektiver Faktor imaginiert werden, was zugleich als Versuch einer antifeministischen Überwindung der Frauenemanzipation zu verstehen ist.

Der neurechte Influencer Martin Sellner hat auf YouTube einen populären Kanal und dient dort als Sprachrohr für eine weitere symbolische Minderheit – Jugendliche –, um dieser rassistische, antisemitische und sexistische Inhalte zu vermitteln. Seine Aktivitäten sind einer der Knotenpunkte im Netz rechtsreaktionärer Strategien. Als Chef der österreichischen Identitären Bewegung organisiert Sellner ganz im Geiste der Zeit Aktionen, die erst durch Social Media an Bedeutung gewinnen. Die Verbreitung von Fake News und die Neubesetzung von Begriffen verbindet er mit dem Pathos einer erfolgreichen Werbeästhetik, der Hannah Kassimi nachgeht, die zugleich auf allgemeine gesellschaftliche Tendenzen hinweist, auf die diese Form von Identitätspolitik reagiert.

Bekenntnisse zu in Deutschland lebenden Juden sowie zu Israel aus der extremen Rechten sind im 21. Jahrhundert ein Phänomen geworden – sie kom-

¹⁰⁹ Vgl. Valérie Dubslaff, »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1965–2020, Berlin/Boston 2022.

¹¹⁰ Martin Lichtmesz/Caroline Sommerfeld, Mit Linken leben, Schnellroda 2017.

men insbesondere aus Teilen von AfD und FPÖ. Vorher war auch hier der antizionistische Antisemitismus, wie im ganzen politischen Spektrum, die dominante Position zum jüdischen Staat und damit auch zu Juden. Diese Parteien und andere extrem Rechte, die sich nun positiv auf Israel beziehen, haben sich aber weder - wie manchmal behauptet - tatsächlich vom Antisemitismus abgewandt, noch ist die Hinwendung zu Israel ausschließlich strategisch, etwa um Antisemitismusvorwürfe abzuwehren. Der Beitrag von Nikolai Schreiter widmet sich der offenen Frage, wie die partielle Hinwendung zu Judentum und Israel im Verhältnis zum Antisemitismus steht. An Israel als »Ausnahmeiude« werden Eigenschaften gesehen, die jenen, die in Europa heute auf »Volkssouveränität« pochen, beneidenswert erscheinen – ein starkes Militär, gesicherte Grenzen und insbesondere in Deutschland und Österreich: Die Freiheit von Schuld an der Shoah, die hier ganz zurecht einem ungebrochen positiven Bezug auf die eigene Nation im Wege steht. Anhand einiger Beispiele wird die beschriebene Identifizierung mit Israel als imaginiertem Angreifer illustriert und gezeigt, wie das Gedenken an die Vernichtung der europäischen Juden als Hindernis für ungebrochen positiven Bezug auf die deutsche Nation verdrängt und der Antisemitismus verharmlost wird. Deutlich wird hier der Wunsch, sich an die Stelle des von allen Seiten bedrohten Opfers setzen und zur Minderheit werden, die gleichzeitig fähig und aufgrund der allseitigen Angriffe legitimiert ist, sich stark, militärisch und nationalistisch zu verteidigen.

Die zahlreichen rechten Mobilisierungen gegen »Islamisierung« wiederum, die seit den 2000er Jahren zu verzeichnen sind, erwecken den Eindruck, es gäbe eine einhellige rechte Ablehnung oder gar Feindseligkeit gegenüber Islam und Muslimen. Tatsächlich zeigen sich unter dieser Oberfläche jedoch Kontroversen und Ambivalenzen, die auf teils entgegengesetzten Islambildern fußen, wie Matheus Hagedorny in seinem Beitrag analysiert. Die Frage, ob der Islam ein Feind der Deutschen und Europäer sei, bleibt insbesondere in den radikalnationalistischen Zirkeln der sogenannten Neuen Rechten offen. Die dort formulierten Stellungnahmen reichen von christlich-konservativ fundierter und universaler Islam- und Einwanderungsfeindschaft über religiöse Toleranz und Verständnis bis hin zu Koalitionen mit muslimischen Akteuren in Deutschland. Der Beitrag skizziert die historische Entwicklung dieser Positionierungen hauptsächlich anhand der rechtsintellektuellen Zeitschriften *Criticón* (1970–2005) und *Sezession* (seit 2003).

Der dritte und letzte Teil gilt der Transnationalität als neurechtem Anspruch wie ein Ansporn. Krsto Lazarević geht in seinem Beitrag dem politischen Fetisch nach, den die Neue Rechte für Jugoslawien und dessen radikalen

politischen Zerfall entwickelt hat. Der sogenannte »Vielvölkerstaat«, der 1991 zerbrach, gilt einigen von ihnen als »Völkergefängnis«, das deshalb zugrunde gehen musste, weil Menschen verschiedener Ethnien und Kultur nicht friedlich in einem Staat zusammenleben könnten. Dass manche der verurteilten Kriegsverbrecher indes zu Ikonen der Neuen Rechten, aber auch von Massenmördern wie dem Christchurch-Attentäter wurden, zeigt, dass die jugoslawischen Zerfallskriege rückwirkend als Projektionsfläche für die Imagination des Kampfes eines weißen christlichen Europas dienen, das vor dem Hintergrund seiner jüngsten Geschichte neu bewertet werden müsse.

Parallel dazu ist zu konstatieren, dass in jüngster Zeit gerade die osteuropäischen Länder zu positiven Bezugspunkten für das transnationale Selbstverständnis der Neuen Rechten geworden sind – was angesichts der Besatzung und Zerstörung weiter Teile Osteuropas und des dort geführten deutschen Vernichtungskriegs 1939–1945 einer markanten ideologischen Verschiebung gleichkommt. Eszter Kováts untersucht diese Identifikation am Beispiel des rechtskonservativ regierten Ungarn, das sich unter Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu einem politischen Sehnsuchtsort der Neuen Rechten in Deutschland entwickelt hat, weil diesen vor allem ein starker Staat in Kombination mit einer vermeintlich homogenen Bevölkerungsstruktur attraktiv und von Vorbildcharakter erscheint.

Anselm Meyers Beitrag widmet sich den neurechten Visionen für die deutsche Außenpolitik. Entgegen dem Vorurteil, die Neue Rechte sei isolationistisch und würde Deutschland am liebsten abschotten, ist zu zeigen, dass einige ihrer prominentesten Vertreter wollen, dass Deutschland außenpolitisch aggressiver auftritt und sich mehr in Konflikte einmischt: Bisweilen ist gar der ausdrückliche Wunsch zu vernehmen, in eine heroische Epoche samt Krieger und eindeutiger Feinde einzutreten. Beispielhaft hierfür ist die Bekundung Alexander Gaulands, dass deutsche Soldaten für die Sicherheit Israels – verstanden als Teil der deutschen Staatsräson – kämpfen und sterben sollten. Meyer untersucht die außenpolitischen Visionen der Af D vor dem Hintergrund der geopolitischen Ideen, die z.B. bei der Sezession weiterentwickelt werden, die oft genug Stichwortgeber für den parlamentarischen Arm der neuen Rechten ist.

Fabian Webers Beitrag beginnt mit einem historischen Rekurs auf Akteure der sogenannten »Konservativen Revolution«, für die die demonstrative Bezugnahme auf den Zionismus bereits eine große Rolle spielte. Von vulgären Judenfeinden und radikalantisemitischen Agitatoren versuchten sich diese abzugrenzen, während sie die zionistische Bewegung vereinnahmten, um

auf diese Weise eine Dialogbereitschaft mit Juden und angebliche Unvoreingenommenheit in der politischen Debatte vorzuspiegeln. Tatsächliche Sympathien, die bis zur Zusammenarbeit mit Zionisten reichten, waren selten, finden sich aber durchaus. Die Annäherung an den Zionismus unter einflussreichen Autoren und Aktivisten wie Werner Sombart, Hans Blüher oder Wilhelm Stapel ist dabei keineswegs einheitlich. Diese unterschiedlichen historischen Strategien sollen die Auseinandersetzung mit neurechten Israel-Bezügen einleiten. Von den 1950er Jahren bis zur Gegenwart werden unterschiedliche Wahrnehmungen und Vereinnahmungen Israels anhand der Zeitschriften Criticón, Staatsbriefe, Sezession oder Nation Europa untersucht. Der Fokus liegt demnach auf dem deutschen und deutschsprachigen Kontext. Das Spektrum der Positionen ist dabei recht breit: demonstratives Ausblenden von jüdischer Thematik über offen oder kaschiert antisemitisch-antizionistische Polemiken bis hin zu symbolischer Vereinnahmung der Politik Israels.

Den Sammelband beendet ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpacı. Dieses ergänzt die vorhergehenden Beiträge zum Thema Transnationalität um eine andere Perspektive, namentlich die staatliche Bekämpfung des Antisemitismus und die besonderen Herausforderungen, die sich hieraus auch für zivilgesellschaftliche und pädagogische Anstrengungen ergeben.

Dank an Ali Tonguç Ertuğrul und Sabri Deniz Martin.

I. Philosophie

Vom Syndikalismus zur Nouvelle Droite

Georges Sorel als linker Wegbereiter der Konservativen Revolution

Moritz Pitscheider

In der 1932 erstveröffentlichten Programmschrift La dottrina del fascismo hielt Benito Mussolini in Bezug auf den »Ursprung der Doktrin« fest, dass »man im großen Strom des Faschismus diejenigen Strömungen wiederfindet, die von Sorel, Péguy, Lagardelle, der Mouvement socialiste und der Schar der italienischen Syndikalisten ausgingen.«1 Die sozialistische Politisierung des späteren Diktators im frühen 20. Jahrhundert ist zwar hinlänglich besprochen, der ideologische Einfluss der revolutionären Linken auf faschistische und neurechte Theoriebildung wird dabei aber zumeist ausgeblendet. So sollte insbesondere der von Mussolini hochgeschätzte Syndikalist Georges Sorel mit seinen Réflexions sur la violence (1908) zu einem wesentlichen Stichwortgeber der europäischen Rechten werden. Neben der bemerkenswerten Anerkennung, die Sorel in Frankreich durch die nationalistische Action Française und in Italien durch den Duce höchstselbst zuteilwurde, machte sich der revolutionäre Syndikalist in den 1920er Jahren auch im deutschsprachigen Raum einen Namen. Zunächst war es Carl Schmitt, der bereits 1923, in Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, die Bedeutung des >sorelisme« für die Fortentwicklung antiliberaler Ideologie herausstellte. In der bundesrepublikanischen Neuen Rechten war es mit Armin Mohler schließlich einer der prominentesten Apologeten der Konservativen Revolution, der Sorel im Jahr 2000 eine Schrift mit dem Titel Georges Sorel. Erzvater der Konservativen Revolution (Antaios-Verlag) widmete.

Der Weg zum Vordenker der europäischen Rechten war für den »sozialistischen Schriftsteller« – wie sich Sorel selbst stets bezeichnete – dabei ei-

¹ Benito Mussolini, Der Geist des Faschismus. Ein Quellenwerk, München 1943, S. 9.

ner voller Umwege und Richtungswechsel. Georges Sorel, 1847 in Cherbourg in der Normandie geboren, brachte den Großteil seines Lebens im beschaulichen Boulogne-sur-Seine in der Pariser Banlieue als Staatsangestellter zu. Erst nach seiner Frühpensionierung begab er sich ins politische Handgemenge der Pariser Intellektuellen seiner Zeit. Mit den kulturhistorischen Abhandlungen Contribution à l'étude profane de la Bible² und Le Procès de Socrate³ veröffentlichte er 1889 seine ersten Schriften. Als er sich seinem Hauptwerk, den Réflexions sur la violence⁴, annahm, war Sorel bereits 58 Jahre alt und im Pariser Milieu der überwiegend jungen radikalen Denker als »père Sorel« bekannt. 5 Um die Jahrhundertwende verschrieb er sich schließlich mit voller Hingabe dem revolutionären Syndikalismus und mischte sich mit seinen Schriften aktiver denn je in das politische Geschehen der Dritten Republik ein. Sowohl die Dreyfus-Affäre Ende des 19. als auch die rigorosen Arbeitskämpfe Anfang des 20. Jahrhunderts stelltem dabei Geschehnisse von besonderer Bedeutung für seine Ideologisierung dar. Die Auseinandersetzung mit den politischen und geistesgeschichtlichen Umständen ist für das Verständnis des Sorel'schen Denkens daher unverzichtbar.

Jenseits des theoretischen und politischen Werdegangs Georges Sorels stellt sich dabei allen voran die Frage, welche Anknüpfungspunkte seine theoretischen Überlegungen für die Rezeption in der faschistischen und neurechten Denktradition weit über Frankreich hinaus bieten. Zu diesem Zweck soll zunächst eine Rekonstruktion der zentralen theoretischen Motive ausgehend von Sorels Hauptwerk, den Réflexions sur la violence von 1908, erfolgen. Dabei lassen sich drei Grundgedanken erkennen, die dessen Denken entscheidend prägen und als zentrale Dispositionen einer théorie sorelienne gesehen werden können: Neben Sorels geschichtsphilosophischer Fixierung auf den Zerfall, sind das seine dezisionistische Vorstellung von Gewalt und Mythos sowie seine anti-materialistisch begründete Wendung gegen die Aufklärung. Von diesen zentralen Motiven seines Denkens ausgehend, soll schließlich nachvollzogen werden, welchen Beitrag der revolutionäre Syndikalismus Sorels für die Neuausrichtung der europäischen Rechten im Verlauf des 20. Jahrhunderts leistete.

² Georges Sorel, Contribution à l'étude profane de la Bible, Paris 1889.

³ Georges Sorel, Le procès de Socrate. Examen critique des thèses socratiques, Paris 1889.

⁴ Georges Sorel, Über die Gewalt/Réflexions sur la violence, Frankfurt a.M. 1981.

⁵ Michael Freund, Georges Sorel. Der revolutionäre Konservatismus, Frankfurt a.M. 1972, S. 14.

Sorel und das fin de siècle

Der Politikwissenschaftler und Historiker Michael Freund hielt in seiner erstmals 1932 publizierten Auseinandersetzung mit Georges Sorel fest: »Sorels Ideen spiegeln auch 75 Jahre französischer Geschichte eindringlich wider; Jahre, in denen ein Weltschicksal beschlossen liegt.«⁶ Nach einer weitgehend unpolitischen Jugend, die Sorel im zweiten Kaiserreich zubringt, wurde dessen Zusammenbruch im Jahr 1870 zum einschneidenden Erlebnis für den jungen Beamten. Mit Anfang 30 erlebt er nun die Kriegsniederlage Frankreichs gegen Preußen und die Klassenkämpfe der Pariser Commune. Dass die französische Nation während dieser Jahre in Sorels Augen Einiges an Größe einbüßte, sollte ihn dauerhaft beschäftigen und immer wieder als Referenzpunkt in seinen Texten auftauchen. Auch die politischen Entwicklungen der Dritten Republik, die aus dem Zerfall des Kaiserreiches und der Zerschlagung der Commune hervorging, beobachtete Sorel aufmerksam aus seinem beschaulichen Heim in der Pariser Banlieue. Die jähen Veränderungen sollten sein Unbehagen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und der parlamentarischen Demokratie dabei fortwährend festigen. So entwickelte sich zum Ende des Jahrhunderts in Westeuropa zwar eine relative politische und ökonomische Stabilität, die mit zunehmendem Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten einherging. Zugleich lassen sich diese Jahrzehnte als »Zeit radikaler Umwälzungen« einordnen, die von »einer rasanten Verstädterung und Beschleunigung des Alltags sowie einsetzender Massenproduktion, Massenkonsumtion und Massenkommunikation« geprägt waren.⁷ Den französischen Schriftsteller Charles Péguy (der wohlgemerkt neben Sorel und Hubert Lagardelle in Mussolinis dottrina del fascismo als Vordenker der Bewegung aufgeführt wurde) zitiert Uli Krug mit der pointierten Bemerkung aus dem Jahr 1900, »dass sich die Welt in den vergangenen 30 Jahren stärker verändert habe als in den 2000 Jahren zuvor.«8 Gleichzeitig gerieten im fin de siècle die vorherrschende liberale Weltanschauung wie auch ihre marxistische Kritik in eine Legitimationskrise. So sah sich der Liberalismus, der bis dato vorrangig als politisches Projekt bürgerlicher Eliten auftrat, plötzlich mit der modernen Vorstellung einer Massendemokratie konfrontiert.

⁶ Ebd., S. 8.

⁷ Uli Krug, »Staat und Wahn. Faschismus, Syndikalismus und Arbeiterbewegung in Italien und Deutschland«, in: Jungle World, Nr. 18/2014, 30.04.2014.

⁸ Charles Péguy, zitiert nach ebd.

Unter Intellektuellen gewinnt der Gedanke an Popularität, demzufolge die liberale Demokratie ihre einstige Emanation vollständig verloren habe. Das revolutionäre Pathos der bürgerlichen Emanzipation schien im Laufe des 19. Jahrhunderts wesentlich an Strahlkraft verloren zu haben. In einer ideengeschichtlichen Einordnung zu den Studien über Autorität und Familie (1936) des Instituts für Sozialforschung beobachtete etwa Herbert Marcuse, dass die bürgerliche Gesellschaft in diesem Stadium auch vermehrt mit ihren eigenen Widersprüchen konfrontiert ist und somit auch die bürgerliche Theorie zunehmend an historischer Notwendigkeit verlor: »Das Bürgertum als herrschende Klasse konnte kaum noch Interesse an der Theorie mehr haben, mit der es als aufsteigende Klasse verbunden war und die in schreiendem Widerspruch zur Gegenwart stand.«9 Die Krise der liberalen Theorie dieser Zeit bestand Marcuse zufolge also darin, »dass die eigentliche bürgerliche Theorie der Gesellschaft nun vor der wirklichen Herrschaft des Bürgertums liegt und dass die Theorie des herrschenden Bürgertums nicht mehr die bürgerliche Theorie ist «10

Unterdessen geriet mit dem fortschreitenden Jahrhundert auch der westeuropäische Sozialismus in Bedrängnis. Der israelische Politikwissenschaftler und Historiker Zeev Sternhell erklärt diese ›Krise des Marxismus‹ in seiner 1999 erschienenen Abhandlung Die Entstehung der faschistischen Ideologie mit drastischen soziopolitischen Verschiebungen: »Ein halbes Jahrhundert nach dem Kommunistischen Manifest und ein Vierteljahrhundert nach der Pariser Kommune war man in Westeuropa weit entfernt von der industriellen Hölle in Manchester oder der ›Blutwoche‹ in Paris.«¹¹ Im Frühjahr 1871 schrieb Marx in seinem berühmten Kommentar »Der Bürgerkrieg in Frankreich« noch: »Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.«¹² In den Jahren zwischen den Arbeiteraufständen in Paris und der Wende zum 20. Jahrhundert

⁹ Herbert Marcuse, »Ideengeschichtlicher Teil«, in: Max Horkheimer (Hg.), Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, 2. Auflage, Lüneburg 1987, S. 136–228, hier: S. 217.

¹⁰ Fbd

¹¹ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999, S. 28.

¹² Karl Marx, »Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation«, in: Marx-Engels-Werke, 5. Auflage, Bd. 17, Berlin 1973, S. 313–365, hier: S. 362.

starben daraufhin nicht nur Karl Marx, sondern schrittweise auch die revolutionären Ambitionen des Proletariats. In Westeuropa legten sozialistische Parteien und Verbände zunehmend ihre Waffen nieder und ließen sich auf parlamentarische Kompromisse ein. Sternhell hält hierzu fest: »Marx hatte nicht vorhergesehen, daß das Proletariat, organisiert in Gewerkschaften, sozialistischen Parteien und Interessensvertretungen, eines Tages auf die Idee kommen würde, die bürgerliche Demokratie könne auch seinen eigenen Interessen dienen.«13 Die Arbeiterklasse mitsamt der revolutionären Hoffnung, die sie für den Sozialismus verkörperte, schien Ende des Jahrhunderts im bürgerlichen Staat aufzugehen. Dass der Syndikalismus sich ideengeschichtlich auch als Antwort auf diese >Krise des Marxismus< verstehen lässt, wird insbesondere in Sorels Schrift La décomposition du marxisme (Die Auflösung des Marxismus, 1908) deutlich. 14 Neben heftigen Attacken gegen Karl Kautsky und allen voran den französischen Sozialdemokraten Jean Jaurès, in dem Sorel zunehmend den Niedergang des Sozialismus personifiziert sah, versuchte sich die Schrift auch an einer Kritik der Marx'schen Theorie selbst. Sorel nimmt hier explizit Abstand von der Ökonomiekritik genauso wie vom historischen Materialismus und der Marx'schen Dialektik. 15 La décomposition du marxisme kann daher, gemeinsam mit den im selben Jahr erschienen Réflexions, als Sorels eigener Versuch einer Marx-Revision verstanden werden. Die Bedeutung dieser ›Krise des Marxismus‹ für eine geistige Neuausrichtung der traditionellen politischen Lager betont auch Georg Lukács in Die Zerstörung der Vernunft, wenn er erklärt, dass sämtliche irrationalistische Theorien dieser Zeit »als reaktionäre Antworten auf Probleme des Klassenkampfes entstanden« seien. 16 Im beginnenden 20. Jahrhundert entladen sich die Klassengegensätze in Europa dennoch wieder vermehrt in handfester Konfrontation. Zeitgleich zu den Unruhen in Russland von 1905 kommt es allen voran in Frankreich zu Arbeiteraufständen und Massenstreiks. Während der Unruhen vom 1. Mai 1906 glaubte der französische Gewerkschaftsbund CGT (Confédération générale

¹³ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 29.

¹⁴ Georges Sorel, Die Auflösung des Marxismus/La décomposition du marxisme, Hamburg 1978.

¹⁵ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S 67

¹⁶ Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft. Irrationalismus zwischen den Revolutionen, Band 1, München 1973. S. 14.

du travail) schon, den Beginn einer Revolution zu beobachten. ¹⁷ Sorels Réflexions sur la violence, die zwar 1908 erstmals in Buchform veröffentlich wurden, aber 1906 als Artikel in Mouvement Socialiste erschienen, sind vor dem Hintergrund dieser Arbeitskämpfe zu verstehen. Der neurechte Sorel-Apologet Armin Mohler meint im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen der Jahre 1905/1906: »Sorels Hauptwerk Réflexions sur la violence (Betrachtungen über die Gewalt) ist im Kern ein Programmwerk für diesen revolutionären Syndikalismus. «¹⁸ Der Syndikalismus, der in seiner Entstehung auf den französischen Theoretiker Pierre-Joseph Proudhon zurückzuführen ist, stellte zu dieser Zeit eine gewerkschaftsorientierte Auslegung des Sozialismus dar, die Mittel der ›direkten Aktion‹ der Parteiorganisation und dem Parlamentarismus vorzog. Er genoss während der Klassenkämpfe in Frankreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts beachtliche Popularität unter der Arbeiterschaft. Der Historiker Sternhell kommt daher zur These, Sorels Hauptwerk spiegle »die Streikjahre wider und lieferte die Theorie dazu. «¹⁹

Die Fehde Sorels mit den jaurèsianischen Sozialisten hat ihren Ursprung aber schon einige Jahre vor besagten Klassenkämpfen. Es ist ein anderer einschneidender Konflikt, der Sorels Ablehnung gegenüber den französischen Parteisozialisten und insbesondere deren populären Wortführer Jean Jaurès festigt: die Dreyfus-Affäre. Der französische Philosoph Bernard-Henri Lévy erklärt in L'Idéologie française diesbezüglich, dass sich die französische Linke im Rahmen der antisemitischen Kampagne gegen den jüdischen Artilleristen Alfred Dreyfus neu geordnet habe. Der Anarcho-Syndikalismus samt seines selbstverstandenen »organischen Intellektuellen« Sorel ist für Lévy dabei eine der linken Bewegungen, die unmittelbar aus dem antisemitischen Justizskandal hervorging. Auch der deutsche Historiker und Sorel-Kenner Helmut Berding erkennt in der Dreyfus-Affäre ein bedeutendes Ereignis für den politischen und theoretischen Werdegangs der Bewegung, wenn er

¹⁷ Vgl. Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 74.

¹⁸ Armin Mohler, Georges Sorel. Erzvater der konservativen Revolution. Eine Einführung, Bad Vilbel 2000, S. 33.

¹⁹ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 74.

²⁰ Vgl. Bernard-Henri Lévy, L'Idéologie française, Paris 1981, S. 131f. [Alle Übersetzungen aus dem Französischen und dem Italienischen, wenn nicht anders angegeben, von mir, MP]

²¹ Ebd., S. 132.

erklärt, der »Wandel des politischen Standortes« Sorels plausibilisiere sich »zum Teil durch die Entwicklung der Dreyfusaffäre.«22 Sorel, der zu Beginn der Affäre noch zu den Verteidigern des unschuldigen Generals gehörte und in dessen Anklägern eine korrupte Elite ausmachte, wurde im Laufe des Prozesses zu einem militanten Gegner der Dreyfusards. Dieser Sinneswandel entlud sich in La révolution dreyfusienne (1909), der für Bernard-Henri Lévy »eine der heftigsten Anklageschriften gegen den verräterischen General und seine Unterstützer darstellt, die noch nach der Affäre veröffentlicht wurden.«²³ Doch auch in den Réflexions unterstellte Sorel den Dreyfusards politische Intrigen, wenn er sich etwa die Frage stellte: »Aber was bedeutet die Zukunft des Landes, wenn nur die neue Ordnung einige Professoren, die sich einbilden, den Sozialismus erfunden zu haben, und einigen Finanzleuten von der Dreyfuspartei eine gute Zeit verschafft?«24 Mit den Geschehnissen rund um die Dreyfus-Affäre und den zeitnahen Klassenkämpfen in Frankreich lassen sich also zwei historische Ereignisse ausmachen, deren Wirkung auf das Werk Sorels eindeutig ist. Zugleich sind sie aber nur symptomatisch für eine Ära des sozioökonomischen Umbruchs und der politischen Neuordnung, die für die Genese des Sorel'schen Denkens entscheidend ist und somit auch den historischen Hintergrund für eine Neuordnung weiter Teile des politischen Spektrums darstellen.

Obwohl das Denken Sorels am *fin de siècle* in gewisser Weise ihren Zeitkern findet, muss festgehalten werden, dass die bloße Reduktion der Theorie auf ihre historischen Entstehungsumstände ebenso zu einer Verzerrung führen würde wie deren Ausblendung. Die einfache Erklärung, Sorel sei 'Kind seiner Zeit', verdrängt schließlich die Bedeutung der spezifisch ideologischen Motive für die Popularität der Theorie. Dementsprechend bemerkt auch Lukács in seiner Kritik der gegenaufklärerischen Philosophie: "Diese Genesis und Funktion aufzudecken, ist von größter Wichtigkeit – aber in sich selbst noch keineswegs ausreichend." Vielmehr komme es in der kritischen Auseinandersetzung mit irrationalistischen Theorien darauf an, historische Voraussetzungen in Verbindung mit theorieimmanenter Kritik zu denken: "Insofern ist die immanente Kritik ein berechtigtes, ja unentbehrliches Moment für die Darstel-

²² Helmut Berding, Rationalismus und Mythos. Geschichtsauffassung und politische Theorie bei Georges Sorel, München/Wien 1969, S. 99.

²³ Bernard-Henri Lévy, L'Idéologie française, S. 134.

²⁴ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 91.

²⁵ Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, S. 11.

lung und Entlarvung reaktionärer Tendenzen in der Philosophie.«²⁶ Die Frage nach dem Einfluss Sorels auf faschistische und neurechte Ideologie setzt demnach ein Verständnis der zentralen Annahmen seines Denkens voraus.

Dispositionen einer théorie sorélienne

Dass aus der Gesamtheit der Schriften Georges Sorels nur die Réflexions sur la violence und La décomposition du marxisme ins Deutsche übersetzt wurden, liegt neben der marginalen Stellung, die der Autor im deutschsprachigen Raum lange Zeit einnahm, sicherlich auch daran, dass diese zwei Schriften in ihrer Vielschichtigkeit ein fundiertes Bild vom theoretischen Denken Sorels vermitteln.²⁷ Dass es sich bei diesen Hauptwerken Sorels um Schriften aus derselben Schaffensphase handelt, hindert sie nicht daran, die vielen politischen Richtungsänderungen und inneren Widersprüche seines Denkens abzubilden. Trotz ihrer zahlreichen geistigen Changements und Unklarheiten lassen sich einige Motive erkennen, die zusammen als zentrale Dispositionen einer théorie sorélienne gesehen werden können.

Eine unübersehbare Kontinuität, die sich durch das Werk Sorels zieht, ist dabei der Verweis auf den fortwährenden gesellschaftlichen Zerfall. Von seinen frühen, von konservativer Weltanschauung geprägten Schriften wie *Le procès de Socrate* über seine syndikalistischen Arbeiten von 1908 bis hin zu seinem radikal-nationalistischen Spätwerk lässt sich eine geschichtsphilosophische Fixierung auf das Phänomen der Dekadenz beobachten. Es soll dies auch eines der Motive werden, die später im Mittelpunkt der neurechten Sorel-Rezeption stehen werden. Der Mitgründer des Instituts für Staatspolitik, Karlheinz Weißmann, schreibt in einem Artikel über das Verhältnis Armin Mohlers zu Sorel, dass er sich nicht für »einen »Propheten des Bombenlegens« (Ernst Wilhelm Eschmann) begeistert hätte oder glaubte, Sorels Hoffnung auf die regenerierende Kraft des Proletariats könne in der Gegenwart irgendeine Bedeutung haben« – viel mehr habe Mohler in Sorel »ein Vorbild im Kampf gegen die Dekadenz« gesehen. ²⁸ Michael Freund fasst die Überzeugung Sorels in folgendem

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie. S. 53.

²⁸ Karlheinz Weißmann, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«, in: Junge Freiheit, Nr. 15/2000, 07.04.2000.

Dogma zusammen: »Die Bewegungen gegen die Größe hin sind stets erzwungen und die Bewegungen dem Verfalle zu sind stets natürlich.«29 Kulturhistorisch versucht Sorel durch das Studium vergangener Gesellschaften aufzuzeigen, dass es stets der Hang zur Dekadenz war, an dem Staaten und Völker zugrunde gingen. Prominentestes Beispiel hierfür ist sicherlich die Polemik gegen Sokrates, in der Sorel die Auflösung der familiären Bande durch die sokratische Vorstellung von Öffentlichkeit und Vergeistigung beklagt. 30 Sorel stellt Sokrates »an den Anfang jener Spaltung von weltgeschichtlicher Bedeutung zwischen den natürlichen Ordnungen des Lebens (Familie, Eigentum, Erbe) und den Mächten, die sich ihnen entziehen und dem ›Geist‹ dienen wollen.«31 Ähnliches gilt für das Römische Reich unter dem Ästheten Nero, der seine Aufgabe als Kaiser als die eines »Verschönerers des Reiches« aufgefasst habe. Die Abwendung von den Grauen der Realität hin zu den Lüsten und Freuden des Geistes war für Sorel das entscheidende Moment der zerstörerischen Dekadenz, die den Lauf der Geschichte präge: »Die künstlerischen Fürsten sind die Wegbereiter der Auflösung«. 32 Von der Antike bis zur spätbürgerlichen Gesellschaft sei die Historie dieser Auffassung zufolge von einem stetigen Wechsel von Aufstieg und Zerfall der Völker und Kulturen geprägt gewesen. Im Wesentlichen lassen sich zwei theoretische Quellen für diese Geschichtsauffassung ausmachen: zum einen die Geschichtsphilosophie des italienischen Gelehrten Giambattista Vico (1668–1744), zum anderen die vitalistischen Ideen des französischen Literaturnobelpreisträgers Henri Bergson (1859–1941). Die Vorstellung eines zyklischen Charakters der Geschichte fand Sorel allen voran in Vicos 1744 erschienenem Hauptwerk La scienza nuova. Die aufeinanderfolgenden Erscheinungen von Größe und Zerfall bezeichnete Vico dort als corsi und ricorsi storici, welche er zusammenfasste als »Prinzipien der ewigen idealen Geschichte, nach der sich alle Völker in der Zeit entwickeln in ihrem Entstehen, ihrem Fortschritt, Höhepunkt, Niedergang und Ende.«33 Aus Bergsons Lebensphilosophie entlehnte Sorel hingegen hauptsächlich dessen Vorstellung des élan

²⁹ Michael Freund, Georges Sorel, S. 20.

^{30 »}La théorie de Socrate éloignait l'homme de la maison«, Georges Sorel, Le procès de Socrate, S. 97.

³¹ Michael Freund, Georges Sorel, S. 29.

³² Ebd., S. 32.

³³ Giambattista Vico, Prinzipien einer neuen Wissenschaft über die gemeinsame Natur der Völker, Hamburg 2009, S. 118.

vital, welche Margarethe Drewsen in ihrer deutschen Neuübersetzung als einen »ursprünglichen Schwung des Lebens« bezeichnet. 34 »In welchem Maße die Sorel'schen Überlegungen von den Gedanken Bergsons inspiriert sind«, so der Konservatismusforscher Kurt Lenk, zeige sich »gerade am Motiv der ›Dekadenz‹«. 35 Demnach seien es die von Bergson formulierten Antithesen, die Sorel zu Leitlinien der Menschheitsgeschichte zuspitzte: »die lebendige Einheit kontinuierlicher Schöpfung im Gegensatz zur künstlichen, wie sie die Nebeneinanderordnung der Dinge im Raum darstellt, das Unmittelbare gegen das Nützliche, Intuition versus Analyse, kurz: das Lebendige gegenüber dem Mechanischen und Automatischen. «36

Entscheidend bei diesen geschichtsphilosophischen Betrachtungen der Dekadenz ist, dass diese besonders in den Réflexions als ostentativ vorgebrachte Anklagen gegen die Agonie des Bürgertums zum Ausdruck kommen. Sorel zufolge sei die »Ideologie einer eingeschüchterten und von Humanitätsideen erfüllten Bürgerklasse«37 wesentliche Ursache für die gesellschaftliche »Entartung«³⁸ zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewesen. Dabei seien Mutlosigkeit und Permissivität nicht immer schon Wesensmerkmale der Bourgeoisie.³⁹ Au contraire bezeichnet er die bürgerliche Klasse im frühen Kapitalismus als »Rasse der kühnen Führer, die die Größe der modernen Industrie begründet hatten«, die nun aber nach und nach »einer im Übermaß gesittigten Aristokratie Platz zu machen« drohe. 40 Letztlich seien es demnach eine idealistische Verweichlichung und pazifistische Verblendungen, die »unfehlbar die Idee erzeugen, daß das Bürgertum zum Tode verurteilt und sein Verschwinden nur noch eine Frage der Zeit sei.«41 Die Aversion gegen den Pazifismus als Ausdruck von Dekadenz ist für Sorel maßgeblich und dem französischen Politikwissenschaftler Pierre-André Taguieff zufolge durch den antisemitischen Schriftsteller Ernest Renan (1823-1892) inspiriert worden. In seinem Hauptwerk La Réforme intellectuelle et morale von 1871 hatte Renan die Dekadenz als »fatale Konsequenz eines langanhaltenden Friedens« und die Niederlassung

³⁴ Henri Bergson, Schöpferische Evolution, Hamburg 2013, S. 107.

³⁵ Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Ricardo Otten, Vordenker der neuen Rechten, Frankfurt a.M. u.a. 1997, S. 25.

³⁶ Ebd.

³⁷ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 90.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd., S. 79.

in einem »hedonistischen Pazifismus«42 verstanden. Aus diesem wiederum ergebe sich bei Renan, so Taguieff, ein Aufstieg von médiocrité (Mittelmäßigkeit) und malhonnêteté (Unehrlichkeit), die auch für Sorel entscheidende Symptome der Dekadenz darstellen. 43 Mit Hedonismus und Pazifismus, mit Mittelmäßigkeit und Unehrlichkeit, sah Sorel schließlich auch die Auflösung der traditionellen Bande einhergehen, die das Fortbestehen der Kultur gewährleistet hatten. Entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei dabei allen voran die Institution der Familie; Hebert Marcuse stellte diesbezüglich fest, Sorel umhülle »die Familie mit einer moralischen und sentimentalen Weihe: Er preist die monogame Familie als die >Verwalterin der Moral der Menschheit«. 44 Den konservativen Impetus des Sorel'schen Dekadenzbegriffes betont auch Kurt Lenk: »Dekadenz bedeutet also zunächst, daß die Menschen ihre ›natürlichen Bindungen‹ zerschlagen, die moralischen Grundlagen ihrer Gemeinschaft infragestellen und zerstören, daß bodenloser Zweifel und blasierte Skepsis sich ausbreiten.«45 Der Historiker und ausgewiesene Kenner der Entwicklungsgeschichte der Neuen Rechten, Volker Weiss, wird in diesem Zusammenhang etwa festhalten: »Zum geistigen Erbe Sorels in der Neuen Rechten zählt vor allem der Hass auf die ›Dekadenz‹ des westlichen Liberalismus.«46

Ungeachtet dieser »von vornherein kultur- und zivilisationspessimistische[n]«⁴⁷ Tendenzen ist zu beachten, dass Sorel sich als Kritiker eines geschichtsphilosophischen Determinismus versteht. Schließlich ist der Anspruch an seine politische Theorie nach wie vor ein revolutionärer, der über die Mobilisierung der Massen verwirklicht werden soll. Obwohl die Geschichte zeige, dass die Entwicklung der Gesellschaft zum Zerfall tendiert, ist dieser keineswegs für die Zukunft vorbestimmt. Vielmehr verabschiedete

⁴² Pierre-André Taguieff, »Violence, utopie, décadence. Entre Sorel et Freund«, Étude ayant servi de base à une communication faite au colloque international *Penser le conflit avec Julien Freund*, Université de Strasbourg, 11.-12. mars 2010, S. 23f.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Herbert Marcuse, »Ideengeschichtlicher Teil«, S. 227.

⁴⁵ Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Ricardo Otten, Vordenker der neuen Rechten, S. 20.

⁴⁶ Volker Weiß, »Faschisten von heute? »Neue Rechte« und ideologische Traditionen«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42/43, 2017, S. 4–9, hier: S. 5.

⁴⁷ Kurt Lenk, »Das Problem der Dekadenz seit Sorel«, in: Heiko Kauffmann/Helmut Kellershohn/Jobst Paul (Hg.), Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, S. 49–63, hier: S. 56.

sich der revolutionäre Syndikalist auch von sämtlichen teleologischen Geschichtsvorstellungen, was sich besonders in seiner vehementen Ablehnung des utopischen Denkens ausdrückt. Auch diese Haltung wird in der Neuen Rechten rund um das Institut für Staatspolitik als wertvoller Anhaltspunkt für die Annäherung zwischen linken und rechten Revolutionären verstanden. So schreibt Weißmann in der Jungen Freiheit, dass Mohler in den Schriften Sorels genauso wie in jenen Ernst Jüngers »die Entschlossenheit« gefunden habe, »sich mit den Verlusten abzufinden, ein Neues zu wagen – im Gegensatz zu den Utopien der Linken - auf die Kraft der schöpferischen Entscheidung und den Gestaltungswillen zu vertrauen, der sich bei allem Enthusiasmus der Bedingungen bewußt bleibt und gegen das Gestaltlose das Geformte setzt.«⁴⁸ Der Dekadenz stellte Sorel also keine Vorstellung einer besseren Zukunft, geschweige denn die Hoffnung auf Erlösung entgegen, sondern das konkrete Handeln in der Gegenwart. Pierre-André Taguieff macht diesen Gedanken an einer begrifflichen Dichotomie fest, die ihm zufolge den Kern des Sorel'schen Denkens erfasst: violence ou décadence. 49 Sorel bringt die Möglichkeit, die Dekadenz durch den Ausbruch von Gewalt aufzuhalten, in den Réflexions wie folgt auf den Punkt.

»Zwei Ereignisse sind allein imstande, scheint es, dieser Bewegung Einhalt zu tun: ein großer auswärtiger Krieg, der die Energien von neuem stählen könnte und jedenfalls ohne Zweifel Menschen an die Macht bringen würde, die den Willen haben, zu regieren; oder eine starke Ausdehnung der proletarischen Gewalt«⁵⁰

Neben einem Krieg könne also ausschließlich proletarische Gewalt den gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen effektiv etwas entgegensetzen. Entscheidend ist hier die Spezifik von Sorels Gewaltbegriff. So unterscheidet er zunächst grundlegend zwischen der schöpfenden, proletarischen Gewalt (violence) auf der einen und der staatlich-verwaltenden Macht (force) auf der anderen Seite.⁵¹ Die proletarische Gewalt, so Sorel, entziehe sich der Vorstellungskraft des rationalen Denkens und sei nur schwer begrifflich zu fassen: »Es kostet viel Mühe, die proletarische Gewalt zu verstehen, solange man versucht, mittels der Ideen zu denken, die die bürgerliche Philosophie

⁴⁸ Karlheinz Weißmann, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«.

⁴⁹ Pierre-André Taguieff, »Violence, utopie, décadence«, S. 31.

⁵⁰ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 91f.

⁵¹ Vgl. Karin Priester, Mystik und Politik, S. 76.

in der Welt verbreitet hat.«52 Dieser Gewaltbegriff, mit ihm besonders die Gegenüberstellung von force und violence, soll später auch durch die Sorel-Rezeption der Nouvelle Droite aufgegriffen werden. Der gegenaufklärerische und antiamerikanische Philosoph Alain de Benoist, der als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Geistesgrößen der europäischen Neuen Rechten gilt, bezeichnet die force-violence-Dichotomie etwa als »Zeugnis dafür, dass die Revolutionäre aller Seiten sich untereinander immer näherstehen würden als die Reformisten unterschiedlicher Lager.«53 Im übergeordneten geteilten Interesse an der revolutionären Gewalt erkennt de Benoist in Sorels Denken somit eine der bedeutenden Neuerungen, die den Weg von der alten, traditionalistischen Rechten hin zu einer revolutionären Neuen Rechten ebnet. Auch Zeev Sternhell zufolge ist diese Gewalt-Apologie Sorels essenzielles Merkmal des revolutionären Syndikalismus: »Die Theoretiker der syndikalistischen Bewegung priesen die Werte des Krieges und die Gewalt, die Sittlichkeit erzeuge, sowie die reinigenden Prozesse des sozialen Kampfes.«⁵⁴ Hier deutet sich an, dass der Gewalt eine Bedeutung zukommt, die über eine mittelbare Rolle zur Schaffung anderer Zustände hinausgeht. Vielmehr entwickelt Sorel eine autotelische Vorstellung der Gewalt, die auf übergeordnete Zweckmäßigkeit verzichtet; frei nach dem Grundsatz l'art pour l'art könnte es demnach mit Sorel heißen: la violence pour la violence. 55 So heißt es im Geiste dieses Diktums in den Réflexions: »Die proletarische Gewalt erscheint derart, sofern sie als reine und einfache Äußerung der Klassenkampfgesinnung geübt wird, als etwas sehr Schönes und sehr Heldenhaftes«.56

Die Bedeutung heldenhafter Erzählungen beschäftigte Sorel durch sein gesamtes Werk hinweg. So wies er schon in seiner ersten Schrift *Le procès de Socrate* auf die Notwendigkeit »heroische[r] Epen« für die Erhaltung von Kulturen und Nationen hin.⁵⁷ Er bezeichnete die okkulten heroischen Vorstellungen fortan als *Mythen*. In einer Vorrede zu den *Réflexions sur la violence* erklärt er seinem Vertrautem Daniel Halévy:

⁵² Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 82.

⁵³ Alain de Benoist, Édouard Berth ou le socialisme héroïque. Sorel, Maurras, Lénine, Grezsur-Loing 2013, S. 171.

Zeev Sternhell, Faschistische Ideologie. Eine Einführung, Berlin 2018, S. 51.

⁵⁵ Bernard-Henri Lévy, L'Idéologie française, S. 135.

⁵⁶ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 106f.

⁵⁷ Georges Sorel, Le procès de Socrate. Examen critique des thèses socratiques, Paris 1889, S. 46.

»Die Menschen, die an den großen sozialen Bewegungen teilnehmen, stellen sich ihre bevorstehende Handlung in Gestalt von Schlachtbildern vor, die den Triumph ihrer Sache sichern. Ich schlug vor, diese Bildungen, [...] als Mythen zu bezeichnen: der Generalstreik der Syndikalisten und Marx' katastrophenhafte Revolution sind Mythen.«58

Die Sorel'sche Konzeption des Mythos findet ihren Ausdruck demnach im Bildlichen und scheint sich der aufklärerischen Vorstellung menschlicher Ratio zu entziehen. Der Mythos erfüllt dabei zum einen deutlich eine Funktion der Mobilisierung, wird zum anderen aber auch als etwas für sich Erhabenes bewundert: »Mythos und Gewalt stellten bei ihm Schlüsselelemente dar, keine Mittel, sondern dauerhafte Werte.«59 Sorel veranschaulichte seine Mythentheorie zwar an historischen Beispielen wie den Befreiungskriegen 1813–1815 für die französische Nation oder an der Offenbarung Jesu für das Christentum. 60 Seine historischen Abhandlungen liefen letztlich aber allesamt auf den proletarischen Generalstreik als wegweisenden Mythos des 20. Jahrhunderts hin. Dieser Mythos ist zu keinem Zeitpunkt Ausdruck eines spezifischen rationalen Interesses oder gar Mittel zum Zweck der Verbesserung materieller Verhältnisse. Vielmehr seien Sorels Mythen, so stellt es Kurt Lenk fest, nicht »am Grad ihrer Realisierbarkeit zu messen, [...] sondern allein an ihrer Fähigkeit, die Menschen zur Aktion zu treiben.«61 Die Mythentheorie, die Sternhell als »Angelpunkt der Marxismusrevision« Sorels bezeichnet, war dabei dennoch auf ihre unmittelbare Anwendung in der politischen Praxis bedacht: So sollte sie nach Sorels Ansprüchen »den Arbeiteraufständen zu Beginn des Jahrhunderts als theoretisches Rüstzeug dienen und die Zivilisation vor der Dekadenz bewahren.«62

Zur Entstehung der neurechten Sorel-Rezeption

Der Werdegang Georges Sorels vom revolutionären Syndikalisten zum »Erzvater der konservativen Revolution« (Armin Mohler) lässt sich ideengeschicht-

⁵⁸ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 30f.

⁵⁹ Zeev Sternhell et al., Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 42.

⁶⁰ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 109.

⁶¹ Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Ricardo Otten, Vordenker der neuen Rechten, S. 33.

⁶² Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 80.

lich auf den ersten Blick über die Rezeption seiner Schriften nachvollziehen. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfuhren die Schriften Sorels nirgendwo außerhalb Frankreichs so große Verbreitung wie im präfaschistischen Regno d'Italia. Die stetig wachsende syndikalistische Bewegung in Italien, die über einige Jahre hinweg einen ernst zu nehmenden politischen Einfluss auf sozialistische Parteien und Gewerkschaften ausübte, überstrahlte vor dem Ersten Weltkrieg sogar die Schlagkraft des Syndikalismus in seinem französischen Mutterland. Und so kam es, dass einige der Schriften aus Sorels Spätwerk gar nur noch in italienischer Sprache erschienen und bis heute nicht ins Französische übersetzt wurden. 1910 erschien in Rom bereits der erste umfassende Text über Sorel, verfasst vom italienischen Syndikalisten und späteren Anhänger Mussolinis Agostino Lanzillo. 63 Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings auch Benito Mussolini die Theorien Sorels für sich entdeckt. Dem italienischen Faschismusforscher Emilio Gentile zufolge taucht Sorels Name in den Schriften Mussolinis erstmals 1904 »an der Seite der großen Meister des Sozialismus, Marx, Engels, Labriola und Kautsk[y]« auf. 64 Auch in den Jahren zwischen seiner politischen Aktivität als bekennender Sozialist und dem Verweis auf Sorel in der Dottrina del Fascismo aus dem Jahr 1932 nahm Mussolini immer wieder Bezug auf den Franzosen. So überliefert Sorels Schüler und enger Vertrauter Pierre Andreu (1909–1987) ein Interview, das Mussolini 1922, im Jahr des Marsches auf Rom, der spanischen Tageszeitung A.B.C. gegeben hatte, in dem er festhält, dass er »Georges Sorel am meisten zu verdanken« habe, und folgendermaßen fortfuhr: »Es ist dieser Meister des Syndikalismus, der durch seine harten Theorien über die revolutionäre Taktik am meisten dazu beigetragen hat, die Disziplin, die Energie und die Schlagkraft der faschistischen Kohorten zu formen. «65 Andreu, selbst Mitglied des faschistischen und kollaborationistischen Parti populaire français und später militanter Kämpfer für die ›Befreiung Palästinas, gilt dabei als einer der wichtigsten Vertreter des Sorelismus in Frankreich. Mit seiner 1953 bei den Éditions Grasset erschienenen Hommage Notre maître, M. Sorel schrieb er eines der populärsten Bücher über Ge-

⁶³ Vgl. Agostino Lanzillo, Giorgio Sorel. Con una lettera auto-biografica, Roma 1910.

⁶⁴ Emilio Gentile, Le origini dell'ideologia fascista (1918–1925), Roma 1975, S. 14.

⁶⁵ Benito Mussolini, 1922, zitiert nach Pierre Andreu, Georges Sorel. Entre le noir et le rouge, Paris 1982. S. 304.

orges Sorel. 66 Neben Andreu waren es allen voran zwei weitere enge Vertraute Sorels, die sich um die posthume Verbreitung seines Werkes bemühten: zum einen sein wohl prominentester Schüler Édouard Berth (1875–1939), zum anderen der Pétain-Verehrer Daniel Halévy (1872-1962). Besonders ersterer erlangte mit seiner Schrift Les Méfaits des intellectuels, für die Sorel selbst noch 1914 ein Vorwort geschrieben hatte, eine gewisse Popularität in der Neuen Rechten. So enthält eine Neuauflage der Schrift aus dem Jahr 2007 ein ausführliches Vorwort des besagten neurechten Chefstrategen Alain de Benoist. 67 Benoist seinerseits veröffentlichte 2013 unter dem Titel Édouard Berth ou le socialisme héroïque. Sorel, Maurras, Lenine eine Hommage an Berth und Sorel. 68 Eine erste Phase der akademischen Rückbesinnung auf das Werk Sorels lässt sich in Frankreich jedoch schon seit den 1980er Jahren beobachten; insbesondere die 1983 ins Leben gerufene Zeitschrift Cahiers Georges Sorel, die seit 1988 unter dem Namen Mil neuf cent: Revue d'histoire intellectuelle erscheint, verschrieb sich der Wiederentdeckung und Diskussion syndikalistischer Schriften. ⁶⁹ In diesen Jahren widmeten sich auch die Studien des israelischen Faschismusforschers Zeev Sternhell vermehrt den Ursprüngen der faschistischen Ideologie im Frankreich der Jahrhundertwende. Als Professor für Politikwissenschaft an der Hebrew University in Jerusalem veröffentlicht Sternhell mit Ni droite, ni gauche. L'Idéologie fasciste en France (1984) und Naissance de l'idéologie fasciste (1994) vielbeachtete Beiträge, die in der Synthese der syndikalistischen und der nationalistischen Bewegung die Geburtsstunde des Faschismus ausmachen.⁷⁰

Während in Frankreich und Italien die fundierte Auseinandersetzung mit Sorel schon zu dessen Lebzeiten begann und im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder neu auflebte, lassen sich in der deutschsprachigen Literatur zunächst nur sporadische Verweise auf den *maître du syndicalisme* finden. Eine erste, wenig bekannte Referenz an umso bekannterer Stelle findet sich in

⁶⁶ Pierre Andreu, Notre maître, M. Sorel, préface de Daniel Halévy, Paris 1953; 1982 unter neuem Titel bei Syros herausgegeben: Georges Sorel. Entre le noir et le rouge, 2. éd., augmentée d'une préface inédite, Paris 1982.

⁶⁷ Siehe hierzu die Auflage in den Editions Krisis: Édouard Berth, Les Méfaits des intellectuels, préface de Georges Sorel [1. Edition 1914], réédité et présenté par Alain de Benoist, Paris 2007, S. 310f.

⁶⁸ Alain de Benoist, Édouard Berth ou le socialisme héroïque. Sorel, Maurras, Lénine, Grezsur-Loing 2013.

⁶⁹ Herausgegeben wurden die Cahiers von der Société d'études soréliennes, zuvorderst sind die Historiker Shlomo Sand und Jacques Julliard als Gründer der Zeitschrift zu nennen.

⁷⁰ Zeev Sternhell, Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France, Paris 2013.

Thomas Manns Betrachtungen eines Unpolitischen: »Ein Franzose, Sorel, begriff bei Zeiten, was anderen erst bei Ausbruch des Krieges sich offenbarte: daß nämlich die parlamentarische Arbeiterbewegung den Gegenwartsstaat nur festigen kann, ihn tatsächlich nur gefestigt hat.«⁷¹ Weiter stellte Thomas Mann fest, Sorel habe »indem er unpolitisch-anarchistischen Klassenkampf zu lehren begann, den sogenannten ›revolutionären Syndikalismus‹«⁷² begründet, und fügte hinzu: »dieser Schritt über den radikalen Sozialismus hinaus bedeutete zugleich den ersten Schritt zur Reaktion.«73 Eine stärker beachtete Rezeption erfuhren Sorels Gedanken einige Jahre später in zwei Schriften des völkischen Staatsrechtlers Carl Schmitt: Sowohl in Römischer Katholizismus und politische Form als auch in Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (beide 1923) finden sich wiederholt direkte Bezüge auf die Dekadenzund Mythentheorie Sorels. Besonders in letztgenannter Schrift geht Schmitt ausführlich auf die Entstehung und Bedeutung der syndikalistischen Theorie ein: »Die Grundlage jener Reflexionen über die Gewalt ist eine Theorie unmittelbaren konkreten Lebens, die von Bergson übernommen und unter dem Einfluss von zwei Anarchisten, Proudhon und Bakunin, auf Probleme des sozialen Lebens übertragen wird.«74 An Schmitts Sorel-Rezeption anschließend, bewunderte auch der spätere NS-Soziologe Ernst Wilhelm Eschmann (1904-1987) die antiliberale Haltung des französischen Syndikalisten. Eschmann, der zu dieser Zeit dem jungkonservativen Tat-Kreis zuzurechnen war, schrieb im August 1930: »Sorel ist der unerbittlichste und konsequenteste antiliberale Denker, den diese zwei Jahrhunderte hervorgebracht haben; er läßt darin auch Nietzsche hinter sich.«75 Nur wenige Jahre später nahm mit Oswald Spengler schließlich auch einer der meistzitierten Vordenker der Konservativen Revolution direkten Bezug auf Sorel. In seiner Schrift Jahre der Entscheidung (1933) hob Spengler aus der Riege der »vornehm und konservativ denkende[n] Sozialisten« Georges Sorel hervor, »der die Verteidigung von Vaterland, Familie und Eigentum als vornehmste Aufgabe des Proletariats

⁷¹ Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, 11.–14. Aufl., Berlin 1919, S. 319.

⁷² Ebd.

⁷³ Ebd., S. 319f.

⁷⁴ Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 2017, S 79

⁷⁵ Ernst Wilhelm Eschmann, »Georges Sorel«, in: Die Tat, August 1930, zitiert nach Armin Mohler, Georges Sorel, S. 56.

betrachtete und von dem Mussolini gesagt hat, daß er ihm mehr verdanke als Nietzsche.«⁷⁶

Parallel zu den politischen Bezugnahmen auf Sorel begann im deutschsprachigen Raum aber auch eine wissenschaftliche und faschismustheoretische Auseinandersetzung mit dem Denker. Der liberale Ökonom Erwin von Beckerath war 1927 der erste deutsche Wissenschaftler, der Sorel mit der Genese des Faschismus direkt in Verbindung brachte. In seinen Betrachtungen zu Wesen und Werden des fascistischen Staates kam Beckerath nach fundierter Auseinandersetzung mit der Mythentheorie zum Schluss: »Die Fäden, welche von Sorel zu Mussolini führen, liegen klar zutage, die Verbindung zu Lenin dagegen ist ungeklärt.«⁷⁷ Fünf Jahre später war es schließlich Michael Freund, der die erste deutschsprachige Sorel-Monografie verfasste. 78 Seine Schrift Georges Sorel. Der revolutionäre Konservatismus gilt in überarbeiteter Neuauflage von 1972 bis heute als eines der Standardwerke in der Forschung. Wohlgemerkt prägte der Politologe die begriffliche Verknüpfung von Revolution und Konservatismus im Zusammenhang mit Sorel beachtlich früh. Auch Herbert Marcuse, der sich im ideengeschichtlichen Teil der Studien über Autorität und Familie (1936) auf »die Lehren Sorels und Paretos als den Übergang zur Autoritätsauffassung der Gegenwart«79 bezog, nutzte Freunds Monografie als wissenschaftlichen Ausgangspunkt seiner Untersuchungen. Erst einige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges findet Sorel wieder vermehrt Eingang in die deutschsprachige Forschung – nun aber allen voran in die geschichtswissenschaftliche. 1963 war es dann der Geschichtsrevisionist Ernst Nolte, der mit Der Faschismus in seiner Epoche erstmals wieder in einer vielbeachteten Schrift Bezug auf Sorel nahm. Anders als die meisten Beobachter vor ihm bestritt Nolte die theoretischen Kontinuitäten zwischen Sorel und dem Faschismus allerdings grundsätzlich und resümierte: »Zu Unrecht hat man Mussolinis Begriff der Gewalt auf Sorel zurückführen wollen. Seine Beziehungen zu Sorel waren bei weitem nicht so eng und herzlich, wie man es später dargestellt hat.«80

⁷⁶ Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933, S. 96.

⁷⁷ Erwin von Beckerath, Wesen und Werden des fascistischen Staates, Berlin/Heidelberg 1927, S. 148.

⁷⁸ Vgl. Michael Freund, Georges Sorel.

⁷⁹ Herbert Marcuse, »Ideengeschichtlicher Teil«, S. 220.

⁸⁰ Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus, 5. Auflage, München 1979, S. 203.

Letztendlich dauerte es auch bis zum Jahr 2000, ehe Georges Sorel noch einmal explizit in den theoretischen Kanon einer ideologischen Strömung aufgenommen wurde: Armin Mohler, der gemeinhin als einer der bedeutendsten Stichwortgeber der Neuen Rechten gilt, veröffentlicht in ebenjenem Jahr die Schrift Georges Sorel. Erzvater der Konservativen Revolution im Antaios-Verlag. 81 Karlheinz Weißmann betont den Einfluss, den das Denken Sorels auf Armin Mohler ausübte; demnach »knüpfte Mohler durch seine Beschäftigung mit Sorel auch wieder an seine ursprüngliche Auseinandersetzung mit der konservativen Revolution an. «82 Und auch Mohler selbst sieht in der Gleichzeitigkeit von Reaktion und Revolution das inspirierende Signum des Sorel'schen Denkens: »Sorels Faszinosum besteht darin, daß sich in seiner Gestalt zwei Eigenheiten verschmelzen, die nach landläufiger Meinung unvereinbar sind; er ist die zunächst absurd erscheinende Kreuzung eines Revolutionärs mit einem gigantischen Reaktionär.«⁸³ Für Mohler ergebe sich daraus »die Feindbestimmung mit Notwendigkeit. Feind Nr. 1 kann für Georges Sorel nur der Liberale sein.«84 Diese Feindbestimmung ist nicht nur für Mohler einer der entscheidenden Anknüpfungspunkte, über den Sorels Denken Eingang in den Kanon faschistischer und neurechter Theorie finden, wie im Folgenden weiter auszuführen sein wird

Sorels Syndikalismus als »Faschismus avant la lettre«?

Der bloße Verweis auf die Rezeption Sorels in bekannten Schriften der Neuen Rechten ist sicherlich kein Beweis für einen genuin reaktionären Charakter seines Denkens. Vielmehr bedarf es für die wiederholt aufgestellte Hypothese, bei der syndikalistischen Theoriebildung um die Jahrhundertwende habe es sich um so etwas wie einen »Faschismus avant la lettre« gehandelt, einer immanenten Kritik der Sorel'schen Ideologie. ⁸⁵ Anderenfalls lassen sich Behauptungen wie etwa die des italienischen Marxisten Antonio Gramsci, demzufolge »Sorel in keiner Weise für die Schäbigkeit und die geistige Rohheit seiner

⁸¹ Vgl. Armin Mohler, Georges Sorel.

⁸² Karlheinz Weißmann, »Nachwort«, in: Armin Mohler, Georges Sorel. Erzvater der konservativen Revolution. Eine Einführung, Bad Vilbel 2000, S. 87–99, hier: S. 94.

⁸³ Armin Mohler, Georges Sorel, S. 41.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Édouard Berth, zitiert Michael Freund, Georges Sorel, S. 231.

italienischen Bewunderer verantwortlich«⁸⁶ sei, nicht weiter auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. Welche ideologischen Anknüpfungspunkte das Interesse der Neuen Rechten am revolutionären Denken des *maître du syndicalisme* weckten, gilt es daher zu klären.

Als entscheidendes Moment in der Entwicklungsgeschichte der Theorie Sorels von der Marx-Revision hin zu einem Prototyp neurechter Ideologie sehen zahlreiche Autoren übereinstimmend die Synthese des revolutionären Syndikalismus mit dem Nationalismus.⁸⁷ Ausführlich diskutiert hat diese Annäherung etwa Franz Neumann, der in seinem Hauptwerk Behemoth darauf hinweist, dass die Integration des französischen Syndikalismus in die faschistische Ideologie (allen voran durch den italienischen Nationalisten Enrico Corradini) keinen schwierigen Prozess darstellte »da Sorel, der brillanteste und zugleich widersprüchlichste Kritiker des Marxismus und Liberalismus, nie ein[en] Hehl aus seiner Sympathie für den französischen >integralen Nationalismus und die Action française machte. «88 Auch Michael Freund beobachtete schon lange vor Sorels Bekenntnis zu Maurras und der Action française die Vorbereitung der These »dass der Sozialismus eine wirklich schöpferische, die Geister umformende Macht nur werden kann, wenn er etwas vom Geist des nationalen Heldenepos, der Legende, welche die Völker um ihre Kämpfe spinnen, aufzunehmen vermag.«89 Und tatsächlich bietet die Vorstellung vom Mythos aus den Réflexions sur la violence ausreichenden Raum für nationale Heldenepen, die neben (oder statt) dem Generalstreik der bürgerlichen Dekadenz ein Ende bereiten könnten. Dieser Gedanke findet schließlich in Sorels Annahme zu sich, dass der »große auswärtige Krieg« neben dem proletarischen Generalstreik den zweiten Mythos im Kampf gegen die Dekadenz darstellt. Das Kollektiv der »Produzenten«, welches er als revolutionäres Subjekt bestimmte, kann sich demnach gleichermaßen im Kampf gegen seine inneren (in der proletarischen Gewalt gegen die Bourgeoisie) wie gegen seine äußeren Feinde (im Krieg gegen andere Nationen) der Dekadenz zur Wehr

⁸⁶ Antonio Gramsci (4. September 1920), zitiert nach Shlomo Sand, »Legend, Myth, and Fascism«, in: *The European legacy, toward new paradigms*, No. 5, 1998, S. 51–65, hier: S. 51.

⁸⁷ Besonders hervorgehoben ist dieser Moment in den Analysen Zeev Sternhells, aber auch bei den Sorel-Schülern Édouard Berth und Pierre Andreu lässt sich diese Darstellung finden.

⁸⁸ Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a.M. 1998, S. 242.

⁸⁹ Michael Freund, Georges Sorel, S. 25.

setzen. Ohnehin muss festgehalten werden, dass der von Sorel an keiner Stelle näher definierte Begriff des »Produzenten« eine theoretische Antizipation des faschistischen Korporatismus darstellt. Denn obwohl in den Réflexions stets von der proletarischen Gewalt die Rede ist, wird die Bewunderung für die konkret-produktiven Ausprägungen der herrschenden Klasse immer wieder deutlich. In letzter Konsequenz solle der Kapitalismus durch die proletarische Revolution demnach auch nicht überwunden werden, sondern zu seiner alten Stärke wiederfinden: »Diese Gewalt zwingt den Kapitalismus dazu, sich einzig und allein um seine materielle Rolle zu bekümmern, und tendiert, ihm die kriegerischen Eigenschaften wiederzugeben, die er ehedem besaß.«90 Die Überwindung der Klassengesellschaft, wie sie Marx in seinem kategorischen Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«91 unmissverständlich als übergeordneten Telos festschreibt, spielte bei Sorel also keine Rolle mehr. Vielmehr führte der selbsternannte Sozialist weiter aus: »Eine zunehmende und fest organisierte Arbeiterklasse kann die Kapitalistenklasse zwingen, im industriellen Kampfe ihren Eifer zu bewahren«, was letztlich dazu führt, dass »die kapitalistische Gesellschaft, wenn sich ein einiges und revolutionäres Proletariat aufrichtet, ihre historische Vollendung erreichen« werde 92

Sorel unternahm damit den theoretischen Versuch einer Rettung des Kapitalismus durch den proletarischen Aufstand gegen die Dekadenz. Die »durch Humanitätsideen abgestumpften europäischen Nationen«⁹³ seien durch die Gewalt von ihren bürgerlich-liberalen Fesseln zu befreien. Zeev Sternehell bezeichnet Sorels Sozialismus treffend als eine »antimaterialistische Revision des Marxismus«, die sämtliche Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie grundsätzlich verwarf.⁹⁴ Der Sorel-Vertraute und spätere faschistische Aktivist Andreu sollte diese Vulgarisierung des Marxismus einmal wie folgt zusammenfassen:

⁹⁰ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 98.

⁹¹ Karl Marx, »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«, in: Marx-Engels-Werke, 5. Auflage, Bd. 1, Berlin 1973, S. 378–391, hier: S. 385.

⁹² Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 99.

as Fhd

⁹⁴ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 35.

»Vom Marxismus behält Sorel nur den Klassenkampf bei. Dieser Krieg ist für ihn das Wesen und die Hoffnung des Sozialismus. Er stellt nicht den Sozialismus dem Kapitalismus entgegen, sondern in einem heldenhaften Krieg das Proletariat gegen die Bourgeoisie. Sorel wettert viel mehr gegen die Bourgeoisie als gegen die kapitalistische Produktionsweise.«95

Diese Reklamation des Marxismus für die eigene politische Bewegung bei gleichzeitiger Ablehnung seiner wesentlichen Bestandteile wird in der Geschichte des 20. Jahrhunderts immer wieder im Zusammenhang mit reaktionären Bewegungen auftauchen. Allen voran Mussolini konnte dieser antimaterialistischen Marx-Revision Sorels einiges abgewinnen: Emilio Gentile stellt fest, dass die Reduktion des Sozialismus auf einen politischen Kampf und die Abscheu gegenüber der Ökonomiekritik für den späteren Duce theoretischer Ausganspunkt war. Gentile fasst diese faschistische Vorstellung vom Sozialismus unter der Formel des primato della politica sull'economia (»Das Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen«) zusammen. 96 Neben Mussolini lassen sich im Laufe des Jahrhunderts aber weitere Parallelen zum autoritären Sozialismus-Verständnis Sorels erkennen: So hält etwa Kurt Lenk »mit Blick auf die Anschlußmöglichkeiten, die diese Abart von Sozialismus bietet, die Erwähnung eines späteren Autors, nämlich Oswald Spenglers« für naheliegend, »der seinerseits einen maßgeblichen Vorstoß an der semantischen Bürgerkriegsfront geführt hat, um den Begriff des >Sozialismus« der Linken zu entwinden und inhaltlich neu zu besetzen.«97 Und tatsächlich werden Schriften wie Spenglers Preußentum und Sozialismus (1919) mit sozialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts substanziell nur noch wenig teilen. 98 Mit seiner anti-materialistischen Marx-Revision hatte Sorel die Loslösung der Marx'schen Denktradition von der Frage nach den Produktionsverhältnissen somit erstmals vollzogen.

Diese Haltung, die eine Vorstellung von »Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organi-

⁹⁵ Pierre Andreu, zitiert nach Zeev Sternhell et al., Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 107.

⁹⁶ Emilio Gentile, Le origini dell'ideologia fascista, S. 19.

⁹⁷ Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Ricardo Otten, Vordenker der neuen Rechten, S. 28.

⁹⁸ Vgl. Oswald Spengler, Preussentum und Sozialismus, München 1920.

siert«99 hinter sich lässt, ist, wie bereits an anderer Stelle angedeutet, nicht nur ein Bruch mit der Marx'schen und Engels'schen Geschichtsauffassung, sondern letztlich auch mit dem allgemeineren politischen Erbe emanzipatorischer Bewegungen. In ihrer Gerechtigkeitsvorstellung standen diese seit der Französischen Revolution stets in Tradition der jakobinischen Forderung nach liberté-égalité-fraternité. Karin Priester bezeichnet Georges Sorel vor diesem Hintergrund als »Anti-Jakobiner«100 und auch Stefan Breuer stellt fest, dass »nicht das Streben nach mehr Gleichheit, wie es den Jakobinismus und die an diesen anknüpfende demokratische und sozialistische Linke beseelte [...] im Zentrum von Sorels Denken [stand], sondern die durch Tugend temperierte Freiheit, der Sinn für das moralisch Gute und das ästhetisch Erhabene.«101 Später greift sogar Benito Mussolini in seinem Aufsatz La Cultura Fascista dieses anti-jakobinische Motiv auf und beruft sich dabei affirmativ auf Sorels Gewaltbegriff: »La violenza che assumiamo come caratteristica del nostro agire non è tanto giacobina, quanto soreliana.«102 Die im Jakobinismus ihren exzessiven Ausdruck findende Vorstellung von allgemeiner Gleichheit, die sich allein aus der Vernunft ableiten lässt, ist in gewisser Weise ein Gegenmodell zu Sorels Glorifizierung von Intuition und Affekt. Neben seiner schonungslosen Kritik des frühsozialistischen Utopismus wendet sich Sorel mit seiner Ablehnung des Jakobinismus somit auch gegen eine zweite bedeutende historische Quelle des europäischen Sozialismus. Saint-Simon und Robespierre setzt Georges Sorel seine Antithese des »deutschen Staatssozialismus« entgegen. 103 Hierin liegt die Begründung einer neuen Entwicklungslinie sozialistischer Theorie, die für die spätere Entstehung der Neuen Rechten in Deutschland und Frankreich von entscheidender Bedeutung ist. Das vermeintliche Kuriosum, dass mit Sorel ausgerechnet ein nationalistischer Franzose die »deutsche« Ausprägung des Sozialismus vorbereitet,

⁹⁹ Friedrich Engels, »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen«, in: Marx-Engels-Werke, 5. Auflage, Bd. 21, Berlin 1973, S. 25–173, hier: S. 168.

¹⁰⁰ Karin Priester, Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie, Würzburg 2014, S. 75.

¹⁰¹ Stefan Breuer, Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005, S. 84.

[»]Die Gewalt, die wir als charakteristisch für unser Handeln betrachten, ist weniger eine jakobinische als vielmehr eine sorelianische.« Benito Mussolini, »La Cultura Fascista«, in: Yvon De Begnac (Hg.), Taccuini mussoliniani, Bologna 1990, S. 373–456, hier: S. 409.

¹⁰³ Michael Freund, Georges Sorel, S. 60.

lösten die Politikwissenschaftler Karin Priester mit der Losung auf: »Sorels Ziel war ein »preußischer Sozialismus« à la française.«104 Die Betonung des »preußischen« an dieser Vorstellung scheint dabei entscheidend, geht Sorels Bewunderung für Deutschland doch stets mit seiner besonderen Achtung des Protestantismus einher. Diese Haltung lässt sich dabei recht eindeutig auf den Einfluss von Ernest Renans Schrift Réforme intellectuelle et morale (1871)¹⁰⁵ zurückzuführen, in der Michael Freund zufolge »eine Verherrlichung deutschen Wesens« zum Ausdruck kommt. 106 Vor dem Hintergrund der französischen Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 schreibt Renan von einer »Vendée des Nordens«, in der die protestantische Disziplin einer altständischen Kultur über den katholischen Optimismus einer spätbürgerlichen Demokratie triumphiert habe. 107 Michael Freund erklärt weiter, von Renans Werk seien »Theorien ausgegangen, die man als ›Germanismus‹ bezeichnet hat«, sodass nach Sorel unter anderem Mussolini diese Gedanken aufgriff und »die erneuernde Kraft des germanischen Imperialismus in Europa« rühmte. 108 So verhielt es sich also, dass Sorel das Beharren auf preußischen Tugenden mit seiner Vorstellung der sozialistischen Produzentenmoral vereinte und damit einen wichtigen Schritt in Richtung einer neuen Sozialismus-Auslegung machte, die das zwanzigste Jahrhundert weiterentwickeln sollte. Allen voran unter deutschen Intellektuellen wird Sorels asketische Vorstellung vom Sozialismus später »in die apologetische Verteidigung der Rückständigkeit Deutschlands«109 integriert und somit der Glaube an den »preußischen Sozialismus« begründet. Alain de Benoist erklärt später, dass diese »preußische« Vorstellung von »proletarischer Askese und Erhabenheit«, »une sorte de saint sorélien« – ein sorelianisches Heiligtum darstelle, für das sich neben der Nouvelle Droite auch Lenin und Nietzsche hätten begeistern können. 110 Die Verehrung der asketischen und erhabenen Produzenten im Sinne eines »deutschen Sozialismus« ging für Sorel dabei stets mit der Lust einher, den Kapitalismus von seinen dekadent-parasitären Elementen zu befreien. Das Parasitäre umfasste dabei sämtliche Formen des unproduktiven

¹⁰⁴ Karin Priester, Mystik und Politik, S. 78.

¹⁰⁵ Ernest Renan, La Réforme intellectuelle et morale, Paris 1967.

¹⁰⁶ Michael Freund, Georges Sorel, S. 21.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Ebd., S. 22.

¹⁰⁹ Georg Lukács, Zur Kritik der faschistischen Ideologie, Berlin/Weimar 1989, S. 64.

¹¹⁰ Alain de Benoist, Édouard Berth ou le socialisme héroïque, S. 207.

Reichtums, der ohne körperliche Arbeit entstanden ist und besonders in einer spätbürgerlichen Finanzelite sichtbar geworden sei. Karin Priester stellt in Bezug auf Sorels Sozialismus daher fest, man verstehe »Sorel völlig falsch, wenn man ihn als Anwalt einer sozialistischen Revolution oder einer sozioökonomischen Klasse im marxistischen Sinne liest« und erklärt: »Die Arbeiter sind bei ihm eher eine ›Gestalt‹ oder ein ›aktiver Schlag‹ im Sinne Ernst Jüngers.«111 Michael Freund geht vor diesem Hintergrund davon aus, dass sich hier eine Sozialismus-Revision erkennen lässt, die von einem zentralen gesellschaftlichen Konflikt ausgeht: »Sorels Denken dreht sich dabei im letzten Grunde um die große Scheidelinie, welche die neue wirtschaftsgeschichtliche Forschung zwischen Finanz- und Wucherkapitalismus einerseits und industriellem Kapitalismus andererseits aufgerichtet hat.«112 Auch Kurt Lenk spricht in diesem Zusammenhang von der entscheidenden »Dichotomie«, die Sorel hier innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft festlege: »Gegner sind alle Gesellschaftsschichten, die sich von der Mühe der harten und schöpferischen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit entfernt haben, vor allem das intellektuelle (aber auch das finanzielle) Spekulantentum.«113 Diese Entwicklung des Kapitalismus von der vermeintlich ehrlichen und tugendhaften industriellen Produktion hin zu einer Herrschaft der Finanzaristokratie, verstand Sorel als zentrales Moment bürgerlicher Dekadenz. Der Vorwurf einer Aristokratisierung des Bürgertums hängt dabei eng mit Sorels Hass auf den unproduktiven Reichtum zusammen. Nicht zufällig sprach er von einer »Bourgeoisie, die ungefähr ebenso einfältig geworden ist wie der Adel des 18. Jahrhunderts.«114 Auch Freund betont die Parallele, die Sorel wiederholt zwischen der Bourgeoisie seiner Zeit und dem späten Adel zeichnete: »Diese Menschen leben am Rande der Produktion; sie beschäftigen sich mit Literatur, Musik, finanziellen Spekulationen; nichts berührt sie, was in der Welt notwendig ist, und ihre Verwegenheit hat denselben Ursprung wie die so vieler Edelleute im 18. Jahrhundert.«115 Sorel knüpfte hier an eine, wie Joachim Bruhn sie benennt,

¹¹¹ Karin Priester, Mystik und Politik, S. 81.

¹¹² Michael Freund, Georges Sorel, S. 59.

¹¹³ Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Ricardo Otten, Vordenker der neuen Rechten, S. 26 (Hervorhebung im Original).

¹¹⁴ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 90.

¹¹⁵ Michael Freund, Georges Sorel, S. 57.

»Polemik gegen den internationalen und unproduktiven Adel«¹¹⁶ an, die einst das Bürgertum selbst hervorbrachte. Bruhn zitiert mit dem Abbé Sievès den bedeutendsten Theoretiker der Französischen Revolution, der im Adel »eine Klasse von Menschen, die, ohne Funktion wie ohne Nutzen, bloß deswegen, weil sie existieren, die an ihre Person geknüpften Privilegien genießen« sah, der »einer wirklichen Nation wie jene Schmarotzerpflanzen anhängt, welche nur vom Saft der Bäume leben können, die sie krank machen und austrocknen.«117 Wie bei Sieyès grenzte auch bei Sorel die Egalität der Produzenten »negativ sich ab gegen arbeitsloses Einkommen und Luxus und begreift die Nation als produktiven Arbeitskörper.«118 Sorel übertrug die Ablehnung des unproduktiven Einkommens genauso wie den Hass auf »Kosmopolitismus der Aristokraten und Jesuiten«119, den einst die bürgerliche antifeudale Revolution charakterisierten, nun auf die Revolution gegen die Bourgeoisie. Während sich das Feindbild der Jesuiten bei ihm halten sollte - Mark Antliff spricht von einer obsessiven Ablehnung Sorels gegenüber »the materialist opulence of Catholicism, particularly the Jesuit order«120 –, wendet sich sein Hass gegen die Unproduktivität und den Kosmopolitismus der neuen Finanzaristokratie. Sorels antibürgerliches Ressentiment findet seine Prämissen also nicht zuletzt in der bürgerlichen Ideologie selbst. Sein Kampf gegen die Kapitalistenklasse zur Rettung der kapitalistischen Produktionsweise sollte zum wiederkehrenden Motiv faschistischer Ideologie und später auch des nationalsozialistischen Vernichtungswahns avancieren.

Es verwundert deswegen auch nicht, dass der Hass auf das Unproduktive in Sorels Werk selbst noch in offenen Judenhass umschlägt. Bruhn hält in Bezug auf diesen Ursprung des Antisemitismus fest: »Der Inbegriff aller Ausgrenzungen ist ›der Jude‹, der die Einheit der Nation von außen als Kosmopolit zu bedrohen hat und von innen als Parasit.«¹²¹ Dieser Doppelcharakter des Antisemitismus, der sich zunehmend auch in Sorels Werk offenbarte, war

¹¹⁶ Joachim Bruhn, »Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen. Volkssouveränität oder freie Assoziation«, in: ders., Was deutschist. Zur kritischen Theorie der Nation, zweite, erweiterte und überarbeitete Auflage, Freiburg/Wien 2019, S. 25–71, hier: S. 54.

¹¹⁷ Emmanuel Joseph Sièyes, *Politische Schriften 198*1, S. 124, zitiert nach Joachim Bruhn, »Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen«, S. 54.

¹¹⁸ Ebd., S. 53f.

¹¹⁹ Ebd., S. 52.

¹²⁰ Mark Antliff, Avant-Garde Fascism. The Mobilization of Myth, Art, and Culture in France, 1909–1939, North Carolina 2007, S. 271.

Joachim Bruhn, »Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen«, S. 53.

in der französischen Gesellschaft rund um die Jahrhundertwende fest verankert. Bernard-Henri Lévy stellt fest, dass es sich um die Epoche handle, »in der ein Pariser Arbeiter nicht einschätzen konnte, was die antikapitalistischen Reden eines Drumont von denen eines Vallès unterschied.«122 In der öffentlichen Wahrnehmung handelte es sich bei Jules Vallès, ehemaliger Kommunarde von 1871, und Édouard Drumont, einem der bedeutendsten Stichwortgeber des modernen Antisemitismus, also in erster Linie um zwei Antikapitalisten; die antikapitalistische Mobilisierung war in Frankreich folglich eng mit dem Antisemitismus verbunden. Sorel, der Drumont als großartigen Schriftsteller genauso bewunderte wie den berühmten Anti-Dreyfusard Charles Maurras, ist ein Paradebeispiel für dieses Konglomerat aus Antikapitalismus und Antisemitismus, das sich im Frankreich der Zeit von links bis rechts ausbreitete. Für Lévy steht der Syndikalist den geistigen Autoritäten des französischen Antisemitismus Alphonse Toussenel oder eben Drumont in seinem Judenhass in nichts nach, was sich spätestens in seiner Schrift gegen Dreyfus aus dem Jahr 1909 entlud. 123 Auch Zeev Sternhell stellt fest, dass Sorels Antisemitismus mit fortschreitender Zeit immer offener zutage trat, bis er in enger Verbindung mit Maurras »seine Zeitschrift [L'indépendance, 1911–1913, MP] zu einem antisemitischen Organ«124 machte, in der letzterer 1911 in einem Artikel festhält: »Alles erscheint unmöglich oder ungeheuer schwierig ohne das Gottesgeschenk des Antisemitismus. Durch ihn kommt alles in Ordnung, die Schwierigkeiten werden beseitigt und alles vereinfacht. Wäre man nicht Antisemit aus patriotischer Überzeugung, so würde man es aus einfachem Nützlichkeitsdenken.«125 Sternhell erklärt in Bezug auf den notorischen Antisemitismus von Maurras: »Sorel schloß sich dieser Meinung an und stürzte sich in eine lange, heftige Kampagne gegen die Juden.«126 Die antisemitische Ideologie war damit nicht nur eines der unmittelbaren »Elemente, die zum Zusammenschluß mit den Nationalisten führten«¹²⁷, vielmehr blieb er das gesamte Jahrhundert hindurch ein Brückenschlag von Sorels Denken in die Rechte. So stellt auch Karlheinz Weißmann in seinem Nachwort zu Mohlers Sorel-Schrift fest, dass dieser sich

¹²² Bernard-Henri Lévy, L'Idéologie française, S. 126.

¹²³ Vgl. ebd., S. 134.

¹²⁴ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 112.

¹²⁵ Charles Maurras, zitiert nach Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S. 112.

¹²⁶ Ebd., S. 112.

¹²⁷ Ebd.

für die Diskreditierung der Dreyfusards (und somit für Sorels Antisemitismus) begeisterte.¹²⁸

Dass sich die anti-materialistische Marx-Revision Sorels in ihrer Feindbestimmung darüber hinaus nicht nur gegen den Juden, sondern auch gegen den Intellektuellen - und das Denken im Allgemeinen - richtete, deckt sich mit der Beobachtung Horkheimers und Adornos in der Dialektik der Aufklärung, wonach sich zum »Hirngespinst von der Verschwörung lüsterner jüdischer Bankiers« auch »das Bild des Intellektuellen« geselle: »Er scheint zu denken, was die anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft.«¹²⁹ Der Ausschluss des Unproduktiven trifft also auch all jene, die – statt mit ihren Händen zu arbeiten – nur denken. In den »Elementen des Antisemitismus« heißt es weiter: »Der Bankier wie der Intellektuelle. Geld und Geist, die Exponenten der Zirkulation, sind das verleugnete Wunschbild der durch Herrschaft Verstümmelten, dessen die Herrschaft sich zu ihrer eigenen Verewigung bedient.«130 Dass dieser Anti-Intellektualismus Sorels entscheidender Bezugspunkt für viele seiner Bewunderer werden sollte, stellt etwa Jeffrey Herf in seiner Auseinandersetzung mit einem weiteren Vordenker der Neuen Rechten, Ernst Jünger, fest. Über die ideengeschichtlichen Quellen des Jünger'schen Denkens resümiert der Historiker: »like Sorel, he welcomed action as a relief from the intellect's restrictions.«131 Eine ähnliche Verbindung zwischen Sorel und Jünger erkennt auch Weißmann, der im Jahr 2000 für die neurechte Junge Freiheit einen Beitrag mit dem Titel »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers« verfasste. Darin heißt es, dass es die Wendung gegen »die ›All-Gemeinheiten‹, den billigen Universalismus, [...] die hochtrabenden Redeweisen, die nichts mit der konkreten Wirklichkeit zu tun haben« gewesen sei, die Georges Sorel genauso wie Ernst Jünger für das Denken der Neuen Rechten besonders bedeutsam gemacht haben. 132

Dass der Hass auf Intellektuelle eines der Wesensmerkmale von Sorels Sozialismus wurde, erkennt einige Jahrzehnte zuvor aber auch schon Benito

¹²⁸ Vgl. Karlheinz Weißmann, »Nachwort«, S. 90.

¹²⁹ Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt 1986, S. 181.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Jeffrey Herf, Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1984, S. 73.

¹³² Karlheinz Weißmann, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«.

Mussolini, der in Sorel den Begründer eines »dezidiert anti-intellektualistischen, ja sogar religiösen Sozialismus« sah. ¹³³ Wie Emilio Gentile es wiederholt betont, hing der *Duce* diesem Anspruch der Religiosität auch in der faschistischen Bewegung stets an. ¹³⁴ Mussolini meinte, das religiöse Moment in Sorels Theorie in dessen Vorstellung des Mythos gefunden zu haben, wie aus seiner Rede in Neapel hervorgeht, die 1922 den Marsch auf Rom vorbereitete:

»Wir haben einen Mythus geschaffen, der Mythus ist ein Glaube, ein edler Enthusiasmus, er braucht keine Realität zu sein, er ist ein Antrieb und eine Hoffnung, Glaube und Mut. Unser Mythus ist die Nation, die große Nation, die wir zu einer konkreten Realität machen wollen «¹³⁵

Auch Carl Schmitt, der sich auf Mussolinis Sorel-Rezeption beruft, sieht im »Mythus« die entscheidende theoretische Wendung gegen die rationalistische Theorietradition, die Sorel zum herausragenden Denker seiner Zeit macht. Mit Sorel beklagt er dabei die »rationalistische und mechanistische Mythenlosigkeit« der Moderne und wirft Marx den »Verrat« vor, »noch ökonomischer und noch rationalistischer sein zu wollen als die Bourgeoisie.«¹³⁶ Dieser Angriff auf den Rationalismus, den Schmitt dem Sorel'schen Denken entlehnte, ist für das Verständnis der gegenaufklärerischen Ideologie, mit dem sich Sorel und seine Weggefährten nicht nur gegen den Liberalismus, sondern eben auch gegen den Marxismus wandten, entscheidend. Sorel kann somit als Vordenker einer terza via (eines dritten Wegs) verstanden werden, die mit der aufklärerischen Tradition von liberalem wie kommunistischem Denken brechen wollte. 137 Das Selbstbild der Bewegung als eine des »dritten Wegs«, das wohlgemerkt bis heute in rechtsextremen Milieus bemüht wird, ist damit eines der entscheidenden ideologischen Momente, mit dem Sorel eine grundsätzliche Neuausrichtung der europäischen Rechten einleitete. So erklärt etwa Karlheinz Weißmann in einem zum Anlass von Alain de Benoists siebzigsten Geburtstags verfassten Beitrag in der Jungen Freiheit, dass es eben jene »Suche nach einem eigenständigen Weg« war, die Sorel zum theoretischen Vorbild der Neuen Rechten mach-

¹³³ Benito Mussolini, Da Guicciardini a Sorel, 1912, zitiert nach Emilio Gentile, Le origini dell'ideologia fascista, S. 16.

¹³⁴ Siehe hierzu auch Emilio Gentile/George Staunton, Politics as Religion, Princeton 2021.

¹³⁵ Benito Mussolini, »Rede in Neapel 1922«, zitiert nach Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 89.

¹³⁶ Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 86.

¹³⁷ Emilio Gentile, Le origini dell'ideologia fascista, S. 76ff.

te. ¹³⁸ Seit 1968 gibt Benoist eine Zeitschrift heraus, die den Namen *Nouvelle École* trägt: Der Weißmann zufolge »von Georges Sorel geprägte Begriff ›neue Schule« hatte demnach den Auftrag »eine moderne rechte Weltanschauung« zu entwerfen. ¹³⁹ Auch in seiner Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Armin Mohler zu Sorel betont Weißmann in der *Jungen Freiheit*:

»Von Sorel als dem ›Erzvater der Konservativen Revolution‹ sprechen, heißt, seinen Vorrang bei der Entstehung jener geistigen Bewegung anerkennen, die nach ihrem Selbstverständnis ›weder rechts noch links‹ war, sondern versuchte, eine ›neue Kultur‹ zu schaffen, die an die Stelle der verbrauchten Möglichkeiten des 19. Jahrhunderts treten sollte.«¹⁴⁰

Die Ideologie des »Dritten Weges« als Überwindung der rationalistischen Denktradition des 19. Jahrhunderts beobachtete auch Georg Lukács in seiner Kritik der faschistischen Ideologie. Ihm zufolge stand diese Entwicklung in engem Zusammenhang mit der Ausbreitung der Lebensphilosophie Ende des 19. Jahrhunderts, die eine »Welle des Kampfes gegen die Vernunft, des Irrationalismus, der zeitgemäßen Mischung von Agnostizismus und Mystik« mit sich brachte.141 Die soziale Grundlage für die Popularität dieser neuen irrationalistischen Bewegungen erkannte Lukács dabei historisch-materialistisch »in der Mechanisierung des Lebens durch die Arbeitsteilung des imperialistischen Kapitalismus, in der prosaischen Öde seines Alltagslebens, welche sozialen Tatsachen eine Sehnsucht nach einem ›Sichausleben‹ der Persönlichkeit, ihrer spontan vorhandenen, aber von der kapitalistischen Gesellschaft verkümmerten Fähigkeiten wachrufen.«142 Lukács identifizierte Sorel als den entscheidenden Denker, der es ermöglicht hatte, dass diese »lebensphilosophische Tendenz [...] sogar in die Arbeiterbewegung, in die Ideologie sich zum Sozialismus Bekennender eindringt.«143 Sorel hat durch die Verbindung seiner anti-materialistischen Marx-Revision mit vitalistischem Irrationalismus dem Synkretismus des gegenaufklärerischen Sozialismus den Weg

¹³⁸ Karlheinz Weißmann, »Auf der Suche nach einem eigenen Weg. Alain de Benoist zum Siebzigsten«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 50/2013, 11.12.2013.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Karlheinz Weißmann, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«.

¹⁴¹ Georg Lukács, Zur Kritik der faschistischen Ideologie, Berlin/Weimar 1989, S. 311.

¹⁴² Ebd., S. 311f.

¹⁴³ Ebd., S. 312.

bereitet. Die bedingungslose Glorifizierung des Handelns, die sich in der anarchistischen Praxis durch die Propaganda der Tat äußerte, ist schließlich das Verbindende zwischen Sorels Mythos und dem Dezisionismus Carl Schmitts. Nicht umsonst bestand Sorel darauf, dass die Sprache nicht ausreiche, um sich der Wirkmächtigkeit des Mythos anzunähern; es sei die Macht der Bilder, »die imstande sind, als Ganzes (en bloc) und durch die bloße Intuition vor jeder bedachten Analyse die Masse der Gesinnungen hervorzurufen, welche den verschiedenen Kundgebungen des vom Sozialismus gegen die moderne Gesellschaft begonnenen Krieges entsprechen.«144 Sorel galt die archaische Intuition jeder vernunftorientieren Analyse überlegen, um für den antimodernen Krieg zu mobilisieren. Franz Neumann weist im Behemoth auf diese Kontinuität im gegenaufklärerischen Denken hin, indem er erklärt, dass »der Dezisionismus Carl Schmitts, die Forderung zu handeln statt abzuwägen, zu entscheiden statt zu berechnen [...] auf einer eigentümlichen, doch überaus attraktiven Lehre vom Wesen der Politik« basiere, die große Ähnlichkeit mit dem revolutionären Syndikalismus von Georges Sorel hat.«145 Karlheinz Weißmann führt diese Kontinuität von Sorel über Schmitt schließlich bis hin zur Neuen Rechten fort: »Die Geistesverwandtschaft besteht tatsächlich darin, daß Mohler wie Sorel seine Theorie unmittelbaren konkreten Lebens« (Carl Schmitt) suchen.«146 Dass der Dezisionismus, der sich bei Carl Schmitt letztlich in der Freund-Feind-Unterscheidung ausdrückt, dem Sorel'schen Mythen-Denken eng verwandt ist, stellt auch Florian Ruttner in seinem Artikel »Der Mythos des Radikalen« fest. Ruttner hebt darüber hinaus die massenpsychologische Dimension hervor, die für Schmitt und insbesondere für Sorel mit der Wendung gegen die Vernunft einhergeht. Demzufolge sei Sorel der erste sozialistische Theoretiker gewesen, »der den Einsatz unbewusster Mechanismen zur Mobilisierung der Massen propagierte.«147 Tatsächlich ist die Bewunderung Sorels für Gustave Le Bons Psychologie der Massen (1895) bekannt, Sternhell zufolge hatte Sorel gar als »einer der ersten dessen Werk

¹⁴⁴ Georges Sorel, Über die Gewalt, S. 138.

¹⁴⁵ Franz Neumann, Behemoth, S. 72.

¹⁴⁶ Karlheinz Weißmann, » Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers «.

¹⁴⁷ Florian Ruttner, »Der Mythos des Radikalen. Der Verrat an der Aufklärung bei Georges Sorel, Georges Bataille und Michel Foucault«, in: Alex Gruber/Philipp Lenhard (Hg.), Gegenaufklärung. Der postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft, Freiburg 2011, S. 86–88, hier: S. 88.

gewürdigt.«¹⁴⁸ Das Bildliche, das Sorel wiederholt im Zusammenhang mit dem Mythos betont, knüpft unbestreitbar an Le Bons massenpsychologische Theorie an, die die Möglichkeit der Mobilisierung von Kollektiven durch den Appell an ihre Institutionen und Instinkte erforscht: »Der Mythos Sorels ist ein Versuch, Menschen durch Indienstnahme von unbewussten Mechanismen dem Unbewussten auszuliefern.«¹⁴⁹

Letztlich scheint es auch nicht überraschend, dass neben Sorel auch Le Bon zu den Theoretikern, denen Benito Mussolini als Anführer einer der ersten modernen Massenbewegungen später einen besonders großen Einfluss auf sein Denken zurechnet: »Die faschistische Konzeption des Menschen steht in Verbindung zu den Ideen von Nietzsche, Pareto, Le Bon und Sorel, den Gegnern der Wissenschaft, den Propheten des Unterganges des Abendlandes, den Philosophen des Antiintellektualismus.«150

Abschließende Bemerkung

Die Bemühungen Antonio Gramscis, die Berufung rechter Ideologen auf den revolutionären Syndikalisten Sorel als gegenstandlosen Missbrauch sozialistischer Theorie zu denunzieren, scheinen bei näherer Betrachtung des Sorel'schen Denkens vergebens. Denn die »anti-materialistische Marx-Revision« (Sternhell) Sorels schafft mit ihrer Hinwendung zum Irrationalismus eine sozialistische Idee, die einer neuen gegenaufklärerischen Theorietradition den Weg bereitet. Sorel bereitet in seinen Schriften schon früh die Anschlussfähigkeiten seines revolutionären Denkens an den radikalen Nationalismus des 20. Jahrhunderts vor. Seine Konzeption des Mythos, in dem der Einzelne nichts ist, dafür die Bewegung alles, fixierte sich zunächst auf den Generalstreik als Akt proletarischer Gewalt. Dass er die Synthese mit dem Kollektivsubjekt der Nation aber noch zu Lebzeiten selbst vollzog, ist nur die Vorbereitung dessen, was seine italienischen Verehrer rund um Benito Mussolini später in einer gewaltigen Massenbewegung auch ganz praktisch zu vollziehen versuchten. Der »maître du syndicalisme«, wie Mussolini den

¹⁴⁸ Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung der faschistischen Ideologie, S 88

¹⁴⁹ Florian Ruttner, »Der Mythos des Radikalen«, S. 89.

¹⁵⁰ Emilio Gentile, Le origini dell'ideologia fascista, S. 427.

Franzosen einmal nennen sollte, trug mit seiner Vorstellung der Schlachtbilder, die den Mythos ausmachen, der die Massen ergreift und gegen die Moderne mobilisiert, wesentlich zur Ästhetisierung des gewalttätigen Kampfes bei, die für den Faschismus charakteristisch werden sollte. Dass Sorel den Mythos der proletarischen Gewalt predigte, der mit aller Konsequenz gegen die Bourgeoisie in Stellung gebracht werden sollte, macht ihn sicherlich auf der einen Seite zum revolutionären Denker. Sein Freund Pierre Andreu, der später zu einem bekannten Gesicht der französischen faschistischen Bewegung werden sollte, stellt völlig zu Recht fest, dass Sorel sich zwar für Marx' wortgewaltige Apologie des Klassenkampfes begeisterte, sich von seiner Kritik der politischen Ökonomie aber Zeit seines Lebens fernhielt. Schlussendlich teilte Sorel zu keinem Zeitpunkt die kommunistische Vorstellung einer klassenlosen Weltgesellschaft; im Gegenteil: In den Réflexions sur la violence bekennt sich Sorel zur kapitalistischen Produktionsweise und fordert lediglich, diese von ihren unproduktiven Elementen zu säubern. Den proletarischen Generalstreik sieht er dabei als das effektivste Mittel, der spätbürgerlichen Dekadenz ein Ende zu bereiten. Hieraus ergibt sich nun auch das zweite zentrale Motiv des Sorel'schen Denkens: sein resoluter Konservatismus. Der wohl bis heute bedeutendste wissenschaftliche Sorel-Kenner Michael Freund fasst hierzu unmissverständlich zusammen:»Sorel war ein konservativer Denker. Der konservative Untergrund Sorels ist unzerstörbar.«¹⁵¹ Sorel sah den revolutionären Mythos in der Pflicht, sich gegen den Zerfall der Gesellschaft zu stellen, um so die alten Bande und Tugenden gegen ihre moderne Entartung zu verteidigen. Es kommt also nicht von ungefähr, dass die vitalistisch geprägte Philosophie neben Mussolinis revolutionärem Elan auch Carl Schmitts Dezisionismus und später Oswald Spenglers preußischen Sozialismus prägt. Karlheinz Weißmann wird schließlich zu dem Schluss kommen, in Sorels Denken finde »sich schon alles, was später in den familles de pensée der Konservativen Revolution ausgearbeitet wird: die Verachtung der ›kleinen Wissenschaft« und die Hochschätzung der irrationalen Antriebe im Menschen, die Skepsis gegenüber der Abstraktion und die Feier des Konkreten, das Bewußtsein, daß es keine Idylle gibt, und die Lust an der Dezision«. 152 Es scheint deshalb also etwas gänzlich anderes als ein historisches Missverständnis zu sein, wenn mit Armin Mohler einer der bedeutendsten Vordenker der Neuen Rechten den

¹⁵¹ Michael Freund, Georges Sorel, S. 49.

¹⁵² Karlheinz Weißmann, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«.

revolutionären Syndikalisten Georges Sorel zum »Erzvater der Konservativen Revolution« adelt

Literatur

- Andreu, Pierre, Georges Sorel. Entre le noir et le rouge, 2. éd., augmentée d'une préface inédite, Paris 1982.
- Andreu, Pierre, Notre maître, M. Sorel, préface de Daniel Halévy, Paris 1953.
- Antliff, Mark, Avant-Garde Fascism. The Mobilization of Myth, Art, and Culture in France, 1909–1939, North Carolina 2007.
- Beckerath, Erwin von, Wesen und Werden des fascistischen Staates, Berlin/ Heidelberg 1927.
- Benoist, Alain de, Édouard Berth ou le socialisme héroïque. Sorel, Maurras, Lenine, Grez-sur-Loing 2013.
- Berding, Helmut, Rationalismus und Mythos. Geschichtsauffassung und politische Theorie bei Georges Sorel, München/Wien 1969.
- Bergson, Henri, *Schöpferische Evolution*, neu aus dem Französischen übersetzt von Margarethe Drewsen, Hamburg 2013.
- Berth, Édouard, *Les Méfaits des intellectuels*, préface de Georges Sorel [1. Edition 1914], réédité et présenté par Alain de Benoist, Paris 2007.
- Breuer, Stefan, Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005.
- Bruhn, Joachim, »Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen. Volkssouveränität oder freie Assoziation«, in: ders., Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, zweite, erweiterte und überarbeitete Auflage, Freiburg/Wien 2019, S. 25–71.
- Engels, Friedrich, »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen«, in: Marx-Engels-Werke, 5. Auflage, Bd. 21, Berlin 1973, S. 25–173.
- Freund, Michael, Georges Sorel. *Der revolutionäre Konservatismus*, 2., erw. Aufl., Frankfurt a.M. 1972.
- Gentile, Emilio, Le origini dell'ideologia fascista (1918–1925), Roma 1975.
- Gentile, Emilio/Staunton, George, Politics as Religion, Princeton 2021.
- Herf, Jeffrey, Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1984.
- Horkheimer, Max, Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, 2. Auflage, Lüneburg 1987.

- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W., Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a.M. 1986.
- Krug, Uli, »Staat und Wahn. Faschismus, Syndikalismus und Arbeiterbewegung in Italien und Deutschland«, in: *Jungle World*, Nr. 18/2014, 30.04.2014.
- Lanzillo, Agostino, Giorgio Sorel. Con una lettera auto-biografica, Roma 1910.
- Lenk, Kurt, »Das Problem der Dekadenz seit Sorel«, in: Heiko Kauffmann/ Helmut Kellershohn/Jobst Paul (Hg.), Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, S. 49–63.
- Lenk, Kurt/Meuter, Günter/Otten, Enrique Ricardo, Vordenker der neuen Rechten, Frankfurt a. M.u.a. 1997.
- Lévy, Bernard-Henri, L'Idéologie française, Paris 1981.
- Lukács, Georg, Die Zerstörung der Vernunft. Irrationalismus zwischen den Revolutionen, Band 1, München 1973.
- Lukács, Georg, Zur Kritik der faschistischen Ideologie, Berlin/Weimar 1989.
- Mann, Thomas, Betrachtungen eines Unpolitischen, 11.-14. Aufl., Berlin 1919.
- Marcuse, Herbert, »Ideengeschichtlicher Teil«, in Horkheimer, Max (Hg.): Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, 2. Auflage, Lüneburg 1987, S. 136–228.
- Marx, Karl, »Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation«, in: *Marx-Engels-Werke*, 5. Auflage, Bd. 17, Berlin 1973, S. 313–365.
- Marx, Karl, »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«, in: *Marx-Engels-Werke*, 5. Auflage, Band 1, Berlin 1973, S. 378–391.
- Mohler, Armin, Georges Sorel. Erzvater der konservativen Revolution. Eine Einführung, Bad Vilbel 2000.
- Mussolini, Benito, Der Geist des Faschismus. Ein Quellenwerk, 5. Auflage, München 1943.
- Mussolini, Benito, »La Cultura Fascista«, in: Yvon De Begnac (Hg.), *Taccuini mussoliniani*, Bologna 1990, S. 373–456.
- Neumann, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a.M. 1998.
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Action française Italienischer Faschismus Nationalsozialismus, 5. Auflage, München 1979.
- Priester, Karin, Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie, Würzburg 2014.
- Renan, Ernest, La Réforme intellectuelle et morale, Paris 1967.
- Ruttner, Florian, »Der Mythos des Radikalen. Der Verrat an der Aufklärung bei Georges Sorel, Georges Bataille und Michel Foucault«, in: Alex Gruber/

- Philipp Lenhard (Hg.), Gegenaufklärung. Der postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft, Freiburg 2011, S. 86–122.
- Sand, Shlomo, »Legend, Myth, and Fascism«, in: The European legacy, toward new paradigms, No. 5, 1998, S. 51–65.
- Schmitt, Carl, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 2017.
- Schmitt, Carl, Römischer Katholizismus und politische Form, 2. Aufl. Stuttgart 1984.
- Sorel, Georges, Contribution à l'étude profane de la Bible, Paris 1889.
- Sorel, Georges, Die Auflösung des Marxismus/La décomposition du marxisme, Hamburg 1978.
- Sorel, Georges, Le procès de Socrate. Examen critique des thèses socratiques, Paris 1889.
- Sorel, Georges, Über die Gewalt/Réflexions sur la violence, Frankfurt a.M. 1981.
- Spengler, Oswald, Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933.
- Spengler, Oswald, Preussentum und Sozialismus, München 1920.
- Sternhell, Zeev, Faschistische Ideologie. Eine Einführung, Berlin 2018.
- Sternhell, Zeev, La droite révolutionnaire 1885–1914. Les origines françaises du fascisme, Paris 1997.
- Sternhell, Zeev, Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France, Paris 2013.
- Sternhell, Zeev/Sznajder, Mario/Asheri, Maia, Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999.
- Taguieff, Pierre-André, »Violence, utopie, décadence. Entre Sorel et Freund«, Étude ayant servi de base à une communication faite au colloque international *Penser le conflit avec Julien Freund*, Université de Strasbourg, 11–12. mars 2010.
- Vico, Giambattista, Prinzipien einer neuen Wissenschaft über die gemeinsame Natur der Völker, Hamburg 2009.
- Weiß, Volker, »Faschisten von heute? »Neue Rechte« und ideologische Traditionen«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 42/43, 2017, S. 4–9.
- Weißmann, Karlheinz, »Auf der Suche nach einem eigenen Weg. Alain de Benoist zum Siebzigsten«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 50/2013, 11.12.2013.
- Weißmann, Karlheinz, »Die Bedeutung Georges Sorels für das Denken Armin Mohlers«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 15/2000, 07.04.2000.
- Weißmann, Karlheinz, »Nachwort«, in: Mohler, Armin, Georges Sorel. Erzvater der konservativen Revolution. Eine Einführung, Bad Vilbel 2000, S. 87–99.

Reaktionäre Erbschaften und restaurative Sehnsüchte

Bernard Willms' letztes Aufgebot zur Renationalisierung Deutschlands

Panagiotis Koulaxidis

»Gastarbeiter sind keine Bürger«, postulierte Bernard Willms (1931–1991) einmal, denn: »Zum Bürger gehört – seit es republikanisches und demokratisches Denken gibt – die ›Liebe zum Vaterland‹ als eine erste Tugend hinzu.«¹ Auf Grund solcher und ähnlich patriotisch verkleideter, im Kern einschlägig völkischer Lehrsätze stieg der Professor für Politische Theorie an der Ruhr-Universität Bochum in den 1980er Jahren zur intellektuellen Ikone der Neuen Rechten auf, deren Protagonisten ihn eigens zum »führenden philosophischen Kopf der Jahre vor dem 9. November« erklärten.²

In seinem 1986 erschienenen politischen Manifest Identität und Widerstand, das Reden aus dem deutschen Elend zusammenführen wollte und dem obige Bemerkung entstammt, versammelte Willms Thesen und Forderungen, die ihm politisch dringlich schienen. Zugleich erhob er mit dieser Schrift den Anspruch, die Agenda einer gesamtdeutschen Nation darzulegen – namentlich die Wiedervereinigung des deutschen »Volkes« und aller von ihm als Teil »Deutschlands« betrachteter Länder. Erreicht werden sollte das gigantomanische Ziel durch die Wiedererweckung eines seit dem Kriegsverlust schlummernden deutschen Volksbewusstseins. Die Ursachen, welche die nationale Selbstachtung und damit eine großdeutsche Verschmelzung bremsten

Bernard Willms, Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend, Tübingen 1986, S. 61.

Thor von Waldstein, »Zwischen Hobbes und Hegel. Zum 25. Todestag von Bernard Willms«, in: Junge Freiheit, Nr. 4, 1991, S. 4, wiederveröffentlicht auf sezession.de, 27.02.2016, https://sezession.de/53335/zwischen-Hobbes-und-hegel-zum-25-todestag-von-bernard-willms (letzter Abruf: 25.08.2022). Im Folgenden zitiert nach ebd.

und verhinderten, wollte Willms in einer permanenten Diskriminierung und Entehrung deutscher Identität infolge der Kriegsniederlage erkannt haben. Als Urheber dieses Elendszustands identifizierte Willms nebulöse inner- und außergesellschaftliche Gewalten, die ihm schlicht als »Feinde« Deutschlands galten.

Drei Hauptthesen standen im Mittelpunkt seiner Überlegungen, mit denen er eine nationale Übervereinigung gleich mehrerer Staaten und Regionen zu berechtigen versuchte. Mit der ersten These verkündete Willms, dass sich Deutschland angeblich seit 1945 bzw. seit 1949 fortwährend im Krieg befände, einer Siegerjustiz unterworfen sei und seither unter extraordinärer Diskriminierung leide. Hierüber versuchte er, die Schuld der Deutschen für vergangene Kriegsgräuel zu relativieren, was eine Aufhebung der Teilung Deutschlands historisch rechtfertige. Laut der zweiten These, die sich vornehmlich an die junge Bundesrepublik richtete, mangele es der liberal-demokratischen Staatsform an einem öffentlichen Feind – an einer klaren Unterscheidung zwischen »Deutschen« und »nicht Deutschen« -, weshalb in der breiten Bevölkerung kein Bewusstsein für eine gesamtdeutsche Nation existiere. Die scheinbar politologische Notwendigkeit einer Feindschaftsbeziehung begründe nach Willms eine Verwerfung liberaler Gesellschafts- und Staatsverhältnisse und eröffne den Weg zur nationalen Wiedervereinigung. Gemäß seiner dritten These schließlich könne der einzelne Deutsche nur als Teil einer souveränen gesamtdeutschen Nation wahrhaftige Autonomie erlangen, womit der Vordenker nationaler Einheit diese unter philosophischen Gesichtspunkten zu bekräftigen hoffte.

In Anbetracht dieser Thesen hält dieser Beitrag der trügerischen Vorstellung, dass vor allem Bildungsferne rechtsextreme Weltanschauungen präge, die einstigen Argumente eines einflussreichen nationalistischen Ideologen entgegen, um diese gleichermaßen zu widerlegen.

Der Aufstieg zum Vordenker

Willms' Thesen und nationalistische Plänkeleien lösten in den 1980er Jahren erhebliche Resonanz bei seinen Lesern und Zuhörern aus. Zugang zu einem breiteren Publikum hatte er sich bis anhin über eine Reihe prominenter Netzwerke erschlossen. Die Laufbahn des aus Mönchengladbach stammenden Philosophen begann mit einer Ausbildung zum Buchhändler, der ab 1957 ein Studium der Fächer Philosophie, Soziologie, Germanistik, Neuere Geschichte und

Öffentliches Recht an den Universitäten Köln und Münster folgte. An letzterer machte er Bekanntschaft mit dem dortigen Philosophieprofessor Joachim Ritter, über dessen philosophische Oberseminare – dem Collegium Philosophicum – Willms in einen intellektuellen und elitären Kreis gelang, an dem auch namhafte Persönlichkeiten des Wissenschaftsbetriebs der alten Bundesrepublik wie Günther Bien, Hermann Lübbe, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Odo Marquard, Ernst Tugendhat oder Robert Spaemann sowie weitere Anhänger der »Ritter-Schule« teilhatten.

Auch Carl Schmitt, ehemaliger Preußischer Staatsrat und »Kronjurist des Dritten Reichs«, der bis dato auf Grund seiner NSDAP-Karriere von vielen Seiten geächtet wurde und seine Professur verloren hatte, fand nach einer Einladung Ritters 1957 mit diesem Kollegium – wenn auch zum Teil aus Mitleid – ein aufmerksames Publikum.3 Willms, dessen studentische Laufbahn sich in jenem Jahr mit dem akademischen Wiedereintritt Schmitts kreuzte, zeigte sich außerordentlich begeistert für dessen Philosophie. In ihr fand er bereits in jungen Jahren das Lob der nationalen Identität, völkische Selbstbehauptung und kollektivistisches Ordnungsdenken formuliert und überdies ein Gegenmodell zur liberal-demokratisch verfassten Bundesrepublik, das auf einer Politisierung von Feindschaftsbeziehungen basiert.⁴ Zwei Jahre später hielt Willms im Rahmen des Collegium Philosophicum ein Referat über »Die politische Theorie von Carl Schmitt«, suchte aber neben der fachlichen auch die persönliche Nähe zum ehemaligen Staatsrat. 5 Nach einer gemeinsamen Teilnahme an einem der »Ebracher Ferienseminare« 1964, Schmitts zweitem intellektuellen Auffangbecken, welches sein Doktorand Ernst Forsthoff organisierte, schwärmte der sich selbst noch als »Anfänger« bezeichnende Willms von »der gesammelten Weisheit großer Vorbilder«6, wie er in einem Brief an seinen geistigen Ziehvater mitteilte. Im selben Jahr erlangte der Adept mit einer Dissertation zur Staatsphilosophie Johann Gottlieb Fichtes bei seinem Betreuer Joachim Ritter den Doktortitel.⁷ Ein Jahr später wurde er Assistent des Soziologen Helmut

³ Vgl. Mark Schweda, Joachim Ritter und die Ritter-Schule, Hamburg 2015, S. 54, sowie Dirk van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993, S. 196–200.

⁴ Vgl. Dirk van Laak, Gespräche, S. 101 und S. 191-192.

⁵ Vgl. ebd., S. 199, FN 89.

⁶ Zitiert nach ebd., S. 206–207, FN 116.

⁷ In seiner Promotionsschrift hob der noch staatsmännisch gestimmte Jünger Ritters den Stellenwert eines Nationalstaats zur Vermittlung bürgerlicher Gleichheitsansprüche hervor. Vgl. Bernard Willms, Die wahre Freiheit. Fichtes Staatsphilosophie als Theorie

Schelsky, einst Mitglied des Nationalsozialistischen Schüler- und Studentenbundes sowie der SA, der ab 1960 die Sozialforschungsstelle Dortmund leitete. Willms habilitierte mit einer Schrift zu Thomas Hobbes und erhielt 1970 einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.⁸

In den 1970er Jahren publizierte Willms mehrere Monografien jährlich, unter anderem zu philosophischen und politologischen Klassikern, aber auch zur damals vieldiskutierten Kritischen Theorie. Mit teils heftigen Urteilen – die deutschsprachige Politikwissenschaft sei beispielsweise eine »Ideologie der Niederlage«⁹ – brach aus dem einst ergebenen Zögling Ritters zunehmend der innere Schmittianer heraus. Ab den 1980er Jahren fanden seine sich ins Nationalistische übersteigende Gedankengänge und Deutschtümeleien, die er 1986 mit der Schrift *Identität und Widerstand* zusammenführte, schließlich in einschlägig erzkonservativen und neofaschistischen Kreisen wohlwollenden Anklang. Im Zuge der Jahrestagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« – ein der NPD nahestehender, nach Verfassungsschutz-Einschätzung zudem noch der größte aller rechtsextremen Kulturvereine – hielt Willms 1983 einen Vortrag in Kassel, der später in der einschlägigen Monatszeitschrift *Nation Europa* erschien.¹⁰ Im selben Jahr trug er auch im Rahmen der Tagung

_

der bürgerlichen Gesellschaft, Münster 1964. Die Veröffentlichung erfolgte 1967 mit verändertem Titel durch den Westdeutschen Verlag, heute Teil der Springer Fachmediengruppe. Bernard Willms, Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie, Wiesbaden 1967.

⁸ Willms' Habilitationsschrift diskutierte unter anderem die Möglichkeit einer Rechtfertigung absoluter Staatsmacht jenseits moralischer Kategorien. Vgl. Bernard Willms, Die Antwort des Leviathan. Thomas Hobbes' politische Theorie, München 1970. Vgl. auch Klaus-Michael Kodalles Besprechung der Hobbes-Rezeption in der bundesrepublikanischen Frühgeschichte: Klaus-Michael Kodalle, "Carl Schmitt und die neueste Hobbes-Literatur", in: Philosophische Rundschau, Nr. 18, 1972, S. 116–130.

⁹ Vgl. Vorbemerkungen in Bernard Willms, Einführung in die Staatslehre. Politisch-dialektische Propädeutik, Paderborn 1979. Zu Willms' Schmitt-Adaption siehe auch Reinhard Mehring, »Vom Umgang mit Carl Schmitt. Zur neueren Literatur«, in: Geschichte und Gesellschaft, Nr. 3, 1993, S. 388–407.

Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, und Bernard Willms, »Das deutsche Wesen in der Welt von morgen. Überlegungen zur Aufgabe der Nation«, in: Nation Europa. Monatsschrift im Dienste der europäischen Neuordnung, November/Dezember 1983, S. 13–14. Nach der Vereinigung mit den Deutschen Monatsheften wurde die Zeitschrift in Nation und Europa umbenannt. Sie gilt als eine der auflagenstärksten rechtsextremistischen Printmedien. Vgl. Franziska Hundseder, »Ein gefährlicher Vordenker: Bernard Willms«, in: Vorgänge, Nr. 91, 1988, S. 11–13.

»Deutsche Identität heute« am Studienzentrum Weikersheim vor, das vom einst Todesurteile verhängenden NS-Marinerichter und ehemaligen badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründet worden war.¹¹ Willms wirkte zudem bei der Gründung der Partei »Die Republikaner« mit und initiierte gemeinsam mit Hellmut Diwald, Armin Mohler, Hans-Joachim Arndt, Wolfgang Seiffert, Franz Schönhuber und Robert Hepp die neurechte, wenn auch kurzlebige Sammlungsbewegung »Deutschlandrat« in Bad Homburg, die sich eine »Entkriminalisierung« der deutschen Geschichte zur Aufgabe machen wollte.¹² Er referierte vor unterschiedlichen Vertriebenenverbänden und Vereinigungen, unter anderem bei den Burschenschaften »Germania Tübingen« und »Cimbria München« sowie bei der Studentenorganisation der NPD, dem Nationaldemokratischen Hochschul-Bund.¹³

Trotz seiner exponierten Stellung und seines weitgreifenden Einflusses sind verbürgte Erkenntnisse und Forschungsliteratur zu Willms mager. Ungeachtet dessen bietet seine nationalistische Perspektivierung der deutschen Vergangenheit und Wiedervereinigung bemerkenswerte Bezüge zu den gegenwärtigen Thesen und Gedankengängen der Neuen Rechten. Dass die ersehnte Wiedervereinigung Deutschlands Willms' Vorstellungen nicht entsprach und er auch nach dieser für eine radikale ideologische Alternative eintrat, demonstrierte er final dadurch, dass er Anfang 1991 den Suizid wählte.

Die Sehnsucht nach restaurierter deutscher Identität

Es war weder der Konflikt zwischen den Westmächten und dem Ostblock noch das damit einhergehende atomare Wettrüsten, was Willms in *Identität und Widerstand*, auf die frühe Bundesrepublik zurückblickend und die Gegenwart vor Augen habend, bekümmerte. Ungeachtet der realpolitischen Umstände forderte er die Restauration einer gesamtdeutschen Nation, d.h. die Vereinigung mehrerer nach der Kriegsniederlage entstandener Staaten sowie ehemals deutscher Gebiete. Das wesentliche Hindernis für dieses Ziel

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Mark Schweda, Joachim Ritter und die Ritter-Schule, S. 74–75, sowie Arno Klönne, »Zurück zur Nation? Risiken der Suche nach deutscher Identität«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 1, 1986, S. 5–12.

¹³ Vgl. Franziska Hundseder, »Ein gefährlicher Vordenker«, S. 11–13, und Mark Schweda, Joachim Ritter und die Ritter-Schule. S. 74.

wollte der Politikwissenschaftler in der mangelnden Nationalidentität der Deutschen identifiziert haben, deren kontinuierliche Entehrung mit der Aufklärung der NS-Verbrechen noch voranschreite.

Vierzig Jahre nach Kriegsende warf Willms die Frage nach der Kriegsschuld neu auf. Zum Zwecke einer Wiederbelebung deutscher Identität und deren politischer Bereinigung offerierte er eine Neuinterpretation der Ära nach 1945, die durch die anhaltenden Verbrechen der »Feinde« Deutschlands bestimmt worden sei. So streute er die Legende eines Krieges, der noch Mitte der 1980er Jahre von den Alliierten gegen Deutschland geführt würde. 14 »Die Nachkriegszeit« sei demnach »geprägt von der alliierten Politik einer Dauerstabilisierung der Niederlage – moralisch getarnt durch die Betonung einer >Befreiung vom Faschismus< – und von der Teilung Deutschlands.«15 Willms' Reden aus dem deutschen Elend widmeten sich den scheinbaren Martyrien des deutschen »Volkes«, das sich »in der extremen Lage der Fremdbestimmung« befände, an der »Wiederherstellung eines stabilen politischen Selbstbewußtseins« gehindert würde und einen Souveränitätsverlust durch Zersplitterung in die Staaten Bundesrepublik, DDR und Österreich erlitten habe - wobei hinzukäme, dass »Städte wie Königsberg, Danzig oder Breslau, Länder wie die beiden Preußen, Pommern und Schlesien« weiterhin von den Feinden Deutschlands »annektiert« seien. 16

Die historischen Gründe für das angebliche Joch – die planmäßige industrielle Vernichtung der europäischen Juden, der Vernichtungskrieg in Osteuropa, die Besatzung weiter Teile Nord- und Westeuropas – überging Willms, stattdessen bekümmerten ihn einzig die Folgen des militärischen Sieges der Alliierten für die Deutschen. Deren angebliche Unterdrückung hätte jedoch nicht erst 1945 begonnen, vielmehr seien die Deutschen ein seit jeher von globalen Mächten diskriminiertes »Volk«, das sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Kriege verwickelt gesehen habe, »die die ›Weltegegen das Zweite und das Dritte Deutsche Reich geführt« hätte. Demnach habe nicht das Deutsche Kaiserreich den Ersten Weltkrieg in Gang gesetzt – weder im Sinne eines Präventions- noch eines Hegemonialkriegs –, sondern »Europa«, und »das Zweite Reich wurde das Opfer. «18 Ebenso sei das

¹⁴ Vgl. Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 39.

¹⁵ Ebd., S. 16.

¹⁶ Ebd., S. 31, S. 44 und S. 23–24.

¹⁷ Ebd., S. 11.

¹⁸ Ebd., S. 15.

Friedensabkommen von 1919 vom »moralisierenden Gift des kommenden Weltbürgerkriegs infiziert« gewesen, das die »raumfremde Macht der USA« – stellvertretend für eine liberale Staatenordnung – gestreut habe, was letztlich zur verhängnisvollen Radikalisierung der Deutschen Nation geführt hätte. 19 Das »Dritte Reich« verteidigte er wiederum über einen Vergleich des Versailler Vertrags mit dem deutschen Vernichtungskrieg. Demzufolge hätten die Nationalsozialisten »ebensowenig politisches Augenmaß« bewiesen »wie die Sieger von 1918. «20 Generell sei, so Willms, in der Geschichte nur der »Kampf gegen einen einzigen Gegner zu erkennen: Deutschland«, was seine Vorstellung einer fortwährenden Diskriminierung der Deutschen über alle Zeiten hinweg verdeutlichen und besiegeln sollte. 21 Im Sinne seiner historischen Neuinterpretation seien also fortwährend Feinde in Deutschland eingefallen, nicht umgekehrt – und die geteilte deutsche Nation die Leidtragende der Barbarei.

Mit dieser Geschichtsumdeutung wollte Willms mit dem vermeintlichen Irrglauben an die deutsche Kriegsschuld aufräumen, dessen Verbreitung er auf von ihm bezeichnete »Chefideologen« der »bundesrepublikanischen Schizophrenie« zurückführte.²² Was diese verkennen würden, sei, »daß die Anerkennung von Alleinschuld der Deutschen an Krieg und verbrecherischer Politik im Sinne der Definition der Sieger von 1945«, aber nicht im Sinne der Deutschen erarbeitet worden wäre und diese darüber hinaus »die Grundlage aller bundesrepublikanischen Legitimation« bilde.²³ Damit legte Willms den Alliierten zu Last, die deutsche Nation nach Ende des »Dritten Reichs« einer Siegerjustiz, ergo einer willkürlichen Rechtsprechung und Steuerung unterworfen zu haben, die bis in die 1980er Jahre andauere. Unter diese

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd., S. 16.

²¹ Mit diesen Stellungnahmen positionierte sich Willms zur Fischer-Kontroverse, der die deutsche Kriegsschuld für den Ersten Weltkrieg insbesondere in Hinblick auf seine Bedeutung für den Zweiten thematisierte, aber auch zum Historikerstreit, der Mitte der Achtziger bereits in vollen Zügen anlief. Vgl. Steffen Kailitz, »Der ›Historikerstreit‹ und die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, German Studies Review, Nr. 32 (2), 2009, S. 279–302, und Wolfram Wette, »Seit hundert Jahren umkämpft: Die Kriegsschuldfrage«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 2014, S. 91–101.

²² Ebd., S. 49.

²³ Ebd.

Unterdrückungspraxis fielen ihm zufolge die Entnazifizierung sowie die liberal-demokratische Gründung und Weiterentwicklung der Bonner Republik mitsamt Eingliederung in die NATO. Gegen die Aufklärung von »Schuld« in den NS-Prozessen der 1960er Jahre wandte Willms ein, dass diese »keine politische Kategorie« sei, sondern der »Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln« diene, womit er den Jeremiaden ehemaliger Nationalsozialisten uneingeschränkt Tribut zollte.24 Die Aufklärung von NS-Verbrechen könne demnach nur im politischen Interesse eines bösartigen »Feindes« sein und müsse daher augenblicklich revidiert werden. Schließlich rief er entschlossen dazu auf, die Vergangenheitsbewältigung schlechthin zu »boykottieren«, denn diese halte die Deutschen »nur davon ab, frei zu sein und die Frage nach der Zukunft zu stellen.«25 Wer Schuld predige oder »die Wunde Hitler« bis zum Umfallen offen halte, kämpfe demnach »nicht um, sondern gegen die deutsche Identität.«26 Willms übersteigerte seine erste Behauptung, durch die er die Alliierten für vergangene Kriegsgeschehnisse schuldig sprach, mit einer zweiten, dass nämlich angebliche Feinde weiterhin einen Krieg gegen Deutschland führten, indem sie die deutsche Identität mutwillig sabotierten. Tiefpunkt dieser Unterdrückung sei mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO erfolgt - mit der von außen herangetragenen »Demütigung«, »die Sieger über Deutschland >Freunde< nennen zu müssen.«27

Die Thesen und Diagnosen des Vordenkers eines neuen alten Nationalbewusstseins brachten völkischen Größenwahn und Sehnsucht nach Revision der NS-Vergangenheit zu einer Zeit zum Ausdruck, als die Diskussionen um das nationale Selbst- und Geschichtsverständnis in Wissenschaft und Populärmedien ausgesprochen ambivalente Stoßrichtungen einnahmen, obendrein ein geschichtspolitischer Abstieg durch die verlautbarte »geistig-moralische«

²⁴ An der Vorstellung einer sich im Krieg befindenden deutschen Nation festhaltend, forderte Willms die Abwicklung eines Friedensvertrags ein, ohne den der angebliche Konflikt mit den Besatzern nicht für beendet erklärt werden könne. In diesem Zuge liebäugelte Willms mit der sich seit den 1970er Jahren mobilisierenden Friedensbewegung, welcher er seine eigenen Vorstellungen von Frieden entgegenhielt, dieser aber zugleich vorwarf, noch zu sehr an humanistischen Prinzipien festzuhalten – als ob »vom Frieden zu reden etwas ›Höheres‹ [sei], als vom Vaterland zu reden«. Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 19.

²⁵ Ebd., S. 144.

²⁶ Ebd., S. 98.

²⁷ Ebd., S. 23.

Wende der Regierung Helmut Kohls drohte. 28 Voller Erwartungen stellte Willms ein Ende der Nachkriegszeit in Aussicht und kündigte eine nationalistische Stimmungslage in der Bundesrepublik an, wonach »Neue Stimmen« auf »neue Weise von Deutschland« sprechen würden. Seine Hoffnungen setzte er insbesondere auf die junge Generation, welche ein »neues Verständnis« für den alten Begriff »Vaterland« suche. 29 In ebenjene Furche eines historischen Selbstverständnisses säte der Professor seine eigenen Vorstellungen nationaler Identität. Den in den 1960er und 1970er Jahren vorangeschrittenen juristischen Aufklärungsbemühungen der deutschen Kriegsgräuel und der sich langsam etablierenden Holocaustforschung der 1980er Jahre hielt Willms eine alternative Geschichtsdeutung entgegen, welche die Schuld Deutschlands für den Vernichtungskrieg zu relativieren versuchte, indem sie sich als Gegenerzählung zu einer angeblich bis in seine Gegenwart anhaltenden deutschen Leidensgeschichte präsentierte.

Mit diesem reaktionären Gegenaufgebot trat er in eine Debatte über die Identität der Bundesrepublik ein, das infolge einer historischen Neubewertung der deutschen Vergangenheit auch neue innergesellschaftliche sowie internationale Diskussionen eröffnete.³⁰ Nicht nur widersprach Willms mit seinen Thesen dem offenkundigen historischen Befund der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, sondern auch der Legitimation der Bonner Republik: das Eingeständnis der Kriegsverbrechen und die Selbstverpflichtung zur Abkehr von totalitaristischen und militaristischen Alleingängen.

Willms unterbreitete seinem Publikum eine alternative Perspektive auf die Vergangenheit und beteuerte, eine objektive Deutung der Vor- und Nachkriegsjahre darzulegen, das heißt von jeglichen politischen Interessen

Vgl. Dietmar Süss, »Hochkonjunktur für Scheinheilige. Der Skandal um die ›Hitler-Tagebücher« und der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1980er Jahren«,
und Franka Maubach, »Normalisierung und Kritik. Zum ›Geschichtsboom« seit den
1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisierung der Deutschen, Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 220–237 und S. 238–251.

²⁹ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 18.

Als Beispiel für internationale Überlegungen zur deutschen Kriegsschuld sei hier der Philosoph Vladimir Jankélévitch genannt, der der Frage nach einem möglichen Verzeihen deutscher Schuld im französischsprachigen Raum nachging. Vgl. Vladimir Jankélévitch, Das Verzeihen, Frankfurt a.M. 2002, sowie Claus Leggewie, »Kein Pardon. Ausländische Reaktionen auf den westdeutschen Historikerstreit und der Beitrag des Philosophen Jankélévitch«, in: Leviathan, Nr. 15, 1/1987, S. 187–190.

befreit. ³¹ Erstaunlicherweise hielt er jedoch mit ebenjener Geschichtsdeutung an einem Narrativ fest, das ursprünglich von ehemaligen Nationalsozialisten nach der Kriegsniederlage entwickelt und vertreten worden war. Bis in die späten 1960er Jahre hinein verstanden sich die meisten Bundesbürger zwar als »unschuldige Zuschauer« des vorangegangen Vernichtungskriegs – ein Eindruck, der durch die spärlich greifende Entnazifizierungsstrategie der Alliierten bestärkt wurde –, schwiegen zugleich aber über die Gräueltaten, für die letztlich nur ein kleiner Teil der NS-Führerschaft strafrechtlich belangt wurde. ³² Die meisten der unmittelbar am Vernichtungskrieg Beteiligten hielten dies im Zuge der Entnazifizierung vor Justiz und Behörden bedeckt, sahen sich angesichts der anwachsenden Aufklärungsbemühungen seit den 1960er Jahren jedoch erneut von Strafverfolgung bedroht. ³³ Das einst fruchtbare Schweigen zum Vergangenen musste durch ein imposantes Reden über das Leiden in der Gegenwart ersetzt werden.

Obgleich solch kreative Reinterpretationen der Geschichte bei vormaligen NS-Verantwortlichen die Frage nach persönlicher Schuld umkreisten, dienten sie Willms vor allem zur Umdeutung befleckter Nationalidentität, schließlich zur philosophischen Rechtfertigung einer großangelegten nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Seinem historischen Befund, der sich auf eine in Kriegstreiberei verkehrte Paranoia berief, unterlagen zwei tückische Fehlschlüsse. Als erstes Hilfsmittel aus der Trickkiste der Sophisterei griff Willms nach dem politischen Strohmann. Zum einen ignorierte er, dass die von den Alliierten zunächst aus sicherheitspolitischen Gründen in Gang gesetzten Entnazifizierungsprozesse nur wenige NS-Verantwortliche vor Gericht brachten und in der Bundesrepublik 1951 offiziell für beendet erklärt wurden – in der DDR bereits 1948. Seiner Apologie, es gebe »keine Möglichkeit, ein Volk als Ganzes für schuldig oder unschuldig zu erklären«, lag die Vorstellung zugrunde, ein gesamtdeutsches »Volk« habe sich dem

³¹ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 82-83.

³² Vgl. Mary Fulbrook, » Unschuldige Zuschauer in deutscher Geschichte und Erinnerung«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/ Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisierung der Deutschen, Göttingen 2020, S. 51–64, und Saul Friedländer, » Wohin die Erinnerung führt«, in: ebd., S. 28–38.

³³ Zur Entnazifizierung sowie zu den in der Bevölkerung populären Argumentationsweisen und Deutungen der eigenen NS-Vergangenheit in den westlichen Besatzungszonen siehe Hanne Leßau, Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020, S. 37–54 und S. 199–267.

Kriegstribunal stellen müssen, nicht nur ein überschaubares Personal aus der NSDAP-Führung, womit er eine Viktimisierung der Deutschen vorantrieb.³⁴ Zum anderen unterschlug er, dass sich die Entnazifizierung zunächst in einer innergesellschaftlichen Auseinandersetzung ausprägte und eine umfassendere juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung erst in den Jahren nach der Besatzung allmählich voranschritt. Sprich: Willms' imaginierter »Feind« hielt zur Verschleierung wirklicher Aufklärungs- und Demokratiedynamiken in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte her. Die bösartigen Interessen ominöser »Feinde Deutschlands« ersetzten eine Erklärung für das in den 1970er Jahren aufgebrochene Schweigen über die NS-Vergangenheit und für die Westintegration, die bereits auf mehrere Jahrzehnte datierte. Es waren keine Feinde, sondern die demokratisch legitimierte Regierung Adenauers, die den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO beschloss. Es waren keine Feinde, die nach 1951 die Ausschwitz-Prozesse initiierten, sondern Bürger Westdeutschlands wie Fritz Bauer, damaliger hessischer Generalstaatsanwalt, oder der ehemalige Generalsekretär des Internationalen Auschwitzkomitees Hermann Langbein - wenngleich mit geringem Erfolg. Statt dies anzuerkennen, erklärte Willms diejenigen, welche die Vergangenheitsbewältigung maßgeblich in Gang gesetzt hatten, aber auch die, die sich nicht dagegen auflehnten, schamlos für zu »dumm« und zu »bequem«, um zu erkennen, dass ihre Handlungen fremden Mächten zugutekämen.³⁵

Willms zweites Sophisma, das die Teilung und Unterwerfung der deutschen Nation als das eigentliche Übel der Nachkriegsgeschichte ausgab, erzielte nicht bloß eine Aufrechnung von Gräueltaten und Sanktionen; es ging ihm nicht nur um eine mögliche Äquivalenz von Verbrechen und Strafe. Mit seinem an den Grenzen zum Verfolgungswahn angesiedelten nationalen Verfallsnarrativ versuchte er schlicht, die faktischen Rollen von Täter und Opfer zu verkehren, das heißt die Schuld für vergangenes und gegenwärtiges Elend nicht nur zu relativieren, sondern den äußeren »Feinden« Deutschlands anzukreiden. Selbst dann, wenn man Willms' Behauptungen wohlwollend nachvollziehen wollen würde, das heißt im Sinne eines Versuchs, Elend mit Elend zu vergleichen und abzuwägen – die Teilung Deutschlands war de facto eine infolge von Kriegsverbrechen auferlegte Sanktion –, zeigt sich, dass seine These lediglich der Rhetorik diente: Die Abwehr moralisch und juristisch gerechtfertigter Schuldzuweisung durch Verweis auf eine Untat des Klägers entbehrt

³⁴ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 143.

³⁵ Ebd., S. 82.

der Klage nicht. Die Gründe für die deutsche Teilung und für die Formulierung »nie wieder« sind schließlich allgemein bekannt.

Willms befand sich in der misslichen Lage, nationale Besinnung und Synkope zugleich einzufordern. Mit diesem eklektizistisch anmutenden Auftakt zum Boykott der NS-Geschichte formulierte er eine alternative und auch etwas verzweifelt anmutende Erklärung, die das fortschreitende Scheitern seines Projekts einer Restauration deutscher Identität dubiosen »Feinden« aufbürdete. Seine Stellungnahmen zur vermeintlichen Unterdrückung der deutschen Identität greifen jedoch weiter.

Das Leiden unter politischer Sinnlosigkeit

Nebst einer angeblich durch äußere Gewalten erfahrenen Diskriminierung und einer oktroyierten Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit führte Willms den Mangel der Deutschen an nationalem Selbstbewusstsein auf eine interne Misere der Bonner Republik zurück. Auf die erhoffte Nationalrevolution deutend, konfrontierte er sein Publikum mit einer angeblich von den Alliierten errichteten Bedrohung, die scheinbar den Weg zur Wiedervereinigung versperre – die liberale Demokratie.

Demnach sei »Deutschland« von »der Macht der hirnverheerenden Schwundform eines westlichen Liberalismus« bedroht, der den Einzelnen nur noch lehre »zu fordern, zu genießen, sich in der Mittelmäßigkeit einer Massenkultur wohlzufühlen« und »deren Gleichheitsvorstellungen alle Freiheit ersticken« würden.³6 Ein freies Leben in Deutschland sowie eine »Erneuerung des Nationalbewußtseins in allen Bereichen« verlange Willms zufolge aber, den »Unterschied zwischen den Deutschen und den Fremden, die in Deutschland leben, nicht unter Vorgabe abstrakt-menschheitlicher Gesichtspunkte« zu verwischen, denn keine Nation trage »irgendeine Verantwortung für die Menschheit, höchstens für die Humanität ihrer eigenen politischen und gesellschaftlichen Praxis – aber auch dies nur vor sich selbst.«³7 Die heraufbeschworene Bedrohung, welche die Bundesrepublik angeblich heimsuche, führte er nicht nur auf die Ermangelung deutschen Selbstbewusstseins, sondern auch auf das Fehlen eines öffentlichen Feindes zurück, der das politische Gegenstück zum befreundeten »Volk« darstelle. »Die deutschen Volksgruppen

³⁶ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 20.

³⁷ Ebd., S. 60.

in Osteuropa«, so der Mahner, hätten den Deutschen »näher zu stehen als die Gruppen von Gastarbeitern in Westdeutschland, für deren Schicksal in erster Linie ihre jeweils eigene Nation verantwortlich« sei. 38 Seine friedliebenden Absichten versuchte Willms damit zu versichern, dass es ihm nicht darum ginge, »ein Feindbild aufzubauen«, wie es die in der DDR Herrschenden offensiv täten, sondern einfach nur »darum zu wissen und zu entscheiden, wer Feind« sei und »wer nicht«; wer wiederum anderer Meinung sei als seiner, erklärte Willms gleichwohl, den strengen Ton anhebend, für »absolut politikunfähig.«³⁹

Dahingehend bemängelte er an der Politik und Wortwahl des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, dass dieser »in bezug auf die Gastarbeiter« unterschiedslos von »ausländischen Mitbürgern« spreche, und bezeichnete dies als »Demagogie«.4° »Die Verschiebung der Entscheidung über Freund und Feind in diesem Sinne in einen allgemeinen Menschheitsbegriff«, demgemäß Genscher Migranten »unsere türkischen Mitbürger« nannte, zeige nur an einem Beispiel, wie notwendig die Politik der Bonner Bundesrepublik »statt eines allgemeinen Menschheits- und Friedensmüslis das harte Brot des strengen politischen Denkens« eines Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes oder Carl Schmitt bräuchte.41 An Dreistigkeit kaum zu überbieten, erhob Willms noch einen intellektuellen Führeranspruch: »Wer immer« seine Schrift lese und ihr grundsätzlich zustimme, sei nämlich »Freund Deutschlands«.42

Seiner politischen Gegenwart attestierte der resignierte Nationalist blanke Sinnlosigkeit.⁴³ Aus der Tatsache, dass diejenigen, die seiner Meinung nach nicht zu Deutschland gehörten, aber in Deutschland lebten, und diejenigen, die seiner Ansicht nach zu Deutschland gehören müssten, jedoch nicht in Deutschland lebten, schlussfolgerte er die politische Illegitimität der Bonner Republik. Weil diese nur ein Fragment des deutschen Kollektivwillens repräsentiere und vertrete – noch hinzu den Willen von Fremden –, könne sich der westdeutsche Staat »nicht anders als ein Teil Deutschlands auffassen« und

³⁸ Ebd., S. 60.

³⁹ Ebd., S. 122.

⁴⁰ Ebd., S. 60-61.

⁴¹ Ebd., S. 122-123.

⁴² Ebd., S. 65.

⁴³ Vgl. ebd., S. 83.

müsse sich »weiterhin als Provisorium« oder »Entwicklungsland« sehen. ⁴⁴ Den Gipfel seines revisionistischen Ausflugs erklomm Willms schließlich mit der Aussage, dass die Siegermächte dieses Legitimationsdefizit aufgrund eines fehlenden Friedensvertrags hervorgebracht hätten, nachdem sie »im Mai 1945 die letzte deutsche Regierung gefangengenommen« haben. ⁴⁵

Willms wollte einen radikalen Gegenentwurf zu den scheinbar dadaistischen Gesellschaftsverhältnissen der Bonner Demokratie aufbieten, welcher den Sinn einer nationalen Wiedervereinigung begründen sollte und inhaltlich einen *politischen Amoralismus* positionierte – eine Trennung von Politik und Moral. Demnach implizieren politische Eingrenzungen auch moralische Begrenzungen. Das bedeutet, dass sich ein politisches Gemeinwesen nur gegenüber einem partikularen »Volk« zu verantworten habe und umgekehrt. Zwischen national geschlossenen und politisch verfassten Gruppen – zwischen den Freunden und Feinden einer Nation – verlaufe also zugleich die Grenze der Moral, was sie nicht befuge, in die Gesellschaftsverhältnisse der jeweils anderen in irgendeiner Form einzuwirken, geschweige denn an diesen zu partizipieren.

Mit dieser Position dachte Willms einen antikolonialen und antiimperialistischen Frieden an, den er für die deutsche Nation angesichts ihrer vermeintlichen Besatzung durch Fremde und Feinde erhoffte. Über eine Trennung von Politik und Moral erklärte er aber auch, dass es sich bei diesen politischen Feinden um keine moralischen handle. Blickt man in die Tiefe dieses begrifflichen Grabens, erkennt man die Bodenlosigkeit seiner politologischen Thesen. Wenn Willms meinte, er wolle mit einer klaren nationalen Eingrenzung keine Feindpropaganda anzetteln, sondern »nur« im Namen der Eintracht Wissen und Entscheidung über Zugehörigkeit und Ausschluss von Bürgern weitergeben, birgt dieses »nur wissen und entscheiden wollen« bereits die erste Lüge: Er forderte damit keine *metaphorische* Propagierung

⁴⁴ Ebd., S. 50f.

⁴⁵ Ebd., S. 39. Willms' Geschichtsdeutungen und Thesen wie diese werden nicht nur in gegenwärtigen rechten Intellektuellenmilieus aufgegriffen, sondern finden sich ihrem Gehalt nach auch in rechten aktivistischen Netzwerken und unter sogenannten »Reichsbürgern« wieder. Vgl. Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012, sowie Yasemin Désirée Krüger, »Reichsbürger« als eigenständiges soziales Protestphänomen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Nr. 30, 2017, S. 1–20, sowie Dirk Wilking, »Reichsbürger«. Ein Handbuch, dritte Auflage, Potsdam 2017.

⁴⁶ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 120f.

von »Feindbildern«, wie er zu beruhigen versuchte, dafür aber eine *reale* Segregation von Menschen, was das exakte Gegenteil besänftigender Worte ist – nämlich ein Grund zum Entsetzen. Denn Willms sprach den immigrierten Bevölkerungsgruppen essenzielle Bürgerrechte ab und entzog ihnen damit nichts anderes als die *reale* Berechtigung, politische Ansprüche und Forderungen an ihre Lebensverhältnisse zu richten.

Sein zweiter Trugschluss liegt im Versuch, politische Sinnlosigkeit durch den Entzug der Moral aus der Sphäre des Politischen zu überwinden. Mit der Trennung von vermeintlich privater Moral und öffentlicher Politik unterschlug er, dass politisches Recht in Wirklichkeit die objektive Manifestation subjektiver Moral ist. Mit diesem homöopathischen Heilsversprechen bezweckte Willms sowohl den Entzug moralischer Verantwortung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, damit einhergehend deren Ausgrenzung, als auch eine Loslösung Deutschlands aus seiner internationalen Verschränkung – entsprechend der Formel: Keine Verantwortung dem Anderen«. Damit delegitimierte er nicht nur etwaige Ansprüche von »Anderen«, sondern deren politische Handlungsberechtigung als solche, was dem Begriff des Feindes inhärent ist.

Kollektivistische Fantastereien wie diese bestimmen bis heute den Kern rechter Identitätspolitik. Aus nationaler Gruppenzugehörigkeit werden vermeintliche Ansprüche auf konsensuelles Handeln im Namen der Nation erhoben und Forderungen abgeleitet, die auf eine Absonderung »Fremder« aus der gesellschaftlichen Teilhabe hinwirken. Auch außenpolitisch bezwecken solch identitäre Forderungen in der Regel nationalistische Alleingänge, also Entscheidungen, die mit Rekurs auf ein nationales Selbstbestimmungsrecht internationalen Konsens und universale Menschenrechte zu übergehen suchen - um sich damit Handlungswillkür und Narrenfreiheit gegenüber inneren und äußeren »Anderen« zu verschaffen. Damit appellierte Willms für das genaue Gegenteil von politischer Verantwortung, nämlich für einen Freifahrtschein zur Entrechtung angeblicher Feinde. Umgekehrt wünschte er sich die großdeutsche Wiedervereinigung nicht aus moralischen Gründen er prangerte beispielsweise die diktatorische Herrschaft im Osten nicht an -, sondern verlangte den Ein- und Zusammenschluss eines deutschen »Volkes« auf Basis erträumter sozialer Eigenheit, weshalb auch die demokratischen Österreicher eingemeindet werden sollten. Ähnliche Alternativmedizin verschrieb schon Hitler seinem »Volk«, als er diesem nationale Heilung durch soziale Reinigung versprach.

Mit seinen Thesen besorgte Willms letztlich das antiliberale Mauerwerk eines Theoriegebäudes, das nach außen Schutz vor einer angeblichen Fremdsteuerung durch Feinde bot und im Inneren eine großdeutsche Wiedervereinigung versprach. Erstmalig gegen einen liberaldemokratischen Staat gewendet, waren ähnliche Gedankengänge von Willms' geistigem Vorbild Carl Schmitt angeführt worden, der bereits die Weimarer Republik als politische Entartungserscheinung aufgefasst und zum Scheitern verdammt hatte. 47 Aus dem Sammelsurium entgleister Hüter des »Volkes« war es ebenjener Schmitt, den Willms als einen zentralen Stichwortgeber für sein nationalrevolutionäres Programms auserwählte, habe dieser doch gewusst, dass es liberalen Demokratien an klaren Feindschaftsverhältnissen mangele und Fremde grundsätzlich Feinde seien. 48 Dass Schmitt in seinem völkischen Wahn sowohl gezielt gegen die erste deutsche Demokratie gegeifert und damit das Klima für das kommende »Dritte Reich« aufbereitet, als auch nach 1933 für Kriegsstimmung und antisemitische Hetze gesorgt hatte, verschwieg er. Stattdessen tat er den zeitweiligen Aufruhr um die NS-Karriere seines geistigen Erblassers – dass Schmitt in der Bundesrepublik »immer noch wie eine Ausgeburt des Bösen behandelt« werde – als Irrtum seiner Gegner an, die vom Liberalismus verblendet seien. 49 Darüber, was an Schmitts Ziel »einer endgültigen Beseitigung von Juden aus der juristischen Praxis und Wissenschaft« misszuverstehen sei, verlor Willms ebenfalls kein Wort.50

Selbstbeladen mit ideologischen Erbschaften und ausgestattet mit eigenen Versatzstücken präsentierte Willms seiner Leserschaft Problembewusstsein und Lösung zugleich, was eine derart großangelegte nationalistische Agenda in den 1980er Jahren unweigerlich erforderte. Zwar mussten nicht seine Volkskameraden, wohl aber eine scheinbar identitätsirritierte Mehrheit an die Phantasmagorie des Feindes und der Nationalrevolution erinnert werden, um diese im Folgeschritt überhaupt erst aufleben lassen zu können – womit nicht nur »[d]ie Deutschen« gemeint waren, die »in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR« lebten, sondern auch »die in Österreich«. ⁵¹ Warum der

⁴⁷ Vgl. Dirk van Laak, Gespräche, S. 174.

⁴⁸ Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1979, S. 15.

⁴⁹ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 63.

⁵⁰ Carl Schmitt, »Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den j\u00fcdischen Geist«, in: ders., Das Judentum in der Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vortr\u00e4ge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im NRSB am 3. und 4. Oktober 1936, Berlin 1936, S. 29–30.

⁵¹ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 50.

Mangel an nationalem Selbstbewusstsein und der Weg zur nationalen Einheit für ebenjene Deutsche von existenzieller Bedeutung sei, versuchte Willms mit einem Exkurs in die Philosophie darzulegen.

Aufruf zu kollektiver Unterordnung

Neben seinen revisionistischen Höhenflügen und politologischen Abgründen stieß Willms in *Identität und Widerstand* einen erstaunlich gleichmütigen Gedankengang an, der die von ihm herbeigesehnte nationale Wiedervereinigung Deutschlands einer philosophischen Prüfung unterzog. Eine befleckte deutsche Identität und eine durch feindliche und fremde Interessen beeinflusste Nation bedeute seiner Meinung nach zugleich, dass jeder Deutsche mit Freiheitsverlust konfrontiert sei. Weil die deutsche Nation geteilt war, so der Politikwissenschaftler, sei der einzelne Deutsche auch in seiner Autonomie beschränkt.

»Mensch aber und frei«, so Willms, sei »der Einzelne nur im Ganzen, im Geben und Nehmen, in Pflicht und in Erkenntnis des Sinnes« - und dieses Ganze bilde die Nation.52 Wer in der Bundesrepublik »an liebgewordenen individuellen Freiheiten« hänge, müsse entsprechend daran erinnert werden, »daß es auch für den Einzelnen keine wirkliche Freiheit [...] ohne nationale Selbstbestimmung« gebe. 53 Die Souveränität eines nationalen Kollektivs, so seine These, bedinge die freie Selbst- und Sinnerfahrung derjenigen, die Teil der Nation sind. Die Selbstbestimmung des Einzelnen hänge demnach prinzipiell von einer Selbstbestimmung des Ganzen ab; nur im Selbstsein der Nation könne ein einzelner Mensch auch er selbst sein. Wenn umgekehrt die Souveränität der Nation eingeschränkt ist, dann auch die des Einzelnen. Faktisch existiere Willms zufolge seit 1945 keine souveräne deutsche Nation. Denn weil Deutschland infolge seiner Teilung de facto »kein ›Selbst‹, keine politische Einheit mit einem politischen Willen« habe, sei das Leben und Handeln eines jeden deutschen Bürgers der alten Bundesrepublik - egal ob Kapitalelite, Volksparteien wählende Durchschnittsbürger oder von Armut und Gewalt Gefährdete - auch faktisch beschränkt, was seine Grundvoraussetzungen anbelange. 54 Solange demnach eine ursprüngliche deutsche Nationalgemein-

⁵² Ebd., S. 20.

⁵³ Ebd., S. 43.

⁵⁴ Ebd., S. 41f.

schaft durch die Aufteilung in zwei oder mehr Staaten an ihrer nationalen Souveränität behindert werde, könne der einzelne Deutsche an keinem wirklichen, das heißt politisch verfassten Nationalwillen partizipieren. Folglich, so Willms' Argument, würden alle Deutschen in der Bundesrepublik de facto mit ihren subjektiven Lebensentwürfen stetig scheitern. Um solch eine existenzielle Krise zu überwinden, müsse die deutsche Nation wiedervereinigt sein. Und da Selbstbestimmung und Freiheit intrinsischen Wert haben, rechtfertige dies auch den Wert der Nation und müsse daher *objektiv* betrachtet, wenn auch faktisch subjektiv nicht der Fall, im Interesse eines jeden Deutschen liegen. Dass, historisch betrachtet, ein Bekenntnis zur oder das Interesse an einer deutschen Identität – die sich scheinbar philosophisch eröffnende Einbahnstraße zur Freiheit – in breiter Masse nicht vorlägen, erklärte sich Willms wenig erstaunlich über eine andauernde Unterdrückung des deutschen Selbstbewusstseins durch die angeblichen Feinde Deutschlands.

Zur Begründung seiner These, dass die nationale Selbstbestimmung die Autonomie des Einzelnen bedinge, holte er die Philosophie des Idealismus aus der alten Schatztruhe deutscher Argumentationswunder - Fichte, Schelling, Hegel –, gegenüber denen er anmerkte, dass diese ja Deutsche seien und darum a priori von höherer Bedeutung. Insbesondere mit Bezug auf Hegel versuchte Willms, seine These dadurch zu begründen, dass sich die Freiheit des Menschen generell nur in einem partikularen »Volk«, das heißt in einer geschlossenen Nation verwirklichen lasse. Das Erkenntnisinteresse des Philosophen, das Wirken der Vernunft in Natur und Menschenwelt, bog sich Willms jedoch gemäß eigentümlichen politischen Vorstellungen zurecht. »Wenn die Wirklichkeit des Menschen Freiheit« ist, dann müsse »diese Freiheit verwirklicht werden«. »Verwirklichen« hieße laut Hegel »nicht Ausdenken, sondern konkret, in der Geschichte, in Zeit und Raum, realisieren.« Die Wirklichkeit eröffne sich durch »die Idee«, das heißt im »Miteinander von Bewußtsein, geschichtlicher Prägung und Arbeit an der Verwirklichung« - also in der objektiven Übereinstimmung eines Gegenstands mit sich selbst. »Und da es sich bei der Idee der Freiheit um eine menschliche« handle, sei »ihre Verwirklichung nur gemeinschaftlich und in einem konkreten Volk, das heißt politisch, möglich. « Darum auch sei die Philosophie des objektiven Idealismus grundlegend »politisch« und besage, dass sich menschliche Freiheit »durch bestimmte und für bestimmte Menschen« in einem partikularen »Volk« verwirkliche – sprich: in der Übereinstimmung der Deutschen mit dem deutschen Volkswillen.⁵⁵ Wenn sich also das Wesen des Menschen nur durch und in der Nation realisiere, dann könne der einzelne Mensch auch nur frei sein, wenn die Nation frei ist.

Bekanntlich hängt der Wahrheitsgehalt einer Konklusion im Falle eines formal gültigen Arguments vom inhaltlichen Wahrheitsgehalt der Prämissen ab. Sieht man von Willms' paranoider Behauptung einer Fremdbestimmung Deutschlands durch Fremdeinflüsse ab - Siegermächte und »Gastarbeiter«, mitsamt hauseigener Bequemlichkeit und Dummheit der Deutschen -, die seine zweite Prämisse als vermeintliche Tatsache hinstellt, setzt sein Schluss, dass sich die bundesrepublikanischen Bürger keiner wahren Freiheit erfreuen könnten, zwei weitere Fehlannahmen voraus. Willms wollte nicht dafür argumentieren, dass die Partizipation an einem Gemeinwesen und die Entwicklung sozialer Bindungen und Rollen die Selbstbestimmung des Einzelnen befördere - diese für die freiheitlich-demokratische Praxis grundlegende Einsicht hätte den nationalrevolutionären Forderungen des Erben Schmitts nicht genügt. Als erstes jubelte Willms seiner Leserschaft einen ethnisch fixierten Nationenbegriff unter, dem die Vorstellung eines die Geschichte übergreifenden und geschlossenen »Volkes« zugrunde lag. Die Identität eines solchen Nationalkollektivs berief sich nicht im Sinne eines Demos auf eine gemeinsam geteilte Verfassung - ein Nationenbegriff, welcher der Bundesrepublik in die Wiege gelegt worden war -, wohl aber gemäß der antiquierten Vorstellung eines Ethnos, das heißt eines »Volkes« auf Grundlage verwandtschaftlicher oder ethnischer Bindungen. Willms setzt also durch die Doppelsinnigkeit des Ausdrucks »Nation« das »Volk« als Ethnos voraus. Auf dieser Bedeutungsverschiebung gründet seine Konklusion, wonach die Deutschen in der Bundesrepublik nicht frei seien, weil ein der politischen Praxis vorangestellter ethnischer Volkswille fehle - nicht, weil die Gemeinwesen von Bundesrepublik, DDR und Österreich überhaupt keinen Gemeinwillen, wohl aber nicht den des deutschen Ethnos repräsentierten. Faktisch war die Bevölkerung Deutschlands wenige Jahre nach Kriegsende zumindest im Westen in ein politisches Gemeinwesen eingebunden, wiewohl dieses Willms' ethnischen Kriterien nicht genügte oder unter Berücksichtigung anderer Aspekte ernstzunehmende Defizite aufwies.

Zudem fantasierte sich Willms eine deutsche Masse herbei, die aus behaupteten objektiven Gründen – einer ethnischen Herkunftslinie – an einer großdeutschen Wiedervereinigung interessiert sein müsse, womit er einen

⁵⁵ Ebd., S. 29.

deutschen Volkswillen postulierte und diesen selbst gleichschaltete. Denn damit setzte er die Existenz eines einheitlichen Kollektivwillens voraus, der bereits vor der Einbringung individueller Interessen in das Geflecht sozialer und politischer Beziehungen überindividuelle Präferenzen angeblich objektiv begründe. Herkunftsbedingte Identität aber ist kein Grund, keine Voraussetzung für die Bildung eines Gemeinwillens und sagt nichts über die Interessen und Werte eines Individuums oder einer sozialen Gruppe aus. Der Gemeinwille ist Resultat, nicht Vorbedingung des Politischen. Ebendarum ordnete Hegel den Bereich des Politischen dem »objektiven« und nicht dem »absoluten Geist« zu. Die politische Vermittlung subjektiver Interessen ist von den Interessen des Anderen bedingt und nie absolut homogenisierbar, weil, einfach gesagt, nicht alle dasselbe wollen. Die Pluralität individueller Interessen ist die gesellschaftliche Ausgangssituation, aus der heraus erst kollektiver Konsens über soziale Verständigungsprozesse vermittelt wird. Die kollektivistische Loslösung des Volksbegriffs, wie sie Willms vornahm, verkennt jegliche innergesellschaftliche Interessenvielfalt und unterstellt zudem eine Einheitlichkeit von Interessen eines imaginativen Volkswillens.

Wenn sich Willms in diesem als auch in anderen Kontexten darüber mokierte, dass »die Niederlage der Nation« keine »Befreiung« sei oder eine Nationalrevolution von irgendwelchen feindschaftlichen und fremden Interessen gehindert würde, leugnete er immer wieder die faktische Interessenpluralität, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft gegenüber genannter Problemkomplexe vorherrschte.⁵⁶ Mit diesem roten Hering wich er aber nicht nur der Tatsache aus, dass die Interessen der bundesdeutschen Bürger selbst in Hinblick auf die Wiedervereinigung sehr unterschiedlich waren, sondern auch dem Fakt, dass Angehörige jener Bevölkerungsgruppen, welche zwischen 1933 und 1945 der Vernichtung bzw. der systematischen Ermordung – Juden, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung – entkommen sowie konsequenter Verfolgung – Oppositionelle, Homosexuelle – ausgesetzt gewesen waren, kein Interesse an einer Renationalisierung ihrer Gesellschaftsverhältnisse hatten, vor allem keiner ethnozentrischen - und, dass sie den Sieg über das Regime tatsächlich als Befreiung empfanden. Willms' selbsterkorene Freunde bildeten faktisch nur eine kleine randständige Gruppe.

Obwohl – zweitens – Willms' philosophische Begründung einer nationalen Wiedervereinigung den Begriff menschlicher Freiheit argumentativ ins Zentrum stellte, verklärte sie diesen in einen Begriff absoluter Heteronomie. Nach

⁵⁶ Bernard Willms, Identität und Widerstand, S. 17.

seiner Vorstellung erlange der Mensch erst durch seine Auflösung in ein Kollektiv vollständige Selbstbestimmung – eine These, die eher katholisch und romantisch geprägten Spekulationen über das Wesen menschlicher Freiheit entsprach als der Hegels. Die Freiheit des Einzelnen leitete er aus der Freiheit des Kollektivs ab, weil er voraussetzte, dass die Identität des Einzelnen auf nichts anderes als auf seine Zugehörigkeit zu einer Nation verweise – zwischen personaler und kollektiver Identität machte er keinen Unterschied. Folgt man dem Gedankengang, erlange der Einzelmensch erst über seine Einbettung in eine Nationalgemeinschaft eine vollständige Einheit. Hierdurch verkehrte er einen aufgeklärten Begriff von Individualität ins Gegenteil: Er degradierte den Einzelmenschen aufs Dividuum und stellte das Kollektiv als das eigentliche Individuum hin.

Über diese begrifflichen Verschiebungen verlagerte er auch den Begriff der Authentizität als solchen aufs Kollektiv. Ausgehend von der Annahme, dass das »Mit-sich-Selbst-Übereinstimmen« und das »Mit-dem-Kollektiv-Übereinstimmen« in besonderer Weise metaphysisch verschränkt seien, konnte er die Wirklichkeit von Freiheit nicht als Erfahrung menschlicher Subjekte, sondern als Eigenschaft einer Nation beschreiben. Das habe, so seine Konklusion, für die politische Praxis zur Folge, dass sich der Einzelne dem Gemeinwillen seiner Nation beugen müsse, noch bevor er politisch aktiv werde – ein Schluss, der das genaue Gegenteil autonomer Lebensführung bedeutet: nämlich Fremdbestimmung.

Allem voran aber begründete Willms über diesen Weg nicht das, was er wollte, nämlich die Wiedervereinigung. Indem er die Freiheit des Einzelnen aus der Freiheit des Kollektivs ableitete, setzte er eine Rechtfertigung für die Wiedervereinigung der deutschen Nation voraus, statt für diese zu argumentieren, was schlichtweg eine petitio principii ist. Damit verschob er die Frage nach einer Begründung von Freiheit auf die Nation – wenn also die Selbstbestimmung der Nation Grund für die Autonomie des Einzelnen ist, worin gründet dann die Freiheit der Nation? Willms' ethnizistische Ausschweifungen geben hierüber Auskunft: Ihm zufolge setze ein Nationalwesen die Existenz des deutschen Volkes schlichtweg voraus. Damit jedoch vermittelte der Politikwissenschaftler keine philosophische Einsicht, sondern formulierte einen Aufruf an sein Publikum, es möge sich mit seinem ganzen Denken und Handeln der Nation hingeben – nicht unähnlich der Aufforderung des NS-Regimes 1933,

die Deutschen sollten sich »mit ihrem ganzen Denken und Handeln dem Nationalsozialismus«⁵⁷ verschreiben.

Gefährliche Erbschaften

Bernard Willms gehörte zu den Sammlern und Lieferanten völkischer Ideologieartefakte, der die rechtsintellektuelle Begriffs- und Theoriebildung vor 1990 maßgeblich prägte und künftigen nationalistischen Milieus als Passage reichte. Identität und Widerstand baute eine Brücke zwischen den Verfechtern der Konservativen Revolution und den Vertretern der Neuen Rechten – Intellektuellenmilieus, die seit jeher und Willms ähnelnd mit imposanten Lehrsätzen Furcht vor dem eigenen Identitätsverlust einzuflößen vermochten. Der in den 1980er Jahren verfassten Schrift, die besonders eindrücklich und rhetorisch gefeit für ein Ende der deutschen Teilung plädierte, kommt zwar angesichts der tatsächlich eingetroffenen Wiedervereinigung nur eine geminderte Bedeutung zu, weist jedoch Argumentationsmuster und Gedankenfiguren auf, die für das Verständnis von und für eine Kritik an völkischer Ideologie von elementarer Bedeutung sind, die bis heute Popularität erfahren. Das Relativieren der deutschen Kriegsverbrechen, das Leugnen der deutschen Kriegsschuld, das Heraufbeschwören eines bestehenden Kriegszustands in Deutschland, das Bestreiten der politischen Legitimität der Bundesrepublik, das Erheben nationaler Identität auf die Ebene des Sakralen sowie das Herabsetzen von »Feinden« in die Sphäre des Bösen: solcherlei Ansichten und Szenarien werden bis heute von NPD-Kreisen, von selbst ernannten »Reichsbürgern« und von anderen repliziert.

Umso gefährlicher mutet es an, dass derartige Gedanken von einem staatlich angestellten Politikwissenschaftler in Umlauf gebracht werden konnten. Mit dem Ausgang der Wiedervereinigung, auf die er philosophisch hingearbeitet hatte und die auch den Wegfall politischer Forderungen seitens der Alliierten besiegelte, war Bernard Willms jedoch nicht zufrieden. Kurz bevor der Zwei-plus-Vier-Vertrag in Kraft trat, nahm sich der neurechte Hochschullehrer im Februar 1991 das Leben.

⁵⁷ Vgl. Hanne Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, S. 252.

Literatur

- Botsch, Gideon, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012.
- Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007.
- Friedländer, Saul, »Wohin die Erinnerung führt«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 28–38.
- Fulbrook, Mary, » Unschuldige Zuschauer in deutscher Geschichte und Erinnerung«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 51–64.
- Hundseder, Franziska, »Ein gefährlicher Vordenker: Bernard Willms«, in: *Vorgänge*, Nr. 91, 1988, S. 11–13.
- Jankélévitch, Vladimir, Das Verzeihen, Frankfurt a.M. 2002.
- Kailitz, Steffen, »Der ›Historikerstreit‹ und die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, in: *German Studies Review*, Nr. 32 (2), 2009, S. 279–302.
- Klönne, Arno, »Zurück zur Nation? Risiken der Suche nach deutscher Identität«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1986, Nr. 1, S. 5–12.
- Kodalle, Klaus-Michael, »Carl Schmitt und die neueste Hobbes-Literatur«, in: *Philosophische Rundschau*, Nr. 18, 1972, S. 116–130.
- Krüger, Yasemin Désirée, »Reichsbürger« als eigenständiges soziales Protestphänomen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Nr. 30, 2017, S. 1–20.
- Laak, Dirk van, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993.
- Leggewie, Claus, »Kein Pardon. Ausländische Reaktionen auf den westdeutschen Historikerstreit und der Beitrag des Philosophen Jankélévitch«, in: Leviathan, Nr. 15 (1), 1987, S. 187–190.
- Leßau, Hanne, Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020, S. 37–54.
- Maubach, Franka, »Normalisierung und Kritik. Zum ›Geschichtsboom‹ seit den 1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisie-

- rung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 238–251.
- Mehring, Reinhard, »Vom Umgang mit Carl Schmitt. Zur neueren Literatur«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Nr. 3, 1993, S. 388–407.
- Schmitt, Carl, Der Begriff des Politischen, Berlin 1979.
- Schmitt, Carl, »Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist«, in: ders., Das Judentum in der Rechtswissenschaft. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der Tagung der Reichsgruppe Hochschullehrer im NRSB am 3. und 4. Oktober 1936, Berlin 1936.
- Schweda, Mark, Joachim Ritter und die Ritter-Schule, Hamburg 2015.
- Süss, Dietmar, »Hochkonjunktur für Scheinheilige. Der Skandal um die ›Hitler-Tagebücher‹ und der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den 1980er Jahren«, in: Tim Schanetzki/Tobias Freimüller/Kristina Mayer/ Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Anette Weinke (Hg.), Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 220–237.
- Waldstein, Thor von, »Zwischen Hobbes und Hegel Zum 25. Todestag von Bernard Willms«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 4, April 1991, S. 4, wiederveröffentlicht auf *sezession.de*, 27.02.2016, https://sezession.de/53335/zwischen hobbes-und-hegel-zum-25-todestag-von-bernard-willms (letzter Abruf: 25.08.2022)
- Wette, Wolfram, »Seit hundert Jahren umkämpft: Die Kriegsschuldfrage«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 2014, S. 91–101.
- Wilking, Dirk, »Reichsbürger«. Ein Handbuch, dritte Auflage, Potsdam 2017.
- Willms, Bernard, *Die Antwort des Leviathan*. Thomas Hobbes' politische Theorie, München 1970.
- Willms, Bernard, Die wahre Freiheit. Fichtes Staatsphilosophie als Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, Münster 1964; später: ders., Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie, Wiesbaden 1967.
- Willms, Bernard, Einführung in die Staatslehre. Politisch-dialektische Propädeutik, Paderborn 1979.
- Willms, Bernard, Identität und Widerstand. Reden aus dem deutschen Elend, Tübingen 1986.

Metapolitik bis zum »Tag X«

Thor yon Waldsteins Gramscianismus

Sahri Deniz Martin

»Der Fortgang von Geschichte ist oftmals nur: daß eine Stimmung wechselt.« Botho Strauß

Die Hegemonietheorie des italienischen Philosophen, Journalisten und Mitbegründers der Kommunistischen Partei Italiens, Antonio Gramsci, erlangte im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert in der Neuen Linken und Neuen Rechten eine ungeheure Popularität. Sie prägte die Entstehung der französischen Diskurstheorie und das Metapolitik-Konzept der französischen Nouvelle Droite um Alain de Benoist, welches sich die deutsche Neue Rechte aneignete.

In diesem Beitrag wird Antonio Gramscis Hegemonietheorie handlungsanleitend gelesen. Dies plausibilisiert die daraufhin rekonstruierte Aneignung
der Hegemonietheorie durch die *Nouvelle Droite* und Alain de Benoist im Konzept der Metapolitik. Es folgt ein historischer Rückblick zum Einzug der Metapolitik in den deutschen rechtsradikalen Diskurs. Schließlich wird die deutsche Rezeption des Metapolitik-Konzepts anhand der Streitschrift *Metapolitik*.

Theorie – Lage – Aktion des nationalkonservativen Anwalts Thor von Waldstein
näher ausgearbeitet, welche 2015 in Götz Kubitscheks Verlag Antaios erschienen ist.

Antonio Gramscis Hegemonietheorie

Nach einem Anschlag auf sein Leben am 31. Oktober 1926 verfügte der faschistische Diktator Italiens, Benito Mussolini, alle Oppositionsparteien aufzulösen und ließ den Kommunistenführer Gramsci im Gefängnis des süditalienischen Städtchens Turi einkerkern. Trotz menschenunwürdiger Haftbedingungen konnte der gesundheitlich angeschlagene Gramsci bis zum Haftende 1937, also bis kurz vor seinem Tod, Bücher erhalten, Schriften verfassen und diese nach außen schmuggeln lassen. Heute sind sie als Gefängnishefte bekannt. Ihren staats- und gesellschaftspolitischen Kern bildet die Hegemonietheorie, die als Antwort auf das Scheitern der Revolutionen außerhalb Russlands und den Aufstieg der italienischen Faschisten zu lesen ist, welche vorgaben, beispielsweise die wirtschaftlichen Probleme der 1920er lösen zu können, vor allem aber an der Machtergreifung interessiert waren.²

Nach Gramsci übernimmt diejenige Gruppe die Macht über die Gedankenwelt, die die materiellen Güter hält; sie zwingt ihre Visionen und Werte allen anderen auf und wird damit materiell wie geistig hegemonial.³ Diese Macht über die Gedankenwelt ist im Kapitalismus diejenige über den kulturellen Überbau, der ein hegemoniales Machtverhältnis zwischen den Klassen ideell absichert, unterstützt durch die Herrschaft des kapitalistischen Staats. Dieser Überbau, als eine bourgeoise, hegemoniale Konstruktion des *Common Sense* verstanden, wird von seinen Subjekten als natürliche Ordnung der Dinge wahrgenommen, welche es nach Gramsci aus proletarischer Perspektive aufzuheben gelte.⁴ Arbeiterklasse und sozialistische Intellektuelle sollen

¹ Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte, herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände, Hamburg 2012.

² Fabian Altemöller, Diespanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik. Eine Analyse der Situierung der Nueva Derecha und der Adaption der Nouvelle Droite, Berlin 2017, S. 47, S. 49 und S. 52; Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, herausgegeben von Christian Riechers, Frankfurt a.M. 1967, S. 108–120; Christoph Scherrer, »Hegemonie. Empirisch fassbar?«, in: Andreas Merkens/Victor Rego Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg 2007, S. 71–84, hier: S. 71. Siehe auch Manon Tuckfeld, Orte des Politischen. Politik, Hegemonie und Ideologie im Marxismus, Wiesbaden 1997, S. 255–323.

Racquel de Almeida Moraes, »Cramsci and Culture«, in: Michael A. Peters (Hg.), Encyclopedia of Educational Philosophy and Theory, Singapur 2017, S. 938–942, hier: S. 938–939.

⁴ Zvi Bekerman, »Antonio Gramsci: A pedagogy to change the world«, Rezension, in: International Review of Education, Vol. 66, No. 1, 2020, S. 115–118, hier: S. 115; Andrea

basierend auf dieser Analyse eine Gegenkultur formieren, die eine Gegen-Hegemonie mittels einer Populärkultur schafft, welche, auf konkreten Visionen aufbauend, einer ökonomischen wie sozialen Transformation zuarbeitet, um letztlich die kulturelle Hegemonie der herrschenden Klasse zu überwinden.⁵

Jedoch produzieren ebenjene kapitalistischen Machtstrukturen nach Gramsci gezielt ein Equilibrium aus Zwang und Gehorsam oder gar Konsens, um diesen Widerstand zu verhindern. Abhilfe können nur Intellektuelle schaffen, gedacht als akademische *Professionals* oder als sich qua natürlichen Fähigkeiten offenbarende Kapazitäten auf ihrem Gebiet, nicht aber als Philosophenfürsten: Sie sollen als organisierende und denkende Elemente der unterworfenen Klasse – als eine Art Ideenfänger und -verstärker – fungieren und von einer avantgardistischen Parteistruktur oder von ähnlich hoch organisierten Institutionen Unterstützung erfahren. Jedes Individuum gilt aus dieser Perspektive als potenzieller Funktionär, den es planmäßig zu beeinflussen und zu aktivieren gilt.

Abseits der permanenten Arbeit an der Revolution mittels einer Partei als Speerspitze im Sinne Lenins oder eines verbreiterten Aufgabenspektrums der Arbeiterklasse nach Trotzki setzt Gramsci auf den Mittelweg eines kulturell breit vorbereiteten, organisierten, dezentralen, intensiven und fokussierten Schlags vereinter sozialer Kräfte gegen das gesamte Establishment, der anhaltende Veränderung einläuten soll. Hierbei steht die Überwältigung des Staats als arbeitsteiliges Herrschaftsinstrument und ideeller Gesamtkapitalist

Mubi Birghenti, »Antonio Gramsci's Theory of the Civil Society«, in: Stephan Moebius/Frithjof Nungesser/Katharina Scherke (Hg.), *Handbuch Kultursoziologie*, Wiesbaden 2016, S. 1–7.

Racquel de Almeida Moraes, »Gramsci and Culture«, S. 938–940.

Zvi Bekerman, »Antonio Gramsci«, S. 115; Juan Dal Maso, Hegemony and Class Struggle, Cham 2021, S. 202; Norbert Nicoll, »Gramsci, Hayek und die Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie«, in: Emanzipation, Jg. 2, Nr. 1, Sommer 2012, S. 72–86, hier: S. 74.

Louis Althusser, For Marx, London 1969, S. 105–106; Louis Althusser, Machiavelli and us, London 1999, S. 13; Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 57–60; Racquel de Almeida Moraes, »Gramsci and Culture«, S. 938–942, hier: S. 940; Juan Dal Maso, Hegemony and Class Struggle, S. 209–210. Siehe auch Panagiotis Sotiris, »Gramsci and Althusser Encountering Machiavelli: Hegemony and/as New Practice of Politics«, in: Jus Cogens, Vol. 3, No. 2, 2021, S. 119–139.

⁸ Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 51; Andrea Mubi Birghenti, »Antonio Gramsci's Theory of the Civil Society«, S. 5.

⁹ Juan Dal Maso, Hegemony and Class Struggle, S. 179 und S. 204.

im Zentrum von Gramscis Denken, denn nur im Tandem mit einem organisierten Herrschaftsapparat kann eine Gruppe nebst der materiellen auch die geistig-kulturelle Führung übernehmen.10 Dementsprechend versteht Gramsci den Staat auch als ein komplexes politisches, qua Willensbildungspotenzial in die Zivilgesellschaft reichendes System, das revolutionären Nutzen hat.11 Die Staatsorgane sollen mit Schläferzellen durchsetzt werden, allen voran das Militär, die im entscheidenden Moment von innen zuschlagen oder entsprechende Werte vorleben. 12 Beste klimatische Bedingungen für den konzertierten Angriff bieten organische Krisen, etwa Wirtschaftskrisen, soziale Krisen oder Pandemien, da sie die etablierte Ordnung schwächen.¹³ Setzen sich nun qua Gegenkultur bereits gelebte neue Ideen, Werte und Normen weiter durch oder werden gar hegemonial, genügt das Repressionsarsenal des Staats bald nicht zum Machterhalt, da dieser nicht länger breit anerkannt wird. 14 Für die gegenkulturelle Vorarbeit braucht ein Revolutionär demnach einen langen Atem und sollte in organischen Krisen nicht übereilt vorpreschen.15

Gramscis Theorie unterteilt revolutionäre Aktivitäten in vier aufeinanderfolgende Phasen: erstens die langwierige Beeinflussung und Mobilisierung auf sozialer, politischer und auch militärischer Ebene durch gezielte geistige Einflussnahme, zweitens die logistische Vorbereitung einer Revolution, drittens das Erkennen eines günstigen revolutionären Transitionspunkts und viertens die konzertierte Machtergreifung mit allen verfügbaren Mitteln und Wegen, fokussiert auf den Staat. ¹⁶ Anders als Gramsci intendiert haben mag, dient diese Theorie nun einer antimarxistischen Bewegung als Inspiration, die den Staat für sich nutzen möchte, um an die Macht zu gelangen.

¹⁰ Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 52.

¹¹ Vgl. ebd., S. 50–51; Norbert Nicoll, Gramsci, »Hayek und die Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie«, S. 73.

¹² Vgl. Juan Dal Maso, Hegemony and Class Struggle, S. 175-176.

¹³ Vgl. Racquel de Almeida Moraes, »Gramsci and Culture«, S. 940.

¹⁴ Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 51.

¹⁵ Ebd., S. 53.

¹⁶ Vgl. Juan Dal Maso, Hegemony and Class Struggle, S. 176 und S. 202. Siehe auch Andrea Mubi Birghenti, »Antonio Gramsci's Theory of the Civil Society«, S. 1–7.

Metapolitik der Nouvelle Droite

In den 1970ern etikettierte der französische Rechtsesoteriker und Publizist Alain de Benoist die Hegemonietheorie zur Metapolitik um, passte sie an neurechte Inhalte an, etablierte sie als ideengeschichtlich informiertes Politikinstrument und brachte sie gegen die offene Gesellschaft, aber auch die alte französische Rechte in Anschlag. Ihr warf er vor, dass ihre anhaltenden Wahlniederlagen, gipfelnd im Sieg François Mitterands 1981, auf ein Unverständnis davon zurückgingen, 17 »wodurch die kulturelle Macht den Staatsapparat bedroht; wie diese ›kulturelle Macht‹ auf die impliziten Werte einwirkt, um die herum sich der für die Dauer der politischen Macht unverzichtbare Konsens kristallisiert.«¹⁸ Er analysierte, dass der große Erfolg der Linken »vor allem dem allgemeinen Klima, das sie metapolitisch zu schaffen vermochte«19, geschuldet sei. Zugleich habe die Rechte ihr zu viele Zugeständnisse gemacht und konservative Werte vernachlässigt. 20 Mit Gramsci hätte die Rechte eine bessere Analyse und Strategie erarbeiten und bessere Resultate erzielen können. Zentral für die kulturelle Hegemonie und Steuerung der Zivilgesellschaft ist demnach gezielte, gelingende Kommunikation - ein damals modisches Sujet, das auch der Linken am Herzen lag. 21

Seine Idee einer *Nouvelle Droite* (Neuen Rechten) verkörperte der 1968 gegründete rechtsradikale Theoriezirkel *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne*, kurz *G.R.E.C.E.*, der sich zersplitterte und geistiger Nährboden vieler neurechter Intellektueller wurde. Er strebte eine strategische und inhaltliche Erneuerung der französischen Rechten an: Der Zirkel sollte nach Benoist eine zeitgemäße Ideologie entwickeln, die darauf reflektiert, dass das politische Lagerdenken zwischen rechts und links überkommen

¹⁷ Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 61–62.

¹⁸ Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 20.

¹⁹ Ebd

²⁰ Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S 61

²¹ Siehe u.a. Frank Böckelmann, Theorie der Massenkommunikation, Frankfurt a.M. 1975; Michel Foucault, L'archéologie du savoir, Paris 1969; Michel Foucault, L'ordre du discours: Leçon inaugurale au Collège de France prononcée le 2 décembre 1970, Paris 1972; Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a.M. 1981.

sei – eine Erkenntnis, die Benoist mit dem bedeutenden deutschen Neurechten Armin Mohler teilte.²² Benoist empfahl, ȟber verschiedene politische Lager verstreute Elemente im Sinne der eigenen Position zu bündeln.«²³ Die Rechte sollte im Sinne einer Querfrontstrategie, die sich ganz wie die heutige rechtsradikale deutsche Partei und Bewegung Dritter Weg nannte,24 eine Synthese mit linken Positionen betreiben. 25 Benoist ging es um die konzertierte Eroberung der Ideenwelt mittels der Ausnutzung und Unterwanderung der westlichen Freiheiten in den Bereichen der Bildung, Freizeitgestaltung und Medien, sprich Universitäten, Filme oder etwa Zeitungen, um eine neue kollektivistische Weltsicht durchzusetzen.²⁶ Statt politische Klischees wie Aufklärung oder Pazifismus gegen Militarismus, Demokratie gegen Diktatur, Internationalismus gegen Nationalismus, Konservatismus und Liberalismus gegen Marxismus usw. auszuspielen, soll sie die Elemente kollektiver Verwurzelung, des Kollektivbewusstseins, des Partikularismus, Regionalismus und Nationalismus – Werte des vermeintlich immateriellen »Eigenen«²⁷ eines Volkes also - gegen beispielsweise Universalismus, Revolution und Sozialismus positionieren, dies aber im Anschluss an aktuelle Debatten und verwoben mit konkurrierenden Diskursen, um sich in diese zu integrieren.²⁸

Ein Metapolitiker hätte nach Benoist sein Ziel erreicht, wenn er, erhaben über jedwede Kritik, seine Inhalte positionieren konnte, ohne seine Gedanken-

²² Vgl. Armin Mohler, Tendenzwende für Fortgeschrittene, München 1978, S. 16; Holger Oppenhäuser, Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten, Wiesbaden 2019, S. 327. Siehe auch: Mathias Brodkorb, »Armin Mohler – Die ›kluge Spinne im neurechten Netz«, endstation-rechts.de, 17.09.2011, https://www.endstation-rechts.de/news/armin-mohler-die-kluge-spinne-im-neurechten-netz.html (letzter Abruf: 29.08.2021); Stefan Hermanns, Carl Schmitts Rolle bei der Machtkonsolidierung der Nationalsozialisten. Ein Engagement auf Zeit, Wiesbaden 2018, S. 46.

²³ Holger Oppenhäuser, Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten, S. 328.

²⁴ Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 64.

²⁵ Vgl. Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts, S. 32-33.

²⁶ Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 62–63 und S. 66.

²⁷ Vgl. Martin Lichtmesz, Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2012.

²⁸ Vgl. Alain de Benoist, Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung, Tübingen 2001, S. 399; Holger Oppenhäuser, Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten, S. 327–328.

basis kenntlich und eingrenzbar zu machen.²⁹ Diese Basis bildet der antiliberale, vor allem deutsche Konservatismus, zusammengefasst: »Jede Kultur behält ihre Eigenart und Würde nur so lange, wie sie sich nicht mit fremden Kulturen vermischt. [...] Der Fremde bleibt nur ›anders‹ und somit er selbst, wenn er zu Hause bleibt.«³⁰ Eine solche Diskursguerilla- und Mimikry-Strategie mit dem Ziel der Diskurshoheit und damit eines politischen Klimas, das rechtsradikale Denkformen erzeugen und daraus quasi-organisch Taten folgen lassen soll, erfordert politisches Fingerspitzengefühl.³¹ Nicht angelegt darin war die konkrete Kooperation mit einer Partei wie dem Front National, wenngleich sie Gegenstand heftiger inner-rechter Diskussionen ist.³²

Metapolitik der Neuen Rechten

Die deutsche Neue Rechte bezieht sich in ihrem Begriff der Metapolitik dezidiert auf Gramscis und Benoists Überlegungen, aber auch auf diejenigen der sogenannten Konservativen Revolution.³³ Die Metapolitik ist als französischer Import zu verstehen, wenngleich auch der für die nachkriegszeitliche bundesdeutsche Neue Rechte so wichtige Armin Mohler bereits nahezu metapolitisch informiert formulierte: »Die (neue) Rechte muss mit dem vorherrschenden Sicherheitsbedürfnis des Volkes kalkulieren und daraus Kapital schlagen [...] Man muss die Leute in den Eingeweiden bewegen. Der Nationalsozialismus

²⁹ Vgl. Astrid Bötticher/Morislav Mareš, Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen, München 2012, S. 82.

³⁰ Richard Herzinger/Hannes Stein, Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler: Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte, Hamburg 1995, S. 103–104. Siehe auch: Bruno Heidelberger, Wohin geht unsere offene Gesellschaft? 1968 – Sein Erbe und seine Feinde, Berlin 2019, S. 211.

³¹ Vgl. Daniel-Pascal Zorn, »Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative«, in: Michael Müller/Jørn Precht, Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik, Wiesbaden 2019, S. 81–92, hier: S. 90.

³² Vgl. Fabian Altemöller, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik, S. 70 und S. 75–79.

³³ Vgl. Hajo Funke, Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus – Über die Gefahren deutscher Intoleranz und Selbstzerstörung, Göttingen 1993, S. 15ff., Helmut Hellershohn, »Turbulenzen im jungkonservativen Lager. Die AfD als »Staubsauger« und »Kantenschere«?«, in: DISS-Journal, Vol. 27, Duisburg 2014, S. 9–11; Bernd Siegler/Oliver Tolmein/Charlotte Wiedemann, Der Pakt. Die Rechten und der Staat, Göttingen 1993, S. 148.

hatte den Leuten seelische Erlebnisse vermittelt, die heute kaum noch denkbar sind, darin bestand sein Erfolgsrezept. Das dringender werdende Asylproblem könnte eine populistische Rechte stark machen.«³4 Diesen Ansatz verfolgten Rechte wie Rechtsradikale in den »Flüchtlingskrisen« um 1990 und 2015.³5 Nicht zu unterschätzen ist zudem der Einfluss der politischen Theologie eines Wegbereiters des Nationalsozialismus: Carl Schmitt.³6 Seine Geschichtstheologie läuft darauf hinaus, dass »die Idee immer als fremder Gast«³7 wirke. Die Menschen seien bloße Werkzeuge dieser Ideen, wie Schmitt nach dem Zweiten Weltkrieg apologetisch über Hitler und vermeintlich wissend um die eigentlichen Antriebe weiterer historischer Akteure schrieb.³8

Der Metapolitik-Begriff der heutigen deutschen Neuen Rechten umfasst Mohlers Einwirken aufs Bauchgefühl sowie die Ideen Schmitts als Objekte eines »politik-theoretischen Diskurses, der auf eine Theologisierung – und somit eine Radikalisierung – des Politischen abzielt.«³⁹ Um Ideen und Emotionen zu beeinflussen, bemüht sie sich eines »parteiischen polemischen Vorgehens innerhalb einer politischen Auseinandersetzung«⁴⁰ mit dem Ziel der »Überwindung der liberaldemokratischen Zivilreligion [...], um somit eine »starke« Konzeption des Politischen zu reaktivieren, in deren Mittelpunkt Autorität, die Unterscheidung von Freund und Feind, von Gut und Böse, die Entscheidung stehen.«⁴¹ Am Ende dieser Realpolitik als Folge einer aus sich

³⁴ Zitiert nach Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabrik der Wende, Berlin 1987, S. 201.

Vgl. Lars Geiges, »Wie die AfD im Kontext der ›Flüchtlingskrise‹mobilisierte. Eine empirisch-qualitative Untersuchung der ›Herbstoffensive 2015‹«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 28, 2018, S. 49–69.

³⁶ Vgl. Ville Suuronen, »Carl Schmitt as a theorist of the 1933 Nazi revolution: >The difficult task of rethinking and recultivating traditional concepts«, in: Contemporary Political Theory, Vol. 20, No. 2, S. 341–363.

³⁷ Carl Schmitt, Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen, Tübingen 1914, S. 74.

³⁸ Vgl. Reinhard Mehring, »Hitler-Schiller: Carl Schmitts nachgelassene Hitler-Reflexionen im Licht von Max Kommerells Schiller-Deutung«, in: Leviathan, Vol. 33, No. 2, Juni 2005, S. 216–239, hier: S. 226f.

³⁹ Bruno Godefroy, »Zivilreligion, politische Religion und politische Theologie. Drei Begriffe zwischen Gründung und Entpolitisierung«, in: Stefanie Hammer/Oliver Hidalgo (Hg.), Religion, Ethik und Politik. Auf der Suche nach der guten Ordnung, S. 35–78, hier: S. 44.

⁴⁰ Ebd., S. 43.

⁴¹ Ebd., S. 44.

selbst begründeten politischen Theologie steht die totale Ordnung – nach neurechten Standpunkten. $^{\rm 42}$

Für die erste Kenntnisnahme des Metapolitik-Begriffs in Deutschland zeichnet sich der deutsche Ableger der Nouvelle Droite, das 1980 in Kassel gegründete neo-paganistische Thule-Seminar mit der Herausgabe der Zeitschrift Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt verantwortlich. 43 Dessen Initiator, ein Mitstreiter Benoists namens Pierre Krebs, ebnete mit seinem Versuch, die Inhalte der Nouvelle Droite in Deutschland zu popularisieren, bereits Aktivisten wie der explizit metapolitisch arbeitenden Identitären Bewegung vor. 1988 fasste Krebs seine metapolitischen Ziele in Stichworten zusammen: völkische Identität, historisch überdauernder Kollektivwille eines Volkes, Behauptung von dessen Identität und Andersartigkeit sowie biokultureller Verwurzelung, Verknüpfung von Volk und Schicksal, Ablehnung der universellen Menschenrechte, weil sie Völker gleichmachten und auslöschten, Antiamerikanismus, Antipluralismus sowie Schaffung eines neuen Deutschlands als Teil eines griechisch-hellenischen Wiederanfangs bzw. der Auferstehung der europäischen Völker. 44 Als Feindbilder formulierte Krebs zehn Jahre später stereotyp rechtsradikal: »Der Egalitarismus in seinen verschiedenen Varianten: Christentum, Judentum, Marxismus und Liberalismus ist Hauptursache für die tiefe Dekadenz der modernen Welt.«45 Nicht von ungefähr stufte der deutsche Verfassungsschutz die Neue Rechte 1994 als Intellektualisierung des Rechtsextremismus ein - Krebs übernahm exakt jene Funktion, die Gramsci und Benoist Intellektuellen zugedachten, blieb inhalt-

⁴² Ebd., S. 43-44.

⁴³ Vgl. Ines Aftenberger, Die Neue Rechte und der Neorassismus, Graz 2007, S. 55; Wolfgang Bergem, Identitätsformation in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 105; Oliver Cruzcampo, »Intellektueller Rechtsextremismus in Deutschland«, endstation-rechts.de, 06.02.2013, https://www.endstation-rechts.de/news/intellektueller-rechtsextremismus-in-deutschland.html (letzter Abruf: 28.08.2021).

⁴⁴ Vgl. Pierre Krebs, »Unser inneres Reich. Bilanz eines siebenjährigen metapolitischen Kampfes«, in: Pierre Krebs (Hg.), Mutzur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Struckum 1988, S. 9–39, hier u.a.: S. 11, S. 12, S. 16, S. 19, S. 25–28, S. 31 und S. 35.

⁴⁵ Pierre Krebs, »Das Deutschtum am Scheideweg: Identitätsschwund oder ethno-ontologische Neugeburt?«, in: Elemente, Nr. 6, 1998, S. 15–22, hier: S. 17. Siehe auch Uwe Backes, »Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 46/2001, S. 24–30, hier: S. 28.

lich aber, anders als Benoist es auf dem Papier forderte, stets offen erkenntlich rechtsradikal.⁴⁶

Auch Thor von Waldstein, dessen Ausführungen zur Metapolitik sogleich im Detail beleuchtet werden sollen, steht in dieser Tradition, wie er im Metapolitik-Band 2015 mit seinen Ausführungen zur zentralen Fragestellung der Rechten verdeutlichte:

»Ob die Deutschen und die anderen europäischen Völker, die diesen Kontinent einst zu einer einsamen Kulturblüte geführt haben, das ihnen zugedachte Schicksal, spätestens zur Mitte des 21. Jahrhunderts zur Minderheit im eigenen Land zu werden und am Ende dieses Jahrhunderts endgültig zu verschwinden, abwenden oder nicht abwenden. Außenpolitisch bedeutet dies die Rückgewinnung einer deutschen und europäischen Souveränität und die Beendigung der amerikanischen Besatzung. Innenpolitisch ist nichts wichtiger, als daß der demokratische Souverän, das von der Priesterherrschaft der Intellektuellen seit Jahrzehnten bevormundete Volk, wieder selbst darüber bestimmt, ob es wirklich den Weg ins ethnische Nirwana gehen will, den Claudia Roth, Heribert Prantl und die anderen von pathologischem Haß gegen das eigene Volk befallenen Figuren für die Deutschen vorgesehen haben.«⁴⁷

Misslang zwar der erste Popularisierungsversuch der *Thule-Gesellschaft*, bezogen sich zentrale neurechte Stichwortgeber in den 2000ern wieder auf Benoist, darunter auch Karlheinz Weißmann, ein Kuratoriumsmitglied der AfDnahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und wie Götz Kubitschek Mitbegründer des neurechten Think-Tanks, des Instituts für Staatspolitik. Weißmann schrieb schon 2001 in der Zeitung *Junge Freiheit* nah an Benoist: »Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser.«⁴⁸ 2013 fasste er diesen Gedankengang metapolitisch: Metapolitik ziele darauf ab, Analysen zu gesellschaftlicher Lage sowie politischer Handlungsfähigkeit und Machbarkeit durchzuführen,

⁴⁶ Vgl. Klaus von Beyme, Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?, Wiesbaden 2018, S. 17.

⁴⁷ Thor von Waldstein, Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda 2015, S. 38–39.

⁴⁸ Hans-Peter Rissmann, »Kriminelle Akte«. Interview: Karlheinz Weißmann über die Angriffe gegen das Institut für Staatspolitik«, in: Junge Freiheit, Nr. 36/2001, 31.08.2001.

darauf basierend anschlussfähige, sachliche, weniger konfrontative oder provokative, vor allem aber erwartbar gut rezipierte Kommunikationsangebote zu erarbeiten, um über einen langen Zeitraum den Alltagsverstand im Sinne eines Kulturkampfes von rechts zu verändern.⁴⁹

Thor von Waldsteins Konzept der Metapolitik

Wie bei Benoist, Mohler, Weißmann und vielen weiteren Neurechten ist zentraler Gegenstand von Thor von Waldsteins Überlegungen, wie ein nachhaltiger politischer Erfolg der Nationalkonservativen zu bewerkstelligen ist insbesondere auf staats- und parteipolitischer Ebene, wo bislang beständiger Rückhalt fehlte und ein Scheitern vorprogrammiert war. 50 Der Metapolitik-Begriff erfuhr spätestens seit 2013 anhand dieser neurechten Problemstellung eine immense Konjunktur sowie eine Kanonisierung und wirkte in die neurechte Strategiearbeit für die AfD hinein, noch bevor die AfD primär in Ostdeutschland eben jenen ersehnten Erfolg erzielt hat. Akteure wie das Institut für Staatspolitik, die rechtsreformistische Zeitung Junge Freiheit und das Netzwerk des Antaios-Verlags um Götz Kubitschek und dessen Zeitschrift Sezession, das auch die Identitäre Bewegung umfasst, sowie die Jugendzeitschrift Blaue Narzisse, die insbesondere im Milieu der Burschenschaften beliebt ist, betteten ihn, wenngleich inoffiziell, in die eigene und die AfD-Strategiearbeit ein. 51 Wie ernst die AfD diese metapolitische Strategie nahm, verdeutlichte Alexander Gauland, als er 2017 ankündigte, die AfD werde »Frau Merkel oder wen auch immer jagen - und wir werden uns unser Land und

⁴⁹ Vgl. Karlheinz Weißmann, Politik und Metapolitik, in: Sezession, Nr. 55, 2013, S. 38-41.

⁵⁰ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, S. 22; Michael Zantke, »Zivilgesellschaft und Metapolitik. Antonio Gramsci und der gegenwärtige Populismus«, in: Andreas Nix (Hg.), Staat und Zivilgesellschaft. Permanente Opposition oder konstruktives Wechselspiel?, Baden-Baden 2020, S. 59–84.

⁵¹ Vgl. Micha Brumlik, »Rassismus in der Gegenwart: Diskurse, Dispositionen und die Neue Rechte«, in: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hg.), Die AfD—psychologisch betrachtet, Wiesbaden 2019, S. 57–80, hier: S. 74; André Postert, »Sachsen und der intellektuelle Rechtsextremismus. Metapolitik der Neuen Rechten«, in: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), Sachsen—Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020, S. 45–60, hier: S. 56; Richard Siegert, »Von der Meta- zur Realpolitik?«, Rechts. Populismus. Blog, 27.06.2019, https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/rechtspopulismusblog/2019/6/27/von-der-meta-zur-realpolitik (letzter Abruf: 26.08.2021).

unser Volk zurückholen«⁵², um 2018 »Hitler und die Nazis«⁵³ als »Vogelschiss in über 1000 Jahren deutscher Geschichte«⁵⁴ zu bezeichnen und wenig später seine Methodik als den Versuch erklärte, »die Grenzen des Sagbaren auszuweiten«⁵⁵. Dies ist als praktische Anwendung einer metapolitischen Strategie zu verstehen, die den kulturellen Überbau nach rechts bewegen, hierbei den überlebensgroßen Volkscharakter betonen und in dieser Bewegung das Establishment zum Wanken bringen möchte.

Insbesondere die deutschen Rechtsintellektuellen sehen sich nun, wie Micha Brumlik zusammenfasste, »dem verpflichtet, was sie als *Metapolitik* bezeichnen, also eine philosophisch sich gebende Staatslehre, die jedoch so kommuniziert werden soll, dass sie als *Gramscianismus von rechts* kulturelle Kommunikationsmuster bereits im vorpolitischen Raum verändert, um so die Bereitschaft zur Hinnahme von nationaler Schließung, autoritärer Unterordnung und ethnischer Homogenität zu fördern.«⁵⁶ Die zentralen Elemente dieser Strategie erläuterte Thor von Waldstein in seiner 2015 beim Antaios-Verlag erschienenen Monografie *Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion.*⁵⁷ Wie einst Benoist stellt Waldstein fest, dass die Neue Linke weiterhin erfolgreicher als die Neue Rechte sei – dass aber, wie er praxisnah ausführt, insbesondere in den neuen Bundesländern erhebliches Veränderungspotenzial vorhanden sei.

Hintergrund

Waldstein schildert in seiner Monografie, dass für ihn wie für viele Neue Rechte der Nachkriegszeit zweierlei Begebenheiten besonders eindrücklich waren: erstens der öffentlichkeitswirksame Wahlkampf um die Bundestagswahl und

⁵² o. A., »AfD-Politiker Gauland über Merkel: »Wir werden sie jagen«, br.de, 24.09.2017, https://www.br.de/bundestagswahl/afd-politiker-gauland-ueber-merkel-wir-werde n-sie-jagen-100.html (letzter Abruf: 29.08.2021).

Rupert Wiederwald, »Gauland bezeichnet NS-Zeit als »Vogelschiss in der Geschichte««, Deutsche Welle, 02.06.2018, https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219 (letzter Abruf: 29.08.2021).

⁵⁴ Ebd

⁵⁵ Philip Eppelsheim, »Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.06.2018.

⁵⁶ Micha Brumlik, »Rassismus in der Gegenwart: Diskurse, Dispositionen und die Neue Rechte«, S. 74.

⁵⁷ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion.

den Wahlsieg Willy Brandts 1972, der laut Waldstein eine »Art kultureller Magnetwirkung zugunsten eines von Brandt verkörperten Lebensgefühls der Linken«⁵⁸ ausgelöst habe und zweitens die Lektüre der Schriften der französischen *Nouvelle Droite* um Alain de Benoist, Guillaume Faye und von eben jenem Pierre Krebs der Thule-Gesellschaft, aber auch von Antonio Gramsci. Von ihnen habe er als junger Student das begriffliche Handwerkszeug und die politische Analyse erlernt.⁵⁹ Die französischen Neurechten hätten mit Gramsci erkannt und wegweisend formuliert, dass Herrschaft sich »auf die psychologische Unterstützung durch die Massen, auf eine in der Masse zerstreute kulturelle Macht«⁶⁰ stütze und eine Rechte ohne diese Unterstützung scheitern müsse.

Erforderlich sei es demnach, wie Waldstein im Vokabular neurechter Machtergreifungsfantasien summierte, dass »ein bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen«⁶¹ in der Bevölkerung zu bewirken sei, um anerkannte Herrschaft ausüben zu können. Mit Gramsci identifiziert er als wesentliches Herrschaftselement die »kulturelle Macht des Staates, also dessen Fähigkeit, sich auf geistige, ethische und traditionelle Werte zu stützen, die von der Mehrheit der Bürger bejaht werden.«⁶² Ziel der heutigen Neuen Rechten müsse es demnach sein, die Chance zu erhöhen, dass auf ihren »Befehl« »Fügsamkeit« und »Gehorsam« folge – Vokabeln, die er Max Weber aussprechen lässt. ⁶³

Diese Form der Anerkennung bzw. Legitimität ließe sich nach Waldstein weder, wie bei Gramsci, durch physische Gewalt etwa im Sinne der Gewaltenteilung, noch durch technische oder elektronische, d.h. digitale Macht erlangen. Waldstein betont, dass komplementär zur Förderung einer rechten kulturellen Hegemonie charismatische Führungspersönlichkeiten – wie Willy Brandt – aufzubauen wären, welche »auf der Rechten stets Mangelware geblieben«⁶⁴ seien. Doch nicht alle eigneten sich als Führungskader. Nah an Gramscis organischen Intellektuellen formuliert er: »Politische Begabung zeigt sich vor allem in der Fähigkeit zu erkennen, an welchen Stellen der

⁵⁸ Ebd., S. 7–10.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 10 und S. 12–14.

⁶⁰ Ebd., S. 10.

⁶¹ Ebd., S. 12.

⁶² Ebd., S. 14.

⁶³ Ebd., S. 12.

⁶⁴ Ebd., S. 31.

andere anders tickt und durch welche Überzeugungskraft, Empathie und emotionale Stärke bestehende Widerstände aufgebrochen werden können.«⁶⁵

Waldstein nutzt den Metapolitik-Begriff demnach nicht nur analytisch, sondern um die althergebrachte Zielsetzung der sogenannten konservativen Revolutionäre der 1920er und frühen 1930er anders zu formulieren, einer rechten Machtergreifung mittels einer »exogenen Propaganda«⁶⁶ zugunsten einer dafür angedachten Partei, nun die AfD, zuzuarbeiten.⁶⁷ Metapolitik meint nach Waldstein nicht umsonst das »jenseits des Politischen Seiende.«⁶⁸ Denn wer im Kulturkrieg siege, so Waldstein, gewinne im Parlament und wer die metapolitische Ebene vernachlässige, werde untergehen und genau deshalb sei eine »kulturelle/metapolitische Verankerung im Wahlvolk«⁶⁹ anzustreben.

Feindbestimmung: Das linksliberale Establishment

Nach Waldstein müssten nun neurechte Führungspersönlichkeiten mobilisieren, um gegen den für Rechtsradikale traditionellen »Hauptfeind, den die europäischen Völker zersetzenden Liberalismus«⁷⁰ ins Feld zu ziehen, ihn zu analysieren, zu schwächen und zu überwinden.⁷¹ Die Dominanz des Linksliberalismus sei, so konstatiert Waldstein wie Benoist, dem ungleich größeren metapolitischen Erfolg der Nachkriegszeit-Linken geschuldet. Zu ihren zentralen Erfolgen zählten unter anderem »die Reeducation 1945ff., die Frankfurter Schule 1950ff., die Vergangenheitsbewältigungsmaschinerie 1960ff., die marxistische Kulturrevolution 1968ff., die grün-alternative Bewegung 1980ff., die multikulturellen Bekehrungsversuche seit spätestens 1990ff. und die Gender-Mainstreaming-Propaganda 2000ff.«⁷² Diese angeblichen Meilensteine des Linksliberalismus hätten die Deutschen von ihrer »Lebensart, von den Grundüberzeugungen und der Charakterhaltung ihrer Väter und

⁶⁵ Ebd., S. 54.

⁶⁶ Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Wiesbaden 1962, S. 414.

⁶⁷ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik, S. 12-14.

⁶⁸ Ebd., S. 13.

⁶⁹ Ebd., S. 14.

⁷⁰ Ebd., S. 52.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 21.

⁷² Ebd., S. 16. Aufzählung im Original in Bullet-Points.

Vorväter«⁷³ entfremdet. Durch Medien und Politik sei eine »Charakterwäsche«⁷⁴ erfolgt. Seither könnten »einstmals anerkannte Werte wie Nation, Volk, Familie, Glaube, Treue, Demut, Aufopferungsbereitschaft etc. bestenfalls der Lächerlichkeit preisgegeben, wenn nicht gar als protofaschistisch o.Ä. diffamiert werden.«⁷⁵

Besondere Verantwortung für diese sicherlich als gesellschaftlichen Fortschritt zu wertende Entwicklung trage das »parteipolitische Kartell von CSU bis zur LINKEN«⁷⁶. Einem Oligopol gleich besetzten seine Funktionäre selbst die kleinsten Posten, etwa im »Abwasserzweckverband«⁷⁷, was eine »Pfründewirtschaft«⁷⁸ bedeute, die es aufzubrechen gelte. Doch bislang hätte darin nur ein bestimmter Typus von Politiker erfolgreich sein können: Er ist rhetorisch begabt, mit einem »für die weibliche Wählerschaft möglichst erotisch interpretierbaren Äußeren«⁷⁹, doch weder mit »eigenem Denkvermögen und staatsmännischem Weitblick« ausgestattet, allerdings eitel, abgebrüht und intrigant, sodass er vor allem der Fachmann darin sei, den politischen Gegner zu bekämpfen. ⁸⁰ Dies gelte auch längst für Mitglieder der AfD. ⁸¹ Weshalb der nationalkonservative Führer, der ebenso charismatisch auftreten, darüber hinaus aber direkten Gehorsam erzeugen soll, eine qualitative Besserung abseits politischer Standpunkte bedeuten soll, ist für Waldstein keine relevante Frage.

Um das vermeintliche Parteienkartell zu durchbrechen, müsste die Einflussnahme rechtskonservativer Akteure in einer politischen Krise, wie sie auch Gramsci als Chance sieht, metapolitisch vorbereitet werden. Bislang schlitterten konservative Parteien noch durch »ein Wahlabenteuer nach dem anderen«⁸² – eine treffende Analyse, konzentrierte die AfD doch den Volkszorn erst gegen die »Euro-Rettung« zur Bundestagswahl 2013, gegen die »Asylkrise« zur Wahl 2017 und gegen die »Corona-Diktatur« zur 2021er

⁷³ Ebd., S. 17.

⁷⁴ Ebd., S. 17.

⁷⁵ Ebd., S. 17.

⁷⁶ Ebd., S. 24.

⁷⁷ Ebd., S. 25.

⁷⁸ Ebd., S. 25.

⁷⁹ Ebd., S. 27.

⁸⁰ Ebd., S. 27-28.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 30.

⁸² Ebd., S. 31.

Wahl. ⁸³ Nach Waldstein fänden Parteineugründungen aus solch spezifischen Anlässen statt – sobald sie thematisch überholt seien, begännen sie zu straucheln. ⁸⁴ Als Paradebeispiel nennt er die Republikaner, deren vermeintlicher Gründungsanlass ein Milliardenkredit an die DDR durch Franz Josef Strauß war, die aber langfristig erfolglos blieben. Um dem vorzubeugen, müsste metapolitisch Abhilfe mittels des Aufbaus einer Basis geschaffen werden. Es seien dafür personelle, finanzielle und programmatische Hürden zu nehmen, um weiterhin Protestwähler mobilisieren und eine Basis halten zu können.

Doch nicht nur ein Parteienkartell, sondern auch die Medien seien verantwortlich fürs Austreiben des angestammten Deutschtums durch einen »einer europäischen Kulturnation unwürdigen Zeitgeist«85. Sie hätten eine »massenmediale Frontalbelehrung«86 und »Sprachdiktatur entwickelt, die längst in die psychischen Tiefenschichten der Menschen eingedrungen ist.«87 Es handle sich um einen »Orwell'sche[n] Neusprech«88; als Beispiele nennt er Begrifflichkeiten wie Regenbogenfamilie, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Toleranz, multikulturelle Bereicherung und Weltoffenheit. Die Leitmedien berichteten von einer »bunten und alternativlosen Republik«, produzierten gar »tantenhafte [...] Sprechblasen«, die einen »surrealen Abstand zur Wirklichkeit, zu der Welt, in der die Bürger leben, erreicht« hätten. Es herrschten »semimafiöse Methoden in Politik, Justiz, Medien, Wissenschaft und Kulturbetrieb«89, begleitet von einer »Kampfsprache«90, die viel vom Dialog spräche, aber tatsächlich Tabuzonen errichte, um »drängende politische Probleme durch vielstimmiges Beschweigen zum Verschwinden« zu bringen. Selbst wenn man dies für bare Münze nähme - wäre es weniger »orwellianisch«, würden die Menschen durch unterschwellige politische Praktiken zum Spielstein neurechter Metapolitik degradiert und dem Gehorsam gegenüber einem charismatischen Führer verfallen?

⁸³ Ebd., S. 30; Alexander Häusler/Rainer Roeser, »Die AfD vor der Bundestagswahl 2021«, in: DGB-Bundesvorstand (Hg.), *Positionen*, Berlin 2021.

⁸⁴ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik, S. 30–31.

⁸⁵ Ebd., S. 27.

⁸⁶ Ebd., S. 39.

⁸⁷ Ebd., S. 40.

⁸⁸ Ebd., S. 40.

⁸⁹ Ebd., S. 41.

⁹⁰ Ebd., S. 42.

Widerstand

Allerdings, so Waldstein, erodiere der Linksliberalismus des »herrschenden Blockparteienkartells« allmählich, was er als Öffnung und Potenzial für ein nationalkonservatives Aufbegehren versteht. 191 Teile der Bevölkerung seien für eine rechte Gegenkultur, die von charismatischen Führungskadern und einer Parteistruktur unterstützt würde, besonders aufnahmefähig. Sie wären keinem permanenten »Wellnessgefühl« 202 anheimgefallen, keine »homo bundesrepublicanensis« 303, die lieber konsumierten, statt ihre Interessen zu vertreten – wie auch die Linke behauptet –, sondern hätten ein, Mohler paraphrasierend, eklatantes Unbehagen »in der Magengegend« 204, welches jedoch noch keine, Hardt und Negri lassen grüßen, »kritische Größe« 205 erreicht habe. 206

Darüber hinaus gäbe es schlicht kein attraktives Angebot linkerseits: »Denn noch nie in dem vergangenen Halbjahrhundert waren junge Linke so dumm, so unbelesen und so hedonistisch wie heute.«⁹⁷ Ihre »Schwafelzone«⁹⁸ habe »unbeschreibliche Ausmaße angenommen.« Und sie sei herrschaftstragend: In jeder Diskussionen um die Gender-Sprache etwa würden Gegner nur daran gemessen, ob sie der herrschenden Ideologie entsprechen, um sie schließlich als dumm und unmoralisch zu diffamieren und öffentlich als Feind zu markieren.⁹⁹ Dies ist dahingehend eine treffende Beobachtung, als dass aktuell zentrale Begrifflichkeiten wie »Neoliberalismus«, »Gender«, »Islamophobie« und »Rechtspopulismus«, die in Wissenschaft wie Debatte vorzüglich funktionieren, weitgehend geschichtsvergessen, konturlos und unsystematisch sind, insbesondere im akademischen Genderfeminismus essayistische Formate ohne tiefgreifende Analyse und nachvollziehbare Quellenlage Überhand zu nehmen drohen, der Stachel linker Kritik in keinem Fleische mehr

⁹¹ Vgl. ebd., S. 19.

⁹² Ebd., S. 18.

⁹³ Ebd., S. 18.

⁹⁴ Ebd., S. 19.

⁹⁵ Ebd., S. 19.

⁹⁶ Vgl. Uwe Backes, »Gestalt und Bedeutung des Intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland«, S. 28.

⁹⁷ Thor von Waldstein, Metapolitik, S. 43.

⁹⁸ Ebd., S. 43.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 41.

steckt, zumal sich einer Debatte, ganz wie Waldstein formuliert, oftmals aus diskurspolitischen Gründen oder schlichter Ignoranz widersetzt wird. 100

Ostdeutschland

Besonderes Augenmerk legen Waldstein, Neue Rechte wie AfD auf die Mobilisierung in Ostdeutschland. ¹⁰¹ Dies hat einen strategischen Grund. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer hat ein großes Ungerechtigkeitsempfinden gegenüber der der alten Bundesländer. ¹⁰² Zudem ist sie deutlich unzufriedener mit der deutschen Demokratie. ¹⁰³ In Ost- wie Westdeutschland sind zwar die Anhänger der AfD mit ihr am unzufriedensten, doch ist dies ebenfalls in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. ¹⁰⁴ Wo Unzufriedenheit herrscht, sind die populistischen Rattenfänger nicht weit. Rechtsradikale versuchen daher gezielt, Ostdeutsche zur metapolitischen Schubmasse zu degradieren.

Ein Resultat dieser Agitation betont Waldstein: Die seit 2014 in Dresden stattfindenden Demonstrationen der PEGIDA, die sich gegen Einwanderung, Asyl und Islam positioniert und eine politisch relevante Größe erreicht habe. 105 Ihre Handlungsfähigkeit beschwört Waldstein mit Verweisen auf die friedliche DDR-Revolution, die allerdings durch die »Nordatlantikversteher« in der Regierung, die »FDJ-Funktionärin Merkel« 106 und die Medien gefährdet sei,

¹⁰⁰ Vgl. u.a. Till Randolf Amelung (Hg.), Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik, Berlin 2020; Patsy l'Amour laLove (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017; Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018; ders. (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020.

¹⁰¹ Vgl. Ina Hammel, »›Helden ohne Ruhm«. Widerstreitende Erinnerungsnarrative zur
›friedlichen Revolution« und die ›Alternative für Deutschland««, in: Freie Assoziation,
Gießen 2017, Vol. 20, Issue 2, S. 101–108; Ina Hammel, Vereinigt, aber nicht geeint? Eine
sozialpsychologische Betrachtung von Bezugnahmen auf die Teilung Deutschlands in der AfD
anhand einer tiefenhermeneutischen Analyse von Reden Björn Höckes und Frauke Petrys, Masterarbeit, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., Frankfurt a.M. 2017.

¹⁰² Vgl. Detlef Pollack, Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 186.

¹⁰³ Vgl. Sabine Pokorny, Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland, Berlin 2020, S. 7.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 8.

¹⁰⁵ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik, S. 19-20.

¹⁰⁶ Ebd., S. 21.

die trotz anhaltender Berichterstattung PEGIDA totgeschwiegen, diffamiert und gespalten hätten. Die DDR habe den »Mitteldeutschen« nur die Freiheit geraubt, die Bundesrepublik führe nun aber, schlimmer, einen Bevölkerungsaustausch durch, um »den demokratischen Souverän, [...] nämlich das deutsche Volk, abzuschaffen.«107

Waldstein begibt sich mit diesen Äußerungen tief in den rechtsradikalen Diskurs. Als »Transatlantikversteher« bezeichnen Rechtsradikale üblicherweise Deutsche, die mit der amerikanischen Ostküste paktieren würden, wobei aufgrund der dortigen Demografie mitschwingt, dass sie mit Juden gegen das deutsche »Volk« arbeiteten. »Mitteldeutschland« meint in diesem Kontext, dass die ehemaligen »Ostgebiete« – also Teile Polens oder Tschechiens – noch zum angestammten Raum des deutschen Volkes gehörten. Waldsteins Erzählung ist als Paradebeispiel rechtsradikaler Agitation durch westdeutsche Führungskader in Ostdeutschland zu lesen, die seit den späten 1980er Jahren Unzufriedenheit durch Feindbilder, ideologische Ansatzpunkte und Gemeinschaftsversprechen für ihre Zwecke in der ehemaligen DDR zu kanalisieren verstanden. ¹⁰⁸

Metapolitischer Aktivismus und Dialogverweigerung

Um Bewegungen wie die PEGIDA zur kritischen Masse anwachsen zu lassen und mit ihnen Parteien wie der AfD zum Erfolg zu verhelfen, ist nach Waldstein ein metapolitisches Gesamtkonzept notwendig. Dieses Gesamtkonzept soll beinhalten, die »Resonanzachse vischen Establishment und Bevölkerung zu durchbrechen, also jedweden Dialog und jedwede Synthese mit dem etablierten Diskurs zu vermeiden und beispielsweise alternative Medien zu schaffen. Andernfalls käme es zwangsläufig zu Zerwürfnissen, Parteiaustritten, Abspaltungen und den Absturz in die Bedeutungslosigkeit, Frustration beim politischen Nachwuchs und damit dessen Verlust für den »aktiven Kampf für eine Wiedererlangung deutscher Souveränität und Freiheit. Viii Waldstein

¹⁰⁷ Ebd., S. 19-21.

¹⁰⁸ Vgl. Uffa Jensen, »Die radikale Rechte gehört zu den Gewinnern der deutschen Einheit«, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2019.

¹⁰⁹ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik, S. 32–33.

¹¹⁰ Ebd., S. 33.

¹¹¹ Ebd., S. 32.

denkt hierbei insbesondere an AfD-interne Konflikte, wie sie um Bernd Lucke, Frauke Petry und Björn Höcke stattfanden: Sie sollten nicht nach außen getragen werden – Metapolitik sei schließlich kein »Zaubermittel«. 112 Außerdem habe das Establishment gar kein Interesse an Dialog oder Debatte. 113 Wer an ihr als Rechter teilhabe, werde marginalisiert – und am Katzentisch gäbe es keine Teilhabe an der Macht. 114 Insbesondere das »im eigenen Saft schmorende Debattenoligopol des bundesdeutschen Betriebs«115, er denkt etwa an die abendlichen Talkshows, verträte einzig die Herrschaft und fungiere als ihr »Diskurslinienrichter«116.

Wie bei Gramsci soll der metapolitische Aktivismus nach Waldstein den etablierten, insbesondere den medialen Konsens brechen, den Staat damit schwächen und das Establishment, bei Gramsci die Bourgeoisie, überwinden. Neben den Führungskadern schlüpfen in Gramscis Intellektuellenrolle öffentlichkeitswirksam und geplant agierende Spielverderber, Störenfriede, Verweigerer oder Nichteinverstandene, was laut Waldstein etwa die Identitäre Bewegung und die Konservativ-Subversive Aktion seines Verlegers Götz Kubitschek bereits leisteten. 117 Dieser metapolitische Aktivismus gehört nach Waldstein nicht in den neurechten Elfenbeinturm: Er sei als ein harter, oftmals im »mikromedialen Kapillarsystem«¹¹⁸ der neuen Medien ausgetragener Meinungskampf zu verstehen. 119 Doch wie am Schreibtisch Klugheit mit Tatendrang soll auch auf der klassischen Straße Aktion mit Verstand verbunden sein. Der Aktivist soll das Unbewusste ansprechen, die »Gefühls- und Willenskräfte des Lesers oder Zuhörers«120 berühren. Deshalb brauche es eine »sprachmächtigen Wortergreifung«121, die rechten Denk- und Lebensstil attraktiv macht, geistige Unruhe und Attraktion bewirkt, um den Kampf um die Köpfe zu gewinnen. Von Subversion jedoch, wie sie Benoist in der Übernahme linker Inhalte und seiner Querfrontstrategie vorschlägt, kann keine Rede sein; Waldsteins Themen sind straff rechtsradikal.

¹¹² Ebd., S. 53.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 44 und S. 50.

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 44 und S. 50.

¹¹⁵ Ebd., S. 50.

¹¹⁶ Ebd., S. 45.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 46-47.

¹¹⁸ Ebd., S. 39.

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 35 und S. 39.

¹²⁰ Ebd., S. 36.

¹²¹ Ebd., S. 42.

Angst und Emotionen als Chancen der Metapolitik

Nach Waldstein ist der Mensch grundsätzlich ängstlich, vor allem gegenüber dem Staat, den er ständig unterschätze und überschätze. Die Interessen, die ihm vom Establishment eingeimpft worden seien, verlören stets schnell an Relevanz, sobald er sie überdeckende, stärkere Emotionen empfindet. Dementsprechend fasst Waldstein zusammen: Neben der ohne Zweifel wichtigen Vermittlung von Wissen und der Heranbildung politischer Urteilskraft bleibt es daher [...] zentrale Aufgabe metapolitischer Arbeit, die in der öffentlichen Atmosphäre ständig präsenten Emotionen und Subjektivismen zu bündeln und einem sinnvollen Tätigkeitsgebiet zuzuführen. Die Emotionen sind somit die Grenzen und Chancen der Metapolitik, anhand derer ihre Strategien zu entwickeln sind, um rechten Gedankenwelten eine größere Reichweite zu ermöglichen sowie in der Konsequenz freiwilliges Gehorsam zu erwirken.

Waldstein formuliert diesen Wunsch nach geistiger Gleichschaltung durch Mobilisierung irrationaler Emotionen und Ängste romantisch: »Es geht darum, unter den Deutschen wieder so etwas wie geistige Gemeinschaft und seelische Verwandtschaft neu zu stiften.«¹²⁵ Keinen Hehl macht er daraus, dass eine erfolgreiche propagandistische geistige Mobilisierung die anarchische Machtergreifung mit allen Mitteln bedeuten soll, wenn er schreibt: »Am Horizont sich abzeichnende wirtschaftliche und/oder außenpolitische Krisenszenarien können das Establishment schnell vor Herausforderungen stellen, denen es nicht gewachsen ist. Solche Momente, solche Sprünge in der Geschichte lassen sich nicht erzwingen; wir müssen aber für diesen Zeitpunkt gerüstet sein. Die Tugend fremdbestimmter Völker ist die Geduld bis zu dem Tage, an dem es nur noch eine Tugend gibt, nämlich diese Geduld zu verlieren.«¹²⁶

¹²² Vgl. ebd., S. 35-36.

¹²³ Vgl. ebd., S. 37.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd., S. 54.

¹²⁶ Ebd., S. 54-55.

Der »Tag X«

Auffallend ist, dass Waldstein die Metapolitik augenscheinlich in die nationalkonservative Tradition Carl Schmitts und Armin Mohlers einbettet und ihn mit dem Aufbau metapolitisch arbeitender, charismatischer Führungskader verbindet, die im »Volk« kollektiven Gehorsam und ein neues Wir-Gefühl erwirken sollen. Am Tag der Machtergreifung soll es schließlich als politische Schubmasse vernutzt werden. Eine »vernünftige Verhandlung von gemeinsamen logischen, ethischen und empirischen Grundlagen«¹²⁷ ist überhaupt nicht angedacht. Die Triebkräfte, die neurechte Revolutionäre entfesseln wollen, entstammen unkontrollierter Emotion fernab der Rationalität – vor allem der Angst. Anzumerken ist, dass Inhalt und Ästhetik der Wortwahl Waldsteins, aber auch Schmitts, Mohlers, Benoists oder Weißmanns auf ein gehöriges Maß an Rücksichtslosigkeit und beschworenen Heroismus hinweisen, der ihnen wohl notwendig erscheint, nachdem die Diskurshoheit erreicht worden ist, ihr diskursives Versteckspiel¹²⁸ beendet werden und der Staatsstreich beginnen kann. ¹²⁹

Einige dezentral organisierte rechtsradikale Schläferzellen sind in den auch für Gramsci besonders relevanten Staatsorganen bereits aufgedeckt worden: Das Hannibal-Netzwerk¹³⁰ in der Bundeswehr sowie die lose Gruppe NSU 2.0¹³¹ in den Polizeibehörden. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, mahnte bereits 2019 an, diese Sachlage

¹²⁷ Daniel-Pascal Zorn, »Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative«, S. 90.

¹²⁸ Vgl. Redaktion Endstation Rechts, »Dokumentation: Kurzinterview mit Dr. Karlheinz Weißmann zum Begriff »politische Mimikry«, endstation-rechts.de, 19.11.2013, https://www.endstation-rechts.de/news/dokumentation-kurzinterview-mit-dr-karlheinz-weissmann-zum-begriff-politische-mimikry.html (letzter Abruf: 28.08.2021).

¹²⁹ Vgl. Daniel-Pascal Zorn, »Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative«, S. 90; Clemens Bach, »Einleitung«, in: ders. (Hg.), Pädagogik im Verborgenen. Bildung und Erziehung in der ästhetischen Gegenwart, Wiesbaden 2019, S. 1–26, hier: S. 18.

¹³⁰ Vgl. Luca Heyer, »Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten«, in: Informationsstelle Militarisierung (Hg.), IMI-Studie, Nr. 4/2019, 13.06.2019.

Vgl. Martina Renner/Sebastian Wehrhahn, »Schattenarmee oder Einzelfälle? – Rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden«, cilip.de, 27.11.2019, https://www.cilip.de/2019/11/27/schattenarmee-oder-einzelfaelle-rechte-strukturen-in-den-sicherheitsbehoerden/ (letzter Abruf: 26.08.2021).

unterstreichend: »Wie wir bei den Islamisten die Kategorie der Schläfer kannten, müssen wir uns auch bei Rechtsextremen um diese Täter kümmern.«¹³² Der geeignete Transitionspunkt wird in diesen Kreisen verheißungsvoll »Tag X« genannt. Ein organisierter Teil der deutschen Rechtsradikalen bereitet sich längst auf ihn vor, ist militärisch geschult, kennt die neuralgischen Punkte in der Infrastruktur und führt die relevanten politischen Gegner auf Todeslisten, um sie zu geeigneter Zeit zu ›neutralisieren‹. Dieses »Preppen«¹³³ fällt in die deutsch-völkische Tradition rechtsradikaler Jugendorganisationen und Wehrsportgruppen im »vorpolitischen Raum«¹³⁴.¹³⁵ Waldsteins Theorie gibt dem, was der Verfassungsschutz beobachtet, historisch bekannt ist und sich fortsetzt. bloß einen neuen Anstrich.

Wie groß die aktuelle Gefährdungslage ist, hängt maßgeblich davon ab, wie erfolgreich die rechtsradikale Metapolitik-Strategie ist. Ihr langer Atem, ihre Pragmatik und reale Umsetzung, der Aufbau einer Gegenöffentlichkeit durch alternative Medien im Netz, die Agitation für politischen Rückhalt in der Bevölkerung auf vor-inhaltlicher Ebene, die Institutionalisierung, für welche Namen wie Studienzentrum Weickersheim, Antaios-Verlag, Institut für Staatspolitik, Bibliothek des Konservatismus oder die AfD stehen, welche auf hohe finanzielle Aufwendungen des Bundes setzen kann, die Dialogverweigerung und Informationsverknappung, wie sie aus dem Neonazismus bekannt ist, der zunehmende Vernetzungsgrad, die Tradierung neurechter Ideenwelt und politischer Praxis sowie eine zur Selbstkritik unfähige, für den Großteil der Menschen als weltfremd erscheinende politische Linke – all dies macht sie gefährlich.

¹³² Max Biederbeck, »Anschlag auf uns alle« – Seehofer denkt nach Lübcke-Mord über höhere Gefährdungslage nach«, watson.de, 18.06.2019, https://politik.watson.de/deut schland/rechtsextremismus/302444860-horst-seehofer-nach-luebcke-mord-das-istein-anschlag-auf-uns-alle-eine-neue-qualitaet (zuletzt abgerufen: 26.08.2021).

¹³³ Vgl. Deutscher Bundestag, Prepper in Bundeswehr und Sicherheitsbehörden, Drucksache 19/6941, 10.01.2019.

¹³⁴ Heiko Klare/Michael Sturm, »Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 181–204, hier: S. 198.

¹³⁵ Vgl. Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012, S. 70 und S. 105–111; Sven-Uwe Schmitz, Konservatismus, Wiesbaden 2009, S. 119; Gideon Botsch, »Nationale Opposition« in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 43–82, hier: S. 53, S. 55 und S. 57.

Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wies Schmitt auf die Zentralität der Ideenwelt hin, die die Massen in die seiner Ansicht nach korrekte Handlungsweise nudgen sollen; Mohler betonte bereits das Bauchgefühl, dass es zu beeinflussen gelte; Benoist kochte diese Gedanken mit einer Portion Gramscianismus auf und verpackte sie neu – ein Blick auf ihre politischen Implikationen, exemplifiziert durch Waldsteins Metapolitik-Anleitung, verdeutlichte jedoch, dass sie alle dieselben rechtsradikale Zielsetzung haben. Nicht umsonst beteiligen sich mittlerweile Gestalten wie Frank Kraemer, der Gitarrist der NSU-nahen Neonazi-Band »Stahlgewitter« mit dem 2018 beim Berliner Verein Europa Terra Nostra erschienenen Band Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie dieser Debatte. Wer nur die stets aktuellen Entwicklungen beobachtet, kann sich des Ausmaßes und Erfolgs der neurechten Strategie nicht bewusst sein. Um gegenzusteuern, muss zuvorderst, wie dieser Beitrag versuchte, ebendies aufgezeigt werden.

Literatur

Aftenberger, Ines, Die Neue Rechte und der Neorassismus, Graz 2007.

Almeida Moraes, Racquel de, »Gramsci and Culture«, in: Michael A. Peters (Hg.), Encyclopedia of Educational Philosophy and Theory, Singapur 2017, S. 938–942.

Altemöller, Fabian, Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik. Eine Analyse der Situierung der Nueva Derecha und der Adaption der Nouvelle Droite, Berlin 2017.

Althusser, Louis, For Marx, London 1969.

Althusser, Louis, Machiavelli and us, London 1999.

Amelung, Till Randolf (Hg.), Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik, Berlin 2020.

Bach, Clemens, »Einleitung«, in: ders. (Hg.), Pädagogik im Verborgenen. Bildung und Erziehung in der ästhetischen Gegenwart, Wiesbaden 2019, S. 1–26.

Backes, Uwes, »Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 46/2001, S. 24–30, hier: S. 28.

¹³⁶ Vgl. Frank Kraemer, Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie, Berlin 2018. Siehe auch Heidi Benneckenstein, Ein deutsches M\u00e4dchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie, Stuttgart 2017, S. 9.

- Bauer, Manuel, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012.
- Bekerman, Zvi, »Antonio Gramsci: A pedagogy to change the world«, in: *International Review of Education*, Vol. 66, No. 1, 2020, S. 115–118.
- Benneckenstein, Heide, Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie, Stuttgart 2017.
- Benoist, Alain de, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985.
- Benoist, Alain de, Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung, Tübingen 2001.
- Bergem, Wolfgang, Identitätsformation in Deutschland, Wiesbaden 2005.
- Beyme, Klaus von, Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?, Wiesbaden 2018.
- Biederbeck, Max, »Anschlag auf uns alle« Seehofer denkt nach Lübcke-Mord über höhere Gefährdungslage nach«, watson.de, 18.06.2019, https://politik.watson.de/deutschland/rechtsextremismus/302444860-horst-see hofer-nach-luebcke-mord-das-ist-ein-anschlag-auf-uns-alle-eine-neuequalitaet (letzter Abruf: 26.08.2021).
- Birghenti, Andrea Mubi, »Antonio Gramsci's Theory of the Civil Society«, in: Stephan Moebius/Frithjof Nungesser/Katharina Scherke (Hg.), *Handbuch Kultursoziologie*, Wiesbaden 2016, S. 1–7.
- Botsch, Gideon, » Nationale Opposition in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 43–82.
- Böckelmann, Frank, Theorie der Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1975.
- Bötticher, Astrid/Mareš, Morislav, Extremismus. Theorien Konzepte Formen, München 2012. S. 82.
- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Wiesbaden 1962.
- Brodkorb, Mathias, »Armin Mohler Die ›kluge Spinne im neurechten Netz‹‹‹, endstation-rechts.de, 17.09.2011, https://www.endstation-rechts.de/news/a rmin-mohler-die-kluge-spinne-im-neurechten-netz.html (letzter Abruf: 29.08.2021).
- Brumlik, Micha, »Rassismus in der Gegenwart: Diskurse, Dispositionen und die Neue Rechte«, in: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hg.), Die AfD psychologisch betrachtet, Wiesbaden 2019, S. 57–80.

- Cruzcampo, Oliver, »Intellektueller Rechtsextremismus in Deutschland«, endstation-rechts.de, 06.02.2013, https://www.endstation-rechts.de/news/intellektueller-rechtsextremismus-in-deutschland.html (letzter Abruf: 28.08.2021).
- Deutscher Bundestag, Prepper in Bundeswehr und Sicherheitsbehörden, Drucksache 19/6941, 10.01.2019.
- Eppelsheim, Philip, »Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.06.2018.
- Foucault, Michel, L'archéologie du savoir, Paris 1969.
- Foucault, Michel, L'ordre du discours: Leçon inaugurale au Collège de France prononcée le 2 décembre 1970, Paris 1972.
- Funke, Hajo, Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus – Über die Gefahren deutscher Intoleranz und Selbstzerstörung, Göttingen 1993.
- Geiges, Lars, »Wie die AfD im Kontext der ›Flüchtlingskrise‹ mobilisierte. Eine empirisch-qualitative Untersuchung der ›Herbstoffensive 2015‹«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 28, 2018, S. 49–69.
- Godefroy, Bruno, »Zivilreligion, politische Religion und politische Theologie. Drei Begriffe zwischen Gründung und Entpolitisierung«, in: Stefanie Hammer/Oliver Hidalgo (Hg.), Religion, Ethik und Politik. Auf der Suche nach der guten Ordnung, Wiesbaden 2020, S. 35–78.
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände, Hamburg 2012.
- Gramsci, Antonio, Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, herausgegeben von Christian Riechers, Frankfurt a. M. 1967.
- Habermas, Jürgen, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981.
- Hammel, Ina, »›Helden ohne Ruhm‹ Widerstreitende Erinnerungsnarrative zur ›friedlichen Revolution‹ und die ›Alternative für Deutschland‹«, in: Freie Assoziation, Gießen 2017, Vol. 20, Issue 2, S. 101–108.
- Hammel, Ina, Vereinigt, aber nicht geeint? Eine sozialpsychologische Betrachtung von Bezugnahmen auf die Teilung Deutschlands in der AfD anhand einer tiefenhermeneutischen Analyse von Reden Björn Höckes und Frauke Petrys, Masterarbeit, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., Frankfurt a.M. 2017.
- Häusler, Alexander/Roeser, Rainer, »Die AfD vor der Bundestagswahl 2021«, in: DGB-Bundesvorstand (Hg.), *Positionen*, Berlin 2021.
- Heidelberger, Bruno, Wohin geht unsere offene Gesellschaft? 1968 Sein Erbe und seine Feinde, Berlin 2019.

- Hellershohn, Helmut, »Turbulenzen im jungkonservativen Lager. Die AfD als »Staubsauger« und »Kantenschere«?«, in: *DISS-Journal*, Vol. 27, Duisburg 2014, S. 9–11.
- Hermanns, Stefan, Carl Schmitts Rolle bei der Machtkonsolidierung der Nationalsozialisten. Ein Engagement auf Zeit, Wiesbaden 2018.
- Herzinger Richard/Stein, Hannes, Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler: Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte, Hamburg 1995.
- Heyer, Luca, »Der Hannibal-Komplex. Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten«, in: *Informationsstelle Militarisierung*, IMI-Studie, Nr. 4/2019, 13.06.2019.
- Jensen, Uffa, »Die radikale Rechte gehört zu den Gewinnern der deutschen Einheit«, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2019.
- Klare, Heiko/Sturm, Michael, »Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 181–204.
- Kraemer, Frank, Werde unsterblich. Rechte Metapolitik als Lebensphilosophie, Berlin 2018.
- Krebs, Pierre, »Unser inneres Reich. Bilanz eines siebenjährigen metapolitischen Kampfes«, in: ders. (Hg.), *Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit*, Struckum 1988, S. 9–39.
- Krebs, Pierre, »Das Deutschtum am Scheideweg: Identitätsschwund oder ethno-ontologische Neugeburt?«, in: *Elemente*, Nr. 6, 1998, S. 15–22.
- laLove, Patsy l'Amour (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017.
- Leggewie, Claus, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabrik der Wende, Berlin 1987.
- Lichtmesz, Martin, *Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate*, Schnellroda 2012. Maso, Juan Dal, *Hegemony and Class Struggle*, Cham 2021.
- Mehring, Reinhard, »Hitler-Schiller: Carl Schmitts nachgelassene Hitler-Reflexionen im Licht von Max Kommerells Schiller-Deutung«, in: *Leviathan*, Vol. 33, No. 2, Juni 2005, S. 216–239.
- Mohler, Armin, Tendenzwende für Fortgeschrittene, München 1978.
- Nicoll, Norbert, »Gramsci, Hayek und die Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie«, in: *Emanzipation*, Jg. 2, Nr. 1, Sommer 2012, S. 72–86.
- o. A., »AfD-Politiker Gauland über Merkel: ›Wir werden sie jagen‹‹, BR24, 24.09.2017, https://www.br.de/bundestagswahl/afd-politiker-gauland-ue ber-merkel-wir-werden-sie-jagen-100.html (letzter Abruf: 29.08.2021).

- Oppenhäuser, Holger, Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten, Wiesbaden 2019.
- Pokorny, Sabine, Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland, Berlin 2020.
- Pollack, Detlef, Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020.
- Postert, André, »Sachsen und der intellektuelle Rechtsextremismus. Metapolitik der Neuen Rechten«, in: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), Sachsen Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020.
- Redaktion Endstation Rechts, »Dokumentation: Kurzinterview mit Dr. Karlheinz Weißmann zum Begriff ›politische Mimikry‹«, endstation-rechts.de, 19.11.2013, https://www.endstation-rechts.de/news/dokumentation-kurz interview-mit-dr-karlheinz-weissmann-zum-begriff-politische-mimikr y.html (letzter Abruf: 28.08.2021).
- Renner, Martina/Wehrhahn, Sebastian, »Schattenarmee oder Einzelfälle? Rechte Strukturen in den Sicherheitsbehörden«, cilip.de, 27.11.2019, https://www.cilip.de/2019/11/27/schattenarmee-oder-einzelfaelle-rechte-strukturen-in-den-sicherheitsbehoerden/ (letzter Abruf: 26.08.2021).
- Rissmann, Hans-Peter, »Kriminelle Akte«. Interview: Karlheinz Weißmann über die Angriffe gegen das Institut für Staatspolitik«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 36/2001, 31.08.2001.
- Scherrer, Christoph, »Hegemonie. Empirisch fassbar?«, in: Andreas Merkens/ Victor Rego Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Hamburg 2007, S. 71–84.
- Schmitt, Carl, Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen, Tübingen 1914. Schmitz, Sven-Uwe, Konservatismus, Wiesbaden 2009.
- Siegert, Richard, »Von der Meta- zur Realpolitik?«, *Rechts. Populismus. Blog*, 27.06.2019, https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/rechtspopulismusblog/2019/6/27/von-der-meta-zur-realpolitik (letzter Abruf: 26.08.2021).
- Siegler, Bernd/Tolmein, Oliver/Wiedemann, Charlotte, Der Pakt. Die Rechten und der Staat, Göttingen 1993.
- Sotiris, Panagiotis, »Gramsci and Althusser Encountering Machiavelli: Hegemony and/as New Practice of Politics«, in: *Jus Cogens*, Vol. 3, Nr. 2, 2021, S. 119–139.

- Suuronen, Ville, »Carl Schmitt as a theorist of the 1933 Nazi revolution: >The difficult task of rethinking and recultivating traditional concepts««, in: *Contemporary Political Theory*, Vol. 20, No. 2, S. 341–363.
- Tuckfeld, Manon, Orte des Politischen. Politik, Hegemonie und Ideologie im Marxismus, Wiesbaden 1997.
- Vukadinović, Vojin Saša (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018.
- Vukadinović, Vojin Saša (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020.
- Waldstein, Thor von, *Metapolitik*. Theorie Lage Aktion, Schnellroda 2015.
- Weißmann, Karlheinz, »Politik und Metapolitik«, in: Sezession, Nr. 55, 2013, S. 38-41.
- Wiederwald, Rupert, »Gauland bezeichnet NS-Zeit als ›Vogelschiss in der Geschichte«, *Deutsche Welle*, 02.06.2018, https://www.dw.com/de/gaulan d-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219 (letzter Abruf: 29.08.2021).
- Zantke, Michael, »Zivilgesellschaft und Metapolitik. Antonio Gramsci und der gegenwärtige Populismus«, in: Andreas Nix (Hg.), Staat und Zivilgesellschaft. Permanente Opposition oder konstruktives Wechselspiel?, Baden-Baden 2020, S. 59–84.
- Zorn, Daniel-Pascal, »Vermittelter Eklektizismus: Zur scheinbaren Vielfalt populistischer Narrative«, in: Michael Müller/Jørn Precht, Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik, Wiesbaden 2019, S. 81–92.

Monument des Degout

Wolfgang Gedeon als Heimphilosoph

Vojin Saša Vukadinović

Nach mehrjährigen innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde der »Stuttgarter Antisemit«1 Wolfgang Gedeon im März 2020 aus der AfD ausgeschlossen.2 Zur fortwährend kritischen Berichterstattung über die Partei als solche, über ihre Grundsätze und über ihre »Flügel« genannte völkische Fraktion hatte ihr der Streit um die Personalie des christlichen Ex-Linken zusätzlich negative Aufmerksamkeit beschert. Im Laufe der Auseinandersetzung wurde deutlich, dass Teile der AfD bereit sind, sich schützend vor jemanden zu stellen, der einem antisemitischen Weltbild anhängt.3 Als parteiinterner Opponent Gedeons war Marc Jongen aufgetreten, was insofern bemerkenswert ist, als damit ein professioneller Philosoph die Stimme gegen einen »philosophierende[n] Mediziner«4 erhob, der Konflikt also implizit auch der Frage galt, welche Gestalt neurechte Philosophie annehmen und zu welchen Aussagen sie sich aufschwingen dürfe. Seine Bedenken summierte Jongen für das eigene Milieu, aber für alle Interessierten nachlesbar in einem schriftlich geführten Austausch mit Götz Kubitschek, der auf der Website der Sezession veröffentlicht wurde. Dort räumte er ein, dass es bei dieser Angelegenheit

¹ Wolfgang Benz, Vom Vorurteil zur Gewalt. Politische und soziale Feindbilder in Geschichte und Gegenwart, Freiburg/Basel/Wien 2020, S. 100.

² Vgl. Klaus Holz/Thomas Haury, Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021, S. 321.

Vgl. Marc Grimm/Bodo Kahmann, »AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 41–60, hier: S. 42f.

Wolfgang Benz, »Anschwellende Judenfeindschaft oder gleichbleibend akutes Ressentiment? Überlegungen zum Antisemitismus der Gegenwart«, in: Oskar Deutsch (Hg.), Die Zukunft Europas und das Judentum. Impulse zu einem gesellschaftlichen Diskurs, Wien/Köln/Weimar 2017, S. 67–78, hier: S. 74.

weniger um Antisemitismus als solchen denn um den etwaigen Schaden ging, den ein Einzelner anzurichten vermag: »Das Fatale an Leuten wie Gedeon ist, [...] daß alles, was sie an teils richtigen politischen Forderungen in den Mund nehmen, vom Pesthauch der Judenfeindschaft vergiftet wird. Gäbe es sie nicht, das ›System‹ müßte sie glatt erfinden.«5 Dieser Gedanke ist nicht nur apologetisch, weil er geradezu herbeizusehnen scheint, dass Personen wie Gedeon intrigant in die Reihen der Neuen Rechten geschleust würden, um diese von innen zu zersetzen, sondern nimmt selbst noch die beharrliche antisemitische Fantasie vom Feind auf, der sich mit bösartigen Absichten unter andere mische. Er verkennt vor allem, dass die Skandale um antisemitisches Gedankengut an deutschen Hochschulen und im Kulturbetrieb, die im 21. Jahrhundert für verklausulierte bis offensive »Judenfeindschaft« stehen, hinlänglich beweisen, dass das vermeintliche »System« diesbezüglich gar nichts »erfinden« muss, sondern mittlerweile ganz offen das antijüdische Ressentiment bedient.⁶ An politisch aktiven Gegnern Israels in einflussreichen akademischen, kulturbetrieblichen wie journalistischen Positionen mangelt es bekanntlich nicht, und da sich diese gern den Anstrich des Progressiven geben, arbeiten sie ihrerseits an der gründlichen Modernisierung des Antisemitismus.⁷

Gedeon, Jahrgang 1947 und Arzt von Beruf, sozialisierte sich politisch als 68er und war in den 1970er Jahren, die er in Nordrhein-Westfalen verbrachte, Maoist.⁸ Nach eigener Auskunft wurde er im April 2013 AfD-Mitglied, im Herbst jenen Jahres Vorsitzender des Kreisverbandes Konstanz/Singen, anschließend Landtagskandidat im Wahlkreis 57 Singen-Stockach und dann Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, um im März 2020 »mit fadenscheinigen Gründen vom sogenannten »gemäßigten« Flügel, man könnte auch, [sic!] CDU- und Verfassungsschutz-Anbiederungs-Flügel sagen, aus

Zitiert nach Götz Kubitschek, »Der Fall Wolfgang Gedeon – ein Austausch zwischen Marc Jongen und Götz Kubitschek«, sezession.de, 30.06.2016, https://sezession.de/545 41/der-fall-wolfgang-gedeon-ein-austausch-zwischen-marc-jongen-und-goetz-kubit schek (letzter Abruf: 01.06.2022).

⁶ Siehe dazu die Beiträge in Stella Leder (Hg.), Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur, Berlin/Leipzig 2021.

⁷ Vgl. Ingo Elbe, »»...it's not systemic. Antisemitismus im akademischen Antirassismus«, in: Till Randolf Amelung (Hg.), *Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik*, Berlin 2020, S. 224–260.

⁸ Vgl. Matthias Kamann, »Wie wird ein ultralinker Agitator zum AfD-Rechtsaußen?«, in: Die WELT. 13.07.2016.

der Partei ausgeschlossen«⁹ zu werden, wie er selbst vermerkt hat. Die Causa hatte im Südwesten die Spaltung der dortigen AfD-Landtagsfraktion bewirkt, die nach ihrer Einigung auch Abgeordnete aufnahm, die zu Gedeon hielten. Auf Bundesebene war es im Zuge dieser Auseinandersetzung zum Zerwürfnis zwischen den beiden Parteisprechern Frauke Petry und Jörg Meuthen gekommen.¹⁰

An sich ist der Kurswechsel von linksautoritär nach rechtsautoritär, den Gedeon repräsentiert, keine Besonderheit. Zu erinnern ist an dieser Stelle nur an die bekannten Beispiele Horst Mahler, Günter Maschke, Reinhold Oberlercher und Bernd Rabehl, die um 1968 linksradikal waren und in den nachfolgenden Jahrzehnten aus unterschiedlichen Gründen nach weit rechts abwanderten. Neu ist hingegen, dass jemand, der die *Protokolle der Weisen von Zion* nicht für eine Fälschung hält, in der Landespolitik tätig sein konnte und auch auf Bundesebene die Vorzüge und den Rückhalt einer Partei genoss. Im Folgenden geht es deshalb um eine publizistische Episode, die noch vor der AfD-Gründung und vor Gedeons Parteibeitritt liegt und die dennoch über den Skandal um seine Mitgliedschaft und seinen Parteiausschluss hinausweist.

Das antizionistische »Meisterwerk«

Unter dem Namen »W. G. Meister« veröffentlichte Gedeon 2009 eine dreiteilige Reihe an Monografien mit dem Gesamttitel *Christlich-europäische Leitkultur*. Darin versuchte er, eine solche als Gegenentwurf zur vermeintlichen Umklammerung Deutschlands seitens »Zionismus« und Islam zu konzipieren. Zwar operierte er dabei mit seinen tatsächlichen Initialen – »W. G.« –, die reale Person wurde jedoch symbolisch minimiert, um einen vermeintlichen »Meister« zu akzentuieren, der von sich behauptet, das Wissen ›gemeistert‹ zu haben und folglich als Autorität auftreten zu dürfen. Der wunderliche Name, der sich auch als Ausdruck eines realitätsabgekoppelten Selbstbildes deuten lässt, war

⁹ Wolfgang Gedeon, Ȇber Wolfgang Gedeon«, https://www.wmg-verlag.de/ueber-wolfgang-gedeon/ (letzter Abruf 01.02.2022).

¹⁰ Vgl. Alexander Akel, Strukturmerkmale extremistischer und populistischer Ideologien. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Baden-Baden 2021, S. 319.

¹¹ Ausführlich dazu Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?, Paderborn et al. 2013.

Gedeon zufolge »kein Pseudonym, wie manche meinen: Mein bürgerlicher Name stand von Anfang an deutlich lesbar auf dem Buchdeckel.«¹² Zudem erklärte er, dass »der Name an die Dialog-Form des Buches« anknüpfe, »in der ein *Meister* sich den kritischen Fragen seiner Schülerin stellt. Darüber hinaus bedeutet der Name, dass ich diese Trilogie als mein persönliches Meisterwerk betrachte «¹³

Das Philosophieverständnis, das dieser Schrift zugrunde liegt, beläuft sich auf den mittelalterlichen Ausspruch »philosophia ancilla theologiae«, demnach das abstrakte Denken der kirchlichen Lehre unterworfen sei und dieser zu dienen habe wie die Magd der Herrin.¹⁴ Diese Hierarchie korrespondiert mit der Gestalt, die Gedeon seinen Gedanken gegeben hat. Allen drei Bänden ist gemeinsam, dass sie in besagter »Dialog-Form« gehalten sind, »in der ein Meister sich den kritischen Fragen seiner Schülerin stellt«15, wie er auch nachträglich nicht müde wird zu betonen. Das bedeutet, dass die Ausführungen nicht im Fließtext dargeboten werden, sondern dass eine fortlaufende Konversation zwischen ebenjenem »W. G. Meister« und einer »Gerlinde Wolf« simuliert wird. Mit der vermeintlichen »Schülerin«, die einen ausgesprochen deutschen Namen trägt, entwarf Gedeon ein Gegenüber, das idealiter dem Publikum von Christlich-europäische Leitkultur entsprechen sollte - eine Deutsche, die pars pro toto für alle Deutschen stehen würde; jedenfalls zumindest so, wie sich ihr Urheber die Bevölkerung des Landes vorstellt. Die weibliche Figur fungiert als Ideenträgerin: Sie weist zum einem einen althochdeutschen Vornamen auf, was eine jahrhundertelange Tradition hinter einer individuellen Biografie evozieren soll, und zum anderen einen Nachnamen, der ein Tier meint, das im Rudel lebt, was eine naturwüchsige Gemeinschaft allegorisiert, für deutsche Waldromantik steht und zudem den »Wolf« in »Wolfgang« widerspiegelt. Mit der klaren Rollenverteilung zwischen »Meister« und »Schülerin« wird nahegelegt, das Wissen autoritärer Wissensvermittlung bedürfte, wobei alle ihre jeweiligen Rollen einzunehmen

¹² Wolfgang Gedeon, Ȇber Wolfgang Gedeon«, https://www.wmg-verlag.de/ueber-wolfgang-gedeon/ (letzter Abruf: 01.02.2022; Hervorhebung im Original.)

¹³ Ebd. (Hervorhebung im Original).

¹⁴ Zur Genese dieses Bildes vgl. Max Seckler, » Philosophia ancilla theologiac. Über die Ursprünge und den Sinn einer anstößig gewordenen Formel«, in: Theologische Quartalschrift, Nr. 171, 1991, S. 162–187.

¹⁵ Wolfgang Gedeon, »Zusammenfassung der Quintessenz der Trilogie«, https://w www.wmg-verlag.de/gedeon-buecher/zusammenfassung-quintessenz/ (letzter Abruf: 01.02.2022; Hervorhebung im Original.)

hätten. »Gerlinde Wolf« befolgt die ihr zugewiesene zumeist, verstärkt das Gesagte manchmal, suggeriert der Dramaturgie wegen bisweilen den Anflug von Abweichung und gibt mitunter gar vor, kritisch nachzuhaken. »Sie polarisieren in jeder Frage sehr stark«¹6, heißt es an einer solchen Stelle, woraufhin »W. G. Meister« entgegnet: »In einer Zeit, wo geistige Warmduscher den Ton angeben, ist präzises Polarisieren von besonderer Bedeutung.«¹¹¹ Tatsächlich setzt Gedeon auf mitunter äußerst unpräzises Polarisieren, denn eine seiner präferierten Varianten des Dagegen-Seins besteht darin, dem Neuen Testament Passagen zu entnehmen, die gerade opportun scheinen. So erklärt er der imaginären Adeptin an derselben Stelle: »Denken Sie auch an Matthäus 10, 34: >Ihr sollt nicht meinen, daß ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf die Erde. Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.«¹¹8

Nun können zwischen Selbsteinschätzung und selbst Hervorgebrachtem bekanntlich Welten liegen. Deutlich wird dies in diesem Fall daran, dass kaum jemand Christlich-europäische Leitkultur rezipiert hat. So groß angelegt der Wurf auch gewesen sein mag, so ernüchternd dürfte es Gedeon anmuten, dass die drei Bände noch nicht einmal im eigenen politischen Milieu Anklang gefunden haben. Dies wird mitunter dem Umstand geschuldet sein, dass er es nicht vermocht hatte, zwischen den beiden tonangebenden Positionen in der AfD, die sich als Euro-Skepsis beziehungsweise Wirtschaftsliberalismus auf der einen und in Gestalt von »völkischem Antikapitalismus«¹⁹ auf der anderen Seite gegenüberstanden, eine eigenständige zu entwickeln. Hinzu kommt, dass die drei Bände bei R. G. Fischer erschienen, einem fast alles publizierenden Druckkostenzuschuss-Verlag, was eine seriöse Rezeption von Anfang an verstellte. Neben der grotesken Überbewertung des eigenen Tuns hinaus wird an Passagen wie der zuletzt zitierten deutlich, dass das Ansinnen keineswegs ein rein philosophisches ist, sondern dass die philosophische Rhetorik als Hülle diente, um das vorrangig politische Gedankengut zu umgeben und diesem den Anschein höherer Bedeutungsebenen zuzuführen.

Bis heute hat die Abhandlung kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Eine universitäre Arbeit zu Antisemitismus in Gedeons Schriften ver-

¹⁶ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 519.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Zu diesen beiden Positionen siehe Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, dritte, erweiterte Auflage, Münster 2018.

merkt zwar, den zweiten Band von *Christlich-europäische Leitkultur* zur Kenntnis genommen, diesen »aber aus forschungspragmatischen Gründen nicht näher analysiert«²⁰ zu haben. Der Pseudodialog zwischen der imaginären Fragestellerin und dem sich selbst für einen »Meister« haltenden Hobby-Philosophen, bei dem es sich tatsächlich um einen Monolog in vorgetäuschter Differenz handelt, ist deshalb um einige ausgebliebene Rückfragen, Einschübe und Widerlegungen zu ergänzen, die jedoch nicht an den Autor zu richten sind. Egal, wie sehr diese Philosophie auch insistieren mag, dass ihr philosophisch zu antworten sei oder sie einzig vom theologischen Standpunkt aus getadelt werden dürfe: Sie zu analysieren, heißt, sie gar nicht erst aufs Philosophische zu reduzieren, sondern ihren politischen Sinngehalt freizulegen, der sich unter der theatralischen Aufmachung einer Frage-und-Antwort-Runde verbirgt, die sich über 1800 Seiten erstreckt.

In Gedeons Welt

»Gerlinde Wolf:

Herr Meister, was ist die Quintessenz Ihrer Botschaft?

W. G. Meister:

Europa wird entweder heidnisch untergehen oder christlich erneuert wieder aufleben.«²¹

Dies sind die erste Frage und die erste Antwort in Christlich-europäische Leitkultur, die zugleich programmatisch in Wolfgang Gedeons Anliegen einführen. Die drei wesentlichen Komponenten seines Weltbildes sind, wie der verbindende Titel der drei Bände deklariert, religiöse Sinnstiftung und die Vorstellung kontinentaler Homogenität, die zusammengenommen eine »Leitkultur« ergäben. Zu diesem Begriffist zu vermerken, dass er ursprünglich von Bassam Tibi stammte, der ihn in den 1990er Jahren in der kritischen Absicht prägte, auf die Aporien der multikulturellen Gesellschaft hinzuweisen, die sich tatsächlich

²⁰ Paula Tuschling, Antisemitismus in der AfD. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Wolfgang Gedeon, Baden-Baden 2021, S. 50.

²¹ Vgl. W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band I: Über Kultur, Geostrategie und Religion, Frankfurt a.M. 2009, S. 17.

auf ein konfliktreiches Nebeneinander beliefen denn auf freies, weltbürgerliches Miteinander aller. ²² Im Jahr 2000 machte Friedrich Merz (CDU) daraus eine plumpe Anpassungsformel für Migranten. ²³ Neun Jahre später entwendete Gedeon das Wort, um darauf ein ganzes Gedankengebäude zu errichten, in dem der Antisemitismus einen fundamentalen Platz einnimmt.

Der erste Band, Über Kultur, Geostrategie und Religion, geht von einer Auseinandersetzung mit den Niedergangsfantasien von Samuel Huntington und Oswald Spengler zu US-amerikanischer Geostrategie über, durchquert christliche Theologie und Kirchengeschichte, um sich dann dem Talmud, dem Freimaurertum und dem II. Vatikanum zu widmen. Der zweite Band, Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik, versucht, sich von anderen rechtsextremen Ideologien abzugrenzen, lehnt das gängige Evolutionsmodell ab, führt angebliche Gründe für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg auf, bezweifelt die industrielle Vernichtung der europäischen Juden mittels vorgeschobener Skepsis, was die bekannte Opferzahl von sechs Millionen Menschen anbelangt, und vertieft die im ersten Band begonnene Beschäftigung mit Freimaurertum und Talmud.²⁴ Der dritte und letzte Band wiederum, Über Europa, Globalismus und eine neue Politik der Mitte, versucht die Genese der europäischen Idee nachzuzeichnen, das vermeintliche Wesen des Kapitalismus und der Globalisierung zu erfassen sowie politische Konsequenzen zu skizzieren, die aus dem dargelegten Weltbild resultierten. Die Trilogie abschließend, formuliert Gedeon zudem noch ein politisches 30-Punkte-Programm.²⁵

Neben diesen großen Themen durchziehen Christlich-europäische Leitkultur auch kleinere Belange, die bisweilen auf wenigen Seiten abgehandelt, manchmal auch nur in Absätzen angerissen oder lediglich erwähnt werden. Vieles davon ist belanglos: »Gerlinde Wolf: Was sagen Sie zur allgemein kritisierten überbordenden EU-Bürokratie? « – »W. G. Meister: »Es gibt Vorschriften tatsächlich

²² Vgl. Bassam Tibi, Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 1998.

²³ Vgl. Tilman Turpin, Die Leitkultur-Debatte. Fragen nach Identität und Integration in Deutschland, Berlin 2009, S. 104–128, hier S. 107.

²⁴ Vgl. W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band II: Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik, Frankfurt a.M. 2009.

²⁵ Vgl. W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Frankfurt a.M. 2009, Band III: Über Europa, Globalismus und eine neue Politik der Mitte, Frankfurt a.M. 2009.

für alles. Diese sind oft ein Ärgernis und manchmal auch lächerlich.«²⁶ Vieles davon ist absehbar für einen christlichen Agitator, so etwa Bemerkungen zu kinderlosen heterosexuellen Ehen, die man angeblich »durchaus als eine Form von A-Sozialität brandmarken«27 könne, solche zur damals noch nicht realisierten rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare – »Mit dem Begriff >Schwulen-Ehe< wird die Institution der Ehe lächerlich gemacht und in den Dreck gezogen«²⁸ – oder auch die Paraphrase der angeblichen Parteilinie der Grünen in Sachen Religion, von der es heißt, sie sei »immer stramm atheistisch und laizistisch«²⁹ ausgefallen.³⁰ Vieles an Gedeons Schrift ist zudem unfreiwillig komisch oder schlichtweg bizarr: So sei das 20. Jahrhundert eine Ära gewesen, in der sexuelle Treue »zum Merkmal einer autoritären und damit latent faschistischen Persönlichkeit« erklärt worden sei. »Homosexualität« hingegen, »auch von Freud noch als Perversion des Sexualtriebs eingestuft, zur »sexuellen Präferenz««. 31 Über Theodor W. Adorno heißt es: »Die Grundlinie der Negativen Dialektik, die Verabsolutierung der Negation, kann und muß als philosophischer Satanismus bezeichnet werden, denn Satan ist nichts anderes als die Verabsolutierung des Negativen.«³² Auf die selbst gestellte Frage, wie er die Frauenemanzipation einschätze, antwortet Gedeon sich, dass er »sie für eine säkularistische oder – in alter Sprechweise – ketzerische Angelegenheit« halte. 33 Während diese Bemerkung noch den Beiklang einer parallelgesellschaftlichen Skurrilität aufweist, wird sie von den nachfolgenden Sätzen auf den Boden des deutschchristlichen Fundamentalismus zurückgeholt: So habe die Emanzipation »zu wahren Abtreibungsorgien geführt«, weswegen »diese Bewegung wesentlich Mitverantwortung am drohenden Aussterben der

²⁶ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 107.

²⁷ Ebd., S. 461.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd., S. 467.

Einige Jahre später sollte Katrin Göring-Eckhardt, zum Publikationszeitpunkt von Christlich-europäische Leitkultur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, dieses Urteil revidieren: Im Herbst 2015 ergötzte sie sich als Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen öffentlich daran, dass Flüchtlinge dafür sorgten, dass Deutschland "jünger«, "bunter« und "religiöser« würde, funktionalisierte also Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen waren, für ihr eigenes Weltbild. Vgl. Berthold Löffler, Flucht nach Deutschland. Wie Migration Politik und Gesellschaft verändert, Stuttgart 2020, S 114

³¹ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 451.

³² Ebd., S. 454.

³³ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band I, S. 340.

europäischen Völker«³⁴ trage. Die Gründe hierfür seien Werteverschiebungen geschuldet, die Gedeon zufolge nicht etwa historisch erkämpft, sondern erodiert seien: »Wenn sexuelle Emanzipation den höchsten Wert darstellt, kann natürlich auch Familie nicht funktionieren [...] Nichts zerbricht eine Ehe mehr als ein Ehe*bruch*, und wenn die Ehe kaputt ist, ist natürlich auch die Familie kaputt.«³⁵ Gerade sexualpolitische Belange enervieren ihn merklich:

»W. G. Meister:

[...] In einzelnen Ländern gibt es den Strafbestand der Diskriminierung von Homosexuellen, zum Beispiel in Schweden. Wenn Sie nun irgendwo in einer öffentlichen Diskussion sagen, als Katholik betrachteten Sie Homosexualität nach wie vor als widerliche Unzucht, könnte irgendein schwedischer Richter ihre Auslieferung beantragen. Die Polizei würde Sie abholen, der deutsche Haftrichter dürfte Ihr Vermögen einziehen und Sie säßen dann in einem schwedischen Gefängnis.

Wenn Sie Ihre Strafe in Schweden abgesessen hätten, könnte dann irgendein anderer Staat daherkommen und Sie wegen desselben »Vergehens« noch einmal ins Gefängnis befördern.«³⁶

In einer Passage zu islamischer Sexualmoral wiederum hebt »W. G. Meister« vor allem die »Vielweiberei« ³⁷ hervor, bezeichnenderweise aber nicht den Jungfrauenkult und die patriarchale Verfügungsgewalt über den weiblichen Körper ³⁸, der er gemäß seiner eigenen Ausführungen manches abgewinnen könnte:

»Gerlinde Wolf:

Die hier in Deutschland lebenden Moslems nutzen die Möglichkeit der Tetragamie aber kaum, und die Mehrzahl von ihnen praktiziert eine kultiviertere Sexualmoral als die meisten Deutschen.

W. G. Meister:

Für die jüngere männliche Generation gilt das nicht unbedingt. Aber auf jeden Fall sollte es gerade den diesbezüglich streng lebenden Moslems zu

³⁴ Ebd

³⁵ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 451 (Hervorhebung im Original).

³⁶ Ebd., S. 109.

³⁷ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band I, S. 338.

³⁸ Kritisch dazu İlhan Arsel, »Frauen sind eure Äcker«. Frauen im islamischen Recht, zweite Auflage, Aschaffenburg 2018.

denken geben, wenn ihr Religionsstifter seine sexuellen Ausschweifungen durch göttliche >Offenbarung< gutheißen läßt.«³⁹

An diesem Punkt werden auch die Differenzen zu anderen Rechtsextremisten betont, insbesondere zu solchen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus beziehen. Gedeons »Hauptvorwurf« an Adolf Hitler lautet, »daß er ein biologistischer Heide war, der Deutschland in radikaler Weise entchristlicht und verheidet«⁴⁰ habe, woraus auch die Irrungen des gegenwärtigen Neonazismus abgeleitet werden:

»Gerlinde Wolf:

Wenn der Kulturfaktor bei den Rechtsextremen keine Rolle spielt – wie steht dann die NPD zu Islam und Christentum?

W. G. Meister:

Für den Islam hat die NPD ein eigenartiges Faible, was sich zum Beispiel in einer besonderen Verehrung für den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad kundtut.

Dementsprechend gehen Proteste gegen Islamisierung, zum Beispiel beim Bau repräsentativer Prunkmoscheen, nicht von der NPD, sondern zumeist von irgendwelchen parteifreien Bürgerbewegungen aus. Die NPD interessiert bei der Zuwanderung im wesentlichen nur der ethnische Gesichtspunkt: »Ausländer raus«.«⁴¹

Im Gegensatz zur NPD geht es Gedeon weniger um einen Systemsturz und um ethnopluralistische Zuarbeit für diesen, als vielmehr um »kulturelle Identität und damit vor allem auch um Religion«⁴², deren radikaler Erneuerung er sich weniger in spiritueller denn in politischer Hinsicht verschrieben hat. Das bedeute: »Der Islam ist eine universalistische Weltreligion, deshalb kann er auch nur auf der Ebene der Religion gestoppt werden – von einer Religion, die ihm überlegen sein muß, und hier kommt als einzige die christliche in Frage!«⁴³

Was »W. G. Meister« derweil über Juden zu sagen hat, rechtfertigt sämtliche Antisemitismus-Bezichtigungen, die seit dem Skandal um die reale Person vorgetragen wurden. Dazu zählen die kaum verklausulierten Beschuldigungen, Juden seien für die hohen Opferzahlen der Shoah selbst verantwortlich,

³⁹ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band I, S. 338f.

⁴⁰ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 187.

⁴¹ Ebd., S. 496 (Hervorhebung im Original).

⁴² Ebd., S. 501 (Hervorhebung im Original).

⁴³ Ebd.

weil die zionistischen Verbände in den USA »die europäischen Juden offensichtlich nicht retten wollten. Manche meinen sogar, die einen hätten die anderen bewußt geopfert, um ihre eigenen zionistischen Ziele damit zu erreichen, insbesondere die Gründung des Staates Israel.«44 Zweifel daran, dass sechs Millionen Menschen industriell vernichtet wurden, wird ebenfalls umständlich vorgetragen, indem darauf hingewiesen wird, dass die sogenannten »Revisionisten« in dieser Pseudofrage davon ausgingen, »daß insgesamt nur drei bis vier Millionen Juden im Zugriffsbereich Hitlers gelegen haben, daß [...] Schlüsseldokumente gefälscht und wichtige Zeugenaussagen durch Folter erpreßt worden oder aus anderen Gründen unglaubwürdig seien.«⁴⁵ Überhaupt sei die ganze historiographische Auseinandersetzung mit Auschwitz wie auch die Erinnerungspolitik »scheinheilig[]«, würden »Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung und Massaker an vertriebenen Deutschen nicht verurteilt, wie sie ja nur die Reaktion auf die Kriegsverbrechen der Deutschen seien.«46 Und: »Viele Rechte sprechen von einem »Vertreibungsholocaust‹ und bezeichnen auch die angloamerikanischen Bombenangriffe als >Bombenholocaust«. So ganz unrecht haben sie damit nicht.«47 Hinzu kämen »extrem einseitige Darstellungen in Schulbüchern und Medien, in denen Wehrmacht und Waffen-SS systematisch als kriminelle Organisationen verleumdet«⁴⁸ würden, während sich erstere doch durch »ihren heldenhaften Einsatz im Zweiten Weltkrieg«49 ausgezeichnet habe. Überhaupt sähe es so aus, »als hätte Polen den Krieg explizit gewollt«50, wiewohl der Begriff des Überfalls auf die Sowjetunion »in diesem Zusammenhang formelhaft in allen Medienberichten verwendet« würde, was ein bemerkenswertes Beispiel »medialer Meinungsmanipulation«⁵¹ sei; bei Pearl Harbor handle es sich zudem um »eine gezielte Provokation der Amerikaner, um die Japaner zu einem Militärangriff zu verführen.«⁵² Mit Blick auf die Gegenwart heißt es noch:

⁴⁴ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 220.

⁴⁵ Ebd., S. 230 (Hervorhebung im Original).

⁴⁶ Ebd., S. 241.

⁴⁷ Ebd., S. 214.

⁴⁸ Ebd., S. 205.

⁴⁹ Ebd., S. 196.

⁵⁰ Ebd., S. 167.

⁵¹ Ebd., S. 174.

⁵² Ebd., S. 184.

»W. G. Meister:

[...] Im übrigen ist es absurd, daß gerade Amerikaner und Israelis der deutschen Wehrmacht solche Repressalien gegen Partisanen vorwerfen. Sind sie es doch, die *heute* Tausende von Zivilisten bei Vergeltungsschlägen gegen Terroristen töten, darunter immer wieder zahlreiche Kinder; und Partisanen waren nichts anderes als das, was man heute >Terroristen \, nennt. «53

Noch weiter ins 20. Jahrhundert zurückgehend, bezieht sich Gedeon auf die Arbeiten des Historikers Yuri Slezkine zum sozialen Aufstieg der Juden in der Moderne, aus denen er Partikel herausgreift, die dann sinnentstellend und reaktionär gewendet ins eigene paranoide Weltbild integriert werden:

»Gerlinde Wolf:

Die entscheidende Frage haben wir bis jetzt nur umkreist: Inwieweit haben die Juden in Rußland dem bolschewistischen Regime zum Durchbruch verholfen und seinen Bestand gesichert?

W. G. Meister:

Dankenswerterweise [sic!] läßt Slezkine keinerlei Zweifel daran aufkommen, daß die Juden eine, wenn nicht die entscheidende Kraft der bolschewistischen Revolution und der nach ihr praktizierten Diktatur des Proletariats waren [...] Auch in kommunistischen Parteien anderer Länder hätten Juden eine Schlüsselrolle gespielt. Für Deutschland nennt Slezkine die Namen E. Bernstein, F. Lassalle, Kurt Eisner und Rosa Luxemburg [...] Auch bei Massenmassakern an Kriegsgefangenen und Flüchtlingen hätten sich Juden in besonderer Weise hervorgetan, insbesondere 1920/21 auf der Krim. [...] Die Tscheka sei seine der jüdischsten aller sowjetischen Institutionen« gewesen [S. 252]; mit anderen Worten: Das Hauptinstrument der sowjetischen Unterdrückung war jüdisch.«54

Es erstaunt kaum, dass Gedeon, im 19. Jahrhundert angelangt, über das weltberühmteste antisemitische Machwerk festhält, dass die *Protokolle der Weisen von Zion* »mutmaßlich keine Fälschung«⁵⁵ seien. Bei diesen solle es sich »um die Mitschrift einer Geheimtagung des B'nai B'rith auf dem Ersten Zionistenkon-

⁵³ Ebd., S. 203 (Hervorhebung im Original).

⁵⁴ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 529f. (Hervorhebung im Original). Die Seitenangabe (»S. 252«) bezieht sich auf die entsprechende Stelle in Yuri Slezkine, Das jüdische Jahrhundert, Göttingen 2006.

⁵⁵ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 466.

greß 1897 in Basel«⁵⁶ handeln, und wer »die Geschichte und Politik der letzten 100 Jahre betrachtet, muß konzedieren, daß viele der in den *Protokollen* aufgeführten Elemente und Praktiken schon tatsächlich umgesetzt«⁵⁷ worden seien.

Hervorzuheben ist auch, dass in *Christlich-europäische Leitkultur* immer wieder in altbekannte Rhetorik zurückgefallen wird. Selbst wenn Distanz zum Nationalsozialismus bemüht wird, der Gedeon als >heidnisch< gilt, tauchen auch Elemente aus dessen Sprachgebrauch auf:

»Gerlinde Wolf:

In der Sowjetzeit kam es nicht nur zur kulturellen, sondern auch zur biologischen Vermischung. Die Mischehen nahmen rasant zu und wurden staatlicherseits gefördert.

W. G. Meister:

Man kultivierte eine Vermischungsideologie: Der dynamisch lebendige Geist des Judentums würde eine ideale Ergänzung zum bodenständigen des Russentums bilden.«⁵⁸

Die zitierten Passagen zeigen, wie immens die Begriffsverdrehungen in den drei Bänden ausfallen. Weil er Worten, Konzepten und historisch völlig unstrittigen Phänomen Bedeutungen nach Gusto zuweist, kommt Gedeon zu Schlüssen wie diesem:

»W. G. Meister:

[...] Wie der Nationalsozialismus großes Leid und unermeßlichen Schaden über Deutschland gebracht hat und von daher als *antideutsch* bezeichnet werden kann, so wird der Zionismus noch viel Leid und Schaden über die Juden bringen, weswegen er in letzter Konsequenz auch als *antijüdisch* und *antisemitisch* verurteilt werden muß.«⁵⁹

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Ebd., S. 480.

⁵⁸ Ebd., S. 527.

⁵⁹ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 465 (Hervorhebung im Original).

Die Ouerfront der Antizionisten

Dass Christlich-europäische Leitkultur eine faktisch resonanzlose Publikation ist, deren Umfang im eklatanten Kontrast zur inexistenten Rezeption der drei Bände steht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das darin zusammengetragene Gedankengut keineswegs für das bloße Ressentiment ihres Autors steht, dem mit peinlich betretenen Schweigen begegnet worden wäre. Zu diesem Ressentiment ist gleichwohl festzuhalten, dass es neben einer politischen Einschätzung unweigerlich zu einer psychoanalytischen Deutung einlädt. Angewidert von allem, was anders ist als er selber, türmte Gedeon seine Abneigungen Seite um Seite auf und erklärte sich selbst zum »Meister«, wiewohl dessen Leistung offenkundig äußerst bescheiden ausfällt. Die Form, die Souveränität für sich beansprucht, vermag dies nicht zu verdecken. Zwar handelt es sich bei der gesamten Schrift um ein Monument des Degout, doch egal, auf welch außergewöhnliche Weise es auf Grund seines dreibändigen Umfangs und seines philosophischen Dialogs aus der neurechten Publizistik hätte herausragen sollen - thematisch steht es für Gewöhnliches, denn sein Inneres ist der Antisemitismus

Auch nach seinem Parteiausschluss hält der Autor unbeirrt an seinem Weltbild fest, das er in seinem »persönliche[n] Meisterwerk« detailversessen, wiewohl wenig überzeugend ausgebreitet hat. Über die Kontroversen, die seine Person in und außerhalb Partei auslöste, vermerkt er 2021, dass er als Mitglied der AfD darum bedacht gewesen sei, deren Kurs zu »korrigieren«, indem er eine »Position zwischen Antisemitismus und Judaezentrismus beziehungsweise Judaeomanie« zu etablieren versucht habe. 60 Auf seinem Videokanal spricht er von einer »beispiellosen Unterwürfigkeit« der deutschen Regierung gegenüber der israelischen, »einer ekelerregenden Anbiederung, eine[r] Politik, die eine Schleimspur von Berlin bis Tel Aviv hinterlässt« in »Israelhörigkeit« sieht er »ein entscheidendes Fundament von deutscher Politik ganz allgemein und des Merkelschen Corona-Regimes im Besonderen. «62 Dieser Aspekt unterscheidet ihn von linken Antizionisten, mit denen er gleichwohl wesentliche Projektionen teilt. Wenn Wolfgang Benz behauptet, Gedeon sei »als Person und als Autor vollkommen unerheblich«, würde »aber

⁶⁰ Vgl. Wolfgang Gedeon, Ȇber Antisemitismus und Judaeomanie«, 19.05.2021, https://www.youtube.com/watch?v=J9I99EDJ3E4 (letzter Abruf: 02.01.2022).

⁶¹ Ebd.

⁶² Fhd

als Prototyp des Sektierers eine gewisse Wirkung entfalten«63, verkennt er mehrere Aspekte. Erstens ist der Lebensweg von linksautoritär nach rechtsautoritär keine unerhebliche Bewegung, sondern verweist unmissverständlich auf die Abgründe linker politischer Sozialisation und Organisation in der alten Bundesrepublik, deren Erbe nach wie vor Anlass zur wissenschaftlichen Analyse ist, zumal der Antizionismus die Pfade von hier nach dort bereitete. Weder Gedeons politische Stationen noch seine Positionen sind Alleinstellungsmerkmale, zu erinnern ist hier abermals an die eingangs genannten Rechts-Konvertiten unter exponierten Vertretern der Studentenbewegung.⁶⁴ Seine eigene Bewegungsbeteiligung lobt er gar rückblickend, weil die »1968er-Kulturrevolution, in der sich all diese Gegenkräfte bündelten und entfalteten, historisch notwendig und auch gut sei«, hätte sie doch den »hierzulande so kultivierten Hyperloyalismus und Kadavergehorsam erschüttert.«65 Ausgetauscht werden musste nur der Jargon: Statt »Massen« spricht der vormalige Maoist nunmehr lieber von »Völkern«, da erstere »relativ lose Zellverbände aus niedrigen Einzellern« seien, letztere hingegen »hochentwickelte komplexe biologische Organismen.«66 Zweitens, und dies ist entscheidend, finden sich dieselben Denkfiguren, die Christlich-europäische Leitkultur bemüht, längst in anderen politischen Lagern. 2007 war es noch das neurechte Institut für Staatspolitik, das verlautbarte, die Deutschen hätten einen »Schuldstolz«.67 Anderthalb Jahrzehnte später hat sich das zugehörige Weltbild von der Neuen Rechten emanzipiert, um ungeniert von gefühlslinken Akademikern wie Aktivisten vorgetragen zu werden. Als der Historiker A. Dirk Moses 2021 seine Projektionen zum angeblichen »Katechismus der Deutschen«⁶⁸ zum Besten gab, bot ihm der Blog Geschichte der Gegenwart, der von Lehrpersonal der Universität Zürich betrieben wird, dafür ein Forum – pseudoprogressives Styling für den missionarisch anmutenden Eifer und das aufgesetzte Gehabe vom vermeintlichen Tabubruch, der eher schon dem Dammbruch des ordinären

⁶³ Wolfgang Benz, »Anschwellende Judenfeindschaft oder gleichbleibend akutes Ressentiment?«, S. 76.

⁶⁴ Siehe nochmals Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co.

⁶⁵ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 459.

⁶⁶ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 130.

⁶⁷ Vgl. Institut für Staatspolitik (Hg.), »Meine Ehre heißt Reue«. Der Schuldstolz der Deutschen, Albersroda 2009.

⁶⁸ A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«, Geschichte der Gegenwart, 23.05.2021, https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/ (letzter Abruf: 01.02.2022)

antizionistischen Begehrens ähnelt. Dass Martin Sellner, wichtigster Protagonist der Identitären Bewegung im deutschsprachigen Raum, umgehend nach Publikation des Pamphlets ins Schwärmen geriet, ließ weder dessen Urheber noch die Herausgeberschaft von GdG vor sich selbst erschrecken. 69 Stattdessen legte Moses nach und halluzinierte auf dem Blog New Fascism Syllabus, möglicherweise einer »Israelifizierung Deutschlands«⁷⁰ beizuwohnen. Damit war eine »Dämonisierung von Muslimen als innerem Feind« gemeint, eine Behauptung, für die sich eine Lektüre von Christlich-europäische Leitkultur im Besonderen angeboten hätte, um ihr am Gegenstand nachzugehen. Tatsächlich interessiert sich der antizionistische Historiker jedoch überhaupt nicht dafür, ob Vorbehalte gegen migrantische Individuen und Schlimmeres gesellschaftspolitisch zunehmen oder nicht, welche Rolle die Neue Rechte hierbei spielt usw. Seine Sorge gilt vor allem einem angeblich wachsenden jüdischen Einfluss in Deutschland, denn mit einer »Israelifizierung« kann nichts anderes als ein solcher gemeint sein. Hieran zeigt sich, dass sich politisch nur noch irre zu nennende Vorstellungen wie die von der angeblichen »Judaeomanie« nicht auf die kruden Gedanken eines AfD-Sonderlings beschränken, der sich bereits vor seiner Parteitätigkeit für einen Meisterdenker gehalten hatte. Denn neben Gedeon ist auch Moses davon überzeugt, dass die Meinungsbildung hierzulande manipuliert würde: in seinen Ausführungen ist explizit von »israelischen Eliten«71 die Rede, mit denen der angebliche »Katechismus« ausgehandelt worden sei; bei Gedeon werden sie als die »fundamentalistischen Globalzionisten« ins Feld geführt, die »politischen Einfluß und Macht«72 anstrebten. Zudem wähnen sich beide, der rechte wie der linke Agitator, von einer Erinnerungspolitik bedrängt, die trotz aller bekannten Probleme, Defizite und Verdrängungsleistungen⁷³ mit Sicherheit nicht das ist, was sie dafür halten.

⁶⁹ Siehe dazu Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović, »Linkspaternalistischer Rassismus«, in: Jungle World, Nr. 28/2021, 15.07.2021.

A. Dirk Moses, »Dialectic of Vergangenheitsbewältigung«, New Fascism Syllabus, 15.06.2021, http://newfascismsyllabus.com/opinions/dialectic-of-vergangenheitsbewaltigung/ (letzter Abruf: 01.02.2022; Übersetzung aus dem Englischen hier und im Folgenden von mir, VSV).

⁷¹ A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«.

⁷² W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 415.

⁷³ Siehe dazu Samuel Salzborn, Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern. Berlin 2020.

Auch milieuimmanente Unterschiede schwinden bei näherer Betrachtung. Obwohl er im Gegensatz zu anderen neurechten Ideologen im Islam keinen Bündnispartner, sondern einen Gegner sieht, steht Gedeon fest auf dem Boden des Ethnopluralismus: »Wir wollen eine gute Zusammenarbeit mit der Türkei auf Basis kultureller Trennung, d.h. gegenseitiger Respektierung des eigenen Kulturbereichs«74, heißt es im dritten Band von Christlicheuropäischer Leitkultur. An dieser Bemerkung zeigt sich nochmals, dass die formulierte Feindschaft eine apostrophierte Grenzüberschreitung zum Motor hat, weil sie jedem »Volk« einen angestammten Raum zuweist. Offensichtlich ist »W. G. Meister« jedoch entgangen, dass die Bevölkerung der Türkei weder mit der türkischen Ethnie noch mit dem türkischen Staat noch mit dem Islam identisch ist. Exakt diese Ineinssetzung, die sich durchaus völkisch nennen lässt, findet sich nun bezeichnenderweise auch in Gedankengut, das sich links und antagonistisch zur Neuen Rechten wähnt - so etwa in gendertheoretischer Pseudoforschung, wie Ali Tonguç Ertuğrul am Beispiel einiger vulgärrassistischer Ausführungen von Gabriele Dietze gezeigt hat. Nicht zufällig begeistert sich diese just wie Gedeon für Sittsamkeit, solange solche nicht die eigene Lebensgestaltung reguliert, sondern auf die vermeintlichen »Körperpraktiken«⁷⁵ der anderen beschränkt bleibt. Migrantischen Frauen wird die patriarchale Bevormundung in gewöhnlicher rassistischer Manier ›kulturell‹ auf den Leib gedichtet, um sie hierüber als geschlossene Kollektive zu identifizieren. Das Element, das den rassistischen Gedanken von rechts und von links verbindet, ist ausgeprägte Misogynie; zudem fällt in beiden Fällen noch die Prosa auf, mit der die schlichten Gedanken jeweils vorgetragen werden, die sich interessanterweise hier wie da für besonders tiefgründig halten.

Die simple Bilanz von *Christlich-europäische Leitkultur* beläuft sich darauf, Deutschland als Heimstätte zu zeichnen, das von sinisteren Kräften umzingelt sei und sich einzig im Rückgriff auf eine religiöse Kollektividentität als wehrhaft erweisen könne: »Religion und Glauben – ich wiederhole es immer wieder – sind nicht *ein*, sondern *das* Wesensmerkmal des Menschen schlechthin.«⁷⁶ Im Gegensatz zum vormaligen Nationalsozialisten Martin Heidegger, in dessen nicht minder aufschlussreichem Nachkriegsvortrag »Bauen Wohnen

⁷⁴ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 198.

⁷⁵ Zitiert nach ebd., S. 280.

⁷⁶ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 213 (Hervorhebung im Original).

Denken« von 1951 das Heim als Raum firmiert, in dem Gewaltiges passiere – »Im Retten der Erde, im Empfangen des Himmels, im Erwarten der Göttlichen, im Geleiten der Sterblichen ereignet sich das Wohnen als das vierfältige Schonen des Gevierts«⁷⁷ –, vermeidet Gedeon Formeln, die qua Jargon Bedeutsamkeit suggerieren. Seine Ausführungen sollen vielmehr den Anschein von Allgemeinverständlichkeit, Systematik und überzeitlicher Gültigkeit erwecken, wobei schon der schiere Umfang der drei Monografien nahelegen will, dass zu diesem Thema alles Erdenkliche gesagt worden sei. Sich selbst versteht der »Meister« als Heimphilosoph, der ein philosophisches Bollwerk gegen eine feindliche Umklammerung vorgelegt habe, das den christlichen Glauben zur einheimischen Qualität verklärt, um diese im selben Zuge als deutsche wie als kontinentale Identität zu beschwören. Wer sich dem Gedanken nicht anschließe, sei selber schuld, da die diesseitige Existenz »nur das Trainingslager für das eigentliche Leben, das Leben nach dem Tod«⁷⁸ sei:

»Gerlinde Wolf:

Wenn nun jemand nicht gläubig ist – was sagen Sie dem?

W. G. Meister:

Er kann sich natürlich am Gedanken von der *Charakter prägenden Kraft der Schicksalsschläge* festhalten oder eine Duldnermentalität als solche lobpreisen oder wie auch immer. Das ist sein Problem – ein spezifisches Problem des Unglaubens, mit dem der Ungläubige selbst fertigwerden und an dem sich sein Unglaube bewähren muß!«⁷⁹

Bemerkenswerterweise wird die Erinnerungskultur an die Vernichtung der europäischen Juden zugleich zu einer bloßen Glaubensfrage karikiert, die sich durch bekannte antisemitische Verdrehungen auszeichnet: »Leider aber wird der Kampf gegen Antisemitismus umso stärker, je länger diese Zeit vorbei ist. Er nimmt gerade heute, wo der Zionismus vor aller Welt demonstriert, was er von den Nationalsozialisten gelernt hat, bizarre und lächerliche Züge an.«80 Und: »Wenn zionistische Verbände immer noch versuchen, Juden ausschließlich als Opfer erscheinen zu lassen, dann mißbrauchen sie einen Topos der

⁷⁷ Martin Heidegger, »Bauen Wohnen Denken«, in: ders., Bauen Wohnen Denken. Vorträge und Aufsätze, Stuttgart 2022, S. 167–188, hier: S. 174.

⁷⁸ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band II, S. 70.

⁷⁹ Ebd. (Hervorhebung im Original).

⁸⁰ W. G. Meister, Christlich-europäische Leitkultur, Band III, S. 569.

Vergangenheit, um ihre Täterrolle in der Gegenwart zu verschleiern.«⁸¹ Auf »Gerlinde Wolfs« Frage, ob »W. G. Meister« angesichts seiner Ausführungen mit einen Rassismus-Vorwurf rechne, antwortet dieser: »Den erwarte ich eigentlich nicht. Im übrigen lenken Leute, die inflationär mit dem Rassismus-Vorwurf umgehen, gezielt vom heutigen Hauptproblem in dieser Frage ab. Finden wir doch eine der aggressivsten Formen des Rassismus, die sogar in UNO-Resolutionen verurteilt werden, im modernen Zionismus!«⁸²

Passagen wie diese, die sich in *Christlich-europäische Leitkultur* hundertfach finden, zeigen, warum Wolfgang Gedeons Werk alles andere als eine Meisterleistung ist: Der vermeintliche Philosophenkönig ist der Verkünder reaktionärer Volksmärchen.

Literatur

- Akel, Alexander, Strukturmerkmale extremistischer und populistischer Ideologien. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Baden-Baden 2021.
- Arsel, İlhan, »Frauen sind eure Äcker«. Frauen im islamischen Recht, zweite Auflage, Aschaffenburg 2018.
- Benz, Wolfgang, »Anschwellende Judenfeindschaft oder gleichbleibend akutes Ressentiment? Überlegungen zum Antisemitismus der Gegenwart«, in: Oskar Deutsch (Hg.), Die Zukunft Europas und das Judentum. Impulse zu einem gesellschaftlichen Diskurs, Wien/Köln/Weimar 2017, S. 67–78.
- Benz, Wolfgang, Vom Vorurteil zur Gewalt. Politische und soziale Feindbilder in Geschichte und Gegenwart, Freiburg/Basel/Wien 2020.
- Dietl, Stefan, Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, dritte, erweiterte Auflage, Münster 2018.
- Elbe, Ingo, »»...it's not systemic«. Antisemitismus im akademischen Antirassismus«, in: Till Randolf Amelung (Hg.), *Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik*, Berlin 2020, S. 224–260.
- Ertuğrul, Ali Tonguç, »Nicht allein. Wie der Kampfbegriff der ›Islamophobie‹ gesellschaftliche Probleme verschleiert und die vom Islam Bedrohten im Stich lässt«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 273–292.

⁸¹ Ebd.

⁸² Ebd., S. 517.

- Ertuğrul, Ali Tonguç/Martin, Sabri Deniz/Vukadinović, Vojin Saša, »Linkspaternalistischer Rassismus«, in: *Jungle World*, Nr. 28/2021, 15.07.2021.
- Gedeon, Wolfgang, Ȇber Antisemitismus und Judaeomanie«, 19.05.2021, htt ps://www.youtube.com/watch?v=J9I99EDJ3E4 (letzter Abruf: 02.01.2022).
- Gedeon, Wolfgang Ȇber Wolfgang Gedeon«, https://www.wmg-verlag.de/ueber-wolfgang-gedeon/ (letzter Abruf: 01.02.2022).
- Grimm, Marc/Kahmann, Bodo, »AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 41–60.
- Heidegger, Martin, »Bauen Wohnen Denken«, in: ders., Bauen Wohnen Denken. Vorträge und Aufsätze, Stuttgart 2022, S. 167–188.
- Holz, Klaus/Haury, Thomas, Antisemitismus gegen Israel, Hamburg 2021.
- Institut für Staatspolitik (Hg.), »Meine Ehre heißt Reue«. Der Schuldstolz der Deutschen, Albersroda 2009.
- Kamann, Matthias, »Wie wird ein ultralinker Agitator zum AfD-Rechtsaußen?«, in: Die WELT, 13.07.2016.
- Kubitschek, Götz, »Der Fall Wolfgang Gedeon ein Austausch zwischen Marc Jongen und Götz Kubitschek«, sezession.de, 30.06.2016, https://sezession.de/54541/der-fall-wolfgang-gedeon-ein-austausch-zwischen-marc-jongen-und-goetz-kubitschek (letzter Abruf: 01.06.2022).
- Leder, Stella (Hg.), Über jeden Verdacht erhaben? Antisemitismus in Kunst und Kultur, Berlin/Leipzig 2021.
- Meister, W. G., Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band I: Über Kultur, Geostrategie und Religion, Frankfurt a.M. 2009.
- Meister, W. G., Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band II: Über Geschichte, Zionismus und Verschwörungspolitik, Frankfurt a.M. 2009.
- Meister, W. G., Christlich-europäische Leitkultur. Die Herausforderung Europas durch Säkularismus, Zionismus und Islam, Band III: Über Europa, Globalismus und eine neue Politik der Mitte, Frankfurt a.M. 2009.
- Moses, A. Dirk, »Der Katechismus der Deutschen«, Geschichte der Gegenwart, 23.05.2021, https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/ (letzter Abruf: 01.02.2022).
- Moses, A. Dirk, »Dialectic of Vergangenheitsbewältigung«, *New Fascism Syllabus*, 15.06.2021, http://newfascismsyllabus.com/opinions/dialectic-of-vergangenheitsbewaltigung/ (letzter Abruf: 01.02.2022).

- Salzborn, Samuel, Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Berlin 2020.
- Seckler, Max, » Philosophia ancilla theologia . Über die Ursprünge und den Sinn einer anstößig gewordenen Formel «, in: *Theologische Quartalschrift*, Nr. 171, 1991, S. 162–187.
- Slezkine, Yuri, Das jüdische Jahrhundert, Göttingen 2006.
- Tibi, Bassam, Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 1998.
- Turpin, Tilman, Die Leitkultur-Debatte. Fragen nach Identität und Integration in Deutschland, Berlin 2009, S. 104–128.
- Tuschling, Paula, Antisemitismus in der Af D. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Falls Wolfgang Gedeon, Baden-Baden 2021.

Benedikt Kaiser: »Lernen von links«

Eine Analyse zur Philosophie einer Produktpiraterie

Armin Pfahl-Traughber

Blickt man auf die diskursive, organisatorische und strategische Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus, so lässt sich immer wieder feststellen: Aktionsformen, Bündnisstrategien, Organisationsmodelle, Provokationen oder Schlagworte kennt man mitunter aus anderen politischen Zusammenhängen. Derartige Kopien werden meist »Produktpiraterie« genannt, zumindest hat sich das Schlagwort in diesem Sinne in der Wirtschaft etabliert. Wenn demnach eine Anwendung in der folgenden Betrachtung erfolgt, geht es nicht um einen polemischen Begriff zur Ironisierung, sondern um die sachliche Benennung von Übernahmen. Gemeint ist ein »Lernen von links«, was viele Beispiele nicht nur in Deutschland veranschaulichen: Die RAF galt vielen Rechtsterroristen als handlungsbezogenes Vorbild. Das »Kameradschaftsmodell« von Neonazis wurde von dem Organisationsmodell von Autonomen übernommen. Die Identitäre Bewegung orientiert sich bei ihren öffentlichen Provokationen an ähnlichen Handlungen linker Protestbewegungen.

Diese Beispiele veranschaulichen nur eine solche Produktpiraterie im exemplarischen Sinne. Auch rechtsextremistische Intellektuelle berufen sich in ihrer »Kulturrevolution von rechts«-Konzeption ausgerechnet auf einen italienischen Marxisten. Und einige Akteure der Neuen Rechten¹ meinten gar,

Die Bezeichnung wird hier wie folgt definiert: Es geht um Intellektuelle, die sich insbesondere auf die Konservative Revolution der Weimarer Republik berufen (Ideologie), ein informelles Netzwerk einzelner Personen bilden (Organisation) und eine »Kulturrevolution von rechts« (Strategie) umsetzen wollen. Aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung können sie auch als rechtsextremistische Intellektuelle gelten. Vgl. Armin Pfahl-Traughber, »Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechten Intellektuellengruppe« (21. Juni 2019), bpd.de, https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/284268/die-neue-rechte-ist-und-was-nicht

»Marx von rechts«² vereinnahmen zu können. Einer der Autoren des so betitelten Bandes ist Benedikt Kaiser, der sich intensiv mit den Debatten und Entwicklungen der politischen Linken der unterschiedlichsten Orientierungen beschäftigt. Dabei fragt sich der Anhänger der Neuen Rechten stets, was von dortigen Ansätzen für sein eigenes politisches Lager übernommen werden kann. Diese Denkperspektive steht nicht unbedingt für Innovationen. Denn dieser Ansatz macht auch deutlich, dass man eigenständige Optionen nicht unbedingt entwickeln kann. Gleichwohl ist dafür eine differenzierte und kritische Aufmerksamkeit angebracht, lassen sich doch so beabsichtigte politische Entwicklungen prognostizieren. Denn man will einen angeblichen Erfolgsweg nachahmen.

Da der genannte Benedikt Kaiser hierin primär seine Wirkmöglichkeiten sieht, soll er auch in der folgenden Analyse mit seinen Publikationen und Vorschlägen im inhaltlichen Zentrum stehen. Dabei geht es zunächst um das allgemeine Interesse an einem »Lernen von links«, das diskursive, ideologische, organisatorische und strategische Dimensionen haben kann. Die Fallstudie zu einem Intellektuellen der Neuen Rechten erörtert dann, ob es auch inhaltliche Gemeinsamkeiten oder nur instrumentellen Nutzen gibt. Es geht um die Aneignung von als links geltenden Auffassungen oder Themen oder mögliche Bündnisoptionen einer »Querfront«, aber auch um die Entwicklung von Kooperationen im eigenen politischen Lager oder die Kopie von Positionen eben für rechte Standpunkte. Der Aufarbeitung entsprechender Aussagen folgt die Einschätzung des Vorgehens. Dabei offenbaren sich inhaltliche und strategische Defizite bei der Neuen Rechten, aber eben auch eine Bereitschaft zum instrumentellen »Lernen von links« für die eigene Zukunft.

Gründe für das Interesse an der Linken und ihrem Vorgehen

Worin besteht das Interesse an der politischen Linken? Einerseits gilt sie als ideologischer Feind, der etwa vom Internationalismus und nicht vom Nationalismus geprägt ist. Daher gibt es hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung eine rigorose Distanz, bestehen doch Gemeinsamkeiten nur in einem negativen Sinne. Bei einer extremistischen Ausrichtung beider politischer Lager lehnt man die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates ab. Daher lassen sich auch formale bzw. strukturelle Gemeinsamkeiten feststellen,

² Benedikt Kaiser/Alain de Benoist/Diego Fusaro, Marx von rechts, Dresden 2018.

wozu etwa ein identitäres Gesellschaftsbild gehört.³ Zugunsten der Homogenität soll der Pluralismus negiert werden. Indessen geschieht dies bei Linken und Rechten jeweils mit anderen Vorzeichen. Im erstgenannten Fall geht es um eine soziale Homogenität, im letztgenannten Fall um eine ethnische Homogenität. Gemeinsam wäre formal wieder eine politische Homogenität, wobei diese einmal einer linken und einmal einer rechten Ideologie entsprechen würde. Inhaltlich blieben dabei grundlegende Differenzen bestehen.

Gleichwohl gibt es ein strategisches Interesse, was aus der gemeinsamen negativen Zielsetzung folgt. Es geht um die Antwort auf die folgende Frage: Wie kann man für sich selbst politische Macht erlangen und wie kann man dazu den demokratischen Verfassungsstaat überwinden? Der analytische Blick auf das andere politische Lager hält dafür strategische Lehren bereit, sofern dieses auf dem gemeinten Entwicklungsweg in der Gesamtschau als erfolgreicher galt oder gilt. So können von dort Argumentationsmuster, Handlungen oder Organisationsformen für die eigenen Zusammenhänge übernommen werden. Es handelte sich dabei um instrumentelle Bezüge, nicht um inhaltliche Übereinstimmungen. Das Beispiel der »Kulturrevolution«-Konzeption kann hier für die Neue Rechte als entsprechendes Vorbild genannt werden. Es wurde als Ansatz von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelt und eben als »Kulturrevolution von rechts«-Konzept von der Neue Rechten als Strategie übernommen.4

Genau dies ist mit der einleitend erwähnten »Produktpiraterie« gemeint. Man kopiert einen bestimmten Ansatz, der in einem anderen Kontext schon besteht und bietet ihn dann inhaltlich verändert für das eigene politische Lager an. Dies lässt sich anhand von weiteren Handlungsformen der Neuen Rechten veranschaulichen, wobei hier kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird: die Auffassung von lagerinterner Bündnispolitik, die Ausrichtung der lagerexternen Bündnispolitik, die Besetzung von linken Politikfeldern, der Einfluss auf die kulturelle Sphäre, die Kopie von linken Protestformen, die Neudeutung politischer Termini oder die Orientierung an einer populistischen Strate-

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, »Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine«, in: ders. (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9–32.

Vgl. Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985, Neuausgabe: Dresden 2017; kritisch dazu: Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 25–46.

gie. Wie die folgenden Ausführungen einer Fallstudie zu Benedikt Kaiser verdeutlichen, finden sich bei ihm exemplarisch derartige Ansätze zu einer strategischen Produktpiraterie. Die Besonderheit dieses Publizisten besteht darin, dass er kontinuierlich linke Ansätze in Ideologie, Organisation und Strategie danach untersucht, was davon für das rechte Lager übernommen werden kann ⁵

Biografisch-politisches Kurzportrait von Benedikt Kaiser

Zunächst wäre hier eine kurze Biografie von Benedikt Kaiser wichtig, wobei es aber zu seiner persönlichen Entwicklung kaum veröffentlichte Informationen gibt. Diese Einschätzung gilt auch hinsichtlich der Gründe für Kaisers allgemeine ideologische Orientierung, aber auch für sein Interesse an der politischen Linken. Es wäre durchaus vorstellenbar, dass Kaiser sich einmal in diesem politischen Lager bewegt hat oder sich zu ihm in einem engagierten Spannungsverhältnis befand. Indessen können dazu keine Auskünfte gegeben werden. Als Besonderheit bei ihm als Exponent der Neuen Rechten fällt dagegen auf, dass er linke Diskurse intensiv zur Kenntnis nimmt, um daraus Anregungen für sein eigenes politisches Lager zu übernehmen. Ansonsten ist lediglich bekannt, dass Kaiser 1987 geboren wurde und in Chemnitz mit Magisterabschluss ein Politikwissenschaftsstudium absolvierte. Er arbeitet im publizistischen Kontext der Neuen Rechten als Redakteur und Verlagslektor, insbesondere für das Institut für Staatspolitik und sein Umfeld. 6

Bei ihm fällt ein besonderer Bezug zu Frankreich auf, einmal hinsichtlich dortiger Euro-Faschisten und Kollaborateure in den 1930er und 1940er Jahren, einmal hinsichtlich der frühen, aber auch späteren Exponenten der französischen Neuen Rechten. Dieses affirmative Interesse von Kaiser prägt offenkundig seine politischen Vorstellungen mit: Der erstgenannte Aspekt

Vgl. Benedikt Kaiser, »Linke Lektüre. Eine Anleitung«, in: Sezession, Nr. 94, Februar 2020, S. 25–29.

Seine Artikel publiziert er in der Sezession, seine Bücher erscheinen im Verlag Antaios. Außerdem kommentiert Kaiser tagesaktuell in Sezession im Netz. Darüber hinaus gab er auch Bücher im Jungeuropa Verlag, Dresden heraus. Dort erschienen die in den Anm. 8 und 10 und 11 genannten Bücher von französischen Verfassern. Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen. Wiesbaden 2019.

wurde bereits anhand seiner ersten Buchveröffentlichung deutlich: »Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle«⁷ von 2011. Darin ging es um den genannten Anhänger eines französischen Faschismus, der für ein Europa der souveränen Nationalstaaten eintrat und sich in dieser Frage von den Nationalsozialisten unterschied. Er gab sich als Antibourgeois und Dandy mit einem dekadenten Habitus, was Kaiser indessen nicht sonderlich zu verstören schien.⁸ Er ist offenbar nicht nur an den damaligen Euro-Faschisten interessiert, legte er doch noch eine Monografie zu weiteren Repräsentanten im englischsprachigen Raum vor.⁹

Das Frankreich-Interesse von Kaiser offenbart sich auch hinsichtlich der dortigen Neuen Rechten. Er arbeitet als deutscher Korrespondent von Nouvelle École, deren zentrales Theorieorgan. Kaiser gab auch deutschsprachige Übersetzungen von Dominique Venner heraus. Dabei handelte es sich um einen früheren Aktivisten der terroristischen OAS, die Algerien nicht in die Unabhängigkeit entlassen wollte. Nach seiner Haftentlassung gründete er in der ersten Hälfte der 1960er Jahre verschiedene Publikationsorgane und Vereine. Das Buch Für eine positive Kritik gilt als Gründungsmanifest der französischen Neuen Rechten und Venner war dessen Verfasser. Indessen geht er darin kaum über die Beschwörung einer Einheit der Nationalisten hinaus und äußert sich nur sehr allgemein zu Organisationsfragen und Strategien. Hingegen betonte er die Notwendigkeit der Theoriearbeit: »Ohne revolutionäre Doktrin ist eine Revolution unmöglich.«¹⁰ Auch ein weiteres Buch »Was ist Nationalismus?«¹¹ blieb hinsichtlich der genauen Vorstellungen eher diffus.¹²

⁷ Benedikt Kaiser, Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle, Kiel 2011.

⁸ Dies dokumentiert der Roman Die Unzulänglichen, der 1966 erstmals in deutscher Sprache erschien. Kaiser gab ihn 2016 in einem der Neuen Rechten zurechenbaren Verlag erneut heraus.

⁹ Eric Fröhlich/Benedikt Kaiser, Phänomen Inselfaschismus. Blackshirts, Blueshirts und weitere autoritäre Bewegungen in Großbritannien und Irland 1918–1945, Kiel 2013.

¹⁰ Dominique Venner, Für eine positive Kritik. Das Ende der alten Rechten, Dresden 2017, S. 36.

¹¹ Dominique Venner, Was ist Nationalismus?, Dresden 2019.

¹² Die beiden genannten Denker sind für Kaiser immer wieder eine Referenzquelle, wobei deren politischer Hintergrund für ihn offenbar kein Problem darstellt, vgl. z.B. Benedikt Kaiser, »Der europäische Hindernisparcours«, in: Sezession, Nr. 86, Oktober 2018, S. 16–21.

Einschätzung der Lage der Linken als Reflexionsrahmen

Ausgangspunkt von Kaisers »Lernen von links« ist ein Lagebild eben von dieser Linken. Dabei hebt er keine Gemeinsamkeiten im ideologischen oder strukturellen Sinne hervor. Allenfalls werden bei einzelnen linken Akteuren partielle Schnittmengen gesehen. Namentlich nennt Kaiser dabei immer wieder Sahra Wagenknecht. Indessen geht er weder für die Linke allgemein noch für einzelne Linke von Möglichkeiten einer lagerübergreifenden Zusammenarbeit aus, was bezüglich der Einschätzung einer »Querfront« noch gesondert thematisiert wird. Kaiser sieht in der Linken ein im Niedergang befindliches Phänomen. Dies leitet er aus der Beobachtung ab, dass die vielfältigen Krisen von ihr nicht politisch genutzt werden konnten. Eine solche Beobachtung ist durchaus zutreffend, bestärkte doch etwa die Finanzkrise allgemein die Kapitalismuskritik, aber eben nicht zugunsten der Linken. Kaiser erklärt sich das dadurch, dass es einen linken Frieden mit dem Kapital gegeben habe. Er spricht gar von der »Kapital-Linken« und einer »konformistischen Rebellion«. ¹³

Auch diese Einschätzung ist jedoch nicht originär von Kaiser, er übernahm sie von hier andersdenkenden linken Intellektuellen. Die Formulierung »progressiver Neoliberalismus«¹⁴ steht etwa dafür und spielt auf die linke Fixierung auf »Identitätspolitik« von Minderheiten an. Demgegenüber habe man die sozioökonomische Basis zugunsten des gesellschaftlichen Überbaus ignoriert. Anders formuliert: Der Friede mit dem Kapitalismus ging fortan mit der Fixierung auf die Gleichstellung von Minderheiten einher. Nicht mehr die Arbeiter und deren soziale Lebenswelt, sondern Diverse, Muslime oder Schwarze seien wichtig geworden. Damit könnten auch das Großkapital und der Neoliberalismus leben, schmücke man sich doch so mit dem Image des Progressiven. Es sei damit zu einer neuen Hegemonieverteilung gekommen, wie Kaiser mit marxistischen Kategorien veranschaulicht: An der Basis dominiere nach wie vor das Kapital, demgegenüber präge die Linke den Überbau. Gerade die Identitätspolitik für Minderheiten stehe dafür.

Auch diese Einschätzung teilen andersdenkende Linke, die damit gegen ein identitäres und für ein soziales Selbstverständnis plädieren. Kaiser will dagegen ab dieser Stelle einen anderen politischen Weg gehen. Für ihn gilt ganz

¹³ Vgl. Benedikt Kaiser, »Die ›Kapital-Linke‹ und die konformistische Rebellion«, in: ders., Blick nach links oder: Die Konformistische Rebellion, Schnellroda 2019, S. 6–21.

¹⁴ Vgl. z.B. Nancy Fraser, »Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2017, S. 71–76.

allgemein: »Die mit dem neoliberal-multikulturellen Zeitgeist liierte Linke ist [...] angeschlagen oder liegt im Sterben. Es erscheint nicht zuletzt aus diesen Gründen ratsam, eigene Ideen fürderhin konkret auszuformulieren.«¹⁵ Denn er sieht, dass eine Leerstelle oder Repräsentationslücke entstanden ist. Daher rät Kaiser der Rechten, sie solle die soziale Frage aufgreifen. Die Linke habe dieses bedeutsame Themenfeld ignoriert. Dabei geht es ihm aber nicht um eine bloße Kopie von deren ursprünglichen Positionen, vielmehr solle es dafür andere Grundlagen mit »Identität« und »Solidarität« geben. Die erstgenannte Ausrichtung würde dann auf »nationale Identität« hinauslaufen, die letztgenannte Formulierung auf eine »Volksgemeinschaft«-Vorstellung. Demnach ginge es um eine rechte Ideologisierung realer Probleme.

Einschätzung zu Kooperationsoptionen in einer »Querfront«

Die vorstehenden Ausführungen haben bereits deutlich gemacht, dass es Kaiser eben nicht um eine »Querfront« geht. Die Bezeichnung steht für eine Kooperation von Linken und Rechten gegen das bestehende politische System. Derartige Auffassungen kamen in der Weimarer Republik auf, indessen wurden sie mit partiellen Ausnahmen nie eine reale Praxis. Gleichwohl kursieren immer wieder derartige Gedanken, entweder als Option oder als Warnung. Dies mag auch Kaiser dazu motiviert haben, eine kleine Monografie zum Thema vorzulegen. Zunächst geht es darin um eine historische Annäherung, wobei etwa die in der zweiten Jahreshälfte von 1929 auszumachenden Optionen von Gregor Strasser erwähnt werden. Indessen kam es nie zu realen Kooperationen einer angedachten »Querfront«. Allenfalls unter Intellektuellen entstandenen »nationalbolschewistischen« Strömungen, die aber nicht über den geistigen Bereich hinausgingen bzw. für reale Politik nicht relevant waren. Anders sah es im früheren Frankreich oder späteren Griechenland aus.

Für das Deutschland der Gegenwart konstatierte Kaiser dagegen zutreffend, dass es keine Bereitschaft zur Kommunikation und schon gar nicht zur Kooperation gebe. Auch bestehe keine dramatische Krisensituation, welche ein solches Zusammengehen motivieren könne. Damit formuliert er eine realistische Einschätzung zu den politischen Gegebenheiten. Indessen gab es immer wieder Bemühungen, die Hand gegenüber der Linken von der Rechten

¹⁵ Benedikt Kaiser, »Das Ende der linken Hegemonie. Neun Thesen«, in: Neue Ordnung, Nr. 3/2016, S. 23–26, hier: S. 26.

auszustrecken. Sie wurde aber von der Linken nie ergriffen, was eine »Querfront« letztendlich unmöglich machte. Aus dieser zutreffenden Beobachtung folgert Kaiser: »Daraus [...] resultiert für eine zeitgemäße Neue Rechte die Herausforderung, eigene thematische Erweiterungen jenseits dogmatischer ideologischer Denkbahnen vorzunehmen, um jene zwingend erforderliche inhaltliche und ideenpolitische Profilierung zu forcieren, die die – derzeit ohnehin nicht real denkbare »Querfront« – obsolet werden läßt.«¹6 Demnach ist dem Autor auch bewusst, dass es der Neue Rechten an einem inhaltlichen Profil mangelt.

Dabei könnten mit einem »Antiimperialismus« und einer »Antikapitalismus« von der Linken besetzte politische Themen aufgegriffen und umgedeutet werden, was auf die bereits erwähnte nationalistische Interpretation von sozialen Problemkomplexen herauslaufen würde. Insofern sollen Bestandteile des linken und rechten Denkens für Kaiser in einer Neuen Rechten zusammengeführt werden. In dem neurechten Alain de Benoist sieht er dabei ebenso ein politisches Vorbild wie in dem neo-leninistischen Slavoj Žižek. Bilanzierend heißt es: »Eine ›Neue Rechte, die sich von neokonservativ-neoliberalen Vorstellungswelten absetzt, die sich [...] gegen [...] konservative Kapitalismusaffirmation stellt, [...] die die soziale Frage wieder als ureigenes Sujet entdeckt, [...] die in der Lage ist, die größeren politökonomischen Zusammenhängen beim Großen Austausch und der aktuellen Lage des Finanzkapitalismus zu analysieren und Gegenentwürfe zu entwickeln – eine solche Neue Rechte hätte es nicht nötig, auf der linken Seite nach Partnern für eine Querfront zu suchen.«¹⁷

»Antiimperialismus« in der Deutung einer Neuen Rechten

Doch worin sollen die Alleinstellungsmerkmale eines »Antiimperialismus« und eines »Antikapitalismus« einer Neuen Rechten bestehen? Auch hier machen die Formulierungen von Kaiser deutlich, dass eben eine derartige Kompetenz und ein solches Konzept in seinem politischen Lager gegenwärtig nicht vorhanden sind. Er selbst macht nur allgemeine Anmerkungen dazu, die gleichwohl gesondertes Interesse verdienen. In einem eigenen Beitrag zum erstgenannten Gegenstand äußert Kaiser sich sogar anerkennend zu Lenins Schrift zum Thema »Der Imperialismus als höchstes Stadium des

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Benedikt Kaiser, Querfront, Schnellroda 2017, S. 46 und S. 84.

Kapitalismus«, die aber aufgrund der linken Ausrichtung an der westlichen Außenpolitik kaum noch Interesse in diesem politischen Lager finde. Eine Ausnahme wird im Umfeld der *Jungen Welt* gesehen. Dort bestehe die Angst davor, dass imperialismuskritische Positionen nach rechts rücken könnten. Den Bezugspunkt dafür bildeten die »Friedensmahnwachen«, welche potenziell die Option der erwähnten »Querfronten« eröffnen würden.

Kaiser bemerkt dazu: »Und diese Angst ist verständlich, denn ein zeitgemäßer Antiimperialismus, der Kapitalismuskritik, Interventionskriege und Migrationsbewegungen gleichermaßen kritisch untersucht, muß heute zwangsläufig ins Rechte übergehen, wenn er konsequent zu Ende gedacht wird.«¹8 Diese Auffassung richtete sich gegen Bundeswehreinsätze, die etwa in Afghanistan oder dem ehemaligen Jugoslawien im NATO-Kontext durchgeführt wurden. Dagegen hatten sich auch die Akteure im traditionellen Rechtsextremismus gewandt, meist mit der Begründung, dass die deutschen Soldaten nicht für die USA kämpfen sollten. Der Antiimperialismus von Kaiser enthält auch eine solche Motivation. Er erweitert diese Auffassung darüber hinaus noch mit dem Hinweis auf die Migrationsbewegung, womit diese als Imperialismus erscheint, was indessen nicht eine genauere Erläuterung erfährt. Ganz allgemein postuliert Kaiser, dass der Antiimperialismus zugunsten des »Freiheitsexports« von der Linken aufgegeben worden sei.

Dadurch entstand für ihn »ein enormes Vakuum, in das zu stoßen die Aufgabe einer nichtimperialistisch und nichtwestlich gesonnenen Neuen Rechten sein könnte.«¹⁹ Ansätze dazu hätten sich schon früher ergeben, da die nationale Frage für die betroffenen Länder wichtig gewesen sei und die politische Linke nicht gestört habe. Kaiser fordert angesichts der erwähnten Situation, hier müsse die Neue Rechte eine Themenbesetzung vornehmen. Es gelte, den Antiimperialismus der Linken zu entwinden und ihn für das eigene politische Spektrum zu vereinnahmen. Dafür bestünden auch gute Chancen für die Rechte, »indem sie die eklatanten Widersprüche des liberaldemokratischen Kapitalismus sowie imperialistische Rechtfertigungsideologien aufdeckt und in einen größeren Zusammenhang stellt. Dies erfordert von der Rechten freilich einen neuen Blick auf die Flüchtlingskrise und ihre Auslöser.«²⁰ Demnach

¹⁸ Benedikt Kaiser, »Die offenen Flanken des Antiimperialismus«, in: Sezession, Nr. 71, April 2016, S. 14–17, hier: S. 15.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd., S. 17.

geht es Kaiser darum, eine Leerstelle der Linken zu füllen. Der rechte »Antiimperialismus« erhält dabei indessen kein klares Profil.

»Antikapitalismus« in der Deutung einer Neuen Rechten

Eine ähnliche diskursive Aneignung fordert Kaiser dann noch für ein anderes Thema: den »Antikapitalismus«, der eigentlich als konstitutive Einstellung der politischen Linken gilt. Dabei argumentiert Kaiser zunächst ideengeschichtlich, existierte eine solche Ausrichtung doch schon immer in der Rechten. Durchaus angemessen bemerkt er: »›Kapitalismuskritik von rechts‹ ist [...] kein Phänomen der Gegenwart.«²¹ Sein Blick geht zurück bis ins Kaiserreich, wo es bereits derartige Ansätze im alten Konservatismus gab. Diese waren dann noch stärker in der Konservativen Revolution ausgeprägt, worauf sich die Neue Rechte als geistige Vorbilder stützt. Über die hier als Publikationsorgan relevante »Die Tat« heißt es: »Die Redaktion arbeitete systematisch an einem nichtmaterialistischen Antikapitalismus sowie am Ausbau eines generationsspezifischen rechtsintellektuellen Bewußtseins, aus dem heraus die konservativ-revolutionäre Transformation der bestehenden Verfassung gedacht wurde.«²² Daran soll auch für die Gegenwart der Neuen Rechten angeknüpft werden.

Dass der »Antikapitalismus von rechts« auch eine antisemitische Komponente hatte, wird hingegen nur indirekt thematisiert. Bekanntlich wurde das »jüdische Finanzkapital« für die kapitalistischen Verwerfungen verantwortlich gemacht. Dabei stellte man das negativ konnotierte »raffende Kapital« gegen das positiv konnotierte »schaffende Kapital«. An diesen Diskurs knüpft Kaiser aber nicht an, er formuliert indessen auch keine klare Kritik dazu. Derartige Ansätze fanden sich auch bei den Denkern der Konservativen Revolution, jedoch nicht mit der gleichen Bedeutung wie im Nationalsozialismus. Kaiser will eher an die damaligen und späteren Nationalrevolutionäre anknüpfen. Entscheidender für seine Absichten dürften dagegen die politischen Rahmenbindungen sein, konstatierte er doch für die Gegenwart hier ein linkes Vakuum. Die ausdrückliche Kapitalismuskritik sei von diesem politischen Lager aufge-

²¹ Benedikt Kaiser, »Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland«, in: Sezession, Nr. 82, Februar 2018, S. 12–18, hier: S. 12.

²² Ebd, S. 14.

geben worden, habe man sich doch eher Identitätsfragen von sozialen Minderheiten zugewandt. Für die Rechte schlage da die politische Stunde.

Kaiser bemerkt dazu: »Der unappetitlichen Querfront aus Kapital und Antifaschismus ist eine ideelle Synthese kapitalismuskritischer Ansätze auf der Höhe der Zeit entgegenzustellen, und zwar bei einem nicht hintergehbaren Bezug auf das grundlegende rechte Menschenbild [...] auch wenn linke Analysen, etwa im Bereich der Sozialwissenschaften, freilich selektiv einbezogen werden müssen.«²³ Diese letzte Anmerkung macht noch einmal exemplarisch deutlich, dass es jeweils um eine instrumentalisierende Übernahme geht. Der inhaltliche Kontext linker Positionen wird ausgeblendet, die diskursive Nutzung steht jeweils im Zentrum. Kaiser ist dabei durchaus bewusst, dass die Rechte hier wenig zu bieten hat: »Für dieses ambitionierte Vorhaben [...] wird es zwingend notwendig sein, Gesellschaftsanalyse, Ökonomiekritik und politische Theoriearbeit [...] stärker von rechts in Angriff zu nehmen. Erst wenn eine neue Generation diese Kärrnerarbeit leistet [...] kann [...] auf die derzeit notwendige Exegese zeitgenössischer kapitalismuskritischer Denker von links verzichtet werden.«²⁴

»Solidarischer Patriotismus« als sozioökonomische Programmschrift

Das damit einhergehende Dilemma prägt auch Kaisers diesbezüglich programmatische Schrift, die einen »Solidarischen Patriotismus« einfordert und »Die soziale Frage von rechts« laut diesem Untertitel aufgreifen will. Dabei handelt es sich bislang um das einzige Buch aus der Neuen Rechten zur eigenen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ansonsten beschränkten sich Ausführungen meist darauf, die antinationalen Folgen von »Globalisierung« und »Kapitalismus« zu thematisieren. ²⁵ An eigenständigen Aussagen zu diesem relevanten Politikfeld mangelte es, was ein bezeichnendes Licht auf die Neue Rechte wirft. In seinem Buch stand Kaiser denn auch vor dem erwähnten

²³ Ebd., S. 18.

²⁴ Benedikt Kaiser, »Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland«, in: Sezession, Nr. 82, Februar 2018, S. 12–18, hier: S. 12, S. 14 und S. 18.

²⁵ Dafür stehen etwa: Alain de Benoist, Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens, Berlin 2009; Alain de Benoist, Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes, Berlin 2012.

Problem, konnte er doch nicht an inhaltliche Konzepte in seinem eigenen politischen Lager anknüpfen. Zum zentralen Begriff heißt es: »>Solidarischer Patriotismus« enthält als Begriffspaar die beiden wichtigsten Pole. Er ist ein Angebot an gemeinwohlorientierte Kräfte aller Seiten [...] >Solidarischer Patriotismus« kann als >rechter« Ansatz >linke« Elemente integrieren ...«²⁶

Und zur inhaltlichen Ausrichtung bemerkte Kaiser weiter: Er strebe »nach einem konstruktiven, zukunftsfähigen Verständnis einer gehegten sozialen Marktwirtschaft im Zeichen einer solidarischen und patriotisch rückgebundenen Leistungsgemeinschaft.«²⁷ Es geht demnach nicht um die Abschaffung, sondern eine Eingrenzung des Kapitalismus. Man könnte von einem auf ethnische Deutsche ausgerichteten Sozialstaat sprechen, indessen mit einer erklärten Frontstellung gegen den als dominant empfundenen Neoliberalismus. Bei den darauf bezogenen Ausführungen fällt auf, dass mehrheitlich linke, mitunter auch marxistische Intellektuelle als Referenzquellen benannt werden. Nach Ausführungen zur historischen Entwicklung geht es dann um die im dortigen Kontext genannten Themen: Anstieg der verstecken Arbeitslosigkeit und der relativen Armut ebenso wie die Eskalation des entstandenen Niedriglohnsektors und der leistungslosen Spitzeneinkommen. Damit argumentierte Kaiser fast – aber nur fast – wie eine Kopie der gemäßigten Linken.

Erst gegen Ende werden die Unterschiede hervorgehoben: Man lehne die Auffassung von einer abstrakten Menschheit ab, habe ein identitäres und skeptisches Menschenbild und wolle mit realistischen Schritten zum Ziel kommen. Entscheidend sei aber: »Der Kapitalismus bzw. die ihm immanente Logik versachlicht menschliche Beziehungen.«²⁸ Allgemein wird für die Politik ein Vorrang eingefordert, was ein Alleinstellungsmerkmal der Neuen Rechten sei. Indessen ist dies auch eine Grundposition eines linken Keynesianismus. Darüber hinausgehende Konturen der wirtschaftspolitischen Orientierung blieben indessen blass. Bezogen auf die AfD wird gegen den marktliberalen Flügel gefordert, man solle sich zugunsten der »kleinen Leute« und des Mittelstandes positionieren. Als einzige Besonderheit kann Kaiser für sein politisches Lager hervorheben: »Die Bezugnahme auf eine *relative* ethnische Homogenität ist ei-

²⁶ Benedikt Kaiser, Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020, S. 10.

²⁷ Ebd., S. 222.

²⁸ Ebd., S. 265.

ne rechte Konstante des Solidarischen Patriotismus ...«²⁹ Genauere Aussagen werden aber nicht formuliert, auch hier bleibt alles im Vagen.

Bildung einer »Mosaik-Rechten« als Option

Bislang wurde nur die Aufnahme von Positionen und Themenfeldern hervorgehen, es gibt aber auch ein beanspruchtes »Lernen von links« hinsichtlich Organisation und Strategie. Dabei soll es zunächst um die Einforderung einer »Mosaikrechten« gehen, wobei das Modell einer »Mosaik-Linken« mit anderen Vorzeichen übernommen wurde. Diese Bezeichnung entwickelte der Gewerkschaftler Hans-Jürgen Urban, um nach der Finanzkrise von 2008 der Linken eine politische Orientierung zu geben. Er konstatierte, dass trotz der zutreffenden Kapitalismuskritik das gemeinte Lager nicht vorangekommen sei. Auch die Gewerkschaften wären von Lähmungserscheinungen geprägt. Indessen müsse gerade eine Gegenbewegung den dominierenden Neoliberalismus bekämpfen und ihm eine ökologische und soziale Wirtschaftsdemokratie entgegenstellen. Die Gewerkschaften sollten dabei mit NGOs zusammenarbeiten, wozu etwa Menschenrechts- und Umweltgruppen gehören würden. Eine solche Bewegung wurde dann »Mosaik-Linke« tituliert.³⁰

Die Bezeichnung fand in den politischen Diskursen der Linken danach eine gewisse Verbreitung, führte aber letztendlich doch nicht zu einer erfolgreich wirkenden »Mosaik-Linken«. Gleichwohl machte Kaiser daraus etwas später die »Mosaik-Rechte« und empfahl den dortigen Protagonisten eine ähnliche Zusammenarbeit. Dazu bestand Anlass durch die Entwicklungen, die ab Mitte der 2010er Jahre im politischen Raum für einen »Rechtsruck« standen. Die AfD zog in die Parlamente ein, die Identitären nutzten Provokationen, Pegida mobilisierte die Straße. Für Kaiser entstand dadurch eine »Mosaik-Rechte«, wobei er auf den Bewegungscharakter abstellte. Die AfD solle aber nicht als dortiger Akteur nach »Anerkennung und Koalitionsbeteiligung [...] streben«³¹, was auf eine Anpassung an Elite und System hinauslaufe.

²⁹ Benedikt Kaiser, Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020, S. 10, S. 222 und S. 265.

³⁰ Vgl. Hans-Jürgen Urban, »Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, Mai 2009, S. 71–78.

Benedikt Kaiser, »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, in: Sezession, Nr. 77, April 2017, S. 46f., hier: S. 47.

Dabei galt ein bekannter Achtundsechziger-Intellektueller gar Kaiser als politische Referenzperson, hatte doch ausdrücklich der gemeinte Johannes Agnoli vor entsprechenden Lockungen für oppositionelle Strömungen gewarnt.

Mit der Bezeichnung »Mosaik-Rechte« müsse es dagegen eher um eine breite Zusammenarbeit gehen. Das links gescheiterte Projekt sollte für rechts übertragen werden. Dabei gehe es um handlungsbezogene Arbeitsteilung bei gleichzeitig inhaltlicher Heterogenität. »Die Große, zeitbedingte Aufgabe des gesamten Mosaiks und seiner Einzelsteine«, so Kaiser, »macht es [...] erforderlich, inhaltliche Widersprüche zuzulassen und ideelle Vielfalt zu ermöglichen.«³² Beabsichtigt seien interne Elitenbildung und externes Maximalwachstum. »Die Mosaik-Rechte des frühen 21. Jahrhunderts ist [...] angesichts der Lage, die neuen Resonanzräume schuf, der ambitionierte Versuch, ein handlungsfähiges, arbeitsteiliges, weltanschaulich profiliertes und authentisches Milieu aufzubauen.«³³ Davon kann durchaus in der politischen Realität gesprochen werden, entstanden doch ganz unterschiedliche Akteure im rechten Spektrum. Gleichwohl erfolgte dies ohne Anregung von Kaiser, er sprach nur von der »Mosaik-Rechten« für ein solches Phänomen.

Anlehnung an Luxemburg: »Revolutionäre Realpolitik von rechts«

Für diese plädierte Kaiser für eine »Revolutionäre Realpolitik von rechts«, wobei er die Bestandteile für das Gemeinte ausgerechnet von Rosa Luxemburg übernahm. Auch hier gilt der Grundsatz, dass es nicht um ideologische Gemeinsamkeiten, sondern strategische Optionen ging. Die Anfang des 20. Jahrhunderts für Luxemburg bestehende politische Situation, so Kaiser, entspreche formal der in der Gegenwart für die Rechte dominierenden politischen Situation: »So spezifisch Luxemburg argumentierte, und so sehr sie auch das Sozialistische ihrer Zeit im Blick hatte, ist [...] zu konstatieren, daß relevante Aspekte ihrer revolutionär-realpolitischen Überlegungen für die politische Rechte der Gegenwart höchst bedeutsam sind.« Damit deutet Kaiser auch an, dass es ihm um die »Nutzbarmachung ebenjener Konzeptionen durch die politische Rechte« geht. Er abstrahiert demnach von den ideologischen Inhalten

³² Benedikt Kaiser, »Mosaik-Rechte. Eine Aktualisierung«, in: Sezession, Nr. 93, Dezember 2019, S. 34–37, hier: S. 35.

³³ Ebd., S. 37.

und will strategische Optionen übernehmen, wobei die formale Handlungsweise identisch, aber eben mit rechten Vorzeichen versehen ist.

Der Ausgangspunkt bezieht sich auf eine politische Bestrebung mit einem gegenwärtig marginalen Status, welche die bestehende Gesellschafts- und Staatsstruktur längerfristig überwinden will. Dazu bestand die »Luxemburgsche Dialektik von Nah- und Fernziel«, welche für die gegenwärtige Rechte auch vorhanden sei. Als Nahziel gelte das »Ende des führenden linksliberalen Blocks« und das »Ende der Merkel-Politik«. Bezüglich des Fernziels bleibt Kaiser indessen überaus diffus, spricht er doch nur von einer Gesellschaftsordnung, die Recht und Staatsbewusstsein wieder kenne. Auch die »Aufgabendoppelung«, die Luxemburg auf Parlamentsarbeit bezogen habe, sei für die gegenwärtige Rechte gültig. Hingegen würde der Bundestag durch den »finanzierten Kapitalismus der Gegenwart in seiner Wirkmächtigkeit eingeschränkt.« Für die AfD bestehe die Gefahr, so Kaiser, dass sie sich dieser Institution gegenüber anpasse. »Hier ist weltanschauliche Wachsamkeit gefragt.« Es geht ihm denn auch nicht nur um begrenzte Reformen, sondern um eine grundlegende Transformation.

Auch hier bestehen formale Gemeinsamkeiten von Kaiser mit Luxemburg. Sie habe auch für ihre Auffassungen publizistisch gegen ideologische Konkurrenten im eigenen politischen Lager gestritten, was dann wohl innerhalb der »Mosaik-Rechten« ebenfalls die Neue Rechte unternehmen solle. Dabei gehe es darum, dass das »andere Deutschland« als Fernziel nicht zugunsten des Neoliberalismus in einem »großbürgerlichen Zentrum« aufgegeben werde. Bei all dem ist nach Kaiser aber falsch, für Fundamentalopposition und Realpolitik von einem Widerspruch auszugehen: »Die Losung der revolutionären Realpolitik überwindet diese falsche Entweder-Oder-Simulation und zeigt auf, daß realpolitisch-reformistische Schritte unverzichtbar sind, um langfristige Strategien der Transformation entwickeln zu können.«³⁴ Einzelne Reformen sind damit nur erste Schritte zu einem zukünftigen Umsturz. Dies sah Luxemburg indessen mit der Option des Sozialismus ebenso. Kaiser kopiert auch hier für die Rechte. Er setzte sich jedoch nicht mit Luxemburgs politischem Scheitern auseinander.

³⁴ Benedikt Kaiser, »Revolutionäre Realpolitik von rechts?«, in: Sezession, Nr. 81, Dezember 2017. S. 10–14. hier: S. 11 und S. 13f.

Forderung nach einem neuen rechten Populismus

Und dann soll noch für das »Lernen von links« eine andere strategische Orientierung thematisiert werden. Dabei geht es um die Agitationsform des Populismus, die indessen ohnehin meist im rechten Lager stärker wahrnehmbar ist. Denn in Europa ließ sich ab Mitte der 1980er Jahre beobachten, dass von Land zu Land kontinuierlich rechtspopulistische Parteien erstaunliche Wahlerfolge verzeichneten. Insofern bedurfte es eigentlich keiner intellektuellen Anregungen, die eine Kopie eher linker Vorstellungen nötig machten. Gleichwohl sah sich Kaiser veranlasst, einschlägige Hinweise aus seinen Lektüren abzuleiten. Dazu muss noch darauf hingewiesen werden, dass die intellektuelle Linke den rechten Populismus ablehnt. Die Einwände beziehen sich nicht nur auf die politische Orientierung, sondern auch auf die strukturelle Prägung. Denn diese Agitationsform setze auf Emotionalisierung und Polarisierung, was mit Autoritarismus und Personenkult verbunden sei. Die Entwicklungen in Lateinamerika veranschaulichten diesen Zusammenhang.

Analysen zu dortigen Entwicklungen stammten auch von Ernesto Laclau, einem argentinischen Politikwissenschaftler mit marxistischer Prägung. Er hatte allein und mit seiner Ehefrau und Kollegin Chantal Mouffe, einer belgischen Soziologin, diverse Studien zum Thema vorgelegt. Darin wurde der emotionalisierte Gegensatz, der zwischen den Machthabern und dem Volk bestehe, als konstitutiver Inhalt für eine populistische Strategie gesehen. Ergänzt werden sollte eine solche Ausrichtung bei politischen Handlungen noch dadurch, dass die Freund-Feind-Unterscheidung relevant wäre. Dabei beriefen sich Laclau und Mouffe auch ausdrücklich auf Carl Schmitt. Er gilt als Klassiker der Neuen Rechten, was Kaiser wohl mit für deren Konzept eingenommen haben dürfte. Die inhaltliche Differenz zu Laclau und Mouffe erblickte er hauptsächlich darin, dass bei ihnen noch eine Konstruktion des Volkes erfolgen müsse, während es für die Neue Rechte schon existiere. Diese Grundauffassung erleichtere es auch, einen rechten Populismus zu nutzen.

Demgegenüber würde die Linke sich solchen Praktiken verweigern, da sie eine »Querfront« mit Rechten befürchte. Letztere sollten für Kaiser in dieser

³⁵ Vgl. Ernesto Laclau, Politik und Ideologie im Marxismus, Kapitalismus, Faschismus, Populismus, Berlin 1981; Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie.
Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991; Chantal Mouffe, Für einen linken Populismus. Berlin 2018.

Situation einfach schneller sein: »Diese Anliegen könnten seitens der deutschsprachigen rechten Intelligenz schamlos und ohne wirkmächtige Konkurrenz adaptiert werden, da die hiesige verweltbürgerlichte Linke [...] die Stunde des Populismus aus ideologischen wie moralischen Motiven heraus unbeachtet verstreichen lassen wird. «³6 Daher müsste die Gelegenheit durch die Rechte am Schopfe gefasst werden, um mit der Betonung des Gegensatzes von Elite und Volk politisch zu punkten. »Die deutsche Linke wird überwiegend abseits stehen und elaborierte Diskurse führen, die alles sind, aber nicht popular, volksnah, volkstümlich – oder eben populistisch. «³7 Daher empfiehlt Kaiser ausdrücklich den Populismus der Rechten, ohne dabei aber genauere Konzepte und Wege zu benennen. Auch hier will er eine links liegen gelassene Handlungsoption für die Rechte als politische Strategie vereinnahmen.

Einschätzung der Linken als Rekrutierungspotenzial

Bevor die genannten Aspekte eines »Lernens von links« einschätzt werden sollen, bedarf es noch der Aufmerksamkeit für Kaisers eigene Kommentierung der Linken. Dabei fällt auf, dass sich seine Einwände eben gerade nicht auf deren Kapitalismuskritik oder Sozialismus beziehen. Demgegenüber macht er dort eine Differenzierung aus, welche auch ansonsten eine Identitätslinke und eine Soziallinke idealtypisch unterscheidbar machen. Die erstgenannte Ausrichtung ist eine Linke, die sich primär gegen die Diskriminierung und für die Identität von Minderheiten einsetzen will. Dazu gehören Diverse, Muslime oder Schwarze. »Antirassismus« und »Multikulturalismus« bilden die grundlegenden Orientierungen. Demgegenüber bilden die Bezugspunkte der Mehrheitsgesellschaft und der unteren sozialen Schichten für die Soziallinke das entscheidende Themenfeld. »Gerechtigkeit« und »Gleichheit« stehen dort für die konstitutiven Orientierungen. Eigentlich muss hier kein grundlegender Gegensatz bestehen, in der politischen Realität ist dem aber so.

Der letztgenannten Linken rechnet die Neue Rechte unterschiedliche Politiker zu, in Deutschland beispielsweise Sahra Wagenknecht, in Frankreich etwa Jean-Luc Mélenchon. Da diese den Nationalstaat auch als Rahmen für den Sozialstaat ansehen, leitet Kaiser daraus eine Nähe zur Neuen Rechten

³⁶ Benedikt Kaiser, »Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau«, in: Sezession, Nr. 79, August 2017, S. 26–30, hier: S. 30.

³⁷ Ebd.

ab. So meint er etwa: »Daß insbesondere Sahra Wagenknechts Standpunkte in den letzten Jahren tatsächlich eine Entwicklung genommen haben, im Zuge derer sich Positionen aus ihrem Umfeld und dem neurechten annähern, ist evident ...«³⁸ Den grundlegenden Gegensatz verkennt Kaiser indessen, stellt er doch bei seiner Einschätzung nur auf bestimmte Politikfelder ab. Außerdem meint Kaiser, dass innerhalb der Linken die Soziallinken marginalisiert werden würden. Da sie somit keine politische Bedeutung mehr hätten, solle auch nicht auf eine mögliche »Querfront« gesetzt werden. Man könne die soziale Frage thematisch als Neue Rechte besetzen, auch ohne in einem möglichen Bündnis diesen Linken gewisse Zugeständnisse zu machen.

Indessen meint Kaiser wohl für sein politisches Lager, die Restbestände der Soziallinken herüberzuziehen. Diese hätten Auffassungen, »die in dem in multikulturellen Fragen dogmatisch festgelegten linken Milieu der Bundesrepublik nicht hegemonial werden können – zum Nachteil der realistischen, strategisch denkenden Linken, die mal subkutan, mal offensiv von geistiger Selbsterdrosselung bedroht ist, aber zum Vorteil der politischen Rechten und ihrer Wahlpartei Af D.« Die gemeinten Linken würden wohl perspektivisch aus ihren Zusammenhängen verstoßen. »Die Mosaik-Rechte vertrüge indes die Stärkung ihres sozialen Flügels in Theorie und Praxis.«³⁹ Dieses Ansinnen ist angesichts der Kompetenzschwäche der Neuen Rechten verständlich. Indessen dürften Anhänger einer Soziallinken wohl kaum einen solchen Weg gehen. Zwar gab es immer wieder bekannte Akteure, die von links nach rechts wechselten. Dies hatte aber bei Horst Mahler, Günther Maschke oder Bernd Rabehl eher etwas mit persönlichen denn politischen Wahrnehmungswandlungen zu tun.

Kapitalismuskritik von rechts als ideologisches Selbstverständnis

Worin bestehen nun die Besonderheiten und Interessen von Kaiser bei dem »Lernen von links«? Eine differenzierte Antwort muss sich auf verschiedene Ebenen beziehen. Der erste Ausgangspunkt kann darin gesehen werden, dass die soziale Frage für ihn offenbar tatsächlich wichtig ist. In einem Dialog mit

³⁸ Benedikt Kaiser, »Die Lücke, das Volk, die Linke«, in: Sezession, Nr. 85, August 2018, S. 10–15, hier: S. 13.

³⁹ Benedikt Kaiser, »Die Kluft in der deutschen Linken«, in: Sezession, Nr. 87, Dezember 2018, S. 20–24, hier: S. 24.

Felix Menzel, der ebenfalls der Neuen Rechten zugerechnet werden kann, spielen reale soziale Probleme eine wichtige Rolle. Als »Armut und soziale Gerechtigkeit« überschriebener Debattenbeitrag druckte ihn die »Sezession«. ⁴⁰ Darin wird deutlich, dass sich Kaiser intensiver mit den Problemen unterer sozialer Schichten beschäftigt hat. Demnach scheint für ihn die kapitalismuskritische Ausrichtung eine ehrliche und innere Überzeugung zu sein. Indessen führte ihn diese Grundauffassung nicht zur politischen Linken, wofür in seinen Artikeln, Aufsätzen und Büchern zwei Hauptgründe genannt wurden: Die Kapitalismuskritik interessiere die Linke aufgrund ihrer Minderheitenfixierung nicht mehr; und sie habe eine negative Einstellung zu Nation und Volk.

Demgegenüber soll an den Antikapitalismus von rechts aus der Ideengeschichte angeknüpft werden, wobei Kaiser sich aber nicht am »linken« Nationalsozialismus orientieren will. Eher beruft er sich auf Ansätze der Euro-Faschisten etwa aus Frankreich oder die der Konservativen Revolution aus der Weimarer Republik. Gleichwohl gibt es keinen Ansatz oder Denker, der ihm hier als bedeutsamer Klassiker und herausragende Referenzquelle gilt. Insofern weist sein Antikapitalismus weder ideengeschichtlich noch konzeptionell klare Konturen auf, was auch die entsprechenden Defizite seiner programmatischen Schrift »Solidarischer Patriotismus« veranschaulichen. Es bleibt bei den eher diffusen Aussagen, wonach es Beschränkungen des gesellschaftlichen Einflusses der Märkte geben und die soziale Marktwirtschaft unter einem Primat der Politik stehen solle. Dafür müssen dann linke Autoren als wirtschaftspolitische Referenzquellen dienen. Dies macht auch das grundsätzliche Desinteresse der Neuen Rechten an diesem Thema deutlich.

Für dessen Bedeutung können aber nachvollziehbare Gründe von Kaiser angeführt werden: Erstens sei die Kapitalismuskritik von der Linken ignoriert worden, insofern sollte die Rechte dieses Thema aufnehmen und so ein Vakuum füllen. Und zweitens wählten die Arbeiter als besonders betroffene soziale Gruppe überproportional stark rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien. Die kurze Erfolgsphase der NPD in den 2000er Jahren erklärt sich nicht allein, aber mit dadurch, dass sie sozial- und wirtschaftspolitische Parolen im Wahlkampf ins Zentrum stellte. Indessen ergibt sich für Kaiser damit auch innerhalb der Neuen Rechten ein Problem, werden hierdurch doch finanzielle Förderer mit einer anderen Orientierung verschreckt. Über Akteure und Ausmaß von Geldgebern ist öffentlich nichts bekannt, gleichwohl sind

⁴⁰ Vgl. Benedikt Kaiser/Felix Mentzel, »Armut und soziale Gerechtigkeit«, in: Sezession, Nr. 77, April 2016, S. 54–59.

offenbar für das Institut für Staatspolitik solche Zuwendungen wichtig. In Erinnerung an die Gründung des Publikationsorgans *Sezession* hieß es etwa: »Ein Förderer [...] stellt Ende des Jahres einen Beitrag zur Verfügung.«⁴¹

Berufung auf linke Denker als Referenzquellen

Ein zweiter Ausgangspunkt für die bilanzierende Einschätzung eines »Lernen von links« besteht darin, dass es bei der Berufung auf linke Denker als Referenzquellen einige wichtige Spezifika gibt. Dies soll zunächst anhand von Alain de Benoist und seiner Gramsci-Rezeption veranschaulicht werden. Da Kaiser sich gelegentlich auf ihn beruft und er als Korrespondent für dessen Theorieorgan arbeitet, liegt ein solcher Hinweis zur Veranschaulichung nahe. Die Auffassung von Benoist, durch eine geistige Hegemonie eine politische Hegemonie vorzubereiten, leitete dieser von dem italienischen Marxisten ab. Gleiches galt für die dabei hervorgehobene Bedeutung von Intellektuellen in diesem politischen Kulturkampf. Indessen bestanden zwischen Benoist und Gramsci nicht nur ideologische Unterschiede. Benoist schrieb den Intellektuellen die primäre und zentrale Relevanz zu. Demgegenüber sollten bei Gramsci die Intellektuellen auch das Proletariat kulturell weiterentwickeln. Derartige Aspekte spielten dagegen für Benoists Konzept überhaupt keine Rolle. 42

Es ging bei Benoist und es geht bei Kaiser nicht darum, dass ein linker Denker hinsichtlich seiner formulierten Positionen in dessen Sinne inhaltlich weiterentwickelt wird. Eine derartige Erwartungshaltung wäre eine akademische Sichtweise im schlechten Sinne des Wortes. Primär sollte eine interessante Handlungsoption und Strategie vereinnahmt werden. Dabei ist zunächst deren ideologischer Hintergrund nicht sonderlich relevant, geht es doch um den praktischen Nutzen. Insofern kommt Aussagen bei den linken Denkern, die sich auf inhaltliche Absichten oder soziale Exponenten beziehen, überhaupt keine Relevanz zu. Dominant ist die bloße Instrumentalisierbarkeit für die Rechte. Dies machte auch die Anlehnung von Kaiser an Luxemburg deutlich. Er erkannte Ähnlichkeiten mit ihren Lagebildern und Optionen, die mit Kategorien wie Minderheit, Reformen, System oder Umsturz verbunden waren.

⁴¹ o. A., »75 x Sezession – eine Chronik«, in: Sezession, Nr. 75, Dezember 2016, nicht paginiert.

⁴² Vgl. dazu die in Anm. 4 genannte Literatur.

Die formalen Einsichten von Luxemburg wurden dann direkt auf die in der Gegenwart bestehende Konstellation für die Rechte übertragen.

Und schließlich geht mit der Berufung auf einen linken Denker auch ein intellektueller Schick einher, um diese saloppe Formulierung für eine geistige Selbstdarstellung zu verwenden. Dies löst allgemein Aufmerksamkeit und Interesse aus, mitunter aber auch Empörung und Verwunderung. Wenn Kaiser sich auf Luxemburg beruft, führt das zu linken Irritationen und Verärgerungen. Auch bei Benoists Berufung auf Gramsci verhielt es sich ähnlich. Die erste deutschsprachige Buchausgabe seiner Kulturrevolution von rechts hatte darüber hinaus noch ein besonderes Titelbild: Es zeigte Ernesto »Che« Guevaras Kopf, zur Hälfte verdeckt durch eine antike Maske. Damit schienen gleich zwei Ikonen der Linken eben diesem politischen Spektrum entwunden worden zu sein. Als Anhang bzw. Ergänzung sei hier noch darüber hinaus ausgeführt, dass die Berufung auf linke Denker mitunter für die Neue Rechte nötig wird, weil es eben von rechten Denkern keine Positionen zum Thema gibt. Kaiser räumte dies hinsichtlich der Kapitalismuskritik mit offenen Worten ein.

Kopie linker Organisationsformen und Strategien

Und dann soll als dritter Ausgangspunkt noch die Kopie linker Organisationsformen und Strategien im Zentrum stehen. Das dabei deutlich werdende Interesse erklärt sich schlicht dadurch, dass die gemeinten linken wie rechten Bestrebungen zumindest längerfristig eine politische Systemtransformation umsetzen wollen. Dieses gemeinsame Ansinnen besteht – hinsichtlich Gesellschaft und Staat – in identischen Rahmenbedingungen. Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, ob nicht relative Erfolgsmodelle von der Gegenseite übernommen werden können. Indessen gibt es dieses Ansinnen als »Lernen von links«, nicht als »Lernen von rechts«. Einerseits würde es die Linke nicht zugeben, von der Rechten gelernt zu haben. Und andererseits gilt die Linke als politisch erfolgreicher als die Rechte. Dies erklärt auch das Doppelbild, das von der Achtundsechziger-Bewegung dort besteht. Denn einerseits lehnt man sie aufgrund der linken Auffassungen und gesellschaftlichen Folgen ab, an-

dererseits sieht man in ihr ein Erfolgsmodell hinsichtlich der längerfristigen Wirkung. 43

Und dies motiviert die ideologischen, organisatorischen und strategischen Anleihen, die es bei der damaligen Protestbewegung auch jahrzehntelang später noch von Rechten gibt. Auch bei Kaiser konnten derartige Rezeptionen immer wieder ausgemacht werden. Indessen berief er sich mehr auf andere frühere und dann gegenwärtige Phänomene. Entlang der als Faktoren für ein solches Interesse bereits erwähnten Kriterien soll darauf noch einmal gesondert eingegangen werden: Dazu gehört die Auffassung von lagerinterner Bündnispolitik, die beim Modell von einer »Mosaik-Rechten« deutlich wurde. Indessen blieben bei Kaiser die genauen Konturen unklar, ohnehin hatte sich so etwas ohne seine strategische Vorgabe entwickelt. Dafür mögen AfD, Identitäre und Pegida als Stichworte genügen. Die Formulierung »Mosaik-Rechte« stand daher lediglich für den erwähnten intellektuellen Schick. Bezogen auf die Ausrichtung der lagerexternen Bündnispolitik entwickelte Kaiser keine Vorschläge, obwohl diese doch gerade in der Gesellschaft die Linke erfolgreicher machte.

Demgegenüber standen der eingeforderte »Antiimperialismus von rechts« und »Antikapitalismus von rechts« idealtypisch für die Besetzung von linken Politikfeldern, seien sie doch von dem gemeinten politischen Lager aufgegeben worden. Für Kaiser bräuchte die Rechte nur dieses Vakuum füllen. Hinsichtlich des Einflusses auf die kulturelle Sphäre oder eine Kopie von linken Protestformen entwickelte er indessen keine Vorschläge. Ähnlich verhält es sich mit der Neudeutung politischer Termini. Zwar beschwört Kaiser immer wieder das Volk. Indessen entwickelte er dabei keine Auffassung, die es etwa als demokratischen Souverän mit ethnischer Verwurzelung verbindet. Kaiser formulierte lediglich häufig in diesem Sinne. Gleichwohl gibt es dafür keine genauere Begründung, geht er doch wohl von einer natürlichen Gegebenheit aus. Dementsprechend finden sich bei ihm auch keine Definitionskriterien für die konkreten Zugehörigkeiten. Und dann plädierte Kaiser noch für eine kontinuierliche Orientierung der Rechten an einer populistischen Strategie.

⁴³ Vgl. Thomas Wagner, Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte, Berlin 2017, wenngleich darin das Achtundsechziger-Neue Rechte-Verhältnis nicht gesondert thematisiert wird.

Zusammenfassung

Kaisers »Lernen von links« ist als »Produktpiraterie« bereits im Titel bezeichnet worden. Indessen soll diese Bezeichnung hier nicht als Polemik erscheinen, handelt es sich doch für das konkret Gemeinte um einen etablierten Terminus. Es geht dabei im Geschäftsleben um die Kopie eines Produkts, wobei dessen Eigenschaften nachgeahmt, es aber mit anderem Namen verkauft wird. Je nach der konkreten Praxis handelt es sich auch um einen juristischen Straftatbestand. Davon kann allerdings für den politischen Bereich nicht die Rede sein, könnte doch allenfalls auf bestimmte Begriffe ein Copyright bestehen. Darüber hinaus sind ideologische Besonderheiten, konkrete Organisationsformen oder spezifische Strategien frei wählbar. Kaiser agiert demnach inhaltlich legitim und strategisch geschickt, wenn er auf ein »Lernen von links« setzt. Zu Recht könnte er argumentieren: Wenn der Antikapitalismus von der Linken liegen gelassen wird, dann kann ihn die Rechte aufheben und vereinnahmen. Es wäre letztlich eine Folge von linker Ignoranz gegenüber dem Thema.

Und aus seiner politischen Blickrichtung heraus ist dies für Kaiser auch meist mit innovativen Perspektiven verbunden. Diese Einschätzung gilt nicht allgemein und generell, aber für die von ihm vertretene Rechte durchaus. Es liegt ohnehin sowohl für einen Politiker wie einen Politikwissenschaftler nahe, vergleichend auf politische Akteure als Bewegungen, Gruppen, Parteien oder Zellen zu schauen. Dies kann bezogen auf das eigene politische Lager für andere Länder oder die Vergangenheit gelten, dies kann hinsichtlich eines anderen politischen Spektrums für deren Wirken gelten. Und Kaiser hat genau diese Perspektive eingenommen. Damit gibt er dem eigenen politischen Lager innovative Vorgaben, die auf Bündnispolitik, Diskurse, Themenfelder oder Vereinnahmungsversuche bezogen sind. Gleichwohl irritiert dort wohl der erklärte Bezug auf die Linke, was mit den ideologischen Differenzen und dem feindschaftlichen Verhältnis zu tun hat. Indessen erweckt dieses Agieren auch Interesse und soll wohl längerfristig Linke zur Rechten hinüberziehen.

Die vorstehenden Einsichten sind auch für die vergleichende Extremismusforschung relevant, eröffnen sie doch Möglichkeiten zu prognostischen Vorgehensweisen. Hierbei geht es um einen Blick auf die Entwicklung der Extremismen, wobei nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gefragt werden kann. Erkennbar ist beim Blick auf die Geschichte, dass linke Extremisten für rechte Extremisten mitunter ein strategisches Vorbild waren. Sie kopierten entweder bewusst dortige Konzepte zum Vorgehen, oder sie reagierten in glei-

cher Form auf ähnliche Rahmenbedingungen. Beispiele wurden bereits zu Beginn genannt: Sie reichen von der Deutung demokratischer Termini über die Entwicklung von Protestbewegungen und die Orientierung der Parteipolitik bis zur Gründung terroristischer Zellen. Demnach erlaubt die Entwicklung in dem einen Extremismus auch Prognosen, die für die Entwicklung in dem anderen Extremismus gelten können. Auch lassen sich Gefahrenpotenziale besser einschätzen, besteht doch dafür ein vergleichender Maßstab.

Literatur

- Benoist, Alain de, Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens, Berlin 2009.
- Benoist, Alain de, Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes, Berlin 2012.
- Benoist, Alain de, Kulturrevolution von rechts, Krefeld 1985, Neuausgabe: Dresden 2017.
- Fraser, Nancy, »Für eine neue Linke oder: das Ende des progressiven Neoliberalismus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2017, S. 71–76.
- Fröhlich, Eric/Kaiser, Benedikt, Phänomen Inselfaschismus. Blackshirts, Blueshirts und weitere autoritäre Bewegungen in Großbritannien und Irland 1918–1945, Kiel 2013.
- Kaiser, Benedikt, Eurofaschismus und bürgerliche Dekadenz. Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle, Kiel 2011.
- Kaiser, Benedikt, »Das Ende der linken Hegemonie. Neun Thesen«, in: *Neue Ordnung*, Nr. 3/2016, S. 23–26.
- Kaiser, Benedikt, »Die offenen Flanken des Antiimperialismus«, in: *Sezession*, Nr. 71, April 2016, S. 14–17.
- Kaiser, Benedikt, »Mosaik-Rechte und Jugendbewegung«, in: *Sezession*, Nr. 77, April 2017, S. 46f.
- Kaiser, Benedikt, »Querfrontpotential? Populismus bei Mouffe und Laclau«, in: Sezession, Nr. 79, August 2017, S. 26–30.
- Kaiser, Benedikt, »Revolutionäre Realpolitik von rechts?«, in: *Sezession*, Nr. 81, Dezember 2017, S. 10–14.
- Kaiser, Benedikt, Querfront, Schnellroda 2017.
- Kaiser, Benedikt, »Rechte Kapitalismuskritik in Deutschland«, in: *Sezession*, Nr. 82, Februar 2018, S. 12–18.

- Kaiser, Benedikt, »Die Lücke, das Volk, die Linke«, in: *Sezession*, Nr. 85, August 2018, S. 10−15.
- Kaiser, Benedikt, »Der europäische Hindernisparcours«, in: *Sezession*, Nr. 86, Oktober 2018, S. 16–21.
- Kaiser, Benedikt, »Die Kluft in der deutschen Linken«, in: *Sezession*, Nr. 87, Dezember 2018, S. 20–24.
- Kaiser, Benedikt, »Mosaik-Rechte. Eine Aktualisierung«, in: *Sezession*, Nr. 93, Dezember 2019, S. 34–37.
- Kaiser, Benedikt, »Die ›Kapital-Linke‹ und die konformistische Rebellion«, in: ders., Blick nach links oder: die Konformistische Rebellion, Schnellroda 2019, S. 6–21.
- Kaiser, Benedikt, »Linke Lektüre. Eine Anleitung«, in: *Sezession*, Nr. 94, Februar 2020, S. 25–29.
- Kaiser, Benedikt, Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020.
- Kaiser, Benedikt/Benoist, Alain de/Fasaro, Diego, Marx von rechts, Dresden 2018.
- Kaiser, Benedikt/Mentzel, Felix, »Armut und soziale Gerechtigkeit«, in: Sezession, Nr. 77, April 2016, S. 54–59.
- Laclau, Ernesto, Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus, Berlin 1981.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.
- Mouffe, Chantal, Für einen linken Populismus, Berlin 2018.
- Pfahl-Traughber, Armin, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- Pfahl-Traughber, Armin, »Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine«, in: ders. (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9–32.
- Pfahl-Traughber, Armin, Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen, Wiesbaden 2019.
- Pfahl-Traughber, Armin, »Was die »Neue Rechte« ist und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechten Intellektuellengruppe« (21. Juni 2019), bpd.de, https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/284268/die-neue-rechte-ist-und-was-nicht

Urban, Hans-Jürgen, »Die Mosaik-Linke. vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, Mai 2009, S. 71–78.

Venner, Dominique, Für eine positive Kritik. Das Ende der alten Rechten, Dresden 2017.

Venner, Dominique, Was ist Nationalismus?, Dresden 2019.

Wagner, Thomas, Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte, Berlin 2017.

II. Minderheiten

»Aufstand gegen die Natur und gegen die Wirklichkeit«

Zum Homosexuellenhass in der AfD und zur Unredlichkeit ihrer Kritiker

Steffen Stolzenberger

»So mancher, der unsere Partei nicht kennt, wird sich vermutlich darüber wundern, das klang ja auch bei den Vorrednern an, dass es überhaupt so eine Interessengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD gibt, wo wir doch angeblich eine vor Homophobie nur so triefende Partei sind. [...] Aber genau das exakte Gegenteil ist der Fall.«1 Als würden sie sich selbst nicht so recht glauben, schicken Abgeordnete und Parteimitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) immer dann, wenn sie ihren vermeintlichen Einsatz für Homosexuelle inszenieren, eine Versicherung voraus, dass die Ziele der Partei nicht im Widerspruch zu den Interessen homosexueller Menschen stehen. Das ist insofern richtig, als Leidenschaft »keinen sittlichen Ort [hat]«2 und – in Ausweitung dieses Satzes von Martin Dannecker – auch keinen politischen. Das homosexuelle Begehren verrät nichts über die politischen Überzeugungen und Interessen eines Individuums. Aus dieser Einsicht müsste bei einem aufrichtigen Interesse an der Verbesserung der Lebenssituation von Homosexuellen aber gefolgert werden, der besonderen Tragik ihrer Emanzipationsbestrebungen, die sich aus dem Schicksal der Homosexualität unter den Bedingungen gesellschaftlicher Unfreiheit ergibt, Rechnung zu tragen. Denn zunächst fällt ja auf, dass sich nicht wegen, sondern trotz der vorgeblichen Homofreundlichkeit in der AfD eine Gruppierung für Homosexuelle

Jörg Meuthen, Rede bei der Gedenkveranstaltung der Alternativen Homosexuellen (AHO) am 19.06.2018 in Essen, https://www.facebook.com/watch/?v=2085774948344 059, ab 03:07 Min. (letzter Abruf: 15.09.2022)

² Martin Dannecker, Das Drama der Sexualität, Frankfurt a.M. 1987, S. 25.

formiert, um deren Interessen nach innen und nach außen zu vertreten – so wie in den anderen Parteien übrigens auch.

Versicherungen wie die zitierte des damaligen AfD-Bundessprechers Jörg Meuthen auf einer Veranstaltung der Alternativen Homosexuellen (AHO) 2018 in Essen geben ersten Aufschluss darüber, wie es um das Verhältnis der AfD zu den Homosexuellen und deren Emanzipation tatsächlich bestellt ist. Seinen Besuch bei der AHO begründet Meuthen formal mit seiner amtlichen Verantwortung gegenüber allen Mitgliedern der Partei: »[...] dazu gehören dann alle, ähm, Gruppierungen, die wir auch haben. Ich finde daran überhaupt nichts erstaunlich.«³ In paternalistischer Manier werden Homosexuelle der heterosexuellen Normalität zugeschlagen und Toleranzbekundungen so lange abgesondert, wie sich niemand in Akzeptanz üben muss. Diese Differenz wird in den Reden von AfD-Abgeordneten immer wieder gegen die vermeintlichen Zumutungen der Gleichstellung ins Feld geführt:

»Die Bürger sollen nun Homosexualität und Transsexualität nicht nur tolerieren, sie sollen sie akzeptieren. ›Akzeptieren‹, dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet ursprünglich ›annehmen‹, ›gutheißen‹. Und was kommt denn dann als Nächstes? Wird Homo- und Transsexualität unter dieser verstrahlten Regierung noch zur Staatsnorm erhoben und somit zur heiligen Pflicht für jeden Bürger?«⁴

So wettert Nicole Höchst, Lehrerin und AfD-Bundestagsabgeordnete, während einer Aktuellen Stunde zu Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die am 17. Mai 2019 auf Initiative der Grünen im Bundestag stattfand. Letztere tituliert sie als den »willigen politischen Vollstrecker« des »Befehl[s], einer der einflussreichsten Lobbygruppen weltweit – der LGBT«⁵. Auch Höchst war ein Jahr zuvor auf der Veranstaltung der AHO mit einem Redebeitrag vertreten, wo Meuthen im selben Duktus hinzusetzte, dass er sich trotz gebotener Toleranz gegenüber den verschiedenen Interessengruppen ja nicht

³ Jörg Meuthen, Rede bei der Gedenkveranstaltung der Alternativen Homosexuellen, ab o1:30 Min.

⁴ Nicole Höchst, Redebeitrag in der Aktuellen Stunde zu Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt am 17.05.2019 im Deutschen Bundestag, https://www.youtube.com/watch?v=fecg42O1r2 g, ab 01:50 Min. (letzter Abruf: 15.09.2022).

⁵ Ebd., ab 01:00 Min.

mit allen gemein machen müsse und der Besuch beim Kyffhäuser Treffen des ultrarechten »Flügels« der AfD gleichfalls eine Selbstverständlichkeit für ihn darstelle.

Derweil muss man sich nicht erst in rechtsextreme Gefilde begeben, um auf manifesten Homosexuellenhass in der Partei und ihrem Umfeld zu stoßen: Nicht nur André Poggenburg, ehemaliger AfD-Parteivorsitzender Sachsen-Anhalts, spricht sich gegen die Homo-Ehe und die »Exzesse« auf dem Christopher Street Day aus. Auch die Sprecherin des Arbeitskreises *Christen in der AfD* unterstellt der »Homo-Lobby« durch sexuelle Schulaufklärung eine »Gehirnwäsche« an Kindern vornehmen zu wollen. Und der sachsen-anhaltinische Landtags- und ehemalige CDU-Abgeordnete Andreas Gehlmann warf in einer Debatte über die Maghreb-Staaten, wo Homosexuellen die Gefängnisstrafe droht, ein: »Das sollten wir hier auch so machen. V

Es sind solche explizit homosexuellenfeindlichen Äußerungen, die nicht zuletzt durch die Sozialen Medien der Mehrheitsgesellschaft fortwährend als Skandal vorgetragen werden, um so gegen die homofeindliche AfD (und für andere Parteien) zu mobilisieren. Ein Skandal sind sie in der Tat, aber es bleibt zu bedenken, dass solche Ausfälle kontraproduktiv für den Erfolg der AfD sein dürften und eine aufschlussreiche Analyse sich deshalb dem zuzuwenden hat, was auch in der abstrakten Kritik am »right-wing populist complex« durch die Gender- und Queer Studies und der an ihnen geschulten Linken Anathema bleibt: der gesamtgesellschaftliche Gehalt der Homosexuellenfeindlichkeit und ihre gegenwärtige Latenz. Die Selbstdarstellung der AfD als einzige homofreundliche Partei bei gleichzeitiger Mobilisierung eines homofeindlichen Wählerklientels gelingt ihren Akteuren durch die De-Thematisierung der Homosexualität von Homosexuellen. Die Ablehnung dieses Begehrens zeigt sich parteipolitisch seltener in Form direkter Angriffe als vielmehr im Kontext von Debatten um Ehe und Familie, Migration und Flucht, Gender-Mainstreaming

⁶ Vgl. diese und weitere Beispiele in Norbert Blech, Der >Anti-Gender <- Aufstand. Der neue gemeinsame Kampf von christlichen Aktivisten und Neurechten gegen Aufklärung und Emanzipation, https://magazin.hiv/wp-content/uploads/2016/08/2016-Homophobie-Grund lagenpapier-Norbert-Blech.pdf (letzter Abruf: 08.06.2021), S. 11–15.

⁷ Thorsten Denkler, »AfD-Politiker: Homosexuelle ins Gefängnis stecken«, Süddeutsche Zeitung, 03.06.2016.

⁸ Gabriele Dietze/Julia Roth, »Right-Wing Populism and Gender: A Preliminary Cartography of an Emergent Field of Research«, in: dies. (Hg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 7–21, hier: S. 9.

und Sexualpädagogik. Das heißt, die AfD richtet sich nicht explizit gegen Homosexuelle, sondern diese werden als eine besondere Gruppe (der potentiellen Wählerschaft der AfD) behandelt, um dann unter dem Vorwand der Besonderheit dieser Gruppe Forderungen *gegen* ihre gesellschaftliche Gleichstellung zu erheben. Die intellektuelle Kapitulation vor diesem eigentümlichen Verhältnis kündigt sich in dessen Fassung als *paradox* an, wie sie beispielsweise der Literaturwissenschaftler Adrian Daub im *Jahrbuch Sexualitäten* vornimmt:

»Es gehört zu den paradoxesten Aspekten der illiberalen Internationalen [...], dass sie die Homophobie als diskursives Kampfmittel merklich ignoriert. Homophobie ist weiter virulent, aber sie ist nicht mehr offensichtlich. Um die Halbpräsenz, um das Zwielicht des Homophoben ohne offene Homophobie geht es mir. In Deutschland, zum Beispiel, übt sich die Führungsriege der AfD in einer, so paradox das klingen mag, transparenten Selbstzensur: Man weiß, was diese Menschen über LGBTI*-Rechte denken, aussprechen tun sie es aber nicht.«9

Daub konstatiert deshalb für die internationale Neue Rechte im Allgemeinen und die AfD im Besonderen das »Gebot, lesbische, schwule und trans Identitäten strikt formal zu halten, sie nicht mit spezifischen Inhalten oder Ansprüchen zu verbinden.«¹O Wie zu zeigen ist, stützt eine Analyse der Minderheitenpolitik der AfD diesen Befund nicht, da die Gruppe der Homosexuellen dort gerade mit spezifischen politischen Inhalten in Verbindung gebracht wird. Der Formalismus-Vorwurf erweist sich lediglich insoweit als richtig, wie die Homosexuellen durch ihre De-Sexualisierung im Interesse der AfD-Agenda politisiert werden. Aber das trifft auch auf linke – und von der AfD als links eingeordnete – Politik zu, gerade wo sie sich auf identitätspolitische und antirassistische Prämissen der Gender- und Queer Studies bezieht. Letztere konstituierten sich von Anfang an aus der De-Spezifizierung von Begriffen, die auf sexuelles Begehren und daran geknüpfte Erfahrungen bezogen sind.¹¹¹

Da schließlich trotz aller »transparenten Selbstzensur« die vorgebliche Homofreundlichkeit der AfD ohne viel Aufhebens der Lüge überführt werden

⁹ Adrian Daub, »Homophobie ohne Homophobe«, in: Initiative Queer Nations (Hg.), Jahrbuch Sexualitäten 2020, Göttingen 2020, S. 15–34, hier: S. 18.

¹⁰ Ebd., S. 28.

¹¹ David M. Halperin, »The Normalization of Queer Theory«, in: Journal of Homosexuality, Nr. 45, 2003, S. 339–343, hier: S. 341f.

kann, ist die abstrakte Form der allgemeinen Abgrenzung zur AfD als Voraussetzung ihrer Erfolge zu thematisieren. Denn die übliche antirassistische Gegenidentifikation verschleiert nachgerade den tatsächlichen Charakter der ideologischen Weltanschauung, die von der Neuen Rechten ausgeht. Insofern muss unweigerlich mit einbezogen werden, dass sich die queer-linke Intersektionale schon lange unter viel Zuspruch der linksliberalen Medien und des Wissenschaftsbetriebs darum bemüht, durch Konzepte wie Homonationalismus ganz im Sinne der AfD zu zeigen, wie rechtsgerichtet die Homosexuellen heute sind. ¹² Um dem zu begegnen, soll bei den Homosexuellen in der AfD angesetzt werden, die sich durch die im Folgenden verhandelten Forderungen ihrerseits dem genannten Gebot unterwerfen, die eigene Homosexualität weitgehend unsichtbar werden zu lassen.

»Ein Ja zu den Errungenschaften des ausgefochtenen Emanzipationskampfes!«

Die AHO ist eine vorwiegend in den Sozialen Medien aktive, ›diskrete‹ Folgevereinigung der 2014 begründeten Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, die von der eigenen Partei offiziell nie anerkannt wurde. Das unterscheidet sie in der Tat von DIE LINKE.queer, Queer Grün, SPDQueer (vormals Schwusos) oder den Lesben und Schwulen in der Union (LSU). Vorsitzende der Bundesinteressengemeinschaft waren Alexander Tassis, erstes offen schwules Parteimitglied der AfD, sowie Mirko Welsch, Mitglied des Bezirksrats Saarbrücken, der zwischenzeitlich aus der AfD ausgetreten ist, weil diese sich nicht deutlich genug von rechtsextremen Gruppierungen abgrenzt. In ihren Leitlinien übt sich die Gruppe ganz gemäß den Erwartungen ihrer Partei in Normalisierung, d.h. der Vermeidung einer Konkretion des Besonderen: »Homosexualität ist ein selbstverständlicher Bestandteil der sozialen Landschaft einer Nation. Wir sehen nur nicht, dass die frühere Unterdrückung noch das zentrale Problem in Deutschland darstellt.«¹³

In dieser falschen Grundannahme besteht ein gemeinsamer Fehler der AfD und vieler ihrer Kritiker. Gewiss hat die Homosexualität in den vergan-

¹² Vgl. Moritz Pitscheider, »Der Westen und das Laster. »Homonationalismus« und Flucht«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020, S. 163–182, hier: S. 164 f.

¹³ Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, Leitlinien, S. 1.

genen dreißig Jahren mehr Aufmerksamkeit bekommen und wurde Diskriminierung als ein gesellschaftlich akzeptierter Vorgang vermindert. Auch rechtlich hat es in Deutschland von der Abschaffung des § 175 im Jahre 1994, über die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft 2001 und die Ehe für alle im Jahre 2017 bis hin zur Anerkennung der Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität als Asylgrund deutliche Verbesserungen gegeben. Aber inmitten des kleinbürgerlichen Diversity-Hypes gilt es festzuhalten, dass die Verfolgung von Homosexuellen nicht aufhört: In globalem Maßstab werden homosexuelle Handlungen – zuweilen sogar die Homosexualität selbst - kriminalisiert, die Schuldiggesprochenen verfolgt, eingesperrt, drangsaliert, gefoltert und ermordet. Ungezählte werden durch diese Zustände, die in ausnahmslos allen islamischen Ländern vorherrschend sind, zur Flucht nach Nordamerika, Europa, Israel oder Australien gezwungen und bleiben auch danach Hassverbrechen und gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt, die in den westlichen Demokratien weiterhin stattfinden können. Die Situation von homo- und transsexuellen Geflüchteten etwa in Deutschland wird derweil missachtet oder völlig fehlanalysiert.¹⁴ In Osteuropa werden LGBT-freie Zonen deklariert und Errungenschaften in der rechtlichen Gleichstellung zurückgenommen. Suizidraten unter Homosexuellen sind immer noch hoch. Viele leben versteckt und das Coming-out bedeutet nach wie vor einen schmerzhaften und konfliktreichen Prozess. Und bei aller zur Schau gestellten Diversität ist der öffentliche Austausch von Zärtlichkeiten zwischen homosexuellen Menschen immer noch selten – und in den falschen Stadtteilen und Dörfern oftmals auch gefährlich.

Die AfD und andere rechtskonservative europäische Parteien sind inmitten dieser Situation bestrebt, die Errungenschaften in der Gleichstellung von Homosexuellen wieder zurückzunehmen, und unterstreichen dafür umso mehr ihren Eintritt gegen die »[e]liminatorische[n] Ansichten« gegenüber Homosexuellen, die sich »kaum in traditionellen deutschen Milieus vorfinden,« sondern »vor allem Kennzeichen islamistischer Strömungen [sind], die aus falscher Toleranz in Deutschland Raum greifen konnten.«¹⁵ Diese

¹⁴ Kritisch dazu die Beiträge in Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020.

Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, Entwurfeines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts, S. 1.

offensichtliche Instrumentalisierung des Islams darf nicht zu der weit verbreiteten antirassistischen Verschiebung führen, die durch intersektionale Perspektivierung die Homosexuellenfeindlichkeit im Islam durch andere »Diskriminierungsformen« wie »antimuslimischen Rassismus« als vermeintliches Vorurteil relativiert - die Angst Homosexueller im Angesicht der Bedrohungen sowohl durch den Islamismus als auch durch den konservativen Mehrheitsislam ist berechtigt. Stattdessen ist die über sämtliche politische Lager verbreitete Bereitschaft, anders als etwa in den Fällen Osteuropas, gerade die vom Islam ausgehende Verfolgung von Homosexuellen zu relativieren - obwohl sie in Ausmaß und Brutalität global ihresgleichen sucht -, als Indiz für das »Unbehagen an der homosexuellen Emanzipation«¹⁶ in den westlichen Demokratien aufzunehmen. Als repräsentatives Beispiel darf ein Auftritt der Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und ihres Kollegen Robert Habeck auf dem YouTube-Kanal »Jung & Naiv« gelten, bei dem sie der Lüge eines Diskutanten, der Iran würde keine Homosexuellen hinrichten, nicht nur nichts entgegenzusetzen wussten, sondern sie mit dem peinlichen Hinweis, keine Iran-Experten zu sein, auch annahmen.¹⁷

Solcher Leugnung von Homosexuellenfeindlichkeit korrespondieren queer-theoretische Versuche, im Fall homo- und transsexueller Geflüchteter die Verfolgung in islamischen Ländern als Fluchtgrund zu ignorieren und stattdessen den Islam zum integralen Bestandteil einer queeren Identität zu erklären, was in keinen Zusammenhang mehr zur realen Fluchtgeschichte von Individuen gestellt wird, sondern als performativer Akt gegen den »globalisierten Diskurs« vom »exaltierten« und »freizügigen Schwulen« verstanden werden will. An Stelle der Kritik der Verfolgung tritt damit die der Sexualisierung von Menschen, auf die als Ausdruck eines obsessiven Verhältnisses von Konservativen zur Homosexualität zurückzukommen sein wird. Die gut gemeinte Verteidigung der ungeouteten, durch Angst und Scham gehemmten

¹⁶ Tjark Kunstreich, Dialektik der Abweichung. Das Unbehagen in der homosexuellen Emanzipation, Hamburg 2015.

¹⁷ Stefan Frank, »Als Baerbock und Habeck nicht einmal sagen konnten, dass im Iran Schwule gehängt werden«, Mena-Watch, 08.05.2021, https://www.mena-watch.com/wie-baerbock-und-habeck-einmal-nicht-sagen-konnten-ob-im-iran-schwule-gehae ngt-werden/?fbclid=IwAR3QCBXopIoY1wsSVusksXDrdhPYNTacPlrL1dWMAw5kBx4R tO5QWYxz29E (letzter Abruf: 15.09.2022).

¹⁸ Vgl. Mengia Tschalaer, »Queere Räume. Die sexualisierte Asylgeschichte«, diaphanes.net, https://www.diaphanes.net/titel/queere-raeume-6168 (letzter Abruf: 15.09.2022).

oder einfach unauffälligen Homosexuellen verkehrt sich darin zugunsten des (anti-)modernen Ressentiments gegen Homosexuelle, das in den westlichen Gesellschaften vorherrschend ist und sich dadurch reproduziert, dass es nicht auf seinen gesellschaftlichen Gehalt reflektiert wird. Auch die Queer Studies sind nicht nur in dieser Hinsicht als Produkt jener von ihnen verteufelten westlichen Gesellschaften anzusehen. Die als Zumutungen empfundenen Anforderungen dieser Gesellschaften werden nicht auf den Begriff gebracht, sondern projektiv bewältigt, indem Geflüchtete zu einer sich im Zielland gegen die Mehrheitsgesellschaft konstituierenden *Identität* zugerichtet werden – während die konkreten Verhältnisse in den Herkunftsländern ausgeblendet werden.

»Klare Regeln für Einwanderer!«

In den Leitlinien der AfD-Homos heißt es indessen: »Schwulen und Lesben liegt Deutschland genauso sehr am Herzen, wie jedem anderen liebenden Menschen mit einem Bezug zu Familie, Heimat und Nation. Die Alternative für Deutschland steht zu diesen Werten und ist die Partei für alle Bürger, die diese Werte teilen.«19 Solche Integration der Homosexuellen in die Nation ist implizit bereits gegen den promisken und untreuen, den kosmopolitischen und heimatlosen, den ungebundenen und verantwortungslosen Schwulen gerichtet - kurz: gegen den zur »Liebe« unfähigen Homosexuellen als Ausdruck einer modernen und dekadenten. >westlichen« Lebensweise. Insofern es den Neuen Rechten um dessen Integration ins Kollektiv geht, zielt diese nicht auf die gleichberechtigte Existenz als bürgerliches Individuum mit rechtlich abgesicherter Privatheit des Liebeslebens, sondern auf die Stiftung einer nationalen Gemeinschaft, die entlang traditioneller Werte wie der Familie als »Keimzelle der Gesellschaft«, völkischer Homogenität, Religion usw. bestimmt wird. Mit Blick hierauf formuliert die Interessengruppe der Homosexuellen ihre Forderungen in parteikonformer Weise, allem voran »[...] eine offene Meinungskultur auch in sogenannten >Minderheitenfragen< anzustreben. So lehnen wir den Gebrauch des Wortes >Homophobie< und andere Entgleisungen sogenannter politischer Korrektheit ab. Psychiatrisierende Begriffe gehören als Totschlagargument nicht in die politische Auseinan-

¹⁹ Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, Leitlinien, S. 1.

dersetzung. Vielmehr gehört die Denunziation z.B. konservativer Ansichten genauso bekämpft wie eine Denunziation der Homosexualität.«²⁰

Mit dieser Intervention springen die AfD-Homos für Parteigenossen wie Meuthen oder Höchst in die Bresche, indem sie durch die Ablehnung des Begriffs der Homophobie das Unbehagen am Homosexuellen als Bestandteil der als natürlich unterstellten Differenz zwischen Homo- und Heterosexualität legitimieren. Das Unbehagen soll aber nicht durch eine Konfrontation der Differenzen bearbeitet, sondern diese in einer kulturalistisch bestimmten Gruppenidentität nivelliert werden. Es ist von besonderer Bedeutung, dass damit gegen linke Identitätspolitik Stellung bezogen wird, die – darauf wird zurückzukommen sein – ihrerseits sexuelle Minderheiten mit spezifischen ›Positionierungen in zu Kulturkämpfen umgedeuteten politischen Konflikten verbindet. Somit geht es der AfD um eine identitätspolitische Eingemeindung von Homosexuellen, die diesen als Belohnung dafür versprochen wird, dass sie eine besondere Lebensweise jenseits der Ehe führen, zugunsten gelebter nationaler Gemeinschaft auf gleiche Rechte verzichten, sich mit christlich-konservativen Werten identifizieren und all das nicht als Angriff auf die eigene Besonderheit bewerten, sondern sich vielmehr selbst nicht so wichtig nehmen. Analoge Forderungen stellen wohlgemerkt liberale Islamverbände, die häufig und zu Unrecht als Beleg dafür angeführt werden, dass das Herstellen eines Zusammenhangs von Islam und Homophobie rassistisch sei: »Die Auseinandersetzung um die Aufrechterhaltung von Diskriminierungen gegen homosexuelle Menschen hat im modernen Diskurs nach unserem Dafürhalten ein Ausmaß angenommen, das in keinem Verhältnis dazu steht, worum es im Islam eigentlich geht.«21 Der Quran-Auslegung des Liberal-Islamischen Bundes geht es demgegenüber um die »eigentlichen« Maßstäbe, die im Islam für Liebe und Partnerschaft anzulegen seien. Mit diesen sei »Sexualität, die einzig und allein aus dem Motiv des Begehrens heraus praktiziert wird«, ²² nicht vereinbar. Es seien nicht die jeweiligen Objekte des Begehrens, sondern »das Begehren als objektisierender Trieb«, was »das eigentliche Problem darstellt«. 23

Dem wäre entgegenzuhalten, dass Sexualität zu einem wesentlichen Teil »objektisierender Trieb« ist und dass zum anderen in den auf Geschlech-

²⁰ Ebd.

²¹ Liberal-Islamischer Bund e. V., Homosexualität im Islam. Positionspapier, https://lib-ev.jimdo.com/positionspapiere/ (letzter Abruf: 07.07.2021), S. 7.

²² Ebd., S. 7.

²³ Ebd., S. 6.

terapartheit gründenden islamischen Gesellschaften die Sexualisierung insbesondere von Frauen alltäglich und allgegenwärtig ist, wie schon das Kopftuch bezeugt. Dieses ist nicht bloß »Symbol der sexuellen Zurückhaltung von Frauen und Mädchen«,24 wie Koschka Linkerhand zuletzt ausführte, sondern Ausdruck davon, dass die Überbetonung des weiblichen Triebhaften psychodynamisch eine Voraussetzung für dessen Erfahrung als Bedrohung und für entsprechende patriarchale Bestrebungen ist, es in einem gesellschaftlichen Vakuum zu halten. Wie die Psychoanalytikerin Marokh Charlier auf Grundlage ihrer therapeutischen Erfahrungen zeigt, spielen dabei die spezifischen Konstellationen islamischer Gesellschaften eine große Rolle, in denen »alle Muslime [...] eine einzige große Familie [bilden]«25. Dass gerade Frauen gesellschaftlich, etwa durch frühe Verheiratung und Schwängerung, an der Vollendung ihrer psychosexuellen Entwicklung gehindert werden, führt denn mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zur Regression auf eine infantile Struktur, in der neuen körperlichen Empfindungen und Wünschen nach Autonomie mit Angst begegnet wird. Diese Angst wird durch den Verbleib im »Schutzraum Familie« bewältigt, dem einzigen Ort, an dem Frauen in islamischen Gesellschaften relative Macht zuteilwerden kann. Für lesbische Frauen stellt dies ein grausames und besonders schwer entrinnbares Schicksal dar, sodass sie in Debatten um Flucht und Homosexualität meistens noch weniger präsent sind als die Schwulen.

Im Angesicht dieser konservativen Verbundenheit von Islam und Neuer Rechten, was die gesellschaftliche Einhegung der Sexualität anbelangt, scheint es einigermaßen verfehlt, mit den Queer- und Gender Studies frappiert vor der »new chain of equivalence« zu stehen, die sich die Neuen Rechten zu »konstruieren« anschickten, und dann ein »emerging new field of research«²⁶ auszurufen. Vielmehr ist bei der Erkenntnis anzuheben, dass politischen Eingemein-

Koschka Linkerhand, »Pro Kopftuch und contra Abtreibung. Über die Frauenverachtung von christlichem und islamischem Fundamentalismus in zunehmend autoritären Zeiten«, https://koschkalinkerhand.de/wp-content/uploads/2021/09/Pro-Kopftuch-und-kontra-Abtreibung-1.pdf (letzter Abruf: 06.12.2021), S. 3.

²⁵ Marokh Charlier, »Geschlechtsspezifische Entwicklung in patriarchalisch-islamischen Gesellschaften und deren Auswirkung auf den Migrationsprozeß«, in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen, Nr. 2, 2006, S. 97–117, hier: S. 103.

²⁶ So Patrick Wielowiejski, »Identitarian Gay and Theatening Queers, Or: How The Far Right Constructs New Chains of Equivalence«, in: Gabriele Dietze/Julia Roth (Hg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 135–146, hier: S. 135f.

dungsversuchen von links wie von rechts die Homosexualität stets als ein Hindernis erscheint. Im Interesse einer adäquaten Kritik dieser politischen Eingemeindung wäre deshalb zu fragen, ob die aus der gesellschaftlichen Unterdrückung homosexueller und weiblicher Triebhaftigkeit erwachsende Schwierigkeit, diese in ich-gerechte Strebungen zu verwandeln, möglicherweise auch »ein Potential [für das Individuum; St. St.] darstellt, das in Krisensituationen für kämpferische Auseinandersetzungen im Dienste des Ichs genutzt werden kann «²⁷

»Eine eigenständige Betrachtungsweise der Homosexualität!«

In Nicole Höchst eingangs zitierter Ablehnung der Akzeptanz (in Abgrenzung zur Toleranz) von Homosexuellen kommt die Angst zum Ausdruck, durch zu weit getriebene Emanzipation zwangshomosexuell gemacht und der als natürlich unterstellten Heterosexualität entrissen zu werden. Diese absurde Angst ist nur vor der psychoanalytischen Erkenntnis begreifbar zu machen, »daß alle Menschen der gleichgeschlechtlichen Objektwahl fähig sind und dieselbe auch im Unbewußten vollzogen haben«, weshalb sich Sigmund Freud »mit aller Entschiedenheit dem Versuche [widersetzt], die Homosexuellen als eine besonders geartete Gruppe von den anderen Menschen abzutrennen. [...] Der Psychoanalyse erscheint vielmehr die Unabhängigkeit der Objektwahl vom Geschlecht des Objekts, die gleich freie Verfügung über männliche und weibliche Objekte, wie sie im Kindesalter, in primitiven Zuständen und frühhistorischen Zeiten zu beobachten ist, als das Ursprüngliche [...]«28. Die einschränkende Verfestigung des sexuellen Begehrens in einer sexuellen Orientierung ist deshalb sowohl im Falle der Homo- als auch der Heterosexualität »ein der Aufklärung bedürftiges Phänomen und keine Selbstverständlichkeit«²⁹. Sie basiert in gewissem Grade immer auf der Verdrängung hetero- bzw. homosexueller Anteile im eigenen Begehren. Die Angst, homosexuell gemacht zu werden, rich-

²⁷ Ebd., S. 106f.

²⁸ Sigmund Freud, Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, Frankfurt a.M. 1972, S. 56.

²⁹ Ebd., S. 56.

tet sich also gegen einen »Anteil seiner selbst, der unliebsam anders ist und mit Homosexualität und Transsexualität in Verbindung gebracht wird.«³⁰

Der Wahrheitsgehalt des Begriffs der Homophobie besteht darin, den affektiven und unreflektierten Gehalt der Ablehnung von Homosexuellen zu fassen, den pathisch-projektiven Anteil also, dem nicht durch sachliche Ausräumung von Vorurteilen beizukommen ist. Patsy l'Amour laLove betont in ihrem Band Selbsthass & Emanzipation, dass dieser Hass »nicht willkürlich« ist und Normalisierungsbestrebungen von Homosexuellen als Reaktion auf Ablehnung die Homosexualität notwendigerweise »in Richtung ihrer Unkenntlichkeit verblassen« ³¹ lassen. Denn das Beharren auf Differenz bedeutete, diese in einer Auseinandersetzung mit der Sexualität zu konkretisieren. Homosexualität ist aber ein Thema, auf das in einer gesellschaftlichen Situation, die gleichgeschlechtliches Begehren sanktioniert, mit Scham und Schuldgefühlen reagiert wird. Um diese zu vermeiden, wird die unliebsame Homosexualität auf den Anderen – ob tatsächlich homosexuell oder nicht – projiziert und als Hass ausagiert. Das homosexuelle Begehren wird hierüber zum »ganzandere[n] Begehren«, ganzanders, weil es nicht einmal anders sein darf. « ³²

Gegen die in den Gender- und Queer Studies zum Allgemeinplatz degenerierte Prämisse von der sozialen Konstruiertheit sexueller Identitäten ist in dieser Erkenntnis notwendigerweise und zu Recht vorausgesetzt, dass zwar alle Menschen als Projektionsfläche für homosexuellenfeindliche Ressentiments dienen können, gleichwohl aber ein Unterschied zu denen besteht, die über eine diskursive Identitätszuschreibung hinaus wirklich homosexuell sind. Erst die Negation der nominalistischen Prämissen postmoderner Theoriebildung, die jeden natürlichen Gehalt der Sexualität in Abrede stellt, vermag die Einsicht in die Relevanz begrifflich bestimmbarer gesellschaftlicher Verhältnisse für die Frage nach der homosexuellen Emanzipation zu vermitteln und die Angst der Neuen Rechten vor einer Zwangshomosexualisierung als Verkehrung der Realität zu überführen. Denn dass der Hass nie die Heterosexualität getroffen hat, ist mit gesellschaftlichen Bedingungen in Verbindung zu bringen.

Patsy l'Amour laLove, »Selbsthass & Emanzipation. Das Andere in der heterosexuellen Normalität«, in: dies. (Hg.), Selbsthass & Emanzipation. Das Andere in der heterosexuellen Normalität, Berlin 2016, S. 11–33, hier: S. 23.

³¹ Ebd., S. 12.

³² Tjark Kunstreich, Dialektik der Abweichung, S. 90f.

Es war stets die Homosexualität, die zum Verschwinden gebracht werden sollte, sei es durch ihre Behandlung als Krankheit, sei es durch Kriminalisierung homosexueller Praktiken, durch Verfolgung oder gar Zwangssterilisierung und Euthanasie im Nationalsozialismus. Und stets wussten sich diese Versuche ideologisch beider Seiten des Streits darüber zu bedienen, ob die Homosexualität angeboren oder aufgrund von sozialer Prägung erworben sei. 33 »Solange die Gesellschaft ihren Frieden mit den Homosexuellen nicht macht, solange ist die Erforschung der Entstehungsbedingungen für die Homosexuellen potentiell gemeingefährlich. «34 Somit ist es eine »äußerliche Bedrohungssituation«, die Homosexuelle im Selbsthass zur Identifikation mit dem Angreifer verhält, um eine »Ich-Stabilisierung im Angesicht existenzieller Bedrohung« zu ermöglichen, 35 und die eine Reflexion der gesellschaftlichen Dimension des mit dem Begriff Homophobie nicht hinreichend charakterisierten Homosexuellenhasses erforderlich macht.

Jene Bedrohung ist als gesellschaftlich vermittelte heterosexuelle Normalität zu begreifen, die sich auch in der Geschichte des Begriffs der Homosexualität sedimentiert. Ihre Wirkmächtigkeit geht über diskriminierendes Verhalten Einzelner hinaus und vermittelt den Individuen schon in der kindlichen Lebensphase und ohne explizite Diskriminierungserfahrungen gleichgeschlechtliches Begehren als etwas Problematisches. Die gegenwärtigen, kulturindustriell ausgeschlachteten Bemühungen, marginalisierte Gruppen sichtbar zu machen, können gerade in ihrer Gleichzeitigkeit mit der gesellschaftlichen Unterdrückung derselben Gruppen als Indiz für dieses widersprüchliche Verhältnis gewertet werden. So bekommen Homosexuelle zuallererst mehr (positive) Aufmerksamkeit, wodurch sie Reaktionen in ihrem alltäglichen Umfeld allerdings schwerer einschätzen können.³⁶ Die Feindseligkeit gegenüber Homosexuellen gewinnt in den westlichen Gesellschaften einen latenten Charakter, womit die Angst insbesondere von Ungeouteten, Ziel von Hass und Diskriminierung zu werden, sie weiterhin zur Anpassung ihres Verhaltens, wenn nicht gar zur Leugnung ihres Begehrens anhält.

³³ Vgl. Gunter Schmidt, Das große Der Die Das. Über das Sexuelle, Herbstein 1986, S. 111–122.

³⁴ Ebd., S. 121.

Benedikt Wolf, »Heterosexueller Selbsthass?«, in: Patsy l'Amour laLove (Hg.), Selbsthass & Emanzipation, S. 58–64, hier: S. 59.

³⁶ Vgl. Tjark Kunstreich, Dialektik der Abweichung. Über das Unbehagen in der homosexuellen Emanzipation, S. 88.

Hier schließt Hans Mayers Kennzeichnung der Homosexuellen als »existentielle Außenseiter« an, deren »Übertritt ins Abseits und Außen durch Geburt auferlegt [ist]: durch das Geschlecht, die Abkunft, die körperlich-seelische Eigenart« und deren »Existenz selbst zur Grenzüberschreitung« wird. ³⁷ Vom Begehren her betrachtet, kennen sie – wie Tjark Kunstreich ausführt – keine Geschichte. Unter Fortbestand der heterosexuellen Normalität beginnt jedes Individuum, sowie es sich seines gleichgeschlechtlichen Begehrens bewusst wird, sich von Neuem und in Einsamkeit damit zu arrangieren: »Ständig damit beschäftigt zu widerlegen, was an ihrem Verhalten unmoralisch oder asozial sein soll, entwickeln Homosexuelle zwar eine ausgeprägte Vorstellung von dem, was sie nicht sind [...]. Dazu, was sie sind, ja selbst dazu, wie sie sich verhalten, haben sie dagegen bloß ein unvollkommenes oder gar kein Verhältnis. «³⁸

Nun würde man selbst dem Identitätsdenken anheimfallen, unterstellte man, dass die Frage, wer einer sei, allein an der Aufklärung der Homosexualität zu explizieren sei. Sie verweist zugleich auf die Kritik der Gesellschaft als Totalität und insoweit auch auf die Kritik der Politik. Wie die Art, mit der Konflikthaftigkeit der gesellschaftlichen Situation von Homosexuellen umzugehen, so sehr wirkt das an leibliche Erfahrung gebundene sexuelle Begehren - noch wo es als unterdrücktes in destruktiver Weise ausgelebt wird - individuierend. Damit ist es das sexuelle Begehren selbst, das sich in seiner stets flüchtigen Wiederkehr der Ausbildung eines an der Geschichte gewonnenen Selbstbewusstseins entzieht. Insofern aber dieses Begehren – eben das Homosexuelle an den Homosexuellen – Objekt der Unterdrückung wird, müssen die Homosexuellen unter Fortbestand gesellschaftlicher Herrschaft »zum Zwecke der Emanzipation« Minderheit »spielen«³⁹. »Wie aber soll, was allen möglich ist: das eigene Geschlecht zu begehren, sich als Minderheit formieren?«⁴⁰ Genau hier hat eine dem Anliegen dieser Emanzipation verpflichtete Analyse der Politisierung der Homosexuellen als kollektive Identität von rechts wie links anzusetzen. Beide, so stellt sich bei genauer Betrachtung heraus, sind von der Befürchtung getragen, die Homosexuellen könnten aus ihrem gesellschaftlich gemachten »Reservat« (Kunstreich) hinausgelangen und geschützt durch die formale Gleichheit des Rechts ihre Besonderheit konkretisieren.

³⁷ Hans Mayer, Außenseiter, Frankfurt a.M. 1981, S. 18 (Hervorhebung im Original).

³⁸ Martin Dannecker, Der Homosexuelle und die Homosexualität, Frankfurt a.M. 1978, S. 60.

³⁹ Tjark Kunstreich, Dialektik der Abweichung, S. 96.

⁴⁰ Ebd., S. 90.

»Ein Nein zum Gender-Mainstreaming!«

Die legitime Kritik des Begriffs der Homophobie als Individualisierung eines gesellschaftlichen Problems ist deshalb von der Kritik durch die Homosexuellen in der AfD abzugrenzen, nach der mit diesem Begriff eine politische Debatte psychiatriert würde, die letztlich nur die Weltanschauung der AfD und ihres rechts-intellektuellen Umfelds legitimiert. Deren genaue Analyse verrät, dass die psychoanalytische Annahme einer ursprünglichen Bisexualität, die sich erst über ein individuelles, stets konfliktreiches Triebschicksal in einer sexuellen Orientierung verfestigt, dem neu-rechten Verständnis von Sexualität aus mindestens drei Gründen als Provokation gilt: die Infragestellung der heteronormativen Geschlechterdifferenz, die Voraussetzung kindlicher Sexualität und der indeterminierte Ausgang der sexuellen Entwicklung. Wie sich an den Absonderungen von Martin Lichtmesz in der neurechten Zeitschrift Sezession zeigen lässt, »ist es in erster Linie nicht die Homosexualität an sich, die als bedrohlich, verächtlich oder lächerlich empfunden wird, sondern vor allem die damit konnotierte Verweiblichung des Mannes, die als Kennzeichen psychischer und physischer Regression gilt.«⁴¹ Ziel des Hasses wird alles, was das ganzandere Begehren in manifester Weise als Lebensstil verkörpert: »Hypersexualisierungen und Fetischisierungen verzerren ihr Objekt: die grelle Drag-Queen ist gemessen an der Norm eine ebenso lächerliche, vage höhnische Karikatur des Weiblichen wie ihr Komplementärbild, der muskelbepackte, uniformierte Lederkerl mit seinen grotesk übertriebenen Männlichkeitsattributen. Hier wird die Provokation zum doppelbödigen Spiel: der narzißtischen Inszenierung des eigenen ›Andersseins‹ wird die Beschwerde über die ›Homophobie« und das vermeintliche »Spießertum« der sexuellen Mehrheit zur Seite gestellt«42, schreibt Lichtmesz. Perversion, Fetisch, Weiblichkeit, Passivität, Promiskuität werden weitergehend mit Schwäche und Verantwortungslosigkeit identifiziert. Die Kritik dieser Hasstiraden soll freilich nicht auf eine Leugnung dessen hinauslaufen, dass das Sexualleben Homosexueller, gerade vor dem Aspekt des Selbsthasses, destruktive Momente in sich birgt. Vielmehr soll die Auseinandersetzung mit kollektiven Pathologien Einsichten in das Wesen der Sexualität als Voraussetzung ihrer Befreiung gewinnen, eine Verständigung darüber ermöglichen, wer die Homosexuellen sind. Dies hat freilich

⁴¹ Martin Lichtmesz, »Vom schwulen Eros«, sezession.de, 01.06.2010, https://sezession.de /20460/vom-schwulen-eros (letzter Abruf: 07.07.2021).

⁴² Ebd. (Hervorhebung im Original).

auch eine Reflexion einzuschließen, was an der heterosexuellen Normalität alles als zwanghaft zu begreifen wäre. Da es allerdings keinen heterosexuellen Selbsthass gibt, ist die Selbstverständigung von Homosexuellen über die Sexualität nochmal eine qualitativ andere Aufgabe: »Solange aber die Homosexualität nur als Zwangsgestalt erscheint und gewissermaßen nur als >Notlösung</br/>
verwirklicht werden kann, lassen sich mittels empirischer Untersuchungen an Homosexuellen auch keine zureichenden Aussagen über die Homosexualität machen.«⁴³

Die Neuen Rechten perpetuieren diese allgemeine Bewusstlosigkeit über das Wesen der Homosexualität, indem sie die nur abstrakt verstandene Differenz überbetonen und sich darüber als Fürsprecher der Homosexuellen gerieren, die dann gegen den Hauptgegner »Gender-Ideologie« instrumentalisiert werden. In der bereits zitierten Bundestagsrede von Nicole Höchst heißt es dazu:

»Die Genderista dringt [...] auf allen Ebenen, mit aller Perfidie und Macht in die Köpfe der Menschen vor, so wie einst im autoritären Volkserziehungsapparat der DDR vorgelegt. Dabei wird so getan, als sei das Geschlecht frei wählbar – und jetzt hören Sie mal gut zu – und es könnte jeden Moment wieder ein weiteres bisher unbekanntes Geschlecht aus der Hecke hüpfen. Mit ihren unwissenschaftlichen Lügen über angebliche Vielfalt und Beliebigkeit legen sie nicht nur die Axt an die Keimzelle unserer Gesellschaft der Familien, nein, sie verletzen die Würde von Homosexuellen und Transgender-Menschen und zeigen sogar Homophobie und Transphobie in übelster Form, denn sie sprechen den Menschen ihre Gefühle und die Normalität ihres Seins ab. Aber Gefühle und Sein sind eben nicht frei wählbar. Diese Menschen haben sehr konkrete Vorstellungen davon, wer sie sind und wen sie lieben. Und das ist eben Mann oder Frau und nicht Divers. «⁴⁴

Das Perfide an diesen Ausführungen ist das *scheinbare* Festhalten an der Differenz, die Anerkennung, dass »Gefühle und Sein« von Homosexuellen nicht frei wählbar sind und diese sich im besten Fall zu Recht einem erklärenden

⁴³ Martin Dannecker, Der Homosexuelle und die Homosexualität, S. 48.

⁴⁴ Nicole Höchst, Redebeitrag in der Aktuellen Stunde zu Maßnahmen gegen Homo- und Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt am 17.05.2019 im Deutschen Bundestag, https://www.youtube.com/watch?v=fecg42O1r2 g, ab 01:50 Min. (letzter Abruf: 15.09.20212)

Bekenntnis zu ihrem Begehren widersetzen. Gefordert ist deshalb ein differenziertes Urteil dazu, dass sich Nicole Höchst in ihren Tiraden ebenfalls den erstmal nicht zu leugnenden Umstand zu Nutze macht, dass Homosexualität tatsächlich auf Zweigeschlechtlichkeit angewiesen bleibt und nicht ohne Weiteres in Identitätskonzepte wie Queer integrierbar ist. Denn hinter dem wohlfeilen Hinweis, dass die Neue Rechte diversitäts- und minderheitenfeindlich ist, verbirgt sich zwar ein sympathischer Impuls, er zeugt aber zugleich von ähnlich viel Begriffslosigkeit wie die Agitationen der AfD. Bei genauem Hinsehen beharrt diese auf einem nur abstrakten Begriff von Differenz, der gerade zum Ziel hat, das affektive Moment am Ressentiment gegen Homosexuelle zu restituieren. Lichtmesz etwa beklagt die »Verfälschung des ursprünglich rein psychiatrischen Begriffs >Homophobie««, die »zu seiner Anwendung auf schlichtweg jede, noch so milde Form des Befremdens und des Ekels gegenüber sexuell abweichend Ausgerichteten« geführt habe. »Stärker noch als beim Rassismus« sei in der Sexualität, die auf sehr komplexen Spannungen basiere, eine »Abstoßung« des »unpassenden Pols« »unvermeidlich«. »Es gibt wohl nur sehr wenige heterosexuelle Männer, die bei der Konfrontation mit homosexueller Erotik kein spontanes Unbehagen empfinden. [...] Die Äußerung entsprechender Effekte unterliegt einem öffentlichen Tabu, das freilich im privaten Alltag selten eingehalten wird.«45

Lichtmesz unterstellt hier wie die Neuen Rechten überhaupt eine natürliche Differenz zwischen Hetero- und Homosexualität, um das Ressentiment ebenso als natürliche Reaktion zu legitimieren. Diese Natürlichkeit wird jedoch in dem Augenblick schon wieder dementiert, wo das neurotische und paranoide Verhältnis zu den Genderwissenschaften und deren »Umsetzung« in Erziehungs- und Bildungskonzepten aufgebaut wird. Insbesondere auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gerichtete pädagogische Initiativen, wie etwa der Baden-Württembergische Bildungsplan, erscheinen der AfD in Einheit mit »besorgten Eltern« als nichts weniger denn ein autoritärer Angriff auf die Grundsubstanz der nationalen Einheit. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll angeblich »durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ›korrigiert‹ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht

⁴⁵ Martin Lichtmesz, »Vom schwulen Eros«, sezession.de, 01.06.2010, https://sezession.de /20460/vom-schwulen-eros (letzter Abruf: 07.07.2021).

auf Erziehung ab.«⁴⁶ Sie fordert letztlich nichts Geringeres als die Abschaffung der Genderforschung, weil sie »naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern [marginalisiert] und [...] damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegenwirkt.«⁴⁷ Ganz zu schweigen davon, dass hier beiläufig das Ressentiment von schwulen Kinderverführern revoziert wird.

Es ist auch dieser »Aufstand gegen die Natur und gegen die Wirklichkeit«⁴⁸, wie es in einem Flyer der Initiative »Familienschutz« heißt, durch den Nicole Höchst die befürchtete Zwangshomosexualisierung der Gesellschaft ins Werk gesetzt sieht, weil die Genderforschung grundsätzlich den Fokus auf das legen, was den Neuen Rechten der größte Dorn im Auge ist: das Moment der Vermitteltheit. d.h. Veränderbarkeit von Sexualität und Geschlecht. Ironischerweise wird damit implizit das Ziel der faktisch immer weiter aussterbenden homosexuellen Subkultur formuliert. Denn die verteidigte sogenannte Natur beinhaltet gerade nicht die »sexuell-leibliche, eben triebhaft-objektale Eigenschaft«⁴⁹ der Homosexualität, sondern die herrschaftlich vermittelte Differenz von Mann und Frau als Grundlage für die Familie als »Keimzelle der Gesellschaft«. Weil diese Familie in Anbetracht des ständig als Bedrohung für die Nation dargestellten demografischen Wandels wieder gestärkt werden müsse, haben sich die Homosexuellen in gesellschaftlicher Hinsicht von allzu hehren Ansprüchen zu verabschieden und sich für einen domestizierten Lebensstil zu entscheiden, der das eigene Begehren zugunsten nationaler Identität versteckt. Wie es die sich zu Erfüllungsgehilfen machenden Homosexuellen in der AfD formulieren: »Eine Unterscheidung zwischen Ehe und Partnerschaft ist sinnvoll, weil es einen existenziellen Unterschied gibt. Eine phänomenologische Gleichbetrachtung widerstrebt dem gesunden Menschenverstand, Homo- und Heterosexualität sind nicht dasselbe und

⁴⁶ AfD (Hg.), Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_A fD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Abruf: 04.08.2021), S. 55.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Zitiert nach Norbert Blech, Der > Anti-Gender <- Aufstand. Der neue gemeinsame Kampf von christlichen Aktivisten und Neurechten gegen Aufklärung und Emanzipation, https://magazin.hiv/wp-content/uploads/2016/08/2016-Homophobie-Grundlagenpapier-Norbert-Blech.pdf (letzter Abruf: 08.06.2021), S. 9 (Hervorhebung von mir, St. St.).

⁴⁹ Tjark Kunstreich/Joel Naber, »Die Aufgabe der Emanzipation. Zum Aufstand der zweiten Natur gegen die mariage pour tous«, in: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Nr. 3/2013, S. 3–23, hier: S. 5.

in ihrer Unterschiedlichkeit und Besonderheit zu würdigen.«⁵⁰ Und: »Homosexuelle Partnerschaften und das Leitbild der traditionellen Ehe stellen Bestandteile der gesellschaftlichen Realität dar. Es ist möglich, beide ohne wesensfremde Umdeutungen in eine gemeinsame Werte- und Kulturnation zu integrieren.«⁵¹

Sowohl von der AfD als auch von ihren Homosexuellen ist folglich nichts für die (homo)sexuelle Emanzipation zu erwarten. Die angeblich so tolerierten Homosexuellen in der AfD haben in den vergangenen Jahren keinerlei Themen aufgegriffen, die spezifisch für Homosexuelle von Interesse sind: Sie berücksichtigen nicht die homosexuellen Geflüchteten in der Migrationspolitik, nicht die PreP in der Gesundheitspolitik und auch zu Fragen der Gleichstellungspolitik haben sie nichts zu sagen. Es geht einzig und allein um die Bildung einer Gegenhegemonie zum »linken Kulturkampf«, der die sexuellen Minderheiten in Beschlag genommen habe und vermöge seiner Hegemonie den Vorwurf der Homophobie einseitig gegen die Rechte richten könne.

»Die politische Beschlagnahme der Homosexualität spielt heute wie alle radikalegalitären Bewegungen offensiv der Dekadenz des Westens in die Hände, also der Unterminierung seiner Tradition, seiner Identität und seines Selbstbehauptungswillens. Mit dem ironischen Ergebnis, daß sowohl Feministinnen als auch Schwule blindlings daran mitarbeiten, sich den Ast abzusägen, auf dem sie selbst sitzen, indem sie der Islamisierung des Kontinents Vorschub leisten «52

»Eine lebendige Demokratie!«

In der Forderung der Interessengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD bestätigt sich Karin Stögners Beobachtung, dass sich der Hass auf Differenz »in einer Überbetonung der Differenz in identitären, nationalistischen, antifeministischen und rassistischen Strömungen [manifestiert]. [...] Die einzige Differenz, welche innerhalb der autoritären Ingroup akzeptiert wird, ja die in den eigenen Reihen eine Überbetonung erfährt, ist die binäre, heteronormative Geschlechterdifferenz. Auf der Aufrechterhaltung der strikten Grenzen

⁵⁰ Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, Leitlinien, S. 3.

⁵¹ Ebd., S. 2.

Martin Lichtmesz, »Vom schwulen Eros«, sezession.de, 01.06.2010, https://sezession.de/ /20460/vom-schwulen-eros (letzter Abruf: 07.07.2021).

zwischen den Geschlechtern beruht die Einheit der Gruppe.«⁵³ Dies gilt insoweit die »heteronormative Geschlechterdifferenz« konstitutiv für die anvisierte »Werte- und Kulturnation« ist.

Wie Jan Gerber herausstellt,⁵⁴ ist der politische Kampf um Werte mit Blick auf den historischen Stand der Vergesellschaftung anachronistisch, gleichwie das europäische Parteiensystem, dessen Teil die neurechten Parteien sind, aus genau diesem Kampf hervorgegangen ist. Eine seiner Bedingungen bestand in Umwälzungen in der materiellen Produktion, dem Wandel der europäischen Nationen von industriellen Massengesellschaften, in denen Klassenund Volksparteien kollektiv empfundenen Erfahrungen Ausdruck verliehen, zu Dienstleistungsgesellschaften, in der sich die Bedürfnisse der Menschen individualisierten, welche die schwerfälligen und hierarchischen Parteien immer weniger zum Ausdruck zu bringen vermochten. Deshalb traten an die Stelle ideologischer Grundkonflikte nationale, ethnische und religiöse Konflikte, die bis dahin überdeckt worden waren. Die Menschen waren bald geprägt durch Abstiegsängste, die sich infolge der Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer seit 1973 sowie der aus den Wirtschaftskrisen folgenden Massenentlastungen ergaben, durch den neuen Charakter der Arbeit, der auf flachen Hierarchien, Flexibilität und Rückbau des Sozialsystems basierte, jedoch kaschiert und nicht mehr kollektiv erfahren wurden. Populisten wie die der AfD verdanken ihre Erfolge zum großen Teil diesen Abstiegsängsten. Und doch reicht das als Erklärung nicht aus, denn sie »werden weder allein noch überall von tatsächlichen oder potenziellen Modernisierungsverlierern unterstützt: Die meisten Untersuchungen haben gezeigt, dass ihre Wählerschaft äußerst heterogen ist.«55

Auch Parteipolitik bezieht sich mittlerweile also stark auf ethnische, nationale und religiöse Konflikte und versucht durch entsprechende Positionierungen Wählerschaft zu gewinnen. »Homosexuelle in der AfD«, »Christen in der AfD«, »Migranten in der AfD – Neue deutsche Hoffnungsträger«, »Alternative Mitte« sind denn auch die Namen der Gruppen, welche die plurale Identität

⁵³ Karin Stögner, »Autoritärer Charakter und Identitätspolitik. Vom Hass auf Differenz zum Identitätszwang«, in: Katrin Henkelmann et al. (Hg.), Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin 2020, S. 265–280, hier: S. 271.

⁵⁴ Vgl. Jan Gerber, »The end of the world as we know itc. Populismus, Faschismus und historische Erfahrung«, in: Katrin Henkelmann et al. (Hg.), Konformistische Rebellen, S. 265–280, hier: S. 240–242.

⁵⁵ Ebd., S. 242f.

der AfD verkörpern sollen. (Der vom »weißen Mann« besessene Antirassismus müsste – würde er sich für reale Verhältnisse zu interessieren beginnen – einigermaßen frappiert vor dieser Beobachtung zurückschrecken.) Die Einheitsstiftung erfolgt hierbei nicht durch ein stimmiges politisches Programm, sondern indem die Partei sich als unideologisch präsentiert und ständig – analog zum Linkspopulismus – aus dem Gegensatz von links und rechts ausbricht.

Deskriptiv betrachtet ist es also richtig, wenn Adrian Daub und andere Analysen aus dem Umfeld des Queer-Feminismus und der Gender Studies feststellen, dass die AfD »[i]m Namen eines Kampfes gegen sogenannten ›Gender-Wahn‹« die Ausweitung der Rechte »sexueller Minderheiten« kritisiert und »gleichzeitig ›Toleranz‹ gegenüber Homosexuellen als nationale[n] Wert gegenüber einem >intoleranten Islam« in Stellung« bringt. 56 Die Unfähigkeit, dies mit dem grundsätzlich widersprüchlichen Charakter der Gesamtgesellschaft zusammenzubringen, zeigt sich jedoch in der diffusen Kritik des unbestimmten »Homophoben«. Hiergegen ist die fingierte Homofreundlichkeit der AfD als zwielichtig zu bezeichnen, aber auch nur insoweit dahinter eine instrumentell-manipulative Täuschungsabsicht liegt. In offiziellen Programmschriften der Partei ist in der Tat so gut wie nie wörtlich von Homosexuellen die Rede. Davon ab lässt die AfD aber ihre Taten Worte sprechen. Die von Daub festgestellte Regel wird erst durch die genannten manifest homofeindlichen Ausfälle von AfD-Mitgliedern und ihren Wählern sowie deren ausbleibenden Aufarbeitung bestätigt. Ferner wenn die Partei insbesondere die rechtliche Gleichstellung von schwulen, lesbischen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen ablehnt und sich beständig für die Abschaffung diesbezüglicher Errungenschaften einsetzt. Im Oktober 2018 brachte die AfD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts ein, weil dieses »das Rechtsinstitut der Ehe in einer Form erweitert, die gegen das Grundgesetz verstößt.«57 Es missachte das durch den Verfassungsgesetzgeber bestätigte, für die Ehe konstitutive Merkmal der Geschlechterverschiedenheit, das zum Gehalt der Ehe gehöre, »unabhängig

⁵⁶ Patrick Wielowiejski, »Identitäre Schwule und bedrohliche Queers. Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus«, in: Feministische Studien, Nr. 2/2018, S. 347–356, hier: S. 347.

⁵⁷ Bundestagsfraktion der AfD, Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts, https://dserver.bundestag.de/btd/19/048/1904810.pdf (letzter Abruf: 04.08.2021), S. 1.

und ungeachtet davon, welcher gesellschaftliche Wandel sich vollzieht.«58 Hier manifestiert sich der vergebliche Wunsch der Neuen Rechten nach gesellschaftlichem Stillstand, einer nach konservativen Regeln geordneten Welt. Änderungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes, des Personenstandsgesetzes und des Transsexuellengesetzes sollten gleichfalls zurückgenommen werden. AfD-Politiker sprechen sich außerdem wiederholt gegen die Rehabilitierung der nach dem § 175 Verurteilten, gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz und gegen sexuelle Aufklärung in den Schulen aus, weil die »persönliche Auseinandersetzung der Schüler mit der eigenen Sexualität und Orientierung [...] eine zutiefst private Angelegenheit [sei], zu der sie nicht gedrängt werden dürfen.«⁵⁹ Sie sind also gegen alle politischen Unternehmungen, die – zumindest dem Anspruch und Selbstverständnis nach – auf Emanzipation von Angehörigen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten gerichtet sind. Hier zeigt sich, wie Martin Lichtmesz in der Sezession herausstellt, dass für Konservative die Homosexualität erst dann zu einer »fortgesetzte[n] politische[n] Problematik« wird, wo nach den erfolgreichen Kämpfen um Entkriminalisierung deren Ȇbererfüllung« in gesellschaftlicher Akzeptanz forciert wird. 60

Als entscheidend erweist sich also gerade, dass den Rechten die Homosexuellen als »nicht gemeinschaftsfähig« erscheinen, »weil sie nicht auf die Wärme der Kampfgemeinschaft, sondern die Kälte des bürgerlichen Rechts setzen, weil sie nicht von der Gnade der Gesellschaft abhängig sein, sondern im Apell ans Gericht ihr Heil suchen wollen, weil sie für eine gesetzlich abgesicherte Privatheit der Liebe statt um Beziehungen mithin für die Standards einer bürgerlichen Normalität kämpfen.«⁶¹ Denn genau hier verfestigt sich das moderne Ressentiment gegen die Homosexuellen, sich dem modernen Westen anzudienen.

⁵⁸ Ebd

⁵⁹ Bundesinteressengemeinschaft für Homosexuelle in der AfD, Leitlinien, S. 3.

⁶⁰ Vgl. Martin Lichtmesz, »Vom Schwulen Eros«.

⁶¹ Tjark Kunstreich, Dialektik der Abweichung, S. 97.

Chain of equivalance: Die antiimperialistische Weltanschauung der AfD

Gemeinhin wird aus dem ›Zwielicht des Homophoben‹ der Schluss gezogen, die AfD trete anderen Minderheiten als den Homosexuellen in offensiverer Weise feindselig gegenüber. In der Tat werden ständig sehr aggressive Ressentiments gegenüber muslimischen Migranten und Geflüchteten gestreut, was einen Grund dafür darstellt, weshalb in antirassistischen Kreisen der »antimuslimische Rassismus« als zentrale »Analysekategorie« auch im Zusammenhang von Sexualität und Geschlecht eingeführt wird. Aber genau betrachtet verhält es sich so, wie Volker Weiß analysiert, nämlich dass »die Abneigung meist weniger dem Islam, sondern in erster Linie der ›ethnischen Bedrohung‹ durch Einwanderung gilt, die mit den Begriffen ›Austausch‹ und ›Umvolkung‹ gefasst werden soll.«62 »Dieser >wirkliche Feind« ist für sie der Fremde, die Gestalt des muslimischen Flüchtlings und Einwanderers – wie sie ihn wahrnehmen. Er ist kenntlich nicht zuletzt durch demonstrativ getragene eigene Identitätsmerkmale und er wird als Bedrohung des >eigenen < Raums, Besitzes und der Gruppe gewertet. Allerdings sind paradoxerweise gerade diejenigen Einwanderer, die sich der Akkulturation verweigern, ihrem identitären Gegner am nächsten. Wie sie selbst, so will auch er alles bewahren, was er für das ›Eigene< hält: seine Sprache, seine Religion, seine Kultur, seine Familien- und Sexualordnung.«63 Muslimische Migranten in diesem Sinne verkörpern mithin alles, was die Neue Rechte als Verlust beklagt. »Ob das Bild nun stimmt oder nicht, in diesen Registern wird der Fremde wahrgenommen und markiert«⁶⁴: dass dieses Bild passend gemacht wird, dafür sorgt komplementär die linke Intersektionale, die in Menschen nichts als die Effekte von Diskursen erblickt und in den massenweise aus islamischen Ländern fliehenden Menschen nichts als Muslime.

Mit Blick auf innerkonservative Konflikte zwischen »NATO-freundlichen »Realpolitikern« und einer »nationalrevolutionären« Stoßrichtung« unterstreicht Florian Sander in der *Sezession* den »Grundgedanken der nationalen Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie ihn die AfD vertritt«, gegen das »hegemoniale Abhängigkeitsverhältnis« Deutschlands

⁶² Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 212.

⁶³ Ebd., S. 213f.

⁶⁴ Ebd.

zu den USA.65 Die USA und Israel, tituliert als »der Westen«, werden von ihm im nächsten Schritt für die De-Stabilisierung des Nahen Ostens und ergo für die »Flüchtlingswellen« verantwortlich und als erste Hauptursache der nationalen Identitätskrise ausgemacht: »Auch wenn man manchmal situativ, temporär – denselben Gegner zu haben scheint (Stichtwort: >Islamismus(), so ist doch die weltanschauliche Ursache für diese Gegnerschaft eine grundlegend andere, ebenso wie der Umgang damit ein grundlegend anderer ist. [...] Eine einseitige Bevorzugung Israels (im Sinne einer moralisch-historisch hergeleiteten bundesrepublikanischen ›Staatsräson‹, wie sie bislang die deutsche Außenpolitik prägt) ist aus der hier skizzierten Perspektive heraus nicht weiter akzeptabel. Es gilt das Primat des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und das bedeutet: das palästinensische Volk hat das Recht auf einen eigenen, souveränen Staat Palästina.«66 Mit dem Antiimperialismus ist also neben der Verunglimpfung sexueller Freiheiten und deren rechtlicher Absicherung eine zweite weltanschauliche Parallele zwischen rechter und linker Identitätspolitik benannt, was wohl als letztgültiger Grund gelten darf, warum Kritik an der Neuen Rechten durch Linke bisher so kraftlos oder gleich ganz ausgeblieben ist - und zwar ganz besonders durch gendersensible und queere Linke, jene also, die mit Edward Said, Judith Butler, Jasbir Puar gegen Israel zu Felde ziehen. Diese Voraussetzung ist auch für das hier verhandelte Thema von Bedeutung, denn - wie Moritz Pitscheider gezeigt hat - ist das zur Kritik stehende Konzept des Homonationalismus von Anfang an nicht auf parteipolitische Positionierungen von Homosexuellen bezogen gewesen, sondern auf das grundlegende Verhältnis von Staat und Homosexualität in westlichen Gesellschaften. ⁶⁷ Dieses ist in seiner gegenwärtigen Gestalt, unter den Bedingungen kapitalistischer Herrschaft, ein unfreies. Es bietet aber eine ungleich bessere Voraussetzung für einen Fortschritt in der homosexuellen Emanzipation als die Einbildungen queerer Linker von einer unweigerlich sich konstituierenden, nationalistischen Homo-Lobby, denn es sind diese Linken, die durch kulturalistisch geprägte politische Gemeinschaftsstiftung und Islam-Apologetik das umso Schlechtere wählen.

Auf Grundlage des Konzeptes Homonationalismus werden Erfolge im Kampf um sexuelle und geschlechtliche Gleichstellung als repressiv bewertet,

⁶⁵ Florian Sander, »Interessen – Souveränität – Identität«, in: *Sezession*, Nr. 93, Dezember 2019, S. 50–53, hier: S. 51.

⁶⁶ Ebd., S. 52.

⁶⁷ Vgl. Moritz Pitscheider, »Der Westen und das Laster«, S. 166f.

sofern sie auf die Resistenzkraft des Rechts in westlichen Demokratien vertrauen. Auf diese Weise wird eine Steilvorlage für die AfD und ihre Homosexuellen geliefert, die diese Abwege der Linken zwar instrumentell ausschlachten, aber gleichwohl nichts dagegen zu unternehmen gedenken. Entsprechend wird auch homosexuellen Geflüchteten in Anbetracht ihrer verheerenden globalen Situation kein besonderer Schutzstatus zugesprochen. So befindet ihr Vorsitzender Alexander Tassis vielmehr: »Ich habe ein Problem grundsätzlicher Art. Ich wünsche, die Flüchtlinge überhaupt nicht hier zu haben. Die Grenzen sollten gleich morgen geschlossen werden und kein Flüchtling sollte mehr aufgenommen werden. Ich wünsche mir, dass eine Minusmigration stattfindet, dass wir jene abschieben, die Merkel hereingelassen hat. «⁶⁸

In analoger Weise ermöglichen die Verfehlungen der Queer-Linken den Rechtspopulisten der AfD auch, Israelsolidarität zu heucheln und damit innenpolitische Erfolge einzufahren. Ausgehend von der pathischen Projektion, die USA und die Juden steuerten die >Flüchtlingsströme<, bauen die Rechtspopulisten die rassistische Ergänzung zu ihr auf, nach der Geflüchtete als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen in Erscheinung treten und Muslime die deutsche Kultur bedrohen – und gehen damit ihrerseits an den tatsächlichen Bedrohungen durch den Islamismus vorbei, von denen Homosexuelle in besonderer Weise betroffen sind. 69

Literatur

AfD (Hg.), Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm AfD Online-PDF 150616.pdf (letzter Abruf: 04.08.2021).

Blech, Norbert, Der »Anti-Gender«-Aufstand. Der neue gemeinsame Kampf von christlichen Aktivisten und Neurechten gegen Aufklärung und Emanzipation, DAH-Arbeitspapier, https://magazin.hiv/wp-content/uploads/2016/08/2

⁶⁸ So Alexander Tassis, zitiert nach Krsto Lazarević, »Alexander Tassis, Grieche, schwul, Abgeordneter der AfD: Wir haben ihn gefragt: Warum?« https://www.vice.com/de/ar ticle/8x94m3/alexander-tassis-grieche-schwul-abgeordneter-der-afd-wir-haben-ihn-gefragt-warum (letzter Abruf: 09.06.2021).

⁶⁹ Vgl. Gerhard Scheit, »Eingeschrumpfter Behemot und neue »Souveränisten«. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 168–170, hier: S. 168–170.

- 016-Homophobie-Grundlagenpapier-Norbert-Blech.pdf (letzter Abruf: 08.06.2021).
- Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der Alternative für Deutschland, *Leitlinien*, http://homosexuellefuer.de/wp-content/uploads/2016/10/Leitlinien-der-Homosexuellen-in-der-AfD-PDF.pdf (letzter Abruf: 25.05.2021).
- Bundestagsfraktion der AfD, Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts, https://dserver.bundestag.de/btd/19/048/1904810.pdf (letzter Abruf: 04.08.2021).
- Charlier, Marokh, »Geschlechtsspezifische Entwicklung in patriarchalisch-islamischen Gesellschaften und deren Auswirkung auf den Migrationsprozeß«, in: *Psyche*, Nr. 2/2006, S. 97–117.
- Dannecker, Martin, Das Drama der Sexualität, Frankfurt a.M. 1987.
- Dannecker, Martin, Der Homosexuelle und die Homosexualität, Frankfurt a.M. 1978.
- Daub, Adrian, »Homophobie ohne Homophobe. Gender und Sexualität im internationalen Rechtspopulismus«, in: Initiative Queer Nations (Hg.), *Jahrbuch Sexualitäten* 2020, Göttingen 2020, S. 15–34.
- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020.
- Frank, Stefan, »Als Baerbock und Habeck nicht einmal sagen konnten, dass im Iran Schwule gehängt werden«, *Mena-Watch*, 08.05.2021, https://www.mena-watch.com/wie-baerbock-und-habeck-einmal-nicht-sagen-konnt en-ob-im-iran-schwule-gehaengt-werden/?fbclid=IwAR3QCBXopIoY1ws SVusksXDrdhPYNTacPlrL1dWMAw5kBx4RtO5QWYxz29E (letzter Abruf: 07.07.2021).
- Freud, Sigmund, *Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie*, in: *Studienausgabe*, Band 5, Frankfurt a.M. 1972, S. 37–145.
- Gerber, Jan, »The end of the world as we know it. Populismus, Faschismus und historische Erfahrung«, in: Katrin Henkelmann et al. (Hg.), Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin 2020, S. 231–248.
- Grigat, Stephan (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017.
- Halperin, David M., »The Normalization of Queer Theory«, in: *Journal of Homosexuality*, Nr. 45, 2003, S. 339–343.
- Höchst, Nicole, Redebeitrag in der Aktuellen Stunde zu Maßnahmen gegen Homound Transfeindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Viel-

- falt am 17.05.2019 im Deutschen Bundestag, https://www.youtube.com/watch?v=fecg42O1r2g (letzter Abruf: 15.06.2021).
- Kunstreich, Tjark, Dialektik der Abweichung. Über das Unbehagen in der homosexuellen Emanzipation, Hamburg 2015.
- Kunstreich, Tjark, »Die Abschaffung des homosexuellen Subjekts. Homophobie und Sexualität im autoritären Kollektiv«, in: *Bahamas*, Nr. 44, 2004, S. 51–55.
- Kunstreich, Tjark/Naber, Joel, »Die Aufgabe der Emanzipation. Zum Aufstand der zweiten Natur gegen die mariage pour tous«, in: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Nr. 3, 2013, S. 3–23.
- laLove, Patsy l'Amour (Hg.), Selbsthass & Emanzipation. Das Andere in der heterosexuellen Normalität, Berlin 2016.
- Lazarević, Krsto, »Alexander Tassis, Grieche, schwul, Abgeordneter der AfD: Wir haben ihn gefragt: Warum?«, https://www.vice.com/de/article/8x94 m3/alexander-tassis-grieche-schwul-abgeordneter-der-afd-wir-haben-i hn-gefragt-warum (letzter Abruf: 09.06.2021).
- Liberal-Islamischer Bund e. V., *Homosexualität im Islam. Positionspapier*, https://lib-ev.jimdo.com/positionspapiere/(letzter Abruf: 03.07.2021).
- Lichtmesz, Martin, »Vom schwulen Eros«, in: Sezession, Nr. 23, 2010, S. 28-31.
- Linkerhand, Koschka, »Pro Kopftuch und contra Abtreibung. Über die Frauenverachtung von christlichem und islamischem Fundamentalismus in zunehmend autoritären Zeiten«, https://koschkalinkerhand.de/wp-content/uploads/2021/09/Pro-Kopftuch-und-kontra-Abtreibung-1.pdf (letzter Abruf: 06.12.2021), S. 3.
- Mayer, Hans, Außenseiter, Frankfurt a.M. 1975.
- Meuthen, Jörg, Rede bei der Gedenkveranstaltung der Alternativen Homosexuellen (AHO) am 19.06.2018 in Essen, https://www.facebook.com/watch /?v=2085774948344059 (letzter Abruf: 14.06.2021).
- Pitscheider, Moritz, »Der Westen und das Laster. >Homonationalismus« und Flucht«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020, S. 163–182.
- Sander, Florian, »Interessen Souveränität Identität«, in: *Sezession*, Nr. 93, 2019, S. 50–53.
- Scheit, Gerhard, »Eingeschrumpfter Behemot und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 168–170.
- Schmidt, Gunter, Das große Der Die Das. Über das Sexuelle, Herbstein 1986.

- Schmincke, Imke, »Sexual Politics from the Right. Attacks on Gender, Sexual Diversity, and Sex Education«, in: Gabriele Dietze/Julia Roth (Hg.), Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond, Bielefeld 2020, S. 59–73.
- Stögner, Karin, »Autoritärer Charakter und Identitätspolitik. Vom Hass auf Differenz zum Identitätszwang«, in: Katrin Henkelmann et al. (Hg.), Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin 2020, S. 265–280.
- Tschalaer, Mengia, »Queere Räume. Die sexualisierte Asylgeschichte«, dia-phanes.com, https://www.diaphanes.com/titel/queere-raeume-6168 (letz-ter Abruf: 04.08.2021).
- Vukadinović, Vojin Saša (Hg.), Zugzwänge. Flucht und Verlangen, Berlin 2020.
- Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.
- Wielowiejski, Patrick, »Identitarian Gay and Theatening Queers, Or: How The Far Right Constructs New Chains of Equivalence«, in: Gabriele Dietze/Julia Roth (Hg.), *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*, Bielefeld 2020, S. 135–146.
- Wielowiejski, Patrick, »Identitäre Schwule und bedrohliche Queers: Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus«, in: Feministische Studien, Nr. 2/2018, S. 347–356.
- Wolf, Benedikt, »Heterosexueller Selbsthass?«, in: Patsy l'Amour laLove (Hg.), Selbsthass & Emanzipation, S. 58–64.
- Yılmaz-Günay, Koray/Wolter, Salih Alexander, »Pink Washing Germany? German Homonationalism and the ›Jewish Card‹«, in: Christopher Sweetapple (Hg.), The Queer Intersectional in Contemporary Germany. Essays on Racism, Capitalism and Sexual Politics, Gießen 2018, S. 183–198.

Dialogbereitschaft in der Endkampflogik

Denken und Selbstinszenierung neurechter Frauen am Beispiel Caroline Sommerfeld

Marco Fhert

Als Doris Kaufmann 1988 eine der ersten deutschsprachigen Studien zu Frauen in der politischen Rechten im 20. Jahrhundert vorlegte, war die Erkenntnis, dass auch Frauen an rechten Bewegungen und Gewalt partizipierten, noch umstritten. Daher sah sich 1993 die Gruppe »Frauen gegen Antisemitismus« im sozialwissenschaftlichen Periodikum Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis gezwungen, dem Bild von der moralisch reinen und friedfertigen Frau zu widersprechen.² Sie konstatierten gar eine Verdrängung weiblicher Täterinnenschaft in wissenschaftlichen Publikationen zum Nationalsozialismus. Der Fokus auf Opfergeschichten von deutschen Frauen würde eine revanchistische Täter/Opfer-Umkehr begünstigen.3 Das Autorinnenkollektiv schloss den Artikel mit der Forderung nach einer Geschichtswissenschaft, die Frauen nicht mehr nur als unschuldiges oder unbeteiligtes Objekt einer männlichpatriarchalen Gesellschaft begreift, sondern als Subjekt mit eigenen, mitunter reaktionären Interessen an Macht, Herrschaft und Ausbeutung. Gerade das Leugnen weiblicher Subjektivität würde dem eigenen, feministischen Ziel einer stärkeren Repräsentation von eigenständigen Frauenbiografien in der Geschichtswissenschaft entgegenlaufen und müsse deshalb korrigiert wer-

Doris Kaufmann, Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion. Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 1988.

Frauen gegen Antisemitismus, »Der Nationalsozialismus als Extremform des Patriarchats. Zur Leugnung der T\u00e4terschaft von Frauen und zur Tabuisierung des Antisemitismus in der Auseinandersetzung mit dem NS«, in: Beitr\u00e4ge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 35, 1993, S. 77–89.

³ Ebd., S. 8of.

den. ⁴ Seitdem sind eine ganze Reihe geschichtswissenschaftlicher Arbeiten zu den Protagonistinnen der Weimarer Rechten sowie Studien zur Mitwirkung von Frauen an den nationalsozialistischen Verbrechen erschienen.⁵ Doch der weibliche Beitrag zur politischen Rechten in der Bundesrepublik ist noch immer ein kaum erschlossenes Forschungsfeld der Geschichtswissenschaften. Es scheint so als würde allein aus der zahlenmäßigen Minoritätenrolle der Frauen in rechten Organisationen, auch eine Vernachlässigbarkeit der weiblichen Beiträge zur politischen Rechten abgeleitet. Durch eine solche Einstellung wird nicht nur das Narrativ der qua Geschlecht friedfertigen und moralisch reinen Frau fortgeschrieben, das doch mit den jüngeren Forschungen zur Weimarer Republik und dem NS überwunden schien, es entgehen zudem wichtige Perspektiven für eine umfassende Analyse rechter Zusammenhänge. Gerade Texte von rechten Frauen bilden vielfach erkenntnisreiche Quellen, da sich die Autorinnen, im Gegensatz zu ihren männlichen Mitstreitern, in einem doppelten Spannungsverhältnis befinden. Sie breiten nicht allein ihre Weltanschauung aus, sondern verhandeln zugleich die eigene Autorinnenschaft, da sie als öffentliche, politisch-aktive Frauen unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck in konservativ und reaktionär geprägten Zusammenhängen stehen. Frauen wirkten in der Vergangenheit häufig als Modernisiererinnen der rechten Weltanschauungen. Ihre doppelte Randständigkeit – gesellschaftlich wie institutionell - mag den Modernisierungsdruck von Innen verstärkt haben. Es galt sowohl die eigene Stellung innerhalb der Organisationsgefüge abzusichern, als auch andere Frauen und zuvor ausgeschlossene Gruppen in

⁴ Ebd., S. 88f.

Raffael Scheck, Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany, Oxford/
New York 2004; Kirsten Heinsohn, Konservative Parteien in Deutschland 1912–1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010;
Christiane Streubel, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen
in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2006; Andrea Süchting-Hänger, Das »Gewissen
der Nation«. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002; Eva Schöck-Quinteros/Christiane Streubel (Hg.),
»Ihrem Volk verantwortlich«. Frauen der politischen Rechten (1890–1933). Organisationen—
Agitationen—Ideologien, Berlin 2007; Massimiliano Livi, Gertrud Scholtz-Klink. Die Reichsfrauenführerin. Politische Handlungsräume und Identitätsprobleme der Frauen im Nationalsozialismus am Beispiel der Führerin aller deutschen Frauen, Münster 2005; Kathrin Kompisch, Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2008; Jutta Mühlenberg, Das SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen
Angehörigen der Waffen-SS 1942–1949, Hamburg 2012; Wendy Lower, Hitler's Furies. German Women in the Nazi Killing Fields, Boston 2013.

die eigene politische Bewegung zu integrieren. Die Publizistin Lenore Kühn etwa schrieb am ersten Parteiprogramm der DNVP mit und öffnete die Partei für die Mitarbeit von Frauen, die Nationalsozialistin Sigrid Hunke überführte seit den 1950er Jahren die alte NS-Rassenlehre in einen kulturalistischen Rassismus und avancierte mit ihren Thesen zum Arabertum zur ersten »Nahost-Expertin« der Bundesrepublik. Heute prägen Akteurinnen wie Caroline Sommerfeld, Ellen Kositza und Bettina Gruber das weibliche Gesicht der Neuen Rechten. Diese neue Generation rechter Frauen knüpft an einen popkulturell geprägten Stil an und greift aktuelle gesellschaftliche wie feministische Debatten auf. Sie bedienen sich dazu den neueren Sozialen Medien, wie Twitter, Blogs oder Beiträge auf YouTube. Ihre Texte sind oft fragmentarische, kurze Selbstpositionierungen, Meinungsäußerungen, Ratschläge oder bloße Rants. Selten finden sich unter den veröffentlichten Texten noch ausformulierte Theorien.

Der vorliegende Beitrag soll exemplarisch an Caroline Sommerfeld Argumentationsstrukturen und an ordnungspolitischen Ideen von Frauen innerhalb der Neuen Rechten und deren Bezugnahme auf soziale Minderheiten untersuchen. Sommerfeld bietet sich für eine solche Analyse nicht allein aufgrund der Vielzahl an von ihr veröffentlichten Texten an, sondern ebenso weil sie als eine Art »Werbeträgerin« für eine moderne Neue Rechte fungiert, die einen Gegenentwurf zu einer auf Inklusion von Minderheiten abzielenden Gesellschaft bieten will.⁶ An Sommerfeld lässt sich also nicht nur das Verhältnis der Neuen Rechten zu Frauen nachvollziehen, sondern zudem auch Selbstdarstellungsstrategien, mit denen neue Bevölkerungsgruppen für die rechte Bewegung erschlossen werden sollen. Was Sommerfeld von ihren rechten Vorgängerinnen aus der Weimarer Republik und frühen Bundesrepublik unterscheidet, ist nicht zuletzt der sich gewandelte gesellschaftliche Bezugsrahmen - Frauen sind heute selbstverständlicher Teil der politischen Öffentlichkeit, Minderheiten sind allgemein sichtbar und bekleiden gesellschaftliche Ämter. Die Autorin verhält sich nicht allein zu dieser als Entfremdung von den gewöhnlichen Deutschen dargestellten Entwicklung, sie verknüpft zudem ihre Weltanschauung als alternativlose Konsequenz aus den eigenen Erfahrungen in ihrem persönlichen Alltag. Damit entspricht sie ganz jenem Zeitgeist, nach dem das eigene Schreiben und Denken vor allem authentisch sein müsse – als intellektuelles Substrat des eigenen Erlebens.

⁶ Vgl. Volker Weiß, »Die Fehler der Kopistin«, in: Jungle World, Nr. 51/2019, 19.12.2019.

In Sommerfelds Biografie spiegelt sich jenes Narrativ von der enttäuschten Mitte, die sich aus Sorge um Nation, Kultur und Familie der Neuen Rechten als einzige, wahre Antwort auf den gesellschaftlichen Niedergang verschrieben habe. Caroline Sommerfeld wurde 1975 in Mölln geboren und hat an der Universität Rostock Philosophie und Germanistik studiert. 2003 promovierte sie mit einer moralphilosophischen Arbeit über Immanuel Kant. Ihre Hinwendung zur Neuen Rechten erklärt sie selbst mit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 und ihrer Lektüre von Jean Raspails Roman Das Heerlager der Heiligen; in diesem beschrieb der französische Schriftsteller das Schreckensszenario einer Migration von verarmten Massen aus der Dritten Welt nach Frankreich.⁷ Ein weiterer Stichwortgeber ist Renaud Camus, dessen verschwörungstheoretische Vorstellung vom »Großen Austausch« zentrales Moment in Sommerfelds Weltanschauung ist. 8 Neben ihren Artikeln für die Sezession veröffentlicht sie bei Antaios und betrieb bis 2018 ihren Blog fauxelle. Mediale Aufmerksamkeit erhielt Sommerfeld insbesondere wegen ihrer Ehe mit dem Germanisten, Kulturwissenschaftler und früherem KPD-AO-Mitglied Helmut Lethen. In dem gemeinsam mit Martin Lichtmesz verfassten Mit Linken leben rückt sie ihr Familienleben selbst in den Vordergrund ihrer Überlegungen.9

Trotz Sommerfelds reger Publikationstätigkeit und ihrer Inszenierung als eines der weiblichen Aushängeschilder der deutschsprachigen Neuen Rechten (neben Ellen Kositza) sowie als Frontfrau der österreichischen Identitären Bewegung werden ihre weltanschaulichen Texte von der Forschung weitestgehend ignoriert. Diese Forschungslücke ist deshalb fatal, weil so ein wesentlicher Teil rechter Selbstmodernisierung und Anpassung an den gesellschaftlichen Zeitgeist von der Wissenschaft unbeachtet bleibt. Jene Dissoziation von Theorie in Statements und Textfragmente, die nicht nur ein Phänomen der politischen Rechten, sondern ein gesamtgesellschaftliches ist, verlangt, Medien wie Blogs oder bloße Meinungsäußerungen und Ratgebertexte in die Analyse politischer Strömungen miteinzubeziehen. Nur so können die den Bewegungen eigenen Modernisierungstendenzen noch erfasst werden. Ein Schwerpunkt dieses Beitrags liegt daher auf den diversen Online-Artikeln, die Sommerfeld sowohl für die Zeitschrift Sezession als auch für ihren eigenen Blog verfasst hat. Diese Artikel verfolgen das Ziel, weitere, anonyme Rezipientenkreise für die eigene Ideologie zu erschließen. Sie sind auf Skandalisierung oder

⁷ Vgl. Jean Raspail, Das Heerlager der Heiligen, Schnellroda 2015.

⁸ Vgl. Renaud Camus, Revolte gegen den großen Austausch, Schnellroda 2016.

⁹ Caroline Sommerfeld/Martin Lichtmesz, Mit Linken leben, Schnellroda 2017.

Praxistipps ausgerichtet. Zu fragen ist zudem, welche Resonanz die formelle Modernisierung der Rechten in ihrer Ideologie findet. In ihren Monografien Wir erziehen¹⁰ und Selbstrettung¹¹ formuliert Sommerfeld Ratschläge zur Erziehung der Kinder beziehungsweise zur Selbsterziehung – die rechte Erziehung soll jeweils das Fundament eines gesellschaftlichen Wandels sein, der die von der Autorin beschworenen Feindbilder noch abwehren könnte. In diesem Sinne bekommen die Lebensratgeber eine besondere politische Funktion und eignen sich gut, um darüber Sommerfelds Weltanschauung zu erschließen.

Grundzüge des Denkens

Sommerfelds Artikel basieren auf einigen wenigen Schlüsselbegriffen, die sie zur Erklärung der Gesellschaft und ihrer Weltanschauung heranzieht – darunter Globalismus/Individualismus, Subjektivierung/Psychologisierung, Manipulation, Elite/Mainstream. Die Autorin geht davon aus, dass Linke und Liberale eine gemeinsame, globale Agenda verfolgten. Ihr Ziel sei es, traditionelle Lebenszusammenhänge sowie moralische Werte zu zersetzen; die Dekonstruktion der Geschlechterrollen oder die »Ehe für Alle« seien Beispiel für die Zerstörungen der »Globalisten«. Die Linke befinde sich demnach in einer hegemonialen Position und bestimme den gesellschaftlichen Diskurs. Die kapitalistischen Eliten machten weiter mit den Linken und Liberalen gemeinsame Sache und förderten diese.

Auffällig ist, dass Sommerfeld die Auseinandersetzung zwischen der Neuen Rechten, der sie sich zugehörig sieht, und den »Globalisten« als einen Kulturkampf um die Köpfe imaginiert. Folglich sei die Manipulation des deutschen Volkes das hauptsächliche Aktionsfeld der »Globalisten« in Deutschland. Dies gelinge über die »Subjektivierung von Objekten«: »Der Globalismus als entwicklungshelfender Interventionismus subjektiviert die demographische Katastrophe auf das Niveau der konkreten Afrikanerin. Er suggeriert, sie hätte dieselben Selbstermächtigungswünsche wie die postmoderne Feministin«, schreibt Sommerfeld.¹² Statt etwa die Migrantin »gattungsmäßig« zu begreifen, breche man die objektiven Verhältnisse auf die Biografien von Individuen

¹⁰ Caroline Sommerfeld, Wir erziehen. Zehn Grundsätze, Schnellroda 2019.

¹¹ Caroline Sommerfeld, Selbstrettung. Unsere Siebensachen, Schnellroda 2020.

¹² Caroline Sommerfeld, »Wer denkt subjektiv?«, sezession.de, 25.04.2017, https://sezession.de/57226 (letzter Abruf: 11.09.2021).

herunter: Man sehe Geschichten statt Geschichte und begründe mit individuellen Leiden den Anspruch auf Asyl oder die Motivation zur Flucht.¹³

Im Gegensatz dazu schwebt der Autorin ein politisches Szenario vor, in der die Menschen nur in totaler Konkurrenz miteinander vermittelt sind und bei dem sich der Stärkste rücksichtslos für das Wohl des Eigenen durchsetzen müsse. Es sind hier nicht Menschen, die die Geschichte machen, sondern eine wesensartige Vorbestimmtheit der Völker. So bleibe die afrikanische Migrantin der Deutschen fremd, weil allein das Betonen individueller Gemeinsamkeiten – wie etwa der Wunsch nach einem Leben in Sicherheit – als Psychologisierung und damit Manipulation abgelehnt wird. Stattdessen müsse der harten »Wirklichkeit der Biologie, der Demographie, der Gewalt« Geltung verschafft werden. Gegen »subjektivierendes Denken« helfe nur mehr »Antifeminismus, Statistik, Hate facts [sic!], historisches Denken, Metapolitik«. Sommerfeld affirmiert die totale Konkurrenz und den Kampf der Völker – ihr angeblich historisches Denken ist dabei überaus ahistorisch. Geschichte wird hier nur als ein immergleicher Verteilungskampf zwischen biologisch-kulturell vorbestimmten Massen begriffen. Gleichwohl versteht sie ihr Weltbild nicht nur als vermeintliche Ideologiekritik, sondern auch als intuitive Meinung des »einfachen Volkes«, das im Gegensatz zu den Intellektuellen »das Objektive, die großen Züge, das Historische« sehe.

Als Fürsprecherin des einfachen Volkes wider eine angebliche Bevormundung durch die linke, gesellschaftliche Hegemonie lehnt sie die von der Gendertheorie angestoßene Debatte über Geschlechterrollen und -privilegien nicht bloß deshalb ab, weil sie dem traditionellen Rollenverständnis widerspräche. Sie sieht darin auch einen Angriff auf den Bestand der Völker des globalen Westens insgesamt. »Die westliche Reproduktion bewußt zu limitieren (nichts anderes will man mit Homoehe und Gender-Pay-Gap-Kampagne) und dann Migration zu befördern, ist ein und derselbe ideologische Komplex«¹⁴, schreibt sie. Die Autorin ergeht sich weiter in schieren Sexphantasien und behauptet, die Queer Theory würde Analsex zwischen Männern propagieren.¹⁵ Sähen heterosexuelle Männer diesem Treiben tatenlos zu oder

¹³ Ebd

¹⁴ Caroline Sommerfeld, »Gen(der)manipulateure«, fauxelle.wordpress.com, 03.07.2017, fauxelle.wordpress.com/2017/07/03/gendermanipulateure/ (letzter Abruf: 11.09.2021).

¹⁵ Sommerfelds Feindbild Queer Theory, die sich angeblich mit Sexualität befasse und mann-männliche Sexualität affirmiere, steht konträr zu den dort und in den Gender Studies breit rezipierten Ideologemen wie etwa jenem der »Homonormativität« oder des »Homonationalismus«. Diese Konstrukte stellen Projektionen dar, die in homose-

gäben sich ihm gar hin, wäre »die Dekadenz unserer Kultur endgültig besiegelt« und das deutsche Volk seinem Untergang geweiht. ¹⁶ Sommerfeld knüpft hier an einen rechten Kulturpessimismus an, der in der Homosexualität eine gesellschaftliche Verfallserscheinung sieht.

Selbstinszenierung

Trotz Kampfbegriffen wie dem »Großen Austausch«, der Verbreitung der antisemitischen Verschwörungstheorie vom angeblichen »Soros-Plan« und die Beschreibung von Flucht und Migration als das »Fluten Europas«, versucht Sommerfeld immer wieder, sich (im Gegensatz zu den Linken) als unideologisch darzustellen. Der von ihr heraufbeschworene Endkampf um das Überleben des deutschen Volkes und die Kriegslogik stehen im krassen Widerspruch zu ihrer Selbstinszenierung als friedfertige, unvoreingenommene Intellektuelle. In einem Brief, den sie an Carolin Emcke richtete – die 2016 für ihre Schrift Gegen den Hass¹¹ den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hatte –, gibt sich Sommerfeld als dialogbereit.¹¹ Sie sorge sich um den von Linken beschädigten öffentlichen Diskurs und wolle daher einige Fragen an Emcke und ihr Buch stellen. Mit ihrem Interesse an einem öffentlichen Dialog stehe sie einer »mächtigen tyrannischen Mainstreammedienelite« gegenüber.¹¹ Martin Sellner, Sprecher der Identitären Bewegung Österreichs, nannte sie in einem Interview gar die »Jeanne d'Arc« der Neuen Rechten.² Im Zuge ihrer Entlassung

xuellen Individuen Authentizität zerstörende Dekadenz und Kolonialismus wähnen. Das darin ersichtliche Ressentiment gegen den Westen und die Moderne, die Fokussierung auf authentische Identitäten sowie der von Autorinnen wie Jasbir Puar offen verbreitete Antisemitismus müssen entgegen Sommerfelds Sichtweise als wichtige Übereinstimmung von zeitgenössischer queerer und neurechter Ideologie verstanden werden. Vgl. Benedikt Wolf, »Stonewall hieß Angriff. Zur antiemanzipativen Wende in der Queer Theory«, in: Patsy l'Amour IaLove (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017, S. 142–149, hier: S. 147f.

¹⁶ Caroline Sommerfeld »Uterusneid, Dekadenz und ein Rest von Ehre«, fauxelle.wordpress.com, 18.07.2016, https://fauxelle.wordpress.com/2016/07/18/uterusneid-dekade nz-und-ein-rest-von-ehre/ (letzter Abruf: 11.09.2021).

¹⁷ Carolin Emcke, Gegen den Hass, Frankfurt a.M. 2019.

¹⁸ Caroline Sommerfeld, »Haßpost – Ein Brief an Carolin Emcke«, sezession.de, 16.12.2016, https://sezession.de/56921 (letzter Abruf: 11.09.2021).

¹⁹ Ebd.

²⁰ gloria.tv/post/8zU9RqPQj6im4u]AeqcRtmeYc (letzter Abruf: 01.09.2021)

als Köchin in einer Waldorf-Schule wegen ihrer publizistischen Aktivität in der Sezession, formulierte Sommerfeld eine Gegenerklärung zur Stuttgarter Erklärung.²¹ Darin beschreibt sie die anthroposophische Bewegung als einen Ideologieapparat, der sich in vorauseilendem Gehorsam dem Zeitgeist unterwirft und abweichendes Denken unterdrücke. 22 Denken, wie das der Autorin, werde als »»Diskriminierung« diskriminiert«. Die Stuttgarter bzw. Wiener Erklärung sei »selbstwidersprüchlich: allgemein gegen Diskriminierung aufgrund von u.a. >politischer Überzeugung</br>
einzutreten und einen Punkt darunter exakt bestimmte politische Überzeugungen unter der Abwehrformel ›Rassismus und Nationalismus< nicht zu dulden«. 23 Sommerfeld betreibt hier eine Täter-/ Opferumkehr, indem sie sich selbst als mit dem Begriff der »Diskriminierung« Diskriminierte wähnt. Mehr noch entpolitisiert sie taktisch geschickt das eigene Weltbild als bloße politische Meinung unter vielen, die als ebensolche toleriert werden müsse. Folglich begreift sie die eigene Gegenerklärung auch als ein »Eintreten für die Freiheit des Geisteslebens«. Sommerfeld kopiert die Kritik an ihren Positionen, die sich damit begnügt, sie mit einer allgemeinen Erklärung als Persona non grata zu erklären und damit jede weitere Auseinandersetzung mit ihrem Weltbild als von vornherein überflüssig erscheinen lässt. Eine solche Behandlung macht es Sommerfeld sehr leicht, sich ihrerseits als verfemte, streitbare Denkerin darzustellen. Statt einer Auseinandersetzung und Kritik an nationalistischer und rassistischer Ideologie geht es lediglich um die Frage, welche Position am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen dürfen und welche nicht. Die Debatte verharrt bei den eigenen formellen Bedingungen und kreist so unablässig um sich selbst – es ist die Debatte um die Grenzen des Sagbaren. Statt Analyse und Kritik von Rassismus begnügt sich eine solche Debatte mit selbstreferenziellen Begriffsbestimmungen. Sommerfeld steigt in diese Debatte immer wieder ein, weil sie ihr die Möglich-

²¹ Die Stuttgarter Erklärung wurde 2007 von der Mitgliederversammlung des Bundes Freier Waldorfschulen verabschiedet und 2020 überarbeitet. In ihr bekennen sich die Freien Waldorfschulen zu den Menschenrechten und Solidarität und sprechen sich gegen Diskriminierung, Rassismus und Nationalismus aus. 2008 schlossen sich auch die Delegierten vom Bund der Freien Waldorfschulen Österreich mit der Wiener Erklärung der Stuttgarter Erklärung an. Vgl. Stuttgarter Erklärung, waldorfschule.de/u eber-uns/printmedien/broschueren/erklaerungen/stuttgarter-erklaerung (letzter Abruf: 09.09.2021).

²² Caroline Sommerfeld, »Eine Gegenerklärung«, sezession.de, 30.08.2017, https://sezession.de/57363/eine-gegenerklarung (letzter Abruf: 09.09.2021).

²³ Ebd.

keit der Selbstinszenierung als unbequeme Dissidentin bietet, und wirksam verhindert, die eigenen Bezüge zum gesellschaftlichen Zeitgeist sichtbar werden zu lassen. So bleibt sie die aus dem öffentlichen Diskurs Ausgeschlossene. Die Akzeptanz der eigenen Positionen wird verknüpft mit dem Zustand der Demokratie. So soll die eigene Ideologie als Fundament einer gelebten, wahren Demokratie erscheinen, die tatsächliche Kritik zulasse, Sommerfeld selbst macht sich und ihre politischen Wegbegleiter damit zur Bedingung eines funktionierenden Gemeinwesens. Die eigene Sache wird so zur Sache aller erklärt und diese Form der Inszenierung von Öffentlichkeit gelingt besonders dort, wo nach den theoretischen Positionen nicht mehr gefragt wird oder diese nur mehr pauschal als »unbequem« oder »streitbar« zur Selbstdarstellung des Kritikers benutzt werden. ²⁴

Das Kopftuch als primitive Krisenbewältigung

Ein Beitrag, den Sommerfeld über das Kopftuch bei Mädchen geschrieben hat, zeigt die Vielschichtigkeit des Verhältnisses der Autorin zur Sexualität, dem Frauenkörper und dem Islam. Es wäre mit Blick auf die notorische »Kopftuchmädchen«-Rede der AfD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Alice Weidel²⁵ zu kurz gegriffen, davon auszugehen, dass die Neue Rechte grundsätzlich der Verschleierung von Frauen feindlich gegenübersteht oder den totalen Antipoden gegenüber Vertretern eines rigiden, misogynen Islams darstelle.²⁶ In ihrem Artikel unterscheidet Sommerfeld zunächst zwischen zwei Lagern innerhalb der politischen Rechten, dem der rechten Aufklärer, die »pro-westlich im Sinne eines amerikanischen Werteliberalismus, laizistisch, pro-zionistisch, pro-feministisch« seien, sowie dem der Reaktionären. Zu Letzteren zählt sich die Autorin selbst.²⁷ Diese Gruppe stünde in der

²⁴ Die Autoren von Mit Rechten reden stoßen in diese Richtung und sehen rechte Ideologien vor allem als Formen der Kommunikation und Inszenierungspraxen. Über die inhaltlichen Prämissen und Weltanschauungen rechter Akteure wird in dem Buch weitestgehend geschwiegen, wohl um die Forderung, die Menschen müssten aufeinander zugehen in einem gemeinsamen Dialog, nicht zu unterlaufen. Vgl. Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

²⁵ Deutscher Bundestag, Sitzungsprotokoll vom 16.05.2018, S. 2972.

²⁶ Caroline Sommerfeld, »Kopftuchmädchen«, sezession.de, 29.05.2019, sezession.de/612 33 (letzter Abruf: 09.09.2021).

²⁷ Ebd.

historischen Tradition der Gegenaufklärung, sei anti-amerikanisch und vertrete einen »Geschlechterrealismus«. Während die erste Fraktion islamische Moralvorstellungen ablehne und damit die gleiche »kulturmarxistische« Einstellung zum Islam wie die »Globalisten« aufweise, hätten die Reaktionären einen differenzierteren Zugang zur Moral des Islams. Sommerfeld schreibt weiter, dass Kinder zur Entwicklung Begrenzung statt Selbstbestimmung und -entfaltung bedürfen. Gerade dies greife aber der westliche Liberalismus an und sexualisiere die Menschen im Kindesalter. Die »moralische Selbstdisziplin« der Menschen werde zerstört, wenn man den Kindern das »natürliche Schamgefühl« nehme. Es sei nicht das Kopftuch, dass das junge Mädchen zum Sexobjekt mache, wie die Aufklärer behaupteten. Vielmehr ist es der Liberalismus selbst, der »Bikini statt Burka« fordere und Kinder sexualisiere, weil er mit Kinderrechten und »sexualisierter feministischer Selbstbestimmungsduselei« das soziale Skelett nehme und sie so offenbar schutzlos und schwach mache. »Der Islam« dagegen »verlegt die notwendige Begrenzung des männlichen Begehrens [...] nach außen in die rigide Kleidervorschrift«. Das Kopftuch werde so zum Schutz vor den »obszönen« Zumutungen des liberalen Westens. Es konfrontiere die Deutschen mit jener Begrenzung und »Versteifung moralischer Selbstdisziplin«, die der Westen den Menschen kaum mehr biete, folgert Sommerfeld. Dennoch bleibe das Kopftuch den Deutschen wesensfremd und wäre daher auch nicht einfach zu kopieren. Vielmehr müsse durch die Konfrontation mit dem Kopftuch der »Skelettbedarf« erkannt und das eigene »rekonstruiert« werden.

Sommerfelds Position zum Kopftuch erinnert stark an jene gendertheoretischen Ausführungen, wie sie etwa die Genderforscherinnen Bettina Mathes und Christina von Braun mit ihrer 2007 erschienenen Apologie des Kopftuchs Verschleierte Wirklichkeit vorgelegt haben. ²⁸ Ausgerechnet Ellen Kositza, die in Gender ohne Ende die Auflösung der Geschlechteridentitäten beklagt, bezieht sich in einem Artikel, der das Kopftuch als Mittel zur »Wiedererlangung von Würde, Geborgenheit und Seinsgewißheit« preist, positiv auf die Schrift von Mathes und Braun. ²⁹ Das Tragen des Kopftuches ist hier wie dort Widerstand

²⁸ Christina von Braun/Bettina Mathes, Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen, Berlin 2007.

²⁹ Ellen Kositza, »Kopftuchmädchen«, in: Sezession, Nr. 40, Februar 2011, S. 22–26, hier: S. 24f.

gegen einen obszönen und wertefeindlichen Westen.30 Auch die kulturalistische Bemerkung, mit der zwar die Vorzüge des Kopftuchs angepriesen werden, andererseits dieses aber Frauen aus muslimischen Familien vorbehalten sein soll, findet sich in querfeministischen Texten.³¹ Das verbindende Element zwischen beiden angeblich so konträren politischen Fraktionen ist die Ablehnung von Universalismus und der Idee des Individuums. Wenn Sommerfeld das Eigene nicht bloß konstruieren, sondern rekonstruieren will, impliziert das eine Identität, die sozial überformt oder gar zerstört wurde, und nun wiederhergestellt werden muss. Sie affirmiert diese Identität als ahistorische Wesenheit der Deutschen. In einem drei Jahre zuvor veröffentlichten Text positionierte sich die Autorin noch gegen islamistische Kleidungsvorschriften. Interessant ist hier vor allem ihre Position gegen jene, die den »Burkini« mit dem Verweis auf die universalistischen Menschenrechte kritisieren. Denn gerade dieser westliche Universalismus sei in Wahrheit bloß partikular, weil er eben nie tatsächlich allgemeingültig sei, so die eindimensionale Argumentation. Weiter zöge der Westen keinen »faktischen imperialen geopolitischen Vorteil« aus seinem Universalismus. In einer »Konfrontationsgesellschaft« mit dem Islam müsse das Abendland gegenüber der morgenländischen Moral »Selbstbehauptungspotential« freisetzen.³² Wenngleich in diesem früheren Text die Ablehnung des Burkinis im Mittelpunkt steht und im späteren das Lob des Kopftuchs als Moral vermittelndes Instrument, so ist doch das verbindende Element die Ablehnung eines universalistischen Liberalismus. Die Antwort in beiden Texten liegt in der eigenen kulturellen Partikularität, die überhaupt erst die Menschen wie die Gesellschaften stark und durchsetzungsfähig mache. Die Partikularität sei vor allem dort ein Problem, wo sie einen universalistischen Anspruch erhebe, wie etwa in den Menschenrechten. Die simplifizierende Gleichsetzung der Neuen Rechten mit »antimuslimischen Rassismus« oder gar »Islamophobie« ist dort, wo es um die Sexualität und den Körper der Frau geht, nicht haltbar. Sommerfeld affirmiert das Kopftuch zwar nicht, sondern sieht es mehr als das Symptom eines moralischen Vakuums in

³⁰ Vgl. Fathiyeh Naghibzadeh, »>Freiheit ist weder westlich noch östlich, sondern universal««, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 348–360, hier: S. 355f.

³¹ Ebd., S. 358.

³² Caroline Sommerfeld, »Der Partikularismus des Burkinis«, fauxelle.wordpress.com, 25.08.2016, fauxelle.wordpress.com/2016/08/25/der-partikularismus-des-burkinis/ (letzter Abruf: 09.09.2021).

der liberalen Gesellschaft, gleichwohl sind ihre Sympathien für den Umgang des reaktionären Islams mit Mädchen – selbstverständlich mit den Mädchen der Anderen – deutlich erkennbar. So erscheint ihr das Kopftuch als Variante einer positiven, wenngleich primitiven Form der Krisenbewältigung, weil die moralische Selbstdisziplin hier der Einzelnen von außen verordnet wird, statt als eine »innere Versteifung« der Einzelnen selbst zu entspringen, wie es dem deutschen Wesen entspräche.³³

Erziehung zur Eigentlichkeit (Ratgeber für Rechte)

2020 veröffentlichte Sommerfeld bei Antaios eine Schrift, die nicht allein der Form nach in die Sparte der neurechten Ratgeberliteratur³⁴ einzuordnen ist. Der Beitrag offenbart zugleich ihr Praxisverständnis, unter sieben Begriffen ist formuliert, wie sich der geneigte Leser der Welt zuwenden und mit dieser in Austausch geraten soll. Selbstrettung, so der Titel des kleinen Bandes, solle den Deutschen einen Weg durch eine Zeit weisen, die die Autorin mit Begriffen wie »Entfremdung«, »Knechtschaft« und unter Rückgriff auf Martin Heidegger als »Verfallenheit an das ›Man‹«, einer Gleichgültigkeit gegenüber gemeinschaftlichen Werten und Formlosigkeit, beschreibt. 35 Auch dieser Abhandlung ist die Prämisse vorangestellt, die Identität des deutschen Volkes, seine Gemeinschaft und seine Moral befänden sich in einer tiefen Krise und würden von einer linken Hegemonie, von globalen Eliten und Migrationsströmen bedroht. Gleichwohl soll die Schrift keine »politischen Lösungen oder metapolitischen Strategien« bieten, »sondern vom einzelnen aus gedachte Weltzugänge«. 36 Konkret bedeute dies, »die eigenen Kreise zu ordnen, ausgehend von meinem höchst privaten individuellen Handlungsraum in darum gelagerten konzentrischen Kreisen über diese hinauszugehen: von der Selbsterziehung über die eigene Beziehung, meine Familie, unmittelbare Interaktion mit Leuten, Gruppen, Gemeinschaften, Parteiungen«. ³⁷ Dies sei die Praxis, die gleichwohl keine nationalen Revolutionen verspreche, aber das deutsche Volk von

³³ Caroline Sommerfeld, »Kopftuchmädchen«.

³⁴ David Engels, Was tun? Leben mit dem Niedergang Europas, Bad Schmiedeberg 2020; Felix Menzel, Alternative Politik. Ein ganzheitlicher Ansatz, Chemnitz 2017; Brittany Pettibone, Jung, Weiblich, Rechts, Schnellroda 2019.

³⁵ Caroline Sommerfeld, Selbstrettung, S. 37.

³⁶ Ebd., S. 27.

³⁷ Ebd., S. 41.

innen her regeneriere. Zwar wird hier das Bild der den Kreis der Familie und des Privaten ordnenden Frau zitiert, das bereits seit dem 19. Jahrhundert Kern der traditionellen Frauenrolle ist, dennoch ist diese Praxis nicht ausschließlich rückwärtsgewandt. Ähnlich der Idee der Sozialen Medien geht hier die Veränderung und der Informationsfluss vom eigenen Nahbereich über die sozialen Kontakte und bereite so den Boden für das, was die Autorin die Regeneration nennt. Wenngleich Sommerfeld immer wieder als Gegnerin des Feminismus auftritt, adaptiert sie doch dessen Einsicht, dass die Sphäre der Reproduktion politisch ist. Selbstrettung meint hier nicht die Entfaltung und Integrität des Individuums, sondern die Bewahrung eines höheren Selbst, des Volks. Es sei »eine Haltung, ein selbst anerzogener Habitus«. Wer diese Haltung annehme, mache sich zum »Werkzeug Gottes« und es müsse das Ziel sein, nichts mehr als dieses Werkzeug zu sein. Ein solches Werkzeug werde man beispielsweise, wenn man gegen Ȇberfremdung« des Volkes demonstriere, eine gerade Körperhaltung annehme und eine klare Sprache spreche oder indem man feste Strukturen im Einklang mit den Jahreszeiten in der Familie implementiere und darin lebe 38

Diese Anweisungen kreisen alle um die Frage der Identität als Bindeglied zwischen dem Einzelnen und dem Allgemeinen des Volkes. Der Körper müsse wieder stramm werden, der Feind der bereits ins Innere vorgestoßen ist, sei auch zuerst dort zu schlagen. Es ist dabei keineswegs Zufall, dass Sommerfeld die Frage, was auf eine geglückte Regeneration des Volkes folge, gar nicht erst stellt. Ihr Denken ist streng anti-utopisch. »Wir sind in der Welt, um von der Wirklichkeit gezwungen zu werden, uns aus der Welt zu erheben«, schreibt sie.39 Die Freiheit ist hier nur ein Triumph der Notwendigkeit über den Einzelnen. Dabei läge das Heil bereits »inwendig in uns«. Die äußere Wirklichkeit (Realität) und die innere Wirklichkeit (völkische Identität, Rasse) stehen sich nicht allein feindlich gegenüber, denn »die innere Wirklichkeit muß durch die allzu oft lästige Außenwelt zu voller Blüte getrieben werden«. ⁴⁰ Produktion und Destruktion fallen in der Vorstellung der Volksidentität in eins. Das Eigene materialisiert sich im Kampf gegen das Fremde, es ist gar nicht mehr als dieser Kampf und hat keine eigene Existenz außerhalb dessen. Die von Sommerfeld geforderte Rückbesinnung auf die eigene Identität kommt nicht ohne das immer wieder beschworene Feindbild aus. Die Identität ist die Negation eines

³⁸ Vgl. ebd., S. 70f.

³⁹ Ebd., S. 66.

⁴⁰ Ebd., S. 68.

Zustands, den sie als »Fäulnis, Dekadenz und die Mechanismen der Steuerung der öffentlichen Meinung« beschreibt.⁴¹ »Die globale Vereinheitlichung des Konsums, der Marken- und Nahrungsmittelketten, von Internet, Musik, Film und Sprache drängt das Eigene in die Defensive«, warnt Sommerfeld in ihrem Erziehungsbuch *Wir erziehen*⁴² und bemüht damit einen völkischen Anti-Kapitalismus, der bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert alles Übel in der Konsumtionssphäre vermutet.⁴³

»Masseneinwanderung, Globalisierung und Islamisierung« bedrohten ferner das Eigene durch seine Vermischung und die Verwischung seiner Grenzen.44 Wo das Feindliche konkret und bildhaft beschrieben wird, bleibt das Eigene abstrakt und vage. Es bekommt seine Konturen überhaupt erst durch Verfolgung des Anderen, jenem, von dem sich das Eigene rein machen muss, um zu erblühen. Der wohl endlos gedachte Prozess solcher »Selbstrettung« erscheint als das eigentliche Ziel. Daher wird der Mensch auch nicht etwa als Abbild Gottes, sondern als dessen Werkzeug gedacht, stets eingebunden in den Prozess einer höheren Totalität, auf dem seine ganze Existenz beruht. Und wie um ihre eigene völkische Erziehung zu empfehlen, heißt es: »Volk und Rasse dürfen wie ein Baugerüst erst dann abgebaut werden, wenn das Individuum weit genug ist in seiner Entwicklung. Wenn sie zu früh abgebaut werden - auch durch >interkulturelle Pädagogik« -, stürzt das Individuum in den Abgrund«. 45 Mit anderen Worten, die Ordnungsbegriffe »Volk« und »Rasse« können erst dann als solche aufgegeben werden, wenn sie von den Individuen als Prinzipien vollkommen verinnerlicht wurden und damit total geworden sind. Wie solch ein völkisches Grenzregime aussieht – an dessen Ende das eigentliche, also das negierte Individuum steht -, deutet die Autorin allenfalls an, nämlich als eine gesellschaftliche Regression in bloße Natur. Diese Regression ist zugleich der Kern des Begriffs »Rasse«, auch dort wo er kulturalistisch gewendet wurde, wie das Beispiel Sommerfeld zeigt. So sei der Pluralismus der Völker »analog zur ›Artenvielfalt‹ in der Natur« zu schützen. 46 Mit dem Nationalsozialisten Werner Georg Haverbeck argumentiert sie, »Heimatlichkeit« –

⁴¹ Caroline Sommerfeld, Selbstrettung, S. 11.

⁴² Caroline Sommerfeld, Wir erziehen, S. 259.

⁴³ Vgl. Heike Hoffmann, »Völkische Kapitalismus-Kritik: Das Beispiel Warenhaus«, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hg.), Handbuch zur »Völkischen Bewegung«. 1871–1918, München 1999, S. 558–574.

⁴⁴ Caroline Sommerfeld, Wir erziehen, S. 260.

⁴⁵ Ebd., S. 262.

⁴⁶ Ebd., S. 259.

also jenen Ort, der durch all die Selbstdisziplinierung und dem Schutz des Eigenen erreicht und bewahrt werden soll – »bedeute eigentlich eine Ökologie der Völker«.⁴⁷ Und dann, Haverbeck zitierend: »Ökologie öffnet uns die Augen dafür, daß Völker nicht nur menschliche Komplexe darstellen, [...] sie sind auch in ihrem Werden und ihrer unverwechselbaren Eigenart geprägt durch den Boden, aus dem sie wuchsen, durch den Raum, der sie umfängt, und daraus nicht nur erklärbar in ihrer unverwechselbaren Eigenart, sondern diesem auch verbunden. Sie sind aus der Natur, der sie entstammen, nicht ohne Schaden herauszulösen, denn sie sind selbst ein Stück Natur. «⁴⁸ Ein Stück Natur, das offenbar nicht einfach existiert, sondern durch Erziehung wieder eingezäunt werden muss, damit es gedeihen könne. Daher fasst Sommerfeld ihre Erziehungsgrundsätze schließlich in der programmatischen, identitären Losung von der »Wiederentdeckung der Grenze« zusammen. ⁴⁹

Die Ideologisierung des Alltags als Forschungslücke

Im Zentrum aller Texte von Sommerfeld steht die Frage der völkischen Identität. Das wundert nicht, ist sie doch selbst Teil der österreichischen Identitären Bewegung. Zudem ist dies keine Besonderheit der Autorin, sondern Leitthema rechter Ideologen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Es sind also weniger die einzelnen Themen, die eine Beschäftigung mit Sommerfelds Texten lohnenswert macht, als jene Querverbindungen, die sich in ihren Schriften ergeben und die spezifische Form, in der die Ideologie aufbereitet wird.

Sommerfeld bildet mit ihren Beiträgen ein Bindeglied zwischen rassistischer und antisemitischer Ideologie sowie dem gegenwärtigen Zeitgeist. Ihr geht es nicht um theoretische Abhandlungen, sondern um das Verknüpfen ihrer Ideologeme mit Alltagserfahrungen. Eben dort soll auch die von ihr angestrebte Veränderung der Gesellschaft ihren Ausgang nehmen. In nichtrevolutionären Zeiten spiele der private Kreis eine entscheidende Rolle im politischen Kampf. Solchen Überlegungen folgend, wundert es kaum, dass den Sozialen Medien wie auch dem Aufbereiten der Weltanschauung in Ratgeberliteratur für den eigenen Alltag eine immer wichtigere Funktion in der politischen Arbeit der Neuen Rechten zukommt. Mit der Betonung ihrer Rolle

⁴⁷ Ebd., S. 311.

⁴⁸ Zitiert nach ebd.

⁴⁹ Ebd., S. 316.

als Mutter empfiehlt Sommerfeld gleichermaßen Erziehungsratschläge für die Kinder wie für die Deutschen insgesamt. Durch Akteurinnen wie sie, die ganz bewusst ihr Privatleben in den Dienst der Ideologie stellen, soll das eigene Denken praktisch und zum gelebten Alltag werden. Am Islam fasziniert die Neue Rechte besonders die rigide Kleidervorschrift gegen Frauen, also die Materialisierung von Moral, die buchstäblich bis ins Privateste, nämlich auf die Haut der Frauen, vordringt. Gerade jene Materialisierung von Ideologie auf der Ebene des Alltags wird keineswegs allein in der politischen Rechten affirmiert. Brauns und Mathes' Verschleierte Wirklichkeit ist hierfür ein besonders eindrückliches Beispiel.

Durch den bisherigen Fokus der Forschung auf klassische, neurechte Theorieproduktion, wie etwa dem Think-Tank-Institut für Staatspolitik, entgeht ihr der Blick auf die bei Sommerfeld zutage tretende Ideologisierung des Alltags und damit ein wichtiges Element, das einerseits genutzt wird, um neue Anhängerschaft zu gewinnen, andererseits auch einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für Allianzen bildet, die die Grenzen der gewohnten, politischen Lager überwindet. Die Aussicht, durch das Ausrichten von Alltagshandlungen entlang bestimmter politischer Ideologien sich in einen höheren Sinnzusammenhang zu stellen und als Einzelner in einer imaginierten Gemeinschaft aufzugehen, birgt ein hohes Manipulationsrisiko der Menschen und eine Gefahr für die Demokratie. Die Möglichkeiten, die sich durch die Sozialen Medien in diesem Zusammenhang ergeben, scheinen die beschriebene Situation noch weiter zu verschärfen. Durch die Vernachlässigung genau dieses Aspekts besteht die Gefahr, dass Bewegungen, wie etwa die Querdenkenbewegung, die sich sowohl aus dem rechten als auch linken politischen Lager rekrutierte, in ihrer Anziehungskraft unbegriffen bleiben. In der Neuen Rechten überlässt man es insbesondere den Frauen, die politische Strategie der Ideologisierung des Alltags umzusetzen und reproduziert so lediglich das tradierte Geschlechterverhältnis, nach dem die Frau für den häuslichen Bereich wie die Erziehung zuständig ist. Frauen wie Sommerfeld nehmen somit in der Neuen Rechten eine andere Funktion ein als die Männer, als Multiplikatorinnen für die politische Ideologie sind sie aber ihren männlichen Mitstreitern keineswegs nachgeordnet. Es braucht daher eine Forschung, die endlich auch die weiblichen Akteurinnen in den Blick nimmt, ihre zahlenmäßige Randständigkeit auch innerhalb der neurechten Zusammenhänge darf dabei kein Ausschlussgrund mehr sein.

Literatur

- Braun, Christina von/Mathes, Bettina, Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen, Berlin 2007.
- Bund Freier Waldorfschulen, »Stuttgarter Erklärung«, waldorfschule.de/ueber-uns/printmedien/broschueren/erklaerungen/stuttgarter-erklaerung (letzter Abruf: 09.09.2021).
- Camus, Renaud, Revolte gegen den großen Austausch, Schnellroda 2016.
- Deutscher Bundestag, Sitzungsprotokoll vom 16.05.2018.
- Emcke, Carolin, Gegen den Hass, Frankfurt a.M. 2019.
- Engels, David, Was tun? Leben mit dem Niedergang Europas, Bad Schmiedeberg 2020.
- Frauen gegen Antisemitismus, »Der Nationalsozialismus als Extremform des Patriarchats. Zur Leugnung der Täterschaft von Frauen und zur Tabuisierung des Antisemitismus in der Auseinandersetzung mit dem NS«, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 35, 1993, S. 77–89.
- Heinsohn, Kirsten, Konservative Parteien in Deutschland 1912–1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive, Düsseldorf 2010.
- Hoffmann, Heike, »Völkische Kapitalismus-Kritik: Das Beispiel Warenhaus«, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hg.), *Handbuch zur* »Völkischen Bewegung«. 1871–1918, München 1999, S. 558–574.
- Kaufmann, Doris, Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion. Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 1988.
- Kompisch, Kathrin, Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2008.
- Kositza, Ellen, »Kopftuchmädchen«, in: Sezession, Nr. 40, Februar 2011, S. 22–26.
- Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel Pascal, Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.
- Livi, Massimiliano, Gertrud Scholtz-Klink. Die Reichsfrauenführerin. Politische Handlungsräume und Identitätsprobleme der Frauen im Nationalsozialismus am Beispiel der Führerin aller deutschen Frauen, Münster 2005.
- Lower, Wendy, Hitler's Furies. German Women in the Nazi Killing Fields, Boston 2013.
- Menzel, Felix, Alternative Politik. Ein ganzheitlicher Ansatz, Chemnitz 2017.
- Mühlenberg, Jutta, Das SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen Angehörigen der Waffen-SS 1942–1949, Hamburg 2012.

- Naghibzadeh, Fathiyeh, »Freiheit ist weder westlich noch östlich, sondern universal«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 348–360.
- Pettibone, Brittany, Jung, Weiblich, Rechts, Schnellroda 2019.
- Raspail, Jean, Das Heerlager der Heiligen, Schnellroda 2015.
- Scheck, Raffael, Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany, Oxford/New York 2004.
- Schöck-Quinteros, Eva/Streubel, Christiane (Hg.), »Ihrem Volk verantwortlich«.

 Frauen der politischen Rechten (1890–1933). Organisationen Agitationen Ideologien, Berlin 2007.
- Sommerfeld, Caroline, Selbstrettung. Unsere Siebensachen, Schnellroda 2020.
- Sommerfeld, Caroline, »Kopftuchmädchen«, *sezession.de*, 29.05.2019, sezession.de/61233 (letzter Abruf: 09.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, Wir erziehen. Zehn Grundsätze, Schnellroda 2019.
- Sommerfeld, Caroline/Lichtmesz, Martin, Mit Linken leben, Schnellroda 2017.
- Sommerfeld, Caroline, »Eine Gegenerklärung«, *sezession.de*, 30.08.2017, sezession.de/57363/eine-gegenerklarung (letzter Abruf: 09.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, »Gen(der)manipulateure«, fauxelle.wordpress.com, 03.07.2017, fauxelle.wordpress.com/2017/07/03/gendermanipulateure/ (letzter Abruf: 11.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, »Wer denkt subjektiv?«, *sezession.de*, 25.04.2017, https://sezession.de/57226 (letzter Abruf: 11.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, »Der Partikularismus des Burkinis«, *fauxelle.word-press.com*, 25.08.2016, fauxelle.wordpress.com/2016/08/25/der-partikularismus-des-burkinis/ (letzter Abruf: 09.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, »Haßpost Ein Brief an Carolin Emcke«, sezession.de, 16.12.2016, https://sezession.de/56921 (letzter Abruf: 11.09.2021).
- Sommerfeld, Caroline, »Uterusneid, Dekadenz und ein Rest von Ehre«, *fauxelle.wordpress.com*, 18.07.2016, https://fauxelle.wordpress.com/2016/07/18/uterusneid-dekadenz-und-ein-rest-von-ehre/ (letzter Abruf: 11.09.2021).
- Streubel, Christiane, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2006.
- Süchting-Hänger, Andrea, Das »Gewissen der Nation«. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002.
- Weiß, Volker, »Die Fehler der Kopistin«, in: Jungle World, Nr. 51/2019, 19.12.2019.

Wolf, Benedikt: »Stonewall hieß Angriff. Zur antiemanzipativen Wende in der Queer Theory«, in: Patsy l'Amour laLove (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017, S. 142–149.

Die jungen Gesichter der Neuen Rechten

»Identität« als Dreh- und Angelpunkt des rechten politischen Nachwuchses

Hannah Kassimi

Die »Neo-Rassisten« oder sogenannten Neuen Rechten haben viele junge – auch weibliche – VertreterInnen in ihren Reihen.¹ Sie beschränken ihre politischen Bündnisse nicht mehr allein oder vordergründig auf die nationale Ebene, sondern orientieren sich an anderen neurechten Bewegungen über die Landesgrenzen hinaus. Von Rassen wollen sie nicht mehr sprechen, stattdessen stehen Begriffe wie »Kultur« und »Identität« im Vordergrund, an denen sie die Ungleichheit von Menschen essenzialisierend festmachen möchten. Rassistische Inhalte werden so unter dem Deckmantel des Ethnopluralismus in den politischen Diskurs getragen und neu verhandelt.² Bei einer der Splittergruppen der Neuen Rechten handelt es sich um die Identitäre Bewegung (IB). Diese zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie sich als Gesicht einer »vergessenen Jugend« ausgibt.

Als Jugendbewegung hat die IB ihre Ursprünge in Frankreich. Nachdem es 2002 zur Auflösung der rechtsextremistischen Gruppe Unité Radical kam, weil sie nach dem Attentat auf Jacques Chirac für verfassungswidrig befunden wurde, initiierte deren ehemaliges Mitglied Fabrice Robert im selben Jahr den Bloc Identitaire als Ziehkind der Nouvelle Droite.³ Robert verfolgte mit der

¹ Das Verhältnis von politisch aktiven Frauen zu Männern innerhalb der Neuen Rechten liegt bei 1:10, vgl. Christian Fuchs/Paul Middelhoff, Das Netzwerk Der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 90.

² Vgl. dazu Christian Koller, Rassismus, Paderborn 2009, S. 95f.

Mathilde Forestier, »Die Identitäre Bewegung in Frankreich – Ein Porträt, Journal EXIT-Deutschland«, in: Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, Nr. 3/2014, S. 117–148. hier: S. 118f.

Gründung der Identitären Bewegung das Ziel, die Mittel des Aktivismus an das politische Klima anzupassen, um eine erneute Auflösung zu verhindern. Seither führte der Bloc vor allem medial einen symbolischen Kampf »gegen die Amerikanisierung und Islamisierung Frankreichs.«4 Es wurde das Rückbesinnen auf eine völkische Identität bzw. die »Standarte der Identität gegenüber der Gleichmacherei«⁵ gefordert. Auffällig ist dabei die ständige Betonung der Wichtigkeit von Geschichtswissen bei gleichzeitiger Geschichtsvergessenheit bzw. Verdrehung historischer Tatsachen. Ein Merkmal der Identitären ist, die europäische Historie in ihrem Sinne neu zu interpretieren und zu verzerren, um sich selbst als ehrenhafte Widerstandskämpfer und Wahrer der Zivilisation zu stilisieren. 6 Mittlerweile gibt es europaweit vernetzte IB-Splittergruppen. Nachdem die »Identitäre Generation«, eine Untergruppe des Bloc Identitaire, es 2012 mit einer ihrer Aktionen – dem Besetzen einer Moschee in Poitiers – schaffte, über die nationalen Grenzen hinaus Aufmerksamkeit zu generieren⁷, fing auch Martin Sellner an, sich mit den Identitären, ihren Inhalten und der Form ihres Aktivismus, auseinanderzusetzen. Kurz darauf gründete er zusammen mit Alexander Markovics und Patrick Lenart die Identitäre Bewegung Österreich.

Sellner, geboren 1989 und aufgewachsen im Kurort Baden bei Wien, ist seither zu ihrem Redeführer avanciert. Als Sohn eines passionierten Homöopathen fand er relativ früh seinen Weg ins rechte Milieu. Als Jugendlicher war er zunächst Teil der neonazistischen Szene rund um Gottfried Küssel⁹, trat aus dieser jedoch wieder aus. Im Studium war er Mitglied der rechtsextremen Wiener Burschenschaft Olympia. Mittlerweile ist er in unterschiedlichen Fraktionen der Neuen Rechten in Österreich und Deutschland aktiv¹¹, wobei

⁴ Ebd., S. 121.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., S. 120f.

⁷ Ebd., S. 119.

⁸ Christian Fuchs/Paul Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten, S. 12f.

⁹ Simon Cox/Anna Meisel, »Martin Sellner: The new face of the far right in Europe«, BBC.com, 20.09.2018, https://www.bbc.com/news/stories-45572411 (letzter Abruf: 25.08.2022)

¹⁰ Ivo Mijnssen, »Österreichs Freiheitliche sind eng mit den Identitären verbandelt – wie ernst ist es ihnen mit dem Bruch?«, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.04.2019.

¹¹ Helmut Kellershohn, »»Es geht um Einfluss auf die Köpfe« – Das Institut für Staatspolitik«, bpd.de, https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik/ (letzter Abruf: 31.12.2021); Patrick Stegemann/Sören Musyal, »Die rechte

er sich in seinem eigenen Aktivismus zwar theoretisch klar von neonazistischen Gruppen abgrenzt, aber dennoch keine Berührungsängste hat, wenn es um das Erreichen gemeinsamer Ziele geht. Sich selbst versteht Sellner und die Identitären als schmissige Jungintellektuellen, welche im Gegensatz zur »alten Rechten« die Mittel der (Neuen) Linken, vor allem aber die Sozialen Medien für ihre eigenen Anliegen zu nutzen wissen.

Nicht ohne Grund versucht Sellner im Schlusswort der Identitären-Fibel Kontrakultur vor allem der dem Bildungsbürgertum nahestehenden jugendlichen Klientel das Eintreten in die IB schmackhaft zu machen. Indem er deutlich hervorhebt, dass er sich mit seinen politischen Botschaften vordergründig an Künstler, Verleger und Autoren wendet, grenzt er sich im selben Atemzug klar von dem gängigen Stereotyp eines rechtsradikalen »Haudrauf-Hooligans« ab. Auch sein Bachelor-Abschluss in Philosophie passt ins elitäre Selbstbild. 12 Dass Sellner sein Zweitstudium in Rechtswissenschaften verpatzte¹³, mag ihn motiviert haben, seine Not zur Tugend zu machen und sich selbst eher als »unorthodoxen Underdog« denn als gescheiterten »Taugenichts« zu verkaufen, für den er wohl von manchen Altrechten gehalten werden dürfte. Obwohl seine Vorstellungen nicht durchweg inkompatibel mit den vormaligen Inhalten vieler Rechter sind, ist es vor allem die Form seines Aktivismus und die Art der Selbstinszenierung, die ihn von einem klassischen Neonazi unterscheidet. Gleichwohl orientieren sich die Identitären in Österreich und Deutschland an der Konservativen Revolution und ihren Vertretern wie etwa Ernst Jünger oder Arthur Moeller. Auch wenn eine theoretische sowie aktivistische Distinktion zwischen (neo-)nationalsozialistischen und (neo-)faschistischen Bewegungen wie der Identitären auszumachen ist14, stehen sich die unterschiedlichen Splittergruppen doch meist sehr nahe, wenn nicht gar freundschaftlich gegenüber. Sie scheinen jedenfalls oft nachsichtig zu sein, wenn sie

Mobilmachung. Wo radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen«, Berlin 2020, S. 212.

¹² Andreas Speit, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida, Zürich 2016, S. 169.

¹³ Daniel Erk, »Martin Sellner hört Hip-Hop und hasst den Islam«, in: ZEIT Campus, Nr. 5/2017, 05.10.2017.

¹⁴ Kathrin Glösel/Natascha Strobl/Julian Bruns, Die Identitären, Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Münster 2017, S. 286f.

die »Verfehlungen« der jeweils anderen Gruppe kritisieren.¹⁵ Was die IB jedoch besonders hervorstechen lässt, ist ihr Versiertheit bezüglich der Sozialen Medien, womit es ihnen leichter fällt, die eigenen Botschaften bundesweit einem jüngeren Publikum zuzuführen.¹⁶ Doch warum sind die Botschaften der Identitären für einige Jugendliche interessant?

Medial wird die Frage »Was bewegt die Jugend?« häufig recht einseitig behandelt. Es wird ein Bild vermittelt, welches suggeriert, dass sich die jungen Leute dieser Tage vor allem für den Klimaschutz interessierten. Fridays for Future (FFF) scheint eine zuvor eher als unpolitisch geltende Jugend zum politischen Engagement bewegt zu haben. 17 Diese Beobachtung gilt jedoch nur für etwa die Hälfte der Jugendlichen. Nicht alle jungen Erwachsenen fühlen sich in ihren Interessen bei FFF repräsentiert. Die Wahlergebnisse von 2021 zeigten, dass ein großer Anteil der Erstwähler für die FDP gestimmt hat. 18 Das löste bei vielen ungläubiges Unverständnis aus. Durch die mediale Aufbereitung und einseitige Berichterstattung ging man selbstverständlich davon aus, dass die Mehrheit der Erstwähler für die Grünen stimmen würden. Es ist wahr, viele jungen Leute haben sich den Fridays-for-Future-Protesten angeschlossen. Doch das Thema polarisiert stark. Ebenso polarisieren andere Schwerpunkte der Grünen. Nicht alle jungen Menschen sehen sich und ihre Anliegen dort vertreten.

Die meisten Jugendlichen sind gestresst und suggestibel. Durch die pausenlose Bombardierung mit Werbebotschaften wird ihnen fast ununter-

-

Vgl. das Streitgespräch von Martin Sellner mit Walter Spatz über Heidegger und die Bewertung des Nationalsozialismus, Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2016.

¹⁶ Traditionell versuchen Rechte – meist mittels Jugendarbeit vor Ort – über einzelne Träger neonazistische Propaganda zu schüren. Sellner benutzte jedoch vor allem seinen YouTube-Kanal, um seine politischen Botschaften zu verbreiten.

¹⁷ Vgl. Mathias Albert im Gespräch mit Julius Stucke, »So tickt die Generation Fridays for Future«, Deutschlandfunk-Kultur-Beitrag, 22.10.2020; Markus Spiske, »Generation Greta: Fridays For Future hat die Jugend bewegt«, in: change – das Magazin der Bertelsmann Stiftung, 13.08.2019; Sebastian Haunss/Moritz Sommer (Hg.), Fridays For Future – die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020.

¹⁸ Corinna Budras, »Warum so viele Erstwähler für die FDP stimmten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.2021.

brochen ein defizitäres Gefühl vermittelt.¹⁹ Tendenziell leiden junge Menschen deswegen besonders stark an der zunehmenden Atomisierung und daraus entstehenden Gefühlen der Isolation. Einsamkeit und Ohnmacht. Diese Gefühle münden nicht selten in Identitätskrisen und dem Aushilden von Ressentiments als Projektionsleistung, wobei das eigene, als defizitär wahrgenommene Selbst von sich abgespalten und auf andere projiziert wird. Einige reagieren darauf mit einer resoluten Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse, wobei die empfundene Unzulänglichkeit als persönliches Unglück oder Versagen gewertet wird. Andere fühlen sich besonders stark von Bewegungen angesprochen, die ein Gemeinschaftsgefühl vermitteln und mit dem Stiften einer (krisenfesten) Identität werben. Das gilt sowohl für rechte als auch linke Jugendbewegungen. Die Identitäre Bewegung zentriert ihre Parolen dabei um die Begriffe Heimat, Freiheit und Tradition. Es geht ihnen allerdings weniger darum, bestimmte Inhalte mit diesen Begriffen zu verknüpfen, sondern damit verbundene Gefühle und Sehnsüchte zu entfachen und zu instrumentalisieren: »Die Identitären nutzen - mit Schlagworten wie »Heimat« und »Tradition« - den Wertkonservativmus junger Erwachsener, ihre Sehnsucht nach finanziellem Überleben und sozialer Stabilität [...]«²⁰

Dass der autoritäre Charakter mittlerweile wieder stärker ausgeprägt wird, ist wohl auf einen Vergesellschaftungsprozess zurückzuführen, der immer perfidere Formen annimmt. Einerseits wird dem Individuum ständig suggeriert, seine Individualität unter Beweis zu stellen, und andererseits wird ihm noch der letzte Rest an Besonderheit in Form von zwischenmenschlichen Beziehungen ausgetrieben. Das Identitätsangebot ist so überwältigend, der Flexibilisierungsimpetus so überfordernd, dass sich häufig nach einfachen, klar definierten, direkt auszumachenden hierarchischen Strukturen (zurück-)gesehnt wird, denen man sich zwar unterordnen muss, aber in denen wenigstens zeitweise das Gefühl des Isoliertseins überwunden werden kann. Das Gefühl in einem großen, starken »Wir« aufzugehen, ist verlockend. Dadurch werden die eigenen Ressentiments bestätigt und es wird das vermittelte sowie empfundene Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit auf andere projiziert. Diese Art der Verarbeitung ist freilich leichter, als einen konstruktiven und reflektierten Umgang mit diesen Emotionen zu finden. Ehedem kritisierte

¹⁹ Vgl. Nadja Enke/Benjamin Bigl/Markus Schubert/Martin Welker, Studie zu Werbepraktiken und direkten Kaufappellen an Kinder in sozialen Medien. Ein Forschungsprojekt im Auftrag der KJM, o. O. 2021, S. 5f.

²⁰ Kathrin Glösel/Natascha Strobl/Julian Bruns, Die Identitären, S. 291.

Werte wie Disziplin und Unterordnung haben dadurch wieder an Attraktivität gewonnen, und diese Entwicklung lässt sich eben nicht mit einer simplen Gegenüberstellung von »Verlierern« vs. »Gewinnern« des Systems erklären. Vor allem lassen die momentanen, gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht den Schluss zu, dass es ein Kampf zwischen den »Jungen« und »Alten« ist, wobei die Jungen mit »progressiven Werten« und die Alten mit »überholten Weltbildern« identifiziert werden könnten.

Identitätskrisen

Wie der Name erahnen lässt, steht der Begriff der »Identität« im Vordergrund der Identitären Bewegung. Im Alltagsverständnis wird dieser Begriff oftmals als Schlagwort ohne weitere Reflexion über dessen Inhalt und der Genese verwendet. Der Terminus selbst und seine Bedeutung für die postmoderne Gesellschaft ist, wie die semantische Herkunft schon erahnen lässt, eng mit der Geschichte und der Dialektik der Aufklärung verknüpft. Aufklärung meint dabei den Prozess der programmatischen Setzung der Menschen als vernünftige Individuen und die Ablösung von unmittelbarer, gewaltvoller Unterdrückung zu vermittelter Herrschaft des Kapitals. Sie markiert den Punkt, an dem jegliche religiöse Weltanschauung, insbesondere die christliche, infrage gestellt wurde und somit keine sichere Orientierungsbasis mehr bieten konnte: »Individualität wurde jetzt bestimmt als autonome und mit sich selbst identische Subjektivität gegen die Angst des Bewußtseins, zu zerfließen und sich aufzulösen«, wie Joachim Weiner einmal bemerkte.²¹ Das Subjekt der Aufklärung setzte sich als vernünftige, autonome Entität und grenzte sich im selben Zug von der Natur ab. Doch genau wie dem Begriff der Aufklärung ist auch dem der Identität ein dialektischer Charakter zu eigen: Das Moment der Befreiung droht immer in sein Gegenteiliges zu verkehren. Für Adorno hat das Identitätsprinzip deswegen nicht zufällig Eingang in das Denken gefunden, sondern stellt ein Abbild gesellschaftlicher Verhältnisse dar. Das Tauschprinzip gilt nicht nur in der politischen Ökonomie, sondern herrscht als sozialstrukturierendes Moment auf allen gesellschaftlichen Ebenen und ist damit auch konstitutiv für den Identitätsbegriff. Fabrizio Moser fasst dies folgendermaßen: »Indem sowohl in der Realität als auch in der Theorie eine zwanghafte

²¹ Joachim Weiner, Ästhetik und Identität. Philosophische Texte und Studien, Hildesheim 1983, S. 15.

Synthese von Allgemeinem und Besonderem stattfindet und somit eine Identität postuliert wird, entsteht die Ideologie einer versöhnten Gesellschaft.«²² Die neuzeitlich begründete Vernunft erträgt aufgrund ihrer narzisstischen Struktur nichts, was wesentlich anders als sie selbst ist; der unersättliche Drang zur vollkommenen Inbesitznahme der Welt ist Resultat dieses Rationalitätsverständnisses.²³ Diese Entwicklungen sind ausschlaggebend für eine überaus spezifische Tendenz in der Subjektkonstitution. »Als Teil der Kulturentwicklung konstatiert Freud eine Entwicklung der menschlichen Seele, mit der die Verinnerlichung der äußeren Kulturvorschriften einhergeht.«²⁴

Gleichwohl unterscheiden sich die Ausprägungen dieser Tendenzen zeithistorisch erheblich. Peter Samol deutet sie als Effekte des »Neoliberalismus« (womit die Wende vom Wohlfahrtskapitalismus im Keynes'schen Sinne zum »Rückbau« des Sozialsystems gemeint ist), Luc Boltanski und Ève Chiapello wiederum sehen einen »neuen Geist des Kapitalismus« am Werk. 25 Der Neoliberalismus, so Samol, erfordert aufgrund der sich immer stärker ausprägenden Flexibilisierungsprozesse eine andere Form der Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse. So kam Adorno in seinen Untersuchungen über die Entwicklung antisemitischer Ressentiments zu dem Schluss, dass der »autoritäre Charakter« eine Besonderheit des fordistischen Systems war, welches bis in die 1960er-Jahre hinein vorherrschte. 26 Den autoritären Charakter bedinge vor allem eine weitgehende Triebunterdrückung und letztlich, wie von Lukács anhand des Taylorismus beschrieben²⁷, eine Unterordnung des Menschen unter die Maschine, d.h. unter standardisierte Produktionsabläufe in einer Arbeitswelt, welche von starren, lebenslangen Berufsrollen sowie von Arbeitsplätzen geprägt war, die ebenfalls ein Leben lang von den gleichen Personen

²² Fabrizio Moser, Subjekt – Objekt – Intersubjektivität. Eine Untersuchung zur erkenntnistheoretischen Subjekt-Objekt-Dialektik Hegels und Adornos mit einem Ausblick auf das Intersubjektivitätsparadigma Habermas', Berlin 2012, S. 105.

²³ Vgl. Joachim Weiner, Ästhetik und Identität, S. 18; Theodor W. Adorno, »Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie«, in: ders., Soziologische Schriften, Band 1, Frankfurt a.M. 1979, S. 42–85, hier: S. 54.

²⁴ Herbert Will, »Die Zukunft einer Illusion (1927)«, in: Hans-Martin-Lohmann/Joachim Pfeiffer (Hg.), Freud-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar 2013, S. 174–177, hier: S. 174.

²⁵ Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.

²⁶ Vgl. Peter Samol, »All the lonely people. Narzissmus als adaquate Subjektform des Kapitalismus«, in: krisis – Kritik der Warengesellschaft, Nr. 4/2016, S. 34.

²⁷ Vgl. Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewusstsein, Bielefeld 2013, S. 100.

besetzt wurden. Weder Kreativität noch Eigeninitiative wurden von Arbeitern gefordert, geschweige denn gefördert. Deswegen war die konventionelle Ausprägung des autoritären Charakters auch, »von Anfang an die überwältigende Überlegenheit des Bestehenden über das Individuum und seine Interessen anzuerkennen und sich als Anhängsel der Maschinerie einzuordnen«, wie Adorno betont ²⁸

Nach Samol stellte der autoritäre Charakter nur eine Unterform des Narzissmus dar. ²⁹ Er verweist auf Karl-Heinz Lewed, freier Autor und Redakteur der postmarxistischen Zeitschrift *krisis*, welcher der bürgerlichen Subjektivität zwei Zustände attestiert: zum einen ein Ohnmachtsgefühl angesichts der Fremdbestimmtheit der eigenen Existenz (autoritärer Charakter), zum anderen eine Allmachtsfantasie (des Größen-Selbst), welche sich in der Illusion absoluter Freiheit, Unabhängigkeit und Unbedingtheit widerspiegle. ³⁰ Dem autoritären Charakter gelinge die Überwindung des Ohnmachtsgefühls über die Externalisierung und Übertragung des Größen-Selbst auf Autoritäten. Es kommt zur Imagination schein-konkreter Großsubjekte – *die* Nation, *das* Volk –, welche der Abstraktheit bürgerlicher Verhältnisse entgegengesetzt werden. Die befriedigende Triebabfuhr erfolgt über die Identifikation mit dem Aggressor. ³¹

Diese Groß-Subjekte stellen für den autoritären Charakter Allmachtsinstanzen dar, welche vor Vollkommenheit und Stärke nur so strotzen, mit denen sich undifferenziert solidarisch gefühlt und eine Verbundenheit imaginiert wird. Alle menschlichen Eigenschaften, die der autoritäre Charakter bei sich selber zu verleugnen lernen musste (Emotionalität, Arbeitsunlust etc.), wirft er einem imaginierten Kollektiv (das sich z.B. durch Armut, Unangepasstheit oder Migration auszeichnen kann) vor. 32 So wird der Kampf gegen das »Feindkollekiv« ein Stellvertreterkampf gegen die »negativen« Eigenschaften bei sich selbst. Übrig bleiben bei sich die als positiv gewerteten Eigenschaften von Durchhaltevermögen, uneingeschränkter Gehorsamkeit gegenüber

²⁸ Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1973, S. 319.

²⁹ Vgl. Peter Samol, »All the lonely people«, S. 35.

³⁰ Karl-Heinz Lewed, »Schopenhauer on the Rocks. Über die Perspektiven postmoderner M\u00e4nnlichkeit«, in: krisis – Kritik der Warengesellschaft, Nr. 29, 2005, S. 100–142, hier: S. 131.

³¹ Vgl. Peter Samol, »All the lonely people«, S. 35.

³² Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, S. 238.

Vorgesetzten und Selbstbeherrschung. Durch den in Westdeutschland zu verzeichnenden Wirtschaftsboom der 1950er-Jahre und die Transformierung in einen kapitalistischen Wohlfahrtsstaat, der den Menschen trotz Ausbeutung einen größeren materiellen Wohlstand bescherte, erodierte der autoritäre Charakter, da es vor allem jungen Menschen nicht ersichtlich erschien, sich ein Leben lang restriktiver Disziplinierung zu unterwerfen. Dies führte zu einem Wechsel von Disziplin fordernden zu lustbetonten Werten, welche durch die Wachstumsdynamik des Kapitals verstärkt wurde. Wo Boltanski und Chiapello von einer »Desorganisation der Produktion« als rebellischen Akt und Form des Protests im Sinne der Künstlerkritik sprechen³³, wird dasselbe von Samol als logische Konsequenz von materiellem Wohlstand gewertet. Die Industrie reagierte auf Absatzeinbrüche, indem sie erfolgreich den Absatz der Waren durch den massenhaften Einsatz von Werbung zu steigern versuchte. Die Produktion wurde in ärmere Länder verlagert. Im Vordergrund des kapitalistischen Zentrums stand nun nicht mehr die Obrigkeitshörigkeit, sondern der Konsum: »Traditionelle Hemmungen in den Köpfen der Menschen -Sparsamkeit, Genügsamkeit sowie eine allgemeine Aversion, Schulden zu machen - mussten beseitigt und durch hedonistische Motive ausgetauscht werden«.34 Der neuerweckte konsumistische Sozialisationstypus sollte zum Arbeiten animiert werden, indem die Bestätigung des eigenen Werts über Konsumgüter in Aussicht gestellt wurde.

Entgegen der von Ronald Ingelhart entworfenen These, dass es in den Köpfen junger Menschen im Zuge der 68er-Bewegung einen Wandel von materialistischen Werten zu postmaterialistischen Werten gegeben hätte, entpuppte sich die Forderung nach individueller Selbstbestimmung vor allem als Wertschätzung wirtschaftlicher Autonomie. Dadurch wurde keineswegs die Wichtigkeit von »solidarischen Lebenszusammenhängen« und basisdemokratisch-sozialistischen Institutionen betont, denn Geld und wirtschaftlicher Erfolg verloren nicht an Bedeutung. Vielmehr nahm die Identifikation mit der Arbeit, ergo mit Einkommen und Ökonomie, zu. 35 Entgegen der von Boltanski und Chiapello postulierten Kontaktverarmung durch mangelnde Mobilitätsmöglichkeiten hatte die zunehmende Flexibilität und Mobilität der Akteure eher zur Folge, dass jegliches Beziehungsgeflecht – seien

³³ Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, S. 220.

³⁴ Peter Samol, »All the lonely people«, S. 35.

³⁵ Vgl. ebd., S. 38.

³⁶ Vgl. Luc Boltanski/Ève Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus, S. 399f.

es Liebesbeziehungen oder Freundschaften - zu Partnerschaften auf Zeit degenerierten oder zu »Netzwerken«, die vor allem dazu dienen, sich einen möglichst großen Pool an Kontaktmöglichkeiten offenzuhalten. Dadurch findet aber keine tatsächliche Kontaktvertiefung statt, sondern eine Isolierung und Vereinsamung. Die Subjekte wurden zu anpassungsbereiten Blendern, welche keine starken Bindungen mehr eingehen können und – sowohl bei sich selbst als auch bei anderen – nur noch an der Oberfläche verweilen. Dadurch setzte sich auch in vielen anderen Bereichen ein stupider Formalismus durch, denn Inhalte verloren zusehends an Bedeutung. Waren die meisten Menschen zuvor noch an eine restriktive aber stabile, soziale Rolle gebunden, die ihnen ihre Identität aufzwang, so nötigen die Flexibilisierungsprozesse sie heute dazu eine »Patchwork-Identität«37 anzunehmen. Fiel die Anerkennung der Identität zuvor noch automatisch mit der Erfüllung der sozialen Rolle in eins, muss nun unaufhörlich um die Anerkennung der patchworkartigen Identität gerungen werden: Sie muss erworben werden. Statt des postmateriellen Sozialisationstypus setzte sich also ein Sozialisationstypus durch, welcher seinen narzisstischen Anteil nicht mehr »hinter dem Ödipalen« verbirgt, sondern diesen für die tägliche Arbeit mobilisierte.

Was sich im Zuge der 68er-Bewegung also tatsächlich ereignete, war keinesfalls »der Anfang vom Ende der Unterwerfung der kapitalistischen Zwänge«³⁸ – stattdessen wurde die Monadenhaftigkeit der Privatproduzenten »ins Extrem getrieben und zugleich fälschlich als Inbegriff persönlicher Freiheit aufgefasst«³⁹, wie Samol konstatiert. »Aus der Formkonstituiertheit der entfremdeten Einzelwillen wurde »das Recht auf Selbstbestimmung«⁴⁰ – was letztlich nicht zu einer Verringerung oder gar Überwindung der ökonomischen Zwänge führte, sondern vielmehr dazu, dass diese externen Zwänge nicht mehr als solche wahrgenommen und verstärkt internalisiert wurden. Nicht das Klassensystem im herkömmlichen Sinne (in dem die Bourgeoise dem Proletariat gegenübersteht) hat sich aufgelöst, sondern das Bewusstsein darüber, dass es dieses antagonistische Klassenverhältnis immer noch gibt.

³⁷ Vgl. Heiner Keupp, »Diskursarena Identität: Lernprozesse in der Identitätsforschung. Eine Einleitung«, in: ders./Renate Höfer (Hg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M. 1997, S. 11–39, hier: S. 12f.

³⁸ Peter Samol, »All the lonely people«, S. 40.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Karl-Heinz Lewed, »Schopenhauer on the Rocks«, S. 104.

Ob bürgerlich oder proletarisch, ist das Bewusstsein für die Beschaffenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse nur mehr und mehr geschwunden.

Es ist wichtig zu begreifen, dass beide Formen der zuvor beschriebenen Sozialisationstypen, also sowohl der autoritäre Charakter als auch der konsumistisch-narzisstische Sozialisationstyp, klassenübergreifend im Bewusstsein der Individuen zu finden sind. Diese Erkenntnis ist deswegen entscheidend, weil sie gesellschaftlichen Konflikten konziser auf den Grund zu gehen vermag als Ansätze, welche die Etablierung einer Neuen Rechten als letztes Aufbegehren einer längst überholten Generation von alten, weißen Männern werten.

Der Rückbau einer sozialeren hin zu einer deregulierten Marktwirtschaft sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors beförderte zusehends mehr Menschen in prekäre Verhältnisse und sorgte gleichzeitig dafür, dass staatliche Leistungen nur unter erschwerten Bedingungen in Anspruch genommen werden konnten. Manche AutorInnen, die Kritik an dem Erstarken rechter Lager üben, sparen diese Entwicklungen in ihren Analysen aus oder relativieren diese in hohem Maße. Sie neigen dazu, das, was die Neue Rechte an Kritik veräußert, gänzlich zu verwerfen und setzen sich selten ernsthaft und (selbst-)kritisch mit den (teilweise) verhandelbaren Inhalten auseinander. Die Neuen Rechten sind nicht der Grund für einen politischen Regress. Sie machen sich diesen lediglich zunutze und treiben ihn weiter auf die Spitze.

Alte Rechte, Neue Rechte

Der Kopf der österreichischen Identitären, Martin Sellner, publizierte 2016 zusammen mit seinem deutschen Counterpart, Walter Spatz, in Götz Kubitscheks Verlag Antaios ein Gespräch über Heidegger, dessen aktuelle Relevanz sie für die Neuen Rechten herausstellen wollten. Dabei wird schnell deutlich, dass Sellner und Spatz sehr unterschiedliche Auffassungen haben, wie der Philosoph bezüglich seiner Rolle als Nationalsozialist zu bewerten sei, ob man sich vom Nationalsozialismus abgrenzen sollte und welche Methoden man unabhängig von Heidegger für sich, als (Neue) Rechte fruchtbar machen will. Spatz kann als Repräsentant der »alten« Rechten begriffen werden, welcher sich eben nicht in jedweder Hinsicht vom »Dritten Reich« abgrenzen möchte und dementsprechend dafür plädiert, dass man sich auch als neurechte Bewegung in Deutschland vor allem an nationalsozialistischen Vorstellungen

zu orientieren und die politischen Kämpfe vor allem auf nationaler Ebene zu führen habe.

Dieser Auffassung widerspricht Sellner vehement. Er will die Neue Rechte (und auch Heidegger, den er für den »letzten deutschen Großdenker«41 hält) sowohl inhaltlich als auch methodisch klar vom Nationalsozialismus abgrenzen. Die Neue Rechte müsse, so Sellner, die »Essenz der nationalsozialistischen Irrlehren«⁴² abwerfen und sich stattdessen an einem »›kühleren« Faschismus«43 orientieren. Als Irrlehren des NS definiert Sellner zum einen dessen »Auserwähltheitswahn und Nationalismus« und kreidet zum anderen den Vernichtungsantisemitismus an, also die »Personalisierung der Moderne und Seinsgeschichte in bestimmten Akteuren«. Des Weiteren macht er ihnen das Beginnen des Zweiten Weltkriegs als erzwungene »› Erringung‹ des Ereignisses« zum Vorwurf. Heideggers eigentliche Philosophie ginge schließlich über jede »Kulturalisierung und Personalisierung, über jeden Tatkult und jede Willensmetaphysik weit hinaus« und stehe »im diametralen Widerspruch zu diesen Irrwegen.«44 Stattdessen gelte es, »gegen die unmittelbaren Folgen des Ge-stells (Individualismus, Egalitarismus, Universalismus, Progressivismus - kurz: den neuzeitlichen Subjektivismus)«45 zu kämpfen, was wiederum an »eine ethnopluralistische Achtung des Anderen«⁴⁶ geknüpft sei. Sellner meint mit einem »neuzeitlichen Subjektivismus« die Idee, dass eine Volkszugehörigkeit eben nicht mehr schicksalhaft sein muss, sondern die Möglichkeit der Emanzipation von dieser in Aussicht gestellt wird. Er kritisiert an dieser Stelle also eben nicht einen Subjektivismus, wie sie die Poststrukturalisten forcieren, sondern die Idee des Universalismus, also explizit die Ideale der Aufklärung. Gleichzeitig werden ebenjene zuvor beschriebenen ganz und gar undemokratischen Tendenzen, wie etwa das Erteilen von Sprechverboten zu Markenzeichen demokratischer Gesellschaften verklärt. Deswegen müsse man den »engen und immer engeren Rahmen des Sag- und Denkbaren [...], den uns dieser materialistische, universalistische Zeitgeist vorgibt«⁴⁷, sprengen, um »kulturelle Vielfalt« zu erhalten. So habe jeder Staat einen

⁴¹ Martin Sellner, Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2016, S. 5.

⁴² Ebd., S. 65.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 84.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd., S. 45.

»einzigartigen Volkscharakter«, der zwar einerseits zur Vielfalt der Welt, aber andererseits auch auf eine jeweils ganz eigene Weise zum von Sellner beschworenen Verfall Europas beigetragen hätte. Damit habe auch jedes Volk seine eigene »seinsgeschichtliche Aufgabe in der Wiedergeburt« Europas. 48 Es müsse eben nicht nur die deutsche Kultur erhalten, sondern generell die »Planwalze des Ge-stells und [die Verwirklichung des] westlichen Einheitsmenschen«49 aufgehalten werden. Sellner wittert in der momentanen politischen Situation und den Globalisierungsprozessen eine Chance für die Neuen Rechten, gar eine »historische Aufgabe«, einen »Ausbruch aus der Gleichgültigkeit des Posthistoire«. 50 Sich dieser Aufgabe zu widmen, ist ihm zufolge die »vielleicht letzte Chance auf ein sinnhaftes Leben.«⁵¹ Die Aufgabe der Neuen Rechten sei also vor allem, »Lebenssinn« zu stiften⁵², die vermeintliche Schicksalhaftigkeit der Volkszugehörigkeit anzuerkennen und den Kampf gegen das »Ge-stell« (sprich: gegen Universalismus, Individualismus und Egalitarismus) als »Berufung« zu begreifen.53 Sellner will das »unzivilisierbare, urdeutsche Fieber« aus »germanischen Urwäldern« auslösen bzw. »regenerieren«.54

Um dieses Ziel zu erreichen, so schreibt er in seiner 2017 erschienenen Schrift *Identitär!* – der *Geschichte eines Aufbruchs* – müsse man sich am politischen Aktionismus der Linken orientieren. Die Neue Rechte müsse »metapolitisch« im Sinne Gramscis ansetzen, wenn sie die reale Politik verändern wolle. ⁵⁵ Es gelte, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und vor allem symbolische Kämpfe zu führen.

Sellner analysiert daraufhin treffend, dass im politischen Diskurs wenig Wert auf die besseren Argumente gelegt, sondern moralisierend und Emotionen mobilisierend um die öffentliche Meinung gerungen werde. ⁵⁶ Seine Kritik an einem »sanften Totalitarismus«⁵⁷ ist freilich nicht darum bedacht, solchen sich klar abzeichnenden Tendenzen aufklärend entgegenzuwirken, sondern

⁴⁸ Ebd., S. 94.

⁴⁹ Ebd., S. 85.

⁵⁰ Ebd., S. 88.

⁵¹ Ebd., S. 8.

⁵² Ebd., S. 95.

⁵³ Ebd., S. 84.

⁵⁴ Ebd., S. 90.

⁵⁵ Martin Sellner, Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, Schnellroda 2018, S. 99f.

⁵⁶ Ebd., S. 109.

⁵⁷ Ebd., S. 100.

sich diese vielmehr zunutze zu machen. Dafür habe er, wie er selbst schreibt, sogar seine Technikverdrossenheit überwunden und gelernt, wie er die neuen Medien für seine Zwecke instrumentalisieren könne. Mit der Etablierung einer Präsenz der Identitären auf diversen Social-Media-Plattformen sowie der digitalen Vernetzung der Neuen Rechten sei es ihm gelungen, eine »Gegenöffentlichkeit« einzurichten, um von dort aus alt-rechte wie neurechte Propaganda zu betreiben.⁵⁸ Diese besagt, dass der Pfad der »reinen Fakten« verlassen werden müsse, um »diesen Emo-Krieg« »der Linken« zu gewinnen, weswegen es »viel dringender« eine moralische Rechtfertigung rechter Positionen als »einen Beweis ihrer faktischen Richtigkeit« bräuchte.⁵⁹ Eine solche moralische Rechtfertigung müsse sich über das Erzählen »persönlicher Geschichten« und das Zeigen »junger Gesichter« ergeben, mit denen sich andere mitfühlend identifizieren könnten. Dafür gelte es vor allem, Deutsche einer jüngeren Generation zu mobilisieren, die von Sellner zu einer »Minderheit im eigenen Land« stilisiert werden. Ihm zufolge handle es sich um eine »vergessene Jugend« - selbstredend »ohne Migrationshintergrund« - deren Gefühle und Gedanken, »Sorgen und Ängste, Sehnsüchte und Hoffnungen« nun in der neurechten Bewegung durch die Identitären endlich ein Sprachrohr finden sollen 60

Dabei beruft sich Sellner auf die Persuasionsforschung, die zum Ergebnis gekommen sei, »daß emotionale Überzeugung durch Geschichten weit effizienter und erfolgreicher ist als die pure Aufzählung von Daten und Fakten.«⁶¹ Diesen Umstand müsse man sich als Neue Rechte politisch zunutze machen, da man eben eine Minderheit sei und gegen die »fremde Jugendkultur«, welche »längst den öffentlichen Raum« beherrsche, nicht anders ankäme.⁶² So fehle es schlichtweg an einem »Überschuß oder zumindest einer starken Substanz an jungen Männern.«⁶³ Der offene »Kampf um die Straße«⁶⁴ sei deswegen verloren:

»Dynamik, Kraft, Dominanz und Eroberungswille finden sich fast nur bei migrantischen Jugendlichen. Sie wachsen in Familien mit vielen Brüdern auf

⁵⁸ Ebd., S. 216f.

⁵⁹ Ebd., S. 218.

⁶⁰ Ebd., S. 219.

⁶¹ Ebd., S. 220f.

⁶² Ebd., S. 237.

⁶³ Ebd., S. 240.

⁶⁴ Ebd., S. 237.

meist engem Raum auf. Dieser demographische Überdruck, das familiäre Gemeinschaftsgefühl und nicht zuletzt eine unbelastete nationale Identität machen sie uns klar überlegen. 65

Aus diesem Grund müsse »aller Zorn, alle Energie und aller jugendlicher Eroberungswille« auf metapolitische Anliegen gerichtet werden. Das oberste Ziel ist also, die öffentliche Meinung maßgeblich zu beeinflussen, wobei explizit nicht der Staat mit seinen Vertretern – Polizei, Armee und Gerichtsbarkeit – als Gegner anvisiert werden soll⁶⁶, sondern die »links dominierte Metapolitik, die diesen Staat gelähmt«⁶⁷ habe. Die Neue Rechte könne somit zwar nicht eine »dynamische Massenbewegung« anstiften, »aber sehr wohl eine »metapolitische Spezialeinheit« bilden.«⁶⁸

In der 2017 ebenfalls im Antaios-Verlag erschienen Identitären-Fibel Kontrakultur findet sich ein Nachwort von Sellner, in dem er »tausende Jugendliche in ganz Europa« – und zwar »aus allen Subkulturen und Schichten« – beschwört, sich »diesen metapolitischen Piraten« alias den Identitären anzuschließen, um so eine »Gegenkultur« zu schaffen. Dabei scheint er vor allem solche Jugendliche anwerben zu wollen, die dem identitären Selbstbild eines kreativen Avantgardisten entsprechen und aus diesem Grund ausschließlich als »hipp« geltenden Beschäftigungen nachgehen sollen: »Egal, ob als Aktivist, als Autor, als Musiker, Verleger, Cafébetreiber, Blogger, freier Modedesigner, Tätowierer oder Filmemacher: Du kannst, Du sollst, Du mußt zur identitären Gegenkultur beitragen!«⁶⁹

Hier wird also ganz konkret um (vor allem männliche) Jugendliche geworben, die sich aufgrund ihres Alters und verschärft durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Identitätskrisen befinden. Das Gefühl der Ohnmacht, gepaart mit dem Ressentiment und dem Neid gegenüber vermeintlich potenteren Gegenspielern »mit Migrationshintergrund«, kulminiere im Bedürfnis, ebenfalls Teil einer »starken Gruppe« zu sein. Wilhelm Reich begriff eine derartige psychische Struktur als Ergebnis einer bestimmten »wirtschaftliche[n] und se-

⁶⁵ Ebd., S. 239.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 242.

⁶⁷ Ebd., S. 240f.

⁶⁸ Ebd., S. 242.

⁶⁹ Martin Sellner im Nachwort zu Mario Müller (Hg.), Kontrakultur, Schnellroda 2017, S. 330–335, hier: S. 333.

xualökonomische[n] Situation«, welche sich aus einer kapitalistischen Gesellschaft ergibt, sodass Individuen dahingehend prädisponiert sind.⁷⁰

Jugendliche Interessen und Erfahrungswelten sind heterogen, so wie die jeder anderen Bevölkerungsgruppe auch. Sicherlich gibt es strukturelle Überschneidungen, was die Erfahrungswelten betrifft. Welchen Umgang der Einzelne jedoch mit seinem Erlebnis wählt, hängt von vielfältigen Faktoren ab. Viel zu häufig wird das Distinktionsbedürfnis unterschätzt, das besonders stark im adoleszenten Alter hervorsticht und nicht selten mit einem Trotzverhalten sowie jugendlicher Unvernunft einhergeht. Soziale Konflikte werden dadurch eher selten mit einem Verständnis für das Gegenüber und dem Überdenken von Verhältnismäßigkeiten verarbeitet. Fridays For Future abzulehnen und sich stattdessen anderen Jugendbewegungen zuzuwenden, welche die Klima-Aktivisten eher verhöhnen, kann somit auch Teil eines jugendlichen Trotzverhaltens sowie identitätsstiftend sein. Dass sich junge Menschen solchen Bewegungen zuwenden, muss nicht für Progressivität stehen, sondern könnte auch Ausdruck von Suggestibilität und fruchtender Panikmache seitens Erwachsener sein.

Regress und antidemokratische Tendenzen als gesamtgesellschaftliches Phänomen

Analysen, welche die Identitäre Bewegung zum Gegenstand haben, können deren tatsächliche Absichten und Vorgehensweisen oft deswegen nicht akkurat erfassen, weil sie den Nationalsozialismus mit jeglichen anderen Formen von Faschismus idiosynkratisch als dasselbe Phänomen definieren.⁷¹ So kommt es häufig zu Fehleinschätzungen der Ziele und Mittel, die die unterschiedlichen Fraktionen der Neuen Rechten, und darunter eben auch ihre jüngsten Protagonisten, für sich gewählt haben. Wenn Patrick Gensing in seinem Beitrag »Zwischen PR und Realität« im 2018 erschienen Sammelband Das Netzwerk der Identitären diesen beispielsweise zugesteht, dass ihre Strategien offenbar fruchten, vermeidet er es im Anschluss daran tunlichst,

⁷⁰ Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik, Köln 1971 [1933], S. 49.

⁷¹ Vgl. dazu z.B. die Ausführungen von Carina Book, »Identitäre »Kriegserklärung« an die plurale Gesellschaft«, in: Andreas Speit (Hg.), Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin 2018, S. 93–106.

ehrlich die Frage zu diskutieren, welche gesellschaftlichen Tendenzen denn überhaupt dazu geführt haben, dass diese »neuen Strategien« so gut aufgehen, und welche Mechanismen einer überschaubaren Gruppe eine solch mediale Aufmerksamkeit sichern. 72 Oft wird einfach nicht begriffen, was die Neue Rechte mit ihren »metapolitischen Anliegen« tatsächlich bewirken will und auch zu bewirken vermag. 73 Anstatt sich also vor allem mit den neuen Inhalten der Neuen Rechten zu befassen, wird sich ausschließlich an der neuen Form abgearbeitet, die beispielsweise als »neues Design«, verstanden wird, das mit altherkömmlichen rechtsradikalen Erscheinungsweisen gebrochen hat. Daniel Hornuff bemüht sich in seiner Abhandlung Die Neue Rechte und ihr Design wortreich darum festzustellen, dass die Erscheinungsweisen (hier mit »Design« gemeint) der Neuen Rechten nicht per se als Problem definiert werden dürften, da »die Formen einer offenen, weil auf kontingenten Identitäten fußenden Gesellschaft verteidigt werden« müssten.⁷⁴ Eine Kritik des Identitätsdenkens bzw. eine kritische Auseinandersetzung mit dem Identitätsbegriff bleibt indes aus, weil es an einer (tatsächlich ernstzunehmenden) Kritik an den regressiven Tendenzen mangelt, welche der Dialektik einer liberalen Gesellschaft eingeschrieben sind.

Stattdessen wird die Form eines florierenden Konsumismus affirmativ zu einem Ȋsthetischen Pluralismus«⁷⁵ verklärt. So neigt auch Matthias Quent in seiner Abhandlung *Deutschland rechts außen* dazu, die positiven Entwicklungen der Nachkriegszeit überzubetonen, kapitalistische Verhältnisse zu beschönigen und das Erstarken der Neuen Rechten in Deutschland lediglich als Aufbegehren einer übrig- und im wahrsten Sinne zurückgebliebenen, reaktionären Minderheit zu deuten.⁷⁶ Er übersieht jedoch, dass der Identitätsfetisch ein gesellschaftlich übergreifendes Phänomen ist, wie sich insbesondere an als links geltenden Phänomenen wie Critical Whiteness zeigen lässt, deren Postulate und Vorstellungen sich nicht sonderlich von zeitgenössischen rassisti-

⁷² Vgl. dazu Patrick Gensing, »Zwischen PR und Realität. Die Wahrnehmung der Identitären Bewegung durch die Medien«, in: ebd., S. 189–201, hier: S. 197f.

⁷³ Vgl. dazu Ellen Daniel, »Alain de Benoist: Nouvelle Droite – Antikapitalismus von rechts«, in: Ralf Fücks/Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt a.M. 2021, S. 175–186, hier: S. 175.

⁷⁴ Vgl. Daniel Hornuff, Die Neue Rechte und ihr Design. Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft, Bielefeld 2019, S. 125.

⁷⁵ Ebd

⁷⁶ Vgl. Matthias Quent, Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019, S. 86f.

schen Konzepten unterscheiden.⁷⁷ Zudem handelt es sich beim Erstarken der Neuen Rechten eher um eine Renaissance des autoritären Charakters denn um ein letztes »Aufbegehren« der gesellschaftspolitisch ohnehin längst überholten »alten weißen Männer«, wie gerade die betont jugendliche Identitäre Bewegung signalisiert. Andreas Speit stellt fest, dass die Identitäre Bewegung sich besonders durch vier Merkmale hervorhebt: Jugendlichkeit, Aktionismus, Popkultur und eine »Corporate Identity«. Es sind aber gerade diese vier Merkmale, die sich auch bei linken Bewegungen, wie etwa im »Queerfeminismus«, finden lassen. ⁷⁸

Es liegt auf der Hand, dass ein bedeutsamer Faktor, der das Erstarken der Neuen Rechten begünstigt hat, die veränderte Prioritätensetzung der politischen Linken ist. Deren Fokus richtet sich oftmals nicht mehr auf die soziale Frage, namentlich auf die ökonomischen Verhältnisse, sondern formuliert nun ebenfalls Identitätsfragen.⁷⁹ Gleichzeitig wurde die Bedeutung des Begriffs »Identität« dermaßen ausgehöhlt, dass diese alles und nichts beschreiben kann: sie ist nun gleichermaßen aufgezwungen und selbstgewählt, marginalisierend und privilegierend, kollektivierend und individualisierend. Auf Seiten der Linken und sich selbst so definierenden Demokratiebefürwortern wird zudem geleugnet, dass ihre politischen Versprechen und Angebote - wie z.B. das Propagieren einer gender- und queertheoretisch modifizierten Sprache – an den Bedürfnissen und Lebensrealitäten der meisten Menschen vorbeigehen. Es wird zudem geleugnet, dass Phänomene wie Cancel Culture, Sprechverbote oder unnötige Triggerwarnungen existieren, die Eingang in die öffentliche Debattenkultur wie auch in die Politik gefunden haben und dazu genutzt werden, jedwedes noch so berechtigte, aber unliebsame Argument

⁷⁷ Siehe dazu Hannah Kassimi, »Kognitive Dissonanz. Der linke Hass auf migrantischfeministische Individuen«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 314–325; Krsto Lazarević, »Verhinderte Rechte. Eine Kritik der>Kritischen Weißseinsforschung« in Deutschland«, in: ebd., S. 293–314.

⁷⁸ Als Beispiel wäre der Dunstkreis rund um das Missy-Magazin zu nennen, das sich mit Werbesprüchen wie »Feminismus in geil« vermarktet und sich von einem vermeintlich altbackenen, unglamourösen Feminismus, wie ihn die EMMA angeblich vertreten soll, abgrenzen möchte und damit auch große Erfolge verzeichnet.

⁷⁹ Vgl. Seyla Benhabib, Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M. 1999, S. 24.

abzublocken, das dem eigenen Weltbild widerspricht.80 Derlei Methoden sind undemokratisch und haben wenig mit einer pluralistischen Gesellschaft zu tun, für die sich vorgegeben wird einzusetzen, was in den vergangenen Jahren etwa an Sabine Hark zu beobachten gewesen ist, die in einem 2021 veröffentlichten »Essay« in Buchform für Pluralismus zu streiten vorgibt, der tatsächlich aber lediglich plump »die Gemeinschaft« hochleben lässt - und damit exakt das, was auch die Identitäre Bewegung in anderer Gestalt und mit anderem Vokabular bewirbt. 81 Solche Tendenzen machen es fast unmöglich, an (digitalen und nicht-digitalen) Orten zivilisiert miteinander zu streiten. Dort, wo diese Phänomene nicht geleugnet werden, wird versucht, ihnen gar etwas Gutes abzugewinnen, indem beispielsweise behauptet wird, sie böten die »Möglichkeit, Veränderungen zu erreichen und Grenzen klarzumachen«, wie eine Cancel-Culture-Verfechterin unwidersprochen im ZDF behauptet hat. 82 Unverfroren wird sich dabei über den Umstand hinweggesetzt, dass die gewünschten Veränderungen und das Setzen von Grenzen nicht demokratisch verhandelt, sondern durch einzelne AkademikerInnen oder Social-Media-Influencer bestimmt werden, die eine angriffslustige Anhängerschaft hinter sich wissen und gewisse Aussagen, Personen oder Dinge als inakzeptabel labeln, ohne ihre Standpunkte auszuführen und nachvollziehbar erklären zu müssen. Sie markieren sich selbst als Redeführer, die aufgrund ihres Sprechorts oder derer, in deren Namen sie glauben zu sprechen, keinen Widerspruch dulden und müssen nicht erklären, warum Aussage X denn nun genau »sexistisch«, Schauspielerin Y »transphob« oder der Konsum einer bestimmten Marke Z »rassistisch« sein soll. Wird erst einmal eine derartige Aussage getroffen, darf darüber nicht verhandelt werden. Objektivierbare Kriterien, die unabhängig vom Sprechort gelten, werden abgelehnt. Was zählt, ist der Sprechort, das eigene Gefühl und die Vehemenz, mit der dieses vorgetragen wird; der Kontext wird dabei ebenfalls zur Nebensache erklärt. Es wird nicht mehr zwischen einzelnen Aussagen in unterschiedlichen Kontexten, Privatpersonen, Personen

⁸⁰ Siehe dazu den Sammelband von Patsy l'Amour LaLove (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017.

Vgl. Sabine Hark, Gemeinschaft der Ungewählten. Umrisse eines politischen Ethos der Kohabitation, Berlin 2021. Zur Kritik hieran vgl. Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/ Vojin Saša Vukadinović, »Der Weg in die Nestwärme«, in: Jungle World, Nr. 38/2021, 23.09.2021.

⁸² Zitiert nach ZDF heute, »Cancel Culture – von Michael Wendler, J.K. Rowling und Co.«, Sendung vom 24.11.2020: »Die Aktivistin Toyah Diebel erläutert, warum sie Phänomenen wie ›Cancel Culture‹ eigentlich nur Positives abgewinnen kann.«

des öffentlichen Lebens und den Werbestrategien irgendwelcher Unternehmen unterschieden, oftmals wird gar nicht mehr korrekt zitiert, sondern einfach nur noch eine Behauptung aufgestellt, um Einzelne, Gruppen, Organisationen etc. zu diskreditieren. In den Sozialen Medien gilt das Prinzip des virtue signaling, die besagt: Wer sich nicht klar positioniert, läuft Gefahr, sich mitschuldig zu machen, wenn Menschen Opfer von Diskriminierung werden. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass selbstverständlich nicht jede Einstellung oder Meinungsäußerung gleichermaßen akzeptabel ist, weswegen auch nicht zur Debatte steht, dass es durchaus sinnvoll ist, einer repressiven Toleranz im Sinne Herbert Marcuses entgegenzuwirken. Vielmehr ist die Frage zu beantworten, was genau als faschistisch und/oder demokratiegefährdend gilt - und warum. Ob etwas als »menschenfeindlich« oder »diskriminierend« definiert werden kann, resultiert nicht aus subjektiver Empfindung, weswegen zwischen Kritik (die in unterschiedlichen Formen auftreten kann, auch in Form von Spott, wobei Kritik in jedem Fall erst einmal als zulässig zu gelten hat) und tatsächlicher Diskriminierung (die eben nie zulässig sein kann) zu unterscheiden ist. Diese Differenz wird jedoch vielerorts nicht mehr gemacht. Ein populäres Beispiel hierfür ist die digitale Hexenjagd auf die Schriftstellerin J. K. Rowling und das Diffamieren all jener, die diese Hatz kritisierten. Rowling wurde willkürlich als »transphob« markiert, weil sie es 2020 gewagt hatte, queertheoretischen Prämissen zu widersprechen und sich spöttisch darüber auszulassen, dass man »Menschen, die menstruieren« auch einfach »Frauen« nennen könnte.83 Statt Rowling und denen, die sie verteidigten, einen genderkritischen Standpunkt zuzugestehen, wird mantraartig auf fast allen Kanälen, von Influencern auf Social Media, in linken Nischenzeitschriften sowie im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wiederholt, dass sich Rowling »transfeindlich« geäußert habe und dass alle, die ihren Standpunkt verteidigten, ebenfalls »transfeindlich« seien. Ein ähnliches Beispiel dafür wäre wohl die Bewertung jeglicher Kritik am Islam als »rassistisch«. Eine Kritik am Islam wird nicht selten, wenn nicht mit dem Wort »rassistisch«, dann mit Begriffen wie »islamfeindlich« oder »islamophob« belegt, mit dem Ziel, so gelabelte Standpunkte von vornherein zu diskreditieren, ohne sich tatsächlich inhaltlich mit diesen auseinandersetzen zu müssen. Es wird entweder behauptet, alle, die eine Kritik am Islam üben, seien (direkt oder indirekt) rassistisch,

⁸³ Vgl. Inga Hoffmann, »Transfeindliche Tweets von J.K. Rowling. Bestsellerautorin zieht Wut von queeren Harry Potter-Fans auf sich«, in: *Tagesspiegel*, 10.06.2020.

oder aber es wird sich eingestanden, dass zwar nicht alle KritikerInnen rassistische Absichten haben müssen, jedoch von Rassisten instrumentalisiert werden könnten. So wird es schlichtweg irrelevant, ob die geäußerte Kritik berechtigt ist: Es braucht nur wenige »Trendsetter«, die bestimmen, was unsagbar oder nicht hinterfragbar ist, um Massen an Menschen zu generieren, die sich anschließen, ohne dass sie genau wissen, worum es im Einzelnen eigentlich geht und die trotzdem emotional stark involviert sind.

Genau diesen Umstand macht sich die Neue Rechte zunutze. Viele Analysen, welche die Inszenierung der Neuen Rechten auf den Kanälen von Social Media untersuchen, kommen zu dem Schluss, dass die Identitäre Bewegung mehr Schein als Sein ist und dass ihre Aktionen außerhalb des Internets eher weniger Beachtung finden bzw. außerhalb von Social Media kaum eine Wirkungsmacht verzeichnen können. Vielen entgeht dabei, dass den Identitären dieser Umstand sehr wohl bewusst ist. Sie verdrehen mit Absicht die Tatsachen, um die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen gerade genug zu beeinflussen, um demokratisierende Entwicklungen zunehmend zurückzudrängen. Sie sehen sich selbst also eher als diskursive Brandstifter, als Piraten der Deutungshoheit und weniger als eine sich tatsächlich in Straßenkämpfe begebende Massenbewegung. Sie machen sich die in den letzten Jahren immer deutlicher hervortretenden, regressiven Tendenzen einer Linken zunutze, die keinen Hehl daraus macht, von der Unteilbarkeit der Wahrheit und objektiven Verhältnissen nichts mehr wissen zu wollen. Weil gesellschaftlich immer mehr Wert auf die Oberfläche und immer weniger Wert auf die Inhalte gelegt wird - wie z.B. der Erfolg von Bilder-dominierten Plattformen wie Instagram belegt –, findet sukzessiv eine allgemeine Entpolitisierung statt, während gleichzeitig noch der letzte Winkel des alltäglichen Lebens, etwa das Trinken eines Smoothies, zu einem dramatischen, politischen Akt verklärt wird.

Das hängt auch damit zusammen, dass in den vergangenen drei Jahrzehnten an den Universitäten ein Paradigmenwechsel stattfand, der seinerseits Ausdruck wechselwirkender, gesamtgesellschaftlicher Tendenzen gewesen ist. Durch den Siegeszug poststrukturalistischer Theorien, welche sich vor allem durch eine radikale Ablehnung der universalistischen Idee und objektiver Wahrheit auszeichnen, wurden insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften korrumpiert: So sei Wahrheit nichts weiter als eine Frage der Perspektive und des Besitzes von Macht – und wer die Macht habe, bestimme auch, was als wahr gilt, wie es heute in diesen Arealen im Anschluss an Michel Foucault und Judith Butler heißt, wobei Ideologie und Wahrheit folgerichtig

in eins gesetzt werden. Dass es jenseits kulturell dominierender Normen eine Wahrheit geben könnte, der auf den Grund gegangen werden sollte und die sich auch unabhängig vom eigenen Sprechort und der Machthaber als »wahr« definieren lässt, wird aktiv negiert. Stattdessen wurde von aktivistischen und sich links wähnenden AkademikerInnen die Überlegung aufgestellt, dass sich die Ungerechtigkeiten dieser Welt auf die Spaltung in »Machthaber« und »Entmachtete« zurückführen lassen. 84 Ihr Lösungsansatz: Die vermeintlichen Entmachteten sollen durch das Ansichreißen der Diskursräume und das Neubesetzen von Begrifflichkeiten in die Lage versetzt werden, ihre jeweiligen Sprechorte zu verteidigen und so an Macht (zurück-)gewinnen. Die materiellen Verhältnisse werden dabei nicht selten vollständig ignoriert oder als reines Produkt von Sprechakten gewertet. Das Anliegen, historische Ereignisse möglichst objektiv wahr rekonstruieren zu wollen, das Ausmachen und Verurteilen von Gräueltaten (egal, ob sie von »Entmachteten« oder »Machthabern« ausgehen) und die globale Durchsetzung der Menschenrechte wird damit in letzter Konsequenz aufgegeben. Solchen Prämissen kann die Neue Rechte etwas abgewinnen und für ihre Zwecke fruchtbar machen. Die Identitären drehen den von Butler und ihrer Anhängerschaft vorbereiteten diskursiven Spieß einfach um: Indem sie ebenfalls monieren, einer entmachteten Minderheit deutscher Jungmänner anzugehören, die sich im Diskurs zurückgedrängt oder gar ausgeschlossen fühlen, können sie sich ohne Probleme zu Opfern stilisieren und als tapfere Widerstandskämpfer inszenieren.

Form vor Inhalt

Der Identitätsfetisch postmoderner Theorieansätze treibt wilde Blüten. Das Ausklammern objektiver Wahrheit, die Absage an universalistische Werte sowie die Verschiebung des analytischen Gegenstands (weg von einer Kritik an gesellschaftlichen, materiellen Verhältnissen hin zu einer Analyse diskursiver Räume und der zugehörigen Sprache) führte zu einem sukzessiven, gesellschaftspolitischen Regress. Der Fokus auf den Sprechort und subjektives Empfinden – als seien diese ausschlaggebend, um festzulegen, was als diskriminierend zu gelten hat und was nicht (wobei der Sprechort nur dann zählt, wenn er dem eigenen Weltbild nicht widerspricht) –, führte nicht zu einem

⁸⁴ Jüngst etwa im Falle der vorgenannten Sabine Hark, die statt »Entmachtete« einfach »Ungewählte« sagt, damit aber dasselbe meint.

Abbau oder gar zu einer Überwindung von Ressentiments. Vielmehr hatte diese Tendenz zur Folge, dass sich einige Wenige zu Redeführern stilisierten und die eigenen Ressentiments zu einem Teil ihrer Identitätspolitik machten. Es wird sehr viel Energie darauf verwendet, alles Negative von sich selbst abzuspalten und einer Fremdgruppe anzudichten: Ausschlaggebend ist nicht mehr, was eigentlich gesagt wird, sondern nur noch die Frage danach, wer da mit welchen vermeintlich identitätsstiftenden Merkmalen spricht. Es gilt der Primat der Form. Je emotionaler das eigene Anliegen vorgetragen wird, desto gewichtiger scheint es zu sein. Das eigentliche Argument wird vor diesem Hintergrund nebensächlich. Nach der Verhältnismäßigkeit darf nicht mehr gefragt werden.

Die Identitären haben in diesem »Emo-Krieg« einen entscheidenden Vorteil: Sie wissen, dass sie in der Minderheit sind. Und sie wissen, dass sie Propaganda betreiben, Unwahrheiten verbreiten und sich jugendliches Trotzverhalten sowie Ressentiments zunutze machen. Ihr radikaler Relativismus und Geschichtsrevisionismus sind Kalkül. In linken Kreisen jedoch ist das Selbstverständnis voller unreflektierter Widersprüche. Die eigene Borniertheit lässt nicht zu, sich selbst, die eigenen Mittel, die eigene Position oder geteilte Inhalte kritisch zu hinterfragen. Zum einen glaubt man im Sinne (teilweise imaginierter) marginalisierter Minderheiten zu agieren, zum anderen signalisiert man mit Initiativen wie »Wir sind mehr«, vor allem quantitativ in der Überzahl zu sein. Diese kognitive Dissonanz tritt besonders dann hervor, wenn Angehörige einer bestimmten marginalisierten Minderheit andere Ansichten vertreten als von ihnen erwartet wird.

Literatur

Adorno, Theodor W., *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973. Albert, Mathias, »OECD-Studie: So tickt die Generation Fridays for Future«,

Albert, Mathias, »OECD-Studie: So tickt die Generation Fridays for Future« Deutschlandfunk Kultur, 22.10.2020.

Benhabib, Seyla, Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a.M. 1999.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève, Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.

Budras, Corinna, »Warum so viele Erstwähler für die FDP stimmten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.2021.

Cox, Simon/Meisel, Anna, »Martin Sellner: The new face of the far right in Europe«, *BBC News*, 20.09.2018 (letzter Abruf: 25.08.2022).

- Enke, Nadja/Bigl, Benjamin/Schubert, Markus/Welker, Martin, Studie zu Werbepraktiken und direkten Kaufappellen an Kinder in sozialen Medien. Ein Forschungsprojekt im Auftrag der KJM, 2020, o. O. 2021.
- Erk, Daniel, »Martin Sellner hört Hip-Hop und hasst den Islam«, in: ZEIT Campus, Nr. 5/2017, 05.10.2017.
- Ertuğrul, Ali Tonguç/Martin, Sabri Deniz/Vukadinović, Vojin Saša, »Der Weg in die Nestwärme«, in: *Jungle World*, Nr. 38/2021, 23.09.2021.
- Forestier, Mathilde, »Die Identitäre Bewegung in Frankreich Ein Porträt«, in: Journal EXIT-Deutschland, Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, Ausgabe 3/2014, S. 117–148.
- Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul, Das Netzwerk Der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg 2019.
- Fücks, Ralf/Becker, Christoph (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt a.M. 2021.
- Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha/Bruns, Julian, *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, Münster 2017.
- Hark, Sabine, Gemeinschaft der Ungewählten. Umrisse eines politischen Ethos der Kohabitation, Berlin 2021.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hg.), Fridays For Future die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020.
- Hoffmann, Inga, »Transfeindliche Tweets von J.K. Rowling. Bestsellerautorin zieht Wut von queeren Harry Potter-Fans auf sich«, in: Tagesspiegel, 10.06.2020.
- Hornuff, Daniel, Die Neue Rechte und ihr Design. Vom ästhetischen Angriff auf die offene Gesellschaft, Bielefeld 2019.
- Kassimi, Hannah, »Kognitive Dissonanz. Der linke Hass auf migrantisch-feministische Individuen«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 314–325.
- Kellershohn, Helmut, »Es geht um Einfluss auf die Köpfe Institut für Staatspolitik«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus, 07.07.2016.
- Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M. 2019.
- Koller, Christian, Rassismus, Paderborn 2009.

- laLove, Patsy l'Amour (Hg.), Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017.
- Lazarević, Krsto, »Verhinderte Rechte. Eine Kritik der ›Kritischen Weißseinsforschung‹ in Deutschland«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 293–314.
- Lewed, Karl-Heinz, »Schopenhauer on the Rocks. Über die Perspektiven postmoderner Männlichkeit«, in: *krisis. Kritik der Warengesellschaft*, Nr. 29/2005, S. 100–142.
- Lohmann, Hans-Martin/Pfeiffer, Joachim (Hg.), Freud-Handbuch: Leben Werk Wirkung, Stuttgart/Weimar 2013.
- Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewusstsein, Bielefeld 2013.
- Mijnssen, Ivo, »Österreichs Freiheitliche sind eng mit den Identitären verbandelt wie ernst ist es ihnen mit dem Bruch?«, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.04.2019.
- Moser, Fabrizio, Subjekt Objekt Intersubjektivität. Eine Untersuchung zur erkenntnistheoretischen Subjekt-Objekt-Dialektik Hegels und Adornos mit einem Ausblick auf das Intersubjektivitätsparadigma Habermas', Berlin 2012.
- Müller, Mario Alexander (Hg.), Kontrakultur, Schnelldroda 2017.
- Quent, Matthias, Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019.
- Reich, Wilhelm, Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik, Köln 1971.
- Samol, Peter, »All the lonely people. Narzissmus als adäquate Subjektform des Kapitalismus«, in: *krisis Kritik der Warengesellschaft*, Nr. 4/2016, S. 5–51.
- Sellner, Martin, Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2016.
- Sellner, Martin, Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, Schnellroda 2018.
- Speit, Andreas, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte von AfD bis Pegida, Zürich 2016.
- Spiske, Markus, »Generation Greta: Fridays For Future hat die Jugend bewegt«, in: change das Magazin der Bertelsmann Stiftung, 13.08.2019.
- Stegemann, Patrick/Musyal, Sören, Die rechte Mobilmachung. Wo radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen, Berlin 2020.
- Vukadinović, Vojin Saša (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018.
- Weiner, Joachim, Ästhetik und Identität. Philosophische Texte und Studien, Hildesheim 1983.

252 Minderheiten

ZDF heute, »Cancel Culture – von Michael Wendler, J.K. Rowling und Co.«, Sendung vom 24.11.2020.

Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein

Neurechte Projektionen auf Israel, Angstlust und Sehnsüchte nach einer starken Nation

Nikolai Schreiter

Im antisemitischen Weltbild wird Israel, der jüdische Souverän, ganz wie die Juden zur Projektionsfläche für die abgespaltenen Wünsche und Ängste der antisemitischen Subjekte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Antisemitismus und Antizionismus, die insbesondere in der politischen Rechten schon sehr früh Hand in Hand gingen – und in großen Teilen bis heute noch gehen – de facto nur zwei Ausdrücke derselben Ideologie sind. Den Klassiker des Antizionismus formulierte der NS-Ideologe Alfred Rosenberg bereits 1922 in *Der staatsfeindliche Zionismus*: »Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen. «Vor 100 Jahren – und 26 Jahre vor der Staatsgründung Israels – erklärte Rosenberg so den jüdischen Staat bereits zur neuen Kommandozentrale der imaginierten jüdischen Weltverschwörung, die damals wie heute im Zentrum des antisemitischen Wahns steht.

Im Antizionismus finden sich klassisch antisemitische Bilder: Die Parole »Kindermörder Israel« etwa, die auf einschlägigen Versammlungen skandiert

Vgl. hierzu bereits 1969, zuerst als Essay in Die ZEIT: Jean Améry, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders: Widersprüche, Frankfurt a.M./Berlin/Wien, 1980, S. 242–249. Zum Mechanismus der Projektion vgl.: Ljiljana Radonić, »Psychopathologie der Normalität. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie«, in: Stephan Grigat (Hg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg 2006, S. 79–98.

² Alfred Rosenberg, Der staatsfeindliche Zionismus, München 1943 [1922], S. 86.

wird, aktualisiert die christliche Ritualmordlegende, der Vorwurf, Israel würde den Weltfrieden gefährden, gemahnt an die antisemitische Trope, die Juden würden die ganze Welt ins Unglück stürzen. Der Meilenstein des antisemitischen Antizionismus nach Rosenberg ist seit Auschwitz insbesondere bei solchen Rechten etwas abgegriffen, die sich nicht vollends als Neonazis oder Islamisten bekennen oder verstehen wollen, doch die Richtung stimmt bei den meisten nach wie vor: Die Kleinstpartei Die Rechte plakatierte im EU-Wahlkampf 2019 mit »Israel ist unser Unglück. Schluss damit!« eine Adaption des Zitats von Heinrich von Treitschke, das auch auf dem Stürmer prangte, und die NPD forderte 2018, Israel als »Terrorstaat« einzustufen³ und ist sich darin mit den antiisraelischen Demonstrationen unter palästinensischer Flagge einig, auf denen auch 2021 wieder ohne nennenswerten Gegenwind Schilder mit dieser und ähnlichen Aufschriften gezeigt werden konnten. Auf dem Blog des neurechten Szeneblattes Sezession durfte Martin Lichtmesz, bürgerlich Semlitsch, angesichts der letzten Runde des iranisch gesponserten Raketenterrors aus dem Gazastreifen (und dem Libanon) im Frühsommer 2021 Opferzahlen gegeneinander aufwiegen und ausführlich vornehmlich jüdische Antizionisten und Antisemiten zitieren, um mit deren Stimmen Israel unter anderem »Apartheid« zu bescheinigen. 4 Man hat Schwierigkeiten, einen Vertreter des iranischen Regimes zu finden, der Israel noch nicht als Krebsgeschwür bezeichnet hat und auch aus den neuesten sozialen Bewegungen wie Fridays for Future oder Black Lives Matter – die eigentlich einer single-issue-Politik frönen – tönt es von prominenter Stelle, Israel sei ein kolonialer Unterdrücker, Apartheidstaat oder, weniger explizit, aber ebenso unmissverständlich gegen Israel gerichtet »Free Palestine«. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Wenn auch nichts davon neu ist, ist es doch immer wieder erwähnenswert, was die lange Geschichte solcher antisemitischen Bilder von Israel, die schon weit vor der Staatsgründung beginnt, vor allem belegt: Der israelbezogene Antisemitismus, der häufig mit dem merkwürdigen, bezeichnenderweise nur aus der deutschen Sprache bekannten Wort »Israelkritik« verharmlost wird, hat nichts mit dem realen Agieren Israels zu tun – genauso wenig, wie der Antisemitismus mit dem, was Juden tun oder lassen. Beide entspringen

³ o. A., »Terrorstaat Israel«, npd.de, 28.02.2018, https://npd.de/2018/02/terrorstaat-israel/(letzter Abruf: 27.08.2021)

⁴ Martin Lichtmesz, »Israel und Demographie (2) «, sezession.de, 02.06.2021, https://sezession.de/64290/israel-und-demographie-2 (letzter Abruf: 27.08.2021).

allein den antisemitischen Projektionen derer, die zumindest in ihren Äußerungen meist an Rosenberg nicht mehr heranreichen.

Jedes, insbesondere jedes kritische Sprechen über Israel, sei es nun konkret antisemitisch oder nicht, bedarf aber der Reflexion darauf, worüber eigentlich gesprochen wird - und was es aussagt, dass das Bedürfnis, Israel zu kritisieren, häufig ein so dringendes zu sein scheint. Die Beschreibung des Antisemitismus als »Leidenschaft« (Jean-Paul Sartre) trifft häufig auch auf die sogenannte »Israelkritik« zu. Israel ist einerseits klassischer Staat mit allen Merkmalen eines modernen Nationalstaates, mit Grenzen, Gewaltmonopol und Gewalt, einer Armee, Interessen und gesellschaftlichen Spannungen. Als solcher agiert er - und selbstverständlich können solche Handlungen kritisiert werden, ohne dass dies per se antisemitisch wäre. Andererseits aber ist Israel, und das ist die Besonderheit dieses Staates, der jüdische Staat. Israel ist immer auch und vor allem Antwort auf die antisemitische Verfolgung und als diese zu sehen - was gerade in der außerisraelischen Debatte meist zu kurz kommt, wenn nicht aktiv unterschlagen wird. Diese jahrhundertelange Verfolgung der jüdischen Minderheit fand in der Shoah ihren bisherigen Höhepunkt und das Ausgeliefertsein der Juden und Jüdinnen an den Willen – bzw. häufig eben Unwillen – nichtjüdischer Staaten und Herrscher, sie vor ebendieser antisemitischen Verfolgung zu schützen, fand in der Staatsgründung Israels ihr Ende. Der jüdische und demokratische Staat Israel schützt die Juden und Jüdinnen vor der Verfolgung, ohne dass sie sich für diesen Schutz als Minderheit auf andere verlassen müssten. Noch der letzte jüdische Antizionist könnte, so er wollte, nach Israel immigrieren.

Umgekehrt: Wird Israel kritisiert oder gar sein Ende gefordert, steht immer auch der Schutz der Juden und Jüdinnen vor der Vernichtung in der Kritik, auf die der Antisemitismus als eliminatorische Ideologie notwendig zusteuert. Denn diesen Schutz stellt auf prekäre, aber in einer nationalstaatlich organisierten Welt einzig mögliche Weise der jüdische Staat mit seiner hoffentlich überlegenen Gewalt dar. Insofern ist Kritik an Israel, die auf sein Ende hinausläuft, antisemitisch, denn wer Israel abschaffen will, nimmt prospektiv den Tod von Millionen von Juden und Jüdinnen in Kauf.⁵

Zudem essenzialisiert der Antizionismus in der politischen Sphäre Dinge wie Gewalt als exklusive Eigenschaften des jüdischen Staates, während sie tatsächlich als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse zu denken sind. Ähnliches ist für die ökonomische Sphäre bei personalisierter Kapitalismuskritik zu beobachten, die etwa Ausbeutung auf die Eigenschaften von Kapitalisten und nicht auf die Logik der Kapitalverwer-

Minderheit: Deutsche Rechte für Israel?

Der eingangs beschriebene klassisch antisemitische Antizionismus, der bei Weitem nicht nur, aber eben auch aus der Alten und Neuen Rechten stammt, zeigt sich, wie der Antisemitismus in mannigfaltiger Weise. Daneben gibt es aber seit einigen Jahren eine Minderheit wenn auch deutlich wahrnehmbarer Stimmen aus diesen politischen Lagern, die sich positiv zu Israel stellen. Sie kommen insbesondere aus den erfolgreicheren Parteien dieser politischen Strömungen wie AfD und FPÖ, vereinzelt auch von anderen, etwa Michael Stürzenberger, PEGIDA-Demonstranten mit Israelfahne oder von den Juden in der AfD. Für Österreich lässt sich diese proisraelische Wende auf Dezember 2010 datieren, als Heinz-Christian Strache für die FPÖ mit anderen Vertretern europäischer Rechtsparteien in Israel die sogenannte Jerusalemer Erklärung veröffentlichte, in der es unter anderem heißt:

»Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren.«⁶

Kurz zuvor, im Jahr 2008, hatte der Parlamentsklub der FPÖ im österreichischen Nationalrat noch die »aggressive Unterdrückungspolitik Israels gegen die Palästinenser« als »menschenverachtend und verurteilenswert«⁷ bezeichnet, 1997 Straches Vorgänger Jörg Haider gar die FPÖ die »PLO von Österreich«⁸ genannt.

tung zurückführt. Vgl. dazu Joachim Bruhn, »Nichts gelernt und nichts vergessen«. Ein Schema zur Geschichte des Antizionismus in Deutschland«, in: ders., Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg/Wien 2019 [1994], S. 245–252.

⁶ o. A., »FPÖ: Strache: Jerusalemer Erklärung«, ots.at, 07.12.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0199/fpoe-strache-jerusalemer-erklaerung (letzter Abruf: 27.08.2021).

⁷ o. A., »Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa«, yumpu.com, o.]., https://www.yumpu.com/de/document/read/5159241/wir-und-der-islam-freiheit licher-parlamentsklub, S. 2 (letzter Abruf: 27.08.2021).

Jörg Haider, zitiert nach Gerhard Scheit, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 165–181, hier: S. 165.

In Deutschland trat die neue Position einige Jahre später mit dem Erstarken der AfD und entsprechenden Verlautbarungen etwa von Alexander Gauland, Frauke Petry und deren Mann sowie Beatrix von Storch auf. Weil die Partei so jung ist, gibt es, im Gegensatz zur FPÖ, keine Parteigeschichte einer Position zu Israel; Gauland beispielsweise stand aber, ganz wie die FPÖ, Israel früher ablehnend gegenüber. 9 Das trifft auf weite Teile beider Parteibasen 10 bis heute zu, die proisraelischen Positionen werden zwar mitunter lautstark, aber doch von einer Minderheit vertreten. In dem, was eine Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen im Jahr 2014 sein sollte, sagte Gauland etwa: »Es ist unser aller Pflicht, diesem Hass entgegenzutreten und klar zwischen erlaubtem Protest gegen Israel einerseits und menschenfeindlichem Antisemitismus andererseits zu unterscheiden.«¹¹ 2003 schrieb er in der WELT, dass »der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommen wird, solange die Israelis arabisches Land besetzt halten.«12 Und nochmal zwei Jahre vorher, wenige Tage nach und in unmittelbarer Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September, veröffentliche er ebenfalls in der WELT den Kommentar »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«. ¹³ Darin behauptete er, es sei als eine von vielen Demütigungen der arabisch-islamischen Welt »der Fremdkörper des Staates Israel in diese Welt« getreten, auf die der islamische Terrorismus eine Reaktion sei. Er weist in beiden Artikeln Israel allein aufgrund seiner Existenz die Schuld an der Unruhe im Nahen Osten und mindestens eine Mitschuld am islamistischen Terror zu, dessen antisemitische Motivation dadurch rationalisiert wird. In bei-

⁹ Siehe dazu auch den Beitrag von Fabian Weber in diesem Band.

Deshalb hat die AfD mehrfach auf Parteitagen davon Abstand genommen, eine Parteiposition zu Israel zu verabschieden. Norbert Hofer, damals noch Parteichef der FPÖ, kritisierte 2021 in der Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas »das Hissen einer fremden Fahne« – der israelischen – »am Bundeskanzleramt und am Außenministerium eines neutralen Staates« – Österreichs. o. A., »FPÖ – Hofer: Bundeskanzler und Außenminister können Österreich-Beschimpfung nicht einfach aussitzen«, ots.at, 18.05.2021, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210518_OTS0078/fpoe-hofer-bundeskanzler-und-aussenminister-koennen-oesterreich-beschimpfung-nicht-einfach-aussitzen (letzter Abruf: 27.08.2021)

¹¹ Alexander Gauland, zitiert nach Gideon Botsch/Christoph Kopke, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 178–294, hier: S. 186f.

¹² Alexander Gauland, »Konservative Skepsis gegen Amerika-Debatte«, in: Die WELT, 20.01.2003.

¹³ Alexander Gauland, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: Die WELT, 20.09.2001.

den Fällen verkehrt er auf eine Art, die Israel Schuld zuspricht, Ursache und Wirkung.

Nach der beschriebenen proisraelischen Wende, die sich jeweils insbesondere in Teilen der Parteispitzen vollzog, sagte der damalige Parteichef der FPÖ Heinz-Christian Strache beispielweise in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung Israel HaYom im Sommer 2017: »Wir sind gegen Antisemitismus, und die Freundschaft mit Israel ist mir sehr wichtig.«14 Auch die AfD behauptet unter Berufung auf ihre Position zu Israel von sich: »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD.«15 Gleichzeitig ist der Antisemitismus (wie auch unter anderem Rassismus, Sexismus und Antifeminismus), obwohl es ihn in allen politischen Milieus und Parteien gibt, in der extremen und der Neuen Rechten besonders verbreitet, mitunter konstitutiv. Dies trifft für viele seiner Formen zu und trotz der Minderheit. die sich positiv zu Israel stellt, immer wieder auch für den israelbezogenen Antisemitismus: Auf einer der Demonstrationen, die sich vermeintlich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie richteten, vor allem aber allerlei antisemitische und sonstige Ressentiments auf die Straße trugen, sagte der ehemalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl am 6. März 2021 in Wien: »Israel ist für mich kein gelobtes Impf-Land!«, was dort geschehe, sei »Gesundheits-Apartheid«. 16 Volker Olenicak, der von 2016 bis 2021 mit Direktmandat für die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt saß, schrieb 2016 auf Facebook: »Verräterin Merkel gefährdet den Frieden in Europa. Rücktritt der zionistischen US-Agentin.«¹⁷ Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, posierte mit einem AfD-Sympathisanten, der einen »Judenstern« trug, weil er fand, dass die

¹⁴ Im hebräischen Original wie der Titel des Interviews. Eldad Beck, ארחנו נגד אנטישמיות החברות עם ישראל חשובה לי מאוד, israelhayom.co.il, 20.07.2017, https://www.israelhayom.co.il/article/491759 (letzter Abruf: 27.08.2021)

¹⁵ o. A., »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD«, afdkompakt.de, 27.07.2019, https://afdkompakt.de/2019/07/27/keine-partei -bezieht-klarer-position-im-kampf-gegen-antisemitismus-als-die-afd/ (letzter Abruf: 27.08.2021)

SerbInnen gegen Rechts, o. T., twitter.com, 06.03.2021, https://twitter.com/serbinnen/status/1368239936323850241?s=19&fbclid=lwAR1LvfmOt4iMpBO1z8Z4LeXW3xksuldbefig82k-V8hQrVbTRFZQGkPXJYc (letzter Abruf: 27.08.2021)

⁷⁷ Zitiert nach Hagen Eichler, »Internet-Hetze holt AfD-Mann ein«, volksstimme.de, 02.06.2016, https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/internet-hetze-holt-afd-m ann-ein-1875985 (letzter Abruf: 27.08.2021)

einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wie die Shoah seien. ¹⁸ Die AfD will das Schächten ¹⁹ und die Brit Mila, die jüdische Beschneidung von Jungen ²⁰, verbieten, was auf wesentliche Aspekte jüdischen Lebens in Deutschland zielt. ²¹ Im Interview, in dem Strache sich zur Freundschaft mit Israel und gegen Antisemitismus bekannte, sagte er auch, Burschenschaften hätten nichts mit Rechtsextremismus zu tun und äußerte über die österreichische Rolle im Zweiten Weltkrieg und der Shoah: »Es gibt keine kollektive Schuld. Es gab uns damals nicht als Staat. Es war Besatzung. ²² Dies ist nur ein kleiner, exemplarischer Teil einer langen Liste antisemitischer, antijüdischer, antisemitismusrelativierender und geschichtsrevisionistischer Positionen der Parteien.

Vor diesem Hintergrund – positiver Bezug auf Israel, gleichzeitig Antisemitismus – wird ersterer häufig als reine Strategie bezeichnet, die gewählt werde, um Antisemitismusvorwürfe abzuwehren. Das allerdings greift zu kurz, mehr noch, es nimmt die extreme Rechte nicht ernst und ist deshalb gefährlich. Auch wenn ein strategisches Moment eine Rolle spielt, wird dieser positive Bezug auf Israel mittlerweile zu lange, ²³ zu ausdauernd, zu überzeugt und gegen zu große Widerstände aus den eigenen Reihen durchgehalten,

¹⁸ Frederik Schindler, »AfD-Fraktionschefin posiert neben Impfgegner mit »Judenstern «-T-Shirt«, welt.de, 05.06.2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article209001 277/AfD-Fraktionschefin-posiert-auf-Foto-neben-Mann-mit-Judenstern-T-Shirt.html (letzter Abruf: 27.08.2021)

o. A., »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, afd.de, 01.05.2016, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/ 2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 87.

o. A., »Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019«, afdsachsen.de, 01.06.2019, https://www.afdsachsen.de/w p-content/uploads/2020/07/RWP_190618.pdf, S. 58. (letzter Abruf: 25.08.2022)

²¹ Diese Forderungen richten sich auch gegen islamische Praktiken in Deutschland. Der Angriff richtet sich aber in erster Linie gegen die jüdischen Traditionen, da die Juden als ihre Erfinder und damit als die Schuldigen gelten. Die AfD formuliert das nicht so, ehrlichere Rechte, die NPD beispielsweise, aber durchaus. Vgl. etwa: o. A., »Schächten verbieten!«, npd-nuernberg.de, 24.6.2021, https://npd-nuernberg.com/nationalisten-tv/#/lightbox&slide=1 (letzter Abruf: 25.08.2022).

²² Eldad Beck, אנחנו נגד אנטישמיות והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד «israelhayom.co.il, 20.07.2017, https://www.israelhayom.co.il/article/491759 (letzter Abruf: 25.08.2022)

²³ Seitdem Strache nach dem Ibiza-Skandal als Parteichef abgelöst wurde, scheint es allerdings in der FPÖ zu bröckeln.

als dass die Erklärung, es sei reine Strategie, das Phänomen gänzlich erklären könnte. Für eine tiefergehende Analyse ist auch hier der Blick darauf zu richten, welche Projektionen auf Israel am Werk sind. Die Beteuerungen, wie jene zitierte von Strache, weisen wiederum darauf hin, dass es um etwas mehr gehen könnte als eine schlichte Positionierung zu einem anderen Land. Das zeigt sich auch daran, dass sehr häufig, wenn es um Antisemitismus geht, jene Politiker auf die tatsächlichen oder vermeintlichen proisraelischen Positionierungen der je eigenen Partei verweisen – offenbar in der Überzeugung, aufgrund dieser Positionierungen könnten sie auch sonst keine antisemitischen Positionen vertreten.

Nur eine Minderheit bekennt sich nach der Shoah noch offen zum Antisemitismus. Viele denken und handeln dennoch antisemitisch. Deshalb muss die eigene Position oder eher noch Person als nicht antisemitisch gelabelt werden können - sonst müsste man sich den eigenen Antisemitismus eingestehen. Als eine der Möglichkeiten erscheint da, wenn auch häufig unbewusst, der positive Bezug auf Israel, auch weil der enge Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus in Teilen der Öffentlichkeit in den letzten Jahren stärker diskutiert wurde. Der Antisemitismus geht aber im Antizionismus nicht auf, es ist also möglich, gleichzeitig tatsächlich oder vermeintlich proisraelisch eingestellt zu sein und dennoch antisemitisch zu denken oder zu handeln. Dies ist allerdings häufig keine bewusste, strategische Täuschung Dritter, also keine klassische Lüge, sondern eine Rationalisierung der eigenen Position gegenüber sich selbst, die man in erster Linie auch selbst glaubt und glauben muss und insofern ernst meint. Als solche ist sie auch ernst zu nehmen, was eben das Argument, es sei nur eine nach außen gerichtete Strategie und Heuchelei, gerade unterlässt. Wenn man sich aber auf das Spannungsverhältnis zwischen proisraelischer Positionierung und Antisemitismus einlässt, tritt ein Doppelcharakter dessen zutage, als was Israel gesehen wird: als Minderheit, auf die Eigenschaften projiziert werden, die dem antisemitischen Judenbild entstammen.

Jude unter den Staaten und Ausnahmejude: zwei antisemitische Bilder von Israel

Einerseits wird Israel – und das bei Weitem nicht nur von Rechten – wie schon bei Alfred Rosenberg als Jude unter den Staaten gesehen. Dabei werden klassische antisemitische Bilder von der Figur des Juden auf den jüdischen Staat übertragen - wesentlich geht es um die Zuschreibung machtvoller, aber im Geheimen agierender Autorität, wie sie auch der Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung eigen ist. Vor dieser Autorität fürchtet man sich nun doppelt: Zu der Überzeugung, sich gegen die übermächtige Verfolgung durch die Minderheit der Juden zur Wehr setzen zu müssen, kommt die Angst davor, dass genau von dieser Überzeugung jemand Notiz nehmen könnte – gar man selbst. Nicht nur der eigene Hang zum Antisemitismus, den diese Autorität insbesondere in seiner Form als Israelkritik verurteilt, ist lediglich verdrängt. Dass diese Autorität zu Strafe so fähig sei, wie man es sich vorstellt, 24 kann sich an Tatsachen vermeintlich >bewahrheiten< wie jener, dass das offizielle Israel weder mit der FPÖ noch mit der AfD Kontakte pflegt, ja diese aktiv boykottiert. Auch die internationalen Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000, als Israel in Reaktion auf die erste Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ seinen Botschafter abzog und später eine Einreiseverbot gegen Jörg Haider verhängte, kann dieses Bild von der strafenden Autorität, die man Israel erst zuschreibt, bestätigen. Wenn weiterhin beispielsweise Tatsachen wie jene, dass damals auch die USA ihren Botschafter zur Konsultation einbestellten oder die EU Sanktionen gegen Österreich verhängte, auf israelischen Einfluss zurückgeführt wird, ist die Vorstellung von Israel als strippenziehendem Machtzentrum, das einem Böses wolle, schon wieder fast komplett.

Solche Autorität, deren Strafe man fürchtet, bezeichnete die Psychoanalytikerin Anna Freud als Angreifer. In *Das Ich und die Abwehrmechanismen* beschreibt sie die »Identifizierung mit dem Angreifer« im gleichnamigen Kapitel am Beispiel von Kindern, die sich mit der Autorität identifizieren und aggressiv werden, um eine erwartete Strafe abzuwehren. Ein ähnlicher Mechanismus kommt hier zum Tragen. Die Analyse ist allerdings als Analogie zu verstehen, weil die unmittelbare Übertragung psychoanalytischer Begriffe, die am Individuum entwickelt wurden, auf gesellschaftliche Phänomene nicht bruchlos, im Rahmen massenpsychologischer Überlegungen aber eben doch möglich ist. Insbesondere ist auch die Rückübertragung der Analyse auf die genannten und zitierten Individuen nicht im Einzelnen möglich und insbesondere zur Frage nichts gesagt, ob diese jeweils individuell Antisemiten seien oder nicht.

In der Identifizierung mit dem Angreifer übernehmen die Subjekte das »Urteil, das von der Autorität [hier: Israel, N. Sch.] über sie gesprochen oder von ihnen antizipiert wird«²⁵, projizieren aber »seinen Anlass aber gleichzei-

²⁴ Hier spielt auch die antisemitische Vorstellung von sjüdischer Rachsuchtkeine Rolle.

²⁵ Anna Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

tig nach außen.« Das Urteil, um das es hierbei geht, ist das über den Antisemitismus, insbesondere in seiner Form als »Israelkritik«. Sie erlernen von Israel also, dass man Israel nicht kritisiert, ein Prozess der Übernahme einer Moral im schlechten Sinn, der am beschriebenen Wandel der Positionen zu Israel gut nachzuvollziehen ist. So erklärt sich bei dieser Minderheit von Neuen Rechten das Insistieren auf den neuen, proisraelischen Positionen. Es ist keine reflektierte Position in dem Sinn, dass sie begriffen hätten, was Antisemitismus ist und warum Israel zu kritisieren antisemitisch ist, es ist eine autoritär übernommene Nachahmung.

Für die Identifizierung mit Israel als Angreifer ist jedoch neben der Zuschreibung von Autorität der zweite Teil der doppelten Charakterisierung Israels notwendig. Denn wenn Antisemitismus zugrunde liegt, ist der Jude unter den Staaten, die Staat gewordene Zentrale der jüdischen Weltverschwörung, kein geeignetes Objekt der Identifizierung.

Der Antisemitismus kennt neben der klassischen antisemitischen Figur des Juden auch die Figur des Ausnahmejuden. Dieser wird gesehen, wie man sich selbst sieht – tendenziell sogar für ein bisschen besser gehalten: bürgerlich im Bürgertum, arbeitsam in der Arbeiterklasse, anständig, verlässlich, in Ordnung; jedenfalls nicht so, wie der Jude im antisemitischen Bild gezeichnet wird. Indem der Antisemit Ausnahmen benennt, behauptet er vor anderen wie vor sich selbst, gar kein Antisemit zu sein, sondern rationale Gründe für die Regel der Ablehnung der Juden als solche zu haben, die von den Ausnahmen, der Minderheit in der Minderheit, bestätigt werde. Diese belegen dann, dass man gar kein Antisemit sei und behaupten so rationale Urteilsfähigkeit, wo nur Ressentiment vorhanden ist. Die Ausnahme ist deshalb prekär, wie Hannah Arendt schon 1946 schrieb: »The events of recent years have proved that the bexcepted Jew is more the Jew than the exception. «27

Israel nun wird als geopolitische Reproduktion dieser Figur gesehen, als Ausnahmejude – gleichzeitig zur klassisch antisemitischen Zuschreibung von Autorität und Fähigkeit zur Strafe. Es gibt aber Unterschiede in den Bedingungen der Formulierung antisemitischer Bilder zwischen den Vereinigten Staaten in den 1940er Jahren, wo die *Studien zum autoritären Charakter* von Adorno et al. auf Basis von Interviews geschrieben wurden, und Deutschland und Österreich nach der Jahrtausendwende. Insbesondere ist es hier und heute nicht

²⁶ Vgl. Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1973, S. 130ff.

²⁷ Hannah Arendt, »Privileged Jews«, in: Jewish Social Studies, Vol. 8, No. 1/1946, S. 3–30, hier: S. 4.

mehr so einfach möglich, die unverblümte antisemitische Regel des Judenbildes auszuplaudern; die Mehrheit der Menschen folgt dem Tabu, dem der offene Antisemitismus seit der Shoah unterliegt.

In den 1940er Jahren verlief die Trennung regelmäßig noch explizit zwischen ›den Juden‹ allgemein und ›dem Ausnahmejuden‹ konkret. In den Interviews für die *Studien zum autoritären Charakter* wurden als Ausnahmen persönlich bekannte Juden und Jüdinnen benannt oder etwa solche, die »wirklich reizend sind, aber [...] keine vollblütigen Juden«. An sich, sagt ein und dieselbe Frau, verhalte es sich aber wie folgt: »Die Juden halten zusammen, sind hinter dem Geld her; sie beschwindeln einen. Die Juden machen die großen Geschäfte. Es sieht so aus, als würden sie bald das Land regieren.«²⁸ Sie spricht also noch, wie andere auch, explizit von ›den Juden‹ und ihren – negativen – Eigenschaften. Das ist heute nicht mehr möglich, wenn man gesellschaftlich ernst genommen werden will.

Was aber nach wie vor möglich ist, ist die Ausnahme zu benennen. Sie bestätigt als ausgesprochener Teil den unausgesprochenen Antisemitismus als Ganzes. Während sie explizit gemacht wird, sorgt das Tabu, das auf dem offenen Antisemitismus liegt, dafür, dass er nicht mehr offen artikuliert wird. Und die Ausnahme, die in Israel gesehen wird, ruft Neid hervor: Während gerade von der Neuen Rechten ein vermeintlicher Untergang des starken Nationalstaats beklagt wird, können sie, die auf ›Volkssouveränität‹ drängen, in Israel Eigenschaften erkennen, die sie beneiden: Mit zwar großteils nicht festgelegten, aber gut verteidigten Grenzen, einem starken, schlagkräftigen Militär samt Wehrpflicht und dem angeblichen Ziel einer ethnisch homogenen, jüdischen Bevölkerung, als was seine Konstitution als jüdischer Staat missverstanden wird, erscheint es ihnen als Vorbild jenes Nationalismus, den sie selbst auch für Deutschland, Österreich oder Europa möchten.²⁹ Israel erscheint in diesem projektiven Bild, das mit der israelischen Realität einer grundsätzlich heterogenen Gesellschaft wenig gemein hat, so, wie sie ihre eigenen Staaten auch gerne hätten.

Dieses positive, projektive Bild von Israel, die geopolitische Reproduktion der Figur des Ausnahmejuden schafft die Möglichkeit für den positiven Bezug. Als Repräsentant der Minderheit in der Minderheit wird es aus der »jüdischen

²⁸ Interviewpartnerin F109, zitiert nach Theodor W. Adorno, *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a.M. 1973, S. 133.

²⁹ Vgl. hierzu bereits 1979: Bernd Marin, Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder, Frankfurt a.M./New York 2000, S. 128.

Weltverschwörung ausgeklammert. Beide Bilder von Israel, die gleichzeitig bestehen und auf denen die Identifizierung mit dem Angreifer ruht, gründen so in antisemitischen Projektionen – Israel als Jude unter den Staaten und als Figur des Ausnahmejuden.

Ein wesentlicher Teil der Identifizierung mit dem Angreifer, an dessen Stelle Israel tritt, ist die Projektion der eigenen verdrängten Schuld. Das Subjekt »introjiziert die kritisierenden Autoritäten [hier: Israel, N. Sch.] als Über-Ich und ist imstande, seine verbotenen Regungen [hier: den Antisemitismus, insbesondere als Antizionismus, N. Sch.] nach außen zu projizieren. [...] Es erlernt, was verurteilt werden soll, schützt sich aber mithilfe dieses Abwehrvorgangs gegen die Unlust der Selbstkritik. Das Wüten gegen den Schuldigen in der Außenwelt dient ihm als Vorläufer und Ersatz des Schuldgefühls.«30 Als Projektionsflächen für diese abgewehrte Schuld finden sich insbesondere zwei Minderheiten, auf die die Aggression, die in der Identifizierung mit dem Angreifer entsteht, sich richtet: Linke und Muslime. Beides sind zwar falsche Verallgemeinerungen, aber es mangelt nicht an linkem und islamischem Antisemitismus, der sich insbesondere als »Israelkritik« zeigt. Jedes Mal, wenn Israel Krieg führt gegen den Terror, ist dies auf den Straßen insbesondere westlicher Staaten zu beobachten. An diesen Antisemitismus kann sich die abwehrende Schuldzuweisung heften, wie in zahlreichen Verlautbarungen quer durch die Rechte nachzuvollziehen ist, in denen es heißt, die eigentlichen Antisemiten seien Linke und Muslime. Gegen die Linken, die ohnehin mindestens politische Feinde der Rechten sind, wird politisch Stimmung gemacht, tatsächliche oder vermeintliche Muslime, bereits Objekte rassistischer Ressentiments, sollen abgeschoben werden. So wird der Antisemitismus als ganzer externalisiert und das eigene politische Lager scheint freigesprochen, ja gar als wahre Kraft gegen den Antisemitismus – während man ihn in den eigenen Reihen munter weiter tolerieren, fördern oder selbst äußern kann.

Opferrolle und Verdrängung des Antisemitismus

Abgesehen davon, dass der Kampf gegen den Antisemitismus vor allem den in den eigenen Reihen adressieren sollte, wenn die Parole »Gegen jeden Antisemitismus« ernst gemeint ist, liegt in der Identifizierung mit Israel ein weiteres Problem: die Verdrängung und Verharmlosung des Antisemitismus selbst,

³⁰ Anna Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

der sich gegen Israel richtet. Er ist die Besonderheit der israelischen Existenzbedingungen, die in diesem Neid verschwindet. Die Situation, in der Israel sich befindet, kann nicht einfach auf Europa übertragen werden. Israel hat die Eigenschaften – gesicherte Grenzen, starkes Militär, verbreitetes nationales Ethos – an die der Neid sich heften kann, weil es sie braucht, um sich gegen die antisemitisch motivierten Vernichtungsdrohungen insbesondere aus der näheren Umgebung zu verteidigen. Solche gibt es gegen Deutschland und Österreich nicht. Die Übertragung ist also nicht nur falsch, sie verharmlost auch den Antisemitismus, der Israel ständig bedroht. Hier kommt auch die lustbesetzte Angst vor dem Ausnahmezustand zum Tragen, in dem sich Israel ständig befindet und in den man sich selbst auch sehnt. Was dann nämlich möglich wäre, ist wiederum an Zitaten Alexander Gaulands ersichtlich.

In einer Rede, die er im April 2018 anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Staates Israel im deutschen Bundestag hielt, sagte Gauland unter anderem, Deutschland sei nach zwei Weltkriegen »ein postheroisches, in gesicherten Grenzen lebendes Land. Israel aber muss jeden Tag neu um seine Existenz und Anerkennung in einer feindlichen Umwelt ringen.«31 So weit, so richtig. Später wiederholte er, was er schon öfter gesagt hatte, und legte sich endgültig fest darauf, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison gehöre. Das bedeute aber auch, dass im Ernstfall deutsche Soldaten an Israels Seite zu kämpfen und auch zu sterben hätten. Abgesehen davon, dass Israel daran kein Interesse hat: Diese Worte, auf die Gauland wohl aufgrund ihrer heldenhaften Konsequenz – ein Deutscher steht zu seinem Wort, und wenn er dafür in den Tod geht - stolz ist, sind in Kombination mit seinem auf dem Kyffhäusertreffen 2017 geäußerten Wunsch zu betrachten, wieder stolz auf die »Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«32 sein zu dürfen. Diese Taten – sie sind nicht zu haben ohne die Beteiligung an der Shoah – waren also im Umkehrschluss heroische Akte, die Soldaten die Helden aus den besseren Zeiten, als Deutschland noch kein »postheroisches, gebrochenes Land« war. Die prospektive, konsequente Aufopferung für die Staatsraison, für Deutschland an Israels Seite zu sterben, ist deshalb zu deuten als der verschobene Ausdruck

o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, bundestag.de, 26.4.2018, https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2623.

³² o. A., »Gauland will stolz sein >auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen«, fr.de, 14.09.2017, https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-de utscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html (letzter Abruf 27.08.2021).

des Wunsches nach neuen deutschen Heldentaten. Es geht also Gauland nicht um Israel, den »Fremdkörper«, der »arabisches Land besetzt« halte, wie er Anfang des Millenniums schrieb, sondern es kommt die Identifizierung zum Tragen: Gauland hätte nach dieser Interpretation gern, dass Deutschland sich verteidigen müsste, wie es Israel muss, weil dann den deutschen Heroen das Feld offen stünde.

Das Interesse, das in dieser Identifizierung deutlich wird, liegt darin, sich selbst an die Stelle Israels zu setzen: An die Stelle des von allen Seiten bedrohten Opfers, das gleichzeitig stark genug und aufgrund der allseitigen Angriffe legitimiert ist, sich mächtig, militärisch und nationalistisch zu verteidigen.

Dass es in der Identifizierung mit Israel als Angreifer nicht um Israel, sondern um diejenigen geht, die auf Grundlage dieser Bilder sich positiv zu Israel stellen, zeigt auch der Blick auf die psychoanalytische Bedeutung der Identifizierung. Ihr körperliches Vorbild ist die Einverleibung, die drei Bedeutungen hat: Das Subjekt (diese Rechten) führt sich durch die Einverleibung des Objekts (Israel) Lust zu, das Objekt wird vernichtet oder das Subjekt eignet sich Eigenschaften des Objekts an, indem es das Subjekt in sich aufnimmt.³³ Auf eine gewisse Weise sind alle drei Bedeutungen der Einverleibung in der Identifizierung mit Israel von rechts vorhanden, in keiner der drei aber spielt das Objekt, Israel, eine eigenständige Rolle. Es liegt also unter Umständen nicht einmal eine politische, auf konvergierenden Interessen beruhende proisraelische Haltung vor, die voraussetzen würde, dass Israel als eigenständiges Objekt anerkannt wird, mit dem man in Beziehung treten könnte - geschweige denn Solidarität mit Israel, die in der Kritik des Antisemitismus begründet wäre. Je stärker die Identifizierung, desto weniger erscheint Israel als solch eigenständiges Objekt und desto mehr verleiben sich die Neuen Rechten Israel und seine wunderbaren und gefürchteten Eigenschaften ein. Dies bedeutet auch, dass ihr Israelbild sich immer weiter an ihre projektiven Wünsche angleicht und das real existierende Israel mit seiner realen Bevölkerung immer weniger zählt.

Außerdem ist die Identifizierung der Nachfolgegesellschaften des NS-Staates mit Israel eine Form der Schuldabwehr.³⁴ Dem ungebrochen

³³ Vgl. Jean Laplanche/Jean-Bertrand Pontalis, Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt a.M. 1994, S. 128.

³⁴ Diesbezüglich ist auch die Formulierung von Gauland vielsagend, »Hitler und die Nazis« seien nur »ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte« gewesen: Der Vogelschiss kommt unverschuldet auf den zu-

positiven Bezug auf die deutsche oder österreichische Geschichte steht, ganz zu Recht, die Shoah im Weg. Im klassischen israelbezogenen Schuldabwehrantisemitismus wird, um die eigene Schuld oder jene der eigenen Vorfahren oder Gesellschaft zu relativieren, Israel vorgeworfen, es handle wie die Nazis, wodurch deren Verbrechen relativiert werden. Hier aber, durch die Identifizierung mit Israel, dem Staat, der schuldhaft mit der Shoah am allerwenigsten zu tun hat, rückt man die eigene Gesellschaft ein Stück weiter weg von ihren Taten und hin zur Autorität Israel, sodass eben jener positive Bezug möglich wird, der die Alte wie die Neue Rechte ganz zentral umtreibt.

Bereits in seiner Verurteilung der antisemitischen Demonstrationen im Sommer 2014, als Hamas und Israel im Gazastreifen Krieg führten, zeigte sich, wie Gauland Deutschland mit Israel identifiziert: »Gerade wir Deutschen sind nach 1945 froh gewesen, dass uns keine kollektive Schuld zugeschoben wurde. Umso mehr müssen wir die kollektive Verantwortung für das Geschehen im Gazastreifen, die unseren jüdischen Mitbürgern aufgeladen wird, zurückweisen.«35 Die Autorität, die den Deutschen nach 1945 keine kollektive Schuld »zugeschoben« habe, bleibt mit der passiven Verbform unbenannt, dennoch übt sich Gauland in Dankbarkeit einer Autorität gegenüber, die das durchaus gekonnt hätte. In Identifizierung mit dieser urteilenden und vergebenden Autorität nun formuliert er einen moralischen Anspruch, dem Deutschland heute genügen müsse, weil dieser Anspruch damals – in seinen Augen richtigerweise - gesetzt wurde. Dabei unterlagen nach der Shoah und der Niederlage Deutschlands die Deutschen dem Wohlwollen der Autorität, heute sind die Deutschen diese Autorität und die »jüdischen Mitbürger«, also deutsche Juden diejenigen, denen die Gnade des Freispruchs von der kollektiven Schuld durch die Deutschen, die zudem als nichtjüdisches Kollektiv erscheinen, zuteilwird. Dabei macht Gauland implizit nicht nur diese Deutschen zu gnädigen Richtern über die deutschen Jüdinnen und Juden (und nicht einmal >nur< über das israelische Militär), er stellt auch die Shoah und die israelische Verteidigung

fällig Anwesenden, hinterlässt einen Fleck auf ihm – und hinterher hat er die unangenehme Aufgabe, diesen Schandfleck möglichst unauffällig wegzuputzen. Vgl. o. A., »Gauland bezeichnet NS-Zeit als »Vogelschiss in der Geschichte««, welt.de, 02.06.2018, https://www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/AfD-C hef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html (letzter Abruf: 27.08.2021).

Zitiert nach Gideon Botsch/Christoph Kopke, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 178–294, hier: S. 186f.

gegen antisemitische Gewalt auf eine Stufe. Jene war einst Anlass für das damals nicht gesprochene Kollektivurteil, diese ist Anlass für das Kollektivurteil, das heute auszubleiben habe. Ganz nebenbei erscheinen der Zweite Weltkrieg und die Shoah als der israelischen Verteidigung gegen die heutigen bewaffneten Antisemiten ebenbürtig.

Von Minderheiten in der Minderheit der proisraelisch auftretenden Rechten wird die autoritäre Identifizierung in Teilen auch explizit gemacht. Der FPÖ-Politiker und Polizeigewerkschaftler Werner Herbert verteidigte 2014 die österreichische Polizei gegen Vorwürfe der Wiener NGO ZARA, die Polizei betreibe Ethnic Profiling, also Polizeirassismus. Er bestritt dieses Vorgehen dabei nicht etwa oder versuchte, es durch konkrete Erfolge zu legitimieren, sondern wollte es dadurch rechtfertigen, »dass die israelische Polizei und Armee diese Vorgehensweise seit Jahren mit großem Erfolg einsetze.«36 Nun wäre es absurd anzunehmen, dass es in Israel kein Ethnic Profiling gäbe. Es geht hier aber nicht um tatsächliche oder vermeintliche israelische Polizeipraxis, sondern darum, wie die FPÖ österreichischen Polizeirassismus mit dem Verweis auf die Autorität Israel zu legitimieren trachtet und was sie damit eigentlich meint: »Den Israelis kann wohl auch ZARA nicht Antisemitismus und Rassismus vorwerfen.«37 Das ist offensichtlich Unsinn, denn gerade der Rassismusvorwurf wird ständig an Israel gerichtet. Man könne aber, wenn man den Israelis keinen Rassismus vorwerfen könne, der österreichischen Polizei diesen >ebenfalls< nicht zur Last legen, weil sie angeblich das Gleiche mache wie die israelische. Die Analogie zwischen israelischer und österreichischer Polizei steht pars pro toto einer Gleichsetzung von Israel und Österreich, die vor allem in Sachen Sicherheit schlicht unvergleichbar sind: In Israel werden ständig Anschläge verübt bzw. verhindert und ein Krieg kann jederzeit ausbrechen. In Österreich nicht, wenn es auch islamischen Terror und Gewalt dort ebenfalls gibt. Diese Gleichsetzung beruht auf dem Ausblenden jeglicher Empirie und – mindestens – der Abstraktion vom Antisemitismus, dem Israel und jüdische Israelis ausgesetzt sind, Österreich aber eben nicht. Es geht hier an keiner Stelle um Israel, das nur als Blaupause für die Suggestion eines in Österreich ebenfalls bereits bestehenden und voller Angstlust herbeigesehnten Ausnahmezu-

³⁶ o. A., »FPÖ-Herbert: ZARA-Report ist völlig unerheblich. Anti-Rassismus-Stelle ZA-RA auf linkem Auge blind«, ots.at, 21.03.2014, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140321_OTS0176/fpoe-herbert-zara-report-ist-voellig-unerheblich (letzter Abruf: 27.08.2021).

³⁷ Ebd.

stands herhalten muss. Die Gleichsetzung bedient das Bedürfnis, selbst Opfer zu sein, endlich sagen zu dürfen, dass »täglich Österreicher diskriminiert, überfallen, beraubt, verletzt oder bestohlen werden«, und zwar von »einer Vielzahl ausländischer Gewalttäter«. ³8 Es geht bei der FPÖ nicht um Terror, dessen Abwehr der israelische Sicherheitsapparat in erster Linie dient und dessen unerwähnte Implikation in die Gleichsetzung die Autorität erhöht, sondern um angebliche oder tatsächliche herkömmliche Vergehen und Straftaten. Eine Ex-Nazi-Partei der Täternation stilisiert Österreich nicht nur zum Opfer gewaltiger Ausländerkriminalität, sie insinuiert auch, diese Bedrohung sei wie jene in Israel, die Ausländerkriminalität wie der Antisemitismus und die Österreicher folglich wie die Juden.

Heinz-Christian Strache machte das übrigens 2012 explizit, als er auf dem WKR-Ball der deutschnationalen Burschenschaften in der Wiener Hofburg anlässlich von Protesten gegen den Ball über die Ballgäste sagte: »Wir sind die neuen Juden« und Angriffe auf Burschenschafterbuden angeblich »mit Brandsätzen« mit der, so Strache wörtlich, »Reichskristallnacht« verglich.³⁹

Auch aus dem Dunstkreis der Juden in der AfD (JAfD), einer Vereinigung von recht wenigen Personen, die eine Minderheit und deutschen Jüdinnen und Juden repräsentieren, kommen solche Gleichsetzungen. Orit Arfa, eine US-amerikanisch-israelische jüdische Journalistin, die in Berlin lebt, schreibt im von den JAfD herausgegebenen Band Was Juden zur AfD treibt über »die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«. ⁴⁰ Sie vergleicht zwei »Operationen«, den israelischen »Rückzug aus Gaza« im Jahr 2005, der unter dem Namen des größten ehemaligen Siedlungsblocks im Gazastreifen Gush Katif in die Geschichte einging, und die angebliche »Öffnung der deutschen Grenzen« im Jahr 2015. 2005 habe der damalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon beschlossen, Gaza »zur Belohnung an Terroristen zu übergeben, die während der seit 2001 andauernden zweiten Intifada hunderte Juden ermordet hatten.« Um das verstehen zu können, müsste sie sich zugleich fragen: »Warum hat Merkel, die früher konservative

³⁸ Ebd

o. A., »Ungeheuerliche Provokation«, orf.at, 31.01.2012, https://orf.at/v2/stories/21023 24/2102303/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

⁴⁰ Orit Arfa, »Dämonisierung und Popkultur. Über die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland, Bad Schussenried 2019, S. 103–114, hier: S. 103.

Anführerin, so viele arabische Muslime in dieses Land gelassen? Und warum folgten ihr so viele Menschen?««41 Tatsächlich folgte in den Jahren nach der Räumung des Gazastreifens die Machtübernahme der Hamas und der Terror aus dem Gebiet gegen Israel intensivierte sich. Die Siedler von Gush Katif hätten recht behalten, und »[e]benso bewahrheiteten sich die Vorhersagen der AfD als richtig. Einige Migranten begingen schreckliche Tötungsdelikte. Es gab Massenangriffe auf Frauen.« Arfa schreibt weiter: »Die AfDler durchliefen nicht die schreckliche Vertreibung der Gush Katifer, aber auch sie fürchteten um ihren Lebensunterhalt, ihre Häuser.«42 Beide, AfD und die Siedler von Gush Katif, die den Gazastreifen nicht räumen wollten, hätten nämlich vor den jeweiligen »Operationen« zu Recht vor deren Konsequenzen gewarnt und seien dafür beide mit den gleichen Namen verunglimpft worden: »Extremisten, Rassisten, Kriegstreiber.«43 Wenn man Arfas Argumentation folgt, ist also die AfD in Deutschland die Partei, die davor gewarnt habe, den gleichen Fehler zu begehen wie Israel mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen, also vor dem drohenden antisemitischen Terror, der nach Deutschland mit der »Öffnung der Grenzen« gekommen sei.

Eines der Grußworte zum zitierten Buch schrieb Andreas Kalbitz, der 2020 aus der AfD ausgeschlossen wurde (ein Verfahren gegen seinen Parteiausschluss ist anhängig), weil er seine frühere Mitgliedschaft in der neonazistischen Heimattreuen deutschen Jugend (HDJ) verschwiegen hatte. Er schreibt darin, nach dem »singulären Kulturbruch des Holocaust«⁴⁴ könne eine »verantwortungsvolle Gestaltung« nur erfolgen, wenn man »keine neuen ideologisch motivierten »Menschheitsbeglückungsexperimente« zulasse – er bezieht sich auf die Shoah. »Ein solches Experiment« vollziehe sich aber mit der »massenhaften Zuwanderung vornehmlich moslemischer Migranten«.⁴⁵ Das Recht auf Asyl sei also auf dem besten Wege, in einem zweiten Holocaust zu münden, nur vermutlich einem an den Deutschen. Solche offenen Relativierungen sind aber selten unter jenen Rechten, die sich wie auch immer positiv auf Israel beziehen.

⁴¹ Ebd., S. 105.

⁴² Ebd., S. 113.

⁴³ Ebd., S. 108.

⁴⁴ Andreas Kalbitz, »Grußwort«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), Was Juden zur AfD treibt, S. 15.

⁴⁵ Ebd., S. 16.

Auch in Sachen Grenzschutz wird Israel immer wieder zum Vorbild degradiert. Anfang des Jahres 2018 etwa sah es kurz so aus, als ob Israel Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt vor allem aus Eritrea und dem Sudan vor die Alternative >freiwillige Ausreise < gegen Geld oder Gefängnis stellen könnte; auch wurden Pläne breiter diskutiert, diese nach Uganda und/oder Ruanda abzuschieben. Das Vorhaben scheiterte weitestgehend am gesellschaftlichen Protest, an Gerichtsurteilen und schließlich doch an den fehlenden Aufnahmeländern. Noch bevor dies aber klar war, sagte Georg Pazderski, heute Fraktionsvorsitzender der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, der israelischen Realität nicht nur vorgreifend, sondern sie verfälschend: »Wir sollten uns ein Beispiel an Israel nehmen, das mit Grenzsicherung und Zuwanderung jahrzehntelange Erfahrungen gemacht hat. Auch wir sollten endlich absichern und abschieben.«46 Auch Beatrix von Storch griff das Thema in einer Rede im Bundestag auf. Im Kontext des sogenannten Marsches der Rückkehr sogenannter palästinensischer Flüchtlinge, in dessen Rahmen teilweise bewaffnete Bewohner Gazas versuchten, den Grenzzaun nach Israel zu überwinden, um dort Juden zu ermorden, 47 sagte sie, vollkommen zu Recht: »Die Zukunft Israels hängt von dem Schutz seiner Grenzen ab«, um sogleich zu verallgemeinern: »Eine Welt offener Grenzen ist mit dem Existenzrecht Israels nicht vereinbar.«⁴⁸ Damit war die deutsche Bundesregierung adressiert, die 2015 die Grenzen geöffnet habe. Diese Gleichsetzung von Jihadisten, die Raketen schießen und mit Feuerdrachen Flächenbrände in Israel legen⁴⁹, mit Flüchtlingen, von denen zumindest die meisten in Europa vor allem überleben wollen, ist ganz generell menschenfeindlich, vor allem aber eine Verharmlosung des Antisemitismus, der dort, anders als hier, unmittelbar das Motiv für den Grenzübertritt ist.

⁴⁶ o. A., »Georg Pazderski: Israel macht es vor – Afrikanische Migranten werden ausgewiesen«, afd.de, 05.02.2018, https://www.afd.de/georg-pazderski-israel-macht-es-vor-afrikanische-migranten-werden-ausgewiesen/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

⁴⁷ Vgl. etwa Anna Ahronheim, »High alert on Gaza border after string of incursions«, *jpost.com*, 28.03.2018, https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/High-alert-on-Gaz a-border-after-string-of-incursions-547339 (letzter Abruf: 27.08.2021).

o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, bundestag.de, 26.4.2018, https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2631.

⁴⁹ Vgl. etwa Matan Tzuri, »Kite terror continues to strike Gaza border communities«, ynetnews.com, 05.08.2018, https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-525486 8.00.html (letzter Abruf: 27.08.2021).

Realpolitik

Trotz des instrumentellen Charakters - der nicht zu verwechseln ist mit bewusster Manipulation oder Strategie - der proisraelischen Äußerungen jener rechten Minderheit sind darin mitunter richtige Dinge formuliert. Das gesamte politische Klima macht es diesen Politikern immer wieder leicht, sich in Abgrenzung zum politischen Konsens als proisraelisch zu positionieren. Seit Langem können deutsche Außenminister nicht beantworten, wie sie dafür sorgen wollen, dass Hilfsgelder nicht bei den regierenden Terrororganisationen landen: Zuletzt wich Heiko Maas dieser Frage aus, nachdem er im Mai 2021 40 Millionen Euro humanitärer Hilfe für Gaza zugesagt hatte.⁵⁰ Nur deshalb kann beispielsweise Beatrix von Storch im Bundestag, ebenfalls in der bereits zitierten Rede zum 70. Jahrestag der israelischen Staatsgründung, zurecht kritisieren, dass mit deutschen »Steuergeldern Judenhass und Israelfeindschaft im Nahen Osten«51 finanziert wird. Sie meinte damals die unter anderem von Deutschland finanzierte UNRWA, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinenser. Diese ist vor allem im Gazastreifen eng mit den Strukturen der Hamas verwoben und in ihren Schulen werden antisemitische Inhalte gelehrt. 52 Von anderen Problemen, etwa dem israelfeindlichen Abstimmungsverhalten auch Deutschlands bei den Vereinten Nationen, ganz zu schweigen.

Auch ist es möglich, dass kleinere positive Schritte einer Politik gegen Antisemitismus ohne die AfD, die solche Gelegenheiten manchmal gut nützt, weniger gegangen würden: Ob etwa das längst überfällige Verbot der gesamten Hisbollah in Deutschland und die Bundestagsresolution, die die BDS-Kampagne als antisemitisch beurteilt, so zustande gekommen wären, wenn die AfD nicht vorher jeweils Anträge zu diesen Themen gestellt hätte, muss Spekulation bleiben.

In wesentlichen Punkten jedoch lassen sie Möglichkeiten ungenutzt, sich tatsächlich an die Seite Israels zu stellen, auch wenn es ebenfalls als gegen

⁵⁰ Vgl. o. A., »>40 Millionen Euro für Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen«, welt.de, 18.05.2021, https://www.welt.de/politik/ausland/video231214331/Maas-40-Millionen-Euro-fuer-Zivilbevoelkerung-im-Gaza-Streifen.html (letzter Abruf: 27.08.2021).

o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, bundestag.de, 26.4.2018, https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf (letzter Abruf: 27.08.2021), S. 2630.

⁵² Alex Feuerherdt/Florian Markl, Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin 2018, S. 237ff.

den politischen Mainstream gerichtet inszeniert werden könnte. Das iranische Regime droht Israel seit der Islamischen Revolution 1979 mit Vernichtung und baut an der Atombombe. 2015 wurde der in Israel mehrheitlich kritisierte JCPOA, der sogenannte Iran-Atom-Deal geschlossen, der dem iranischen Regime Zugriff auf Ressourcen erlaubt, die es für genau diese Zwecke sowie Repression gegen Minderheiten, die iranische Bevölkerung an sich und für seine destabilisierende Militärpräsenz in der Region einsetzt. Als 2018 die USA das Abkommen verließen und Sanktionen wieder in Kraft setzten, schrieb Alexander Gauland unter der Überschrift »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten« im AfD-Mitgliedermagazin: »Die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen muss Vorrang haben vor wirtschaftsfeindlicher Symbolpolitik.«53 Und auch die zwar parteilose, aber auf FPÖ-Ticket damals regierende österreichische Außenministerin Karin Kneissl sagte, explizit gegen Trumps Entscheidung gewandt und mit Blick auf Verhandlungen mit Nordkorea: »Eine eigene Rolle der Europäer ist vor allem dadurch gegeben, dass man das Iran-Nuklearabkommen auf Schiene hält. Das ist das Wesentliche «54

Eine proisraelische Position wäre es aber gewesen, das Ende des Deals zu unterstützen oder zumindest ein deutlich besseres Abkommen zu fordern. Beide Parteien taten das Gegenteil, stellten sich so realpolitisch gegen Israel und reihten sich in die politische Mehrheit in Deutschland und Österreich ein, die um jeden Preis am Deal festhalten will. Seither haben zwar einerseits mit Jörg Meuthen und Petr Bystron zwei prominente AfD-Politiker (bzw. ein nunmehr ehemaliger AfD-Politiker) die Bundesregierung im Januar 2020 aufgefordert, ihre »aktuelle israelfeindliche Politik« zu beenden »und die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran zu ändern.« Meuthen sagte weiter und zumindest teilweise richtig: »Steinmeier und die Bundesregierung zählen zu den letzten Vertretern westlicher Staaten, welche die Mullahs von Teheran hofieren und mit ihnen Geschäftsbeziehungen unterhalten wollen, während diese offen die Zerstörung Israels und damit einen zweiten Holocaust anstreben.« 55 Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag,

o. A., »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten«, afdkompakt.de, 15.05.2018, https://afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einhalten/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

⁵⁴ o. A., »Kneissl: Erhalt von Iran-Atomdeal für Nordkorea-Konflikt »wesentlich«, *diepresse.com*, 16.05.2018, https://www.diepresse.com/5430315/kneissl-erhalt-von-iran-atom deal-fur-nordkorea-konflikt-wesentlich (letzter Abruf: 27.08.2021).

⁵⁵ o. A., »Meuthen/Bystron: Steinmeier muss die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran beenden!«, afd.de, 22.01.2020, https://www.afd.de/meuthen-bystron-stei

Armin-Paulus Hampel, forderte aber andererseits zu Beginn der Coronakrise zwei Monate später, es »sollten die Finanzsanktionen [gegen den Iran] vorübergehend ausgesetzt werden.«⁵⁶

Dass eine tatsächliche und konsequent proisraelische Politik die Sache der parlamentarischen Neuen Rechten nicht ist, zeigt sich, neben der Position zum iranischen Regime, ohne das heute bezüglich Israel wie des gesamten Nahen Ostens keine Rechnung gemacht werden kann, auch an Delegationsreisen der AfD nach Syrien, so im März 2018 und im November 2019. Es ging wohl vor allem darum, Möglichkeiten auszuloten, Menschen aus Deutschland in das Land abzuschieben, in dem Bashar al-Assad mit iranischer Unterstützung nicht nur die syrische Bevölkerung nach wie vor terrorisiert und ermordet, sondern das auch nach wie vor mit Israel im Kriegszustand ist. Einer der Gesprächspartner der Delegation aus 2018, Hammouda Sabbagh, hatte erst kurz zuvor gesagt: »Der Krebs-Tumor Israel muss entfernt werden«. Am 19. November 2019, am Tag, an dem die AfD-Delegation dort eintraf, wurden aus Syrien vier Raketen auf Israel abgeschossen.⁵⁷

Vorbilder im früheren Postnazismus

Auch wenn die diskutierten positiven Bezugnahmen auf Israel in dieser Art neu sind, sind sie doch als Minderheitenposition und in der Form als legitimierende Identifizierung nicht präzedenzlos in der Rechten.

Die Möglichkeit der Exklusion Israels aus der ›jüdischen Weltverschwörung‹ sogar in neonazistischen Kreisen zeigt ein Gespräch zwischen Horst Mahler und Franz Schönhuber. Der Neonazi, Holocaustleugner und ehemalige RAF-Anwalt Mahler ist hinreichend bekannt, Schönhuber hatte sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet, war später Journalist und Vorsitzender der Republikaner. In einem im Jahr 2000 erschienenen Gesprächsband sagte Schönhuber, er »achte ja den israelischen Aufbauwillen. Ich finde, man soll

nmeier-muss-die-appeasement-politik-gegenueber-dem-iran-beenden/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

o. A., »Hampel: Dem Iran in der Stunde der Not beistehen«, afdbundestag.de,
 24.03.2020, https://afdbundestag.de/hampel-dem-iran-in-der-stunde-der-not-beist ehen/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

Vgl. Jan Riebe, »AfD: Zwischen Pro-Israel-Bekundungen und Antisemitismus – Teil 1«, belltower.news, 28.11.2019, https://www.belltower.news/die-afd-zwischen-pro-isra el-bekundungen-und-antisemitismus-teil-1-93495/ (letzter Abruf: 27.08.2021).

auch einen Unterschied machen zwischen dem internationalen Judentum und den Israelis.« Mahler antwortete, der israelische Staat sei »der Untergang des Judaismus in seiner säkularen Form des Mammonismus. An Israel wird diese jüdische Vergötzung des Geldes zugrunde gehen, denn Israel wird auch nur als eine sich selbst bewußte Volksgemeinschaft überleben. [...] Wir haben die Möglichkeit, Verbündete in Israel zu finden.«⁵⁸ Damit macht er Israel zur zumindest potenziell völkischen Nation, dass es selbst, quasi als Ironie der Geschichte, antisemitisch sei – auch wenn Israel selbst das noch nicht wisse.

Bei Heinrich Jordis von Lohausen wird die Identifizierung noch deutlicher. Er wurde 1907 als Sohn einer Offiziersfamilie in Klagenfurt geboren, war NS-Diplomat, später General des österreichischen Bundesheeres und Militärattaché österreichischer Botschaften, völkisch-deutschnationaler Publizist, regelmäßiger Autor von Nation und Europa und schrieb, wie auch Alexander Gauland, in Criticón, einer Zeitschrift zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

Lohausen war Geostratege und Raumtheoretiker. In seinem Plädoyer Mut zur Macht von 1979 ist ein Abschnitt im Kapitel »Die Strategische Bedeutung der Oder-Neisse-Linie« überschrieben mit »Vorbild Israel«. Dort heißt es: »Alle Völker jedoch, die sich nach oft jahrhundertelangem Ausharren das Land ihrer Träume erstritten, werden übertroffen durch eins: das Volk Israels.« Im Gegensatz zu den Juden, die sich über 2000 Jahre »das Andenken ihrer Heimat bewahrt« hätten und schließlich deshalb in ihr Land zurückgekehrt seien, meinten die Deutschen, »nach lächerlichen 30 Jahren auf das ihre verzichten zu müssen«. 59 Gemeint waren die Gebiete jenseits der titelgebenden Oder-Neiße-Linie, die in solchen Kreisen bis heute »Ostdeutschland« genannt werden, also im Sinne Lohausens zum historischen Deutschland und dem »Land ihrer Träume« gehören. Und auch, wenn die traditionellen, etwa auf Polen und Südtirol gerichteten territorialen Bestrebungen heute nur noch bei Minderheiten in AfD und FPÖ eine Rolle spielen, ist doch der Kampf um das »Land der Träume« im ethnopluralistischen Heimatschutz enthalten, der sich eben nicht universalistisch gegen Islamisierung per se richtet, sondern vom Phantasma gespeist wird, es drohe einem vor lauter >Islamisierung des Abendlan-

⁵⁸ Franz Schönhuber/Horst Mahler, Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am See 2000, S. 29f.

⁵⁹ Freiherr Jordis von Lohausen, Mut zur Macht. Denken in Kontinenten, Berg am See 1981, S. 325.

des
-, fremd im eigenen Land, in der eigenen Stadt, im eigenen Bezirk zu werden. 60

An anderer Stelle zieht Lohausen die Analogie zwischen Deutschland und Israel noch weiter und wird revisionistisch. In einer Abhandlung über Angriffskriege und Kriegsschuld schrieb er: »Die Geographie kennt keine Nachsicht. Dem einen erlaubt sie, was sie dem anderen versagt: ungestraft der Gegenseite den ersten Schlag zu überlassen. Was hier zuletzt für Deutschland galt, vorher für Preußen, gilt heute – in seiner Umgebung – beispielsweise für Israel.«⁶¹

Dies ist direkte Abwehr der deutschen Kriegsschuld an beiden Weltkriegen, denn Preußen und Deutschland hätten sich als »in die Enge Getriebene – wie etwa Israel vor dem Sechstagekrieg – nur durch militärischen Überfall aus ihrer Notlage retten können.« Dieser auf dem Rücken der Israelis ausgetragene Geschichtsrevisionismus verharmlost nebenbei, ganz wie die heutigen Identifizierungen mit Israel, die tatsächliche antisemitische Bedrohung gegen Israel, der weder Deutschland noch Preußen je ausgesetzt waren oder sind.

Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein

Es bleibt also festzustellen: Mitunter äußern Akteure insbesondere der parteiförmigen neuen Rechten richtige Punkte zu Israel und kritisieren zu Recht die traditionelle Politik gegenüber dem jüdischen Staat. Es geht aber darin kaum um das reale Israel mit seiner realen Bevölkerung, die mehrheitlich jüdisch ist, aber auch eine Minderheit von rund 20 Prozent gleichberechtigter arabischer Staatsbürger umfasst. Israel wird vielmehr als Autorität gesehen, an deren Stelle man sich setzen möchte. In der Kombination aus ultimativ bedrohtem Objekt des Antisemitismus und schlagkräftigem Nationalstaat – dessen Bild mehr entlang der eigenen Wünsche und Ängste als der Realität entsprechend gezeichnet wird – liegt unbewusst die Attraktivität, der eigenen

⁶⁰ Vgl. Gerhard Scheit, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue »Souveränisten«. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 165–181, hier: S. 169.

⁶¹ Freiherr Jordis von Lohausen, »Von der Gleichgewichtspolitik zur Umerziehung«, Teil 1, in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Vol. 3, Nr. 31, 1983, S. 3–7.

tendenziell völkischen und nationalistischen Politik Legitimität zu verleihen. Voller Angstlust wird der Ausnahmezustand herbeigesehnt, der ›wie in Israel‹ sei. Dabei wird der Antisemitismus verharmlost, der eben Österreich und Deutschland, wie sie sind, anders als Israel, nicht unvermittelt bedroht. Mit der Zuschreibung von Autorität an Israel, die dem Antisemitismus entlehnt ist, und dem neidvollen Blick auf Israel als geopolitische Reproduktion der Figur des Ausnahmejuden liegen dieser Identifizierung, also dem Willen, an Israels Stelle zu sein, zwei antisemitische Bilder zugrunde.

Abwehr, nicht Abwehrstrategie

Der positive Bezug auf Israel von einer Minderheit der (extremen) Rechten und der gleichzeitige, teilweise berechtigte Vorwurf des Antizionismus an andere, ist also mit dieser Analyse weniger als Abwehrstrategie gegen Antisemitismus-vorwürfe zu betrachten, sondern vielmehr als Abwehr des Antisemitismus in den eigenen Reihen. So wird einerseits die notwendige Selbstkritik vermieden, andererseits entgeht man vermeintlich der gefürchteten Strafe durch Israel, dem man Autorität zuschreibt. Dass Israel AfD und FPÖ nach wie vor boykottiert, muss dabei verdrängt werden. Die Zuschreibung von Autorität allerdings ist dabei keinesfalls ein exklusiv rechtes Phänomen – nur deshalb kann ja die >Israelkritik quer durch die Gesellschaft als mutiger Akt erscheinen, der angeblich mit Sprechverboten oder Zensur belegt sei.

Für eine tatsächliche Abkehr vom Antisemitismus müsste seine autoritär übernommene Ablehnung »als Über-Ich-Forderung auf dem Boden des Ichs mit der Wahrnehmung des eigenen Vergehens«⁶² zusammentreffen. Voraussetzung für solche Abkehr wäre also das Eingeständnis des eigenen und sei es vergangenen Antisemitismus, was aber angesichts des gesellschaftlichen Tabus und des Charakters des Antisemitismus als geschlossenes Weltbild kaum vorstellbar ist. Das Subjekt hätte zudem »von diesem Entwicklungsstadium an die größere Unlust zu ertragen, die Selbstkritik und Schuldgefühl in ihm erzeugen.«⁶³ Deshalb bleibt der Antisemitismus von mehr oder weniger proisraelischen Positionierungen, die auf dieser Identifizierung beruhen, meist unangetastet.

⁶² Anna Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a.M. 1990 [1936], S. 92.

⁶³ Ebd.

Literatur

- Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1973.
- Ahronheim, Anna, »High alert on Gaza border after string of incursions«, *jpost.com*, 28.03.2018, https://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/High-alert-on-Gaza-border-after-string-of-incursions-547339 (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Améry, Jean, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders., *Widersprüche*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1980, S. 242–249.
- Arendt, Hannah, »Privileged Jews«, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 8, No. 1/1946, S. 3–30.
- Arfa, Orit, »Dämonisierung und Popkultur. Über die mögliche Vorbildfunktion der israelischen Rechten für Deutschland«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland, Bad Schussenried 2019, S. 103–114.
- Beck, Eldad, אנחנו נגד אנטישמיות והחברות עם ישראל חשובה לי מאוד «, is-raelhayom.co.il, 20.07.2017, https://www.israelhayom.co.il/article/491759 (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, »Antisemitismus ohne Antisemiten?«, in: Beate Küpper/Andreas Zick (Hg.), Wut Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 178–294.
- Bruhn, Joachim, »Nichts gelernt und nichts vergessen«. Ein Schema zur Geschichte des Antizionismus in Deutschland«, in: ders., Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg/Wien 2019 [1994]. S. 245–252.
- Eichler, Hagen, »Internet-Hetze holt AfD-Mann ein«, volksstimme.de, 02.06.2016, https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/internet-hetze-holt-afd-mann-ein-1875985 (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian, Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin 2018.
- Freud, Anna, Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a.M. 1990 [1936].
- Gauland, Alexander, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: *Die WELT*, 20.09.2001.
- Gauland, Alexander, »Konservative Skepsis gegen Amerika-Debatte«, in: *Die WELT*, 20.01.2003.
- Kalbitz, Andreas, »Grußwort«, in: Vera Kosova/Wolfgang Fuhl/Artur Abramovich (Hg.), Was Juden zur AfD treibt. Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland, Bad Schussenried 2019, S. 15–17.

- Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand, Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt a.M. 1994.
- Lichtmesz, Martin, »Israel und Demographie (2)«, sezession.de, 02.06.2021, https://sezession.de/64290/israel-und-demographie-2 (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Lohausen, Freiherr Jordis von, *Mut zur Macht. Denken in Kontinenten*, Berg am See 1981.
- Lohausen, Freiherr Jordis von, »Von der Gleichgewichtspolitik zur Umerziehung«, Teil 1, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Vol. 3, Nr. 31, 1983, S. 3–7.
- Marin, Bernd, Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder, Frankfurt a.M./New York 2000.
- Radonić, Ljiljana, »Psychopathologie der Normalität. Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie« in: Stephan Grigat (Hg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg 2006, S. 79–98.
- Riebe, Jan, »AfD: Zwischen Pro-Israel-Bekundungen und Antisemitismus Teil 1«, belltower.news, 28.11.2019, https://www.belltower.news/die-afd-zwischen-pro-israel-bekundungen-und-antisemitismus-teil-1-93495/ (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Rosenberg, Alfred, Der staatsfeindliche Zionismus, München 1943 [1922].
- o. A., »Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa«, yumpu.com, o.J., https://www.yumpu.com/de/document/read/5159241/wir -und-der-islam-freiheitlicher-parlamentsklub (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ: Strache: Jerusalemer Erklärung«, ots.at, 07.12.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0199/fpoe-strache-jerusalemer-erklaerung (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., » Ungeheuerliche Provokation «, *orf.at*, 31.01.2012, https://orf.at/v2/stories/2102324/2102303/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ-Herbert: ZARA-Report ist völlig unerheblich. Anti-Rassismus-Stelle ZARA auf linkem Auge blind«, ots.at, 21.03.2014, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140321_OTS0176/fpoe-herbert-zara-report-ist-voellig-unerheblich (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland«, afd.de, 01.05.2016, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf (letzter Abruf: 31.12.2021).

- o. A., »Gauland will stolz sein ›auf Leistungen deutscher Soldaten in Weltkriegen‹«, fr.de, 14.09.2017, https://www.fr.de/politik/gauland-will-stolz-sein-auf-leistungen-deutscher-soldaten-weltkriegen-11087638.html (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Georg Pazderski: Israel macht es vor Afrikanische Migranten werden ausgewiesen«, *afd.de*, 05.02.2018, https://www.afd.de/georg-pazderski-i srael-macht-es-vor-afrikanische-migranten-werden-ausgewiesen/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Terrorstaat Israel«, *npd.de*, 28.02.2018, https://npd.de/2018/02/terrorst aat-israel/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht 29. Sitzung«, bundestag.de, 26.4.2018, https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Atom-Abkommen mit dem Iran einhalten«, *afdkompakt.de*, 15.05.2018, https://afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einh alten/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Kneissl: Erhalt von Iran-Atomdeal für Nordkorea-Konflikt ›wesent-lich‹«, diepresse.com, 16.05.2018, https://www.diepresse.com/5430315/kneissl-erhalt-von-iran-atomdeal-fur-nordkorea-konflikt-wesentlich (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Gauland bezeichnet NS-Zeit als ›Vogelschiss in der Geschichte««, welt.de, 02.06.2018, https://www.welt.de/politik/deutschland/article17691 2600/AfD-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Ge schichte.html (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Trau dich Sachsen. Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl Sachsen 2019«, afdsachsen.de, 01.06.2019, https://www.afdsachsen.de/wp-content/uploads/2020/07/RWP_190618.pdf (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Keine Partei bezieht klarer Position im Kampf gegen Antisemitismus als die AfD«, afdkompakt.de, 27.07.2019, https://afdkompakt.de/2019/07/27/keine-partei-bezieht-klarer-position-im-kampf-gegen-antisemitismus-als-die-afd/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Meuthen/Bystron: Steinmeier muss die Appeasement-Politik gegenüber dem Iran beenden!«, afd.de, 22.01.2020, https://www.afd.de/meuthe n-bystron-steinmeier-muss-die-appeasement-politik-gegenueber-demiran-beenden/ (letzter Abruf: 31.12.2021).

- o. A., »Hampel: Dem Iran in der Stunde der Not beistehen«, *afdbundestag.de*, 24.03.2020, https://afdbundestag.de/hampel-dem-iran-in-der-stunde-der-not-beistehen/ (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »>40 Millionen Euro für Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen«, welt.de, 18.05.2021, https://www.welt.de/politik/ausland/vide0231214331/Maas-40 -Millionen-Euro-fuer-Zivilbevoelkerung-im-Gaza-Streifen.html (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »FPÖ Hofer: Bundeskanzler und Außenminister können Österreich-Beschimpfung nicht einfach aussitzen«, ots.at, 18.05.2021, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210518_OTS0078/fpoe-hofer-bundeskanzler-und-aussenminister-koennen-oesterreich-beschimpfung-nicht-einfach-aussitzen (letzter Abruf: 31.12.2021).
- o. A., »Schächten verbieten!«, *npd-nuernberg.de*, 24.6.2021, https://npd-nuernberg.com/nationalisten-tv/#/lightbox&slide=1 (letzter Abruf: 31.12.2021).
- Scheit, Gerhard, »Eingeschrumpfter Behemoth und neue ›Souveränisten‹. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD«, in: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 165–181.
- Schindler, Frederik, »AfD-Fraktionschefin posiert neben Impfgegner mit »Judenstern«-T-Shirt«, welt.de, 05.06.2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article209001277/AfD-Fraktionschefin-posiert-auf-Foto-ne ben-Mann-mit-Judenstern-T-Shirt.html (letzter Abruf: 25.08.2022).
- SerbInnen gegen Rechts, o. T., twitter.com, o6.03.2021, https://twitter.com/serbinnen/status/1368239936323850241?s=19&fbclid=IwAR1LvfmOt4iMpBO1z8Z4LeXW3xksuldbefjg82k-V8hQrVbTRFZQGkPXJYc (letzter Abruf: 25.08.2022).
- Schönhuber, Franz/Mahler, Horst, Schluß mit deutschem Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am See 2000.
- Tzuri, Matan, »Kite terror continues to strike Gaza border communities«, ynetnews.com, 05.08.2018, https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5254 868,00.html (letzter Abruf: 25.08.2022).

Dem Eigenen fremd, dem Anderen vertraut Über neurechte Perspektiven auf Islam und Muslime

Matheus Hagedorny

Dass sich die äußerste Rechte gegenwärtig durch Islamfeindlichkeit auszeichnet, gilt in der Forschung als unbestritten.¹ Über ein solch globales Urteil fallen aber gegenläufige Aspekte aus der Betrachtung, die in der deutschen Rechten zur Geltung kommen. Zwar vermittelt die ubiquitäre einwanderungsfeindliche Propaganda von rechts den Eindruck eines homogenen antimuslimischen Rassismus. Doch beantworten Rechte ihre notorische Frage danach, was deutsch ist und was nicht, nicht immer mit einem Antagonismus zwischen Deutschland und dem Islam, Deutschen und Muslimen. Es bestehen relevante weltanschauliche Differenzierungen. Aus ihnen folgen unterschiedliche Verständnisse vom Islam und von Muslimen.

Insbesondere in der seit den 1960ern bestehenden intellektuellen Subkultur der Neuen Rechten finden sich Beiträge für ein differenzierteres Islamverständnis, die Feindschaft gegen den Islam und Muslime relativieren wollen. Vor allem das Institut für Staatspolitik (IfS), der Verlag Antaios und dessen Zeitschrift Sezession, an denen sich Neue Rechte seit den 2000ern vornehmlich orientieren, kritisieren die ideologische Stoßrichtung des islamund muslimenfeindlichen Rechtspopulismus. Anhand der unterschiedlichen Problematisierung von »Islamisierung« zeigen sich ideologische Konfliktlinien zwischen Rechtspopulisten und Neuen Rechten.

In diesem Beitrag bildet diese innerrechte Auseinandersetzung den Ausgangspunkt für eine historische Rekonstruktion neurechter Perspektiven

Vgl. Aristotle Kallis, »The Radical Right and Islamophobia«, in: Jens Rydgren (Hg.), The Oxford handbook of the radical right, New York 2018 (Oxford handbooks online), S. 76–101; Lars Erik Berntzen, Liberal roots of far right activism. The anti-Islamic movement in the 21st century, Abingdon Oxon 2020, S. 1.

auf den Islam. Die Referenz auf die antiuniversalistischen Standpunkte unter Neuen Rechten kann helfen, neurechte Islamverständnisse im größeren ideologischen Zusammenhang nachzuvollziehen. Damit verbunden ist eine kritische Auseinandersetzung mit den antirassistischen Paradigmen des Orientalismus und Othering. Diese erfolgt anhand der real- und ideologiegeschichtlichen Besonderheiten eines deutschen Orientalismus und rechten Postkolonialismus. Dazu rekonstruiert der Aufsatz die argumentativen und politischen Voraussetzungen für die neurechten Islamverständnisse seit den 1960ern, bis er zum Abschluss einige ihrer wichtigen Wegmarken nachzeichnet.

Rechte Unstimmigkeiten in Sachen »Islamisierung«

Angesichts der seit den 2000ern zunehmenden Propaganda gegen muslimische Einwanderer in Deutschland und in Europa erscheint es zunächst naheliegend, die Kampagnen gegen »Islamisierung« mit dem Begriff des antimuslimischen Rassismus zu bezeichnen.² Ein genauerer Blick auf viele islambezo-

Unter diesem Begriff versammelt sich keine exakte Definition, vielmehr eine Reihe 2 von Perspektiven, die zumeist von Edward Saids postkolonialem Standardwerk Orientalismus ausgehen. Für die deutsche Forschung maßgeblich sind die Arbeiten von Iman Attia und Yasemin Shooman, welche antimuslimischen Rassismus primär als Machtverhältnis verstehen, bei dem das muslimische »Andere« und das, hier: deutsche, »Eigene« erst durch rassistische Diskurse produziert und gesellschaftlich situiert werden, vgl. Yasemin Shooman, »... weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld 2014; Iman Attia, Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld 2009. Die dekonstruktivistische Grundposition dieser Forschungsrichtung wendet sich primär gegen die Vorurteilsforschung, welche auch die Existenz von Muslimen als soziales Phänomen konstruiere und im Zuge dessen drohe, essenzialisierende und also diskriminierende Zuschreibungen zu reproduzieren, vgl. Benjamin Opratko, Im Namen der Emanzipation, Bielefeld 2019, S. 61–64. Dekonstruktion versteht sich vor diesem Hintergrund als antirassistische Strategie gegen die Marginalisierung von Muslimen. Für die Kritik von Rassismus als einer Ideologie sind die empirischen Muslime allerdings von Interesse, weil Rassismuskritik auch die empirische Unwahrheit über Muslime feststellen können sollte. Floris Biskamp kann zeigen, dass dekonstruktivistische Rassismuskritik auch aus politischen Opportunitätserwägungen von einer Diskussion des empirischen Islams Abstand nimmt. Trotzdem er grundsätzlich die machtkritische Perspektive von Iman Attia und Yasemin Shooman teilt, schränkt Biskamp ein, »dass es Arten des Sprechens geben könnte, die Antisemitismus, Geschlechternormen und Homophobie auch

gene Äußerungen Neuer Rechter fordert aber Analyserahmen heraus, die antimuslimischen Rassismus in der Essentialisierung, Dichotomisierung und Abwertung eines als muslimisch wahrgenommenen Kollektivs sehen.

Karlheinz Weißmann, einer der einflussreichsten neurechten Publizisten seit den 1990ern, warnt angesichts der Anti-Islam-Kampagne der AfD vor »Religionshaß« gegen den Islam, welcher »immer auch ein erhebliches Maß an intellektueller Anziehungskraft bewiesen [hat]«³. Der französische Pionier der Neuen Rechten, Alain de Benoist, sieht in der Assimilation muslimischer Migranten unter republikanischen Vorzeichen ein größeres Problem als in traditionalistisch-islamischer Gemeinschaftsbildung. So plädiert er für einen »differentialistischen Antirassismus«, der kollektive kulturelle Unterschiede erhalten soll und spricht sich »für einen gemäßigten Multikulturalismus aus, der vom Kommunitarismus inspiriert ist und der zugleich sowohl Assimilation wie Apartheid zurückweist.«⁴ Thor von Waldstein, Stammautor des Verlags Antaios, beklagt westliche Hegemonieansprüche und liberalen Rassismus gegen muslimische Araber und wünscht sich zwecks Widerstand gegen »Amerikanisierung« ein Deutschland, das mit islamisch geprägten nordafrikanischen Staaten und Russland ein antiwestliches Bündnis eingeht.5

Neue Rechte unterlaufen hier die binäre Aufladung des Gegensatzes von Westen und Islam. Auch die bei Rechtspopulisten beliebte Qualifizierung des Islams als antiwestliche, weil freiheitsfeindliche Religion oder Ideologie wird relativiert oder abgelehnt. Damit wird jene Dichotomisierung, eines der ausgewiesenen Kriterien für besagten antimuslimischen Rassismus, regelmäßig nicht erfüllt. Auch die apostrophierte Essentialisierung fehlt oft: Die 2012 vom Institut für Staatspolitik herausgegebene Broschüre Ist der Islam unser Feind? etwa hält die von Rechtspopulisten geschürte Angst vor einer demografischen »Islamisierung« für übertrieben und eine Assimilierung von Muslimen in begrenztem Maße für denkbar. Das IfS befürchtet den möglichen Untergang

vor dem Hintergrund muslimischer Identität und islamischer Tradition erklären, ohne dabei zu kulturalisieren, zu essenzialisieren, zu homogenisieren oder abzuspalten.« Floris Biskamp, Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie, Bielefeld 2016, S. 83.

³ Karlheinz Weißmann, »Kein Schüren von Religionshaß«, in: Junge Freiheit, Nr. 17/2016, 21.04.2016.

⁴ Alain de Benoist, Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 129.

Vgl. Thor von Waldstein, »Thesen zum Islam«, in: Compact Spezial, Heft 10, 2016, S. 76–79.

Europas jedenfalls »nicht durch den Islam, sondern mit Hilfe einzelner Moslems, mit Hilfe besonderer Gruppen von Moslems oder durch Strukturen, die Moslems aufgebaut haben. Daß Moslems ›innere Feinde‹ sein können, bestreitet nicht einmal mehr die offizielle Politik, aber der Islam als solcher bildet keine ›potentiell kämpfende Einheit‹, von der Carl Schmitt sprach und die Feindschaft konstituiert.«⁶ Neue Rechte vermeiden die Abwertung der muslimisch konstruierten Gruppe aus religiösen Motiven. Sie findet auf einer anderen Ebene statt: Mit Carl Schmitts völkischem Begriff des »inneren Feindes« legitimieren neurechte Autoren eine Aufhebung von Bürger- und Menschenrechten durch den Souverän.

Die vordergründig nicht-islamfeindlichen Wortmeldungen Neuer Rechter gehen zumeist mit der Forderung einher, die Einwanderung von Muslimen zu begrenzen, zu stoppen oder womöglich rückgängig zu machen. Trotz dieser großen, praktisch relevanten Schnittmenge mit rechtspopulistischen Politikansätzen zeichnet sich seit den 2010er Jahren ein reger ideologischer Abgrenzungswunsch zu rechtspopulistischen oder auch christlich-fundamentalistischen Islamverständnissen ab, auf die sich die Forschung zum antimuslimischen Rassismus von rechts bislang konzentriert.⁷

Die innerrechte Auseinandersetzung um den Islam erlaubt es, bei allen Schnittmengen eine Differenzierung zwischen neurechter und rechtspopulistischer Ideologie zu ermitteln. Die ideologischen Trennlinien zeigen sich in vielen Quellen. Im Vorwort für die übersetzten Schriften des norwegischen Bloggers Fjordman, auf den sich der Rechtsterrorist Anders Breivik ausführlich berief, kritisiert Manfred Kleine-Hartlage den argumentativen Zuschnitt rechtspopulistischer »Islamkritik« fundamental:

»Hierzulande nämlich artikuliert Islamkritik sich noch vor allem im Rahmen eines rechtsliberal-globalistischen Paradigmas, das insbesondere in der Leserschaft des Blogs *Politically Incorrect* seine Anhänger hat und den Islam vor allem wegen seiner Frauenfeindlichkeit, seines Antisemitismus, seines theologischen Fundamentalismus, seiner Demokratiefeindschaft

⁶ Institut für Staatspolitik, Ist der Islam unser Feind? Eine Lageanalyse, zweite Auflage, Steigra 2015, S. 35.

⁷ Vgl. Christian Röther, Islamismus von außen. Religionswissenschaftliche Analyse der islamkritischen Szene in Deutschland, Baden-Baden 2019; Oliver Wäckerlig, Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen»Islamisierung«: Events – Organisationen – Medien, Bielefeld 2019; Iman Attia/Alexander Häusler/Yasemin Shooman, Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, zweite Auflage, Münster 2014.

und Gewaltneigung, kurz: seiner offensichtlich illiberalen und totalitären Ausrichtung wegen kritisiert. So richtig und notwendig diese Kritik ist (und so sehr sich diejenigen blamieren, die etwa PI ungeachtet seiner liberalen Werteorientierung als >rechtsradikal< diffamieren): Sie blendet aus, daß nicht erst der Islam, sondern bereits Masseneinwanderung schlechthin ein Problem darstellt; daß der Dschihad primär nicht durch ideologische Unterwanderung, sondern durch ethnische Verdrängung geführt wird; daß demgemäß die Verteidigung des Eigenen Dreh- und Angelpunkt jeder Anti-Islamisierungsstrategie sein muß; daß die Masseneinwanderung Teil eines One-World-Paradigmas ist, dem die herrschenden Eliten aller westlichen Länder folgen; daß dieses Paradigma seinerseits in liberaler und linker Ideologie wurzelt und die drohende Islamisierung Ergebnis eines amoklaufenden Liberalismus ist, den man schwerlich mit noch mehr Liberalismus bekämpfen kann: daß der Vormarsch des Islam Ausdruck einer tödlichen kulturellen Krankheit des Westens ist; daß man daher von einem liberalen Standpunkt wohl den Islam kritisieren, aber nicht die Islamisierung bekämpfen kann. [...] Das Paradigma des Kampfes der Kulturen zwischen dem Westen und dem Islam wird mehr und mehr abgelöst von dem des Kampfes der Völker gegen ihre globalistischen Eliten und deren Weltverschmelzungsutopien.«8

Neurechte nehmen für sich eine konsequent zu Ende gedachte Revision von Liberalismus und Universalismus in Anspruch. Ihr Verständnis vom »Eigenen«, d.h. dem Volk, brauche daher keinen Rückgriff auf universale Wertvorstellungen wie Demokratie, Humanismus oder individuelle Rechte. Aus dieser völkisch-antiliberalen Warte heraus erklärt sich, dass es in den 2010er Jahren zu scharfen Kontroversen zwischen Neuen Rechten und Rechtspopulisten gekommen ist. Parüber wird auch nachvollziehbarer, warum die Identitäre Bewegung unter dem Slogan »Islamisierung tötet« Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern bekämpft, zugleich aber eine »Kritik der Islamkritik« formuliert; die Verteidigung »westlicher« Werte gegen den Islam ist für Identitäre »kein mobilisierender Mythos«. 10

⁸ Fjordman, Europa verteidigen. Zehn Texte, Schnellroda 2011, S. 9f.

⁹ Vgl. Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 15–22.

¹⁰ Identitäre Bewegung Deutschland e.V., »Kritik der Islamkritik 2017«, 09.07.2017, https://www.identitaere-bewegung.de/blog/kritik-der-islamkritik (letzter Abruf: 01.04.2022).

Politische Theologie: Das rechte Verhältnis zu Religion

Die Debatten um Einwanderung aus islamisch geprägten Gesellschaften werden seit den späten 1980er Jahren zunehmend »islamisiert«, was nur teilweise mit einer Hinwendung von Immigranten zur Religion kongruent ist. ¹¹ Spätestens seit den Anschlägen des 11. September 2001 wird der Islam in Deutschland als wachsendes innenpolitisches Problem wahrgenommen. Die darauf aufbauenden Erfolge antimuslimischer Mobilisierungen in Europa seit den 2000er Jahren lassen Neue Rechte fragen, inwiefern sie von negativen Wahrnehmungen der Bevölkerung in Bezug auf den Islam profitieren könnten. Denn die überwiegend negativen Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Islam speisen sich zwar zu einem Teil aus rassistischen und kulturalistischen, aber auch aus universalistisch-menschenrechtlichen, religionskritischen, feministischen und anderen Motiven. ¹²

Wegen dieser vielfältigen Einstellungsmuster sieht Karlheinz Weißmann bei antimuslimischen Kampagnen auch »die Gefahr, sich rasch in unerfreulicher Gesellschaft wiederzufinden: Schulter an Schulter mit denen, denen es tatsächlich um das Schüren von Religionshaß geht, oder im Verein mit jenen Verteidigern »westlicher Werte«, die darunter vor allem das Recht auf Obszönität, Abtreibung und die Durchsetzung der Schwulenehe verstehen.«¹³

Die Ambivalenzen im neurechten Islamverständnis sind bislang weitgehend unerforscht geblieben. Das betrifft den gesamten Bereich der Religionsauffassungen in der äußersten Rechten, der bisher nur schlaglichtartig erforscht ist, obwohl zumindest abstrakt religiöses Denken für ihre Welt-

¹¹ Nina Clara Tiesler, »Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatte«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26/27, 2007, S. 24–32.

¹² Vgl. Michail Logvinov, Muslim- und Islamfeindlichkeit in Deutschland. Begriffe und Befunde im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2017; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler/Benjamin Schilling, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012, S. 86–101.

¹³ Karlheinz Weißmann, »Kein Schüren von Religionshaß« (Anm. 3).

bilder wichtig ist. ¹⁴ Ein Erklärungsansatz für die spezifischen Hemmungen Neuer Rechter, in eine antiislamische Propaganda einzustimmen, wären Schnittmengen zwischen äußerster Rechter und Islamismus, allen voran der Antisemitismus. ¹⁵ Doch erschöpft sich dieses Verhältnis nicht in einer indirekten Positionsbestimmung über geteilte Ressentiments und Feindbilder.

Der Kampf gegen die »Entzauberung der Welt« liegt der Neuen Rechten zugrunde. 1922 beantwortete ihr Vordenker Carl Schmitt (1888–1985) in *Politische Theologie* den Säkularisierungsschub nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer neuen Begründung politischer Legitimität. Fürderhin sei die vom Gottesgnadentum befreite Souveränität ausgedrückt durch »eine reine, nicht räsonierende und nicht diskutierende, sich nicht rechtfertigende, also aus dem Nichts geschaffene Entscheidung.«¹⁶ Die Legitimierungskrise nach dem Ende der Monarchie mündete bei Schmitt in einen faschistischen Begriff des Politischen, der die Rechtfertigung der Herrschaft durch die Kirche oder Individualismus gleichsam verabschiedete: Politische Kollektivität mache sich nun über die kollektive Bereitschaft zum Töten und Getötetwerden geltend.¹⁷

Diese exoterische Verarbeitung »transzendentaler Obdachlosigkeit« (G. Lukacs) trifft im Denken der Neuen Rechten auf eine esoterische. Insbesondere der »Integrale Traditionalismus« nach René Guenon (1886–1951) und Julius Evola (1898–1974) hat viele Neue Rechte inspiriert. Interesse weckt jene von der Moderne verschüttete philosophia perennis, die mittels Initiation in

¹⁴ Vgl. Florian Höhne/Torsten Meireis (Hg.), Religion and neo-nationalism in Europe, Baden-Baden 2020; Johann Hinrich Claussen/Martin Fritz/Andreas Kubik/Rochus Leonhardt/Arnulf von Scheliha (Hg.), Christentum von rechts. Theologische Erkundungen und Kritik, Tübingen 2021; Kilian Behrens/Vera Henßler/Ulli Jentsch/Frank Metzger/Eike Sanders, Rechte Perspektiven auf Religion, Berlin 2018; Felix Wiedemann, »Das Verhältnis der extremen Rechten zur Religion«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 511–532.

¹⁵ Vgl. Volker Weiß, »Das Reich und der Islam. Kontinuitäten und Wandel aus historischer Perspektive«, in: Claudia Globisch (Hg.), *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden 2011, S. 227–244; Heribert Schiedel, »Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterdjihadismus«, in: Judith Goetz/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.), *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären*«, Hamburg 2017, S. 285–308.

¹⁶ Carl Schmitt, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 2009, S. 69.

¹⁷ Vgl. Ingo Elbe, Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne, Würzburg 2020, S. 46–67.

Geheimbünden weitergegeben werden muss, wobei viele Traditionalisten auch im Islam fündig wurden.¹⁸

Der »Geschichtsdenker« der Neuen Rechten, Ernst Nolte (1923–2016), hat den fundamentalen Überdruss an der Moderne in seiner letzten großen Studie verarbeitet, die sich dem Islamismus widmet. 19 Indem er den Islamismus als Die dritte radikale Widerstandsbewegung nach Kommunismus und Faschismus rubriziert, sieht er den Staffelstab der Antimoderne nicht mehr in den Händen des europäischen Faschismus und dessen Nachfolgern. Im 21. Jahrhundert sei weiterhin ein »Ringen zwischen Universalität und Partikularität« zu erwarten, wobei er die wachsende Wandlungsfähigkeit nationaler und kultureller Partikularismen betont. Für Nolte ist es daher denkbar, dass »zum Beispiel Zuwanderer zu besseren Kennern und Liebhabern der deutschen und europäischen Kultur werden könnten, als die in hedonistischem Genuss oder in detaillierter Wirtschafts- und Forschungstätigkeit aufgehende > Urbevölkerung < es vermag«.20 So verbindet er mit Blick auf »die (ganz überwiegend islamische) >Zuwanderung nach Deutschland und Europa ebenso sehr Hoffnungen wie Befürchtungen.«²¹ Damit ist das Prozesshafte, auch Opportunistische nationalistischer und völkischer Identitätskonstruktionen angesprochen, in dem unter Umständen auch Islam und Muslime Platz finden könnten, sofern sie dem Wunschbild entsprechen.

Vor diesem exoterischen und esoterischen Hintergrund mögen Neue Rechte als Teil des Westens beschreibbar sein, doch arbeiten sie an einer radikalen Revision westlicher Philosophie und an einer politisch-theologischen Neufundierung politischer Herrschaft, die auch auf ihre Konzeptualisierungen von »Volk« und »Rasse« ausgreift. ²²

¹⁸ Vgl. Mark Sedgwick, Gegen die moderne Welt. Die geheime Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2019.

¹⁹ Vgl. Ernst Nolte, Die dritte radikale Widerstandsbewegung: Der Islamismus, Berlin 2009.

²⁰ Ebd., S. 368.

²¹ Ebd., S. 376.

²² Vgl. Mark Sedgwick, Gegen die moderne Welt; Micha Brumlik, »Das alte Denken der Neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, 2016, S. 81–92.

Grenzen des Orientalismus-Paradigmas: Deutscher Orientalismus

Dass das teils positive Islambild der Neuen Rechten übersehen wird, mag auch dem hegemonialen Interpretationsansatz in der Rassismusforschung geschuldet sein, der sich nach Edward Saids postkolonialem Standardwerk *Orientalismus* (1978) herausgebildet hat. Für Said ist der (allein auf die arabischislamische Welt bezogene) Orientalismus »jene Kenntnis des Orients, die alles Orientalische in diese Rahmen stellt, um sie streng zu prüfen, zu erforschen, zu beurteilen, zu maßregeln und zu kontrollieren.«²³. In dieser Konstruktion von Differenz werde zugleich die aufgeklärte Identität des Westens erschaffen, der eine wissenschaftliche wie politische Hoheit über den Orient für sich beansprucht. Diese dichotomische Trennung von Okzident und Orient sei seit der Antike bis zur Gegenwart ein unhintergehbarer Verbund von Wissen und Macht, der auch durch die Entkolonisierung nicht grundsätzlich durchbrochen werde.

So lässt sich allerdings problemlos ein »[i]deologisch geschlossenes islamfeindliches Weltbild« von »antimuslimischen Rechten« feststellen, die Deutschland als integralen Teil der christlich-jüdischen fundierten westlichen Welt und alle Muslime als deren Gegenspieler verstehen. ²⁴ Für die Untersuchung neurechter Islamverständnisse trägt das allerdings kaum, denn diese sperren sich vielfach aus fundamentaler Überzeugung gegen Geltungsansprüche universaler Geltung von westlicher Politik und Philosophie. Aufgrund ihrer Kritik an europäischer »Dekadenz« schließen Neue Rechte nicht nur den Liberalismus und das Judentum, sondern oft auch das Christentum als überkommenen, weniger relevanten oder sogar schädlichen Bestandteil europäischer Identifizierung aus.

Ein Brückenbegriff zwischen islamfeindlichem Rechtspopulismus und Neuer Rechter soll der Bezug auf »Abendland« sein. Doch ein ungebrochen positiver Bezug aufs Christen- oder gar Judentum, der für rechtspopulistische »Abendland«-Identifizierungen wichtig ist, wird von Neuen Rechten weitgehend vermieden. Um die erheblichen Differenzen bei der geistigen Begründung Deutschlands und Europas zu überbrücken, schlägt das Institut für Staatspolitik einen rassistischen Formelkompromiss für das »Wir« vor,

²³ Vgl. Edward W. Said, Orientalismus, Frankfurt a.M. 2017, S. 54.

²⁴ Vgl. Iman Attia/Alexander Häusler/Yasemin Shooman, Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand. S. 39–61.

das »hier der Einfachheit halber als weiß, deutsch, europäisch, autochthon charakterisiert sei.«²⁵.

Diese prekären Formelkompromisse zur Definition von Europa und Abendland als des »Eigenen« schlagen sich auch in der politischen Geografie von Neuen Rechten nieder, wenn es um den Islam geht. Ein politisch einflussreiches Beispiel gab der mit dem IfS eng verbundene AfD-Politiker Björn Höcke, als er 2018 in einer Rede ankündigte, dass im Falle einer Machtübernahme der AfD »am Bosporus mit den drei großen M - Mohammed, Muezzin und Minarett – Schluss ist.«²⁶. Für das Gros der deutschen Medien und auch für rechtspopulistische Islamfeinde las sich das als martialische Drohung gegen die islamistisch regierte Türkei, wenn nicht gegen die islamische Welt schlechthin. Neue Rechte hingegen konnten darin die Markierung einer kulturellen Grenze erkennen, ab der dem Islam keine sichere Anerkennung mehr zukommt. Damit war der antiuniversalistisch-völkische Gedanke abgeschlossener Räume impliziert; jene »deutsche Monroe-Doktrin«, die Carl Schmitt während 1941 in der Schrift Völkerrechtliche Großraumordnung ausgeführt hatte. 27 Wenn Höcke gegen »Islamisierung« spricht, geht es ihm mitnichten um die liberal-universalistische Verteidigung westlicher Werte. In seinem Gesprächsband mit dem zum Islam konvertierten Rechtsintellektuellen Sebastian Hennig fordert Höcke ausdrücklich einen »Ausstieg aus der internationalen > Anti-Islam-Koalition < und die konstruktive Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern – je nach nationaler Interessenlage«, andererseits aber einen »[s]ofortige[n] Stopp der unkontrollierten Masseneinwanderung, klare Durchsetzung unserer Rechts- und Werteordnung, Rückführung der nichtintegrierbaren Migranten, Austrocknen des islamischen Terrorismus im Land und Unterbinden des Einflusses fremder Regierungen auf innerdeutsche Belange, wie es insbesondere die Türkei direkt und verschiedene arabische Staaten indirekt betreiben. Das alles ohne Vorurteile oder Haß auf den Islam als Religion und mit einem gebührenden Respekt gegenüber einer uns fremden Kultur.«²⁸ Dieser mit Einwandererfeindlichkeit gemischte »Respekt« vor dem Islam als Religion und das außenpolitische Kooperationsangebot an

²⁵ Institut für Staatspolitik, Ist der Islam unser Feind?, S. 35.

²⁶ Björn Höcke, »Mit dem Islam am Bosporus muss >Schluss sein«, in: WAZ, 29.01.2018.

²⁷ Vgl. Carl Schmitt, Völkerrechtliche Großraumordnung. Mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, dritte Auflage, Berlin 2009.

²⁸ Björn Höcke/Sebastian Hennig, Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen 2018, S. 195f.

»muslimische« Länder führen zu der Frage, wie sich die »innere Landkarte« der Neuen Rechten zusammensetzt: Ist Deutschland Teil des Westens? Sind die Muslime das »Andere« der Deutschen?

Allein aus realhistorischer Perspektive spricht jeweils vieles dagegen. Die enge Verkoppelung von Wissen und kolonialer Macht in Bezug auf den Orient, wie sie Edward W. Said in Bezug auf Frankreich, Großbritannien und die USA sieht, trifft wenig auf Deutschland zu. Im Zeitalter des Imperialismus (1880–1918) pflegte das Kaiserreich freundschaftliche Beziehungen und militärische Kooperation mit dem Osmanischen Reich, das seinerzeit als politisches und religiöses Zentrum der islamischen Welt auftrat. Im Ersten Weltkrieg betrieb die deutsche Außenpolitik eine Instrumentalisierung des »Dschihads« gegen die britischen und französischen Kriegsgegner. Diese besonderen Beziehungen schlugen sich auch in der deutschen Orient-Forschung und den ästhetischen Repräsentationen des Orients nieder, weswegen der Begriff des deutschen Orientalismus inzwischen fest etabliert ist. ²⁹

Die neurechte Selbstbeschreibung Deutschlands als diffuser Raum zwischen Orient und Okzident kann auf lange Linien der nationalistischen Ideologiegeschichte zurückgreifen. Nach der Reichsgründung entwickelte sich in Deutschland eine Konstruktion nationaler Identität, die sich in vielem von der durch Frankreich und Großbritannien repräsentierten, modernen Zivilisation absetzen wollte. Die uneindeutige »Mittellage« des Reiches in Europa zwischen Ost und West verstand sich auch in sowohl geopolitischer als auch kultureller Hinsicht. 30 Abweichend von den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien, an denen Said seine Orientalismus-These illustrierte, hat sich besonders in Deutschland eine Morgenland-Romantik entfaltet. Darin erscheint ein authentischer Orient oft als unverdorbenes Gegenstück zur industriekapitalistischen Moderne. Solche »inneren Landkarten« gestalteten sich besonders ungetrübt von realen Kontakten mit dem empirischen Orient. Postkoloniale Studien müssen einräumen, dass es sich beim deutschen Orientalismus letztlich nicht um Wissensproduktion zwecks kolonialer Beherrschung, sondern um »die >romantische Soziologisierung des Orients [...] in selbstkonstitutiver

²⁹ Vgl. Suzanne L. Marchand, German Orientalism in the Age of Empire. Religion, Race and Scholarship, Cambridge 2009; Ursula Wokoeck, German orientalism. The study of the Middle East and Islam from 1800 to 1945, London 2009; Todd Curtis Kontje, German orientalisms, Ann Arbor 2004.

³⁰ Vgl. Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hg.), Germany and »The West«. The history of a modern concept, New York 2015.

Absicht« drehte. Dass die Erzeugung des Selbst in der Beschreibung des Anderen zwangsläufig eine »»kulturelle Kolonialisierung« des Orients«³¹ ist, bleibt aber gesetzt.

Gegen diese hermetische Auffassung kann Andrea Polaschegg in ihrer Studie über den deutschen Orientalismus im 19. Jahrhundert zeigen, dass mit jedweder Beschreibung von anderen Kulturen logischerweise zwangsläufig eine Form der Abgrenzung einhergeht. Said sei in Orientalismus »also auf ein allgemeines Grundprinzip kultureller Identitätskonstitution gestoßen.«32 Auch die postkoloniale Forschung zu antimuslimischen Rassismus orientiert sich an der scheinbaren Dichotomie von Eigenem und Fremden, wobei Muslime als Objekt des »Othering« oder einer »Exotisierung« beschrieben werden. Polaschegg legt dar, dass es im Gefolge von Saids Orientalismus-Begriff zu einer folgenreichen Überblendung von zwei Erkenntnisprozessen kommt. Kulturelle Differenzierung und Distanzierung beschreiben aber verschiedene Denkbewegungen: Eigenes und Vertrautes sowie Anderes und Fremdes werden jeweils oft verbunden – aber nicht notwendig. Die Feststellung eines »Anderen« konstituiert keineswegs eine unhintergehbare Fremdheit.³³ Das Fremde muss auch nicht im Bereich des Anderen verortet werden: Befremdung und Entfremdung von im Bereich des »Eigenen« liegenden ist ebenfalls möglich, wie das völkische Leiden an deutschen Verhältnissen, die Verachtung von »dekadenten« Landsleuten zahlreich belegt. Carl Schmitt hat den kampfbereiten politischen Kollektiven anheim gegeben zu entscheiden, »ob das Anderssein des Fremden im konkret vorliegenden Konfliktfall die Negation der eigenen Art Existenz bedeutet und deshalb abgewehrt oder bekämpft wird, um die eigene, seinsmäßige Art von Leben zu bewahren.«34

Zwecks Situierung der »Religionsverständnisse im Rechtsextremismus« hat Samuel Salzborn in einem gleichnamigen Aufsatz vorgeschlagen, die einschlägigen neurechten Zuschreibungen in die Kategorien Das Eigene (Das Christentum), das Fremde (Islam) und das Andere (Judentum) einzuordnen, wobei letzteres auf die antisemitische Figur des wurzellosen »Dritten der

³¹ Markus Schmitz, »Orient«, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K) Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, zweite Auflage, Münster 2015, S. 483–496, hier: S. 491.

³² Andrea Polaschegg, Der andere Orientalismus. Regeln deutsch-morgenländischer Imagination im 19. Jahrhundert, Berlin 2005, S. 41.

³³ Vgl. ebd., S. 9-59.

³⁴ Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 2009, S. 26.

Nation« von Klaus Holz verweist.³⁵ Salzborn führt allerdings selbst Stimmen an, die diese Zuteilung in christliches »Eigenes« und muslimisches »Fremdes« irritieren, etwa wenn er auf die antichristliche bzw. heidnische Positionierung einiger Autoren zu sprechen kommt.³⁶

Warum überhaupt sollten Neue Rechte den Islam partout als etwas Fremdes wahrnehmen? Eine Identifikation mit westlicher Dominanz ist nicht selbstverständlich vorauszusetzen. Nach Polaschegg braucht es für die »Macht des Nicht-Verstehens« ein klares Machtgefälle. Sie sieht eine Parallele zur normativen Macht der Männlichkeit gegenüber dem Weiblichen:

»Und so evident wie dem Weiblichen das Männliche ist, so selbst-verständlich ist dem Osten der Westen. Wertet man nun die strukturelle Korrelation dieser Inkongruenz der Wahrnehmung mit den jeweils bestehenden Machtverhältnissen nicht als Zufall, dann deutet sich ein systematisches Verhältnis zwischen Fremdheitserfahrung und Macht an. Offenbar erscheint vom Standpunkt der hierarchisch höheren Position die untere tendenziell als rätselhaft und erklärungsbedürftig, während vom Standpunkt der hierarchisch untergeordneten Position die höhere Evidenz besitzt und keiner weiteren Erklärung bedarf. Etwas überspitzt könnte man formulieren: Offenkundig muß man sich das (Nicht-)Verstehen leisten können.«³⁷

Inwiefern sich Neue Rechte beim Sprechen über den Islam der »Macht des Missverstehens« bedient, ist nicht nur mit Blick auf die tatsächlichen, sondern auch auf die angenommenen Machtverhältnisse zu untersuchen. Neue Rechte zweifelten früh an einer langfristigen Dominanz Europas. Bereits 1961 schreibt der spätere Herausgeber der Zeitschrift *Criticón*, Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009), in seiner ersten Monografie *Hundert Jahre Indien*:

»Die Verschmelzung der Regionen, die als Weltbürgerkrieg (Kesting) eingeleitet wurde und auf eine industrielle Erdumfangskultur (Gehlen) zuführt, macht die politische Analyse nichteuropäischer Länder zu einer dringenden

³⁵ Vgl. Klaus Holz, »Der Jude. Dritter der Nationen«, in: Eva Eßlinger/Tobias Schlechtriemen/Doris Schweitzer/Alexander Zons (Hg.), Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 292–303.

³⁶ Vgl. Samuel Salzborn, »Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession«, in: Jahrbuch für Öffentliche Sicherheit 2014/2015, S. 285–301.

³⁷ Andrea Polaschegg, Der andere Orientalismus, S. 56.

Aufgabe. In der Diskussion fragwürdiger Traditionsbestände unseres politischen Denkens spielt der Hinweis auf Entwicklungsländer, Dritte Mächte, die afroasiatische Welt stets eine gewichtige Rolle.«³⁸

Ein Nicht-Verstehen der Gesellschaften außerhalb Europas wollen sich die Nachkriegsrechten nicht mehr leisten. Die rassistische Kultivierung der Fremdheit des Anderen erfährt Grenzen, wo sie für geopolitisch inopportun gehalten wird. Die Untersuchung des Anderen nimmt teils eine andere Form an: Sie wird zum Vehikel für die Reflexion des von westlicher »Dekadenz« bedrohten »Eigenen«. Der Westen ist den neurechten Bewohnern des Westens nicht selbstverständlich. Vielmehr hat die Westbindung der Bundesrepublik, wie Schrenck-Notzing in seiner antiamerikanischen Abhandlung Charakterwäsche festhielt, keinen souveränen, sondern einen fremden, weil fremdbestimmten Charakter.³⁹ In den 1970ern radikalisierte Henning Eichberg (1942-2017) diese Selbstviktimisierung der Nachkriegsdeutschen als quasi-kolonisiertes Volk, indem er die deutsche Nation in die antikolonialen Bewegungen einreihen wollte. 40 Die neurechten Absetzbewegungen aus dem Westen und ihre Hinwendung zum »Anderen« sind aber nicht nur als unmittelbare Reaktion auf die außenpolitische Verhältnisse der Bundesrepublik zu verstehen, sondern haben einen langen ideologischen Vorlauf.

Postkolonialismus, von rechts gesehen

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland zu einer postkolonialen Nation geworden. Auch in der strategischen Defensive richtete sich die politische Geografie des »Eigenen« primär an einer neu kalibrierten »Mittellage« Deutschlands aus, ⁴¹ die das politische Denken der Neuen Rechten nachhaltig

³⁸ Caspar von Schrenck-Notzing, Hundert Jahre Indien. Die politische Entwicklung 1857–1960. Eine Einführung, Stuttgart 1961, S. 9.

³⁹ Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.

⁴⁰ Zu seiner anti- und postkolonialen Sicht auf Deutschland und den Islam vgl. Henning Eichberg, Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987, S. 199–298.

Vgl. Hans-Dietrich Schultz, »Fantasies of Mitte. Mittellage and Mitteleuropa in German geographical discussion in the 19th and 20th centuries«, in: Political Geography Ouarterly, Vol. 8, No. 4/1989, S. 315–339.

prägte. ⁴² Die Veränderungen betrafen die argumentative Tendenz deutscher Geopolitik, die vom bellizistisch-sozialdarwinistischen Imperialismus der Kaiserzeit gemäß dem »Gesetz der wachsenden Räume« zur Idee einer kontinentalen Vorwärtsverteidigung überging. Einstige nationalistische deutsche Befürworter des Kolonialismus geißelten nun denselben der Entente-Siegermächte Frankreich und Großbritannien. Diese erste nachkoloniale Phase war zugleich keine Abkehr von homogenisierenden Bilderwelten über außereuropäische Kolonialgebiete. Vollends entkoppelt von herrschaftspragmatischen Interessen des Kolonialismus blieb vielmehr Raum für die Radikalisierung der Phantasmen. ⁴³

In ideologischer Hinsicht setzt Oswald Spenglers (1880–1936) *Der Untergang des Abendlands* seit 1918 den Ton für eine pessimistische, spiralförmige Geschichtsteleologie vom periodischen Aufstieg und Zerfall von kulturalistisch definierten Nationen und Reichen, die auch westliche Zivilisation als Zerfallsprodukt identifiziert. 1932 sah er in der gleichnamigen Abhandlung *Jahre der Entscheidung* heraufziehen, wobei der »farbigen Weltrevolution« (einschließlich der islamischen Welt) eine zentrale Rolle bei der äußerlichen Herausforderung des »weißen« Abendlandes zukomme.⁴⁴

Die nationalsozialistische Islampolitik inszenierte sich schließlich als eine Form von postkolonialer Vorwärtsverteidigung gegen imperialistische Mächte. Mit einigem Erfolg konnte sie bei der muslimischen Bevölkerung insbesondere in ihrem Einzugsbereich in der Sowjetunion und auf dem Balkan den Eindruck erwecken, eine Schutzmacht des Islams gegen Großbritannien, Frankreich und die USA zu sein. In dieser Lage erfuhren Teile von Spenglers »farbiger« Welt eine symbolische Aufwertung. Das positive Islambild führender Nationalsozialisten erklärt sich nur zum Teil über eine pragmatische Instrumen-

⁴² Vgl. Karlheinz Weißmann, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: Sezession, Heft 2/2003, S. 14–19; Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik – Angst vor der Geschichte – Angst vor der Macht, Stuttgart 1966.

Vgl. Dirk van Laak, Die deutsche Kolonialgeschichte als Fantasiegeschichte, in: Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hg.), Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, zweite Auflage, Berlin 2021, S. 123–149; Dirk van Laak, »Raum-Revolutionen. Geopolitisches Denken in Deutschland um 1950 und nach 1945«, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 92–108.

⁴⁴ Vgl. Oswald Spengler, Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1961.

talisierung des Antikolonialismus, die sich gegen westlichen Imperialismus, die Sowjetunion und die Juden richtete. ⁴⁵ Die positive Haltung der Naziführung gegenüber dem Islam erklärt sich auch darüber, dass führende Nationalsozialisten den Islam als im Wesen bellizistischer einstuften als das Christentum, was sich bis zur Förderung von muslimischer Seelsorge in den muslimischen Einheiten von Wehrmacht und SS praktisch niederschlug. ⁴⁶

Adolf Hitler fragte ferner nach dem Nutzen einer »Islamisierung« Europas. Ihn faszinierte das Gedankenspiel, dass die arabisch-islamischen Heere im Jahr 732 nicht vom christlichen Heerführer, dem Franken Karl Martell, bei Poitiers und Tours geschlagen worden wären. Der Islam erschien ihm für die Deutschen angemessener als das Christentum. Seine rassistische Abwertung von arabischen Muslimen trennte er von der Wertschätzung des Islams. ⁴⁷ Dieser gleichermaßen promuslimische wie antiarabische Rassismus erinnert daran, dass auch im nationalsozialistischen Diskurs eine nicht-biologische, kulturalistische Konstruktion der »Rasse« bestand, die auch für das Islambild der Neuen Rechten stilbildend werden sollte.

Neben der in der NS-Zeit hegemonialen Rassenforschung der Hierarchisierung und biologistischen Taxonomie von »Rassen« existierte im Nationalsozialismus eine rassenpsychologische Strömung, die sich auf die Beobachtung menschlichen Verhaltens stützen wollte. Zentraler Vertreter dieser Auffassung war Ludwig Ferdinand Clauß (1892–1974). 1926 legte der Husserl-Schüler mit Rasse und Seele. Eine Einführung in den Sinn der leiblichen Gestalt eine Ideologie vor, die den Akzent nicht auf die phänotypische Klassifizierung von »Rassen« setzte, sondern diese von kulturhistorischen, sprachlichen und praxeologischen Phänomenen her gliedern wollte. ⁴⁸ Im Jahr darauf reiste Clauß zwecks Vertiefung seiner »Rassen-Seelenkunde« in den Nahen Osten, wo er Arabisch lernte und zum Islam konvertierte. Aus seinen Erlebnissen formte er die Vorstellung von einer autochthonen, verwurzelten »morgenländischen« und einer allochthonen, urbanen »vorderasiatischen« »Rassen-Seele«, wobei erstere auf die Muslime und Araber und letztere auf die

⁴⁵ Vgl. Klaus M. Mallmann/Martin Cüppers, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2011.

⁴⁶ Vgl. David Motadel, Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich, Stuttgart 2017, S. 324–351.

⁴⁷ Ebd., S. 82f.

⁴⁸ Vgl. Ludwig Ferdinand Clauß, Rasse und Seele. Eine Einführung in den Sinn der leiblichen Gestalt. Berlin 1938.

Juden verweise. Die Sympathien Clauß' deuten eindeutig auf die erstere. Mit diesem »doppelten Orient« griff der »Rassenforscher« eine frühere, antisemitisch motivierte Unterscheidung im völkischen Orientdiskurs auf. Clauß, der 1933 in die NSDAP eintrat, lehnte vordergründig die Vorstellung einer »blutsmäßigen« Reinheit und Hierarchisierung der »Rassen« ab. Vier Jahrzehnte, bevor der neurechte Vordenker Henning Eichberg den vermeintlich neuen »Ethnopluralismus« propagierte, lag dieser Gedanke also bereits vor. Gegen Ende des Kriegs beteiligte sich Clauß am Islam-Projekt der SS. Nach dem Krieg zeigte er eine starke Sympathie für den Islamismus, der für ihn nach dem Zusammenbruch des Reiches den Mittelpunkt des Kampfes gegen die westliche Moderne bildet. 49

In der Bundesrepublik war es die Clauß-Schülerin Sigrid Hunke (1913–1999), welche seine »Rassen-Seelenkunde« in der Bundesrepublik fortschrieb. 1960 erschien Allahs Sonne über dem Abendland. Unser arabisches Erbe. Der millionenfach verkaufte Best- und Longseller präsentiert eine rhetorisch entschärfte und kryptoantisemitische »Rassen-Seelenkunde«. Sie suggeriert eine arabisch-europäische Ursprünglichkeit gegen die Verfälschungen durch eine christlich-jüdische geprägte Moderne.50 Anders als Clauß legte Hunke den verbindenden Akzent beider Kulturen weniger auf den Islam und vielmehr auf die arabische Rolle als Hebamme des europäischen Mittelalters. Im Gewand eines populärwissenschaftlichen Kompendiums über arabische Einflüsse gelang dem ehemaligen NSDAP-Mitglied so ein diskreter Beitrag zur Verbreitung völkischer Rassenpsychologie in der Demokratie. Diese Mimikry ist ein Beispiel für den Versuch einer Reformulierung von rechten Ideologemen unter den Vorzeichen der Demokratisierung.⁵¹ Hunke verblieb zwar am Rande der neurechten Subkultur, doch sind ihre postnazistischen Übersetzungsleistungen kennzeichnend für Intellektuelle der äußersten Rechten in der frühen Bundesrepublik.

⁴⁹ Vgl. Felix Wiedemann, »Der doppelte Orient. Zur völkischen Orientromantik des Ludwig Ferdinand Clauß«, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Heft 61, 2009, S. 1–24.

⁵⁰ Vgl. Sigrid Hunke, Allahs Sonne über dem Abendland. Unser arabisches Erbe, Stuttgart 1960.
51 Vgl. Felix Wiedemann, »Allahs Sonne und ›Europas eigene Religion of Die Verschränkung von Arabophilie und Neuheidentum in der rechtsextremen Ideologie Sigrid Hunkes of in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 11/2009, S. 891–912; Felix Wiedemann, »Clauß, Ludwig Ferdinand of in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, S. 144–145.

Rechte Islambilder am Ende des Eurozentrismus

Bereits bei der Niederlage in der Schlacht um Stalingrad setzte die NS-Propaganda zusehends auf die supranationale Mantelkategorie des »Abendlands«. Bei der Rekonstruktion der Rechten in den 1950er Jahren konnte die konservative Rede vom »Abendland« aufgegriffen werden, womit Elemente des Antikommunismus, Katholizismus, Protestantismus, diffuser Postnationalismus in Abgrenzung zu den USA ein Dach fanden. 52 Es waren die seinerzeit nominellen Konservativen Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing, die ab den 1960er Jahren aus dieser opportunistischen christlich-abendländischen Auffangstellung der Rechten heraustraten. Mohlers Abhandlung Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932 hatte das christliche Abendland bereits 1950 als normative Grundlage seines einflussreichen Begriffs von Konservatismus verabschiedet.⁵³ Stattdessen knüpfte er an dem von konkreten religiösen Inhalten befreiten Begriff von Souveränität von Carl Schmitt an, der dadurch aber nicht minder an Glauben gekoppelt ist. Souveränität hieß für Mohler auch Sophismus. Und so wurde auch das Abendland in den Händen seiner Mitstreiter zum »Kampfbegriff, dessen Bedeutung geradezu willkürlich geändert werden kann «54

Konservativ im Sinne von Erhaltung konkreter Ordnung war daran wenig. Mohlers reges Interesse an der Politik europäischer und nichteuropäische Länder zeigt die Suchbewegungen für eine Neuformulierung nationaler Identität an, dessen Ausgangspunkt die Untersuchung von »Anderen« ist. Während Caspar von Schrenck-Notzing 1963 den historisch-psychologischen Ursachen der amerikanischen *Charakterwäsche* der Deutschen theoretisch nachspürte, arbeitete sein Kompagnon Armin Mohler bereits an einem praktischen Modell: der Vision eines deutschen Gaullismus, der das Land vom Blockzwang des Kalten Krieges emanzipieren sollte. Sals argumentative Klammer der vagen rechten Europakonzeptionen erwies sich einmal mehr eine negative: Antiamerikanismus. Se Für die Suche nach einer neuen souveränen »Mittellage« war die

⁵² Axel Schildt, Annäherung an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011, S. 21–34.

⁵³ Vgl. Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, 2. Aufl., Stuttgart 1972.

⁵⁴ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 186.

⁵⁵ Vgl. Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten.

⁵⁶ Vgl. Fabian Virchow, »Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld.
Die extreme Rechte als europäische Akteurin?«, in: Gudrun Hentges/Kristina Nott-

Selbstbeschreibung der Deutschen als Paria-Volk zwischen den Fronten konstitutiv. In der »Dritten Welt« sah der *Criticón*-Autor Oskar Splett Ȋhnliche Konstellationen«, aber anders als in Deutschland im Spengler'schen Sinne den »Instinkt einer unverbrauchten Rasse« am Werk, da man sich noch unverblümt der Militärherrschaft bediene wie etwa im »eigenartigen arabo-muselmanischen algerischen Staat«. ⁵⁷ Besonderes Interesse fanden jene Staaten, die eine möglichst große Unabhängigkeit von den universalistischen »Siegermächten« USA und UdSSR durchsetzen wollten. Zum Faszinosum avancierte dabei das libysche Regime des seit 1969 herrschenden Muamar al Ghaddafi, der einen »Dritten Weg« mit sozialistischen, islamischen und nationalistischen Elementen formulierte. ⁵⁸ Die »Islamische Revolution« im Iran 1979 brachte dann endgültig den Islam als eigenständigen Faktor in die politische Geografie der Neuen Rechten.

1982 konkretisierte Armin Mohler die geopolitischen Machtoptionen, die sich für Deutschland aus der sukzessiven Emanzipation von Eurozentrismus und Westbindung ergeben könnten:

»Es gibt zwei ›natürliche‹ Partner für eine deutsche Außenpolitik: Frankreich und Rotchina. China, weil es ›der Nachbar meines Feindes‹ ist. Frankreich, weil es seit de Gaulle erstes Ziel seiner Außenpolitik ist, sich der russischamerikanischen Zange zu entziehen. [...] Das Primat der Außenpolitik schließt nicht nur eine Partnerwahl nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, sondern läßt auch keine Exklusiven ideologischer oder ethnisch-kultureller Art zu. Genauso wie jeder kommunistische Staat, der sich mit Moskau überworfen hat, ist auch jedes Entwicklungsland ein möglicher Partner. Zwar versuchen im Sinne des russisch-amerikanischen Kondominiums tätige Politologen auf diesem Feld die Zahl der möglichen Partner durch das reichliche Verteilen des Etiketts ›crazy states‹ zu verringern. Solche Abwertungen sind kritisch zu prüfen, selbst im Falle Ghaddafis und Khomeinis. Und wenn sich herausstellen sollte, daß ein solcher Partner höchstens den Wert einer Proteststimme hätte. so wäre auch das nicht zu

bohm/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.), Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017, S. 249–265.

⁵⁷ Oskar Splett, »Die preußische Konstellation der Dritten Welt. Ein weltpolitisches Streiflicht«, in: *Criticón*, Heft 29, 1975, S. 110–112, hier: S. 111.

⁵⁸ Vgl. Tim Szatkowski, Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982, München 2013.

verachten in einer Zeit, in der geschickt eingesetzte Massenmedien ganze Armeen ersetzen.«⁵⁹

Ein Gegengewicht zu diesen kühlen Bündniserwägungen bildeten warnende Stimmen vor einer »Re-Islamisierung«, die im Islam ein aggressiv-expansives Potenzial sahen, das Europas Interessen bedrohen könnte. ⁶⁰ Zunächst war es der politische Islam beim türkischen NATO-Partner, der die kritische Aufmerksamkeit auf sich zog. Jene Bedrohung an der Südflanke aur, genau wie das expansive Sendungsbewusstsein der seit 1979 etablierten Islamischen Republik Iran, zunächst ein außenpolitisch wahrgenommenes Phänomen. ⁶² Diesen Vorbehalten standen wiederum Sympathien für islamische Bewegungen gegenüber, welche die Sowjetunion sowohl in Gestalt des »nationalen Widerstands« in Afghanistan als auch in den Sowjetrepubliken des Kaukasus und Zentralasien herausforderten.

Dass ein unbefangener Eurozentrismus in der Weltpolitik zunehmend unangemessen sei, entwickelte sich in den 1980ern zum Konsens unter Neuen Rechten. Die Unterschiede lagen in der Bewertung. Kulturelle Fremdheitserfahrungen gegenüber dem Islam spielten im außenpolitischen Feld, das die Neuen Rechten zunächst eröffnen, nur selten eine Rolle. Das änderte sich mit der veränderten Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung gegenüber »Gastarbeitern« seit den späten 1970er Jahren. Der Stimmungswandel war auch eine Folge der Debatten um »Rückführung« im Zuge von Entlassungswellen in der Industrie. Die »Islamisierung« der Immigrationsdebatte steckte aber noch in ihren Anfängen. Weiterhin dominierten national gerahmte Bilder wie das der vermeintlichen Integrationsunfähigkeit von Türken. Im »Heidelberger Manifest« von 1981 wurden Probleme der Einwanderung von nam-

⁵⁹ Armin Mohler, »Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren«, in: Caspar von Schrenck-Notzing/Armin Mohler (Hg.), Deutsche Identität, Krefeld 1982, S. 59–73, hier: S. 73.

⁶⁰ Vgl. Gregor M. Manousakis, »Was bedeutet die Re-Islamisierung? Konservative Elemente in der anti-westlichen Bewegung«, in: Criticón, Heft 54, 1979, S. 165–167; Gregor M. Manousakis, Die Rückkehr des Propheten. Der Wiederaufstieg des Islam, Berg am See 1979.

⁶¹ Vgl. Gregor M. Manousakis, Der Islam und die NATO. Bedrohung an der Südflanke, München 1980.

⁶² Vgl. Christian Zinsser, »Persische Metamorphosen. Islamische, demokratische oder Volksrepublik?«, in: *Criticón*, Heft 52, 1979, S. 77–84.

haften Akademikern erstmals auf natürliche Unterschiede zurückgeführt. ⁶³ Die sprunghaft angestiegene Zustimmung zu xenophoben und rassistischen Aussagen in der Bevölkerung lässt sich zunächst nicht auf die rechte Agitation zurückführen. ⁶⁴ In den späten 1980er Jahren verband sich der zusehends negativ besetzte Begriff der »multikulturellen Gesellschaft« mit der Sorge um »Islamisierung«. Auch hier war die Urheberschaft nicht unbedingt in der äußersten Rechten zu suchen. Diese Zusammenhänge betonte der langjährige Berliner SPD-Politiker Otto Uhlitz. Mitverantwortlich für diesen nationalen Niedergang sei die Linke, die den demografischen Souveränitätsverlust verleugnen würde. Die äußerste Rechte konnte bereits Mitte der 1980er Jahre Positionen aus arrivierteren Teilen der deutschen Gesellschaft kultivieren, wie später im ähnlich gelagerten Fall des langjährigen SPD-Politikers Sarrazin. ⁶⁵

Bis in die 1990er Jahre hinein blieb die »antimuslimische Rechte« eine Schimäre. Bereits vor dem jugoslawischen Bürgerkrieg schloss die Sympathie für den kroatischen Nationalismus auch dessen muslimische Verbündete mit ein, teils ausdrücklich mit Verweis auf die muslimischen Kollaborationen während des Zweiten Weltkriegs. 66 Und auch die Konfrontation mit dem Iran, dessen Revolutionsführer Khomeini den Schriftsteller Salman Rushdie durch einen Hinrichtungsbefehl bedrohte, wurde eher von Liberalen und Linken, unter weitgehender Abwesenheit von Konservativen und Rechten, geführt. Stattdessen verlegten sich manche Rechtsintellektuelle darauf, die Junge Freiheit für die Teilhabe an der »Einheitsfront des anständigen Deutschlands gegen muselmanischen Schimmel«67 zu kritisieren. Das Unbehagen richtete sich primär gegen den religionskritischen Zuschnitt der Islamkritik, worin sich abermals die diskrete Bedeutung des Religiösen für den neurechten Begriff des Politischen zeigt. 68

⁶³ Vgl. Andreas Wagner, »Das >Heidelberger Manifest von 1981. Deutsche Professoren warnen vor >Überfremdung des deutschen Volkes«, in: Johanna Klatt/Robert Lorenz (Hg.), Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Berlin 2010, S. 285–313.

⁶⁴ Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003, S. 239–259.

⁶⁵ Vgl. Ulli Jentsch, »Rassismus der Mitte«, in: Apabiz Monitor, Heft 91, 2021, S. 4–5.

⁶⁶ Vgl. Mladen Schwartz, »Die politische Rechte im ›südslawischen Bereich «, in: Criticón, Heft 106, 1988, S. 86–88, hier: S. 88; Carl Gustaf Ströhm, »Die bosnische Tragödie «, in: Criticón, Heft 131, 1992, S. 114–115.

⁶⁷ Martin Pabst, »Anatomie eines Rufmords«, in: Criticón, Heft 147, 1995, S. 162–163, hier: S. 162.

⁶⁸ Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing, Editorial, in: Criticón, Heft 112, 1989, S. 51.

Die islamistischen Anschläge des frühen 21. Jahrhunderts konnten der Fortschreibung antiuniversalistischer Politischer Theologie in der Neuen Rechten nichts anhaben. Um die angeblich unvollständige deutsche Souveränität zurückzugewinnen, Freund und Feind zu unterscheiden, verweigerten Neue Rechte sich zumindest den menschenrechtsuniversalistischen Argumenten des »Krieges gegen den Terror«, wenn sie nicht zur Sympathie mit den Feinden der USA übergingen. Seit den 2000er Jahren entfalteten sich die Friktionen zwischen einer antiwestlichen und US-freundlichen Rechten. Sie zeigten sich als Konflikt zwischen einer von US-Neokonservativen verfochtenen Moralisierung der Politik und den antiuniversalistischen Unterstützern des faschistischen Begriffs des Politischen nach Carl Schmitt. Mit ihrer unterschiedlichen Bewertung des Islams einher ging auch eine unterschiedliche Haltung zur Westbindung des vereinigten Deutschlands.⁶⁹ Diese ideologische Ausdifferenzierung der äußersten Rechten wurde in den 2000er Jahren ein Ausgangspunkt der wenig später ausbrechenden Kontroversen zwischen einem rechtspopulistischen und neurechten Lager. Das Ende der für die Entwicklung der Neuen Rechten maßgeblichen Zeitschrift Criticón im Jahr 2005, die seit 1998 von Gunnar Sohn geleitet wurde, zeigt das nachdrücklich. Die Kritiker dieses neokonservativen Wandels, der von zusehends »islamkritischen« Tönen begleitet wurde, sammelten sich ab 2003 in der Zeitschrift Sezession. Dort trieben und treiben sie die Konsolidierung einer Neuen Rechten mit einer Politischen Theologie jenseits von Liberalismus und Säkularismus voran.

Fazit

Die neurechte Perspektive auf Islam und Muslime geht im Begriff des antimuslimischen Rassismus nicht auf. In einigen Fällen zeigen sich sogar Elemente eines philomuslimischen Rassismus. Die Regel bildet eine polit-geografische Relativierung von Diskriminierung und Feindschaft gegen Muslime, die sich aus einem völkischen Kulturrelativismus ergibt. Wenn Neue Rechte den Islam schätzen, Muslime aber abwerten, folgen sie real- und ideologiegeschichtlichen Vorläufern: nationalsozialistische Islampolitik und der Ethnopluralismus avant la lettre sind Maßstäbe, an denen sich Neue Rechte orientieren.

⁶⁹ Vgl. Darius Harwardt, Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2019, S. 452–486.

Deutschlands Kolonialismus hat sich nie auf mehrheitlich muslimisch geprägte Gebiete erstreckt. Um die Komplexität neurechter Islamauffassungen hinreichend nachzuvollziehen, braucht es den Blick auf die langfristig von anderen westlichen Staaten abweichende Orient- und Islampolitik Deutschlands und ihre ideologische Begleitung; diese Sonderentwicklung spiegelt sich im Begriff des deutschen Orientalismus wider. Die partielle Identifikation Deutschlands mit tatsächlich und scheinbar kolonisierten Gesellschaften wird bereits in der Zwischenkriegszeit zum Element einer politischen Geografie zum Zwecke einer Entwestlichung Deutschlands. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildet diese Suche nach Souveränität jenseits von West und Ost einen Baustein zur Rekonstruktion nationaler Identität. Nicht der Westen, sondern die »Mittellage« Deutschlands bestimmt die Verortung der Neuen Rechten gegenüber Islam und Muslimen.

Islam und Muslime kommen in diesem Zusammenhang aber nicht nur als Instrumente einer alternativen deutschen Außenpolitik in den Blick. Sie sind auch Projektionsflächen für eine Opposition zur gefürchteten liberalen Weltgesellschaft, weil Muslime eine größere Resilienz gegen westlich-liberale Dominanzansprüche auszeichne. Aus dieser Perspektive stehen die muslimischen »Anderen« den Neuen Rechten mitunter näher als die dem »Eigenen« zugewiesenen Deutschen, mit denen sie regelmäßig fremdeln.

Literatur

- Attia, Iman, Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld 2009.
- Attia, Iman/Häusler, Alexander/Shooman, Yasemin, Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, Münster 2014.
- Bavaj, Riccardo/Steber, Martina (Hg.), Germany and »The West«. The history of a modern concept, New York, Oxford 2015.
- Behrens, Kilian/Henßler, Vera/Jentsch, Ulli/Metzger, Frank/Sanders, Eike, Rechte Perspektiven auf Religion, Berlin 2018.
- Benoist, Alain de, Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999.
- Berntzen, Lars Erik, Liberal roots of far right activism. The anti-Islamic movement in the 21st century, Abingdon Oxon/New York 2020.
- Biskamp, Floris, Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie, Bielefeld 2016.

- Brumlik, Micha, »Das alte Denken der Neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, 2016, S. 81–92.
- Clauß, Ludwig Ferdinand, Rasse und Seele. Eine Einführung in den Sinn der leiblichen Gestalt, Berlin 1938.
- Claussen, Johann Hinrich/Fritz, Martin/Kubik, Andreas/Leonhardt, Rochus/ Scheliha, Arnulf von (Hg.), Christentum von rechts. Theologische Erkundungen und Kritik, Tübingen 2021.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar/Schilling, Benjamin, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012.
- Eichberg, Henning, Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage, Koblenz 1987.
- Elbe, Ingo, Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne, Würzburg 2020.
- Fjordman, Europa verteidigen. Zehn Texte, herausgegeben von Martin Lichtmesz und Manfred Kleine-Hartlage, Schnellroda 2011.
- Harwardt, Darius, Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2019.
- Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003.
- Höcke, Björn, »Mit dem Islam am Bosporus muss ›Schluss sein‹«, in: WAZ, 29.01.2018.
- Höcke, Björn/Hennig, Sebastian, *Nie zweimal in denselben Fluss*, Lüdinghausen/Berlin 2018.
- Höhne, Florian/Meireis, Torsten (Hg.), Religion and Neo-Nationalism in Europe, Baden-Baden 2020.
- Holz, Klaus, »Der Jude. Dritter der Nationen«, in: Eva Eßlinger/Tobias Schlechtriemen/Doris Schweitzer/Alexander Zons (Hg.), Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 292–303.
- Hunke, Sigrid, Allahs Sonne über dem Abendland. Unser arabisches Erbe, Stuttgart 1960.
- Identitäre Bewegung Deutschland e.V., »Kritik der Islamkritik«, https://www.identitaere-bewegung.de/blog/kritik-der-islamkritik/, 04.08.2021.
- Institut für Staatspolitik, *Ist der Islam unser Feind? Eine Lageanalyse*, Steigra 2015. Jentsch, Ulli, »Rassismus der Mitte«, in: *Apabiz Monitor*, 2021, S. 4–5.
- Kallis, Aristotle, The Radical Right and Islamophobia, in: *The Oxford handbook of the radical right*, herausgegeben von Jens Rydgren, New York 2018 (Oxford handbooks online), S. 76–101.

- Kontje, Todd Curtis, German Orientalisms, Ann Arbor 2004.
- Laak, Dirk van, »Raum-Revolutionen. Geopolitisches Denken in Deutschland um 1950 und nach 1945«, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 92–108.
- Laak, Dirk van, »Die deutsche Kolonialgeschichte als Fantasiegeschichte«, in: Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hg.), Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, Berlin 2021, S. 123–149.
- Logvinov, Michail, Muslim- und Islamfeindlichkeit in Deutschland. Begriffe und Befunde im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2017.
- Mallmann, Klaus M./Cüppers, Martin, Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2011.
- Manousakis, Gregor M., Die Rückkehr des Propheten. Der Wiederaufstieg des Islam, Berg am See 1979.
- Manousakis, Gregor M., »Was bedeutet die Re-Islamisierung? Konservative Elemente in der anti-westlichen Bewegung«, in: *Criticón*, Heft 54, 1979, S. 165–167.
- Manousakis, Gregor M., Der Islam und die NATO. Bedrohung an der Südflanke, München 1980.
- Marchand, Suzanne L., German Orientalism in the Age of Empire. Religion, Race and Scholarship, Cambridge 2009.
- Mohler, Armin, Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik Angst vor der Geschichte Angst vor der Macht, Stuttgart 1966.
- Mohler, Armin, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Dissertation, Universität Basel 1949; Stuttgart 1972.
- Mohler, Armin, »Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren«, in: Caspar von Schrenck-Notzing/Armin Mohler (Hg.), Deutsche Identität, Krefeld 1982, S. 59–73.
- Motadel, David, Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich, Stuttgart 2017.
- Nolte, Ernst, Die dritte radikale Widerstandsbewegung: Der Islamismus, Berlin 2009.
- Opratko, Benjamin, Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich, Bielefeld 2019.
- Pabst, Martin, »Anatomie eines Rufmords«, in: *Criticón*, Heft 147, 1995, S. 162–163.
- Polaschegg, Andrea, Der andere Orientalismus. Regeln deutsch-morgenländischer Imagination im 19. Jahrhundert, Berlin 2005.

- Röther, Christian, Islamismus von außen. Religionswissenschaftliche Analyse der islamkritischen Szene in Deutschland, Baden-Baden 2019.
- Said, Edward W., Orientalismus, Frankfurt a.M. 2017.
- Salzborn, Samuel, »Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession«, in: *Jahrbuch für Öffentliche Sicherheit*, 2014/15, S. 285–301.
- Schiedel, Heribert, »Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterdjihadismus«, in: Judith Goetz/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.), Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen »Identitären«, Hamburg 2017, S. 285–308.
- Schildt, Axel, Annäherung an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011.
- Schmitt, Carl, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 2009.
- Schmitt, Carl, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 2009.
- Schmitt, Carl, Völkerrechtliche Großraumordnung. Mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, Berlin 2009.
- Schmitz, Markus, »Orient«, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K) Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster 2015, S. 483–496.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, Hundert Jahre Indien. Die politische Entwicklung 1857–1960. Eine Einführung, Stuttgart 1961.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, Editorial, in: Criticón, Heft 112, 1989, S. 51.
- Schultz, Hans-Dietrich, »Fantasies of Mitte. Mittellage and Mitteleuropa in German geographical discussion in the 19th and 20th centuries«, in: *Political Geography Quarterly* 8, 1989, S. 315–339.
- Schwartz, Mladen, »Die politische Rechte im ›südslawischen · Bereich · , in: *Criticón*, Heft 106, 1988, S. 86–88.
- Sedgwick, Mark, Gegen die moderne Welt. Die geheime Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2019.
- Shooman, Yasemin, »... weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld 2014.
- Spengler, Oswald, Jahre der Entscheidung. Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1961.

- Splett, Oskar, »Die preußische Konstellation der Dritten Welt. Ein weltpolitisches Streiflicht«, in: *Criticón*, Heft 29, 1975, S. 110–112.
- Ströhm, Carl Gustaf, »Die bosnische Tragödie«, in: Criticón, 1992, S. 114–115.
- Szatkowski, Tim, Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982, München 2013.
- Tiesler, Nina Clara, »Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatte«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26/27, 2007, S. 24–32.
- Virchow, Fabian, »Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld. Die extreme Rechte als europäische Akteurin?«, in: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.), Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017, S. 249–265.
- Wäckerlig, Oliver, Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen »Islamisierung«. Events Organisationen Medien, Bielefeld 2019.
- Wagner, Andreas, »Das ›Heidelberger Manifest‹ von 1981. Deutsche Professoren warnen vor ›Überfremdung des deutschen Volkes‹«, in: Johanna Klatt/Robert Lorenz (Hg.), Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Berlin 2010, S. 285–313.
- Waldstein, Thor von, »Thesen zum Islam«, in: Compact Spezial, 2016, S. 76–79.
- Weiß, Volker, »Das Reich und der Islam. Kontinuitäten und Wandel aus historischer Perspektive«, in: Claudia Globisch (Hg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, 227–244.
- Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.
- Weißmann, Karlheinz, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: *Sezession*, Heft 2/2003, S. 14–19.
- Weißmann, Karlheinz, »Kein Schüren von Religionshaß«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 17/2016, 21.04.2016.
- Wiedemann, Felix, »Allahs Sonne« und ›Europas eigene Religion«. Die Verschränkung von Arabophilie und Neuheidentum in der rechtsextremen Ideologie Sigrid Hunkes«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 57, 2009, S. 891–912.
- Wiedemann, Felix, »Clauß, Ludwig Ferdinand«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, S. 144–145.

- Wiedemann, Felix, »Der doppelte Orient. Zur völkischen Orientromantik des Ludwig Ferdinand Clauß«, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Heft 61, 2009, S. 1–24.
- Wiedemann, Felix, »Das Verhältnis der extremen Rechten zur Religion«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden 2016, S. 511–532.
- Wokoeck, Ursula, German Orientalism. The study of the Middle East and Islam from 1800 to 1945, London 2009.
- Zinsser, Christian, »Persische Metamorphosen. Islamische, demokratische oder Volksrepublik?«, in: *Criticón*, Heft 52, 1979, S. 77–84.

III. Transnationalität

Strahlkraft der Kriegsverbrecher

Das multiethnische Jugoslawien und sein Zerfall als posthume Projektionsfläche der Neuen Rechten

Krsto Lazarević

Während der jugoslawischen Zerfallskriege in den 1990er Jahren hatten auch die zugehörigen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland ihren Höhepunkt. Sie kreisten um die Fragen, ob Deutschland die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens anerkennen solle, ob eine militärische Intervention angesichts der Lage in Bosnien-Herzegowina gerechtfertigt sei, und zuletzt um den Angriffseinsatz der Bundeswehr im Kosovokrieg 1999. Sie wurden sowohl von rechter als auch von linker Seite genutzt, um eigene Debatten und Weltbilder anhand einer geografisch nahen wie zeitlich akuten Projektionsfläche zu diskutieren; auf allen Seiten fanden sich Sympathien und Antipathien für diverse Kriegsparteien. Die Dringlichkeit dieser Fragen ergab sich nicht nur daraus, dass der Krieg nur wenige Autostunden entfernt von Deutschland stattfand, sondern auch daraus, dass er in Gestalt Hunderttausender Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in den deutschen Flüchtlingsunterkünften allgegenwärtig war.

Der langjährige Korrespondent Norbert Mappes-Niedieck erinnerte im Dezember 2019 in einem Beitrag in der *Frankfurter Rundschau* daran, dass sich vor allem auf der konservativen Seite das Narrativ durchsetzte, dass Jugoslawien ein »Völkergefängnis« gewesen sei, weswegen sich in der FAZ und in der *Welt* überzeugte Antikommunisten 1991 bereits früh für die Anerkennung

⁷ Zur zeitgenössischen Kritik der deutschen Rezeption und Befeuerung der Jugoslawienkriege siehe Klaus Bittermann (Hg.), Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg, Berlin 1994; zur Bewertung der damaligen FAZ-Berichterstattung siehe Lothar Stuck, »Der mit seinem Jugoslawien«. Peter Handke im Spannungsfeld zwischen Literatur, Medien und Politik, dritte, veränderte Auflage, Leipzig/Weißenfels 2013, S. 65–68.

Sloweniens und Kroatiens einsetzten.² Die konservative Rechte sah den Zerfall Jugoslawiens als einen ›natürlichen‹ Prozess eines Staatszerfalls, in dem verschiedene »Völker« nicht zusammenleben wollten. FAZ-Herausgeber Johann Georg Reißmüller argumentierte damals, dass mit Serben und Kroaten »zwei einander fremde Kulturen und Zivilisationen« aufeinandertrafen – mit »zwei auseinanderklaffenden Auffassungen von Rechtlichkeit und Gerechtigkeit.«³ Das ist angesichts der gleichen Sprache, des jahrhundertelangen meist friedlichen Zusammenlebens in verschiedenen Regionen, der ähnlichen kulturellen Referenzen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, zahlreichen interethnischen Ehen wie auch einer in vieler Hinsicht ähnlichen Weigerung der Vergangenheitsaufarbeitung eine gewagte These.

Jugoslawien als Projektionsfläche gegen ethnische Pluralität in einem Staat

Nach Ende des Kalten Krieges diente auch der Zerfall Jugoslawiens als Schablone für große Theorien und Welterklärungen. Insbesondere Samuel P. Huntingtons Rede vom »Kampf der Kulturen« urde in populärwissenschaftlichen Werken herangezogen, um das Ende des sozialistischen Staates zu erklären. Kurz gesagt handelt es sich dabei um die These, dass Bruchlinienkriege dort entstehen, wo verschiedene »Kulturen« aufeinandertreffen – im konkreten Fall Jugoslawiens die westliche, die orthodoxe und die muslimische »Kultur«. Dabei geht es jedoch oftmals um ein essenzialistisches Bild homogener Gemeinschaften und wenig um die realen Verhältnisse im Staat, um Wirtschaftskrisen, Slobodan Milosevićs Griff nach der föderalen Macht oder Franjo Tuđmans und Alija Izetbegovićs Versuche lokaler Selbstermächtigung, den Legitimationseinbruch der kommunistischen Parteien in den Einzelrepubliken und das Wiederbeleben nationalistischer Bestrebungen.

Im August 2019 erschien in der *Sezession* ein überschwängliches Lob auf Huntingtons Überlegungen, in denen Jörg Seidel deutlich beschreibt, warum

² Norbert Mappes-Niediek, »Zerfall Jugoslawiens: Wie sich die Perspektiven von Rechts und Links verändert haben«, in: *Frankfurter Rundschau*, 08.12.2019.

³ Zitiert nach Mira Beham, Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik, München 1996, S. 212.

⁴ Samuel Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998.

⁵ Ebd., S. 411.

diese These von großer Attraktivität für die Neue Rechte sei. Im Artikel enthalten ist auch die Behauptung, dass sich der Zerfall Jugoslawiens >mit Huntington, aufgrund besagter Bruchlinienkriege erklären lasse – also damit, dass verschiedene »Kulturen« nicht dauerhaft friedlich in einem Land zusammenleben könnten und dort, wo sie zusammenkämen, Konflikte folgten.⁶ Zentral ist dabei ein verwandter Denkansatz, der sich auf Alain de Benoists Erzählung vom »Ethnopluralismus« bezieht, einem ideologischen Grundlagentheorem der Neuen Rechten. Es behauptet nicht mehr die »rassische« oder »kulturelle Minderwertigkeit« der »Anderen«, sondern vielmehr deren Gleichwertigkeit in der Differenz.⁷ Als einer der Begründer der französischen Nouvelle Droite beziehen sich de Benoist nebst seiner Theoriegruppe stark auf Carl Schmitt, die »Konservative Revolution« in Weimar, Herders Kulturkreistheorie und, allerdings in unterkomplexer und rein instrumenteller Weise, auf Antonio Gramsci.8 Sie distanzieren sich von der alten, lange politisch sinnstiftenden rechtsextremen Vorstellung, dass der weiße Mann oder die westliche »Kultur« allen anderen überlegen seien. Stattdessen behaupten sie, eine Unterscheidung von höher- oder minderwertigen »Kulturen« und »Rassen« strikt abzulehnen; Benoist erklärt sich selbst unter anderem in einem Interview mit der Jungen Freiheit 1998 sogar zum »rechten Antirassisten«.9 Allerdings essenzialisiert er Menschen aufgrund ihrer Herkunft nach wie vor und betont die Bedeutung sogenannter »Homofiliation«, die er als Wunsch nach Kontinuität durch Endogamie versteht, welche einer »Vermischung von Menschen« entgegenwirke. 10 Schlecht sei deswegen – und dies ist der springende Punkt – die »Vermischung« verschiedener »Rassen« und »Kulturen«. Das »Lob der Differenz« dient dazu, Unterschiede zu verabsolutieren und sich gegen jede vermeintliche »Vermischung« zu verwahren. Der Ethnopluralismus ist folglich eine Ideologie, in der jeder Mensch einem »Volk« zugeordnet wird, das einen

⁶ Jörg Seidel, »Huntingtons Aktualität«, sezession.de, 26.08.2019, https://sezession.de/61 530/huntingtons-aktualitaet (letzter Abruf: 11.02.2022).

⁷ Siehe dazu Krsto Lazarević, »Verhinderte Rechte. Eine Kritik der › Kritischen Weißseinsforschung ‹ in Deutschland «, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 293–313.

⁸ Ebd., S. 299.

Peter Krause, »Politische Theorie: Alain de Benoist, Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich, über Rassismus und Antirassismus, Ideologien und Fremdenfeindlichkeit«, in: Junge Freiheit, Nr. 30/1998, 17.07.1998.

¹⁰ Krsto Lazarević, »Verhinderte Rechte«, S. 299.

bestimmten Platz in der Welt hat. Migration wird dabei als störend empfunden.

In Staaten, denen attestiert wird, bis vor einigen Jahrzehnten ein relativ homogenes Staatsvolk gehabt zu haben, richtet sich der Ethnopluralismus gegen Einwanderung, Migrantinnen und Geflüchtete. Dies sind vor allem jene Länder, in denen die Neue Rechte bereits eine gewisse Relevanz vorzuweisen hat: Frankreich, Österreich und Deutschland etwa.

Ethnopluralistische Positionen sehen in Staaten wiederum, die explizit in ethnischer Pluralität gründen, a priori deren Scheitern angelegt – und idealtypisch dafür steht der Vielvölkerstaat Jugoslawien. Besonders eindrücklich wird diese These von Manfred Kleine-Hartlage in seiner 2012 erschienenen Abhandlung Warum ich kein Linker mehr bin beschrieben. 12 Der neurechte Autor schildert dort seine Hinwendung zur Rechten damit, dass die Linke ihm Antworten auf zentrale Fragen schuldig geblieben sei – unter anderem auf die, warum die Vielvölkerstaaten »Jugoslawien, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion sich in dem Moment in Nationalstaaten auflösten, als die sie zusammenhaltende Diktatur wegfiel.«13 Antworten meint er in der ethnischen Pluralität und im Umstand gefunden zu haben, dass Vielvölkerstaaten nicht dauerhaft demokratisch verfasst sein könnten, weil dies unweigerlich existenzielle Konflikte generiere. Als Beispiel führt er Länder in Ost- und Südosteuropa an und behauptet, diese hätten sich aufgrund der »völkischen« Pluralität der dort lebenden Menschen in der Zwischenkriegsphase nicht demokratisch konsolidieren können, weil die großen Minderheiten ein unüberwindbares Problem dargestellt hätten. Konsequent zu Ende gedacht, führt dieses Argument zur Forderung, ethnisch homogene Territorien anzustreben, um eine genuine Demokratie etablieren zu können – auch um den Preis von Massenvertreibungen oder Völkermord:

»nach etlichen Diskriminierungen, Vertreibungen, Bürgerkriegen und ethnischen Säuberungen sind sie alle mehr oder weniger demokratisch, und wenn wir uns fragen, warum das so ist, dann starrt uns die Antwort ins Gesicht: weil Demokratie auf Nationalstaatlichkeit beruht und ein ethnisch heterogener Nationalstaat keiner ist. Von Demokratie, von Herrschaft des Volkes kann in solchen Staaten schon deshalb nicht die Rede sein, weil es etwas,

¹¹ Vgl. Alain de Benoist, Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999.

¹² Manfred Kleine-Hartlage, Warum ich kein Linker mehr bin, Schnellroda 2012.

¹³ Ebd., S. 15.

dass man sinnvollerweise ›das Volk‹ nennen könnte, dort überhaupt nicht gibt.«¹⁴

Diese Argumentation ist letztendlich die Rechtfertigung für Kriegsverbrechen, weil es ohne solche in den Nachfolgestaaten Jugoslawien nicht möglich sei, das in einem Staat zu vereinen, was Kleine-Hartlage »das Volk« nennt. Gemessen an den realen Verhältnissen in den einstigen Teilrepubliken des sozialistischen Landes ist es aber auch schlicht Unsinn, denn die meisten davon sind auch heute ethnisch heterogene Staaten. Ethnische Homogenität scheint kein Indikator dafür zu sein, wie es um die Demokratisierung in einem Land steht: Demokratische Standards sind im multiethnisch verfassten Bosnien-Herzegowina nicht schlechter als in Serbien, wo sich immerhin rund 83 Prozent der Bevölkerung als Serbinnen und Serben bezeichnen – im Vergleich zu anderen Staaten in der Region bereits eine recht hohe Homogenität. ¹⁵ Doch um die realen Verhältnisse und komplexen Sachverhalte geht es dem Autor auch nicht.

Für Kleine-Hartlage handelte es sich bei Jugoslawien um einen Vielvölkerstaat, der unter Tito nur durch »eine straffe Diktatur im Zaum gehalten werden« konnte. 16 An dieser Stelle im Buch wird dann aber deutlich, dass sich der Autor überhaupt nicht für Jugoslawien interessiert, sondern das Land ausschließlich als Projektionsfläche nutzt: Es geht ihm darum, vor einer »Masseneinwanderung« nach Deutschland zu warnen, die er als Beginn eines aufkeimenden Bürgerkriegs zwischen verschiedenen Gruppen hierzulande imaginiert. Konzepte wie Vielfalt, Bürgerrechte, die Möglichkeit, auch als Migrant Staatsbürger zu werden – all das kommt in diesem Weltbild nicht vor. »Jugoslawien« dient einzig als Referenz, um die eigene Opposition zu Migration, insbesondere aus mehrheitlich islamischen Regionen, zu untermauern: »Wer Multikulturalismus will, will eine ethnische Gemengelage, wie sie in Südafrika, im Libanon, im Kongo und im ehemaligen Jugoslawien herrscht, und das heißt, er führt die dazugehörigen politischen Zustände herbei: Diktatur oder Bürgerkrieg oder beides. «17 Auffällig ist, dass demokratische und

¹⁴ Ebd., S. 50.

¹⁵ Wobei unter diese 83 Prozent Serbinnen und Serben aus der Volkszählung 2011 auch ein hoher Anteil von Roma fällt, die selbstverständlich das Recht haben, sich als solche zu deklarieren, dem rassistischen Denken von Kleine-Hartlages zufolge wohl kaum als zum gleichen »Volk« zugehörig anerkannt werden würden.

¹⁶ Manfred Kleine-Hartlage, Warum ich kein Linker mehr bin, S. 51.

¹⁷ Ebd., S. 52.

verhältnismäßig freie und erfolgreiche, multiethnische Einwanderungsländer und -gesellschaften wie die USA, Kanada, Israel, Neuseeland, Australien – und im Grunde auch die Mehrheit der Staaten Westeuropas – schon gar nicht mehr genannt werden. Ebenso auffällig ist, dass Kleine-Hartlage alle anderen Faktoren wie soziökonomische oder politische Verhältnisse dabei überhaupt nicht betrachtet, weil er sich tatsächlich nur auf die Frage nach ethnischhomogenen Gesellschaften einen Reim machen kann.

Ähnlich wie Kleine-Hartelage argumentiert Martin Lichtmesz in seiner Abhandlung Ethnopluralismus – Kritik und Verteidigung. ¹⁸ Beide gaben 2011 den Sammelband Europa verteidigen heraus, zu dem unter anderem der Norweger Peder Are Nøstvold Jensen (Bloggername »Fjordman«) einen Beitrag beigesteuert hatte. Auf dessen Überlegungen bezog sich wiederum der Attentäter Anders Behring Breivik in seinem Manifest, bevor er 2011 77 Menschen ermordete. ¹⁹ Breivik bezeichnete Fjordman als seinen Lieblingsschriftsteller und übernahm dessen Überzeugung, dass durch die Einwanderung von Muslimen neue Bürgerkriege in Europa drohten. ²⁰

Lichtmesz jedenfalls bezeichnet den rechten Populismus in seiner Schrift als »defensiven Nationalismus«, also als eine legitime Verteidigungshaltung. Er argumentiert, dass dieser Populismus und eine rassistische Einwanderungspolitik zum Erhalt des »eigenen Volkes« damit zu rechtfertigen seien, dass man sich vor dem schützen wolle, was auf dem Balkan geschehen sei – also vor einem »Bürgerkrieg«. ²¹ Dabei war der Bosnienkrieg der 1990er Jahre nicht einfach Bürgerkrieg, sondern ein Krieg, dessen Verbrechen, in Quantität und Qualität, erst durch die Intervention der Nachbarstaaten Serbien und Kroatien möglich wurde, doch ignoriert man dies in der Neuen Rechten, weil es nicht ins eigene Narrativ passt. Lichtmesz' Behauptung, dass der Nationalismus in Europa rein defensiv sei, ignoriert außerdem die durchaus bestehenden territorialen Ansprüche an Nachbarstaaten, die sich noch an vielen Orten in Europa finden – Russland, Ungarn, Serbien oder Albanien

¹⁸ Martin Lichtmesz, Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020.

¹⁹ Siehe dazu Magnus Ranstorp, »›Lone Wolf Terrorism‹. The Case of Anders Breivik«, in: Sicherheit und Frieden, Vol. 31, No. 2, 2013, S. 87–92; Sveinung Sandberg, »Terrorism as Cultural Bricolage: The Case of Anders Behring Breivik«, in: Daniel Ziegler/Marco Gerster/Steffen Krämer (Hg.), Framing Excessive Violence, London 2015, S. 177–196.

²⁰ Vgl. Thore Wethling/Stefan Hansen, »Anders Breivik. Terrorist oder Amokläufer?«, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hg.), Jahrbuch Terrorismus 2011/2012, Opladen/Berlin/Toronto 2012, S. 121–145, hier: S. 126, FN 26.

²¹ Martin Lichtmesz, Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020.

etwa, Länder also, in denen es sehr weit verbreitet ist, die Grenzen des eigenen Landes nicht dort zu sehen, wo sie auf der Landkarte enden. Antonio Tajani hat selbst in seiner damaligen Funktion als Präsident des Europäischen Parlaments 2019 noch öffentlich Gebietsansprüche gegenüber Kroatien geäußert und vom »italienischen Istrien« und »italienischen Dalmatien« gesprochen.²² Die Behauptung, dass der Nationalismus in Europa rein defensiver Natur sei, ist vor allem mit Bezug auf Südosteuropa unhaltbar. Konkret schreibt Lichtmesz:

»Selbst der schwerste europäische Nationalitätenkonflikt der letzten Jahrzehnte scheint dauerhaft bereinigt zu sein: Slowenen, Kroaten, Serben, Bosnier, Mazedonier haben ihre eigenen Nationalstaaten, deren Erwerb mit viel Blut und ethnischen Säuberungen erkauft wurde.«²³

Auch an dieser Bemerkung stimmt vieles nicht. Die Bevölkerung in den meisten der genannten Staaten ist weiterhin sehr heterogen. In Bosnien-Herzegowina, wo die größten Kriegsverbrechen bis hin zum Genozid vollübt wurden, leben mit Bosniaken, Serben und Kroaten weiterhin drei konstitutive Bevölkerungsgruppen gemeinsam in einem Staat. Was Lichtmesz als »Bosnier« bezeichnet, sind all diese Menschen, weil dieser Begriffkeine Volkszugehörigkeit im völkischen Sinne, sondern nur im staatsbürgerlichen kennt. Auch Nordmazedonien ist ein Vielvölkerstaat, in dem die slawischen Mazedonier rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen. Der einzige Staat, der nach den Jugoslawienkriegen tatsächlich eine deutlich homogenere Bevölkerungsstruktur aufweist als davor, ist Kroatien, weil dort die Mehrheit der serbischen Bevölkerung vertrieben wurde.

Dort war im August 2016 auch der neurechte Verleger Götz Kubitschek zu Gast im Kulturverband Matica hrvatska, wo er auf Einladung von Leo Marić sprach, der die Zeitschrift *Obnova* herausgibt, die politisch zwar eher unbedeutend ist, aber ebenfalls den Ansatz einer Metapolitik verfolgt, weswegen eine transnationale Zusammenarbeit naheliegt. In seiner Rede²⁴ behauptete Kubitschek, dass der Krieg den Kroaten »etwas gestiftet« habe, »worauf sie heute

Peter Müller, »Antonio Tajani empört mit historischer Entgleisung«, spiegel.de, 13.02.2019, https://www.spiegel.de/politik/ausland/antonio-tajani-historische-entgle isung-des-eu-parlamentspraesidenten-a-1253077.html (letzter Abruf: 11.02.2022).

²³ Martin Lichtmesz, Ethnopluralismus, S. 95.

²⁴ Götz Kubitschek, »Zagreb und Magdeburg«, sezession.de, 03.12.2016, https://sezession.de/wp-content/uploads/2016/12/vortrag-zagreb.pdf (letzter Abruf: 11.02.2022).

ihre Identität aufbauen« könnten. Anschließend zitierte er George Sorel damit, dass »Blut und Tot die Zutaten« seien, aus denen die »große Erzählung der Nation« geschaffen werde, welche die Menschen wiederum davon abhalte, die »Nation leichtfertig aufzugeben«, wobei die »relative Homogenität« mancher Länder dazu führe.

»daß diese Nationen das Eigene, die Souveränität, die relative Homogenität ihrer Völker und ihre kulturelle, juristische, mentale und ethnische Ausprägung nach Kräften verteidigen, während der Westen das nicht mehr tut. Der Westen – das ist in meinem Fall Deutschland, und in diesem Land, dieser großen Nation in der Mitte des Kontinents, ist vieles so anders als anderswo, daß man es manchmal kaum erklären kann. Entscheidend ist wohl dies: In Deutschland gründet das Volk seine Zukunft auf einen Negativ-Mythos, auf die Erzählung einer einzigartigen Kriegsschuld und eines einzigartigen Völkermords.«²⁵

Lapidar formuliert ließe sich die These aufstellen, dass Kubitschek es den Kroaten neidet, dass diese stolz auf ihren Unabhängigkeitskrieg sind und die Mehrheit im Land sich nicht damit aufhält, die zahlreichen Kriegsverbrechen zu verurteilen: Vielmehr würden die Kroaten ihre Kriegsverbrecher schamlos feiern, während Ähnliches in Deutschland eben nicht möglich sei. Kubitschek spielt hier über Bande und spricht über Kroatien, aber was er eigentlich meint, ist, dass man in Deutschland aufhören solle, die Shoah und die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg als zentrale Erzählung zu setzen, die er als »Negativ-Mythos« bezeichnet. Dabei ist die Bezeichnung der Shoah, also der industriell durchgeführten Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, als Mythos ein deutliches Indiz dafür, dass die Neue Rechte es nicht schafft, sich konsequent von ihren nationalsozialistischen Gesinnungskameraden abzugrenzen.

Kubitschek führte weiter aus, dass es den Deutschen im Gegensatz zu den Kroaten an Stolz an der eigenen Nation mangele und erstere deswegen bereit seien, »Masseneinwanderung« als Bereicherung zu betrachten, was die »Völker« Südosteuropas nicht täten. Das liegt aber auch daran, dass gar keine Massen in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens einwandern wollen und diese Frage sich daher überhaupt nicht stellt. Angesichts der Tatsache, dass heute rund je-

²⁵ Ebd.

der zehnte kroatische Staatsbürger in Deutschland lebt²⁶, entbehrt diese Darstellung nicht einer gewissen Komik: Kroatien ist heute deshalb verhältnismäßig homogen, weil während des Krieges ein Großteil der serbischen Bevölkerung vertrieben wurde und weil es kaum Menschen aus anderen Regionen gibt, die nach Kroatien einwandern wollen – abgesehen vielleicht von Rentnerinnen und Rentnern, die einen ruhigen Lebensabend an der Adria verbringen wollen. Zudem verlassen Zehntausende jedes Jahr das Land vorwiegend aus ökonomischen Gründen und vor allem in Richtung Deutschland, ironischerweise also dorthin, wo Kubitschek auf seinem Rittergut in Schnellroda vor Masseneinwanderung warnt und Kroatien um seine ethnische Homogenität beneidet.

Worauf Kubitschek hier hingegen nicht eingeht, sind die deutschen Neonazis, die sich Anfang der 1990er Jahre kroatischen Paramilitärs anschlossen, weil sich diese rechtsextremen Milizen als Fortführung der Nazikollaborateure der Ustascha verstanden. In Deutschland, Frankreich und Österreich riefen neonazistische Gruppen dazu auf, sich den kroatischen Rechtsextremen im Krieg anzuschließen. Vor allem die rechtsextreme HOS-Miliz rekrutierte Hunderte Personen aus aller Welt, um auf ihrer Seite zu kämpfen. Darunter war beispielsweise der Franzose Michel Faci, ein enger Weggefährte von Jean-Marie Le Pen, der »für den Erhalt der weißen Rasse« kämpfen und töten wollte und nach eigenen Angaben eine 200-Mann-Einheit befehligte, zu der auch Deutsche und Österreicher gehörten. Aus Österreich wurde der bekannte Holocaustleugner Gottfried Küssel verhaftet, als dieser Neonazis als Söldner für den Kroatienkrieg rekrutierte. In Deutschland wirkte die Unterstützung von Neonazis für rechtsextreme kroatische Milizen noch in anderer Weise zurück.

Es deutet viel darauf hin, dass der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund einen Teil seines Waffenarsenals aus Kroatien bezog. Bei einer im abgebrannten Wohnwagen der Rechtsterroristen gefundenen Waffe handelt es sich um eine Pleter 91. die nur in Kroatien und nur zwischen 1991 und 1996

²⁶ Laut statistischem Bundesamt lebten zum 30.12.2020 insgesamt 426.845 kroatische Staatsbürger in Deutschland, während laut Schätzung der Weltbank zu diesem Zeitpunkt der kroatische Staat insgesamt noch 4,05 Millionen Einwohner hatte, von denen aber nicht alle kroatische Staatsbürger sind.

o. A. »Kroatien-Krieg – Tummelplatz für Neonazis«, antifainfoblatt.de, 19.03.1992, http s://www.antifainfoblatt.de/artikel/kroatien-krieg-tummelplatz-f%C3%BCr-neonazis (letzter Abruf: 11.02.2022).

hergestellt wurde. Zum engeren Unterstützerumfeld von Uwe Bönhardt, Beate Zschäpe und Uwe Mundlos wiederum gehörte mindestens eine Person aus Thüringen, die auch als Neonazi auf der Seite einer rechtsextremen kroatischen Miliz kämpfte. Die Pleter 91 wiederum wurde nachweislich an deutsche Neonazi-Söldner in Kroatien verteilt. ²⁸ Die Bundesregierung antwortete im Juni 2001 auf eine Anfrage der PDS, dass rund 100 deutsche Staatsbürger als Söldner im Kroatienkrieg aktiv gewesen seien. Diese kämpften »fast ausnahmslos auf Seiten der Kroaten bzw. bosnischen Kroaten« und seien dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. ²⁹

Die Neue Rechte und die »Grenzwächter«-Mythologie

In der neurechten Literatur tauchen die rechtsextremen kroatischen Milizen und ihre freiwilligen Neonazi-Unterstützer aus Deutschland, Österreich und Frankreich kaum auf.³⁰ Sehr viel öfter stößt man hingegen auf »die Serben«, die als Volk imaginiert werden, welches Europa seit Jahrhunderten an vorderster Front vor »dem Islam« verteidige. Inklusive zahlreicher Verharmlosungen bis hin zur Glorifizierung schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sogar des Völkermords. Die vom rechtspopulistischen SVP-Politiker Roger Köppel herausgegebene Schweizer *Weltwoche* reproduzierte das Narrativ der Serben als Verteidiger des Abendlandes noch im Januar 2022 mit der Titelgeschichte »Das Heldenvolk der Serben«.³¹ Nachdem das Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, erschien in der *Jungen Freiheit* ein Artikel mit dem Titel »Tag der Erniedrigung Serbiens«. Darin wurde die Unabhängigkeit der ehemaligen autonomen serbischen Provinz massiv kritisiert und darauf hingewiesen, dass es Ziel der Kosovo-Albaner sei, sich mit

²⁸ Axel Hemmerling/Ludwig Kendzia, »Das Waffenarsenal des NSU und die Spur nach Kroatien«, *mdr.de*, 09.07.2018. Weblink nicht mehr verfügbar.

²⁹ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/6413, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner, Ulla Jelpke, Heidi Lippmann, Roland Claus und der Fraktion der PDS zu »Deutsche Söldner in bewaffneten Konflikten«, 21.06.2001.

³⁰ Eine systematische Untersuchung der Rezeption neurechter Kreise zur Unterstützung durch deutsche Neonazis in Kroatien wäre interessant, scheint aber auf den ersten Blick zumindest im deutschsprachigen Raum nicht viel herzugeben.

³¹ Christoph Mörgeli, Das Heldenvolk der Serben, weltwoche.ch, https://weltwoche.ch/story/heldenvolk-der-serben/ (letzter Abruf: 11.02.2022).

Albanien zu verbinden. In dem Artikel wird statt des politischen Konflikts zwischen Serben und Albanern ein religiöser konstruiert:

»Dabei übersieht man bewußt die Verfolgung der christlichen kosovo-serbischen Minderheit, die von KFOR-Soldaten vor dem albanischen Nationalismus geschützt werden muß, der mit dem radikalen Islam ein unheiliges Bündnis eingeht.«³²

Hier wird die neurechte Trennlinie zwischen einem christlichen Europa und einem vermeintlich radikal islamischen Anderen beschrieben. Dabei ist das Kosovo ein säkularer Staat, in dem es keine relevante politische Partei gibt, die sich auf den Islam als Grundpfeiler beruft. Auch die UÇK bezog sich in ihrem Kampf gegen Serbien nicht auf den Islam, wohl aber auf eine homogene albanische Volksidentität. Islamistische Gruppierungen und Ideen sind im Kosovo ein Minderheitenphänomen, das im Zuge der Rekrutierung durch den sogenannten »Islamischen Staat« zwar eine gewisse Relevanz erlangt hat - rund 300 kosovarische Staatsbürger schlossen sich der Terrormiliz an –, dem im gesellschaftlichen und politischen Alltag aber kaum eine Bedeutung zukommt.³³ Während des Kosovokrieges 1999 gab es keine quantitativ und qualitativ bedeutenden islamistischen Gruppen im Kosovo. Die serbische Rechte hingegen bezieht sich bei ihren Ansprüchen auf das Kosovo sehr zentral auf eine stark religiös konnotierte, serbisch-orthodoxe Erzählung zur Schlacht auf dem Amselfeld 1389; der Soziologe Todor Kuljić spricht kritisch von einer »Grenzwächter-Mythologie«³⁴, derer sich neurechte und rechtsradikale Autoren bedienen. Wenn man also einer Kriegspartei vorwerfen kann, sich religiös-fundamentalistischer Argumente zu bedienen, dann ist es die serbische und nicht die kosovo-albanische.

Während im sozialistischen Jugoslawien der Fokus der populären Geschichtsschreibung auf dem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und Nationalsozialismus und auf »Brüderlichkeit und Einheit« lag, traten später trennende Narrative auf, auch in Konkurrenz zu und als reaktionäre Trotz-

³² o. A., »Tag der Erniedrigung«, hf-archiv.de, 22.02.2008, https://jf-archiv.de/archiv08/20 0809022256.html (letzter Abruf: 11.02.2022).

³³ Krsto Lazarević, »IS-Hochburg auf dem Balkan«, in: Die WELT, 23.06.2017. Anmerkung: Der reißerische Titel wurde von der Redaktion der Zeitung ausgewählt. Später habe ich meine Zusammenarbeit mit dieser eingestellt.

³⁴ Todor Kuljić, Umkämpfte Vergangenheiten. Die Kultur des Erinnerns im postjugoslawischen Raum, Berlin 2010, S. 45ff.

Reaktion auf den staatlichen Antifaschismus. Zentral war hierbei immerzu die Abgrenzung zum jeweils »Anderen«, um sich die eigene Zivilisiertheit und Zugehörigkeit zu Europa zu versichern. Milica Bakić Hayden beschrieb dieses Konzept in Anlehnung an Edward W. Said als »Nesting Orientalisms«.35 Während der Balkan für Westeuropa immer »das Andere« war, haben sich auf dem Balkan wiederum neue Formen des Otherings durchgesetzt: Die Slowenen grenzten sich mit ihrem relativen Wohlstand und ihrer jahrhundertelangen Habsburger Geschichte vom restlichen Balkan ab; die Kroaten verstehen sich als Katholiken als Teil Europas in Abgrenzung zu den als byzantinisch, orthodox und sozialistisch verstandenen Serben; die Serben wiederum sehen sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Christentum als Bollwerk gegen den Islam und grenzen sich ihrerseits von den mehrheitlich muslimischen Bosniaken und Albanern ab. Zentral war dabei für christlich geprägte Gruppen eine starke Abgrenzung zum Osmanischen Reich, wie Kuljić schreibt: »Hinter den identitären Mythen steht das Bestreben nach einer radikalen Abgrenzung vom Osmanischen Reich und die Angst vor einer Islamisierung, die bis heute vorherrscht «36

Insbesondere in der serbischen Rechten dient die Mythologisierung der Schlacht auf dem Amselfeld dazu, ein Selbstbild zu produzieren, demzufolge sich die Serben aufgeopfert hätten, um Europa vor islamischen Invasoren zu verteidigen, während sie tatsächlich vor allem ihr eigenes Königreich verteidigt hatten. Dass diese Erzählung für die Neue Rechte attraktiv ist, bedarf keiner großen Erklärung. In Serbien selbst ist jedoch zentral, dass man das Reich auf Erden gegen ein Reich im Himmel getauscht habe, was bedeutet, dass hier in christlich-entrückter Weise ein Anspruch auf eine Region erhoben und kein ethnischer Konflikt gezeichnet wird.

Vor allem die Identitäre Bewegung bezieht sich auf solche Bilder, so etwa in der Erinnerung an die Schlacht bei Poitiers und Tours 732, wobei Karl Mattel zum Verteidiger des Abendlandes stilisiert wird – eine der öffentlichkeitswirksamsten Aktionen der französischen Identitären war die Besetzung des Daches einer Moschee in Poitiers im Oktober 2012. Mit der Aktion wollten sie gegen eine angeblich von den 68ern geprägte multikulturelle Gesellschaft

³⁵ Milica Bakić-Hayden, »Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia«, in: Slavic Review, Vol. 54, No. 4, 1995, S. 917–931.

³⁶ Todor Kuljić, Umkämpfte Vergangenheiten, S. 46.

demonstrieren³⁷; aus dieser Idee entstammt auch das Ziel einer Rückeroberung Europas, einer sogenannten »Reconquista«. Ähnliche Erzählungen gibt es auch bei den Identitären in Österreich, die Belagerungen von Wien 1529 und 1683 durch die Osmanen betreffend; in Ungarn mit der Schlacht um Mohács 1526; in Slowenien mit der Schlacht um Sisak 1593 oder in Kroatien um das Krbava-Feld 1493.

In dieser politischen Stilisierung werden Serben eben auch dem christlichen Abendland zugeordnet, während Albaner auf der anderen Seite, jener des Islam, stünden. Diese Argumentation ist aber gerade in Hinblick auf den Kosovo-Konflikt abwegig, weil sich die albanische Seite nicht positiv auf die osmanische Eroberung bezieht. Im Gegenteil: Albaniens Nationalheld Skanderbeg (1405–1468) wird vor allem deswegen verehrt, weil er gegen die Sultane kämpfte.³⁸ Die Verteidigung gegen die osmanischen Eroberer gehört bei Albanern wie bei Serben zum nationalen Selbstverständnis. Der Artikel in der Jungen Freiheit, in dem die Unabhängigkeit des Kosovo kritisiert wird, endet mit den Worten: »Der ›Raub des Kosovo‹ durch terroristische Separatisten und ihre internationalen Hintermänner ist für jenes Serbien, dem der Kosovo-Mythos etwas bedeutet, ein Unrecht, das sich so oder so gegen seine Urheber wenden wird.«³⁹ Hier bezieht sich der Autor ganz konkret auf den christlich aufgeladenen Kosovo-Mythos, mit dem die serbische Seite versucht, ihre Ansprüche zu legitimieren. Die kosovo-albanische Argumentation war indes von eigenen politischen Mythen geprägt, die von einer Ablehnung Jugoslawiens und einem großalbanischen Nationalismus geprägt waren, der so weit ging, dass man selbst das politisch sowie wirtschaftlich völlig isolierte Albanien des Hoxha-Regime dem vergleichsweise liberalen Jugoslawien vorzog. Auf kosovo-albanischer Seite war der Wunsch nach ethnischer Homogenität und einer Vereinigung mit Albanien stark verbreitet, selbst wenn diese nur um den Preis einer stalinistischen Diktatur zu haben sei. 40

³⁷ o. A., »Des identitaires occupent une mosqueé de Poitiers«, lefigaro.fr, 20.10.2012. https://www.lefigaro.fr/actualite-france/2012/10/20/01016-20121020ART FIG00354-des-identitaires-occupent-une-mosquee-de-poitiers.php (letzter Abruf: 11.02.2022).

³⁸ Vgl. Oliver Jens Schmitt, Skanderbeg. Der neue Alexander auf dem Balkan, Regensburg 2009.

o. A., Tag der Erniedrigung, hf-archiv.de, 22.02.2008, https://jf-archiv.de/archiv08/200 809022256.html (letzter Abruf: 11.02.2022).

⁴⁰ Vgl. Atdhe Hetemi, »Student movements in Kosova (1981): academic or nationalist?«, in: Nationalities Papers, Vol. 46, Issue 4/2018, S. 685–703.

In einem Beitrag mit dem Titel »Das Gelübde vom Kosovo« formulierte die *Junge Freiheit* 2009: »Wenn Europa, der Westen das mehrheitlich muslimische Kosovo dem Islam zum Geschenk machen und die muslimischen Bosnier unterstützen, würden die christlichen Serben ein zweites Mal geopfert.«⁴¹ Das erste Opfer stelle demnach die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 dar, auf dem »die Serben« stellvertretend für das christliche Abendland gegen »den Islam« gekämpft hätten. Der Beitrag bezieht sich positiv auf die serbischen Theologen Justin Popović (1894–1979) und Nikolaj Velimirović (1881–1956), auch weil diese sich mit der Konservativen Revolution in Deutschland auseinandergesetzt hatten – einem der wichtigsten historisch-intellektuellen Bezugspunkte der Neuen Rechten in Deutschland. Was nicht im Artikel steht, ist, dass es sich bei Velimirović um einen Unterstützer der faschistischen Partei ZBOR handelt, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nationalsozialisten kollaborierte, sowie um einen Bewunderer Adolf Hitlers und schlicht um einen Antisemiten. ⁴²

Die Erzählung der serbischen »Grenzwächter« kommt auch im 2001 erschienenen Buch *Raki am Igman* von Götz Kubitschek und Peter Felser, dem dem Vize-Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, vor. ⁴³ Darin geht es in 21 recht kurzen Episoden über den Alltag der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina. Die beiden Autoren verarbeiten darin ihre eigenen Erfahrungen als Soldaten im Bosnien-Einsatz und deuten bereits im Vorwort an, dass viele der Geschichten so oder so ähnlich passiert sind, aber »die Wirklichkeit bisweilen überzeichnet, sozusagen auf den Punkt gebracht, und eben deswegen wahr sei.«⁴⁴ Die Geschichten basieren also auf wahren Gegebenheiten, die Autoren behaupten allerdings nicht, dass alles genauso passiert sei und nehmen sich beim Schreiben gewisse Freiheiten heraus.

Die ersten Kapitel beschreiben den Soldatenalltag, wobei Bosnien-Herzegowina vor allem als Kulisse dient und keine besondere politische Einschätzung der Lage vor Ort stattfindet; viele der Geschichten hätten sich so oder so ähnlich auch woanders abspielen können. Gerade in den späteren Kapiteln

⁴¹ o. A., »Das Gelübde vom Kosovo«, jungefreiheit.de, 06.09.2009, https://jungefreiheit.de/sonderthema/2009/das-geluebde-vom-kosovo/ (letzter Abruf: 11.02.2022)

⁴² Zu einigen übergangenen Komponenten in Velimirovićs Denken vgl. Julia Anna Lis, Antiwestliche Diskurse in der serbischen und griechischen Orthodoxie. Zur Konstruktion des »Westens« bei Nikolaj Velimirović, Justin Popović, Christos Yannaras und John S. Romanides, Berlin et al. 2019.

⁴³ Götz Kubitschek/Peter Felser, Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnieneinsatz der Bundeswehr, zweite Auflage, Schnellroda 2001.

⁴⁴ Ebd., S. 9.

legen Kubitschek und Felser den Figuren dann ihre eigene Weltsicht in den Mund. Offensichtlich wird dies beispielsweise, wenn es darum geht, dass ein Soldat argumentiert, man solle es sich nicht so einfach dabei machen, die eigenen Großeltern und die Wehrmacht zu verurteilen, oder dann, wenn beschrieben wird, warum eine Lesung aus Ernst Jüngers *In Stahlgewittern* in einem der Feldlager von den Vorgesetzten problematisiert wird.⁴⁵ Die offensichtliche Verehrung der Autoren gegenüber Ernst Jünger wird auch dadurch deutlich, dass dieser im Buch zweimal am Kapitelanfang zitiert wird.⁴⁶

Die Grenzwächter-Mythologie wird in dem Buch im Kapitel »Schöne Märchen« von einem serbischen Schuldirektor aus der Nähe von Foča erzählt, mit dem sich Bundeswehrsoldaten unterhalten. Dieser bedient die zentrale Erzählung des Ethnopluralismus, wenn er behauptet, dass »ein Zusammenleben in einem Staat mit den Moslems unmöglich ist, ein friedliches Nebeneinander aber durchaus denkbar wäre.«⁴⁷ Im weiteren Verlauf wird die »Grenzwächter«-Mythologie ebenso aufgegriffen wie die Idee, dass in Deutschland aufgrund der Präsenz muslimischer Menschen eines Tages ein Bürgerkrieg drohe:

»Der Serbe fragt den Deutschen, warum er denn die jahrhundertelange Abwehr des Osmanischen Reiches, den Kampf gegen den Islam, aus christlichabendländischer Sicht so negativ bewerten könne. Die Serben hätten doch auch für das christliche Deutschland gekämpft. Der Oberfähnrich gibt keine Antwort, zu wenig hat er sich mit den Hintergründen des Bosnienkonfliktes befaßt, er hat einen eindeutigen Auftrag. Beim Abschied merkt der Serbe noch an, daß Deutschland mit seinen Moslems die gleichen Probleme bekommen werde.«⁴⁸

Kubitschek und Felser machen sich an dieser Stelle nicht mit den Aussagen des serbischen Schuldirektors gemein; es liegt allerdings der Verdacht nahe, dass sie ihm ihr eigenes Weltbild in den Mund legen, während der Oberfähnrich in dieser Geschichte als eine Kritik an Soldaten gelesen werden kann, die auch in ihrem Einsatz nicht begreifen, dass ein Zusammenleben verschiedener »Völker«, Religionen und Ethnien in einem Staat nicht wünschenswert sei. Das wiederum schreiben Kubitschek und Felser auch in ihrem eigenen Namen im Vorwort des Buches: »Vielleicht kann nur ein westliches Friedensgehirn auf

⁴⁵ Ebd., S. 113ff.

⁴⁶ Ebd., S. 27 und S. 45.

⁴⁷ Ebd., S. 112.

⁴⁸ Ebd.

die Idee kommen, daß nach einem brutalen Bürgerkrieg, der Zwang zum Miteinander, die Haustür-an-Haustür-Existenz ehemaliger Todfeinde der richtige Weg sei. « 49

Hierbei handelt es sich um eine offene Ablehnung des multiethnischen Staates Bosnien-Herzegowina, in dessen Verfassung die Bosniaken, Serben und Kroaten je ein konstitutives Staatsvolk bilden. Bei der Bevölkerungsstruktur des Landes hieße eine Beendigung der »Haustür-an-Haustür-Existenz ehemaliger Todfeinde« nichts anderes als die Legitimierung von Vertreibung, Kriegsverbrechen und letztlich auch des Genozids - siehe Srebrenica -, denn nur mit diesen und mit keinen anderen Mitteln wären ethnisch reine Gebiete zu verwirklichen. Ähnlich Jugoslawien als staatlichem Negativbeispiel dient Bosnien-Herzegowina hier vor allem als Projektionsfläche gegen ethnische Pluralität in einem Staat und in diesem speziellen Fall eben auch dagegen, mit Muslimen in einem Land zu leben, wohl aber in verschiedenen Staaten, nebeneinander. Hervorzuheben ist auch hier, dass die Geschichte von Kubitschek und Felser in Foča spielt, aber Deutschland meint. In dem gesamten Buch erfahren wir über Bosnien-Herzegowina und den Hintergrund des Krieges fast nichts. So wie Kubitschek und Felser zu deutschen Muslimen stehen und ihnen die Zugehörigkeit absprechen und ebenso von einer homogeneren Volksgemeinschaft träumen, scheinen sie den Bürgerkrieg auf deutschem Boden geradezu herbeizusehnen, um ein »ethnisch reines« Deutschland zu schaffen.

Die Bagatellisierung von Kriegsverbrechen und Völkermord

Eine der führenden Stimmen zur Bagatellisierung des Völkermords in Srebrenica kommt ursprünglich nicht aus der Neuen Rechten: Jürgen Elsässer gehörte in den 1990er Jahren noch zu jenen radikalen Linken, die sich auf die Seite serbischer Kriegsverbrecher stellten und behaupteten, dass es sich bei vielen Bosniaken, also den Opfern des Genozids von Srebrenica, um Islamisten gehandelt habe. Seine Positionen radikalisierte der Publizist schrittweise. Schrieb er noch 2002 in *konkret*, dass es wahrscheinlich 2–3000 Tote in Srebrenica gegeben habe, reduzierte er seine Einschätzung 2003 im *Freitag* auf

⁴⁹ Ebd., S. 8.

1500 Opfer.⁵⁰ In der *jungen Welt* sprach er bereits 2004 vom »Srebrenica-Mythos« oder dem »sogenannten Srebrenica-Massaker«.⁵¹ Je offenkundiger das Ausmaß der Massaker wurde, umso mehr bagatellisierte Elsässer den Genozid. Auf seiner Reise von der radikalen Linken zur extremen Rechten blieb Elsässer seinen Positionen zu den Jugoslawien-Kriegen treu, inzwischen verkauft er dieselbe Interpretation dieser Kriege und des Massakers von Srebrenica einem anderen Publikum. Warum diese Narrative in beiden Lagern auf Zustimmung trafen und treffen, ist noch aufzuarbeiten.⁵²

Der ehemalige Antideutsche Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek betrieben ihren ersten öffentlichen Schulterschluss auf der Leipziger Buchmesse im März 2018, als Elsässer auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion sagte: »Aufgabe der oppositionellen Medien ist, zum Sturz des Regimes beizutragen – und da gehen wir Schulter an Schulter«, worauf Kubitschek nichts einzuwenden hatte.⁵³ Und auch bei ihren Ansichten zu den Bosnienkriegen und der Bagatellisierung von Kriegsverbrechen haben die beiden einige Gemeinsamkeiten vorzuweisen. Kubitschek relativiert die Kriegsverbrechen der Jugoslawienkriege erneut über Bande spielend, indem er einen seiner Lieblingsautoren Peter Handke rezensiert, den er wiederum als Teil des rechten Literaturkanons betrachtet.⁵⁴ Der Schriftsteller hat in seinem Werk mehrfach erwiesene Kriegsverbrechen angezweifelt, eine Rede auf der Beerdigung des verurteilten Kriegsverbrechers Slobodan Milošević gehalten und sich mehrfach abfällig über die Opfer des Genozids in Srebrenica und ihre Hinterbliebenen geäußert und den Völkermord selbst relativiert bis geleugnet.⁵⁵

Vgl. Jürgen Elsässer, »Bosnisches Iran-Gate«, in: konkret, Nr. 06/2002, S. 38; »Srebrenica und Karthago«, in: Der Freitag, 18.07.2003.

Jürgen Elsässer, »Das ist keine seriöse Untersuchung«, in: junge Welt, 12.11.2004.

⁵² Vgl. Krsto Lazarević, »Srebrenica und die deutsche Linke«, in: Jungle World, Nr. 30/2020, 23.07.2020.

⁵³ Krsto Lazarević, Rechtsextreme machen sich auf Leipziger Buchmesse breit – und haben damit auch noch Erfolg, vice.de, 19.03.2018, https://www.vice.com/de/article/w j7q54/rechtsextreme-machen-sich-auf-leipziger-buchmesse-breit-und-haben-damit -auch-noch-erfolg (letzter Abruf: 31.12.2021)

⁵⁴ Vgl. Adnan Delalić, »Wings of Denial«, in Hikmet Karčić/Sead Turčalo (Hg.), Bosnian Genocide Denial and Triumphalism, Origin, Impact and Prevention, Sarajevo 2021, S. 152–179.

⁵⁵ Alida Bremer, »Die Spur des Irrläufers«, perlentaucher.de, 25.10.2019, https://www.perlentaucher.de/essay/peter-handke-und-seine-relativierung-von-srebrenica-in-einer-extremistischen-postille.html (letzter Abruf: 31.12.2021)

In Anspielung an Handkes »Gerechtigkeit für Serbien« veröffentlicht Götz Kubitschek im Dezember 2019 in der *Sezession* einen Text mit dem Titel: »Gerechtigkeit für Handke«.⁵⁶ Kubitschek beschreibt darin, wie ihn die Lektüre Handkes als Soldat prägte und er dadurch bemerkt habe, dass »wieder ein ganzes Volk zur düsteren Projektionsfläche hinter den moralisch glänzenden Waffentaten der Guten gemacht worden war!«, wobei er die Lage mit den Deutschen und der Shoah vergleicht, wenn er davon schreibt, dass ein ganzes »Volk« »wieder« zur »düsteren Projektionsfläche« würde.⁵⁷ Im Artikel vergleicht Kubitschek mehrfach »die Serben« in den 90er Jahren mit den Deutschen des Nationalsozialismus und kritisiert, dass diese »als im Kern böses Volk« dargestellt wurden, dass »umerzogen werden müsse«.⁵⁸ Abermals schreibt er hier vom »Gründungsmythos Auschwitz« und stellt einen direkten Vergleich an: »Der Deutschen Auschwitz ist den Serben Srebrenica, die nationalsozialistischen KZs sind die serbischen Lager in der Republika Srpska.«⁵⁹

Auch hier zieht sich das Bild durch, dass Kubitschek bereits in seiner Rede in der Matica hrvatska im August 2016 in Kroatien verdeutlicht hat. Die Serben sollen, ebenso wie die Kroaten, kein negatives Bild von ihrer Vergangenheit zeichnen, um stolze Volksgemeinschaften zu bilden. Eigentlich meint er damit, dass die Deutschen aufhören sollten, ihr Selbstbild entlang der Vergangenheitsbewältigung zur Shoah und des zweiten Weltkriegs zu betreiben. Kubitschek wird noch deutlicher:

»Gerechtigkeit für Serbien, Gerechtigkeit für Deutschland, wie könnte das gehen? Leicht zu leben, leicht zu nehmen, leicht daherzuerzählen – damit muß man aufhören. Wie unstatthaft leicht es nämlich ist, wie unangemessen breitbeinig man plötzlich steht, wenn die Zuweisungen von Schuld und Unschuld, gut und böse so eindeutig ausfallen, so entlastend nahegelegt werden! Die eine Seite ist dann ganz und gar schwarz anpinselt, die andere weiß übertüncht. So ist es zwar immer, weil es so am einfachsten ist. Aber so ist es nie richtig.«⁶⁰

Götz Kubitschek, »Gerechtigkeit für Handke«, in: Sezession, Nr. 93, Dezember 2019,

S. 4-9.

⁵⁷ Ebd., S. 4.

⁵⁸ Ebd., S. 5.

⁵⁹ Ebd., S. 5f.

⁶⁰ Ebd., S. 9.

Kubitschek will darauf hinaus, dass es falsch sei, die nationalsozialistischen Deutschen als das ultimativ Böse darzustellen und dass man dies alles differenziert betrachten müsse, wobei das in diesem Kontext nichts anders bedeutet, als die deutsche Schuld an der Shoah zu relativieren. Zudem sieht er die Weigerung großer Teile der kroatischen und serbischen Gesellschaft, eigene historische Verbrechen aufzuarbeiten oder diese zu bagatellisieren, als Vorbild dafür, wie man in Deutschland mit der Schuld am Zweiten Weltkrieg und der Shoah umgehen sollte.

Der Balkan, rechtsextremer Terrorismus und die Verschwörungserzählung vom »großen Austausch«

Am 15. März 2019 ermordete der rechtsextreme Brenton Tarrant bei einem Anschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen. Kurz darauf wurde bekannt, dass der österreichische Identitäre Martin Sellner eine Spende in Höhe von rund 1.500 € von Tarrant erhalten hatte, der sich hierfür bedankte und in Aussicht stellte, einen Kaffee oder ein Bier mit dem späteren Mörder trinken zu gehen, falls dieser einmal nach Wien komme. Der Rechtsterrorist schrieb zudem an Sellner: »Es ist noch ein langer Weg bis zum Sieg, aber jeden Tag werden unsere Leute stärker.«⁶¹

Tarrant hegte nicht nur Sympathien für die österreichischen Identitären, sondern auch für serbische Kriegsverbrecher. Er richtete einen Livestream ein, um den Anschlag zu dokumentieren. Im Hintergrund lief dabei das Lied »Karadžić, führe deine Serben«. Es handelt sich hierbei um ein in rechtsextremen Onlineforen verbreitetes Kriegslied aus dem Jahr 1993, in dessen Video der bosnisch-serbische Kriegsverbrecher Novislav Đajić Akkordeon spielt und in dem der später wegen Völkermords verurteilte Radovan Karadžić besungen wird. Unter Rechtsextremen firmiert das Lied auch unter dem Titel »Remove Kebab«6² als Anspielung auf Massaker gegen Muslime. Đajić wurde wegen Beihil-

⁶¹ o. A., »Christchurch-Attentäter spendete mehr an Identitäre als bislang bekannt«, derstandard.at, 10.12.2020, https://www.derstandard.at/story/2000122404267/christchur ch-attentaeter-spendete-mehr-an-identitaere-als-bislang-zugegeben (letzter Abruf: 31.12.2021).

⁶² Der Titel »Remove Kebab« wurde eigentlich als Parodie erfunden, um darauf hinzuweisen, wie bizarr und dumm das Lied ist, Rechtsextreme übernahmen den Titel jedoch affirmativ.

fe zum Mord an 14 Menschen zu fünf Jahren Haft verurteilt. ⁶³ Auf seine Waffen schrieb Tarrant zudem die Namen von Marko Miljanov Popović, Bajo Pivljanin und Novak Vujosević – Montenegriner, die im 17. bzw. im 19. Jahrhundert gegen die Osmanen kämpften. ⁶⁴

Tarrant reiste vor seinem Anschlag mehrfach auf den Balkan und verurteilte den Kosovokrieg 1999, weil sich die NATO damit seiner Auffassung nach auf die Seite der muslimischen Albaner stellte und nicht auf jene der christlichen Serben. ⁶⁵ Er schrieb in seinem Pamphlet von einer »Auslöschung des europäischen Volkes« und bezog sich dabei auf den neurechten Vordenker Renaud Camus und dessen verschwörungsideologische Schrift über den »großen Austausch«, welche in Deutschland in Kubitscheks Verlag Antaios erschien. ⁶⁶

Auch der rechtsextreme Terrorist und Massenmörder Anders Breivik ist ein großer Bewunderer des serbischen Kriegsverbrechers Radovan Karadzić. Laut dem Politologen Jasmin Mujanović findet sich in Breiviks wirrem 1500-Seiten-Manifest an fast tausend Stellen ein Bezug zu den Jugoslawienkriegen; Breivik ist geradezu besessen vom Balkan. ⁶⁷ Er sah in den serbischen Kriegsverbrechern jene, welche die »Natur« des Islam durchschaut und erkannt hätten, dass nur der Völkermord eine adäquate Lösung darstelle. Gemäß Breivik handle es sich dabei von serbischer Seite aus um Notwehr, da die Muslime – konkret Albaner und Bosniaken – eine Art demografischer Kriegsführung betrieben. ⁶⁸ Tarrant wie Breivik verehren den zu lebenslanger Haft verurteilten bosnisch-serbischen Kriegsverbrecher Karadžić. Tarrant sah sich zudem in der Tradition des serbischen Nationalhelden Miloš Obilić, der das orthodoxe Christentum aus seiner Sicht gegen den Islam verteidigte.

⁶³ Was Peter Handke wiederum nicht davon abhielt, seine Verbrechen in einem Theaterstück zu relativieren und sogar Trauzeuge bei seiner Hochzeit zu sein.

⁶⁴ Maja Živanović, »New Zealand Mosque Gunmen >Inspired by Balkan Nationalists«, balkaninsight.com, 15.03.2019. https://balkaninsight.com/2019/03/15/new-zealand-mosque-gunman-inspired-by-balkan-nationalists/ (letzter Abruf: 31.12.2021).

⁶⁵ Michael Martens, »Serbischer Extremismus in Neuseeland«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.2019.

⁶⁶ Alexander Reid-Ross/Patricia Zhubi, »Christchurch: Die faschistische Internationale«, zeit.de, 24.03.2019. https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/christch urch-rechtsterrorismus-rechtsextremismus (letzter Abruf: 31.12.2021).

⁶⁷ Jasmin Mujanović, The Balkan Roots of the Far Right's >Great Replacement Theory, in: Hikmet Karčić/Sead Turčalo, Bosnian Genocide Denial and Triumphalism, S. 105–114, hier: S. 112.

⁶⁸ Ebd., S. 105ff.

Die Verschwörungserzählung des »großen Austauschs« gibt es schon deutlich länger als die gleichnamige, 2012 zunächst auf Französisch erschienene Schrift von Renaud Camus. 69 In der Jungen Freiheit erschien am 30. März 2000 ein Interview von Götz Kubitschek mit Stephan Maninger, später Professor an der Bundespolizeiakademie⁷⁰, unter dem Titel »Demografie als Waffe verstehen.«⁷¹ Maninger erzählte darin, dass er mit Huntington davon ausgehe, dass der Balkan eine Bruchlinie bilde, die sich durch »Masseneinwanderung« auch in deutsche Städte verlagere. Hier findet sich idealtypisch die Instrumentalisierung der Jugoslawienkriege, um gegen Einwanderung »kulturell inkompatibler« Menschen zu argumentieren, weil diese in Massen die Gefahr eines Bürgerkrieges nach sich ziehe. Weiter argumentierte Maninger, dass ein »geburtenstarkes Volk« schon aufgrund der demografischen Dynamik diese Konflikte für sich entscheiden werde und es an der Zeit sei, dass der Westen die »Demographie als Waffe« begreife. Im Verlauf des Interviews kommt er auf das Beispiel Kosovo zu sprechen und behauptet, Kosovo-Albaner hätten bewusst demografische Veränderungen bezweckt, um das Land zu »erobern«:

»Im Kosovo gibt es den Schlachtruf, daß die Bäuche der albanischen Frauen stärker seien als die Panzer der serbischen Soldaten. Die Logik ist einfach, auch in Europa werden sich die ethnischen Spannungen alleine dadurch verschärfen, daß Einwanderungsgruppen deutlich mehr Kinder zur Welt bringen als die einheimische Bevölkerung. Und vielleicht möchten sich dann im Jahr 2020 in Südfrankreich bestimmte Regionen abspalten und Teil von Algerien oder unabhängig sein. «⁷²

Bislang wollte sich noch keine Region von Frankreich abspalten und Algerien anschließen, die Erzählung dahinter ist in beiden Fällen die gleiche. Die mehrheitlich albanisch-muslimische Bevölkerung des Kosovo habe das Land durch eine höhere Geburtenrate erobert, was auch westlichen Staaten drohe, wenn Muslime hier diese »Waffe« nutzten. Dass das Kosovo eine serbische Bevölkerungsmehrheit hatte, welche dann durch die hohen Geburtenraten der Ko-

⁶⁹ In deutscher Übersetzung: Renaud Camus, Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016.

⁷⁰ Aiko Kempen/Markus Engert, »Verdacht auf rechte Vergangenheit: Bundespolizei prüft Professor an der eigenen Hochschule«, in: Frankfurter Rundschau, 07.08.2021.

⁷¹ Götz Kubitschek, »Ethnische Konflikte: Stephan Maninger über Einwanderung und die Lehren aus dem Kosovo, Demographie als Waffe begreifen«, in: Junge Freiheit, Nr. 14/2000, 31.03.2000.

⁷² Ebd.

sovo-Albaner schwand, ist eine verbreitete Legende. Tatsächlich gab es bereits bei den ersten Volkszählungen im Jahr 1912 eine klare kosovo-albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo. Interessanterweise bezieht sich auch Renaud einige Jahre später in seinen Überlegungen zum »großen Austausch« auf ein falsches Zitat, um seine Verschwörungserzählung zu untermauern und Ängste über etwaige Ansprüche algerischer Migrantinnen und Migranten in Frankreich zu schüren. Konkret legte Renaud dem algerischen Staatschef Houari Boumedienne das Zitat in den Mund, dass Millionen Menschen vom Süden her den Norden erobern würden und dass diese ›Eroberer« ihren Sieg »dem Bauch unserer Frauen verdanken« würden – ein Zitat, das nirgends belegt und höchstwahrscheinlich ebenfalls erfunden ist. 14

Die Bewunderung neurechter bis rechtsterroristischer Kreise für serbische Kriegsverbrecher liegt wohl vor allem in deren Rechtfertigungen für ihre Kriegsverbrechen begründet, die darauf basierten, dass die Serben Opfer eines kulturellen und demografischen Genozids durch Muslime seien und sich dagegen zu Wehr setzen müssten. Als der Völkermörder Ratko Mladić am 11. Juli 1995 in Srebrenica einmarschierte, rechtfertigte er dies damit, dass er die Stadt nach Jahrhunderten muslimischer Fremdherrschaft dem serbischen Volk zurückgeben werde. Dabei war Srebrenica und die von der Stadt umgebene Region im sozialistischen Jugoslawien multiethnisch geprägt, und genau diese Pluralität wollten Mladić und die zahlreichen anderen bosnischserbischen und serbischen Kriegsverbrecher vernichten. Mladić vertritt jene Idee, die bei der Neuen Rechten später unter etwas anderen Vorzeichen als »der große Austausch« bekannt wurde. Jasmin Mujanović formulierte dies in seinem Artikel »The Balkan Roots of the Far Right's »Great replacement« Theory« folgendermaßen:

»The essence of Mladić's project is known to the contemporary, Western far right as the >Great Replacement< theory: the idea that Muslims are waging demographic warfare against white, Christian Europeans, seeking to outbreed and replace them and their civilization.«⁷⁵

⁷³ Noel Malcolm, Kosovo. A Short History, London 1998, S. 356.

⁷⁴ Roger de Weck, Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre, Berlin 2020, S. 165.

⁷⁵ Jasmin Mujanović, »The Balkan Roots of the Far Right's >Great Replacement Theory«, S. 106.

Für Mladić war diese Idee die Rechtfertigung dafür, rund 8000 Menschen in Srebrenica zu ermorden und auf Zivilisten in Sarajevo schießen zu lassen sowie Hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben. Für Anders Behring Breivik war es die Rechtfertigung dafür, 77 Menschen in Utøya und Oslo zu ermorden, für Brenton Tarrant dafür, 51 Menschen zu ermorden. Ratko Mladić, Anders Breivik und Brenton Tarrant sind Brüder im Geiste, deren ideologische Grundlagen von neurechten Denkern wie Renaud Camus und seinen deutschen Verlegern beim Antaios-Verlag weiterverbreitet und propagiert werden.

Hierbei ist auch eine Verschiebung rechtsextremer Diskurse von klassischen Neonazis zu neurechten Verschwörungsideologen der »Umvolkung« oder des »großen Austauschs« zu beobachten. Während sich Neonazis im echten Kroatienkrieg der 1990er Jahre vor allem kroatischen Milizen anschlossen, die sich in die Tradition der Nazikollaborateure der Ustascha stellten, um auf Serben zu schießen, sind es heute neurechte Ideologen und die von ihnen inspirierten Rechtsterroristen, die von Serben begangene Kriegsverbrechen glorifizieren, weil sie diese als jene identifizieren, die sich gegen die »Umvolkung« durch Muslime zur Wehr gesetzt hätten. Insofern war die serbische Rechte geradezu konstitutiv für die Idee, Mord und Totschlag gegen die muslimischen Nachbarn sei gerechtfertigt, weil ein weiteres Zusammenleben sonst zum Untergang des eigenen Volks führe.

Die neurechte Sehnsucht nach Bürgerkrieg und ethnischen Säuberungen

Die grundlegende Behauptung der meisten neurechten Autoren zum Zerfall Jugoslawiens lässt sich kompakt damit zusammenfassen, dass sie das Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen religiösen und ethnischen Hintergründen in einem Staat nicht für wünschenswert halten, da dieses Zusammenleben ein Konfliktpotenzial berge, das ständig in einen Bürgerkrieg zu eskalieren drohe. Die Vorgeschichte der Jugoslawienkriege, zu der die Massenmorde des Zweiten Weltkriegs und die staatssozialistische Realität des Landes bis 1991 zählen, sowie die daraus folgenden Ursachen für den Krieg werden ausgeblendet. Jugoslawien und sein Zerfall dienen der Neuen Rechten vornehmlich als Projektionsfläche, um gegen Pluralität in einem Staat zu wettern. Die neurechten Autoren gehen davon aus, dass auch in Deutschland ein Bürgerkrieg drohe, wenn man zu viele Migranten – allen voran Muslime – ins Land

lasse. Mehr noch scheint ein solcher Bürgerkrieg von den Neurechten geradezu herbeigesehnt zu werden, denn wer zum einen der Meinung ist, ethnische Vielfalt in einem Staat sei nicht wünschenswert und zum anderen überzeugt ist, dass ein »großer Austausch« der eigenen Bevölkerung drohe, ist nicht weit davon entfernt, Mord und Totschlag als legitime Mittel zur Selbstverteidigung aufzufassen. Dem wiederum geht immer eine Selbstviktimisierung voraus, in der Angehörige der privilegierten Mehrheitsgesellschaft sich als Opfer einer »Umvolkung« oder »Überfremdung«, meist durch Muslime, fühlen. Es ist daher wenig überraschend, dass rechtsextreme Terroristen wie Anders Breivik und Brenton Tarrant sich vielfach positiv auf Denker der Neuen Rechten sowie auf serbische Kriegsverbrecher beziehen und von ihnen inspiriert sind. Sie eifern verurteilten Völkermördern nach, weil sie auch einen »ethnisch gesäuberten« Staat herbeisehnen, der in den multiethnischen Gesellschaften Westeuropas gar nicht ohne die Vertreibung von Millionen Staatsbürgern und administrativen Massenmord zu haben wäre.

Diese ideelle Parteinahme für diejenigen, die Kosovo-Albaner und Bosniaken systematisch vertrieben und ermordet haben, ist ein Element, das sich bei vielen Rechtextremen findet. »Die Serben« werden hierbei gemäß einer »Grenzwächter«-Mythologie als »Volk« imaginiert, welches das christliche Europa >an der Front« verteidigt habe. Andererseits zeigt sich diese projektive Setzung einer christlichen Vormachtstellung in der Leugnung oder Glorifizierung schwerster Kriegsverbrechen, Massaker an der Zivilbevölkerung oder dem Völkermord in Srebrenica. Bosniaken und Kosovo-Albaner werden losgelöst von ihrer tatsächlichen Religiosität zu »Muslimen« kollektiviert und als Gefahr markiert. Insbesondere Jürgen Elsässer verbreitet den Mythos, dass es sich auf dem Balkan um einen Kampf gegen den Islamismus gehandelt habe, obwohl der Islam bei der nationalistischen UÇK keine Rolle spielte und die islamistischen Verbände in der Armee Bosnien-Herzegowinas nur eine kleine Minderheit bildeten, die zudem hauptsächlich aus Jihadisten aus dem Ausland bestand. Doch dennoch werden Muslime auf dem Balkan allzu oft als diejenigen imaginiert, die Territorium durch Bevölkerungspolitik gut machen wollten, was Renaud Camus' verschwörungsideologischer Erzählung vom großen Austausch entspricht. Konsequent zu Ende gedacht, legitimiert die Ideologie des Ethnopluralismus in Verbindung mit der Gefahr eines »großen Austauschs« letztlich Massenvertreibungen und sogar den Völkermord, um einen »ethnisch reinen« Staat zu bilden und sich dabei noch in der Opferrolle und Verteidigungshaltung zu sehen, während man unschuldige Menschen ermordet. Diese Ideologie ähnelt der großserbischen Politik der 1990er Jahre,

in welcher Bosniaken und Kosovo-Albaner systematisch vertrieben und massakriert wurden. Daher ist es auch keine Überraschung, dass Völkermörder wie Ratko Mladić und Radovan Karadžić zu Helden rechtsextremer Online-Subkulturen geworden sind, wo Lieder mit Folklore-Kitsch – Akkordeon spielende Kriegsverbrecher – virale Verbreitung finden.

In rechtsextremen Diskursen fand in den vergangenen 30 Jahren auch eine deutliche Verschiebung statt. Während Anfang der 1990er Jahre noch Hunderte Neonazis aufseiten rechtsextremer Milizen in den Kroatienkrieg zogen, um auf Serben zu schießen, gelten »die Serben« heute vielen Rechtsextremen als Vorbild, weil sie Muslime vertrieben und massenhaft getötet haben. Bei Kubitschek findet sich diesbezüglich noch ein weiterer hervorzuhebender Aspekt. Die Schuld serbischer und kroatischer Kriegsverbrecher wird relativiert – aber nicht in erster Linie, um serbische oder kroatische Kriegsverbrechen aufzuwerten, sondern um eine Einteilung in »Gut« und »Böse« grundsätzlich in Frage zu stellen. Kubitschek schreibt von den Serben 1999, aber wen er eigentlich meint, sind die Deutschen 1945. Er relativiert serbische Kriegsverbrechen, um die Verbrechen der Nazis zu relativieren. Kubitschek befürwortet, dass sich große Teile der Gesellschaften in Serbien und Kroatien weigern, eigene Kriegsverbrechen aufzuarbeiten, weil er findet, dass auch die Deutschen aufhören sollten, sich mit Auschwitz auseinanderzusetzen. Kubitschek sieht die Weigerung großer Teile der kroatischen und serbischen Gesellschaft, sich mit den eigenen historischen Verbrechen zu befassen oder diese zu bagatellisieren, als Vorbild dafür, wie man in Deutschland mit der Shoah umgehen sollte. Daher ist es auch naheliegend, wenn Götz Kubitschek und andere Neurechte und Kader der AfD in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens reisen, um dort transnationale Netzwerke mit Gesinnungskameraden zu bilden. Wenn die deutsche Politik tatsächlich zulässt, dass die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung Förderungen in Millionenhöhe erhält, sollte auch niemand überrascht sein, wenn diese eines ihrer ersten Büros in Belgrad einrichtet.

Literatur

Beham, Mira, Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik, München 1996. Bittermann, Klaus (Hg.), Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg, Berlin 1994.

Bakić-Hayden, Milica, »Nesting Orientalisms: The Case of Former Yugoslavia«, in: *Slavic Review*, Vol. 54, No. 4, 1995, S. 917–931.

- Benoist, Alain de, Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999.
- Bremer, Alida, Die Spur des Irrläufers, perlentaucher.de, 25.10.2019.
- Camus, Renaud, Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016.
- Delalić, Adnan, »Wings of Denial«, in: Hikmet Karčić/Sead Turčalo (Hg.), Bosnian Genocide Denial and Triumphalism, Origin, Impact and Prevention, Sarajevo 2021, S. 152–179.
- Deutscher Bundestag, Drucksache 14/6413, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner, Ulla Jelpke, Heidi Lippmann, Roland Claus und der Fraktion der PDS zu »Deutsche Söldner in bewaffneten Konflikten«, 21.06.2001.
- Elsässer, Jürgen, »Bosnisches Iran-Gate«, in: konkret, Nr. 06/2002, S. 38.
- Elsässer, Jürgen, »Srebrenica und Karthago«, 18.07.2003.
- Elsässer, Jürgen, »Das ist keine seriöse Untersuchung«, in: junge Welt, 12.11.2004.
- Hemmerling, Alex/Kendzia, Ludwig, »Das Waffenarsenal des NSU und die Spur nach Kroatien«, *mdr.de*, 09.07.2018. Weblink nicht mehr verfügbar.
- Hetemi, Atdhe, »Student movements in Kosova (1981): academic or nationalist?«, in: *Nationalities Papers*, Vol. 46, Issue 4/2018, S. 685–703.
- Huntington, Samuel, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998.
- Kempen, Aiko/Engert, Markus, »Verdacht auf rechte Vergangenheit: Bundespolizei prüft Professor an der eigenen Hochschule«, in: Frankfurter Rundschau, 07.08.2021.
- Kleine-Hartlage, Manfred, Warum ich kein Linker mehr bin, Schnellroda 2012.
- Krause, Peter, »Politische Theorie: Alain de Benoist, Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich, über Rassismus und Antirassismus, Ideologien und Fremdenfeindlichkeit«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 30/1998, 17.07.1998.
- Kubitschek, Götz, »Ethnische Konflikte: Stephan F über Einwanderung und die Lehren aus dem Kosovo, Demographie als Waffe begreifen«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 14/2000, 31.03.2000.
- Kubitschek, Götz/Felser, Peter, Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnieneinsatz der Bundeswehr, zweite Auflage, Schnellroda 2001.
- Kubitschek, Götz, »Zagreb und Magdeburg«, sezession.de, 03.12.2016, https://sezession.de/wp-content/uploads/2016/12/vortrag-zagreb.pdf (letzter Abruf: 11.02.2022).
- Kubitschek, Götz, »Gerechtigkeit für Handke«, in: *Sezession*, Nr. 93, Dezember 2019, S. 4–9.

- Kuljić, Todor, Umkämpfte Vergangenheiten. Die Kultur des Erinnerns im postjugoslawischen Raum, Berlin 2010.
- Lazarević, Krsto, »IS-Hochburg auf dem Balkan«, in: Die WELT, 23.06.2017.
- Lazarević, Krsto, »Rechtsextreme machen sich auf Leipziger Buchmesse breit und haben damit auch noch Erfolg«, *vice.com*, 19.03.2018, https://www.vice.com/de/article/wj7q54/rechtsextreme-machen-sich-auf-leipzige r-buchmesse-breit-und-haben-damit-auch-noch-erfolg (letzter Abruf: 31.12.2021)
- Lazarević, Krsto, »Verhinderte Rechte. Eine Kritik der ›Kritischen Weißseinsforschung‹ in Deutschland«, in: Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik, Berlin 2018, S. 293–313.
- Lazarević, Krsto, »Srebrenica und die deutsche Linke«, in: *Jungle World*, Nr. 30/2020, 23.07.2020.
- Lichtmesz, Martin, Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020.
- Lis, Julia Anna, Antiwestliche Diskurse in der serbischen und griechischen Orthodoxie. Zur Konstruktion des »Westens« bei Nikolaj Velimirović, Justin Popović, Christos Yannaras und John S. Romanides, Berlin et al. 2019.
- Malcolm, Noel, Kosovo. A short History, London 1998.
- Martens, Michael, »Serbischer Extremismus in Neuseeland«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.2019.
- Mörgeli, Christoph: Das Heldenvolk der Serben, weltwoche.ch, https://weltwoche.ch/story/heldenvolk-der-serben/ (letzter Abruf: 11.02.2022).
- Mujanović, Jasmin, »The Balkan Roots of the Far Right's »Great Replacement«
 Theory«, in: Hikmet Karčić/Sead Turčalo (Hg.), Bosnian Genocide Denial and
 Triumphalism, Origin, Impact and Prevention, Sarajevo 2021, S. 105–114.
- Müller, Peter, »Antonio Tajani empört mit historischer Entgleisung«, spiegel.de, 13.02.2019, https://www.spiegel.de/politik/ausland/antonio-tajani-historische-entgleisung-des-eu-parlamentspraesidenten-a-1253077.html (letzter Abruf: 11.02.2022).
- o. A., »Christchurch-Attentäter spendete mehr an Identitäre als bislang bekannt«, derstandard.at, 10.12.2020. https://www.derstandard.at/story/2 000122404267/christchurch-attentaeter-spendete-mehr-an-identitaere-a ls-bislang-zugegeben (letzter Abruf: 31.12.2021)
- o. A., »Das Gelübde vom Kosovo«, *jungefreiheit.de*, 06.09.2009, https://jungefreiheit.de/sonderthema/2009/das-geluebde-vom-kosovo/ (letzter Abruf: 11.02.2022)

- o. A., »Des identitaires occupent une mosqueé de Poitiers«, *lefigaro.fr*, 20.10.2012. https://www.lefigaro.fr/actualite-france/2012/10/20/01016-20 121020ARTFIG00354-des-identitaires-occupent-une-mosquee-de-poitier s.php (letzter Abruf: 11.02.2022).
- o. A., »Kroatien-Krieg Tummelplatz für Neonazis«, *antifainfoblatt.de*, 19.03.1992, https://www.antifainfoblatt.de/artikel/kroatien-krieg-tumme lplatz-f%C3%BCr-neonazis (letzter Abruf: 11.02.2022).
- o. A., »Tag der Erniedrigung«, hf-archiv.de, 22.02.2008, https://jf-archiv.de/archiv08/200809022256.html (letzter Abruf: 11.02.2022).
- Rangstorp, Magnus, »Lone Wolf Terrorism«. The Case of Anders Breivik«, in: Sicherheit und Frieden, Vol. 31, No. 2, 2013, S. 87–92.
- Sandberg, Sveinung, »Terrorism as Cultural Bricolage: The Case of Anders Behring Breivik«, in: Daniel Ziegler/Marco Gerster/Steffen Krämer (Hg.), Framing Excessive Violence, London 2015, S. 177–196.
- Schmitt, Oliver Jens, Skanderbeg. Der neue Alexander auf dem Balkan, Regensburg 2009.
- Seidel, Jörg, »Huntingtons Aktualität«, *sezession.de*, 26.08.2019, https://sezession.de/61530/huntingtons-aktualitaet (letzter Abruf: 11.02.2022).
- Stuck, Lothar, »Der mit seinem Jugoslawien«. Peter Handke im Spannungsfeld zwischen Literatur, Medien und Politik, dritte, veränderte Auflage, Leipzig/Weißenfels 2013.
- Weck, Roger de, Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre, Berlin 2020, S. 165.
- Wethling, Thore/Hansen, Stefen, »Anders Breivik. Terrorist oder Amokläufer?«, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hg.), *Jahrbuch Terrorismus* 2011/2012, Opladen/Berlin/Toronto 2012, S. 121–145.
- Zhubi, Patricia/Reid-Ross Alexander, »Christchurch: Die faschistische Internationale«, zeit.de, 24.03.2019, https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/christchurch-rechtsterrorismus-rechtsextremismus (letzter Abruf: 31.12.2021)
- Živanović, Maja, »New Zealand Mosque Gunmen ›Inspired by Balkan Nationalists«, balkaninsight.com, 15.03.2019 (letzter Abruf: 31.12.2021)

Die »wahren Konservativen« und die kulturelle Hegemonie

Ideologische und diskursstrategische Verbindungen zwischen der Neuen Rechten in Deutschland und dem Orbán-Regime

Eszter Kováts

»Solidarität mit Ungarn« betitelte Dieter Stein, Chefredakteur der neurechten Zeitschrift Junge Freiheit, seinen Artikel am Tag des EM-Spiels im Juni 2021 zwischen Deutschland und Ungarn.¹ Darin wies er auf »die Arroganz und nationale Überheblichkeit« sowie auf die Doppelmoral und Heuchelei deutscher Politiker, Unternehmen und Medien hin, die als Protestreaktion gegen das kurz zuvor verabschiedete ungarische Pädophiliegesetz (welches Homosexualität mit Kindesmissbrauch vermengt) das Münchner Stadion regenbogenfarben beleuchten wollten – eine leere und selbstgerechte Symbolpolitik, die auch auf progressiver Seite zu Recht viel Kritik erntete. Steins Artikel führt nicht nur die unangenehme Wahrheit vor Augen, dass Rechte manchmal wahre Missstände politisieren, sondern auch, dass Viktor Orbáns Politik bei ihnen positiv rezipiert wird. Sein Ungarn gilt vielen Angehörigen der Neuen Rechten als Sehnsuchtsort.

Diese Liebe wird erwidert: Regierungsloyale ungarische Intellektuelle rezipieren die neurechten Denker aus Deutschland und verfolgen mit Bewunderung die Erfolge der AfD. Márton Békés, Chefredakteur der neurechten ungarischen Zeitschrift Kommentár und Forschungsdirektor des regierungsloyalen Museums und Think Tanks Haus des Terrors, bezieht sich positiv auf die »metapolitischen Strukturen hinter der AfD (Verlag Antaios, Institut für

Dieter Stein, »Solidarität mit Ungarn«, jungefreiheit.de, 23.06.2021, https://jungefreihe it.de/debatte/kommentar/2021/solidaritat-mit-ungarn/ (letzter Abruf: 16.07.2021).

Staatspolitik, Sezession)«², und führt die Erfolge der AfD auf eine gramscianische Hegemoniestrategie »metapolitischer Schule« zurück.³ Békés zitiert in seinen Schriften Thor von Waldstein, Karlheinz Weißmann, Ellen Kositza und andere Akteure der deutschen Szene, publiziert sogar selber in der Sezession.⁴ Selbst Götz Kubitschek war 2018 Gast für einen Vortrag in Budapest – auf internationale (nicht zuletzt aus CDU-Kreisen kommende) Empörung hin jedoch nicht, wie ursprünglich geplant, im Rahmen einer großen Konferenz zur »Zukunft Europas«, sondern in Form eines separaten Einzelvortrags einige Tage später, wiewohl auf Einladung der Orbán-nahen Gemeinnützigen Stiftung für die Forschung Ost- und Mitteleuropäischer Geschichte und Gesellschaft im Haus des Terrors und ebenfalls öffentlichkeitswirksam.⁵ Mária Schmidt, Direktorin des Instituts, langjährige Einflüstererin Orbáns und Kritikerin Merkels, hat – laut des Berichts des Instituts auf ihrer eigenen

² Márton Békés, »Mi magunk. A 20-as évek konzervatív stratégiája« (»Wir selbst. Die konservative Strategie der 20-er Jahre«), in: Kommentár, Nr. 1/2020, S. 12. Abgesehen von Orbáns ins Englische übersetzten Reden und Békés' Artikel in der Sezession stammen im Folgenden alle Übersetzungen aus dem Ungarischen ins Deutsche von mir, EK.

³ Vgl. Márton Békés, »Gramsci jobbról« (»Gramsci von rechts«), mandiner.hu, 21.07.2018. https://mandiner.hu/cikk/20180731_bekes_marton_gramsci_jobbrol (letzter Abruf: 16.07.2021)

⁴ Vgl. Márton Békés, »Ungarns politisches Minimum«, in: Sezession, Nr. 101, April 2021, S. 56-59.

Zum internationalen Skandal, als Ende 2017 die Liste der Eingeladenen öffentlich wur-5 de, siehe Gregor Mayer, »Ungarn holt Neo-Rechte für › Europa-Konferenz ‹‹‹, in: Der Standard, 28.12.2017; Péter Techet, »Német neonácival rendez konferenciát a magyar külügy« (»Das ungarische Außenministerium organisiert Konferenz mit deutschem Neonazi«), in: Magyar Nemzet, 30.12.2017. Darauf wurde die Konferenz von Januar 2018 auf Mai 2018 (das heißt, nach den Parlamentswahlen) verlegt; Kubitschek hielt am 31. Mai im Haus des Terrors einen Vortrag. Vgl. Götz Kubitschek, »Nachtgedanken (4): triefend von Hoffnung«, sezession.de, 07.06.2018, https://sezession.de/58638/nachtged anken-4-triefend-von-hoffnung (letzter Abruf: 16.07.2021), Götz Kubitschek, »Rechenschaftsbericht 2018 (II) - Januar bis April«, Sezession, 31.12.2018 https://sezession.de/6 0034/rechenschaftsbericht-2018-ii-januar-bis-april (letzter Abruf: 16.07.2021); Mandiner, »Konzervatív forradalomra van szükség« (»Es bedarf einer konservativen Revolution«), Mandiner.hu, 01.06.2018, https://mandiner.hu/cikk/20180601_gotz_kubitschek_k onzervativ_forradalomra_van_szukseg (letzter Abruf: 16.07.2021). Daraufhin kam im Sommer 2018 ein Gegenbesuch vom stellvertretenden Leiter der Stiftung Terror Háza in Schnellroda, bei der Sommerakademie der Sezession, vgl. Gábor Tállai, »Freiheit! – Vortrag zur Sommerakademie«, sezession.de, 26.09.2018, https://sezession.de/59448/fr eiheit-vortrag-zur-sommerakademie (letzter Abruf: 16.07.2021).

Webseite – Kubitscheks Vortrag gelobt, weil es in diesem um Fragen gegangen sei, »die unser Leben tatsächlich beeinflussen, im Gegensatz zu den Pseudoproblemen, die die westlichen Eliten aufwerfen«. Über die AfD sagte sie, dass in Deutschland die Parteienstruktur seit 1945 stabil sei und nun ein neuer Akteur, die AfD, hinzugekommen wäre, der über neue Gedanken, Frische und Diskursmächtigkeit verfüge und damit die Dominanz der alten, vergrauten, sich einander immer ähnlicher werdenden älteren Parteien gefährde. 6

Auf Parteiebene, d.h. zwischen AfD und Fidesz, ist diese Liebe – zumindest öffentlich – einseitig: AfD-Politiker loben regelmäßig Orbán, und nach dem Fidesz-Austritt aus der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament im März 2021 wollte Jörg Meuthen sie bei sich in der Parlamentsgruppe »Identität und Demokratie« haben. Fidesz hingegen wahrt Distanz. Die damals Parteivize von Fidesz, Familienministerin Katalin Novák – seit Mai 2022 Präsidentin Ungarns – schrieb im April 2021 in der Welt, CDU und CSU seien »natürliche politische Andockstellen« der Partei, die »mit anderen deutschen Parteien kein Bündnis« anstrebe, »auch wenn manche diesen Eindruck erwecken wollen«; zudem grenze man sich »strikt ab von Parteien, die nicht für die verfassungsmäßige Ordnung einstehen«.⁷ Die Abhängigkeit der ungarischen Wirtschaft von der deutschen dürfte bei den politischen Abwägungen ebenfalls eine erhebliche Rolle gespielt haben.⁸

Der vorliegende Aufsatz ist ein Problemaufriss – eine erste, skizzenhafte Problematisierung der ideologischen und strategischen Verknüpfungen zwischen der Neuen Rechten in Deutschland und in Ungarn. Im ersten Teil beschreibe ich das seit 2010 regierende Orbán-Regime und begründe, warum es sich ideologisch den Neuen Rechten zurechnen lässt. Im zweiten arbeite ich die wichtigsten Verbindungen zur Neuen Rechten in Deutschland aus: die

Vgl. Terror Háza, »Deutschland 2018: A széttépett ország« (»Deutschland 2018: Das zerrissene Land«). Bericht über Götz Kubitscheks Vortrag im Haus des Terrors, 01.06.2018, https://terrorhaza.hu/hu/hir/2018-06-01-deutschland-2018-a-szettepett-orszag (letzter Abruf: 16.07.2021).

⁷ Katalin Novák, »Deutsche Kommentare über Ungarn erstaunen uns«, in: Die WELT, 16.04.2021.

Vgl. Szabolcs Panyi, »How Orbán played Germany, Europe's great power«, in: Direkt 36, 18.09.2020, https://www.direkt36.hu/en/a-magyar-nemet-kapcsolatok-rejtett-tor tenete/ (letzter Abruf: 16.07.2021); Péter Techet, Péter, »Kimarad a német AfD a Fidesz európai terveiből?« (»Bleibt die AfD von den europäischen Plänen des Fidesz aus?«), Azonnali.hu, 02.07.2021, https://azonnali.hu/cikk/20210702_kimarad-a-nemet-afd-a-fidesz-europai-terveibol (letzter Abruf: 16.07.2021)

gemeinsamen internationalen theoretischen Referenzpunkte, sowie die neurechten deutschen Denker aus Vergangenheit und Gegenwart, auf welche sich Ungarns neue Rechte berufen. Ich konzentriere mich vor allem auf die Politik und Eigendarstellung der Politiker des Regimes und auf die Artikel der konservativen Zeitschrift *Kommentár* nach der Übernahme durch regierungsloyale und sich selbst als neurechts bezeichnende intellektuelle Kreise im Herbst 2018.

Das neurechte Orbán-Regime

Medien, aber auch die Politikwissenschaft tun sich schwer damit, das politische System, das Viktor Orbán seit seinem zweiten Amtsantritt als Ministerpräsident 2010 (erste Amtszeit: 1998–2002) ausgebaut hat, und dessen Ideologie einzuordnen. Manchmal wird es als konservativ, als rechtskonservativ oder als christlich-demokratisch dargestellt, ganz im Sinne der Selbstrepräsentation des Regimes. »Der Fidesz steht für echte konservative Rechte«, wie Katalin Novák es formuliert. Dieser Selbstdarstellung ist 2021 der Springer-Verlag aufgesessen, der einen Band über »den ungarischen Staat« herausgebracht hat, den loyale Intellektuelle des Regimes verfasst haben – einer der Herausgeber ist Generaldirektor eines regierungsloyalen Think Tanks und Kompetenzzentrums, der andere Staatssekretär. Manchmal wird das Regime aber als »Faschismus« oder als »Diktatur« bezeichnet, was jede berechtigte Kritik a priori unseriös scheinen lässt.

Tatsache ist: Ungarn kann seit 2010 immer weniger als liberale Demokratie bezeichnet werden: Mit der Legitimation der Zweidrittelmehrheit hat das Parlament ohne die Opposition ein neues Grundgesetz und ein neues Wahlgesetz verfasst; die Gewaltenteilung ist aufgehoben, Instanzen wie der Präsident, der Oberstaatsanwalt und das Verfassungsgericht sind mit Parteiloyalisten besetzt; die öffentlich-rechtlichen Medien sind in Propagandaorgane umgewandelt worden; es läuft eine Dauerschmähkampagne gegen oppositionelle Politiker und gegen kritische NGOs sowie seit 2015 Hasskampagnen gegen

⁹ Katalin Novák, »Deutsche Kommentare über Ungarn erstaunen uns«.

¹⁰ Vgl. Zoltán Szalai/Balázs Orbán (Hg.), Der ungarische Staat. Ein interdisziplinärer Überblick. Wiesbaden 2021.

Flüchtlinge, György Soros, die Liberalen¹¹ und seit 2020 gegen LSBTI. Das Ausmaß der Veränderungen rechtfertigt es, von einem neuen Regime zu sprechen. Wegen der zentralen Rolle des Premiers ist die Bezeichnung Orbán-Regime (und nicht etwa »Fidesz-Regime«) akkurater.¹²

Zwischen der Verharmlosung (»rechtskonservativ«) und der Übertreibung (»Diktatur«) liegen also die wissenschaftlichen wie journalistischen Versuche, das Wesen des Orbán-Regimes als etwas Neues zu beschreiben, das zwischen diesen beiden Polen liegt. Ohne die mittlerweile unüberschaubare Literatur hierzu zu sichten, lauten die drei gängigsten Ansätze, dass es sich erstens um Rechtspopulismus handle¹³ – was zwar den Politikstil des Regimes beschreibt, nicht aber dessen Wesen¹⁴ und seine Ideologie; zweitens, dass man es mit kompetitivem Autoritarismus bzw. mit einem Hybrid-Regime zu tun habe,¹⁵ was das Regime negativ darüber beschreibt, inwieweit es von liberaler Demokratie abweicht, was seine politische Logik jedoch ausspart;¹⁶ drittens schließlich politökonomische Einschätzungen,¹¹ die eine wichtige Lücke füllen, indem Synergien zwischen Kapital und Politik sowie deren Bedeutung für die Legitimation des Regimes herausgearbeitet werden, was gerade in Bezug auf die Deutschlandpolitik unentbehrlich ist, über Ideologie und *Politics* des Regimes allerdings nichts besagt.

Zur politischen Logik gehören Orbáns charismatisches Leadership – davon abhängig die konstante voluntaristische Krisengeneration und Feindbildkonstruktionen (welche die Intervention des charismatischen Leaders legitimieren) – sowie radikales Policymaking. ¹⁸ Beim diskursiven Hauptfeind handelt es sich um den negativen Klassiker der »Konservativen Revolution« schlechthin, den Liberalismus. ¹⁹ Darunter fallen nicht nur kulturell liberale Werte (wie

¹¹ Vgl. Zsolt Enyedi/Péter Krekó, »Orbán's Laboratory of Illiberalism«, in: Journal of Democracy 29 (3), 2018, S. 39–51.

¹² András Körösényi/Gábor Illés/Attila Gyulai, The Orbán Regime – Plebiscitary Leader Democracy in the Making, London 2020.

¹³ So etwa Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt a.M. 2016.

¹⁴ Vgl. András Körösényi/Gábor Illés/Attila Gyulai, The Orbán Regime.

¹⁵ So etwa András Bozóki/Dániel Hegedűs, »An Externally Constrained Hybrid Regime: Hungary in the European Union, in: *Democratization* 25 (7), 2018, S. 173–189.

¹⁶ Vgl. András Körösényi/Gábor Illés/Attila Gyulai, The Orbán Regime.

¹⁷ So etwa Gábor Scheiring, The Retreat of Liberal Democracy. Authoritarian Capitalism and the Accumulative State in Hungary, London 2020.

¹⁸ Vgl. András Körösényi/Gábor Illés/Attila Gyulai, The Orbán Regime.

¹⁹ Vgl. Márton Békés, »Mi magunk«, S. 7.

Individualismus und Diversität) und die neoliberale Wirtschaftsordnung, sondern auch die Errungenschaften und Institutionen der liberalen Demokratie (Gewaltenteilung, unabhängige Institutionen, Pluralismus, Rechte für Minderheiten). Im Diskurs des Regimes wird all dies wahlweise vom Westen, von Brüssel, von György Soros, von der Opposition oder von den jeweils aktuellen Sündenbock-Minderheiten verkörpert. Hierbei wird sich öfters explizit auf die Freund-Feind-Logik von Carl Schmitt berufen. Diese Auffassung thematisiert die inhärente Spannung zwischen liberal und demokratisch, den Konflikt als Grundlage des Politischen sowie die Bestimmung eines »sie« als notwendig zur Bestimmung eines »wir«. Doch im Gegensatz zum agonistischen Verständnis des Konflikts, wie zum Beispiel bei Chantal Mouffe²¹, gilt sowohl dem Vordenker Schmitt als auch Orbán Pluralismus als liberal und grundsätzlich verdächtig; »den Anderen« verstehen sie als Feind und nicht als bloßen Gegner auf politischer Ebene.

Für internationale Aufmerksamkeit sorgte Orbán, als er 2014 in seiner jährlichen programmatischen Rede seine Vision einer »illiberalen Demokratie« ankündigte²², indem er auch diese Spannung zwischen liberal und demokratisch formulierte:

»[W]e needed to courageously state a sentence, a sentence that [...] was considered to be a sacrilege in the liberal world order. We needed to state that a democracy is not necessarily liberal. Just because something is not liberal, it still can be a democracy. [...] [T]he new state that we are building is an illiberal state, a non-liberal state. It does not deny foundational values of liberalism, as freedom etc. But it does not make this ideology a central element of state organization, but applies a specific, national, particular approach in its stead«.²³

Vier Jahre später, in seiner 2018 gehaltenen Rede, betonte Orbán nochmals, dass die Art und Weise, wie liberale Demokratie im Westen funktioniert, zwar liberal, aber nicht mehr demokratisch sei:

²⁰ Vgl. Carl Schmitt, »Der Begriff des Politischen (Text von 1932)«, in: ders., Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1991, S. 20–78.

²¹ Vgl. Chantal Mouffe, On the Political, London 2005.

²² Der Begriff »illiberale Demokratie« wurde vom Politikwissenschaftler Fareed Zakaria geprägt, vgl. »The Rise of Illiberal Democracy«, in: Foreign Affairs, Vol. 76, No. 6, 1997, S. 22–43.

²³ Viktor Orbán, »Full text of Viktor Orbán's speech at Băile Tuşnad (Tusnádfürdő) of 26 July 2014«.

»[L]iberal democracy has been transformed into liberal non-democracy. The situation in the West is that there is liberalism, but there is no democracy. [...] The liberal concept of freedom of opinion has gone so far that liberals see diversity of opinion as important up until the point that they realise, to their shock, that there are opinions which are different from theirs.«²⁴

Zu den Akteuren des Orbán-Regimes gehören nicht nur die Regierung und die Abgeordneten der Fidesz-KDNP-Koalition, sondern auch die Propagandamedien (ob öffentlich-rechtlich oder in den Händen Fidesz-naher Oligarchen), loyale Think Tanks und Intellektuelle. Es handelt sich um ein Netzwerk, das das Ziel hat, »nicht nur die Macht, sondern auch die Herrschaft«²⁵ zu erhalten, also außer auf den politischen Machterhalt darauf aus ist, kulturelle Hegemonie zu erlangen. Explizit berufen sich diese Akteure auf die »Konservative Revolution« sowie auf die deutsche Bezeichnung »Neue Rechte«. Um diese Bezugnahme geht es im Folgenden.

Ideologische und diskursiv-strategische Verknüpfungen

»Die uralten Werte (Staat, Grenzen, nationale Gemeinschaft und Solidarität, Souveränität) werden uns mit ihrer Rückkehr als nagelneu, das heißt, mit einer konservativen Revolution, Hilfe bereiten.«²⁶

»Das wissenschaftliche, kulturelle und politische Interesse an der Konservativen Revolution wächst an. In der internationalen Fachliteratur ist noch eine wichtige Aufgabe offen, nämlich darzulegen, wie die Phänomene der Konservativen Revolution auf europäischer Ebene verknüpft sind. Es fehlt eine gesamteuropäische Einheit, die die Vorstellung des kulturhistorischen Phänomens, das in verschiedenen Ländern, aber mit mitteleuropäischer Dominanz stattfindet, verständlich macht. Diese Arbeit könnte auch von einem

²⁴ Viktor Orbán, »Prime Minister Viktor Orbán's speech at the 29th Bálványos Summer Open University and Student Camp«, 28.07.2018.

²⁵ Márton Békés, »Ungarns politisches Minimum«, in: Sezession, Nr. 101, April 2021, S. 56–59, hier: S. 58.

²⁶ Márton Békés, »A globalizáció vége és ami utána következik« (»Das Ende der Globalisierung und was danach kommt«), in: Kommentár, Nr. 4/2020, S. 96–97.

ungarischen Autor verfasst werden – bis dahin gilt Mohlers Grundlagewerk als wegweisend.«²⁷

Eine Grundlage der Ideologie der Neuen Rechten besteht darin, sich auf Armin Mohlers Mythos von der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik zu berufen bzw. deren Gedankengut auf die gegenwärtige Situation aktualisiert zu übertragen. Das Bestehende solle mithilfe alter Werte überwunden werden. Das zu Überwindende wäre nach neurechtem Verständnis in Ungarn die liberale, in Deutschland vielleicht eher die »links-rot-grüne« Hegemonie. Dem sei eine neue, rechte Hegemonie gegenüberzustellen, ganz nach Antonio Gramsci und Alain de Benoist, der den Kommunisten Gramsci für die französische Nouvelle Droite übersetzt hat. Haußer diesen beiden gehören Arthur Moeller van der Bruck, Carl Schmitt und Oswald Spengler zu den wichtigsten Bezugspunkten in Deutschland, die auch in der ungarischen Neuen Rechten öfters zitiert werden. Gleiches gilt für deutsche Rechtsintellektuelle der Gegenwart, darunter Karlheinz Weißmann, Thor von Waldstein, Anfle Peter Sieferle, Lothar Fritze und Benedikt Kaiser. Lothar Folgenden versuche ich, die-

²⁷ Zoltán Szalai, »A >konzervatív forradalom« fogalma« (»Der Begriff der >konservativen Revolution«»), in: *Kommentár*, Nr. 2/2019, S. 61–65, hier: S. 65.

²⁸ Vgl. Stefan Breuer, »Die ›Konservative Revolution« – Kritik eines Mythos«, in: Politische Vierteljahresschrift, 31. Jg. (1990), Heft 4, S. 585–607.

²⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Was die »Neue Rechte« ist – und was nicht, Bundeszentrale für politische Bildung, 21.01.2019. https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsext remismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht (letzter Abruf: 16.07.2021)

Gemeint ist das »links-rot-grün versiffte 68er-Deutschland« (Jörg Meuthen, 2016), die Formulierung war jedoch spätestens seit 2013 (Akif Pirinçci) in Gebrauch, 22.07.2019, www.hassrede.de/linksgruen-versifft.html (letzter Abruf 26.04.2022)

³¹ Vgl. Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts, Dresden 1985.

³² Vgl. Ralf Fücks/Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt a.M. 2020.

³³ Vgl. Zoltán Szalai, »A ›konzervatív forradalom‹ fogalma«; Lajos András Kiss, »Liberalizmuskritikák jobbról, balról« (»Liberalismuskritiken von rechts, von links«), in: Kommentár, Nr. 4/2020, S. 42–54.

³⁴ Zu Gramsci und Waldstein siehe den Beitrag von Sabri Deniz Martin in diesem Band.

³⁵ Siehe dazu den Beitrag von Armin Pfahl-Traughber in diesem Band.

³⁶ Vgl. Benedikt Kaiser, »Az eljövendő konzervativizmus. Nemzetállamról, a szociális kérdéséről és Európáról« (»Der kommende Konservatismus. Über Nationalstaat, die Frage des Sozialen und Europa«), in: Kommentár, Nr. 1/2021, S. 72–82.

se ideologischen Verknüpfungen und damit die wichtigsten diskursiven Strategien aufzudecken.

1. »Alter Konservatismus = Neue Rechte«

In einer programmatischen Schrift, die den Titel »Warum wir keine neue Rechten sind?« trägt, erklären die konservativen ungarischen Denker András Körösényi und Tibor Mándi, warum die »programmatisch regierungsloyalen« neuen Rechten ideell nicht als konservativ bezeichnet werden können. 37 Gründe hierfür seien die ständige Bezugnahme auf das Volk und auf den Volkswillen infolge der populistischen Wende von Fidesz nach 2010; das Weltbild, das die Komplexität der Welt in ›Die gegen uns«- bzw. in ›Elite vs. Volk«-Dichotomien presse; eine plebiszitäre Vorstellung der Souveränität, die sich stets auf das Volk berufe, praktisch aber eine Vollmacht für den gewählten Premier bedeutet; der politische Radikalismus, die Zentralisierung der Macht, die Aushöhlung des Systems der Gewaltenteilung und der Repräsentation, die Politisierung von immer mehr Bereichen des sozialen Zusammenlebens; Feindbildkonstruktionen; politische Diskriminierung; die Institutionenfeindlichkeit sowie die Ablehnung der Rechtstaatlichkeit. All diese Aspekte heben die Neuen Rechten vom Konservativismus ab.

Nichtsdestotrotz berufen sich die Repräsentanten des Regimes – so wie die weiter oben zitierte Ministerin, mittlerweile Präsidentin Novák – auf sich selbst als die richtigen, wahren Konservativen, im Gegensatz zu den nach links tendierenden Konservativen von heute, sei es die EVP, die CDU oder die Übergriffe der Regierung kritisierenden ungarischen Konservativen. Seit Frühling 2021 geben die regierungsnahen Kreise eine zweimonatige englischsprachige philosophische und kulturelle Online-Zeitschrift mit dem Namen *Hungarian Conservative* aus, was wiederum dieses Bild und Ungarns Vorreiterrolle international stärken soll.

In diesem Sinn folgen sie den deutschen Neuen Rechten in der *Jungen Frei-heit*, im Institut für Staatspolitik oder in der AfD, wie Volker Weiß pointiert: »Einigendes Moment all dieser Phänomene ist, dass Positionen als »konser-

³⁷ András Körösényi, Tibor Mándi, »Miért nem vagyunk »új jobboldaliak?« (»Warum sind wir keine »Neuen Rechten «?), Válasz Online, 06.05.2019. https://www.valaszonline.hu/2 019/05/06/miert-nem-vagyunk-uj-jobboldaliak/ (letzter Abruf: 16.07.2021).

vativ« ausgegeben werden, die den Rahmen dieses Begriffs längst gesprengt haben.«³⁸ Helmut Kellershohn schreibt hierzu:

»Innerhalb des Netzwerkes blieben Spannungen nicht aus. So gab es über einen längeren Zeitraum eine teils heftig geführte Debatte über den Begriff ›Neue Rechte‹, der von Seiten des IfS durchaus als Ehrentitel für die ›Sezession‹, die Loslösung vom hegemonialen Diskurs und einem ›gewöhnlichen‹, mehr oder weniger sinnentleerten Konservatismus verstanden wird. Dieter Stein bestritt Sinn und Nutzen dieses Begriffs und hielt ihn für rufschädigend. Stattdessen plädierte er aus strategischen Gründen für die konsequente Besetzung des Begriffs ›konservativ‹, da für ihn der politisch-publizistische Standort ›konservativ‹ in Deutschland durch keine etablierte Partei oder ein Medium vertreten werde. «³⁹

Die ungarische neue Rechte verwendet beide Begriffe für sich und bringt dies auf die Gleichung, dass eine Rückkehr zu alten Werten der richtige Konservativismus sei – ein Konservatismus, den gerade die neue Rechte vertrete: »Alter Konservatismus = Neue Rechte«. ⁴⁰ Mit diesem Untertitel fasst Békés das Unterkapitel über die parteipolitische und europäische Dimension der Neuen Rechten zusammen:

»Die mitteleuropäische Rechte fängt an, sich sichtbar von der westeuropäischen abzusondern, und zwar mit derselben Geschwindigkeit, wie sie sich von sich selbst [absondert]. Die generelle politische Richtlinie der Europäischen Volkspartei ist viel liberaler und weniger national als die des erfolgreichsten mitteleuropäischen Mitglieds, dem Parteibündnis der ungarischen Rechten. Währenddessen bekommen die >traditionellen</br>
Rechten immer mehr traditionell >rechte</br>
Herausforderer (AfD, Lega, Rassemblement National, PiS, Vox), was aufzeigt, dass es statt einer neutralen,

³⁸ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2019, S. 12.

³⁹ Helmut Kellershohn, »Es geht um Einfluss auf die Köpfe«– Institut für Staatspolitik«, Bundeszentrale für politische Bildung, 07.07.2016, https://www.bpb.de/politik/extre mismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institu t-fuer-staatspolitik (letzter Abruf: 16.07.2021)

⁴⁰ Márton Békés, »Új jobboldal« (Die Neue Rechte), in: Kommentár, Nr. 1/2019, S. 3–9, hier: S. 4.

technokratisch-liberalen Richtlinie einer Rückkehr zu den ursprünglichen Werten bedarf «⁴¹

Er regt an, dass der heutige Konservatismus sich mit den gegenwärtigen Herausforderungen auseinandersetzen müsse – zumal er sich so mit der Neuen Rechten verbünden könne:

»Der Konservatismus, der zulässt, vom Trägheitsmoment der liberalen Hegemonie der 90er Jahre getrieben zu werden, ist tot, weil er akzeptiert, dass ›Konservativismus die Partei der Dummen‹ ist (John Stuart Mill), dem keine andere Aufgabe übrig bleibt als das, was Friedrich von Hayek ihm vorgeschrieben hat, nämlich die liberalen Errungenschaften zu konservieren. Aber befreit von der historischen Teleologie des westlichen Einweg-Fortschrittes, von der Pro-Markt-Dogmatik und vom Konformitätszwang zum liberalen Wertesystem hat Konservatismus eine seriöse Chance, Bündnispartner der Neuen Rechten zu werden. Dazu bedarf es lediglich Mut.«⁴²

Gerade der Kampf um die Bedeutung des Begriffs »konservativ« scheint einer der wichtigsten Schauplätze des neurechten Strebens nach Hegemonie zu sein. Götz Kubitschek schlägt als Strategie eine Kombination von Provokation und Selbstverharmlosung vor. 43 Während die Infragestellung liberaler Werte und der ›natürlichen« Zusammengehörigkeit von liberal und demokratisch im ungarischen Kontext eine Provokation darstellt (weil dies dort aus verfasungsändernder Machtposition passiert – mit realen, nicht nur mit diskursiven Folgen), ist das neurechte Beharren darauf, die wahren Konservativen zu sein, Teil der Selbstverharmlosung, namentlich die strategische Verwischung der Grenze zwischen Konservatismus und rechtsextremer Positionen. 44

⁴¹ Fhd

⁴² Márton Békés, »Új jobboldal«, in: Kommentár, Nr. 1/2019, S. 9.

⁴³ Vgl. Götz Kubitschek, »Selbstverharmlosung«, in: Sezession, Nr. 76, Februar 2017, S. 26–28.

⁴⁴ Siehe dazu etwa Lilian Hümmler, Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank, Hamburg 2021.

2. Kulturelle Hegemonie und Sprachpolitik

Antonio Gramsci und Alain de Benoist dienen nicht nur der Neuen Rechten in Deutschland, sondern auch der in Ungarn als gewichtige Bezugspunkte. 45 Dass Alain de Benoist für die Zeitschrift *Kommentár* interviewt wurde, ist nur ein Beweis hierfür. 46 Márton Békés formuliert das im Frühling 2021 in der *Sezession*; der Titel seines Artikels lautet »Ungarns politisches Minimum« – eine Anspielung auf das Thema der 92. Ausgabe der Zeitschrift, die *Das politische Minimum* lautete:

»Die politische Wende von 2010 erfordert daher weiterhin die Durchsetzung einer kulturellen Wende, die neben der gesellschaftlichen Mehrheit auch die ideologische Mehrheit (Alain de Benoist) erringen kann. Aus diesem Grund ist die metapolitische Mobilmachung die dringlichste Aufgabe der ungarischen Rechten, die im direkten Kampf der politischen Auseinandersetzungen ein breites Waffenarsenal einsetzen muß, damit neben der politischen auch die kulturelle Macht in ihren Händen bleibt.«⁴⁷

»In Ungarn ist politische Innovation weiter als die diese unterstützende (haben wir keine Angst vor dem Wort: ideologische) Arbeit. Politische Macht hat sich geschaffen, die kulturelle Macht lässt noch auf sich warten«.48

Gemeint ist: Fidesz ist seit 2010 an der Macht und ist nicht so vorgegangen, wie die oft zitierten metapolitischen Vordenker wie Thor von Waldstein, ⁴⁹ ehemaliges NPD-Bundesvorstandsmitglied ⁵⁰ es empfehlen, sondern umgekehrt: Zuerst war politische Macht da, seither geht es auch um kulturelle Herrschaft, die mit einem gramscianischen Kulturkampf zu erstreiten sei. So sehen es allerdings nicht nur die Ideologen, sondern auch der Premier selbst. In seiner

⁴⁵ Vgl. Márton Békés, »Gramsci jobbról«; Diego Fusaro, »Ideje visszaszerezni Gramscit! Szabadítsuk meg a baloldaltól« (»Es ist höchste Zeit, Gramsci zurückzuerobern! Lass uns ihn von der Linken befreien«), in: Kommentár, Nr. 2/2020, S. 153–154.

⁴⁶ Vgl. Barnabás Leimeiszter, »›Megjelent az újfajta jobboldal‹ Beszélgetés Alain de Benoist-val« (»›Die neuartige Rechte ist erschienen.‹Gespräch mit Alain de Benoist«), in: Kommentár, 2019/2, S. 97–101.

⁴⁷ Márton Békés, »Ungarns politisches Minimum«, in: Sezession, Nr. 101, April 2021, S. 59.

⁴⁸ Márton Békés, »Mi magunk«, S. 14.

⁴⁹ Vgl. Thor von Waldstein, Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda 2015.

⁵⁰ Vgl. Maria Fiedler, »Götz Kubitschek – der Stratege der Neuen Rechten«, in: Der Tagesspiegel, 08.09.2018.

programmatischen Rede, die er im Sommer nach den Parlamentswahlen 2018 gehalten hat, führte er aus, dass nach dem Ausbau des politischen Systems nun eine kulturelle Epoche zu formen sei:

»It is important to remind ourselves, [...] that an era is always more than a political system. [...] An era is a spiritual order, a kind of prevailing mood, perhaps even taste — a form of attitude. A political system is usually determined by rules and political decisions. An era, however, is more than this. An era is determined by cultural trends, collective beliefs and social customs. This is now the task we are faced with: we must embed the political system in a cultural era. [...] [A]fter the third two-thirds victory we really need to adopt a spiritual and cultural approach; and there is no denying that from September major changes lie ahead of us«.⁵¹

Von September 2018 an kam es in der Tat zu grundlegenden Änderungen, die anhalten. Nicht nur wurde die konservative Zeitschrift Kommentár von regierungsloyalen Neuen Rechten übernommen (die erste Zeitschrift nach dieser Wende trägt in Anspielung auf Orbáns Rede den Titel »Konservative Epoche«) - auch im Hochschulwesen und in der Kultur haben sie ihre Macht im Sinne kultureller Hegemonie (weiter) ausgebaut. Als Meilensteine der letzten Jahre seien hier nur einige wenige Ereignisse genannt: die Verdrängung der Central European University aus dem Land; die Streichung von Gender-Studies-Master-Studiengängen per Regierungsdekret; die grundlegende Veränderung der Finanzierung der Kulturindustrie (das Kriterium der Regimeloyalität wurde noch mehr geltend gemacht); Verstaatlichung der Forschungsinstitute der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; die Übergabe der meisten Universitäten des Landes an private Stiftungen, in deren Kuratorien Regierungsmitglieder sitzen.⁵² Die Ausweitung der Macht auf diese Bereiche dient also nicht nur dem Machterhalt, sondern auch einem Eliteaustausch und der Herrschaft über die Köpfe.

⁵¹ Viktor Orbán, »Prime Minister Viktor Orbán's speech at the 29th Bálványos Summer Open University and Student Camp«, 28.07.2018.

⁵² Vgl. Zsolt Boda/Zoltán Gábor Szűcs, »When Illiberalism Meets Neoliberalism: State and the Social Sciences in Present Hungary«, in: Rainer Eisfeld/Matthew Flinders (Hg.), Political Science in the Shadow of the State. Research, Relevance, Deference, London 2021, S. 203–230.

Anerkennend zitiert Békés Rudi Dutschkes Losung vom »langen Marsch durch die Institutionen«,⁵³ den die ungarische Regierung verwirklicht. Genau dies erfüllt die deutschen Neuen Rechten mit Bewunderung: »Orbán ist das politische Maximum« – sagt Kubitschek⁵⁴, denn »Orbán verwirklicht, was sie [die deutschen Neuen Rechten, EK] nur in ihren Träumen gerne hätten«⁵⁵.

Dabei ist Sprachpolitik ein entscheidendes Schlachtfeld, mit Békés' Worten in der Sezession ausgedrückt: »Eine der wichtigsten Komponenten der kulturellen Hegemonie ist ›die Herrschaft durch Sprache‹ (Helmut Schelsky), die in Ungarn bis vor Kurzem ausschließlich im Besitz der neomarxistischen Kreise war«⁵⁶. Békés formuliert es an der öffentlichen Vorstellung seines Buches »Kulturelle Kriegsführung«:⁵⁷

»Die [ungarische] Linke kämpft durch Wörter: Pseudodemokratie, Hybrides Regime, kompetitiv-autoritäres Regime – die Sprache ist die Barriere zum Handeln; im Gegensatz dazu sagt die ungarische Rechte: Nebenkostensenkung, Migranten, Spekulation, Stopp Soros: Zusammenfügen von Narrativ und Realität; man muss klar aussprechen, was die Erfahrungen der Menschen nicht abdeckt, sondern zur Sprache bringt.«58

Wie Sprache und Hegemonie zusammenhängen, wird an der Stelle deutlich, wenn die Neuen Rechten sich als Opfer der liberalen Hegemonie inszenieren:

⁵³ Márton Békés, »Gramsci jobbról«, *mandiner.hu*, 21.07.2018, https://mandiner.hu/cikk/20180731_bekes_marton_gramsci_jobbrol (letzter Abruf: 16.07.2021).

[»]Kubitschek beschrieb in seiner Vorrede zu Tállais Referat seinen Besuch in Budapest als Lehrstunde. Ihm sei in den Gesprächen mit Journalisten und Wissenschaftlern und auf den Gängen durch die Stadt klargeworden, daß es sich beim>ungarischen Weg«unter Orban zugleich um ein politisches Minimum und Maximum handle – für Deutschland ebenso notwendig wie wohl bereits unerreichbar.« Tállai, Gábor (2018) Freiheit! Vortrag zur Sommerakademie der Sezession. in: Sezession, 26.09.2018. https://sezession.de/59448/freiheit-vortrag-zur-sommerakademie (letzter Abruf: 16.07.2021).

⁵⁵ Márton Békés, »Mi magunk«, S. 12.

⁵⁶ Márton Békés, »Ungarns politisches Minimum«, S. 59.

⁵⁷ Márton Békés, Kulturális hadviselés. A kulturális hatalom elmélete és gyakorlata. (Kulturelle Kriegsführung. Theorie und Praxis der kulturellen Macht), herausgegeben von der Stiftung für die Forschung Ost- und Mitteleuropäischer Geschichte und Gesellschaft, Budapest 2020.

⁵⁸ Terror Háza, »Könyvbemutató – Békés, Márton: Kulturális hadviselés« (»Buchvorstellung – Békés, Márton: Kulturelle Kriegsführung«), 07.12.2020, https://www.youtube.com/watch?v=X-xMIT_azC4 (letzter Abruf: 16.07.2021).

»Der moderne oder – wenn man so will – der progressive Diskurs hat den konservativen kolonisiert, und zwar dadurch, dass er das Anschließen an sein eigenes Begriffssystem und Ideen als universelle zivilisatorische Norm aufzeigte; dabei nutzte er das institutionelle System der Kultur und der Bildung dazu, die Ausschließlichkeit seines Wortgebrauchs durch die »Eingeborenen« des konservativen Gegendiskurses anerkennen zu lassen – damit schuf er eine ungünstige Atmosphäre für die Schaffung von konservativen Gedanken« ⁵⁹

Diese Stelle ist ein Zitat aus einem Artikel, der den Titel »Die Dekolonisierung des konservativen Bewusstseins« trägt, sich also einer antikolonialen Sprache bedient, die den Kampf gegen den Westen und den Kampf gegen die liberale Hegemonie verbindet.

Der Untergang des Abendlandes

Obwohl Oswald Spengler in den Beiträgen der ungarischen Neuen Rechten routinemäßig zitiert wird, sind ihre Referenzen auf postkoloniale Autoren weitaus interessanter. Diese kommen deshalb zum Einsatz, weil sich hierüber die Verbindung zwischen dem apostrophierten »Untergang des Abendlandes« und dem Wert des ungarischen Projekts aus der Position vom unterdrückten Mitteleuropa generieren lässt.

Auf große Resonanz stieß in Deutschland die 2019 erschienene Abhandlung Das Licht, das erlosch von Ivan Krastev und Stephen Holmes. In dieser Schrift argumentieren die beiden Autoren, dass der Hauptgrund für die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Parteien in Polen und Ungarn die bestehenden symbolischen Ungleichheiten seien – namentlich, dass die Bevölkerungen dieser Länder des Nachahmungsimperativs satt seien, vom vormaligen Westen ständig über die Zivilisation und über die angeblich richtigen Werte belehrt zu werden, ein Umstand, den die Rechtspopulisten gut zu politisieren wüssten. Die Aufregung um die Beleuchtung des Münchner Fußballstadions während der EM 2021 und die pauschalen medialen Vermischungen von Orbán, der ungarischen Nationalmannschaft, ungarischen

⁵⁹ Áron Czopf, »A konzervatív tudat dekolonizációja« (»Die Dekolonisierung des konservativen Bewusstseins«), in: Kommentár, Nr. 5–6/2018, S. 7–9, hier: S. 8.

Fans und Bürgerinnen und Bürgern aus Ungarn in der vom Westen geführten Diskussion über das Pädophiliegesetz illustrierten ihre These deutlich.

Die kulturellen Werte des Westens – so Krastev und Holmes – haben sich außerdem in den letzten dreißig Jahren verändert: Westliche Werte waren traditionelle Familie und Religionsfreiheit, nun aber bedeute »westliche >Normalität Säkularismus, Multikulturalismus und Homo-Ehe«. 60 Während das Argument der Religion auf das viel weniger religiöse Ungarn nicht so stark zutrifft wie auf Polen, der Rest mag etwas von der Dynamik erfassen, und das bietet die Grundlage des antiwestlichen-antiliberalen Diskurses der Rechten.

Márton Békés beschreibt zum Beispiel in einem programmatischen Artikel in der ersten Ausgabe der englischsprachigen *Hungarian Conservative*, der den Titel »We the Natives« trägt, Ungarns Verhältnis zum Westen in Begrifflichkeiten des Postkolonialismus.⁶¹ Er zitiert auch die postkolonialen Klassiker Frantz Fanon und Edward W. Said sowie Autoren wie Achille Mbembe und Samir Amin, um damit zu kritisieren, wie Ungarn an den Werten der Länder des Zentrums bemessen und seine Ausbeutung mit Minderwertigkeitsideologien verklärt werde. Dabei identifiziert er Fidesz als »die Partei der Eingeborenen.«

Weist der rechte antikoloniale Diskurs zurecht auf manche Missstände hin, macht er sich zugleich den politischen Raum zunutze, den die radikale Variante des Poststrukturalismus vorbereitet hat: dass es keine objektiven Tatsachen gebe und keine wahren oder falschen Analysen, sondern nur noch Interpretationen, die aus verschiedenen Subjektpositionen resultieren. ⁶² Das führt uns das Dilemma vor Augen, das Martha Nussbaum schon vor mehr als zwanzig Jahren formuliert hat: Wenn nicht aufgrund universell gültiger Kriterien – woher wollen wir wissen, dass die rechten Interpretationen und das rechts »positionierte« Wissen schlechter sind als unsere Annahmen? ⁶³

Sowohl Krastev und Holmes als auch Békés blenden jedoch die ökonomische Dimension aus: Die ungarische Wirtschaft ist nach wie vor maßgeblich von ausländischen (und vor allen Dingen deutschen) Auslandsinvestitionen und vom Export abhängig – was den Spielraum der ungarischen Politik deutlich beeinflusst und den Freiheitskampf der Regierung »gegen den Westen«

⁶⁰ Ivan Krastev/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin 2019, S. 80.

⁶¹ Márton Békés, »We the natives«, in: Hungarian Conservative, April 2021.

⁶² Vgl. Eszter Kováts, »Wo endet Europa? Rechter Antikolonialismus und universalisierender Postkolonialismus«, in: *Berliner Gazette*, 23.12.2021.

⁶³ Vgl. Martha C. Nussbaum, »The Professor of Parody. The hip defeatism of Judith Butler«, in: New Republic, 22.02.1999.

unglaubwürdig erscheinen lässt. Dennoch beinhalten die antikolonial formulierten Argumente Wahrheitskerne: So etwa die Kommunikation symbolischer Minderwertigkeit von »noch nicht europäisch genug«; die Doppelmoral (Werte werden erst dann hochgehalten, wenn sie auf den Peripherien der EU verletzt werden) sowie moralische Heuchelei (Social-Media-Profilfotos ändern, statt wahre politische und ökonomische – und damit teurere aber wirksamere – Schritte vornehmen). 64 Dazu kommen noch die Entwicklungen im Westen, die unter »westlichen/europäischen Werten« oder »Menschenrechten« ausgefochten werden, die aber über Modernität und Emanzipationsversprechen hinausschießen. Zum Beispiel werden die täglich erweiterten Listen »nichtbinärer« Geschlechter und »neuen Sexualitäten« mit Berufung auf Diversität kritiklos propagiert, während die dekonstruktivistische Behauptung, biologisches Geschlecht sei ein Konstrukt, in politische Forderungen übersetzt wird. Diese - durchaus problematischen - Entwicklungen werden in Ungarn rezipiert und von den Rechten sowohl als Beweis für die Notwendigkeit eines Freiheitskampfes gegen den Westen als auch als Legitimation für die Unterdrückung der Rechte von sexuellen Minderheiten genutzt.

Viktor Orbán und seine Intellektuellen argumentieren regelmäßig damit, dass sie die wahren Demokraten, die wahren Europäer und die wahren Christdemokraten seien – und die Institutionen der EU oder die EVP undemokratisch. ⁶⁵ Sie sprechen von »unserer Variante von Demokratie« und »unserer Auslegung von europäischen Werten«. Das beziehen sie auch auf die Rechtstaatlichkeit – und zwar als eine Weise westlicher Unterdrückung:

»Es lässt sich gut beobachten, wie sie⁶⁶ die Quelle der Macht und die rechtmäßige Ausübung vom Auftrag abtrennen, den die Wähler ihnen überantwortet haben, und diesen sogar ersetzen wollen, ja sogar an Körperschaften outsourcen (an föderale Institutionen, Gerichte, globale Geldinstitute, multinationale Großkonzerne), die überstaatlich und nicht an die vom Staat

⁶⁴ Vgl. Eszter Kováts, »Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism«, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Nr. 1/2021, S. 76–90.

⁶⁵ Vgl. Martijn Mos, »Ambiguity and interpretive politics in the crisis of European values: evidence from Hungary«, in: East European Politics, 2020, 36 (2), S. 267–287.

⁶⁶ Gemeint sind »das neoliberale Weltreich«; »die Menschenrechtsverteidiger, die Brüsseler Bürokraten, die Aktivisten der Opposition, die europäische Juristokratie«; »Europa«; siehe Márton Békés, »A globalizáció vége és ami utána következik«, in: Kommentár, 2020/4, S. 88–97, hier: S. 94.

überwachte Territorialität gebunden sind, den Konsequenzen der demokratischen Wahlen also auch nicht unterworfen sind. All das steht im engen Zusammenhang mit der Tyrannei der Werte« (Carl Schmitt), so etwa, wenn das westliche Erwartungssystem der *liberalen* Demokratie (Transparenz, Rechtstaatlichkeit, Gewaltenteilung, europäische Werte, Antikorruption) mit rechtlichem, diplomatischem, politischem und ökonomischem Druck von den mitteleuropäischen Länder eingefordert wird, die der Migration und jenen Strukturen in der EU trotzen, die all das fördern.«⁶⁷

Damit formuliert Békés, was der von der ungarischen Neuen Rechten ebenfalls rezipierte Wolfgang Streeck und viele andere als Kritik der EU und der Supranationalität – zu Recht – thematisiert haben; aber darüber hinaus relativiert er die liberalen Institutionen der Rechtstaatlichkeit als westliche Konstrukte.

Nach dem fragwürdigen Kompromiss mit Ungarn und Polen zum Rechtstaatlichkeitsverfahren in der Abstimmung über das EU-Budget im Dezember 2020⁶⁸ veröffentlichte der regierungsnahe Journalist und promovierte Politikwissenschaftler Gergely Szilvay auf einem der größten regierungsnahen Portale, mandiner, hu, einen Parodie-Artikel. 69 In dekonstruktivistischem Jargon schrieb er darüber, dass es nicht die eine richtige Deutung von Rechtsstaatlichkeit gebe, sondern nur »positionierte« Interpretationen – verschiedene »Narrative« also. Mit seinem durchaus geistreichen Beitrag wollte er der akademischen Linken einen Spiegel vorhalten: Wenn Euch schon alles als »positioniertes Wissen« gilt, dann bitte konsequent und auch in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit. Hier stellte sich also das gleiche Problem wie in Bezug auf den Postkolonialismus. Das heißt nun nicht, dass die Anhänger postkolonialer Theorie schuld am rechten Antikolonialismus seien, Foucault an Trump oder Derrida und Butler an Orbán. Dennoch ist kritisch zu hinterfragen, wie diese Infragestellungen in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen haben, der heutigen postfaktischen Ära einen fruchtbaren Boden zu bereiten. Bruno Latour hat

⁶⁷ Ebd., S. 94-95.

⁶⁸ Vgl. Jan Puhl, »Europas Ossis«, *spiegel.de*, 11.12.2020, https://www.spiegel.de/ausland/eu-kompromiss-mit-polen-und-ungarn-bei-rechtsstaatsmechanismus-europas-ossis-a-28ff898c-a15b-4a7d-919e-e358ec18f17f (letzter Abruf: 16.07.2021).

⁶⁹ Vgl. Gergely Szilvay, »A jogállam mint liberális konstrukció problematizálásáról« (»Über die Problematisierung des Rechtsstaats als liberale Konstruktion«), Mandiner.hu, 03.12.2020, https://mandiner.hu/cikk/20201203_a_jogallam_mint_liberalis_k onstrukcio_problematizalasarol (letzter Abruf: 16.07.2021).

bereits 2004 darüber lamentiert, inwieweit die eigenen philosophischen Ansätze eines bestimmten akademischen Milieus zur Glaubwürdigkeit der Klimawandelskepsis beigetragen haben – eben durch den dekonstruktivistischen Ansatz, Fakten als soziale Konstruktionen zu verstehen:

»Entire Ph.D. programs are still running to make sure that good American kids are learning the hard way that facts are made up, that there is no such thing as natural, unmediated, unbiased access to truth, that we are always prisoners of language, that we always speak from a particular standpoint, and so on, while dangerous extremists are using the very same argument of social construction to destroy hard-won evidence that could save our lives. [...] Of course conspiracy theories are an absurd deformation of our own arguments, but, like weapons smuggled through a fuzzy border to the wrong party, these are our weapons nonetheless. In spite of all the deformations, it is easy to recognize, still burnt in the steel, our trademark: *Made in Criticalland* «70

Vor dem Hintergrund real existierender ökonomischer und symbolischer Ungleichheiten zwischen den Zentren und den östlichen Peripherien der EU (wozu sowohl die ungarischen als auch die deutschen Neuen Rechten Ostdeutschland dazuzählen)⁷¹, nicht nachzuahmender Entwicklungen der progressiven Agenda sowie des wertfrei vorgestellten Dekonstruktivismus, der beliebig besetzt werden kann, ist das Argument nicht mehr haltbar, dass die Rechten bestimmte Diskurse nur instrumentalisieren oder vereinnahmen würden. Man kommt nicht darum herum, die bestehenden Ungleichheiten und Fehlentwicklungen zu analysieren, die – zumindest teilweise – erklären können, warum rechte Narrative in breiten Bevölkerungsschichten in Deutschland und vor allem in Ungarn verfangen.

Pruno Latour, »Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern«, in: Critical Inquiry, Nr. 30, Winter 2004, S. 225–248, hier: S. 227 und S. 230.

⁷¹ Vgl. Márton Békés, »Keleten a helyzet változóban. Közép-Európa visszaútja önmagához (1990–2020) « (»Im Osten einiges Neues. Rückkehr Mitteleuropas zu sich selbst (1990–2010) «), in: Kommentár, Nr. 1/2021, S. 3–20. Er zitiert auch Benedikt Kaiser aus der im April 2020 erschienenen Ausgabe der Sezession zur »Verwestlichung « Ostdeutschlands. S. 14.

Wir selbst

Der Dekadenz des Westens wird die Vorbildlichkeit Ungarns gegenübergestellt, das auch westlichen Rechten als Vorbild dient: Dass der Westen den Weg nicht mehr kennt, heißt erstens, dass wir »wir selbst« seien und uns niemand vorschreiben solle – aber auch nicht könne – was nun der richtige Weg ist (»wir können niemanden vertrauen, nur uns selbst«⁷²). Und zweitens, dass das, was Orbán in Ungarn seit 2010 aufgebaut hat, der Weg für andere Länder, auch den Westen, sein soll. Darüber sind die deutschen und die ungarischen Neuen Rechten einig: »Mit etwas mitteleuropäischem Beispiel findet vielleicht auch die west-europäische Rechte ideell zu sich«⁷³, heißt es aus Ungarn, und Kubitschek sieht auch Ungarn als Vorbild für Deutschland,⁷⁴ das bereits zitierte »politische Maximum«.

»Die neuen Verhältnisse des ersten Drittels des 21. Jahrhunderts erfordern eine neue Philosophie, neue Staatsorganisationslösungen und ein dazu passendes Gesellschaftsbild. Der jetzige ist ein titanischer Moment: Wer die neue Welt erzählen kann, wird sie auch unter seine Herrschaft bekommen können. Die ungarische Rechte, der nationale Konservatismus – und nur er – hat mehr Chancen denn je, dies zu tun.«⁷⁵

Darüber sind sie sich auch einig, dass eine europäische Zusammenarbeit notwendig ist, wie in den Zeitschriften wechselseitig festgehalten wird. »Jede Nation ist für Europa verantwortlich«, schreibt Márton Békés in der Sezession. ⁷⁶ Und Benedikt Kaiser sekundiert im Kommentár: »Deshalb müssen

⁷² Márton Békés, »Mi magunk«, S. 12.

⁷³ Ebd., S. 10

⁷⁴ Vgl. Maria Fiedler, »Götz Kubitschek – der Stratege der Neuen Rechten«, in: Der Tagesspiegel, 08. 09.2018; Götz Kubitschek, »Nachtgedanken (4): triefend von Hoffnung«, in: Sezession.de, 07.06.2018 https://sezession.de/58638/nachtgedanken-4-triefend-von-hoffnung (letzter Abruf: 16.07.2021); Götz Kubitschek, »Rechenschaftsbericht 2018 (II) – Januar bis April«, Sezession, 31.12.2018, https://sezession.de/60034/rechenschaftsbericht-2018-ii-januar-bis-april (letzter Abruf: 16.07.2021)

⁷⁵ Márton Békés, »Mi magunk«, S. 3.

⁷⁶ Márton Békés, »Ungarns politisches Minimum«, Sezession, Nr. 101, April 2021, S. 59.

wir die Weltanschauung des kommenden Konservatismus bestimmen: die europäische Dimension der konservativen Revolution«.⁷⁷

Literatur

- Békés, Márton, »Gramsci jobbról« (Gramsci von rechts), *mandiner.hu*, 21.07.2018, https://mandiner.hu/cikk/20180731_bekes_marton_gramsci_j obbrol.
- Békés, Márton, »Új jobboldal« (Die Neue Rechte), in: *Kommentár*, Nr. 1/2019, S. 3–9, http://kommentar.info.hu/cikk/2019/1/uj_jobboldal.
- Békés, Márton, »Mi magunk. A 20-as évek konzervatív stratégiája« (Wir selbst. Die konservative Strategie der 20-er Jahre), in: *Kommentár*, Nr. 1/2020. S. 3–14, www.kommentar.info.hu/cikk/2020/1/mi-magunk.
- Békés, Márton, »A globalizáció vége és ami utána következik« (Das Ende der Globalisierung und was danach kommt), in: *Kommentár*, Nr. 4/2020, S. 88–97, http://kommentar.info.hu/uploads/2020/4/1615488940.pdf.
- Békés, Márton, Kulturális hadviselés. A kulturális hatalom elmélete és gyakorlata. (Kulturelle Kriegsführung. Theorie und Praxis der kulturellen Macht), herausgegeben von der Stiftung für die Forschung Ost- und Mitteleuropäischer Geschichte und Gesellschaft, Budapest 2020.
- Békés, Márton, »Keleten a helyzet változóban. Közép-Európa visszaútja önmagához (1990–2020) (Im Osten einiges Neues. Rückkehr Mitteleuropas zu sich selbst. 1990–2010), *Kommentár*, Nr. 1/2021, S. 3–20. http://kommentar.info.hu/cikk/2021/1/keleten-a-helyzet-valtozoban.
- Békés, Márton, »We the natives«, in: *Hungarian Conservative*, April 2021, https://www.hungarianconservative.com/articles/philosophy/we-the-natives/.
- Békés, Márton, »Ungarns politisches Minimum«, in: Sezession, Nr. 101, April 2021, S. 56–59.
- Benoist, Alain de, Kulturrevolution von rechts, Dresden 2017 [1985].
- Boda, Zsolt/Szűcs, Zoltán Gábor, »When Illiberalism Meets Neoliberalism: State and the Social Sciences in Present Hungary«, in: Rainer Eisfeld/ Matthew Flinders (Hg.), Political Science in the Shadow of the State. Research, Relevance, Deference, London 2021, S. 203–230.

⁷⁷ Benedikt Kaiser, »Az eljövendő konzervativizmus. Nemzetállamról, a szociális kérdéséről és Európáról « (Der kommende Konservatismus. Über Nationalstaat, die Frage des Sozialen und Europa), in: Kommentár, Nr. 1/2021, S. 79.

- Bozóki, András/Hegedűs, Dániel, »An Externally Constrained Hybrid Regime: Hungary in the European Union«, *Democratization* 25 (7), 2018, S. 173–189.
- Breuer, Stefan, »Die ›Konservative Revolution‹ Kritik eines Mythos«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 31. Jg. (1990), Heft 4, S. 585–607.
- Czopf, Áron, »A konzervatív tudat dekolonizációja« (Die Dekolonisierung des konservativen Bewusstseins), in: *Kommentár*, Nr. 5–6/2018, S. 7–9.
- Enyedi, Zsolt/Krekó, Péter, »Orbán's Laboratory of Illiberalism«, *Journal of Democracy* 29 (3), 2018, S. 39–51.
- Fiedler, Maria, »Götz Kubitschek der Stratege der Neuen Rechten«, in: *Der Tagesspiegel*, 08. 09.2018.
- Fücks, Ralf/Christoph Becker (Hg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt a.M. 2020.
- Fusaro, Diego, »Ideje visszaszerezni Gramscit! Szabadítsuk meg a baloldaltól« (Es ist höchste Zeit, Gramsci zurückzuerobern! Lass uns ihn von der Linken befreien), in: *Kommentár*, 2/2020, S. 153–154.
- Hümmler, Lilian, Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank, Hamburg, 2021.
- Kaiser, Benedikt, »Az eljövendő konzervativizmus. Nemzetállamról, a szociális kérdéséről és Európáról« (Der kommende Konservatismus. Über Nationalstaat, die Frage des Sozialen und Europa), in: *Kommentár*, Nr. 1/2021, S. 72–82, http://www.kommentar.info.hu/uploads/2021/1/1622117473.pdf
- Kellershohn, Helmut, »Es geht um Einfluss auf die Köpfe« Institut für Staatspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, 07.07.2016, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik (letzter Abruf: 16.07.2021)
- Kiss, Lajos András, »Liberalizmuskritikák jobbról, balról« (Liberalismuskritiken von rechts, von links), in: *Kommentár*, Nr. 4/2020, S. 42–54, www.kommentar.info.hu/cikk/2020/4/liberalizmuskritikak–jobbrol-balrol.
- Körösényi, András/Illés, Gábor/Gyulai, Attila, The Orbán Regime Plebiscitary Leader Democracy in the Making, London, 2020.
- Körösényi, András/Mándi, Tibor (2019), »Miért nem vagyunk »új jobboldaliak?« (Warum sind wir keine »Neuen Rechten«?), *Válasz Online*, 06.05.2019, http s://www.valaszonline.hu/2019/05/06/miert-nem-vagyunk-uj-jobboldalia k/ (letzter Abruf: 16.07.2021).
- Kováts, Eszter, »Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism«, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Nr. 1/2021, S. 76–90.

- Kováts, Eszter, »Wo endet Europa? Rechter Antikolonialismus und universalisierender Postkolonialismus«, *Berliner Gazette*, 22.12.2021. https://berlinergazette.de/wo-endet-europa-rechter-antikolonialismus-und-universalisierender-postkolonialismus/(letzter Abruf: 16.07.2021)
- Krastev, Ivan/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin, 2019.
- Kubitschek, Götz, »Selbstverharmlosung«, in: *Sezession*, Nr. 76, Februar 2017, S. 26–28.
- Kubitschek, Götz, »Nachtgedanken (4): triefend von Hoffnung«, in: *Sezession*, 07.06.2018, https://sezession.de/58638/nachtgedanken-4-triefend-von-hoffnung.
- Kubitschek, Götz, »Rechenschaftsbericht 2018 (II) Januar bis April«, in: *Sezession*, 31.12.2018, https://sezession.de/60034/rechenschaftsbericht-2018-ii-januar-bis-april.
- Latour, Bruno, »Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern«, in: *Critical Inquiry* 30 (Winter 2004), S. 225–248.
- Leimeiszter, Barnabás, »Megjelent az újfajta jobboldak. Beszélgetés Alain de Benoist-val« (»Die neuartige Rechte ist erschienen. Gespräch mit Alain de Benoist«), in: *Kommentár*, Nr. 2019/2, S. 97–101, www.kommentar.info.hu/uploads/2019/2/1574849737.pdf.
- Mandiner, »Konzervatív forradalomra van szükség« (Es bedarf einer konservativen Revolution), *Mandiner.hu*, 01.06.2018, https://mandiner.hu/cikk/2 0180601_gotz_kubitschek_konzervativ_forradalomra_van_szukseg
- Mayer, Gregor, »Ungarn holt Neo-Rechte für ›Europa-Konferenz‹‹‹, *Der Standard*, 28.12.2017, https://www.derstandard.de/story/2000071150809/ungarn-holt-neo-rechte-fuer-europa-konferenz.
- Mos, Martijn, »Ambiguity and interpretive politics in the crisis of European values: evidence from Hungary«, *East European Politics*, 36 (2), 2020, S. 267–287.
- Mouffe, Chantal, On the Political, London, 2005.
- Müller, Jan-Werner, Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt a.M., 2016.
- Novák, Katalin, »Deutsche Kommentare über Ungarn erstaunen uns«, in: *Die WELT*, 16.04.2021.
- Nussbaum, Martha C., »The Professor of Parody. The hip defeatism of Judith Butler«, in: *New Republic*, 22.02.1999, https://newrepublic.com/article/150 687/professor-parody (letzter Abruf: 16.07.2021)

- Orbán, Viktor, »Full text of Viktor Orbán's speech at Băile Tuşnad (Tusnád-fürdő) of 26 July 2014«, https://budapestbeacon.com/full-text-of-viktor-orbans-speech-at-baile-tusnad-tusnadfurdo-of-26-july-2014/
- Orbán, Viktor, »Prime Minister Viktor Orbán's speech at the 29th Bálványos Summer Open University and Student Camp«, 28.07.2018, https://minisz terelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-speech-at-the-29th-balvanyo s-summer-open-university-and-student-camp/
- Panyi Szabolcs, »How Orbán played Germany, Europe's great power«, *Direkt* 36, 18.09.2020, https://www.direkt36.hu/en/a-magyar-nemet-kapcsolato k-rejtett-tortenete/ (letzter Abruf: 16.07.2021)
- Pfahl-Traughber, Armin, *Was die »Neue Rechte« ist und was nicht*, Bundeszentrale für politische Bildung, 21.01.2019, https://www.bpb.de/politik/extre mismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-n icht (letzter Abruf: 16.07.2021)
- Puhl, Jan, »Europas Ossis«, *spiegel.de*, 11.12.2020, https://www.spiegel.de/a usland/eu-kompromiss-mit-polen-und-ungarn-bei-rechtsstaatsmecha nismus-europas-ossis-a-28ff898c-a15b-4a7d-919e-e358ec18f17f (letzter Abruf: 16.07.2021)
- Scheiring, Gábor, The Retreat of Liberal Democracy. Authoritarian Capitalism and the Accumulative State in Hungary. London 2020.
- Schmitt, Carl, »Der Begriff des Politischen (Text von 1932)«, in: ders., Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1991, S. 20–78.
- Staud, Toralf, Die neue Gegenöffentlichkeit von rechtsaußen und wie sie wirkt, Bundeszentrale für politische Bildung, 19.12.2016, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/239267/gegenoeffentlichkeit-von-rechtsaussen (letzter Abruf: 16.07.2021)
- Stein, Dieter, »Solidarität mit Ungarn«, in: *Junge Freiheit*, 23.06.2021, https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2021/solidaritat-mit-ungarn/
- Szalai, Zoltán, »A ›konzervatív forradalom‹ fogalma« (Der Begriff der ›konservativen Revolution‹), in: *Kommentár*, Nr. 2/2019, S. 61–65.
- Szalai, Zoltán/Orbán, Balázs (Hg.), Der ungarische Staat. Ein interdisziplinärer Überblick, Wiesbaden 2021.
- Szilvay, Gergely, »A jogállam mint liberális konstrukció problematizálásáról« (Über die Problematisierung des Rechtsstaats als liberale Konstruktion), Mandiner.hu, 03.12.2020, https://mandiner.hu/cikk/20201203_a_jogallam_mint_liberalis_konstrukcio_problematizalasarol

- Tállai, Gábor, »Freiheit! Vortrag zur Sommerakademie der Sezession«, sezession.de, 26.09.2018. https://sezession.de/59448/freiheit-vortrag-zur-somme rakademie
- Techet, Péter, »Német neonácival rendez konferenciát a magyar külügy. Miközben Németországban a Fidesz próbálja jobbközép pártként eladni magát, Magyarországra már szélsőségeseket hívnak meg« (Das ungarische Außenministerium organisiert Konferenz mit deutschem Neonazi. Während sich der Fidesz in Deutschland als mitterechte Partei zu verkaufen sucht, lädt sie nach Ungarn Extremisten ein), Magyar Nemzet, 30.12.2017, https://magyarnemzet.hu/archivum/kulfold-archivum/nemet-neonacival-rendez-konferenciat-a-magyar-kulugy-3868400/ (letzter Abruf: 16.07.2021).
- Techet, Péter, »Kimarad a német AfD a Fidesz európai terveiből?« (Bleibt die AfD von den europäischen Plänen des Fidesz aus?), *Azonnali.hu*, 02.07.2021, https://azonnali.hu/cikk/20210702_kimarad-a-nemet-afd-a-fidesz-europai-terveibol (letzter Abruf: 16.07.2021).
- Terror Háza, »Deutschland 2018: A széttépett ország« (Deutschland 2018: Das zerrissene Land). Bericht über Götz Kubitscheks Vortrag im *Haus des Terrors*, 01.06.2018, https://terrorhaza.hu/hu/hir/2018-06-01-deutschland-20 18-a-szettepett-orszag
- Terror Háza, »Könyvbemutató Békés, Márton: Kulturális hadviselés« (Buchvorstellung: Békés, Márton: Kulturelle Kriegsführung), 07.12.2020, https://www.youtube.com/watch?v=X-xMlT_azC4.
- Waldstein, Thor von, Metapolitik. Theorie Lage Aktion, Schnellroda 2015.
- Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2019.
- Zakaria, Fareed, »The Rise of Illiberal Democracy«, *Foreign Affairs*, Vol. 76, No. 6., 1997, S. 22–43.

Der absolute Feind

Antiamerikanische Leitmotive in außenpolitischen Debatten in der Neuen Rechten am Beispiel Sezession

Anselm Meyer

Im August 2016, wenige Monate vor der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl, fragte Benedikt Kaiser in einem Artikel in der Sezession, ob Donald Trump eine Alternative für Amerika sein könne. 1 Offensichtlich sah der Autor Parallelen zwischen dem politischen Potenzial Donald Trumps und der Alternative für Deutschland, die in den jeweiligen Ländern etablierten Parteien und politischen Diskurse von rechts zu destabilisieren, um sie schließlich in ihrem Sinne zu verschieben. Angesichts des strikten Antiamerikanismus in der Sezession mag es sich als verwunderlich ausnehmen, dass man sich dort für einen politischen Parvenü begeistern konnte, der seine Wahlkampagne unter dem Motto Make America Great Again führte. Dass diese Begeisterung aber durchaus eine nur logische Konsequenz aus dem im Milieu der Sezession lange gepflegten Antiamerikanismus und entsprechenden außenpolitischen Analysen ist, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Seit dem ersten Erscheinen der Zeitschrift spielen diese Bestimmungen eine zentrale Rolle in der Art und Weise, wie man sich in Deutschland und Europa als Adepten der Konservativen Revolution politisch selbst versteht und verortet. In diesem Beitrag soll anhand einer kursorischen Lektüre der Sezession in Bezug auf die USA die Kontinuität und die Entwicklungen der dort eigenommenen Haltungen und transnationalen Selbstverortung nachgezeichnet werden.

Eine der wesentlichen Aufgaben, die sich die intellektuellen Zirkel und ihrer zugehörigen Periodika im Milieu der Neuen Rechten in Deutschland gestellt haben, ist es, unter dem Label der Konservativen Revolution wesentliche

Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, in: Sezession, Nr. 73, 2016, S. 8–11, hier: S. 8.

Inhalte rechter Politik so zu formulieren, dass sie nicht mehr ohne Weiteres mit dem Nationalsozialismus und dessen intellektuellen Wegbereitern identifiziert werden können. In der seit 2003 erscheinenden Zeitschrift Sezession, herausgegeben vom Institut für Staatspolitik (IfS), wird in diesem Sinne die rechte Weltanschauungsbildung und -pflege betrieben. Neben der Exegese kanonischer Autoren der sogenannten Konservativen Revolution, die ihr Erfinder, Armin Mohler, als unbelastete Referenzen empfohlen hat (Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Armin Mohlers Schriften selbst) und der Versuche, diesen Kanon stetig zu erweitern, wird auf Grundlage dieser Exegese auch das politische Tagesgeschehen kommentiert und interpretiert. Man kann den Textkorpus der Sezession auch als vor-politische Handreichung für die neurechte Szene verstehen.

Eine Frage, die beim Versuch, rechte bis rechtsradikale Inhalte in die demokratischen Diskurse hineinzutragen, eine besonders große Rolle spielt – gewissermaßen das Kerngeschäft rechter bzw. rechtsradikaler Politik betreffend –, ist die Entscheidung, wer und was das Fremde ist. Ist nachvollzogen, wer für die Neue Rechte den Feind darstellt, lässt sich eine genauere Aussage über das Selbstverständnis, die politischen Visionen und historischen Bezüge treffen, die in diesem Milieu vorherrschen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich dieser Frage zuzuwenden, weswegen eine thematische Eingrenzung vorgenommen werden muss. Im Folgenden soll es um neurechte Leitlinien der Außenpolitik gehen. Das bietet sich insofern an, als dass der Staat im Sinne des »Primats der Außenpolitik« in Augen von neurechten Autoren in Bezug auf Carl Schmitt als einzig wirklicher politischer Akteur gilt. Der Name »Institut für Staatspolitik« gibt bereits Aufschluss über den Standort, von dem aus gedacht werden soll: einem zentralen Lenkungsorgan des deutschen Staates.

Feindbestimmungen

»[...] das Beharren auf die unlösbare Bindung des Einzelnen an seine Ethnie und die daraus naturhaft resultierende Kulturform [...] bleibt von diesem Wandel jedenfalls unbeeinträchtigt.«²

² Volker Weiß, Die autorit\u00e4re Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 13.

Anselm Meyer: Der absolute Feind

Nachdem im Namen von »Rasse« die Shoah und weitere genozidale Verbrechen verübt worden sind, ist ein ungebrochen positiver Bezug auf biologistischen Rassismus nicht mehr opportun, wenn es das Ziel ist, sich im demokratischen Diskurs zu etablieren, um ihn zu unterminieren. Für die Neue Rechte erscheint es notwendig, sich zumindest oberflächlich von den nationalsozialistischen Verbrechen und einem apologetischen Neonazismus abzugrenzen.

Die Definition des Fremden und des Feindes kann für Rechte allerdings nicht ausbleiben. In Rückgriff auf die Geopolitik und die dazugehörigen Großraumtheoreme, in denen eine naturgegebene Zwangsläufigkeit zwischen der geografischen Lage eines Staates und dessen politischen Handeln postuliert wird,³ tritt an die Stelle des biologistischen Rassismus im neurechten Denken seit den 1970er Jahren das Konzept des Ethnopluralismus. Bei diesem handelt sich um die Vorstellung, dass jedes Volk (synonym mit Ethnie und Kultur) einen ihm angestammten geografischen Raum und nur diesen zu bewohnen habe. Dieses Konzept sollte den allzu offensichtlichen biologistisch argumentierenden Rassismus ersetzen. Letztlich bleibt aber der Ethnopluralismus ein in ein neues Gewand gekleideter antiliberaler, antiuniversalistischer völkischer Essenzialismus. Dieses Denken, gepaart mit geopolitischen Analysen, prägt das außenpolitische Denken großer Teile des Milieus der Neuen Rechten. Dies soll anhand einiger beispielhaft ausgewählter Texte aus der Sezession im Folgenden dargelegt werden.

Ein alter Feind unter neuen Vorzeichen

Mit dem Ende des Kalten Krieges brach auch für neurechte Vordenker ein Weltbild zusammen. Das Verschwinden der Sowjetunion bedeutete den Wegfall eines der zentralen Feindbilder überhaupt, welches konservative, rechte und rechtsradikale Politik verband. Ebenso verschwand eine bipolare, eindeutige geopolitische Weltordnung.⁴

Konnte man sich rechts der Mitte oft nicht darauf einigen, wie man zu den USA und zur Frage der Westbindung stand, war doch klar, dass die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten der unmittelbare politische Feind waren. Für

Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala, »Einleitung«, in: dies. (Hg.), Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945, Bielefeld 2020, S. 7–12, hier: S. 7.

⁴ Ebd.

große Teile der Neuen Rechten, die sich nach 1945 unter dem von Armin Mohler um das Stichwort der Konservativen Revolution gruppierte, waren die USA jedoch ebenso der Feind und die westdeutsche Zugehörigkeit zum politischen Westen keineswegs eine positive Sache.⁵ Deutschland läge geopolitisch zwischen Ost und West, und sei damit ein ›Reich der Mitte‹, prädestiniert für einen politischen ›Dritten Weg‹ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. In dieser Hinsicht nahmen die Autoren der Konservativen Revolution keine umfangreichen Neuformulierungen gängiger radikal nationaler bzw. nationalsozialistischer Ideologeme vor. Auch den Bolschewismus betreffend waren die konservativen Revolutionäre nach wie vor der Ansicht, dass es sich bei ihm um nichts anderes als die radikalste Formation des Liberalismus und Humanismus handelte. In der Ordnung des Kalten Krieges galt Denkern wie Mohler die Sowjetunion zwar als Bedrohung, die aber stets militärisch einhegbar sei. Die Kraft, die die deutsche (europäische) Kultur und Gesellschaft wirklich bedrohe, sei die des »Amerikanismus«, über den vermittelt der Liberalismus in Deutschland eingefallen sei. Letzterer galt konservativen Denkern, auf die sich die Neue Rechte berufen, seit der Weimarer Republik als die alles zersetzende Kraft, da sie die Gesellschaft entpolitisiere, schwäche und so anfällig für äußere Bedrohungen mache. 6 Der Feind, der diese Ideologie verbreitete, verschwand nach 1990 nicht – ihn müsse man sich »schon selber von den Knochen, den eigenen Knochen waschen.«⁷ Durch den Untergang der Sowjetunion und durch die europäische >Wiedervereinigung < von Ost und West wurden lediglich die geopolitischen Karten neu gemischt. Die ideologische Ausgangslage blieb bestehen. Europa, so Mohler, müsse sich daher nun daran machen, den Krieg mit dem Liberalismus aufzunehmen, nachdem die »universelle Gleichheitsideologie [...] die marxistische Schlacht verloren« hat. 8 Die traditionelle Feindschaft der Neuen Rechten, in eindeutiger Traditionslinie mit

⁵ Dies gilt nicht für alle Akteure der Neuen Rechten, wie Darius Harwardt aufzeigt. Er weist darauf hin, dass in der das Milieu lange Zeit prägenden Zeitschrift Criticón es mit der Wahl Ronald Reagans zum Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Wandel im Verhältnis zu den USA gab. Durch Reagan, so erhoffte sich u.a. der Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing, würde es zu einer Revitalisierung des Konservatismus auch in Europa kommen. Siehe Darius Harwardt, »Von der liberalen zur konservativen >Amerikanisierung – eine Ideengeschichte«, in: Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala (Hg.), Die Verortung der Bundesrepublik, S. 53–71.

⁶ Ebd., S. 70.

⁷ Armin Mohler, zitiert nach Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 217.

⁸ Ebd.

dem Nationalsozialismus, bestand also gegen den Liberalismus und nicht etwa gegen den Islam bzw. Islamismus. Dies setzte sich auch in der Sezession fort. Der Islam und Islamismus spielen im Weltbild des Sezession-Milieus mithin eine mindestens ambivalente Rolle,9 aber so wie einst die Sowjetunion ist die »islamische Gefahr« nur eine Backe der Zange, die Europa einzwängen würde. Die andere Backe seien die Vereinigten Staaten, so der Carl-Schmitt-Herausgeber Günter Maschke.¹⁰ Diese Art der Feindbestimmung geht auf Schmitt zurück, der die Frage nach der eigenen Identität an die Bestimmung des Feindes knüpfte und dabei einen ›wirklichen‹ und einen ›absoluten‹ Feind ausmachte.11 Der Islam ist in dieser Aufteilung allenfalls ein unmittelbarer Feind, die USA, die Amerikanisierung und der Liberalismus hingegen der absolute, hinter allem stehende Feind. Dies kommt auch prominent in der Verschwörungstheorie vom ›Großen Austausch‹ zum Tragen, in der hinter der sogenannten Flüchtlingskrise und der massenhaften Einwanderung von muslimischen Bürgerkriegsflüchtlingen nach Europa die USA bzw. >Globalisten < steckten, die damit die Zerstörung der deutschen, wahlweise auch europäischen Kultur verwirklichen wollten. Dem muslimischen Flüchtling kommt in dieser Verschwörungserzählung allenfalls die Rolle des »wirklichen« Feindes zu, nicht aber des >absoluten«.

Der Kampf gegen den Bolschewismus wurde von den Nationalsozialisten zu Europas gemeinsamem Abwehrkampf erklärt. Die Neue Rechte behielt diese kontinentale Perspektive der politischen Dimension des als westlich definierten Liberalismus nach dem Ende der Sowjetunion in der Fokussierung auf die USA bei. Europa sei dagegen eine eigene politische Sphäre, die sich die USA durch den Export ihrer Kultur bemächtigt und so zu ihrem politischen Protektorat gemacht hätten. Außenpolitisch galt daher Charles de Gaulle in seiner Skepsis gegenüber den USA vielen Konservativen als Vertreter eines unabhängigen (West-)Europas. Nicht zuletzt das Atomwaffenprogramm Frankreichs wurde als Zeichen der geopolitischen Gleichstellung und Unabhängigkeit von den USA gewertet. ¹²

War der Mauerfall geopolitisch betrachtet das entscheidende Ereignis des späten 20. Jahrhunderts, können die Terroranschläge auf die USA vom 11. Sep-

⁹ Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 221f.

¹⁰ Günter Maschke, zitiert nach ebd., S. 219.

¹¹ Siehe dazu Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 214.

¹² Siehe Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik, Angst vor der Geschichte, Angst vor der Macht, Stuttgart 1966.

tember 2001 und die Reaktion der USA als entsprechend folgenreiches Ereignis für die Konstitution neurechter Weltbilder gelten. Anders als von Francis Fukuyama prophezeit, endete die Geschichte nicht mit dem Untergang der Sowjetunion. Global bedeutsame Konflikte zwischen Weltanschauungen dominierten auch das junge 21. Jahrhundert.

Für einige Autoren der Neuen Rechten waren es aber nicht so sehr weltanschaulich-ideologische Fragen, die sich mit dem Auftreten des islamistischen Terrors stellten, sondern Fragen nach der geopolitischen (Neu-)Ordnung, die es angesichts des >War on Terror< der USA zu diskutieren galt. Das Nein zum Irak-Krieg von Gerhard Schröder löste in Deutschland breite Zustimmung aus, weil dieser sich gegen die USA gestellt hatte. Selten konnte sich die deutsche Bevölkerung so sehr auf eine außenpolitische Regierungsentscheidung einigen. Auch in der Sezession witterten einige Autoren den Anbruch einer heroischen Epoche und die Renaissance des europäischen Großraumdenkens, der Kontinent sei in Gegnerschaft zu den Kriegszügen der USA geeint, unter deutscher Führung. Durch die Verweigerungshaltung nicht nur in Berlin und Paris, sondern auch in Moskau, sahen einige Konservative eine Chance, die Phantasie vom europäisch-russischen Großraum wieder zu beleben. Die Beschwörung der Achse Paris-Berlin-Moskau eröffnete in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift im Sommer 2003 Eberhard Straub, Historiker und Journalist, der unter dem programmatischen Titel »Kontinentalblock Eurasien« darlegte, welches geopolitische Potenzial im Nein zum Irak-Krieg sich verwirklichen könnte. 13 Straub holte weit aus, um die Absage der deutschen Regierung an George W. Bush nicht als Antiamerikanismus dastehen zu lassen. Das Nein zum Irak-Krieg sei im Gegenteil der von amerikanischen Intellektuellen schon lange geforderte Vollzug der Emanzipation Europas von den USA. 14 In Bezug auf den US-Diplomaten und Historiker George F. Kennan führte Straub aus, es sei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Ziel der USA gewesen, Europa zur Selbstständigkeit zu erziehen, in dessen Angelegenheiten man sich nicht einmischen wollte. Der Kalte Krieg wurde bei Straub zu einem europäisch-russischen Konflikt zusammengedampft, in den die USA nur durch Europas Angst vor dem Bolschewismus tiefer hineingezogen worden seien. Straub interpretierte Kennans Haltungen zu dieser Konstellation so, als dass dieser die USA als einen »sorgfältigen Hegemon« agieren wissen wollte,

¹³ Eberhard Straub, »Kontinentalblock Eurasien«, in: Sezession, Nr. 2/2003, S. 8–13.

¹⁴ Ebd., S. 8.

der nur dann eingreift, wenn es gar nicht mehr anders möglich ist. Die Vorstellung von einem »sorgfältigen Hegemon« bzw. einem »ehrlichen Makler«15 taucht in den Texten der Neuen Rechten über das Verhältnis von Europa zu den USA immer wieder auf. Die USA sollten nicht als >Weltpolizist< auftreten, sondern sich auf ihr Territorium beschränken. Straub führte aus, dass Kennan in seiner Beurteilung und Forderung an die Außenpolitik der USA eigentlich ein Schüler des Reichskanzlers Bismarck gewesen sei. 16 Auf Bismarck bezog sich Kennan angesichts der Blockkonfrontation, als er forderte, dass die USA in »vernünftiger Selbstbeschränkung« agieren und die Sowjetunion nicht provozieren sollten. Bismarck habe nach diesem Prinzip das Bündnissystem, in das sich das Deutsche Reich eingewoben hatte, aufgebaut. Laut Straub geschah dies, um Europa an das neue Großreich in seiner Mitte zu gewöhnen. Bismarck habe nach der Einsicht gehandelt, dass jede Großmacht ihre je eigene gottgegebene Interessensphäre hätte. Engagierte sie sich außerhalb dieser, würde sie die abzulehnende Machtpolitik betreiben und nicht die ihr zustehende, vermeintlich legitime Interessenpolitik. Bismarck wollte verhindern, dass die Großmächte durch das Führen von Kriegen »letzte Auskunft über ihr Prestige«, also ihre militärische Schlagkraft, erhielten. 17

Straub liefert mit dieser Interpretation der Rolle Bismarcks und die Adaption des Reichskanzlers bei Kennan die Folie, vor der Konservative und Neue Rechte die global agierenden USA seit dem 11. September 2001 betrachteten und kritisierten. Die USA würden sich in der Bekämpfung des islamistischen Terrors außerhalb ihres Interessengebiets engagieren und sich über das Führen von Kriegen »Auskunft über ihr Prestige«, sprich ihre politische und militärische Macht, einholen. Sie sollten sich auf Kennan bzw. gleich auf den deutschen Reichskanzler Bismarck besinnen. Dadurch, dass Straub die Reaktion auf die islamistischen Terroranschläge als illegitime Machtpolitik interpretiert, also im Islamismus keine politische Bedrohung erkennt, weil dieser außenpolitisch nicht als staatlicher Akteur auftritt, wird an dieser Stelle ersichtlich.

Straub argumentiert weiter, dass Kennan versucht habe, das Auftreten der USA in der Welt so zu gestalten, dass es für die anderen Staaten akzeptabel sei. ¹⁸ Dies sei das eigentliche Anliegen der USA gewesen. Es wären die Eu-

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd., S. 9.

¹⁷ Ebd., S. 9.

¹⁸ Ebd.

ropäer und ihre Angst vor dem Sowjetkommunismus gewesen, die die USA dazu gezwungen hätten, immer wieder als Großmacht aufzutreten. Europa sei während des Kalten Krieges wohlhabend geworden und habe die Kosten seiner Sicherheit den USA aufgebürdet. Viele Jahre vor Donald Trumps Präsidentschaft und dessen Kritik an der einseitigen Verteilung der Kosten für das transatlantische Verteidigungsbündnis NATO taucht dieser Aspekt bereits im Weltbild der Neuen Rechten auf.

Der Sinn der NATO, so Straub, lag in ihrem Antikommunismus. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde das Bündnis und damit die Bindung Deutschlands an die USA hinfällig. Die Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion, den Wladimir Putin die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts nannte, 19 sollten laut Straub folgende sein: Die USA müssten anerkennen, dass sie nur noch eine Stimme unter vielen in einer pluralistischen Welt seien, die nicht mehr der Dynamik zweier Großmächte und ihrer Einflussbereiche unterliegt. Straub bezieht sich hier auf den Historiker Paul Kennedy, der diese Entwicklungen in seinen Studien antizipiert habe. Laut Kennedy wären die USA wegen des militärischen ›Overspend‹ (zu hoher militärischer Ausgaben) im Kalten Krieg in dessen Folge gar nicht in der Lage, eine hegemoniale Position einzunehmen. Auch in den USA sei es nicht verstanden worden, dass das Land den Konflikt mit der Sowjetunion letztlich nicht gewonnen hätte, sondern die Sowjetunion aufgrund ihrer schlechteren wirtschaftlichen Lage verlieren musste. Das Selbstbild der USA sei es, so in der Rezeption Straubs, im politischen Weltgeschehen »die unentbehrliche Nation«²⁰ zu sein. Dies sei auch der Grund, warum die kleineren Nationen mit den USA zur einzig verbliebenen Supermacht »verschmelzen« wollen. Doch sei die Vorstellung, die USA würden den kleineren Nationen Schutz bieten, ein Irrglaube. Die Sowjetunion war die eigentliche Schutzmacht der Besiegten und Unterlegenen. Die USA würden sich nur um ihre eigenen Sicherheitsbedürfnisse kümmern, wie nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutlich geworden sei. Die USA traten nach 9/11 als das Empire of Fear auf. Sie seien die erste Großmacht, die ihren Herrschaftsanspruch auf Angst (vor dem islamistischen Terror) begründete. Die kurze Welle der Solidarität und des Mitgefühls, das die USA nach den beispiellosen Anschlägen kurzzeitig seitens der europäischen Nationen erfuhr, sei eine sentimentale Aufwallung gewesen. Der Floskel »Wir sind alle Amerikaner«, wie Straub die Haltung Europas zu den USA nach

¹⁹ http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22931 (letzter Abruf: 01.02.2022).

²⁰ Ebd., S. 10.

9/11 zusammenfasst, wurde schon bald kein Glauben mehr geschenkt. Europa müsse sich von den USA unabhängig machen. Der Kampf gegen den islamistischen Terror und seine Unterstützer seien lediglich eine vorgeschobene Begründung, hinter denen die USA ihre nationalen Interessen durchsetzten.

In der Abwendung von den USA und der dafür notwendigen Verdrängung des Islamismus als politischer Faktor ist letztlich das eigene Großmachtbestreben angelegt. Straub sieht in der europäischen und russischen Gegnerschaft zum Irakkrieg die Möglichkeit, endlich den historisch und geopolitisch angelegten ›eurasischen Großraum‹ als kontinentalen Machtblock zu etablieren. Europa im Bündnis mit Russland könne beziehungsweise müsse zu einem antiamerikanischen Gegenhegemon werden. Dabei gehe es nicht um die Schaffung einer Freihandelszone, sondern um die Vereinigung eines ›geistigen Raums‹. Straub ergeht sich dabei in der Phantasie einer ewigen europäisch-russischen Verbundenheit, in der der Bolschewismus nur eine Abweichung von einem ansonsten homogenen Streben gewesen sei. Um diese spezielle Interpretation der deutsch-russischen Geschichte aufrechtzuerhalten, ist es nur folgerichtig, dass Straub das »Unternehmen Barbarossa« und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und seine Bürger in seinen historischen Herleitungen ausklammert. Die beschönigend-romantisierenden, um nicht zu sagen geschichtsklitternden Ausführungen Straubs, der Historiker ist, sind wesentlicher Bestandteil seiner antiamerikanischen Großraumphantasie. In schwärmerischem Ton, lange historischen Linien zeichnend, beschwört Straub neben der deutsch-russischen Verwandtschaft auch noch die deutsch-französische Einheit, die für ihn das »Kerneuropa« ausmacht. Er geht bis zu den Karolingern zurück, 21 um diese vermeintlich ewige Einheit zu begründen. Angesichts dieser gewählten Größenordnung kann Straub dann auch die deutsch-französischen Konflikte, die viele Jahrzehnte lang das »Kerneuropa« bestimmten und mit Kriegen überzogen, als bloßes Spiel »dynamische[r] Kräfte« bezeichnen.²² Es gälte eine »tatsächliche Einheit« zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen, zu der Russland vom »Randeuropa« aus hinzustoßen würde. Russland suche nämlich den Wiederanschluss an Europa. Für Europa sei Russland der »natürliche Verbündete«. Mit Europa könne Russland wieder zur Weltmacht werden. Straub scheint sich doch nicht so sehr das »Pluriversum«²³

²¹ Ebd., S. 11.

²² Ebd., S. 13.

²³ Ebd.

zu wünschen, in der die USA nur noch eine Nation unter vielen seien. Seine geopolitische Fiktion besteht aus einer neuen Blockordnung, nicht unähnlich des Kalten Krieges, allerdings mit Europa bzw. Deutschland als Führungsmacht eines >eurasischen < Großraums, als Gegenspieler der USA. Offenkundig sind Straubs Phantasien von einer politisch-kulturellen Achse Paris-Berlin-Moskau geleitet von der Vorstellung, dass sich Europa oder ›Eurasien‹ mit den USA in einem Konflikt befände, und nicht mit einer dritten politisch auftretenden Macht, dem Islamismus. Für Straub waren nicht die Ereignisse vom 11. September 2001 der Beginn eines neuen Konfliktes, sondern dessen Folgen der Auftakt für die Wiederaufnahme eines alten, vermeintlich seit jeher bestehenden Ost-West-Konflikts, in dem für Europa (mit Rückendeckung aus Russland) die Möglichkeit bestünde, sich nun endgültig von den USA zu lösen, und zu »Handlungsfreiheit und Souveränität« zu gelangen.²⁴ Dieser bedürfe es, um in der Folge vom Ende der USA als Weltmacht in den »stets neu auszugleichen Rivalitäten«25 zu bestehen. Das ist Grundlage und Utopie des Konservativen zugleich: stetiger Konflikt.

Während sich Straub angesichts des Irakkriegs in Großraumphantasien erging und durch seine äußerst großzügige Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts die historische Notwendigkeit eines politischen Bündnisses von Frankreich, Deutschland und Russland als »auszugleichende Rivalität« suggerierte, war sein Chefredakteur Götz Kubitschek schon auf dem Kriegspfad. Er forderte die deutsche Beteiligung an dem Krieg, auf Seiten des Iraks. Das müsste die Konsequenz aus Gerhard Schröders Ablehnung des Irakkrieges sein – die Aufstellung einer Interventionsarmee, die sich den USA in den Weg zu stellen hätte. Sonst wäre Schröders Haltung nur eine wertlose moralische Aufwallung gewesen. 26 Angesichts des Irakkrieges stellte sich die Frage nach der Rolle der Nation neu. Anders als Deutschland gäbe es in den USA einen positiven Bezug auf die Nation. Diese seien in der Lage, so Kubitschek neidisch, ein Unterfangen wie den Irakkrieg zu beginnen, da sie in ihrem nationalen Gedächtnis über »mächtige Erzählungen, Bilder und Botschaften« verfüge, die »dem Individuum den Tod für eine größere Sache vermitteln« könnten.²⁷ Kubitschek ist der Meinung, dass Schröder mit seiner Reaktion

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd

²⁶ Götz Kubitschek, »Habermas, Schröder und die Nation«, in: Sezession Nr. 2/2003, S. 52–53, hier: S. 52.

²⁷ Ebd., S. 53.

auf den Irakkrieg die Frage der Nation gestellt habe, ohne die Möglichkeiten dieser Nation getestet zu haben. Bündnisse wie die EU seien nicht in der Lage, eine Geschlossenheit zu vermitteln, die notwendig für das Führen von Kriegen sei, denn das ist es, worauf die außenpolitische Analyse vorliegend von Kubitschek hinausläuft – der Wunsch nach Krieg, die Rückkehr der heroischen Epoche«. Er verklausuliert es als **mobilisierende* [Hervorhebung von mir, AM] Eindeutigkeit der Identität«, die wegführe von der **Überforderung«²⁸ komplexer suprastaatlicher Bündnisse. Diese Identität, die die USA besäßen, müsste sich in Deutschland nicht zuletzt in der Stellung gegen die USA herstellen.

Eberhard Straubs suggerierte Renaissance des Großraums unterscheidet sich von Kubitscheks offenem Bellizismus um jenen. Beide eint aber, dass sie im Irakkrieg eine Möglichkeit für die Schöpfung deutschen Selbstbewusstseins, die Erlangung staatlicher Souveränität, deren Existenz sie ständig in Abrede stellen, wittern. Diese Texte mögen auf den außenstehenden Lesenden schwärmerisch-verklärend oder plump-agitatorisch wirken, aber auf einer vor- bzw. metapolitischen Ebene sind sie ernst zu nehmen, denn sie geben Aufschluss darüber, welches die politischen Wunschvorstellungen der Neuen Rechten sind, die inzwischen ihre realpolitischen Möglichkeiten prägen. Wenn die AfD beispielsweise mit Abordnungen nach Moskau reist, um die »deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern, 29 und damit den Autokraten Putin, dessen Destabilisierungskampagnen, sein Ausgreifen auf Georgien und die Ukraine als politischen Partner anerkennt, so ist dies kongruent mit der in der Sezession bereits seit Jahren diskutierten Notwendigkeit eines antiwestlichen Hegemonen, der sich im Zusammenschluss mit Russland konstituieren müsse.

Karl Heinz Weißmann, einstiger Weggefährte Kubitscheks und damaliger Chefredakteur bei der *Sezession*, kommt angesichts des Irakkrieges zu anderen Schlüssen.³⁰ Zwar nimmt auch er die Wiederkehr der Geopolitik infolge von 9/11 und des Irakkriegs wahr, die nach 1945 in Deutschland aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sei. Der Grund dafür sei, dass der Natio-

²⁸ Ebd.

²⁹ o. A., »Alice Weidel reist mit AfD-Kollegen nach Moskau«, zeit.de, https://www.zeit.de /politik/2021-03/afd-moskau-besuch-russland-alice-weidel-peter-bystron-robby-schl und (letzter Abruf: 25.08.2022)

³⁰ Karlheinz Weißmann, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: Sezession, Nr. 2/2003, S. 14–19, hier: S. 14.

nalsozialismus den Begriff missbraucht habe, wenn Geopolitik doch einfach nur zu erkennen heiße, wie die Lage eines Staates im Raum dessen Schicksal bestimme. Der zweite Grund für dessen Verdrängung liege in der heterodoxen geografischen Position Deutschlands. Die von Konservativen immer wieder gestellte Frage lautet von daher: Gehört man geopolitisch zum Westen oder Osten? In Bezug auf den Geografen Halford Mackinder, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts u.a. seine Herzland-Theorie entwickelte, nach der die Erde in eine Weltinsel (Europa, Afrika, Asien), das Herzland, und einen Kranz (die Amerikas, Australien, Japan) aufgeteilt sei, geht auch Weißmann davon aus, dass Europa und Russland eine geopolitische Einheit bildeten. 31 Europa sei dabei das globale heartland, um dessen Kontrolle es auch im Kalten Krieg gegangen sei. Weißmann steht im Widerspruch zu Straub, da er nicht der Meinung ist, dass eine einheitliche politische Organisation des eurasischen Großraums möglich ist. Anders als Straub negiert Weißmann die historischen Konflikte zwischen Deutschland (und damit Europa) und Russland nicht. Selbstverständlich würde er eine Annäherung zwischen den beiden Ländern begrüßen. So wenig wie er sich den Schwärmereien Straubs anschließt, so wenig folgt er Kubitschek in dessen Bellizismus. Im Vergleich zu seinen beiden Mitstreitern scheint Weißmann in dieser Frage den realpolitischen Flügel bei der Sezession zu vertreten. Mittelfristig sieht er keine Alternative als die Anbindung an die USA und die Unterordnung unter diesen »sanften Hegemon«.32 Auch sieht er Deutschland nicht als Protektorat oder Kolonie der USA, sondern bloß als Bündnispartner minderen Ranges. Weißmann registriert an dieser Stelle immerhin realpolitische sowie historische Entwicklungen. Weißmann kommt daher auch zu dem Schluss, dass die USA sich in Europa nicht imperialistisch ausagierten. Ihre Herrschaftstechnik sei vielmehr informell. Er beschreibt die USA und ihr Verhältnis zu Europa im Kalten Krieg und der NATO mit einem Beispiel aus der Geschichte, dem Attischen Bund: Nach dem Sieg über Persien bot Athen den anderen Poleis einen Handel an, in dem die Bundesgenossen Geld und Schiffe für die Bundesflotte abgaben und dafür unter Athens Schutz standen, aber auch letztlich in dessen Kampagnen eingebunden waren.³³ Bei

³¹ Ebd., S. 15. Für eine historische Einordnung von Mackinder und seinen Theorien siehe Magnus Brechtken, Scharnierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2005.

³² Karlheinz Weißmann, »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, S. 18.

³³ Ebd.

allem politischen Realismus bietet Weißmann sehr suggestive historische Bilder auf, wenn es um die Einordnung gegenwärtiger Konstellationen geht. In der Druckausgabe der *Sezession* ist an dieser Stelle ein Bild von einem amerikanischen Flugzeugträgerverbund abgedruckt.

Angesichts der »heterodoxen« Situation Deutschlands, zwischen den zwei Großmächten Russland und den USA und ihren Einflusssphären ›eingeklemmt‹ und dabei selbst eine mächtige Industrienation mit ausgeprägten geopolitischen Interessen zu sein, kommt Weißmann zu dem Schluss, dass es für Deutschland nicht ratsam wäre, sich von den USA abzuwenden.³4 Dies würde zu noch weniger wünschenswerten Abhängigkeitsverhältnissen führen. Ob damit Putins Russland gemeint ist, lässt er an dieser Stelle offen.

Weißmanns geopolitische Analysen können als wesentlich realitätsinteressierter gewertet werden als die Phantasien eines Eberhard Straub oder die kriegerischen Wunschträume von Götz Kubitschek. Einige Jahre später, im Jahre 2008, bezeichnet Weißmann die Vorstellungen von Eurasien als »peinliche Aufwallungen«35. In diesem Artikel stellt er sich anhand der Besprechung einiger zeitgenössischer Bücher, die sich mit den geopolitischen Herausforderungen durch Russland und China an die USA befassen, die Frage, welche Rolle Europa in dieser »Neuen Weltordnung« noch spielt. In Bezug auf den Historiker Robert Kagan führt Weißmann aus, dass die USA dem Aufstieg Russlands und Chinas nichts entgegenzusetzen hätten.³⁶ Die USA würden dadurch ihren Status als hegemoniale Macht verlieren und seien in Zukunft nurmehr eine Stimme im internationalen Konzert der Mächte. Sie müssen sich mit der Rolle des »ehrliche[n] Makler[s]«37 zufriedengeben, wenn sie als globale Macht weiterhin eine Rolle spielen wollten. Durch den Machtverlust der USA sei die Welt wieder »normal« geworden, wie Weißmann den ersten Satz aus Kagans Buch zitiert. 38 Normalität heißt für Kagan und Weißmann, dass die Geopolitik nun wieder durch die »unwandelbare Natur« des Menschen und die »endlose Konkurrenz der Nationen und Völker«39 geprägt sei und nicht mehr durch transnationale Bündnissysteme bzw. der akzeptierten

³⁴ Ebd., S. 19.

³⁵ Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, in: Sezession, Nr. 26/2008, S. 20–23, hier: S. 23.

³⁶ Ebd., S. 22.

³⁷ Ebd., S. 23.

³⁸ Ebd., S. 23.

³⁹ Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 23.

Vorherrschaft der Supermacht USA. Diese werde durch den ökonomischen Aufstieg Chinas und die Machtpolitik Putins in Frage gestellt.

Diese Vorstellung von Normalität stellt eine tragende Säule in der (neu)rechten Weltanschauung dar: Unter dem »Primat der Außenpolitik« (Carl Schmitt) bestimmen Konkurrenz und Krieg die menschliche Existenz. Das gibt ebenso Aufschluss über das Geschichtsbild der Neuen Rechten: Für sie ist Geschichte der ewige Kampf der im Staat organisierten Menschen gegeneinander. Das Diktum vom Ende der Geschichte (Francis Fukuyama), welches das gesellschaftstheoretische Denken der Jahrtausendwende beeinflusst, wird deswegen auch von Weißmann abgelehnt, wenn er zustimmend Zakaria wiedergibt. 40 Die Geschichte war und ist den konservativen wie neurechten »Zeitdeutern« (Dirk van Laak) eine Geschichte der Konkurrenz der Nationen. Es ist daher nur folgerichtig, wenn auch dem gängigen Bild von Neurechten widersprechend, dass Weißmann mit dem Umweg über Fareed Zakaria auch Samuel P. Huntingtons Diktum vom Clash of Civilizations ablehnt. Wie Weißmann auch sieht Zakaria nicht im Islamismus eine geopolitische Bedrohung, sondern im »Aufstieg des Restes«⁴¹ der Welt. Der Nationalismus Russlands und Chinas seien die wesentlichen Bedrohungen. In diesen Auseinandersetzungen würde Europa global gesehen nur noch bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts eine Rolle spielen. Die Einschätzungen Weißmanns bezüglich der Fragen, die sich die Neue Rechte stellt, stehen in einem bemerkenswerten Widerspruch zu den häufig martialisch anmutenden Einlassungen von Kubitschek. Man darf sich von dieser Tarnstrategie aber nicht täuschen lassen. 42 Auch er macht sich Sorgen um die Zukunft der »Weißen«, wie er über den Umweg eines anderen Autors deutlich macht: »Den Weißen werde so oder so die unangenehme Wahrheit vor Augen geführt, daß die »Größe« eines Staates tatsächlich mit seiner »Größe« - im Hinblick auf Fläche und Bevölkerung -

⁴⁰ Ebd., S. 22.

⁴¹ Ebd

⁴² Nicht zuletzt wegen Kubitscheks Stil hat Weißmann mit der Sezession gebrochen, was aber nicht bedeutet, dass er politisch gemäßigter wäre. Sein Schreib- und Argumentationsstil setzt sich von der faschistischen Ästhetik sowie den allzu offenen Huldigungen des Krieges ab. Hinzu kommt, dass er in seinen Beiträgen in der Sezession wesentliche Inhalte anderer Autoren paraphrasierend wiedergibt. Bisweilen erscheint Weißmanns Schreibstil in der Sezession wie eine Tarnaktion.

zusammenhänge.«⁴³ Fareed Zakaria kommt in seinen Überlegungen zur postamerikanischen Weltordnung zu diesem Schluss.⁴⁴

Obwohl Weißmann durchaus von der Existenz geopolitischer Großräume ausgeht, wie sich an seiner Rezeption von Mackinder zeigt, steht er konkreten Plänen zur politischen Organisation dieser Räume in dieser Richtung skeptisch gegenüber. In dem Artikel kritisiert er Alan Posener, dass er für seine Vorstellung von einem europäischen Reich, das er sich in seinem Buch Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss⁴⁵ ausmalt, in den für die Machtpolitiker der Neuen Rechten elementaren, im dezisionistischen Stil gestellten Frage keine Antwort habe: »Wer stellt das Reichsvolk? Wie ist der europäische Raum abzugrenzen? Welche Doktrin wäre ihm gemäß?«⁴⁶ Posener habe durch die Vermeidung der Beantwortung dieser konkreten Fragen ein weiteres »Wolkenkuckucksheim« bezüglich der Zukunft Europas ausgemalt.

Der politische Statusverlust der USA wird von Autoren wie Weißmann begrüßt, führt aber zu einem zentralen inneren Widerspruch. Vorgeblich wünschen sie sich eine Welt, in der die USA nur eine Stimme unter vielen sind. Diese Entwicklung wird als Multipolarität begrüßt, um in der Folge allerdings wie Straub eine >neue<, auf Bipolarität hinauslaufende Weltordnung zu skizzieren.⁴⁷

Generell ist festzustellen, dass in der Beurteilung des Agierens der USA eine Aussage über das Selbstbild bzw. über die Selbsteinschätzung in Bezug auf die Lage und Rolle Deutschlands, wahlweise auch Europas in der Welt, enthalten ist. Beide gehören jedenfalls nicht in einen Bündniszusammenhang mit den USA, denn ansonsten würden sie einen Machtverlust der USA nicht gutheißen können. Deswegen ist auch der Islamismus für sie keine wirkliche Bedrohung, da sie sich nicht mit dem Westen bzw. den USA identifizieren. Demnach sollten Europa und Deutschland nicht in die Sphäre des von Amerika ausgehenden Liberalismus gehören. Die Interpretation der geopolitischen Lage der USA und Europas seit 9/11 und der folgenden Jahre gemäß der Gegnerschaft zum Liberalismus, die unter anderem im Antiamerikanismus ihren

⁴³ Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 22.

⁴⁴ Fareed Zakaria, The Post-American World, New York/London 2008.

⁴⁵ Alan Posener, Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007.

⁴⁶ Karlheinz Weißmann, »Europa in der postamerikanischen Welt«, S. 22.

⁴⁷ Frank Becker/Darius Harwardt/Michael Wala (Hg.), »Einleitung«, in: dies., Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945, Bielefeld 2020, S. 7–13, hier: S. 7.

Ausdruck findet, wird dominiert von dem Wunsch, dass die USA sich auf ihr Territorium zurückziehen mögen. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass Donald Trump und sein America-First-Slogan im Milieu um die Sezession gelobt wurde. Ähnlich wie in Criticón in Bezug auf Ronald Reagan sah man in Trump den guten Amerikaner. Benedikt Kaiser stellte im August 2016 die Frage, ob Trump eine »Alternative für Amerika« sein könne. 48 In seinem Beitrag brachte der Autor sein Verhältnis - und vermutlich das der Redaktion - zu den USA in wenigen Sätzen auf den Punkt. Ganz nach dem Leitmotiv ausgegeben »Primat der Außenpolitik« stellte sich Kaiser damals die Frage, ob Trump dem »Ziel einer multipolaren Weltordnung dienlich sein wird«, und ist der Meinung, dass aus »souveränistischer Perspektive« Trump im Vergleich zu Hillary Clinton das kleinere Übel darstellen würde. Diese sei eine »nach Interventionen dürstende westliche Universalistin [Hervorhebung von mir, AM].« Trump hingegen »verkörpert einstweilen die minimale Hoffnung, der endgültig zuschnappenden »Amerikanisierungsfalle« (Michael Wiesberg) zu entkommen.«⁴⁹ Die America-First-Parole bedeute ein Ende des »kostspieligen interventionistischen Prinzips«, so die Hoffnung Kaisers. ⁵⁰ Allerdings fragt er skeptisch, ob Trump nach einem eventuellen Gesunden der amerikanischen Wirtschaft »den falschen Gesängen des Globalismus« widerstehen könne und den eingeschlagenen außenpolitischen Kurs beibehalten würde.⁵¹ Was oben anhand des Textes von Eberhard Straub bezüglich des zweiten Irakkriegs herausgearbeitet wurde, nämlich die Hoffnung auf eine reduzierte Rolle der USA im weltpolitischen Geschehen, erfährt durch Trumps Wahl im neurechten Milieu Aufwind: Trump wolle einen besseren Atomdeal mit dem Iran, lediglich als ehrlicher Makler zwischen Israel und den Palästinensern auftreten und keine kostspielige Intervention in Syrien. Putin hingegen sei ein interessanter, starker Mann, was man bei der Sezession auch so sieht. Auch die bisherige Konstellation der NATO stünde unter Trump zur Disposition. Laut Kaiser wäre Trump der Ansicht, dass man diese auch auflösen könnte.⁵² Trump ist für die Sezession und auch für die AfD durch diese außenpolitischen Ansichten

⁴⁸ Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, in: Sezession, Nr. 73/2016, S. 8.

⁴⁹ Ebd., S. 11.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Ebd.

⁵² Benedikt Kaiser, »Trump: Alternative für Amerika«, S. 9.

der ideale Präsident, weil er einen Bruch mit Leitlinien der amerikanischen Politik, nämlich dem »Menschenrechtsimperialismus« darstelle.⁵³

Kaiser schafft es sogar, die Widersprüchlichkeit durch diese Position deutlich zu formulieren: »Es ist gewiss widersprüchlich, auf der einen Seite eine schwer kalkulierbare Person zu favorisieren, die »Amerika wieder groß machen« möchte, aber auf der anderen Seite der Idee eines substanziellen »Antiamerikanismus« treu zu bleiben, einer Idee, die aufgrund der geopolitischen Gesamtlage wieder an Bedeutung zunimmt. Doch diesen Antagonismus gilt es faute de mieux auszuhalten.«⁵⁴ Die Hoffnungen auf Trump, antiamerikanische-amerikanische Politik zu machen, ist bei der Sezession also groß – so groß, dass man dem eigenen Antiamerikanismus zum Trotz sogar den Slogan Make America Great Again aushalten müsse.

Ob Trump denn Amerika wieder groß gemacht hätte, fragte sich Martin Lichtmesz in der Sezession vom April 2019. Der Autor hat seine Zweifel, da es der Präsident nicht geschafft hat, die Grenzmauer zu Mexiko zu bauen, um so die illegale Einwanderung zu stoppen. 55 Stattdessen wollte Trump sogar noch mehr Menschen als billige Arbeitskräfte in die USA einwandern lassen. 56 Auch das Versprechen, US-amerikanische Truppen aus Syrien abzuziehen, habe er nicht eingehalten – dafür aber zu Lichtmesz' Ärger, die Herrschaft Israels über die Golan-Höhen anzuerkennen. Fälschlicherweise nimmt Trump für sich in Anspruch, den Islamischen Staat zerschlagen zu haben, obwohl dies das Werk von Putin und Assad sei. 57 Ebenso erbost ist Lichtmesz darüber, dass sich die USA in Venezuela eingemischt haben.⁵⁸ Nicht weit her sei es daher mit America First als Revision, stattdessen träten die USA weiterhin imperialistisch auf. Angesichts der Haltung der Trump-Administration zu Israel, die keinen Bruch mit der traditionellen Unterstützung des jüdischen Staates durch die USA darstellt, steht für Lichtmesz die Glaubwürdigkeit des Vorhabens Make America Great Again gänzlich in Frage. Klassisch antisemitisch vermutet Lichtmesz hinter dem Präsidenten eine einflussreiche jüdische Lobby, personifiziert im Mil-

⁵³ Ebd., S. 8.

⁵⁴ Ebd.

Martin Lichtmesz, »Halbzeit für Trump«, in: Sezession, Nr. 89, 2019, S. 24–27, hier: S. 24.

⁵⁶ Ebd., S. 26.

⁵⁷ Ebd., S. 25.

⁵⁸ Ebd., S. 25.

liardär und Trump-Unterstützer Sheldon Adelson, der proisraelischen Organisation AIPAC und seinem Schwiegersohn Jared Kushner.⁵⁹

Insgesamt zeigt sich Lichtmesz über die Präsidentschaft Trumps enttäuscht, nicht zuletzt wegen seiner Haltung zu Israel, und fragt sich, ob dessen MAGA-Rhetorik nicht nur ein »cleveres Geschäftsmodell« war. 60 Offensichtlich hatte sich der neurechte Blogger erhofft, dass seine und die in der Sezession tradierten antiamerikanischen Vorstellungen durch Trumps Präsidentschaft in Erfüllung gingen und das Bündnis zwischen den USA und Israel gelockert würde. Trump stellte dann aber doch nicht den großen Umbruch dar, den Lichtmesz anscheinend in ihm gesehen hatte. Auch unter Trump brauchte die amerikanische Wirtschaft billige Arbeitskräfte, weswegen die Migrationspolitik doch nicht so rigoros ausfiel wie erhofft. Ebenso wenig hielten sich die USA aus Konflikten heraus oder brachen mit Israel. Im letzten Absatz von Lichtmesz' Kommentar wird ex negativo deutlich, was er sich von Trump versprochen hatte, wenn er schreibt: »Vielleicht hat er sich dem Druck der Kompromisse, des Deep State, der ›Sachzwänge‹ oder auch nur der Machtgier und diversen Einflüsterern gefügt.«⁶¹ Trump erwies sich doch nicht als der autoritäre, kompromisslose Mann, der die ›Sümpfe‹ in Washington D.C. trockenlegen würde, den man sich in Schnellroda für die USA und damit letztlich für Deutschland und Europa gewünscht hatte. Wie bei spätestens Lichtmesz spätestens deutlich geworden ist, gehört zum Antiamerikanismus bzw. zur Ablehnung des Liberalismus aus neurechter Perspektive der Antisemitismus immer dazu. Wenn er von der Verschwörung einer proisraelischen Lobby spricht, gegen die Trump nicht angekommen sei, oder vom Deep State, der den Präsidenten bekämpfe, wird dies deutlich. Für Lichtmesz ist auch deswegen der Islam keine Bedrohung. Mehr noch, die Gegnerschaft zum Islam sei geradezu die Annahme einer »Surrogat-Identität« die zu liberalen Allgemeinheiten oder blindem »USA- und Israel-Partisanentum« führe. 62 Aus dieser Warte wird noch einmal deutlich, dass die Begeisterung der Antiamerikaner der Sezession für Trump letztlich eine Selbstenttarnung bezüglich ihres Antisemitismus ist.

Durften die USA bei Weißmann noch als »sanfter Hegemon« auftreten, so lässt sich im Laufe der Jahre eine Art von Radikalisierung in der transnationa-

⁵⁹ Ebd., S. 27.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Martin Lichtmesz, zitiert nach Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 222.

len Positionsfindung konstatieren. Die USA sollen nach Kaiser und Lichtmesz global am besten überhaupt nicht mehr in Erscheinung treten.

Die Unterstützung beziehungsweise die Hoffnung auf Trump und seinen angekündigten Bruch mit der bisherigen Außenpolitik der USA als Exekutor ›antiamerikanischer< Politik ist ein Ausdruck davon. Trump erfüllte in zweifacher Hinsicht die antiliberale Haltung der Neuen Rechten. Zum einen konnte man im neurechten Milieu die Rhetorik des damaligen Präsidenten, die sich in Angriffen auf die demokratischen Institutionen erging und sich damit unverblümt an die antiliberalen Kräfte in den USA wandte, einiges abgewinnen, und zum anderen hoffte man, dass sich durch den angekündigten Rückzug der USA aus dem Weltgeschehen seitens Trump, als man on the inside im Herzen der Macht des absoluten Feindes final der Einfluss der USA im Sinne der ›Amerikanisierung‹ in Deutschland und Europa zurückgehen werde, und der Einfluss der USA seit dem Sieg der Alliierten von 1945 über den Nationalsozialismus, der an zwei Fronten gegen die ›Goldene Internationale‹ des Liberalismus, hinter dem für den NS das Judentum steckte, in Europa rückgängig gemacht werden könnte. Wie sich gezeigt hat, führen die Autoren der Neuen Rechten in der Sezession diesen Kampf fort.

Literatur

- o. A., »Alice Weidel reist mit AfD-Kollegen nach Moskau«, zeit.de, https://www.zeit.de/politik/2021-03/afd-moskau-besuch-russland-alice-weidel-pet er-bystron-robby-schlund (letzter Abruf: 25.08.2022)
- Becker, Frank/Harwardt, Darius/Wala, Michael, »Einleitung«, in: dies. (Hg.), Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945, Bielefeld 2020.
- Brechtken, Magnus, Scharnierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2005.
- Kaiser, Benedikt, »Trump: Alternative für Amerika«, in: Sezession, Nr. 73, 2016, S. 8–11.
- Kubitschek, Götz, »Habermas, Schröder und die Nation«, in: Sezession Nr. 2/2003, S. 52-53.
- Lichtmesz, Martin, »Halbzeit für Trump«, in: Sezession, Nr. 89, 2019, S. 24–27. Mohler, Armin, Was die Deutschen fürchten. Angst vor der Politik, Angst vor der Geschichte, Angst vor der Macht, Stuttgart 1966.

- Posener, Alan, Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007.
- Straub, Eberhard, »Kontinentalblock Eurasien«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 8–13.
- Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.
- Weißmann, Karlheinz. »Delikatesse gegenüber dem Hegemon«, in: *Sezession*, Nr. 2/2003, S. 14–19.
- Weißmann, Karlheinz »Europa in der postamerikanischen Welt«, in: *Sezession*, Nr. 26/2008, S. 20–23.
- Zakaria, Fareed, The Post-American World, New York/London 2008.

Deutsche Schuld und planetarischer GrößenwahnDie Neue Rechte und der Störfaktor Israel

Fahian Weber

Im Mai 2021 beklagte der australische Genozid-Forscher A. Dirk Moses, dass in Deutschland ein von »amerikanischen, britischen und israelischen Eliten ausgehandelter Katechismus« die Erinnerung an den Holocaust bestimme.¹ Von der Akzeptanz eines solchen Katechismus machten jene Eliten »Deutschlands geopolitische Legitimität« abhängig, während durch ein System an aufgezwungenen »Glaubensartikeln« unter anderem Kritik an Israel unterbunden werde. In der nebulösen Rede von »Hohepriestern« klingt zugleich ein zentraler Topos der Neuen Rechten an: Um die NS-Geschichte werde ein regelrechter Kult inszeniert und der Rekurs auf diese als Herrschaftsmittel eingesetzt, um Deutschland seiner Souveränität zu berauben. Es verwundert daher nicht, dass Moses Applaus von Martin Sellner, einem der führenden Köpfe und Taktgeber der Identitären Bewegung, erhielt. Er stimmte Moses' Analyse der »Schuldreligion« eifrig zu, wenngleich er bemängelte, dass es diesem um die Kolonisierten dieser Erde und nicht (nur) um das deutsche Volk gehe.² Wie für Moses, ist Israel auch den Identitären erklärtes Feindbild.³

A. Dirk Moses, »Der Katechismus der Deutschen«, geschichtedergegenwart.ch, 23.05.2021, https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/ (letzter Abruf: 13.06.2021). Zur Kritik an Moses, vgl. u.a. Helmut Walser Smith: »Sieferle von links«: A Fair Criticism?«, The New Fascism Syllabus, 28.05.2021, http://newfascismsyllabus.com/opinions/sieferle-von-links-a-fair-criticism/ (letzter Abruf: 13.06.2021); Ali Tonguç Ertuğrul/Sabri Deniz Martin/Vojin Saša Vukadinović, »Linkspaternalistischer Rassismus«, in: Jungle World, Nr. 28/2021, 15.07.2021.

² Martin Sellner, »Postkoloniale Angriffe auf den ›Auschwitz-Mythos««, sezession.de, 25.05.2021, https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-mythos (letzter Abruf: 13.06.2021).

³ Moses' Ressentiment gegen Israel gilt es zwar erst noch eingehend zu untersuchen und freilich unterscheiden sich die Identitären in ihrer Agitation von Moses, der als

In ihrer Hauspostille Sezession übergießen sie in steter Regelmäßigkeit jene Rechtspopulisten mit Spott, die sich, wie sie ihnen unterstellen, aus taktischen Gründen gerne als Israelfreunde ausgeben.4

Seit einigen Jahren proklamieren diverse rechtspopulistische Parteien Europas Nähe zu Israel - es sind Versuche der Vereinnahmung, wie einige Analysen überzeugend darlegen, um sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus zu immunisieren.⁵ Der dem Stammpersonal von Sezession zugehörige Martin Semlitsch (Pseudonym Martin Lichtmesz) sieht darin einen »Ersatzpatriotismus« und »Surrogat-Nationalismus«, eine falsche, neurotische und vor allem nichtsouveräne Haltung, die mit dem Verweis auf »deutsche Schuld« erzeugt werde. Man solle sich also von der Sehnsucht freimachen, wenigstens einmal moralisch auf der sicheren Seite stehen zu wollen. Ohnehin sei Israel natürlich ein Kolonial- und Verbrecherstaat, an dem es nichts zu verteidigen gebe.⁶

Der Journalist Alan Posener bilanziert über die »merkwürdige Liebe der Rechten zu Israel«, das Land müsse doch »für jeden Identitären ein Albtraum«

Gelände und Islamkritik«, sezession.de, 20.10.2012, https://sezession.de/34371/besetzte s-gelande-und-islamkritik (letzter Abruf: 13.06.2021).

Wissenschaftler und Genozidforscher auftritt. Die Zustimmung, die er findet, ist indes kein Zufall, betreibe Israel, nach Moses, doch »settler colonialism«, dessen innere Logik die »elimination of the native« sei: A. Dirk Moses, »Empire, Resistance, and Security: International Law and the Transformative Occupation of Palestine«, S. 397, in: Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development, Vol. 8, No. 2, 2017, S. 379-409. In einer grundsätzlichen Reflexion der rechten Positionen zu Israel erklärt der Identitäre Martin Lichtmesz den jüdischen Staat ebenfalls zum »Siedler- und Kolonialstaat«, der »sich nur durch Gewalt, Terrorismus, Krieg und ethnische Säuberung konstituieren [konnte]«, Martin Lichtmesz, »Notizen über Israel und seine Parteigänger«, sezession.de, 30.01.2020, https://sezession.de/62071/notizenueber-israel-und-seine-parteigaenger (letzter Abruf: 13.06.2021).

Vgl. Martin Lichtmesz, »Notizen über Israel und seine Parteigänger«.

Vgl. Bodo Kahmann, »The most ardent pro-Israel party«. Pro-Israel attitudes and 5 anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe«, in: Patterns of Prejudice, Vol. 51, No. 5, 2017, S. 396-411; Marc Grimm, »Pro-Israelism and Antisemitism within Germany's Populist Radical Right AfD«, in: European Journal of Current Legal Issues, Vol. 25, No. 1, 2019, http://webjcli.org/article/view/658/883 (letzter Abruf: 14.06.2021); Yves Patrick Pallade, »Proisraelismus und Philosemitismus in rechtspopulistischen und rechtsextremen europäischen Parteien der Gegenwart«, in: Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hg.), Geliebter Feind – gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, S. 409–436. Vgl. Martin Lichtmesz, »Notizen über Israel und seine Parteigänger«; ders., »Besetztes

sein.⁷ Posener nimmt an, Neurechte und Rechtspopulisten stellten sich Israel als ethnisch homogenen Staat vor, der zudem eine in ihren Augen wünschenswerte rigorose Anti-Flüchtlingspolitik durchsetze. In der Tat: Die Identitären haben ein Problem mit Israel, nur ist damit nicht das rechte Lager in seiner Gänze zutreffend charakterisiert.⁸ Vereinnahmungen von und Projektionen auf Israel haben in der Neuen Rechten zudem eine lange Tradition, sind geschichtlich so wenig einheitlich wie dies in der Gegenwart der Fall ist. Im Folgenden sollen Wahrnehmungen Israels in der Neuen Rechten seit den 1970er-Jahren nachvollzogen werden, auch um etwaige Rückschlüsse über ihre Wirkkraft bis in die Gegenwart hinein zu ermöglichen.

Criticón: Plattform des kämpferischen Konservatismus

Untersucht werden in erster Linie Autoren, die für die von Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009) herausgegebene Zeitschrift *Criticón* (1970–2005) tätig waren. *Criticón* trieb die Rekonstruktion und Neuformierung eines »kämpferischen Konservatismus« voran, um sich gegen die als übermächtig wahrgenommene Neue Linke zu behaupten. Die Zeitschrift förderte den »Austausch zwischen verschiedensten, dezidiert nicht-linken Politikansätzen«⁹, um eine konservative Deutungsmacht zurückzuerobern. Sie wurde zum publizistischen Sammlungsorgan für eine intellektuelle Rechte vom demokratisch-konservativen bis zum rechtsextremen Lager. *Criticón* war über Jahrzehnte hinweg eine der zentralen Diskussionsplattformen der

⁷ Alan Posener, »Die merkwürdige Liebe der Rechten zu Israel«, in: Martin Jander/Anetta Kahane (Hg.), Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2020, S. 149–153, hier: S. 153.

⁸ Auch der Antisemitismusforscher Samuel Salzborn weist in seinen Überlegungen zu »Antisemitismus in der >Alternative für Deutschland« darauf hin, dass die angeblich pro-israelische Haltung der Partei weitgehend ein Mythos ist, vgl. Samuel Salzborn, Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen, Baden-Baden 2019, S. 197–216.

⁹ Sebastian Dittrich, »Zeitschriftenporträt: Criticón«, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Nr. 19/2007, S. 263–287, hier: S. 263. Zur Charakteristik der Zeitschrift vgl. außerdem Anton Maegerle, »Criticón: Die Junge Freiheit im Zeitschriftenformat. Ein rechtsintellektuelles Strategieorgan«, in: Helmut Kellershohn (Hg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 117–131.

Neuen Rechten in Deutschland, die durch ihre breite politische Ausdifferenziertheit die Grenzen zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus verwischte. Thematische Schwerpunkte waren die Kritik der Linken, aber auch des konservativen Establishments, das ohne theoretische Fundierung der Bedrohung des Kommunismus als auch der Dekadenz des westlichen Liberalismus zu erliegen drohte. Vor allem für die »nationale Identität« und »Vergangenheitsbewältigung« lieferte die in *Criticón* geschmiedete Allianz rechtsoppositioneller Kräfte wichtige Stichworte, geschichtsrevisionistische Ansätze inbegriffen. In diesen Themenfeldern wurden auch Bezüge zu Israel hergestellt, wenngleich Israel sicher nicht zu den Kernthemen von *Criticón* zählte.

Anders als dezidiert Rechtsextreme pflegte das Blatt keine kategorische Israelfeindschaft, was mit seinem Charakter als »Brückenmedium« zusammenhing, in dem verschiedene Argumentationslinien ausgelegt wurden, ohne sich verbindlich auf eine einzige festzulegen. Bis in die 1960er-Jahre hinein war die extreme Rechte das einzige relevante politische Lager in der Bundesrepublik, das systematisch gegen Israel agitierte und einen auf Israel bezogenen Antisemitismus entfaltete. Sowohl im ideologisch-weltanschaulichen Leitmedium Nation Europa (1951–2009), der Deutschen National-Zeitung (1950–2019) als auch bei der 1964 gegründeten NPD waren die Vermengung antisemitischer Stereotype, Delegitimierung Israels und Apologien nationalsozialistischer Verbrechen Legion. Dieses Alleinstellungsmerkmal verlor die extreme Rechte nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967, als sich in der Neuen Linken ebenfalls ein antisemitisch aufgeladener Antizionismus zu artikulieren

¹⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, »Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren«, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160–182, hier: S. 163 und S. 170. Ob die Neue Rechte damit eine intellektuelle Variante des Rechtsextremismus oder eine eigenständige Fraktion im rechten Lager darstellt, ist in der Forschung umstritten, vgl. Richard Stöss, »Die ›Neue Rechte« in der Bundesrepublik«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Internetangebot »Rechtsextremismus – Grauzonen«, 07.07.2016, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/229981/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik (letzter Abruf: 13.06.2021).

¹¹ Vgl. Gideon Botsch/Christoph Kopke, »Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten«, in: Olaf Glöckner/Julius H. Schoeps (Hg.), Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim 2016, S. 285–313; zur National-Zeitung vgl. Hannah Vogt, Rechtsradikale Propaganda in der Bundesrepublik. Themen und Chancen, Stuttgart 1979.

begann. Das legt die Vermutung nahe, dass sich die programmatische Abgrenzung der *Criticón*-Rechten von der 68er-Linken auch darin kundtat, dem linken Antizionismus eine Position der Israelsolidarität entgegenzustellen, ähnlich wie es im konservativen Establishment der Bundesrepublik geschah. *Criticón* steuerte allerdings eine selbstständige Positionierung und Verortung des Konservatismus an. Um eine direkte Parteinahme für oder gegen Israel war man jedenfalls nicht bestrebt. In den 1970er- und 80er-Jahren fand weder eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Israel noch überhaupt eine nennenswerte Beschäftigung mit Juden und Judentum statt. Eine Bemerkung von Alexander Gauland – seit den 1980er-Jahren regelmäßiger Autor in *Criticón* – von 1986 veranschaulicht die ostentative Nicht-Positionierung des Magazins in den ersten beiden Erscheinungsdekaden:

»Arthur James Balfour lebt in den Geschichtsbüchern heute nur noch als Urheber der Balfour-Declaration von 1917, die den Grundstein für einen jüdischen Staat in Palästina legte. Und je nachdem, ob man Israel als Heil oder Unheil betrachtet. fällt auch das Urteil über Balfour aus.«¹²

Gauland dachte selbstverständlich nicht daran, sich eines Urteils vollends zu enthalten. Sein Autorenportrait stellte den *Criticón*-Lesern Balfour als Idol in einer ganzen Reihe britischer Konservativer vor. Dabei betonte er allerdings, dass die Deklaration infolge eines Kabinettsbeschlusses erfolgt war, den Außenminister Balfour unterschrieben hatte. Dass die Namensgebung der für die Geschichte des Jischuvs sowie des gesamten Nahen Ostens so bedeutsamen Erklärung also »fast zufällig«¹³ sei, war jedoch nicht mehr als eine mutwillige Behauptung. Nahezu jede historische Darstellung weist auf Balfours seit 1906 bestehende Freundschaft mit dem britischen Zionistenführer Chaim Weizmann (1874–1952) hin. ¹⁴ Ob Gauland selbst den jüdischen Staat in Palästina als »Heil oder Unheil« betrachtete, wird 1986 also zumindest angedeutet, indem er die Beziehung Balfours zum jüdischen Nationalheim kappte. Erst einige Jahre später, 2001, exponierte er seine Position, als er anlässlich des amerikanischen *War on Terror* gegen die anmaßende Führungsrolle der USA im Nahen Osten zu Felde zog. Dann nicht mehr in *Criticón*, sondern in der *Welt* be-

¹² Alexander Gauland, »Autorenportrait Arthur James Balfour (1848–1930)«, in: Criticón, Nr. 97, 1986, S. 201–203.

¹³ Fhd

¹⁴ Vgl. Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1972, S. 206–208.

zeichnete Gauland den Staat Israel als von den Amerikanern in die Region implantierten »Fremdkörper«, der das »Lebensrecht« der Araber »einschnürt«. 15 Um nicht zu sehr vorzugreifen, sei an dieser Stelle lediglich darauf verwiesen, dass Gauland mit seiner Position keineswegs alleine unter Neurechten war; Criticón hatte sich zu diesem Zeitpunkt aber unter neuer Herausgeberschaft in ein nationallibertäres Organ mit proamerikanischer und proisraelischer Ausrichtung verwandelt.

Während also manche *Criticón*-Autoren gerne Nadelstiche gegen Israel setzten, sprachen sich andere entschieden für Israel aus. Es sind vor allem die Beiträge der jüdischen Bestsellerautorin Salcia Landmann (1911–2002), über die in den ersten Jahren des Bestehens eine Annäherung an Judentum und Israel stattfand, wenngleich sich daraus gewiss keine generelle politische Positionierung der Zeitschrift ableiten lässt. Als zum Ende der 1970er-Jahre Revisionismus zu einem Kernthema der Zeitschrift wurde, klang dabei mit steter Regelmäßigkeit an, dass deutsche und jüdische bzw. israelische Interessen in der Kernfrage »Vergangenheitsbewältigung« über Kreuz lagen, ohne dabei jedoch offene Feindschaft zu verraten.

Zionismus und die Rekonstruktion des Konservatismus

Zunächst zu den Beiträgen Salcia Landmanns, die seit den frühen 1970er-Jahren in *Criticón* gedruckt wurden. Landmann stammte aus Żółkiew, Ostgalizien, das in ihren Kindheitsjahren noch zur Habsburger Donaumonarchie gehörte. 1918, als mit der Entstehung der Zweiten Polnischen Republik zahlreiche antijüdische Pogrome einhergingen, folgte sie mit ihren Großeltern den bereits vor Kriegsbeginn in die Schweiz übergesiedelten Eltern. 1960 landete Landmann mit *Der jüdische Witz* einen Millionenerfolg, dem weitere populäre Veröffentlichungen zur jüdischen Kultur und Geschichte folgen sollten. Sie war mit dem Philosophen Michael Landmann (1913–1984) verheiratet, der 1971 eine scharfe Kritik am vor allem als Antizionismus in Erscheinung tretenden Antisemitismus der Neuen Linken formulierte. ¹⁶ Hatte ihr Mann die Linke zunächst noch

¹⁵ Alexander Gauland, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: Die WELT, 20.09.2001.

Michael Landmann, Das Israelpseudos der Pseudolinken, Berlin 1971. Das Buch wurde in Criticón besprochen. Dabei gefiel dem Rezensenten vor allem die polemische Einlassung gegen die verwöhnte Generation linker Studenten, die aufgrund der Abgeschirmtheit durch die NATO keinen Kriegszustand mehr kenne und »den Ernst einer Situation, bei der es um Leben oder Tod geht, aus eigenem Erleben nicht mehr kennt

als Dialogpartner betrachtet, die sich für Kritik empfänglich zeigen könne, bezeugen zahlreiche Artikel von Salcia Landmann tiefe Abneigung gegen diese. Von linker Seite war sie unter anderem für ihr 1967 erschienenes Buch Die Juden als Rasse scharf angegriffen worden. Darin suchte sie zwar die Abgrenzung zu den »Rassenfanatiker[n] der Nazizeit«, beharrte aber auf der Bedeutung von »rassischen Faktoren für die historische und kulturelle Entwicklung« von Völkern und darauf, »dass die biologische Besonderheit des Menschen bis in seine letzte geistige Äußerung hinein spürbar bleibt«. ¹⁷ Sie sah ihre politische Heimat im neuen Konservatismus. Als »Antimarxistin und Zionistin« kämen für sie »linke und linksliberale Medien« für die Mitarbeit nicht in Frage, wie sie in der Jungen Freiheit 1996 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Zeitung erklärte. 18 Landmann verteidigte in zahlreichen Criticón-Beiträgen den Staat und die Verteidigungspolitik Israels und informierte die Leserschaft über die Entstehung und die Geschichte des Zionismus. 19 Landmann griff in den meisten ihrer Texte jüdische Themen auf, um diese mit einer Kritik der Linken zu verknüpfen. So polemisierte sie gegen die radikale Studentenbewegung, die sie als Wiederkehr eines wesentlich von der Philosophie Herbert Marcuses inspirierten »jüdischen Sexualmessianismus«20 wertete, die der kritiklose Glaube an Marx'sche Zauberformeln und utopische Befreiungs- und Sexualphantasien auszeichne. Die Haltung der studentischen Jungintellektuellen zur »Judenfrage« war in ihren Augen der »Test für die intellektuelle und moralische Reife einer Bewegung«. Für Landmann war, wie deren Nazi-Vätergeneration, auch die junge Linke nicht frei von antisemitischen Wahnbildern. Sie prangerte an, wie schon ihr Mann zuvor, dass diese zwar den traditionellen Antisemitismus ablehne, sich dafür aber umso eifriger dem Antizionismus hingebe und »offen die Ausrottung der Juden Israels« fordere. 21 Israel würde trotz seines

und ihn daher auch bei andern nicht ermessen kann.« o. A., »Michael Landmann, Das Israelpseudos der Pseudolinken [Rezension]«, in: Criticón, Nr. 7, 1971, S. 138.

¹⁷ Salcia Landmann, Die Juden als Rasse, Olten 1967, S. 25.

¹⁸ Salcia Landmann, »Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Christen und Juden«, in: Junge Freiheit, Nr. 25/1996, S. 14.

¹⁹ Vgl. Salcia Landmann, »Die Geschichte des Zionismus. Walter Laqueur: Der Weg zum Staat Israel [Rezension]«, in: *Criticón*, Nr. 32, 1975, S. 279–280.

²⁰ Salcia Landmann, »Herbert Marcuse und der jüdische Sexual-Messianismus des 17. Jahrhunderts«, in: *Criticón*, Nr. 16, 1973, S. 78–80.

²¹ Salcia Landmann, »Der geborgte Heiligenschein. Bemerkungen zum Intellektuellenkult«, S. 173, in: *Criticón*, Nr. 12, 1972, S. 172–174.

sozialistischen Einschlags »als imperialistisch, kapitalistisch, aggressiv verurteilt«. Umgekehrt sei es dieser bigotten Linken kein Anlass zur Kritik, wenn in arabischen Ländern autoritäre Regime ihre eigene Bevölkerung unterdrückten. Landmanns Ablehnung der Linken wurde mitunter ziemlich rabiat, spekulativ und griff bisweilen auch selbst antisemitische Motive auf.²²

Landmann suchte den Zionismus als Ausdruck der »konservativen Grundtendenz in der jüdischen Geschichte«²³ in das von Schrenck-Notzing und anderen neurechten Sinnproduzenten wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner (1939–2011) verfolgte Projekt einer »Rekonstruktion des Konservatismus« zu implementieren.²⁴ Die Entstehung des Zionismus rühre aus einem dem Judentum instinktiven Traditionalismus her, ihre »Urheimat« übe auf die Juden unverbrüchliche Anziehungskraft aus. Patriotismus, Landverbundenheit und der Wille, sich zu erhalten, notfalls gegen den (Vernichtungs-)Willen einer feindseligen Umgebung, erklärte Landmann zum Fazit und zur Essenz jüdischer Geschichte:

»Für ein Volk, das zur Ruhe kommen will, ist das Land Israel auch heute, genau wie vor Jahrtausenden, denkbar ungeeignet. Zur Gefährdung durch die arabische Umwelt kommt eine politische Einstellung fast aller Mächte auch des Abendlandes hinzu, die auf die Vernichtung der zwei Millionen Israelis genauso ungerührt abzielt wie seinerzeit die Hitlerregierung auf die Ausrottung aller Juden Europas. Dennoch strömen immer weitere Zehntausende

²² Befremdlich lesen sich etwa ihre Ausführungen zur Soziallehre des »Juden Marx«. Unter den nomadischen Hebräern der Antike finde sich, so Landmann, ein sozialer Ur-Kommunismus, den Marx, »blind für die Tatsache, daß er der Mentalität der Seßhaften nicht gerecht wird und daher notwendigerweise statt Verbesserung nur katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aller Klassen« nach sich ziehe, der Menschheit als Erlösung gepredigt habe; Salcia Landmann, »Eher konservativ denn revolutionär. Marginalien zur jüdischen Geschichte«, S. 63, in: Criticón, Nr. 10, 1972, S. 62–67. Die Überlegungen, die Landmann zu Marx' »beduinische[m] Kommunismus« (oder: »Wüstenkommunismus«) anstellte, muten eher nach Dietrich Eckarts antisemitischer Sophisterei Der Sozialismus von Moses bis Lenin (1922) an, als dass sie den Zusammenhang von jüdischem und revolutionärem Denken seriös untersuchten.

²³ Salcia Landmann, »Eher konservativ denn revolutionär«, S. 62.

Es handelte sich hier um einen Vorabdruck in Criticón von Landmanns Beitrag für den von Kaltenbrunner herausgegebenen Band Rekonstruktion des Konservatismus (1972), ein Buch, das direkt auf die 68er-Bewegung reagierte und sich als Gegenentwurf verstand. Landmann und Kaltenbrunner waren beide Gründungsmitglieder des PEN-Clubs Liechtenstein.

junger Juden nach Israel, um dort zu leben, wenn es sein muß, für das Land zu sterben.«²⁵

In den Augen Landmanns verwirklichte sich im Konservatismus so etwas wie instinktgebundene Lebensart. Im jüdischen Fall entsprach Konservatismus Zionismus. Linke Utopien seien dagegen zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht der den Völkern eigenen Kultur entsprachen. Innerhalb von Criticón fügten sich Landmanns Beiträge in Ansätze ein, nach denen ebenfalls Kulturen als abgeschlossene Gebilde begriffen waren, denen jeweils bestimmte Lebensweisen eigneten und die deswegen untereinander schwer vergleichbar seien. So wurde ein von Carl Schmitt inspiriertes »Pluriversum« abgeschlossener politischer Kulturen gegen den westlichen Universalismus positioniert. In Criticón entwickelte Konzepte funktionierten dabei keineswegs als vollendete Weltanschauungen, sondern reagierten situativ. 26 So konnte der von Landmann entwickelte konservative Zionismus gegen die Linke in Stellung gebracht werden, ohne dass die darin angelegte Konsequenz entfaltet wurde. Eines der tragenden Argumente war dabei ein sich als Antizionismus verkleidender linker Antisemitismus. Eine entsprechende Kritik von Judenfeindschaft bei Rechten vermisst man dagegen.

Die Möglichkeit einer Implementierung des Zionismus in das Projekt des kämpferischen Konservatismus erwog nicht bloß Landmann. Auch Hans-Dietrich Sander (1928–2017), stets am rechten Rand der *Criticón*-Autorenschaft beheimatet, griff die Idee auf.²⁷ Sander berichtete im Juni 1977 voller Euphorie über den Rechtsruck in Israel, der in seinen Augen »von weltgeschichtlicher Bedeutung«²⁸ war. Im Mai war der revisionistische Zionist Menachem Begin (1913–1992) ins Amt des Premierministers gewählt worden. Im Kampf gegen Bolschewismus und Liberalismus, der sich für Sander als verbindender Kampf

²⁵ Salcia Landmann, »Eher konservativ denn revolutionär«, S. 67.

²⁶ Vgl. Daniel-Pascal Zorn, »Ethnopluralismus als strategische Option«, in: Jennifer Schellhöh/Jo Reichertz/Volker M. Heins/Armin Flender (Hg.), Großerzählungen der Rechten. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld 2018, S. 21–33, hier: S. 28f.

²⁷ Sander war 1969 bei Hans-Joachim Schoeps mit einer Arbeit über Walter Benjamin und Carl Schmitt promoviert worden. Er pflegte enge Kontakte zu Schmitt, aber auch zum Berliner Judaisten Jacob Taubes, der wie Schoeps j\u00fcdischer Remigrant und zugleich Gegner der Neuen Linken war. Sander sollte sich sp\u00e4ter mit den rechtsextremen Staatsbriefen von Critic\u00e4n distanzieren.

²⁸ Hans-Dietrich Sander, »Großer Mittag in Israel«, in: Criticón, Nr. 41, 1977, S. 164.

der Rechten aller Länder darstellte, schien plötzlich Unterstützung von unverhoffter Seite am Horizont auf. Es erfüllte Sander mit tiefer Genugtuung, dass nun Protagonisten des rechten Flügels des Zionismus wie Begin, Ariel Sharon, Yigael Yadin und Moshe Dayan das bis dato um die Arbeiterpartei organisierte israelische Establishment attackierten. Begins jahrzehntelanger Kampf, erst gegen die britische Kolonialmacht, schließlich gegen die sozialistische Mehrheitsströmung im Zionismus imponierte Sander (so wie Begins Motto »Ich kämpfe, also bin ich«). ²⁹ Den Kampfflieger Ezer Weizmann, der zunächst als Wahlkampfleiter Begins und ab 1977 als Verteidigungsminister agierte, nannte Sander – »wertfrei gesprochen«, aber voll offenkundiger Bewunderung – »eine Mischung aus Hermann Göring und Saint-Exupéry« (der Autor des Kleinen Prinzen war selbst Pilot und Kriegsflieger). In Sanders Vision einer konservativen Internationalen vermengten sich politische Strategie und antisemitische Ideologie miteinander.

Zunächst sei das »traditionelle Bündnis des Judentums mit dem Linksliberalismus in Frage gestellt«, was immerhin den Vorteil habe, dass in »Willy Brandts Internationale« nun keine israelische Regierung mehr vertreten war. Wesentlich bemerkenswerter als die Tatsache, dass bei Sander die Mär vom »jüdischen Bolschewismus« anklang, war der Schluss, den er daraus zog: Es seien nun Neuansätze möglich, die nicht zuletzt dem Judentum zugutekämen. Der Linksliberalismus sei eine destruktive politische Bewegung und habe dem Judentum selbst großen Schaden zugefügt, von dem es sich fortan erholen könne. Auch in späteren, nahezu offen antisemitischen Veröffentlichungen sollte sich Sander nicht scheuen, das angebliche Wohl der Juden als Unterlage seiner Argumentation anzuführen. Der politische Richtungswechsel in Israel verleite darüber hinaus zur Hoffnung, das israelische Beispiel möge sich als »Initialzündung« auf die ganze westliche Welt so auswirken, dass das zerfallende parlamentarische System auch in den anderen westlichen Ländern von der Herrschaft starker Männer abgelöst werde, die den Anforderungen der Zeit gewachsen waren. Der dritte Aspekt folgerte aus den ersten beiden: Israel habe sich – auch hier sah Sander den Judenstaat als Vorbild für andere - dem »imperialen Marasmus« der USA entzogen. Die USA hätten eine internationale Vorherrschaft etabliert, die sich auf die linksliberale Ideologie

²⁹ Auch Armin Mohler hatte für Begin eine gewisse Bewunderung übrig, vgl. Armin Mohler, »Mutprobe zwischen den Stühlen. Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen (1988) [Rezension]«, S. 150, in: Criticón, Nr. 107, 1988, S. 148–150.

und schwache Landesregierungen stütze. Auch die anderen Länder müssten lernen, sich aus der »lebensgefährliche[n] Ostpolitik« der USA herauszulösen.

Sanders Bericht war einer der wenigen *Criticón*-Texte, in denen explizit zu Israel Stellung genommen wurde, mithin gar die Möglichkeit einer deutschisraelischen Partnerschaft unter Konservativen aufschien. Die Hoffnung, die Sander zu diesem Zeitpunkt in Israel setzte, auf den Konservatismus im internationalen Maßstab auszustrahlen, sollte sich nicht erfüllen. Grundlegend war hierfür die Annahme, ein rechtes Israel könne von den sozialistischen und liberal-westlichen Kräften der schleichenden Zersetzung ausgenommen werden, die Sander als Bedrohungsszenario imaginierte. Träger des globalen Zerfalls, den Sander heraufziehen sah, waren damit ausschließlich die USA, deren Joch die Völker, einschließlich des jüdischen, abzuschütteln hätten. Sanders Hoffnung war jedoch nicht von langer Dauer und schlug in böse Verbitterung um.

Sander veröffentlichte 1988 mit Die Auflösung aller Dinge ein massiv antisemitisches Werk, das den »destruktive[n] Zusammenhang von Judentum und Moderne« aufzudecken vorgab. 30 Das Buch war eine metaphysisch aufgeladene Thesen-Sammlung zum Antisemitismus mit revisionistischer Stoßrichtung. Juden und Deutsche erschienen als wesensfremde, einander abstoßende Kräfte, deren Zusammenleben die »Judenfrage« erzeuge. Das Grundübel der Zeit sei der Antisemitismus-Vorwurf, der die Deutschen auf ewig stigmatisiere. Auch der Zionismus war in die antisemitische Geschichtsund Weltdeutung Sanders eingebettet: als scheiternder Versuch des Judentums, sich einen »staatlichen Raum« zu konstituieren. Die Juden seien ganz und gar unfähig, einen Staat zu errichten und als Gemeinwesen zu erhalten, da sie als Nomaden- und Parasitenvolk von den Erfolgen anderer zehrten. Darüber hinaus hätten die Zionisten als raumfremde Eindringlinge Unrecht an den Bewohnern Palästinas begangen. 31 Sanders vormalige Differenzierung zwischen der israelischen Rechten und Linken war inzwischen nicht mehr relevant und war von einem wahnhaften Antisemitismus verschlungen worden. In Sanders 1990 ins Leben gerufenen Staatsbriefen kam neben zahlreichen Criticón-Autoren auch Salcia Landmann erneut zu Wort. Auch die Staatsbriefe waren eine Sammelplattform, allerdings primär für verschiedene Formen des Rechtsextremismus. Die Zeitschrift verlor schon nach wenigen Ausgaben jeden Bezug zur Realität und verfiel einer katastrophisch-apokalyptischen

³⁰ Hans-Dietrich Sander, Die Auflösung aller Dinge, Castel del Monte 1988, S. 8.

³¹ Vgl. ebd., S. 169f. Der Grundgedanke findet sich bereits bei Adolf Wahrmund, Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Judenherrschaft, Karlsruhe/Leipzig 1887.

Weltsicht, in der im Kampf mit den Feinden Deutschlands allein die Optionen »Sieg oder Untergang« zur Debatte standen.³² Landmann versuchte gegen den von Sander und anderen vom ersten Heft an ausgebreiteten Antisemitismus zu intervenieren, schied aber bald aus der Autorenschaft.³³

Aber auch in *Criticón* blieben die sich zu Israel bekennenden Texte Salcia Landmanns, spätestens zum Ende der 70er-Jahre, nicht unangefochten. 1979 schloss sich an eine Rezension Landmanns, in der sie ein Buch über den Nahostkonflikt mit pro-israelischer Ausrichtung vorgestellt hatte,³⁴ eine weitere Buchbesprechung an. Darin besprach Karl Jering (1914–1990), ein Aktivist aus dem sudetendeutschen Vertriebenenkontext, eine Publikation des aus der Sowjetunion nach Israel emigrierten Schriftstellers Ephraim Sevela (1928–2010), die, um die ganze Tragweite der Problematik Israels zu begreifen, enthusiastischen Reiseberichten über das Land zur Seite zu stellen sei. Neben der in Israel

³² Vgl. Rainer Erb, »Staatsbriefe (1990–2001)«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 6: Publikationen, Berlin 2013, S. 664–667.

Die Korrespondenz Sander/Landmann zeigt, dass Sander mehr als nur ein Coup ge-33 lungen war, mit Salcia Landmann eine prominente Jüdin für ein rechtsextremes Zeitschriftenprojekt zu gewinnen. Die Staatsbriefe wurden Landmann zu einem regelrechten Herzensprojekt. Das Verhältnis begann zu leiden, nachdem Texte von ihr unter Vorwänden und Vertröstungen nicht abgedruckt oder gekürzt wurden. Erst als mit Reinhold Oberlercher und in Folge auch durch Sander selbst ein sich nicht zuletzt an Israel festsetzender Antisemitismus Einzug erhielt, schied Landmann aus dem Projekt aus, nachdem sie zunächst noch versucht hatte, argumentativ dagegen zu intervenieren, vgl. Salcia Landmann, »Fundamentalismus und Zionismus«, in: Staatsbriefe, Nr. 2, 1990, S. 37. Sander verstieg sich zusehends in Holocaustrelativierungen oder gar -leugnungen, was Landmann schließlich mit kaustischen Briefen quittierte. Sie hatte jedoch zu spät den Antisemitismus Sanders als solchen erkannt und war zunächst sogar bereit gewesen, sein antisemitisches Werk Die Auflösung aller Dinge »aus jüdischer Sicht« zu besprechen, um damit Sander Gelegenheit zu bieten, einen intellektuellen Disput zu inszenieren, um seine These, die Juden trügen maßgebliche Schuld an ihrer Verfolgung, salonfähig zu machen. Vgl. Salcia Landmann, »Die Auflösung aller Dinge aus jüdischer Sicht«, in: Staatsbriefe, Nr. 3, 1990, S. 32–36. Der Autor hat die Korrespondenz im Nachlass Salcia Landmanns eingesehen, der sich in der Kantonsbibliothek Vadiana St. Gallen befindet, NL 53 (Landmann), A: 1:61 und A:2:34.

Salcia Landmann, »Israel und die Palästinenser. W. Roxan, Zionismus, Israel und die Palästinenser (1978) [Rezension]«, in: Criticón, Nr. 52, 1979, S. 96. Hinter dem Pseudonym W. Roxan stand als Autor der 1909 in Czernowitz geborene Holocaustüberlebende Wolf Rosenstock.

vollbrachten Aufbauarbeit dürfe die Enttäuschung vieler dorthin Immigrierter nicht ausgeblendet werden. Jering gab äußerst lustvoll Sevelas Eindrücke wieder, nach denen der Judenstaat als ein regelrechtes Fiasko erschien, Chaos und Korruption regierten in einem zerrissenen und letztlich unbewohnbaren Land:

»Unehrlichkeit, Barbarei auf den Straßen, so daß dieses Land mit einem nicht übermäßigen Verkehr die höchste Unfallrate der Erde hat, falsche Rechnungen in den Gasthäusern, betrügerische Machenschaften der Impresarii, Korruption und Diebstahl, gleichgültige Ärzte, eine faule Bürokratie, riesige Defizite, die bedenkenlos durch Spendengelder gestopft werden, Unterschleif in einem Ausmaß, das selbst einen großen Staat zugrunde richten würde, barbarische Respektlosigkeit, die den Triumph der Unverschämten und Gewalttätigen garantiert. Selbst von der gerühmten Armee, zu der er dreimal einberufen wurde, hält er nicht viel, auch hier herrsche Gleichgültigkeit und Fahrlässigkeit, Rassenhaß zwischen den schwarzen Sephardim, die bereits drei Viertel der Rekruten stellen und den weißen Offizieren und Spezialisten, Hoffart und Beziehungen.«35

Jering beschrieb das jüdische Staatsprojekt als unproduktives und nicht lebensfähiges Gebilde, seine Bewohner als faul, korrupt und zum Wehrdienst untauglich; die Juden seien unfähig, einen Staat zu errichten und als Gemeinwesen zu verwalten. Bereits die Arsenale des völkisch-nationalsozialistischen Antizionismus der 1920er- bis 40er-Jahre waren mit diesen Stereotypen bestückt. ³⁶ Es darf bezweifelt werden, dass konservative Leser dieser Buchbesprechung das sich vom Rest der Darstellung abhebende und vorgeblich mit Israel sympathisierende Urteil zum Schluss teilten, nachdem Jering so ausschweifend und mit merklich antisemitischem Einschlag derlei chaotische Zustände geschildert hatte: »[D]ie Welt wäre um das begabteste ihrer Völker ärmer, wenn es keine Juden gäbe. «³⁷

Jering stellte aber noch einen weiteren Bezug her. Ohne direkten Zusammenhang zu Sevelas Buch griff er die antisemitischen Schau-Prozesse in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf. Stalin habe sich vieler

³⁵ Karl Jering, »Eine Israel-Kritik. Ephraim Sevela, Farewell, Israel! (1977) [Rezension]«, S. 98, in: Criticón, Nr. 52, 1979, S. 96–99.

³⁶ Vgl. Fabian Weber, Projektionen auf den Zionismus. Nichtjüdische Wahrnehmungen des Zionismus im Deutschen Reich 1897–1933, Göttingen 2020, S. 210–240.

³⁷ Karl Jering, »Eine Israel-Kritik«, S. 99.

einflussreicher Juden entledigt, nachdem er sich zuvor der jüdischen Gemeinden »als der fünften Kolonne bedient [habe], um die Völker seinem Regime gleichzuschalten.« Damit bediente der Autor allerdings vor allem die Legende vom »jüdischen Bolschewismus«, scheinbar kritisch und antiantisemitisch aufgearbeitet, indem er die Ermordung der jüdischen Parteikader als judenfeindlich motiviert benannte. Damit verfolgte er aber eine revisionistische Absicht. Denn es sei kaum bekannt, dass der antisemitische Vernichtungsfeldzug der Deutschen von den Kommunisten »konsequent fortgeführt wurde«, Täter und sogar Meister des europäischen Judenmordes seien also russische Kommunisten, nicht Deutsche. ³⁸ Das sollte in der Tat den Nolte-Thesen und dem Historikerstreit 1985 vorgreifen. In *Criticón* war spätestens 1979 ein polemischer Geschichtsrevisionismus gang und gäbe. Wenn dabei die Rolle einzelner Juden hervorgehoben oder antisemitische Bilder beiläufig eingestreut wurden, durfte eine Leserschaft vorausgesetzt werden, die diese einzurordnen verstand.

Revisionismus und Israel

Einspruch gegen die Vergangenheitsbewältigung war eines der Kernanliegen von *Criticón*. Herausgeber Schrenck-Notzing polemisierte seit Mitte der 60er-Jahre über die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen wissenschaftliche und juristische Aufarbeitung als unkritische Verinnerlichung einer von der amerikanischen Besatzungsmacht verordneten »Charakterwäsche« und der durch die alliierte »Umerziehung« propagierten Werte.³⁹ Man habe die Deutschen zu einem »völlig durchneurotisierten Volk« gemacht, wie einer seiner wichtigsten Stammautoren Armin Mohler urteilte, vor allem um diese als Herrschaftsobjekt gefügig zu machen und jede konservative Opposition auszuschalten.⁴⁰ Den »Nasenring« der Vergangenheitsbewältigung versuchte Mohler mit dem Werkzeug Revisionismus zu

³⁸ Ebd., S. 98.

³⁹ Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965. Dazu Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001, S. 41f.

⁴⁰ Zitiert nach Sebastian Dittrich, »Zeitschriftenporträt: Criticón«, S. 270.

durchtrennen. Immerfort war er bestrebt, Deutsche ebenfalls zu Opfern alliierter Gewalt zu stilisieren und umgekehrt Amerikanern, Russen und Juden Täter-Vorwürfe anzuhängen. Anlässlich der Erstausstrahlung der amerikanischen TV-Serie *Holocaust* 1979, die er als einzigen Antisemitismus-Vorwurf an die Deutschen auslegte, erklärte Mohler: Es sei »Busineß« [sic!] und Herrschaftsmittel der Juden, andere Völker des Antisemitismus zu bezichtigen. Es sei vor allem kein Zufall, dass eine filmische Aufbereitung der Nazi-Zeit gerade zu diesem Zeitpunkt zum Einsatz komme, da »die jüdischen Minderheiten heute weltweit mit dem Rücken an der Wand stehen, auch in den USA – daran sind der >Antisemitismus (oder besser: Antizionismus) der kommunistischen Welt und die Öl-Trumpfkarte der Araber (ebenfalls Semiten) gleichzeitig schuld. «⁴¹

Es ging Mohler um die Demontage scheinbarer Antisemitismus-Vorwürfe, nicht direkt um Israel. Israel erscheint lediglich als eine von vielen »jüdischen Minderheiten«, der Judenstaat als eine solche im arabischen Raum, die wie seine Entsprechungen in den USA und Deutschland gezielt Antisemitismus-Vorwürfe in die Welt streue, um seine Macht moralisch abzusichern. Für Mohler waren diese durchweg unangebracht: gegen die Deutschen, wegen des »so mannigfach auch an Deutschen begangenen Holocaust«, der bis heute in der Aufarbeitung der Geschichte ignoriert werde. Wie hinter den jüdischen Opfern von Auschwitz ein Julius Streicher stehe, stehe ein Ilja Ehrenburg »hinter dem deutschen Mädchen, das von fünfzehn Rotarmisten vergewaltigt, dann abgestochen und in die Jauchegrube versenkt wird«42; gegen die Sowjetunion, dessen Antizionismus so wenig antisemitisch sei, wie er es im arabischen Raum sein könne, seien die Araber doch selbst Semiten. Unterstellte Antisemitismus-Vorwürfe erschienen so als Art »Selbsterhaltungsakt« der Juden, um angesichts ihrer bedrohten Vorherrschaft - in Europa, dem Nahen Osten, allerorts – weiterhin moralische Trümpfe in der Hand zu behalten.

Die Diskussion flammte bald wieder auf. 1986 löste der Historikerstreit im konservativen Lager Empörung aus. In der Zeitschrift *Criticón* wurden ausführliche Kontroversen über die einzelnen Debattenstränge, Vorwürfe und mögliche Konsequenzen geführt, wobei sich sowohl Relativierungsversuche

⁴¹ Armin Mohler, »Die Deutschen in der Mühle. Zum Stand der Vergangenheitsbewältigung nach ›Holocaust‹ und nach der Anti-Diwald-Kampagne«, S. 56, in: *Criticón*, Nr. 52, 1979, S. 55–59.

⁴² Ebd., S. 56f. Mohler nannte ferner Kriegsverbrechen der Alliierten und den Morgenthau-Plan »veritable Genozid-Planungen« an Deutschen.

als auch differenzierende Auseinandersetzungen finden.⁴³ Der Historiker Dietrich Aigner griff einen Hauptstreitpunkt der Debatte auf: die von Nolte relativierte Singularität des Holocausts. Da nicht nur Deutsche zu einem Genozid in der Lage seien, sei die Akzeptanz der von linksliberalen Historikern behaupteten Singularität mit der Anpassung und Unterordnung »an das vorrangige Interesse fremder Mächte« identisch.⁴⁴ Die Kolonialgeschichte der westlichen Alliierten sei samt und sonders voller genozidaler Verbrechen, was jedoch nicht frei und im Zusammenhang mit dem Holocaust diskutiert werden dürfe, so Aigner. Im Geflecht dieser über die Deutung der Geschichte ausgetragenen Machtinteressen spielten auch Israel und der Zionismus eine Rolle.

Aigner griff die Behauptung Noltes auf, Chaim Weizmann habe als Präsident der Zionistischen Organisation noch vor dem deutschen Überfall auf Polen dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, und wies diese explizit zurück. Auf diese Relativierung des Dritten Reichs hatte vor ihm zwar bereits der Historiker Heinrich August Winkler hingewiesen, entscheidend war hier aber vielmehr, wozu Aigner die Behauptung nochmals aufgriff. Die Briefe Weizmanns an Premierminister Chamberlain, im Wesentlichen Loyalitätsbekundungen der von ihm repräsentierten zionistischen Juden innerhalb Großbritanniens, von Nolte als »jüdische Kriegserklärung« an Hitler herangezogen, zeigten die ohnmächtige Hilflosigkeit jüdischer Führer, die keine Großmacht von der Notlage des jüdischen Volkes zu überzeugen vermochten. Die Geschichte des Zionismus mache also deutlich, so Aigner, »warum die Juden in aller Welt heute so verzweifelt um Israel kämpfen und bangen: weil sie wissen, daß sie sich im Grunde nur auf sich selbst verlassen können.« Aigner simulierte Einfühlung in das jüdische Schicksal, um sich gleich im Anschluss aller Verantwortung zu entledigen. Dass die Juden an der Singularität von Auschwitz festhielten, sei »aus Gründen, die jeder Deutsche respektieren muß«, durchaus nachvollziehbar, sei doch die Shoah »Höheund Wendepunkt einer 2000 Jahre währenden Leidensgeschichte, die, so kann man nur wünschen und hoffen, mit der >nationalen Wiedergeburt« in einem gesicherten Staate Israel für alle Zukunft ein Ende gefunden hat.«

⁴³ Vgl. Florian Finkbeiner, Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020, S. 136–139.

⁴⁴ Dietrich Aigner, »Fetisch und Tabu. Betrachtungen zum sogenannten ›Historikerstreit«, in: *Criticón*, Nr. 104, 1987, S. 257–262, hier: S. 257.

Und: »Solange dieser Staat in Gefahr ist, bedarf er der Erinnerung gleichsam als schutzgewährendem Fetisch in einer fast immer als feindlich erfahrenen Umwelt.« 45

Für Aigner bedeutete ein solches Zugeständnis aber vor allem, dass die Deutschen von jeder Verantwortung für Israel befreit waren. Für sie stelle sich die Frage naturgemäß ganz anders. Der »Fetisch« Shoah-Erinnerung sei für die Juden Israels also wichtig, um im Falle einer Bedrohung die Fundierung ihres Staates nicht aus den Augen zu verlieren. Solange Israel damit allein die Agenda des eigenen Überlebenskampfes festigte, dürfte auch »ein sich auf sich selbst besinnendes und über sich selbst bestimmendes Deutschland« damit kein weiteres Problem haben. Diente der »Fetisch« aber zur Bevormundung der Deutschen, sähe die Sache freilich anders aus. »Westliche Werte« dienten in erster Linie dazu, um der Weltöffentlichkeit einzuimpfen, nur Deutsche seien zu genozidalen Verbrechen imstande und waren damit allein dem politischen Zweck verpflichtet, die Deutschen in eine politisch-militärische Frontstellung gegen den Osten hineinzuzwängen. Debatten über die NS-Verbrechen stünden daher dem deutschen Überlebensinteresse diametral entgegen.

Die konservative »Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung«⁴⁶ (Armin Mohler) spielte eine Schlüsselrolle im Kampf für Deutschlands wiederherzustellende Souveränität, derer die Deutschen einst von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs beraubt worden seien. Auf lange Sicht zielte der »kämpferische Konservatismus«, der in *Criticón* ausgelotet wurde, auf eine souveräne deutsche Raum- und Geopolitik, die sich aus dem Interessengeflecht der West- und Ostmächte gelöst haben würde. Im Zuge dessen sollten sich in den 1990er-Jahren, nach der deutschen Wiedervereinigung und durch die Wahrnehmung der Golf-Kriege, diese geopolitischen Sehnsüchte aus der Perspektive eines wiedererstarkten Deutschlands mit dem Komplex Vergangenheitsbewältigung vermischen.

⁴⁵ Ebd., S. 260.

⁴⁶ Armin Mohler, »Deutscher Konservatismus seit 1945«, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, München 1974, S. 34–53, hier: S. 45f.

Planetarischer Größenwahn: Renaissance der Geopolitik

Für die Neue Rechte endete die Nachkriegszeit mit der deutschen Wiedervereinigung. Aus der *Criticón*-Rechten ertönte in Folge ein mitunter »aggressiv vorgetragene[r] Anspruch auf eine internationale Führungsrolle Deutschlands«.⁴⁷ In den 1980er-Jahren wurden vereinzelt neidvolle Phantasien auf Israel projiziert, die eine verkniffene Sehnsucht nach eigenem Agieren im geopolitischen Kampf um Raum verrieten. Mit dem Zweiten Golfkrieg (1990/91) agierten sich diese ungleich selbstbewusster aus. Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien ein neuer Kampf um Räume eröffnet. Damit fand das Konzept der »Geopolitik«, auf das sich die antidemokratische Rechte seit der Weimarer Republik als »Apologie von bewaffneter Volksgemeinschaft und imperialistischer Landnahme«⁴⁸ (Jürgen Osterhammel) bezog, eine Renaissance.

G. Franz Schmeidel-Roelman wies die Criticón-Leser 1982 in einer Besprechung von Israels Sicherheitspolitik des deutsch-israelischen Journalisten Rafael Seligmann am Beispiel Israels darauf hin, »wie rasch sich eine Krise entwickeln und zum Krieg werden kann und wie notwendig dann die Existenz einer gut gerüsteten und ausgebildeten Armee im Zusammenwirken mit einer vorplanenden, schnell reagierenden Regierung ist.«⁴⁹ Die Eifersucht auf ein Land, das sich einer starken und erfolgreichen Armee rühmen durfte, steigerte sich zu Beginn der 1990er-Jahre zu offenem Neid: Die sich vom Joch des Internationalismus befreienden »Völker« Ex-Jugoslawiens zeigten wie Israel das Wesen des Politischen. Mit Carl Schmitt führte der Ökonom und Bundeswehr-Reserveoffizier Joachim Weber aus, dass Kraft und Wille eines Volkes vonnöten seien, sich und seinen angestammten Raum zu bewahren, während die schwachen Völker zum Untergang verurteilt waren. Der Judenstaat wisse sich des Instruments der Geopolitik zu bedienen. Israel verteidigte nicht allein seine bedrohte Existenz, es habe sogar »in mehreren Kriegen seinen ›Lebensraum‹ erheblich ausgebaut«. Dies werde »ungeniert mit der Notwendigkeit der Gewinnung bzw. Behauptung gewonnenen Lebensraumes begründet«. Indes, den Deutschen sei geopolitisches Handeln weiterhin untersagt. Von wem, erklärte Weber zwar nicht, aber sein Neid auf andere wurde offenkundig: »Lebens-

⁴⁷ Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 61.

⁴⁸ Jürgen Osterhammel, »Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie«, in: Neue Politische Literatur, Nr. 43, 1998, S. 374–397, hier: S. 380.

⁴⁹ G. Franz Schmeidel-Roelman, »Wachsamkeit als Preis der Freiheit. Rafael Seligmann, Israels Sicherheitspolitik (1982) [Rezension]«, in: Criticón, Nr. 72/73, 1982, S. 209.

raum-Gewinnung wird erst schief, wenn sich der Falsche darum bemüht, so entpuppt sich die Kritik.« 50

Es war kein Zufall, dass die eigene Sehnsucht nach »Lebensraum« ausgerechnet auf Israel projiziert wurde. Eine solche Projektion ging alles andere als mit Anerkennung Israels auf Augenhöhe einher. Vielmehr zeige sich hier ein Konkurrent und Widersacher. Israel verfolge »ungeniert«, was den Deutschen untersagt werde. War »Lebensraum-Gewinnung« doch das Recht oder sogar die Pflicht eines jeden Volkes, sofern es seinen Untergang nicht bereit war zu akzeptieren. Deutschland war nach fester Überzeugung der *Criticón*-Rechten durch den Zwang der Vergangenheitsbewältigung moralisch delegitimiert und damit als geopolitischer Konkurrent eliminiert worden. Die Beziehung zwischen Vergangenheitsbewältigung und Israel wurde bereits erläutert. Das vermeintliche Verdikt der Geopolitik als Folge aufgezwungener Vergangenheitsbewältigung entlädt sich in den frühen 1990er-Jahren direkt gegen Israel. Israel wird zur »Projektionsfläche für die Abspaltung eigener Negativität« (Dan Diner), indem NS-Attribute auf den Judenstaat übertragen und diesem als angebliche Verhaltensweisen zugeschrieben werden. ⁵¹

Träumten *Criticón*-Autoren dieser Jahre von einem neuen Griff nach der Weltmacht, nahmen Berichte über Israel, dessen Existenz auf den »Spitzen seiner Bajonette« ruhe, antimilitaristische und pazifistische Gestalt an. Der Autor Michael Schwalk mahnte in einem Bericht aus dem Jahr 1991 zunächst beide Seiten, also Israelis und Palästinenser, zu Kompromissbereitschaft und wies mit vermeintlicher Ausgewogenheit auch auf »Überfälle palästinensischer Fanatiker« hin. Schnell machte er aber deutlich, dass ein unbelehrbar aggressives, rachsüchtiges und regelrecht willkürlich mordendes Israel dafür verantwortlich sei, dass es in diesem Konflikt keinen Frieden geben könne. Palästinenser werden zu Opfern der jüdischen Besatzer und Eindringlinge erklärt, deren organische Heimat Israel zerstört habe. Israel trete ungehemmt als Besatzungsmacht auf, auch, da niemand es zu kritisieren wage. Israelische Soldaten schössen »höhnisch lächelnd« Kinder und Jugendliche zu Krüppeln – Verbrechen über die die Weltöffentlichkeit schweigen würde. In den Text eingestreute Bibelzitate illustrierten einen angeblichen Racheinstinkt, der

Joachim Weber, »Renaissance der Geopolitik. Deutschland in der Orientierungskrise«, in: Criticón, Nr. 129, 1992, S. 31–33, hier: S. 32.

⁵¹ Diner beschreibt den Antiamerikanismus in Deutschland als eine solche Projektion. Dieser lässt sich darin mit neurechtem Antizionismus vergleichen. Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002, S. 129.

aus der jüdischen Tradition resultiere sowie den religiös-fundamentalistischen Besitzanspruch auf das Land Israel. Das angeblich dem Staat Israel zugrundeliegende Selbstverständnis als »auserwähltes Volk« begründete die unterstellte Unversöhnlichkeit der Juden.⁵²

Ferner erschien Israel als Profiteur der abzulehnenden politischen Ordnung, als Anhängsel amerikanischer Interessen, in die auch Deutschland im Zuge des Kalten Krieges vormals eingebunden war. Mit dem Erliegen des Ost-West-Konflikts werde unter der Ägide der USA eine globale von George Bush sen. ausgerufene »Neue Weltordnung« geformt, an der auch Israel Anteil habe. Es gelte daher, vor allem nach Ansicht der isolationistischen Fraktion in Criticón um Mohler, amerikanische und israelische Interessen schonungslos daraufhin zu prüfen, ob diese den deutschen Interessen entsprächen. Im Stil einer Kosten-Nutzen-Abwägung reduzierte der Jurist Josef Schüßlburner das Für und Wider einer deutschen Beteiligung am Golfkrieg: Weder habe die Besetzung Kuwaits für Deutschland einen Nachteil gehabt noch seine Befreiung einen Vorteil. Schüßlburner vertrat einen radikalen Isolationismus, der konsequent am Schmitt'schen Paradigma der Außenpolitik orientiert war. Die rigide Durchsetzung nationaler Interessen sei prinzipiell dem Einsatz für überstaatliche Normen und universalistische Prinzipien vorzuziehen. 53 Dem Golfkrieg vorangegangene deutsche Waffenlieferungen an den Irak hatten zu heftigen internationalen Protesten und schließlich zur deutschen Militärhilfe für Israel geführt. Schüßlburner beanstandete, dass man mit Stellung eines kleinen deutschen Kontingents im Golfkrieg, »Israel wenigstens die ›Patriots‹ [=Raketenabwehrsystem] in Rechnung [...] stellen« hätte können.⁵⁴

Die geopolitischen Phantasien neurechter Autoren wiesen einen engen Zusammenhang mit der bekämpften Vergangenheitsbewältigung auf. Stellte Schüßlburner in *Criticón* Israel lediglich als Nutznießer einer sich gegen Deutschland verschworenen Ordnung dar, sollte er in den von Sander herausgegebenen *Staatsbriefen* indes nochmals enthemmter gegen Israel schießen. Damit bewies er, dass sich seine geopolitischen Phantasien aus antisemitischen Projektionen speisten. Ähnlich wie Aigner und Mohler es in den 1980er-Jahren in *Criticón* beklagt hatten, wandte auch Schüßlburner im Jahr 1993

⁵² Michael A. Schwilk, »Kein Frieden herrscht im Heiligen Land«, in: Criticón, Nr. 124, 1991, S. 91–92, hier: S. 92.

⁵³ Vgl. Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 140.

⁵⁴ Josef Schüßlburner, »Die Deutschen und die neue UN-Ordnung. Schlußfolgerungen aus dem Golfkrieg«, in: *Criticón*, Nr. 124, 1991, S. 61–63, hier: S. 62.

ein, dass Israel »ein Deutschland mit einem Kainsmal« benötige. Der Holocaust sei das identitätsstiftende Ereignis des gesamten Judentums und habe die traditionelle Religion abgelöst. Keineswegs handle es sich hierbei aber bloß um eine zu ignorierende »Ideologie eines vorderasiatischen Kleinstaates«. Deutsche und jüdisch-israelische Interessen überkreuzten sich hier. Schüßlburner phantasierte eine »Israellobby« als Feind der Deutschen herbei. Aus der Shoah wurde so eine »Feinderklärung« an die Deutschen, bis hin zu angeblich »geplante[n] Mordaktion extremistischer Gruppen aus Israel«55.

Brüche und Kontinuitäten: Criticón unter Gunnar Sohn

Die Wahrnehmung Israels in *Criticón* war über Jahrzehnte hin äußerst selektiv, politische Positionen wurden situativ angepasst, ohne dass etwaige Widersprüche für die sich um das Blatt formierende Neue Rechte zum Problem geworden wären. Alexander Gaulands »je nachdem« von 1986 kann daher nicht nur als Hinweis interpretiert werden, ob er persönlich »Israel als Heil oder Unheil betrachtet«. Die Formulierung kann zudem exemplarisch für eine in *Criticón* kultivierte Haltung eingesetzt werden, nach der politische Positionierungen nicht in erster Linie dogmatisch bestimmt wurden, sondern »je nachdem« es die Situation erforderte. Jedes »je nachdem« blieb dabei natürlich an den »nationalen Imperativ« (Hans-Dietrich Sander) gekoppelt.

Salcia Landmanns Israel-Plädoyers und ihre Kritik des linken Antisemitismus während der 1970er-Jahre waren nützlich, weil sie mit dem Beschuss der Linken verbunden waren. Analog dazu lässt sich auf die heutige Kritik des Antisemitismus in der AfD verweisen, die sich auf die Kritik von Antisemitismus unter Migranten konzentriert. Damit wird sowohl das Feindbild muslimische Migration bei gleichzeitigem Desinteresse am Islam als Herrschaftsprinzip aufrechterhalten als auch Judenfeindschaft als nicht hausgemachtes, sondern importiertes Problem von den Deutschen abgespalten. In beiden Fällen erscheint die Solidarität zu Juden und Israel als »fragil, prekär und tem-

Josef Schüsslburner, »Die zwingende Frage nach einer jüdischen Vergangenheitsbewältigung«, in: Staatsbriefe, Nr. 4, 1993, S. 25–31, hier: S. 28f.

porär«⁵⁶. Landmanns Pro-Israelismus und Israel selbst waren in *Criticón* Gegenstand der Kritik, wenn die Existenz Israels als Störfaktor deutscher Souveränität erachtet wurde. Das konnte sowohl auf moralischer als auch auf geopolitischer Ebene der Fall sein. Der Judenstaat überschattete als halluzinierter Hort der Verfolgung ein souveränes nationales Agieren, der Deutschland mit der NS-Vergangenheit konfrontiere. Mit dem aus der Widervereinigung gezogenen nationalen Selbstbewusstsein ließ sich Israel mit seinen eigenen Waffen schlagen: Nun wurde Israel mit aggressiver Kritik bedacht und damit moralische Entlastung von der deutschen Vergangenheit geschaffen.

Während Sanders Staatsbriefe diesen Kurs fortsetzten und seit dem Zweiten Golfkrieg ungehemmt antisemitische Kritik auf die von den USA und Israel errichtete »Neue Weltordnung« richteten, sollte Criticón zur Mitte der 1990er-Jahre nochmals eine gegenläufige Entwicklung nehmen. Das Magazin erlebte in diesen Jahren einen Generationenwandel, die führenden Köpfe Caspar von Schrenck-Notzing und Armin Mohler traten in den Hintergrund. Nach der Übergabe der Herausgabe an Gunnar Sohn 1998 erfuhr das Blatt eine inhaltliche Neuausrichtung. Libertäre und nationalliberale Akteure gewannen an Einfluss und sollten das Blatt insgesamt stärker wirtschaftspolitisch profilieren. Sohn und sein Chefredakteur Ansgar Lange übten aber auch massive Kritik an der Traditionslinie der für das Blatt bis dato so wichtigen Konservativen Revolution als zu faschismusnah und setzten an ihrer statt einen westlichliberalen Freiheitsbegriff. Nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 nahm Criticón eine pro-amerikanische und pro-israelische Position ein. Die Zeitschrift konnte zugleich ihren Anti-Establishment-Kurs wahren, da inzwischen eine rot-grüne Regierung das Zepter übernommen hatte. Neoliberale Kritik an Ökologie und staatlichen Marktregulierungen als Politik der Bevormundung fanden Eingang in das Themenspektrum. 57 Sohn kritisierte zudem Antiamerikanismus und Antizionismus innerhalb der rot-grünen Regierungsparteien. 58 Die Haltung zu USA und Israel dienten Sohn als Demarkationslinie: Er beklagte Antizionismus auf deutschen Friedensdemos,

⁵⁶ Lars Rensmann, »Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD«, in: Ayline Heller/Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders, Gießen 2020, S. 309–342, hier: S. 329.

⁵⁷ Vgl. Sebastian Dittrich, »Zeitschriftenporträt: Criticón«, S. 264f. und S. 278–280.

⁵⁸ Vgl. Gunnar Sohn, »Karsli, Israel und die Grünen«, in: Criticón, Nr. 174, 2002, S. 4.

auf denen »von Israelis als ›Rassisten‹, den ›Nazis von heute‹ und von einer ›jüdisch dominierten Presse‹« die Rede war. Antisemitismus finde sich folglich nicht mehr nur »bei den rechtsradikalen Dumpfbacken«, sondern auch bei der Linken, die sich nicht scheue, palästinensische Selbstmordattentate zu verteidigen oder zu verharmlosen. Folgendes Plädoyer verdeutlichte, dass *Criticón* sich vom Standpunkt nationalistischer Geopolitik zugunsten der Verteidigung westlicher Werte im Kampf gegen den Terror verabschiedet hatte: »Wir sollten in Deutschland alles Erdenkliche [sic!] tun, auch wenn es um militärischen Beistand geht, damit Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten nicht unter die Räder kommt.«⁵⁹

In Criticón war nun die Kritik des deutschen Antisemitismus, nicht nur von Linken, sondern auch bei Rechten sowie in den Regierungsparteien Thema geworden. Darin offenbarte sich sowohl ein Bruch als auch das Weiterführen einer Tradition. Auch wenn sich nach dieser Neuausrichtung die meisten Konservativen und Nationalrevolutionäre von Criticón abwandten und Sohn mit hasserfüllten Tiraden bedachten⁶⁰, sollte keineswegs ein konsequenter Bruch mit früheren Positionen angenommen werden. Mit dem Orientalisten Hans-Peter Raddatz fanden sich auch weiterhin konservativ-kulturkritische Einlassungen, die den deutschen Souveränitätsverlust im Zusammenhang mit der amerikanischen Außenpolitik und der islamischen Zuwanderung nach Europa beklagten. Raddatz war es auch, der eine vermeintliche »Spaltung der metaphysischen Shoa-Schuld« feststellte: Über »die deutsche Bevölkerung« werde der Bann des Rechtsradikalismus gesprochen, »wenn sie Kritik an islamischer Zuwanderung formuliert«; die »Deutungseliten« führten allerdings selbst einen antisemitischen Diskurs, wenn sie »militanten Proislamismus« als »Dialog mit dem Islam« ausgaben. Raddatz behauptete, die »Shoa-Schuld« sei Teil einer Inszenierung, die in erster Linie den Interessen

⁵⁹ o. A., »Trittin-Ministerium schmeißt mit Dreck. Kritische Berichterstattung über das Müll-Netzwerk des Grünen Punktes soll unterdrückt werden. Interview mit dem Criticón-Herausgeber Gunnar Sohn«, in: Criticón, Nr. 173, 2002, S. 34–36, hier: S. 36.

Junge-Freiheit-Gründer und -Chefredakteur Dieter Stein sagte 2005, man habe Criticón »systematisch politisch entkernt« und »heruntergewirtschaftet zu einem skurrilen Mitteilungsblatt für PR-Leute mit Spezialbereich Abfallwirtschaft«, zitiert nach Sebastian Dittrich, Criticón, S. 286. Sezession-Mitbegründer Karlheinz Weißmann warf Gunnar Sohn Inkompetenz und Verrat vor, vgl. Karlheinz Weißmann, »Caspar von Schrenck-Notzing und Criticón«, sezession.de, 04.02.2009, https://sezession.de/580/caspar-von-schrenck-notzing-und-criticon (letzter Abruf: 14.06.2021).

der »Deutungseliten« diente, die jedoch selbst »ein halbes Jahrhundert intensiver Schulddiskussion« verrieten, indem sie die »deutsche Verantwortung für Israel« verkannten. ⁶¹ Damit hatte Raddatz den Topos des »Schuldkults« neu gewendet: Moralisch delegitimiert würden jetzt jene, die den Antisemitismus eigentlich bekämpften. Damit knüpfte er an den früheren Revisionismus in *Criticón* an. Außerdem nahm Raddatz in den späten Jahren von *Criticón* eine Strategie vorweg, die der AfD-Argumentation der Stunde vorgriff: sich zum Hüter westlicher Werte aufzuschwingen, indem islamischer Antisemitismus zum Thema gemacht und die Unterstützung Israels proklamiert wird.

Tatsächlich stellte sich die Partei gegen die Israel-Boykott-Bewegung BDS und fordert ein Verbot. Lars Rensmann zeigt jedoch, dass die zur Schau gestellte Solidarität mit Juden und Israel mehr als brüchig ist. Weiterhin kursieren offene und als Verschwörungserzählungen codierte Formen des Antisemitismus in der Partei. Rabiate Antisemiten sind kaum aus der Partei zu drängen oder werden gar nicht erst sanktioniert. Und auch gegen Israel kursieren weiterhin plumpe Ressentiments: Israel wird als »Fremdkörper« in der arabischen Welt oder als Profiteur einer Deutschland aufgezwungenen Vergangenheitsbewältigung denunziert. Nicht zuletzt sind die von Rensmann festgehaltenen »positive[n] Referenzen zu Israel durch die Parteiführung« keineswegs einhellig, abgesehen davon, dass sie an der Parteibasis keinen Widerhall finden. 62

Wenn Gunnar Sohn zur Zeit der Zweiten Intifada über deutsche Militärhilfe für Israel spricht, klingt das wie eine Vorwegnahme von Alexander Gaulands Aussage vom April 2018, »die Existenz Israels« als »Teil unserer Staatsräson« schließe die Verpflichtung mit ein, im Ernstfall an Israels Seite »zu kämpfen und zu sterben«. ⁶³ Seiner Aussage war im September 2017 eine ähnlich lautende Beteuerung vorausgegangen, wobei er ferner zu bedenken gab: »aber in Israel gibt es dauernd Krieg«. Man könne Israels Existenz erst dann zur deutschen Staatsräson erklären, wenn »wir dann auch wirklich bereit sind, unsere Leben für den Staat Israel einzusetzen. Und das spüre ich nicht, und des-

⁶¹ Hans-Peter Raddatz, »Der Islam, der Terror und die Juden. Ursache und Wirkung im Israel/Palästina-Konflikt«, in: *Criticón*, Nr. 174, 2002, S. 34–35, hier: S. 35.

⁶² Lars Rensmann, »Die Mobilisierung des Ressentiments«, S. 335.

⁶³ o. A., »Wir werden das Existenzrecht Israels immer verteidigen«, in: zeit.de, 26.04.2018, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/unabhaengigkeitstag-i srael-staatsgruendung-bundestag-debatte (letzter Abruf: 25.08.2022)

wegen bin ich vorsichtig bei dieser Formulierung.«⁶⁴ Nicht er selbst denke so, vielmehr gebe er nur offen das gemeine Empfinden wieder, gerierte sich Gauland scheinbar unbefangen. Das Streuen widersprüchlicher Aussagen soll die deutsche Bindung an Israel nicht festigen, sondern untergraben. Gauland appellierte weniger für die konsequente Durchsetzung einer solchen Richtlinie, als dass er Sinn und Möglichkeit anzweifelte, die Verteidigung des israelischen Staates könne ernsthaft als Teil der deutschen Staatsräson begriffen werden.

Jenseits der AfD greifen Identitäre längst die proisraelischen Stimmen im rechten Lager an, um die Kritik am eingewanderten Antisemitismus als »Empörungsritual über den importierten Antisemitismus (genauer gesagt: die Israelfeindlichkeit von arabischen Einwanderern)« über Bord zu werfen. Martin Lichtmesz gibt im Juni 2021 frei heraus zu verstehen, dass ihn der Antisemitismus oder Antizionismus an den Einwanderern am wenigstens störe. Die Empörung über den mitgebrachten Judenhass lenke bloß davon ab, »daß die Einwanderung von Arabern und anderen Muslimen nach Deutschland in erster Linie ein Problem für Deutschland und die Deutschen ist, nicht für Israel, für die Israelis oder gar die Juden in ihrer Gesamtheit.«⁶⁵

Israel wird zusehends auch eine zentrale Rolle in der neurechten Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs« zugeschrieben, was indes die Brisanz dieser Auseinandersetzung verdeutlicht. Es bleibt der Neid auf Israel, das die Frage von Zuwanderung offen als »ethnokulturelle Frage« behandle, was den europäischen Nationen untersagt sei: »Es gibt jedoch keinen Grund, warum es nur Israel erlaubt sein sollte, eine mehrheitsorientierte Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik zum Schutze seiner »souveränen Existenz und nationalen Identität« zu betreiben.« Zugleich werden Juden und Israel als Urheber der ganzen Misere ausgemacht. Lichtmesz sammelt Stimmen zum Beweis, dass die Einwanderung »von Hunderttausenden von Arabern und anderen Muslimen [...] von etlichen jüdischen Funktionären und Intellektuellen enthusiastisch begrüßt« werde. 66 Sie würden dafür eintreten,

^{64 »}Gauland hat Zweifel zu Existenzrecht Israels als Staatsräson«, reuters.com, 25.09.2017, https://www.reuters.com/article/deutschland-wahl-afd-israel-gauland-idDEKCN1C0 2DY (letzter Abruf: 25.08.2021).

⁶⁵ Martin Lichtmesz, »Israel und Demographie (3)«, sezession.de, 04.06.2021, https://seze ssion.de/64285/israel-und-demographie-3 (letzter Abruf: 25.08.21, Hervorhebung im Original).

⁶⁶ Ebd.

demografische Probleme mithilfe von Zuwanderung zu lösen und den ethnokulturellen Kern Europas bewusst preiszugeben – was sie von Israel niemals verlangen würden. Lichtmesz gräbt »kurioses Material« für die »Tatsache« aus, »daß sich israelische Organisationen aktiv daran beteiligen, Araber nach Deutschland und Europa zu schleusen und dort anzusiedeln«. ⁶⁷ Er behauptet ein Interesse Israels an arabischer Massenemigration, da »[e]in fortgesetzter Massenexport junger Männer [...] die schwerwiegenden demographischen Probleme des Nahen Ostens zwar nicht lösen, aber zumindest mildern [würde]. ⁶⁸ Immerhin liefert Israel damit auch eine kompakte Welterklärung: Als Betreiber und Profiteur, wenn nicht gar heimlicher Urheber des imaginierten »Großen Austauschs« werden Juden und Israel ausgemacht und damit der Hass auf arabische und muslimische Einwanderer mit Antisemitismus zusammengeführt.

Literatur

- o. A. »Michael Landmann: Das Israelpseudos der Pseudolinken (1971) [Rezension]«, in: *Criticón*, Nr. 7, 1971, S. 138.
- o. A., »Trittin-Ministerium schmeißt mit Dreck. Kritische Berichterstattung über das Müll-Netzwerk des Grünen Punktes soll unterdrückt werden. Interview mit dem Criticón-Herausgeber Gunnar Sohn«, in: *Criticón*, Nr. 173, 2002, S. 34–36.
- o. A., »Gauland hat Zweifel zu Existenzrecht Israels als Staatsräson«, reuters.com, 25.09.2017, https://www.reuters.com/article/deutschland-wahlafd-israel-gauland-idDEKCN1C02DY (letzter Abruf: 25.08.2021).
- o. A., »Wir werden das Existenzrecht Israels immer verteidigen«, in: zeit.de, 26.04.2018, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/una bhaengigkeitstag-israel-staatsgruendung-bundestag-debatte (letzter Abruf: 25.08.2022)

Aigner, Dietrich, »Fetisch und Tabu. Betrachtungen zum sogenannten ›Historikerstreit‹«, in: *Criticón*, Nr. 104, 1987, S. 257–262.

⁶⁷ Martin Lichtmesz, »Israel und Demographie (4) «, sezession.de, 07.06.2021, https://sezession.de/64299/israel-und-demographie-4 (letzter Abruf: 25.08.21)

⁶⁸ Martin Lichtmesz, »Israel und Demographie (5)«, sezession.de, 10.06.2021, https://sezession.de/64300/israel-und-demographie-5 (letzter Abruf: 25.08.21).

- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph, »Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten«, in: Olaf Glöckner/Julius H. Schoeps (Hg.), Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim 2016, S. 285–313.
- Diner, Dan, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002.
- Dittrich, Sebastian, »Zeitschriftenporträt: Criticón«, in: *Jahrbuch Extremismus* und Demokratie, Nr. 19/2007, S. 263–287.
- Erb, Rainer, »Staatsbriefe (1990–2001)«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 6: Publikationen, Berlin 2013, S. 664–667.
- Ertuğrul, Ali Tonguç/Martin, Sabri Deniz/Vukadinović, Vojin Saša, »Linkspaternalistischer Rassismus«, in: *Jungle World*, Nr. 28/2021, 15.07.2021.
- Finkbeiner, Florian, Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020.
- Gauland, Alexander, »Autorenportrait Arthur James Balfour (1848–1930)«, in: *Criticón*, Nr. 97, 1986, S. 201–203.
- Gauland, Alexander, »Mehr Respekt vor der arabischen Welt«, in: *Die WELT*, 20.09.2001.
- Grimm, Marc, »Pro-Israelism and Antisemitism within Germany's Populist Radical Right AfD«, in: European Journal of Current Legal Issues, Vol. 25, No. 1, 2019, http://webjcli.org/article/view/658/883 (letzter Abruf: 14.06.2021).
- Jering, Karl, »Eine Israel-Kritik. Ephraim Sevela, *Farewell, Israel!* (1977) [Rezension]«, in: *Criticón*, Nr. 52, 1979, S. 96–99.
- Kahmann, Bodo, »The most ardent pro-Israel party«. Pro-Israel attitudes and anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe«, in: *Patterns of Prejudice*, Vol. 51, No. 5, 2017, S. 396–411.
- Landmann, Michael, Das Israelpseudos der Pseudolinken, Berlin 1971.
- Landmann, Salcia, »Der geborgte Heiligenschein. Bemerkungen zum Intellektuellenkult«, in: *Criticón*, Nr. 12, 1972, S. 172–174.
- Landmann, Salcia, »Die Auflösung aller Dinge« aus jüdischer Sicht«, in: *Staatsbriefe*, Nr. 3, 1990, S. 32–36.
- Landmann, Salcia, »Die Geschichte des Zionismus. Walter Laqueur: *Der Weg zum Staat Israel* [Rezension]«, in: *Criticón*, Nr. 32, 1975, S. 279–280.
- Landmann, Salcia, Die Juden als Rasse, Olten 1967.
- Landmann, Salcia, »Eher konservativ denn revolutionär. Marginalien zur jüdischen Geschichte«, S. 63, in: *Criticón*, Nr. 10, 1972, S. 62–67.

- Landmann, Salcia, »Fundamentalismus und Zionismus«, in: *Staatsbriefe*, Nr. 2, 1990, S. 37.
- Landmann, Salcia, »Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Christen und Juden«, in: *Junge Freiheit*, Nr. 25/1996, S. 14.
- Landmann, Salcia, »Herbert Marcuse und der jüdische Sexual-Messianismus des 17. Jahrhunderts«, in: *Criticón*, Nr. 16, 1973, S. 78–80.
- Landmann, Salcia, »Israel und die Palästinenser. W. Roxan, Zionismus, Israel und die Palästinenser (1978) [Rezension]«, in: Criticón, Nr. 52, 1979, S. 95–96.
- Laqueur, Walter, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1972.
- Lichtmesz, Martin, »Besetztes Gelände und Islamkritik«, *sezession.de*, 20.10.2012, https://sezession.de/34371/besetztes-gelande-und-islamkritik (letzter Abruf: 13.06.2021).
- Lichtmesz, Martin, »Israel und Demographie (3)«, sezession.de, 04.06.2021, https://sezession.de/64285/israel-und-demographie-3 (letzter Abruf: 25.08.21).
- Lichtmesz, Martin, »Israel und Demographie (4)«, sezession.de, 07.06.2021, https://sezession.de/64299/israel-und-demographie-4 (letzter Abruf: 25.08.21).
- Lichtmesz, Martin, »Israel und Demographie (5)«, sezession.de, 10.06.2021, https://sezession.de/64300/israel-und-demographie-5 (letzter Abruf: 25.08.21).
- Lichtmesz, Martin, »Notizen über Israel und seine Parteigänger«, sezession.de, 30.01.2020, https://sezession.de/62071/notizen-ueber-israel-und-seine-parteigaenger (letzter Abruf: 13.06.2021).
- Maegerle, Anton, »Criticón: Die Junge Freiheit im Zeitschriftenformat. Ein rechtsintellektuelles Strategieorgan«, in: Helmut Kellershohn (Hg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 117–131.
- Mohler, Armin, »Deutscher Konservatismus seit 1945«, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, München 1974, S. 34–53.
- Mohler, Armin, »Die Deutschen in der Mühle. Zum Stand der Vergangenheitsbewältigung nach ›Holocaust‹ und nach der Anti-Diwald-Kampagne«, in: *Criticón*, Nr. 52, 1979, S. 55–59.
- Mohler, Armin, »Mutprobe zwischen den Stühlen. Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen (1988) [Rezension]«, in: *Criticón*, Nr. 107, 1988, S. 148–150.

- Moses, A. Dirk, »Der Katechismus der Deutschen«, *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021 https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/(letzter Abruf: 13.06.2021).
- Moses, A. Dirk, »Empire, Resistance, and Security: International Law and the Transformative Occupation of Palestine«, in: Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development, Vol. 8, No. 2, 2017, S. 379–409
- Osterhammel, Jürgen, »Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie«, in: *Neue Politische Literatur*, Nr. 43, 1998, S. 374–397.
- Pallade, Yves Patrick, »Proisraelismus und Philosemitismus in rechtspopulistischen und rechtsextremen europäischen Parteien der Gegenwart«, in: Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hg.), Geliebter Feind gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, S. 409–436.
- Pfahl-Traughber, Armin, »Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren«, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160–182.
- Posener, Alan, »Die merkwürdige Liebe der Rechten zu Israel«, in: Martin Jander/Anetta Kahane (Hg.), Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2020, S. 149–153.
- Raddatz, Hans-Peter, »Der Islam, der Terror und die Juden. Ursache und Wirkung im Israel/Palästina-Konflikt«, in: *Criticón*, Nr. 174, 2002, S. 34–35.
- Rensmann, Lars, »Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD«, S. 329, in: Ayline Heller, Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders*, Gießen 2020, S. 309–342.
- Salzborn, Samuel, *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen,* Baden-Baden 2019.
- Sander, Hans-Dietrich, Die Auflösung aller Dinge, Castel del Monte 1988.
- Sander, Hans-Dietrich, »Großer Mittag in Israel«, in: *Criticón*, Nr. 41, 1977, S. 164.
- Schmeidel-Roelman, G. Franz, »Wachsamkeit als Preis der Freiheit. Rafael Seligmann, Israels Sicherheitspolitik (1982) [Rezension]«, in: Criticón, Nr. 72/73, 1982, S. 209.

- Schmidt, Friedemann, Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001.
- Schrenck-Notzing, Caspar von, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.
- Schüßlburner, Josef, »Die Deutschen und die neue UN-Ordnung. Schlußfolgerungen aus dem Golfkrieg«, in: *Criticón*, Nr. 124, 1991, S. 61–63.
- Schüsslburner, Josef, »Die zwingende Frage nach einer jüdischen Vergangenheitsbewältigung«, in: *Staatsbriefe*, Nr. 4, 1993, S. 25–31.
- Schwilk, Michael A., »Kein Frieden herrscht im Heiligen Land«, in: *Criticón*, Nr. 124, 1991, S. 91–92.
- Sellner, Martin, »Postkoloniale Angriffe auf den ›Auschwitz-Mythos‹«, sezession.de, 25.05.2021, https://sezession.de/64268/postkoloniale-angriffe-auf-den-auschwitz-mythos (letzter Abruf: 13.06.2021).
- Smith, Helmut Walser: »Sieferle von links«: A Fair Criticism?«, *The New Fascism Syllabus*, 28.05.2021, http://newfascismsyllabus.com/opinions/sieferle-von-links-a-fair-criticism/ (letzter Abruf: 13.06.2021).
- Sohn, Gunnar, »Karsli, Israel und die Grünen«, in: Criticón, Nr. 174, 2002, S. 4.
- Stöss, Richard, »Die ›Neue Rechte‹ in der Bundesrepublik«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Internetangebot »Rechtsextremismus Grauzonen*«, 07.07.2016, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/229981/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik (letzter Abruf: 13.06.2021).
- Vogt, Hannah, Rechtsradikale Propaganda in der Bundesrepublik. Themen und Chancen, Stuttgart 1979.
- Wahrmund, Adolf, Das Gesetz des Nomadenthums und die heutige Judenherrschaft, Karlsruhe/Leipzig 1887.
- Weber, Fabian, Projektionen auf den Zionismus. Nichtjüdische Wahrnehmungen des Zionismus im Deutschen Reich 1897–1933, Göttingen 2020.
- Weber, Joachim, »Renaissance der Geopolitik. Deutschland in der Orientierungskrise«, in: *Criticón*, Nr. 129, 1992, S. 31–33.
- Weißmann, Karlheinz, »Caspar von Schrenck-Notzing und Criticón«, sezession.de, 04.02.2009, https://sezession.de/580/caspar-von-schrenck-notzing-und-criticon (letzter Abruf: 14.06.2021).
- Zorn, Daniel-Pascal, »Ethnopluralismus als strategische Option«, in: Jennifer Schellhöh/Jo Reichertz/Volker M. Heins/Armin Flender (Hg.), Großerzählungen der Rechten. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld 2018, S. 21–33.

»Das Neue an der Neuen Rechten ist, dass man sich instrumentalisierend auf die Shoah heziehen kann.«

Ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpacı

Vojin Saša Vukadinović

Wie steht es im 21. Jahrhundert um die staatliche Bekämpfung des Antisemitismus? Was ist das bisher Erreichte, was sind gegenwärtige Herausforderungen und Rückschläge – auch in Bezug auf die Neue Rechte?

Es gibt zumindest auf vielerlei Ebenen Versuche, Antisemitismus zu bekämpfen - und somit eine andere Situation als etwa noch vor einem oder gar vor mehreren Jahrzehnten. Die RIAS-Stellen werden vor allem aus staatlichen Mitteln gefördert. Es gibt Antisemitismusbeauftragte in Bund und Bundesländern, zum Teil auch auf kommunaler Ebene, und es gibt z.B. in Bayern unterdessen je eine/-n Antisemitismusbeauftragte(n) bei allen drei existierenden Generalstaatsanwaltschaften und zudem einen Beauftragten der Justiz für ganz Bayern. Da wird einiges getan, um antisemitische TäterInnen strafrechtlich zu belangen und es gibt auch mehr Verurteilungen. Wie aber Urteile durch RichterInnen dann bisweilen auch ausfallen, etwa in Freisprüchen wie kürzlich z.B. im Fall eines Stadtrats, der eine antisemitische Karikatur verbreitet hat, die die IDF mit Nazisoldaten gleichsetzt, steht dann auf einem anderen Blatt. Der Beauftragte der bayerischen Staatsregierung bemüht sich etwa seit längerem darum, die Anerkennung der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) auf allen möglichen gesellschaftlichen Ebenen als Mindeststandard durchzusetzen, in Institutionen aber auch bei allen möglichen Vereinen. Das ist erst einmal gut, gerade auch wenn es um israelbezogenen Antisemitismus geht.

Inwiefern?

Im Antisemitismus, der ›Kritik an Israel‹ vorschiebt, vereinen sich alle möglichen Kräfte und Ideologien. Das ist die Form des Antisemitismus, die gesellschaftlich breiter akzeptabel ist. Von einer Melange aus linken akademischen, kultur-aktivistischen sowie islamistischen und BDS-Kreisen wird sowohl in Feuilleton-Beiträgen wie auch durch juristische Versuche daran gearbeitet, die IHRA-Arbeitsdefinition anzugreifen, weil sie - wiewohl sehr vorsichtig – in Beispielen klarstellt, wie sich israelbezogener Antisemitismus ausdrückt. Wenn man Israel als jüdischen Staat, also auch als Zufluchtsstätte vor Antisemitismus für alle Juden der Welt und als Projekt nationaler jüdischer Selbstbestimmung von der Landkarte haben will, setzt man genau da an – und an der Erinnerung an die Shoah als eine Grundlage für die Unabdingbarkeit einer Zuflucht vor dem mörderischen Judenhass. Insofern ist der Versuch richtig, eine breite Akzeptanz der IHRA-Definition zu schaffen, und sei es auch nur, weil es die einzige umfassende internationale Definition ist, die wir haben. Zumindest ist es ein Minimum, hinter das man nicht zurückzuweichen darf. Letztlich bleibt die Frage, ob es sich in der Breite tatsächlich um eine Auseinandersetzung auch bei Einzelnen handelt oder ob so ein Postulat gegen Antisemitismus ein Feigenblatt zur Abwehr werden kann.

Aus dieser Breite resultiert doch mehr als eine Herausforderung, was die Bekämpfung des Antisemitismus anbelangt.

Herausforderungen gibt es viele, und sei es, dass in vielen Bereichen, wie z.B. der Justiz verstanden werden muss, dass die Frage, ob ein verbaler/tätlicher Angriff Antisemitismus konstituiert, zunächst nicht davon abhängt, ob die oder der Angegriffene jüdisch ist, sondern antisemitische Aussagen und Taten als solche zu bewerten sind. Oder dass gewährleistet sein muss, dass man bei einer Anzeige bei der Polizei ernstgenommen wird und dass rigoros auch innerhalb von staatlichen Institutionen gegen Antisemitismus vorgegangen wird. Das sind aber alles Dinge, die zumindest teilweise als Problem wahrgenommen werden. Wenn man von staatlicher Bekämpfung von Antisemitismus redet, muss man allerdings nicht zuletzt auch vom Verhältnis zum iranischen Regime und von der Duldung antisemitischer Moscheevereine und judenhassender Mobs auf den Straßen reden.

Was bedeutet das in Bezug auf die Neue Rechte?

Dass wir in einer ähnlichen Lage sind wie gesamtgesellschaftlich: Antisemitismus auch wahrzunehmen und zu bekämpfen, wenn er nicht >autochthon

(neu)rechts« daherkommt. Hierzu gehört der Umgang mit einem Regime wie der Islamischen Republik, das Israel mit Vernichtung droht, genauso wie staatlich geförderte Kulturinstitutionen, die sich schon beim bloßen Erwähnen von Antisemitismus im Zusammenhang mit Israel massiv in ihrer Debattenfreiheit eingeschränkt und zensiert sehen. Ein Rückschlag in dieser Hinsicht ist sicherlich auch die gerichtliche Zurückweisung des Beschlusses der Stadt München, in städtischen Räumen keine BDS-Veranstaltungen mehr stattfinden zu lassen. Dieser Beschluss wurde Anfang 2022 gekippt. Zum staatlichen Umgang gehört allerdings auch z.B. die Altersarmut, die viele aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderte Juden in Deutschland aufgrund der Nichtanerkennung ihrer Rentenansprüche trifft.

Hat die zivilgesellschaftliche wie mediale Aufmerksamkeit gegenüber der Neuen Rechten wachsamer gemacht, was den Antisemitismus anbelangt?

Teilweise womöglich schon, aber gleichzeitig gibt es dadurch auch die Tendenz, Antisemitismus eben als ausschließlich von (deutsch-)rechts kommend zu verorten. Somit kann man sich selbstverständlich auch leichter abgrenzen und antisemitische Denkmuster und Aussagen bei sich selbst bzw. dem ›nichtrechten Umfeld erst recht nicht sehen wollen. Und so wird Antisemitismus zum »schlimmsten Vorwurf«, der gemacht werden kann – es bleibt der »Vorwurf< und nicht der Antisemitismus als unerträglich. Das ist auch eine Erklärung für den Umstand, dass Leute weniger wachsam sind, wenn es etwa um linken, islamischen oder ›kulturschaffenden‹ Antisemitismus geht. Wiewohl sich das auch etwas ändert, wenn ich mir Meldungen an uns betrachte. Nichtsdestotrotz bleibt die Tatsache, dass aus manchen gesellschaftlichen Milieus logischerweise wenig bei uns ankommt, weil da kaum jemand hinschaut oder hinhört. Dann gibt es noch den Aspekt – dem antisemitischen Denken ohnehin immanent - mit dem man regelmäßig konfrontiert wird, dass ›für die Juden angeblich viel getan werde und warum RIAS sich denn nicht um alle Diskriminierungen kümmere.

Worin besteht die Arbeit von RIAS Bayern genau?

RIAS Bayern ist eine Stelle, an die sich jede und jeder wenden kann, um antisemitische Vorfälle zu melden, sei es als Betroffene/-r oder als Zeugin/Zeuge von antisemitischen Beleidigungen und Übergriffen oder auch Zuschriften, Graffiti und Versammlungen. Dann gehen wir im Austausch mit der Person davon aus, was diese möchte, und vermitteln weitere Beratung, bieten Unterstützung bei einer Anzeigenstellung an – so gewünscht – oder veröffentlichen

den Vorfall anonymisiert. Es geht also sowohl darum, alles so weit wie möglich zu dokumentieren, ob es nun als >strafrechtlich relevant< eingeordnet wird oder um die vielen alltäglichen Erfahrungen geht, die nicht strafrechtlich verfolgt werden. Damit soll das Ausmaß des Antisemitismus dargestellt und den Menschen, die sich an uns wenden, Unterstützung angeboten werden, und sei es zunächst schlicht und einfach dadurch, dass die Erfahrungen ernst genommen werden - eine Unterstützung, die es in diesem Bereich bis vor einigen Jahren nicht gab. Bereits nach kurzer Zeit hat sich gezeigt, dass die Alltäglichkeit von antisemitischen Bemerkungen und Beschimpfungen >normal(ist, sei es auf der Straße, im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz, auf Ämtern bis hin zum Bekanntenkreis. Das ist nicht überraschend und wir erfahren sicherlich nur einen Bruchteil dessen, was passiert, können aber durch unsere, im Bundesverband RIAS einheitliche, Arbeitsweise dokumentieren, wie sich Antisemitismus an verschiedenen Orten darstellt, welche ideologischen Hintergründe es gibt usw. und damit hoffentlich all jenen, die dagegenhalten (wollen) Anhaltspunkte geben. Dazu ist dann auch eine breite Vernetzung auf allen möglichen Ebenen mit nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren nötig.

Wird in dieser Arbeit zwischen neonazistischen und neurechten Formen von Antisemitismus unterschieden?

Hinsichtlich der Einordnung von Antisemitismus und Vorfällen orientiert sich RIAS an der Arbeitsdefinition Antisemitismus der oben genannten IHRA und an den Kategorien des britischen Community Security Trust (CST), einer jüdischen Organisation aus den Gemeinden, die seit Jahrzehnten antisemitische Vorfälle dokumentiert und veröffentlicht. Beim politischen/ideologischen Hintergrund im Bereich der Rechten unterscheiden wir z.B. zwischen »rechtsextrem«, »rechtpopulistisch«, »Reichsbürger«, »rechts ohne positive Bezugnahme auf ein deutsches Kollektiv« usw. Die Frage lässt sich meines Erachtens eher über die Unterscheidung der Klassifikation von Antisemitismus beantworten, bei der RIAS »Othering«, modernen Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus, post-Shoah-Antisemitismus, Antijudaismus sowie »Unbekannt« und »Sonstiges« umfasst. Hier verschränken sich selbstverständlich die Formen von Antisemitismus auch, was wir ebenfalls dokumentieren. Eine explizite Kategorisierung als neonazistisch und neurechts gibt es innerhalb der Rubrik »ideologischer Hintergrund« nicht.

Was wäre eine solche Verschränkung mehrerer Formen von Antisemitismus konkret? Es ist oft so, dass mehrere Motive gleichzeitig vorgebracht werden, das kann man etwa bei Protesten im Kontext der Pandemie sehen wie auch bei antiisraelischen Kundgebungen. Zum Beispiel gab es während des Mais und Junis 2021 in Bayern bei solchen Kundgebungen in verschiedenen Städten Schilder mit den Aufschriften »Stoppt das Pogrom, den Holocaust, die Apartheid« und »Ein Jude an die zionistischen Kämpfer (von Erich Fried): >Was wollt ihr eigentlich? Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch niedergetreten haben? [...] und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?« Das ist eine für den post-Shoah-Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der zudem der Nationalsozialismus und die Shoah relativiert und verharmlost werden. Wenn Israel als Wiedergänger des NS imaginiert wird, »darf«, ja »muss« man Israel und Israelis hassen. Gerade antisemitische Ressentiments, die sich hinter sogenannter »Israelkritik« verbergen, werden gesellschaftlich kaum verpönt, während etwa Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung viel stärker sanktioniert wird. Dazu kommt noch der Anwurf, in Israel herrsche »Apartheid«. Wenn man dann noch die »Kindermörder Israel«-Parolen dazu nimmt, die es immer wieder zu hören gibt, verschränken sich die obigen antisemitischen Ausdrucksformen auch mit einem Rückgriff auf die Ritualmordlegende aus dem jahrhundertealten Antijudaismus. Hinzu kommen Verschränkungen von Antisemitismus mit Diskriminierungen rassistischer, sexistischer oder homophober Art. Solcherlei Verschränkungen dokumentieren wir auch. Gerade sexualisierte und homophobe antisemitische Sprüche tauchen immer wieder auf.

Was lässt sich von dieser Bundesland-spezifischen Arbeit gegen Antisemitismus über die Neue Rechte und Transnationalität lernen?

Zunächst müsse man klären, was mit der Neuen Rechten im Zusammenhang mit Transnationalität gemeint ist – bzw. wer welche politische Strömung als (Neue) Rechte definiert. Arbeit gegen Antisemitismus kann in jedem Fall nicht darin bestehen, Antisemitismus reflexartig der als »deutsch« definierten Rechten zuzuschreiben. Das wäre auch unsinnig angesichts dessen, dass Juden von allen möglichen Seiten angefeindet und angegriffen werden. Aber das wissen wir bereits. Was ich in Kürze sagen würde, ist, dass transnational-ideologischen Überschneidungen im Zusammenhang von Ethnopluralismus und Antisemitismus bestehen, und zum Teil darin erkannt zu haben, dass man mit allzu plakativem Nazi-Judenhass nicht so weit kommt, wie man das gerne hät-

te. Anders ist das, wenn es um Israel geht – oder überhaupt um heute lebende Juden.

Zeigen sich hier Verschiebungen zur »Alten« Rechten?

Das in diesem Kontext Neue an der Neuen Rechten jedweder Couleur ist, dass man sich instrumentalisierend auf die Shoah beziehen kann. Von Bundesland zu Bundesland ist das unterschiedlich, welche Gruppen oder Organisationen wie offen antisemitisch auftreten. Lernen lässt sich z.B., dass antisemitische Straftaten nach wie vor meist als »rechts« eingeordnet werden, ohne dass sich die Mühe gemacht wird, dieses »rechts« genauer anzuschauen. Bei der Dokumentation, wie RIAS sie macht, stellt sich das Problem einer ideologischen Zuordnung von Tätern bei antisemitischen Anfeindungen und Übergriffen allein schon dadurch, dass kaum jemand im Alltag sagen kann, aus welcher politischen Einstellung einem »du Scheißjude« an den Kopf geworfen wird - außer eben aus einer offensichtlich antisemitischen Einstellung. Dokumentieren kann man das bei Beobachtung von organisierten Veranstaltungen oder natürlich bei veröffentlichtem Material. Wenn man sich zum Beispiel die oben erwähnten israelfeindlichen Kundgebungen im Mai/Juni 2021 ansieht, zieht sich Antisemitismus durch Reden, Plakate, Parolen. Und anhand von organisatorischen Verbindungen und sichtbaren Zeichen von Zugehörigkeiten kann man dann zumindest zum Teil sehen, welche Gruppierungen sich beteiligen. Allein, es fehlt die (deutsch-deutsche) extreme Rechte. Die scheint derweilen vermehrt in Gedenkstätten und an Gedenkorten antisemitisch aufzutreten. Wo verorten wir aber andere Organisationen wie etwa die Grauen Wölfe?

Ist das mit den soeben erwähnten »Neuen Rechten jedweder Couleur« gemeint? Der Begriff meint ja ausdrücklich eine herkunftsdeutsche, in Deutschland agierende Rechte, stößt aber bereits an AfD-Mitgliedern osteuropäischer Herkunft an seine Grenzen. Es besteht das Problem, dass in der weiteren Gesellschaft die Kategorien der Polizeistatistiken bzw. des Verfassungsschutzes übernommen werden bzw. vice versa. Entweder man geht davon aus, dass Rechte bzw. Neue Rechte eine politische Kategorie ist, d.h., man orientiert sich an den politischen Vorstellungen einer Partei oder Gruppierung oder Bewegung und nicht an der Herkunft der Mitglieder. Oder man geht eben von der Herkunft der (meisten) Mitglieder aus – so kommt es dann zu solchen ethnisch-abgetrennten Formulierungen und Sichtweisen, die sich zwar alle auf hier in Deutschland agierende Leute beziehen, aber etwa die Grauen Wölfe als eine der mitgliederstärksten Organisationen als türkische Rechtsextremisten bzw.

als >ausländerextremistisch aufgefasst werden. Das zeigt sich auch im nach wie vor relativ desinteressierten Umgang mit solchen Organisationen von Seiten antifaschistischer oder antirassistischer Initiativen. So gibt es dann auch kaum ein genaues Hinschauen in Parteien, Gremien und Beiräten, wenn Leute vertreten sind, die nicht-herkunftsdeutschen rechten und/oder islamistischen Organisationen verbunden sind. Wenn es um deutsch-deutsche Organisationen geht, werden solche Verbindungen ungleich eher erkannt, benannt und skandalisiert. Aber >in Deutschland agierende Rechte« umfasst ja schließlich alle jenseits von Herkunft der Mitglieder bzw. nationalem Hauptbezugsrahmen. Damit werden letztlich im Namen eines vermeintlichen Antirassismus sowohl ideologische Überschneidungen verleugnet wie auch gerade diejenigen hier weitgehend alleingelassen, die sich den Rechten ihrer Herkunftsländer erwehren müssen.

Hier tut sich ein eminenter Zwiespalt auf, was den Begriff »Transnationalität« anbelangt. Er meint in diesem Kontext nicht mehr nur die transnationale Orientierung der Neuen Rechten, sondern auch den migrantischen Gehalt des Wortes.

Die Neue Rechte wird mehrheitlich als autochthone Rechte verstanden. Das heißt, dass man sich im Grunde deren Kriterien zu eigen macht – also nicht vorrangig auf Ideologie und Ziele schaut, sondern auf die mehrheitliche Herkunft einer Organisation oder Gruppierung, so wie das eben bei Einzelnen auch gedacht wird. Insofern heißt das auch für Ausländerbeiräte (die jetzt Migrations- oder Integrationsbeiräte heißen), dass es zwar richtigerweise um Belange geht, die mit dem zugewiesenen Status zu tun haben, aber gleichzeitig bedeutet das auch, dass weitergehende politische Differenzen einem Migrantisch-Sein untergeordnet werden können, es also auch um eine andere Sorte Integration geht. Hier hat dann eine klare Abgrenzung zu >nicht-deutschen« (Neuen) Rechten oftmals einen schweren Stand, weil man sonst angeblich Rassismus Vorschub leisten würde. Und es geht auch immer um gesellschaftliches Mitreden und um Finanzierung. Und da sieht es dann so aus, dass diejenigen, die kategorisch nichts mit fragwürdigen islamischen Vereinen und faschistischen Organisationen zu tun haben wollen, ganz schnell an den Rand gedrängt werden können. Oder es heißt eben, dass eine Förderung und vielerlei Zugang zu Räumen und Mitgestaltung davon abhängt, dass man sich, beispielsweise, als alevitische/-r Jugendliche/-r oder Jugendliche/-r generell nicht deutschdeutscher Herkunft die/der nichts mit Rassisten, Antisemiten und Islamisten zu haben will, mit türkisch-nationalistischen und/oder islamistischen Jugendlichen zusammenfinden muss, weil man unter >migrantisch < eingeordnet und so auch gefördert wird. Da ist dann der Ethnopluralismus der Neuen Rechten absurderweise bereits real umgesetzt – und eben nicht in rechten Organisationen oder Räumen, sondern mittendrin in der gesellschaftlichen »Vielfalt«.

Im deutschsprachigen Raum wird die Forderung, islamistische Akteure als »rechts« zu bezeichnen u.a. von der Zeitschrift »tapis« vertreten.

Prinzipiell ist es gut, dass versucht wird, die ideologischen Überschneidungen deutlich zu machen und der Gleichung, politisch islamisch/islamistisch sei auch migrantisch und damit bis zu einem bestimmten Punkt »antirassistisch«, eine Absage zu erteilen. Und damit eben den Kurzschluss >rechts = ist deutsch-deutsch« anzugehen. Trotzdem bleibt dann aber das Problem, dass dieses Vorgehen auch zu einer Verdeckung explizit islamistischer Ideologie führen kann.

Was wären nun Schritte, die zeigen, dass tatsächlich etwas gegen diese Tendenzen und Strukturen getan wird?

Die Frage ist zunächst, was bedeutet >etwas tun«? Geht es um unbedingten Aktionismus, vorauseilendes Tun aufgrund irgendwelcher Annahmen? Es gab eine Zeitlang zumindest mal die - obschon minoritäre - Einsicht, dass angesichts von fehlgeleitetem Tatendrang und bedenklicher Allianzen bisweilen nichts tun besser ist, als etwas zu tun. Was tun, hieße meines Erachtens vor allem, sich damit zu befassen, was Rassismus heute tatsächlich heißt und was die materiellen Bedingungen sind, und damit, dass im Ruf nach Vielfalt der Rekurs auf entpolitisierende Community-Schwammigkeit enthalten ist. Das hieße, Allianzen mit klaren Kriterien zu bilden, die nicht auf ethno-identitären Konzepten beruhen, und gleichzeitig ein Bewusstsein für die spezifischen Bedingungen zu entwickeln, mit denen Leute zu kämpfen haben – beispielsweise auch Sinti und Roma, die sowieso oft rausfallen aus der »Vielfalt«. Wenn es um Antisemitismus geht, ist die Lage richtig bedenklich, weil es gerade im vielfältigen »Antirassismus« oftmals auch antisemitische Haltungen gibt - die werden aber verleugnet und verwischt, entweder weil man schließlich »nur« Israelis meine und nicht Juden oder weil man auf allen Augen außer dem nach (deutsch/weiß/europäisch-)rechtsgerichteten nichts sehen will. Insgesamt fehlt eine Klarheit, mit welchen politischen Kräften man keinerlei Allianzen eingehen kann. Das ist bei der ›deutsch-deutschen‹ Rechten allen immer klar und interessanterweise auch meist in Bezug auf europäische oder westliche reale oder vermeintliche Rechte. Insbesondere bei Organisationen oder Parteien mit Bezug zu mehrheitlich islamischen Gegenden hat man es dann oft mit Kulturrelativismus zu tun.

Kulturrelativistische Positionen genießen an den Hochschulen wie auch im Aktivismus erheblichen Einfluss. Dass aus diesem Areal so gut wie keine Analysen zur Neuen Rechten vorgelegt worden sind, zeigt, dass diese Ideologie nicht nur linken Rassismus produziert, sondern auch für enorme wissenschaftliche Leerstellen sorgt.

Wo soll man hier anfangen? Zunächst muss man meines Erachtens feststellen, dass offenbar mehrere, zum Teil widersprüchliche - oder scheinbar widersprüchliche - Sachverhalte nicht gleichzeitig gedacht und berücksichtigt werden können. Das zeigt sich an vielen Punkten und wäre doch gerade bei wissenschaftlichem Arbeiten angebracht. Dabei meine ich nicht die Rede von der »Komplexität«, die dann Positionslosigkeit zur Folge hat. Nehmen wir ein paar aktuelle Beispiele: was man und frau so auf dem Kopf trägt. Vor einigen Wochen ging es ja wieder um das Tragen von Locs (Dreadlocks) durch »Weiße«. Absurderweise, oder vielleicht konsequenterweise, verhält es sich mit dem Tragen des islamischen Kopftuchs gerade andersherum. Zumindest kenne ich da keine größeren Debatten um »kulturelle Aneignung«, wenn es um Konvertitinnen geht - oder zur Frage, ab wann man zu »weiß« für den Hijab wäre angesichts einer durchaus verbreiteten Selbstdefinition von muslimisch als of color? Hier wird geradezu eine politisch aufgeladene Kopfbedeckung zum ethnisierten/»rassifizierten« Marker, was nicht zuletzt an mittlerweile weit durchgesetzten Darstellungen von Menschen unter dem Label Diversity deutlich wird. Da werden Frauen oder gar Mädchen mit Hijab in einem bildlichen Atemzug mit Menschen aller Hautschattierungen gezeigt. Linda Sarsour hat ja vor einigen Jahren einmal gesagt: »When I wasn't wearing a hijab, I was just some ordinary white girl from New York City. Wearing hijab made you know that I was Muslim.«1

Das ist die gesellschaftlich akzeptierte Form des Rassismus.

Ja. Kulturrelativismus ist die Fortsetzung von Rassismus bei Leuten, die sich als antirassistisch verstehen. Oder wie man es im Englischen sagen würde, eine Form von »Rassismus der niedrigen Erwartungen«. Wenn ich Positionen,

Zitiert nach Arutz Sheva Staff, »>Before wearing a hijab, I was just an ordinary white girl. Anti-Israel activist Linda Sarsour caught admitting she only wears a hijab in order to be considered a >person of color«, israelnationalnews.com, 17.09.2017, http s://www.israelnationalnews.com/news/235179 (letzter Abruf: 01.06.2022)

Aussagen, Wahlverhalten etc. von Individuen oder gar ganzen Gruppen von Menschen politisch nicht ernst nehme, weil das angeblich mit ihrer »Kultur« zu tun hätte oder sie selbst Diskriminierungserfahrungen machen, spreche ich allen einzelnen Reflexionsvermögen und politische Positionierung ab. Unter Umständen geht es dann eben auch um politische Haltungen, die man bekämpfen muss, egal wer sie pflegt – und da kommt manchem Aktivismus oder akademischem Bereich dann die alte Hoffnung auf ein revolutionäres Subjekt in die Quere. Da gibt es ja unendlich viele Beispiele. Ein ganz eklatantes ist die sogenannte Palästinasolidarität oder »Israelkritik«, wie auch immer man nennen mag, was sich da zusammenfindet. Da sprechen sich tatsächlich queere Gruppen und DJ-Kollektive oder GeisteswissenschaftlerInnen für die Unterstützung bzw. (mindestens) die Nicht-Ausgrenzung von VertreterInnen der BDS-Kampagne aus. All das angesichts dessen, dass sie damit sogar ihre Verfolger oder potenziellen Mörder unterstützen.

Kommen wir nochmals auf mögliche Maßnahmen zurück, die über das zivilgesellschaftliche Engagement hinausgehen. Wenn die Neue Rechte über jenes demokratiegefährdende Potenzial verfügt, das ihr in der Regel attestiert wird, müsste dann nicht allerorts hierauf hingewiesen, wenn nicht gar vorbereitet werden – schon in Schulen etwa?

Sie müssen nicht anders darauf vorbereiten als andere gesellschaftliche Einrichtungen auch – und man könnte ja auch polemisch sagen: ›Vorbereitet‹ sind viele ohnehin schon. Ich bin nicht sicher, dass es hilfreich ist, sich auf ›die Neue Rechte‹ im Sinne einer Strömung oder Organisierung zu fokussieren. Es macht nur Sinn, über Inhalte statt über Etiketten zu reden. Nur dann können auch Kinder und Jugendliche verstehen, um was es geht, welche Menschenbilder es gab und gibt und welche Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit. Nun bin ich keine Pädagogin, stelle mir das aber so vor, dass im Zusammenspiel vieler Fächer junge Menschen was für sich finden sollten, das ihnen ermöglicht, in jedwedem politischen Spektrum antiegalitäre und antiaufklärerische Inhalte als solche zu erkennen. Das wäre doch schon mal was. Dass es dazu auch Lehrkräfte braucht, die sich nicht von allen möglichen Anwürfen und identitätspolitischen Herausforderungen unter Druck setzen lassen oder solche selbst verbreiten, versteht sich von selbst.

Welche Perspektiven ergeben sich hieraus?

Keine rosigen. Da fällt mir wenig ein. Für mich ist das derzeit unsere konkrete, tägliche Arbeit und der Versuch, sowohl Betroffene von Antisemitismus zu unterstützen wie auch durch Veröffentlichungen und Vorträge immer wieder

ideologische Zusammenhänge sowie die Durchdringung der Gesellschaft mit antisemitischen Denkmustern zu verdeutlichen. Insgesamt muss es um Positionen und nicht um Identitäten als Maßstab für politisches und gesellschaftliches Handeln gehen. Das kann doch nicht so schwierig sein, die eigene individuelle Erfahrung wie auch strukturelle Diskriminierung wahrzunehmen, aber gleichzeitig zu abstrahieren, so dass es nicht zunehmend um Identitäten bei gleichzeitiger Ausblendung materieller Bedingungen geht.

Autorinnen und Autoren

Marco Ebert ist Historiker und Autor. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Frauen der politischen Rechten, die Ideengeschichte des Faschismus und Theorien des Antisemitismus. Aktuell arbeitet er über die nationalsozialistische Rassenforscherin Eva Justin und deren Beteiligung an der NS-Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma.

Matheus Hagedorny promoviert an der Universität Potsdam über Islambilder der Neuen Rechten. Zuvor war er Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Er studierte Philosophie, Neuere Geschichte und Verfassungs-, Sozialund Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn. Er ist Autor von *Georg Elser in Deutschland* (Freiburg 2019).

Hannah Kassimi ist Soziologin und bereitet aktuell ihr Promotionsvorhaben vor. Sie hat für die *Jungle World* geschrieben und hält Vorträge zu den Themen Transsexualität, Queeraktivismus und Identitätsfetischismus. Weitere Artikel von ihr finden sich in den Sammelbänden *Freiheit ist keine Metapher* (2018) und *Zugzwänge* (2020), die im Querverlag erschienen sind.

Panagiotis Koulaxidis studierte Philosophie, Ethik, Politik- und Wirtschaftswissenschaft in Stuttgart, ist Sozialarbeiter und Hochschuldozent für Sozialphilosophie.

Eszter Kováts studierte Germanistik, Romanistik, Soziologie und Politikwissenschaft. Sie promovierte an der ELTE in Politikwissenschaft. Von 2012 bis 2019 war sie für das ostmitteleuropäische Gender-Programm der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest zuständig, 2020 war sie Gastwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Krsto Lazarević studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Gender Studies in Frankfurt a.M., Valencia und Berlin. Er arbeitet im Europäischen Parlament in Brüssel bei einem Abgeordneten der Grünen mit dem Schwerpunkt Flüchtlingspolitik. Er betreibt gemeinsam mit Danijel Majić den Podcast *Neues vom Ballaballa-Balkan*. Twitter: @krstorevic.

Sabri Deniz Martin studierte Wirtschafts- und Finanzsoziologie, Soziologie und Japanologie. Beiträge von ihm finden sich u.a. in der *Jungle World*, in den *Kreischreihe*-Sammelbänden *Freiheit ist keine Metapher* (2018), *Irrwege* (2020) und *Zugzwänge* (2020) des Querverlags sowie in der Zeitschrift *Freie Assoziation* des Psychosozial-Verlags.

Anselm Meyer, Studium der Geschichte und Philosophie in Potsdam und Berlin, arbeitet aktuell an einem Promotionsprojekt über den Organisator der deutschen Ernährungswirtschaft im Nationalsozialismus, Herbert Backe.

Prof. Dr. **Armin Pfahl-Traughber**, Jg. 1963, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Zuletzt erschien von ihm: *Extremismus und Terrorismus in Deutschland*, Stuttgart 2020, *Intellektuelle Rechtsextremisten*. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten, Bonn 2022.

Moritz Pitscheider, geboren in Brüssel, hat Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Boğaziçi Üniversitesi in Istanbul studiert. Er arbeitet derzeit über die Ideengeschichte von Aufklärung und Gegenaufklärung in Frankreich, Italien und Deutschland.

Nikolai Schreiter lebt in München und arbeitet über Antisemitismus auch in der Neuen Rechten. Er hat in München, Wien und Jerusalem Politikwissenschaft, Internationale Entwicklung und Maschinenbau studiert und unter anderem zu BDS, Antiziganismus und Verschwörungsmythen veröffentlicht.

Annette Seidel-Arpacı leitet seit 2019 die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern. Sie promovierte an der University of Leeds in Jewish Cultural Studies und forschte und lehrte bis 2017 in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten.

Steffen Stolzenberger promoviert am Institut für Erziehungswissenschaften der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zur Kritik der Kompetenzorientierung als Paradigma von Bildung unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung.

Vojin Saša Vukadinović ist Historiker. Er promovierte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und hat u.a. die Sammelbände Freiheit ist keine Metapher. Antisemitismus, Migration, Rassismus, Religionskritik (Berlin 2018), Zugzwänge. Flucht und Verlangen (Berlin 2020) und Rassismus. Von der frühen Bundesrepublik bis zur Gegenwart (Berlin 2022) herausgegeben.

Fabian Weber ist Historiker und lebt in München. Er wurde 2019 an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit einer Arbeit über nichtjüdische Zionismus-Rezeptionen promoviert. Seit 2022 verfolgt er ein Postdoc-Projekt am Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg zur »Schächtfrage« in Deutschland 1945 bis 2015.

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover

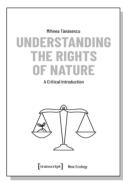
»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

2019, 96 S., kart.

7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5070-3 EPUB: ISBN 978-3-7328-5070-9



Mihnea Tanasescu

Understanding the Rights of Nature
A Critical Introduction

February 2022, 168 p., pb.

40,00 € (DE), 978-3-8376-5431-8

E-Book: available as free open access publication

PDF: ISBN 978-3-8394-5431-2



Gregor Ritschel

Freie Zeit

Eine politische Idee von der Antike bis zur Digitalisierung

2021, 274 S., kart.

28,00 € (DE), 978-3-8376-5572-8

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5572-2 EPUB: ISBN 978-3-7328-5572-8

Politikwissenschaft



Martijn Konings

Kapital und Zeit

Für eine neue Kritik der neoliberalen Vernunft

2021, 206 S., kart.

25,00 € (DE), 978-3-8376-5038-9

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5038-3



Onur Suzan Nobrega, Matthias Quent, Jonas Zipf (Hg.)

Rassismus. Macht. Vergessen.

Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors

2021, 432 S., Klappbroschur, 11 SW-Abbildungen

19,90 € (DE), 978-3-8376-5863-7

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5863-1 EPUB: ISBN 978-3-7328-5863-7



Chris Piallat (Hg.)

Der Wert der Digitalisierung Gemeinwohl in der digitalen Welt

2021, 440 S., kart., 5 SW-Abbildungen, 3 Farbabbildungen 29,50 € (DE), 978-3-8376-5659-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5659-0 EPUB: ISBN 978-3-7328-5659-6